

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1969 · TEIL IV

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (Tschechoslowakei), E. Ragioneri (Italien),  
S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

Redaktion

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Roswitha Czollek (Stellv. Chefredakteur),  
Hans Czihak, Renate Günther (Bibliographie), Parvis Khalatbari (Wirtschaftsgeschichte der  
Entwicklungsländer), Heinz Kreißig (Wirtschaftsgeschichte des Altertums), Fedor Kretschmar,  
Hans-Heinrich Müller (Agrargeschichte), Wolfgang Neef, Helga Nussbaum (Literaturkritik),  
Jan Peters, Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1969 • TEIL IV



AKADEMIE-VERLAG • BERLIN • 1969

Redaktionsschluß: 15. 3. 1969

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4 .

Copyright 1969 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/233/70

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/69/4 · ES 5 B 2 · 14 D

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, - M (4 Bände), Einzelband 18, - M

## Vorbemerkung

7

## MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

S. I. Tjul'panov      Erinnerungen      17

## Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte der DDR

Beiträge aus dem Forschungskreis "Wirtschaftshistorische Forschungen auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR" unter Leitung von Prof. Dr. Falk im Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

J. Roesler      Einige methodologische Probleme der wirtschaftshistorischen Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft      27

M. Schädel      Die Entwicklung der VVB Technische Textilien im ökonomischen System des Sozialismus      41

H. Seidl      Der Beginn der bewußten planmäßigen Entwicklung der materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie der DDR in den Jahren 1948 bis 1951, dargestellt vor allem am Beispiel der Grubenbetriebe      55

H. Jędruszczak      Die Verstaatlichung der Industrie in der Volksrepublik Polen nach dem zweiten Weltkrieg (1944 bis 1948)      89

G. B. Hagelberg      Strukturwandlungen in der Weltzuckerwirtschaft seit 1960      99

H. Harnisch      Die Gutsherrschaft in Brandenburg, Ergebnisse und Probleme      117

I. F. Fichman      Grundfragen der handwerklichen Produktion in Ägypten vom 4. bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts u. Z.      149

H. Kreißig      Grundeigentumsformen im Hellenismus (Vorderasien)      173

## BETRIEBSGESCHICHTE

H. Radandt      Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben. Zur Darstellung der ideologischen Überzeugungsarbeit der Betriebsparteiorganisation in Betriebsgeschichten      181

R. Woderich      Über die Rolle des SMA-Befehls Nr. 209 bei der Festigung der demokratischen Bodenreform. Eine Miscelle      193

Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1968      197

R. Raue	Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Suhl. Zweite Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Agrare Betriebsgeschichte" des Bezirkes Suhl	205
---------	--	-----

## QUELLEN UND MATERIALIEN

Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam

K. Metschies	Der Bestand IG Farbenindustrie AG im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I	213
--------------	---	-----

## LITERATURKRITIK

G. Neumann	Probleme einer Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED. Einige Bemerkungen zu Hans Müller/Karl Reißig: Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	229
J. Kuczynski	Überlegungen über die zunehmende Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung und ihre Folgen auf dem Gebiet der imperialistischen Bildungspolitik	233
W. Lulei	Probleme der Wirtschaftsentwicklung und Nationalitätenpolitik in der Demokratischen Republik Vietnam. Vo nhan Tri, Croissance économique de la Republique démocratique du Viet Nam (1945 - 1965); Régions Montagneuses et Minorités Nationales en R. D. du Viet Nam	245
M. Lötisch	Über die Grenznutzentheorie und die Rationalität wirtschaftlichen Handelns. Hermann Lehmann, Grenznutzentheorie. Geschichte und Analyse eines bürgerlichen ökonomischen Lehrsystems	253
H. -H. Müller	Neuaufgabe wirtschaftshistorischer Literatur. F. W. A. Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg; Hugo Rachel/Johannes Papritz/Paul Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten; Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert; Friedrich Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert	259

## BIBLIOGRAPHIE

R. Günther	Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (4. Fortsetzung)	271
------------	--	-----

BL 102  
735

Autorenverzeichnis		285
--------------------	--	-----

Zwanzig Jahre Deutsche Demokratische Republik! Zwanzig Jahre sind für einen Historiker eine kurze Zeit, doch was für zwanzig Jahre sind, das, die hinter uns liegen - inhaltsschwere, wahrhaft Geschichte machende. Vor zwanzig Jahren schufen sich die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik zum erstenmal in ihrer Geschichte einen Staat, mit dem sie sich wahr und echt identifizieren können und in dem die besten Traditionen deutscher Geschichte verkörpert sind. Grund genug, die Gedanken zurückschweifen zu lassen, Errungenes, Verändertes sich bewußter zu machen, im Sturm des Fortschritts noch Liegende geblienes klarer zu erkennen und den Blick für das Zukünftige, für die großen Aufgaben zu schärfen - und das nicht nur in bezug auf das Allgemeine, auf unser ganzes Leben, sondern auch ganz speziell für unser Wissenschaftsgebiet, für die Wirtschaftsgeschichte.

Engels hat es als einen entscheidenden Mangel empfunden, daß in Deutschland sowenig Wirtschaftsgeschichte getrieben wurde, insbesondere auch in der Partei. "Und es ist theoretisch doch noch so viel zu tun, namentlich auf dem Gebiete der ökonomischen Geschichte und ihrer Zusammenhänge mit der politischen, der Rechts-, Religions-, Literatur- und Kulturgeschichte überhaupt, wo nur ein klarer theoretischer Blick den richtigen Weg im Labyrinth der Tatsachen zu zeigen imstande ist." (Brief an Conrad Schmidt, 17. 10. 1889.)

"Die ganze Geschichte muß neu studiert werden", verlangt er (Brief an denselben, 5. 8. 1890), "die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen im einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen etc. Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geschehen, weil nur wenige sich ernstlich daran gesetzt haben." Und noch einmal, ganz scharf formulierend, bemerkt er in einem Brief an W. Borgius (25. 1. 1894): "Das größte Hindernis zum richtigen Verständnis ist in Deutschland die unverantwortliche Vernachlässigung in der Literatur der ökonomischen Geschichte."

Betrachtet man die Ergebnisse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, dann zeigt sich die ganze Lebendigkeit des Wirkens solcher Grundlehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Mit aller Dringlichkeit orientieren die Ergebnisse dieser Beratung die marxistischen Gesellschaftswissenschaftler unter anderem auf die Erforschung der neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Imperialismus, insbesondere des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, auf Fragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, auf die Probleme der wachsenden Rolle des sozialistischen Weltsystems, der entscheidenden Kraft des

antiimperialistischen Kampfes, des internationalen Klassenkampfes und der führenden Rolle der Sowjetunion.

## Zur Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte 1945 bis 1969

Der Aufbau unserer wirtschaftshistorischen Forschung begann in dem Moment, als die ersten marxistisch-leninistischen deutschen Wirtschaftshistoriker, die die Möglichkeit hatten, wieder frei in Deutschland zu arbeiten, unmittelbar nach der Zerschlagung des faschistischen Systems anfangen, marxistische Wirtschaftsgeschichte zu schreiben und zu lehren.

Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen, und die Wirtschaftsgeschichte hat in unserer Republik einen neuen Aufschwung genommen, hat eine Höhe der Entwicklung erreicht, die ihr Weltanerkennung verschafft hat.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und der Staat der Deutschen Demokratischen Republik haben große Anstrengungen unternommen, um es den Wirtschaftshistorikern zu ermöglichen, mit der Überwindung der von Engels so deutlich und scharf markierten Schwächen der Vergangenheit zu beginnen.

An fünf Universitäten und Hochschulen entstanden Lehr- und Forschungsinstitutionen für Wirtschaftsgeschichte. Darüber hinaus werden an der Humboldt-Universität zu Berlin in einer speziellen Fachrichtung Wirtschaftshistoriker ausgebildet.

Das größte Institut für Wirtschaftsgeschichte besteht in der Deutschen Demokratischen Republik an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die hier vorhandene Konzentration von Wirtschaftshistorikern ist bis jetzt ohne Beispiel in der Welt geblieben. Auch das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, das von unserem Institut herausgegeben wird, ist nicht nur das einzige marxistisch-leninistische Periodikum unseres Fachgebietes, es ist mit seinen vier Teilen, in denen es jährlich erscheint, das stärkste Periodikum auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte überhaupt. Marxistische Wirtschaftshistoriker aus zahlreichen sozialistischen und kapitalistischen Ländern sind mit dem Jahrbuch und dadurch auch mit unserem Institut auf das engste verbunden.

Im Verlag der Akademie erscheint darüber hinaus eine spezielle Reihe, in der größere wirtschaftshistorische Forschungsarbeiten veröffentlicht werden.

Unter so ungewöhnlich günstigen, von Partei und Staat geschaffenen Bedingungen sind bereits drei Generationen von Wirtschaftshistorikern herangewachsen, die für die Zukunft eine gesunde und breite Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte garantieren. Die ältere Generation - Gerhard Bondi, Jürgen Kuczynski, Hans Mottek, Lieselotte Welskopf - wirkte und wirkt vor allem als Lehrer der mittleren Generation, die heute bereits als Leiter der Lehrstühle, Institute und Forschungsbereiche eine dritte Generation ausbildet.

Der größere Teil der Wirtschaftshistoriker wurde an den Universitäten zunächst zu Ökonomen ausgebildet und kam erst dann - entsprechend dem so aufgebauten Studienplan - zur Wirtschaftsgeschichte und Geschichte. Diese gewissermaßen doppelgleisige Ausbildung und die Tatsache, daß von den vier zur älteren Generation gehörenden Wirtschaftshistorikern zwei von der Politischen Ökonomie, einer von der Rechtswissenschaft und einer von der Altertumskunde kommen, hat sehr viel dazu beigetragen, daß das wissenschaftliche Leben der Wirtschaftshistoriker rege und vielfältig ist. Dadurch werden nicht nur die Fragestellungen, sondern auch die Aspekte, das methodische Herangehen, die Methodologie und die Antworten modifiziert. Das muß zwangsläufig zur Vertiefung der Forschung, zu immer neuer und besserer Erkenntnis der Probleme führen. Treue zu den Lehren des Marxismus-Leninismus ist dabei die selbstverständliche Voraussetzung.



Vielfältigkeit und Breite der Forschung stehen neben der Konzentration der vorhandenen Kräfte auf Forschungsschwerpunkte, Kollektivforschung neben der Spezialisierung einzelner Wissenschaftler auf bestimmte Forschungsgebiete. Der für den rationellen Einsatz der Kräfte notwendige Informationsfluß wird durch ein halbjährig erscheinendes Bulletin gesichert, das über Forschungsabschlüsse, über Tagungen und Kolloquien auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte berichtet.

Unterschiedlich sind auch die Formen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Institutionen. Stand in den ersten Jahren die Zusammenarbeit der einzelnen Wirtschaftshistoriker in Arbeitskreisen mit bestimmter Schwerpunktthematik im Vordergrund, Arbeitskreise, die vorwiegend im DDR-Maßstab arbeiteten, so tritt seit einigen Jahren immer stärker der systematische Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen den Instituten und Forschungseinheiten in den Vordergrund, wobei gleichzeitig eine immer stärkere Zusammenarbeit mit Nachbardisziplinen erforderlich und gepflegt wird. Diese Entwicklung ist keine zufällige. Mit den Arbeitskreisen - die es auch heute noch gibt - stand die Problemdiskussion, die Selbstverständigung im Vordergrund, heute sind es immer stärker gemeinsame Forschungsprojekte, die zu neuen Formen der Zusammenarbeit führen.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wird auch die Verbindung zwischen Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte immer enger, teils dadurch, daß die Mehrzahl der Forscher auch lehrt und hierbei Lehrender und Lernender ist, teils dadurch, daß Universitäts- und Akademiemitarbeiter zunehmend stärker gemeinsame Lehr- und Forschungsprogramme verwirklichen.

In diesem Entwicklungsprozeß hat das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte eine wesentliche Funktion. Es bietet die Möglichkeit, wichtige Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte zu veröffentlichen, wobei der zunehmend international werdende Autorenkreis ein wichtiges Kriterium für seine wachsende Bedeutung ist. Vor allem aber hat das Jahrbuch eine sehr wesentliche ideologische Aufgabe: Es konzentriert die Aufmerksamkeit seiner Leser auf entscheidende Probleme und Aufgaben, die die Wirtschaftsgeschichte zu lösen hat und trägt dadurch zur Koordinierung der Forschung bei, wie es außerdem durch Diskussionsartikel und fundierte Literaturkritik den Meinungsstreit zu fördern bestrebt ist.

Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt, daß die einzigartigen Möglichkeiten, die den Wirtschaftshistorikern der Deutschen Demokratischen Republik durch Partei und Staat geboten wurden, mit großem Ernst und mit großem Verantwortungsgefühl genutzt worden sind.

## Wirtschaftsgeschichte und andere Gesellschaftswissenschaften

Engels - und natürlich auch Marx und Lenin - haben der Wirtschaftsgeschichte stets eine doppelte Aufgabe zugewiesen: Einmal die Entwicklung dieser Wissenschaft um der Erkenntnisse willen, die sie auf ihrem spezifischen Forschungsgebiet vermittelt. Sodann aber auch die Entwicklung dieser Wissenschaft als Basis für andere Wissenschaften, um die Erkenntnisse auf den Gebieten "der politischen, der Rechts-, Religions-, Literatur- und Kulturgeschichte überhaupt", der "politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen etc. Anschauungsweisen", wie Engels formulierte, zu vertiefen.

Auf die Wege, die zur Lösung der ersten Aufgabe führen sollen, wurde bereits eingegangen.

Was die zweite Aufgabe betrifft, so ist die Entwicklung in unserer Republik noch völlig ungenügend. Das zu ändern, ist Aufgabe aller an der gesellschaftlichen Forschung und Entwicklung beteiligten Kräfte und Institutionen.

Hier kann und soll nur von den Aufgaben der Wirtschaftshistoriker gesprochen werden.

Wie kann man diese Situation verbessern, ja mehr: grundlegend ändern?

Man glaube nicht, es handele sich hier um eine einfache Frage der Integration, so wie sich heute Physik und Chemie oder Chemie und Biologie gegenseitig durchdringen und diese Grenzgebetsforschungen sich zu hochergiebigen Spezialdisziplinen entwickeln.

Der Marxismus-Leninismus räumt den materiellen Daseinsbedingungen der Gesellschaft und damit der Wissenschaft von der Politischen Ökonomie und in ihrer historischen Konkretetheit der Geschichte der Ökonomie Grundlagencharakter ein. So ergibt sich eben, wie Engels betont, der "klare theoretische Blick, den richtigen Weg im Labyrinth der Tatsachen zu zeigen", durch Forschungen, "namentlich auf dem Gebiete der ökonomischen Geschichte und ihrer Zusammenhänge mit der politischen, der Rechts-, Religions-, Literatur- und Kulturgeschichte."

Für die Wirtschaftshistoriker ergibt sich hier ganz offenbar eine dreifache Aufgabenstellung:

Erstens müssen sie sich mehr als bisher darum bemühen, in den verschiedenen Sektionen der Universitäten und Hochschulen Wirtschaftsgeschichte zu lehren, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Fachstudiums der Studenten (Literatur, Recht, politische Geschichte, Ökonomie usw.).

Zweitens müssen sie die Thematik ihrer eigenen Arbeit im Rahmen der dringend notwendigen Konzentration des Forschungspotentials auf Schwerpunkte insofern erweitern, als sie viel stärker als bisher Probleme anderer Wissenschaften und Kulturgebiete einbeziehen bzw. mitanklingen lassen.

Drittens müssen sie sich sehr viel stärker in die Kritik von Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen anderer Wissenschafts- und Kulturgebiete unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung der Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Entwicklung und dieser Gebiete einschalten.

## Wirtschaftsgeschichte, Technik und Naturwissenschaften

Hat die marxistisch-leninistische Wirtschaftsgeschichte im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung den Auftrag, durch Erweiterung der Erkenntnis der kapitalistischen Realität zur Entwicklung des Klassenbewußtseins und damit des Klassenkampfes zur Zerstörung und Überwindung der herrschenden Produktionsverhältnisse beizutragen, so treten unter sozialistischen Bedingungen zwei Hauptaufgaben in den Vordergrund:

einmal zur Festigung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse beizutragen und

zum anderen der Stärkung und Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu dienen.

Was haben unsere Wirtschaftshistoriker auf diesem letzteren Gebiet geleistet?

Auf dem Gebiet der Forschung können wir seit Jahren eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftshistorikern, Naturwissenschaftshistorikern und Technikhistorikern feststellen. So erfreulich diese Anfänge sind, sowenig dürfen wir uns mit dem Erreichten zufriedener geben. Die ganze Bedeutung dieser Problematik ergibt sich aus der historischen Aufgabe unserer gegenwärtigen Etappe, die sozialistische Revolution mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Die Realisierung dieser Forderung zwingt zu enger Zusammenarbeit zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und Natur- und Technikhistorikern und Naturwissenschaftlern.

Untersuchen wir jedoch wieder den Einfluß der Wirtschaftsgeschichte zum Beispiel auf unsere technischen Universitäten und Hochschulen, dann finden wir bisweilen einen Zustand, auf den die kritischen Worte von Engels zutreffen.

Es bedarf in Zukunft intensiver Anstrengungen beider Seiten - der Wirtschaftshistoriker und der Naturwissenschaftler -, diese Situation zu überwinden.

Es wird Aufgabe der Wirtschaftshistoriker sein, stärker in Probleme der Entwicklung der Technik und Naturwissenschaften einzudringen und ihre Forschungen verstärkt auf Fragen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, insbesondere auch auf Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution, zu orientieren. Es wird Aufgabe der Techniker und Naturwissenschaftler sein, historisches Denken und besonders ökonomisch-historisches Denken in ihr naturwissenschaftliches Denken zu integrieren. Nur so entfalten sich Erkenntnisse und Fähigkeiten, die die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einem einheitlichen Prozeß verschmelzen.

## Wirtschaftsgeschichte und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft

Die sozialistische Gesellschaft bewegt sich wie jede andere gesetzmäßig. Ein Teil der Gesetze, die sie bewegen, entsteht erst in ihrem Schoße, sind spezifische Gesetze der sozialistischen Entwicklung.

Andere Gesetze sind jedoch allgemeine, allen Gesellschaftsordnungen eigentümliche Gesetze.

So sind die Grundgesetze des Dialektischen Materialismus und auch die Grundgesetze des Historischen Materialismus in allen Gesellschaftsordnungen wirksam. Auch ein Grundgesetz der Politischen Ökonomie, wie das Gesetz der Ökonomie der Zeit, ist allen Gesellschaftsordnungen gemeinsam.

Jedoch haben diese allgemeinsten Grundgesetze häufig in der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine besondere Erscheinungsform. Nur ein Beispiel sei dafür gegeben: Bekanntlich verlieren die dialektischen Widersprüche der Bewegung in der sozialistischen Gesellschaft im Verlauf ihres Aufbaus ihren antagonistischen Charakter.

Die sozialistische Gesellschaft hat zwei völlig entgegengesetzte Aspekte:

Einmal: Sie ist etwas völlig Neues, mit eigenen Gesetzen oder mit alten Gesetzen in neuer Erscheinungsform.

Zum andern: Sie stellt die Krönung aller vergangenen Menschheitsgeschichte dar. Und doch eint beide Aspekte eines: der historische Charakter der sozialistischen Gesellschaft.

Das heißt, die neue sozialistische Gesellschaft wird auch in ihrer vollendeten Form ohne ihre Vorgeschichte unverständlich bleiben. Und wieviel unverständlicher ohne historisches Verständnis muß die noch unvollendete sozialistische Gesellschaft von heute sein!

Das heißt, die Wirtschaftsgeschichte ist ein notwendiger Schlüssel zum Verständnis der sozialistischen Gesellschaft.

Doch mehr! Der entscheidende Kampf heute in der Welt ist der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Wie aber soll man einen Feind, von dem man nur den Namen und nicht auch seinen Charakter, seine Geschichte, seine Kampfweise kennt, besiegen? Die Wirtschaftshistoriker unserer Republik haben das sehr wohl erkannt. Sie haben in den zwanzig Jahren der Existenz unserer Republik vieles getan, um den Feind zu entlarven.

Sie haben so manches, wenn auch noch lange nicht genug, getan, um unsere sozialistische Gesellschaft als gesetzmäßiges Produkt ihrer Vorgeschichte auf wirtschaftlichem Gebiet aufzuzeigen und zu analysieren.

Auf beiden Gebieten bleibt noch viel zu tun, mehr jedoch noch auf dem letzteren - insbesondere in Zusammenarbeit mit unseren Ökonomen.

## Wirtschaftsgeschichte und Prognose

Jede Prognose ist eine historische Projektion, und zwar im doppelten Sinne: einmal als Fortsetzung bisheriger Geschichte und sodann als Linienführung künftiger Geschichte.

Während das Modell logisch entwickelt werden kann und nur funktionell zu stimmen braucht, um seinen Nutzen zu haben, muß die Prognose, müssen die ex-ante-Bedingungen des Modells, das praktisch verwandt werden soll, historisch überprüft werden, ebenso wie die Zielstellung des Modells, seine historisch-gesellschaftliche Bedeutung, wenn es in eine Prognose eingebaut werden soll.

Prognosen für die kapitalistische Gesellschaft sind wegen deren anarchischen Charakters nur auf ganz weite Sicht möglich. Solche Prognosen, wie die zunehmende Vergesellschaftung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Aktivitäten oder der Sturz der Herrschaft des Kapitals durch die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse im Verlauf der proletarischen Revolution, sind Perspektiven eines Entwicklungstrends, der durch eine Fülle von miteinander und gegeneinander wirkenden Gesetzen bestimmt ist.

Ebenso wie Prognosen und Modelle so sind auch Prognosen und Gesetze völlig verschiedene Phänomene. Eine Prognose ist nicht die Erklärung eines Gesetzes, wie etwa des Gesetzes der zunehmenden Konzentration des Kapitals. Eine Prognose ist stets die historische Einschätzung des Wirkens eines Systems von Gesetzen, das "an sich" verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung zuläßt.

In der sozialistischen Gesellschaft sind sehr bestimmte kurz- wie mittel- und längerfristige Prognosen möglich, da die sozialistische Gesellschaft sich nicht anarchisch, sondern nach einem Gesamtplan auf Grund eines Gesamtwillens entwickelt.

Fragen wir uns nun, inwiefern die Wirtschaftshistoriker zur Prognosebildung für die sozialistische Gesellschaft beigetragen haben, dann kann man nicht sagen, daß sie schon viel auf diesem Gebiet geleistet haben.

Das hängt einmal damit zusammen, daß für die kurz- und mittelfristige Prognose die Ökonomen-Planer über genügend historische Kenntnisse der unmittelbaren Vergangenheit verfügen, so daß es sich auf diesem Gebiet nicht als dringend erforderlich erwies, Wirtschaftshistoriker miteinzubeziehen.

Das hängt aber auch damit zusammen, daß für die längerfristige Planung vor allem Techniker und Naturwissenschaftler herangezogen werden und die Wirtschaftshistoriker auf ihrem Gebiet, insbesondere in Fragen der jüngsten Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus und ihres Zusammenhangs mit Entwicklungsformen und -trends der Technik und Naturwissenschaft, allgemeiner der Produktivkräfte, noch nicht genügend Leistungen aufzuweisen haben, um ihre Unabkömmlichkeit bei langfristiger Planung unter Beweis gestellt zu haben.

Wenn man bedenkt, welche Rolle die Prognose in der sozialistischen Gesellschaft zu spielen beginnt, welche Bedeutung vor allem die längerfristige Prognose in der sozialistischen Gesellschaft hat, wie notwendig es ist, das wissenschaftliche Niveau unserer Prognosetätigkeit zu heben, dann kann man keineswegs zufrieden sein mit der Rolle, die die Wirt-

schaftshistoriker heute in der gesellschaftlichen Prognosetätigkeit spielen. Das ist um so bedauerlicher, als vielfach - auch bei einer Reihe von Wirtschaftshistorikern - noch nicht Klarheit darüber herrscht, daß die Prognose eine historische Wissenschaft ist.

Es wird deshalb ihre Aufgabe sein, durch eigene Leistungen dafür zu sorgen, daß ihre Rolle künftig eine größere auf diesem Gebiete sein wird.

## Wirtschaftsgeschichte und gesellschaftliche Praxis, 1945 bis 1969

Die Wirtschaftsgeschichte hat, wie bemerkt, zwei entscheidende gesellschaftliche Aufgaben in unserer Republik: die Festigung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und die Stärkung der Produktivkräfte.

Was haben die Wirtschaftshistoriker konkret auf diesem Gebiet in der bisherigen Geschichte unserer Republik geleistet, und wie haben sie ihre Leistungen vollbracht?

Natürlich kann man allgemein sagen, daß sie durch Vorlesungen und Veröffentlichungen zur Stärkung des sozialistischen Bewußtseins beigetragen haben.

Das ist richtig und wichtig. Doch gilt es, die geleistete Arbeit noch konkreter, noch spezifischer zu untersuchen.

Man kann wohl sagen, daß sie in der hier betrachteten Zeit besondere Aufmerksamkeit den Kindern, der Jugend und den Arbeitern zugewandt haben. Den Kindern durch populäre Darstellung wirtschaftshistorischer Themen - sei es, daß Themen aus der Technik (und den Naturwissenschaften) oder aus der allgemeinen Geschichte wirtschaftshistorisch und für Kinder verständlich dargestellt wurden, sei es, daß der Wirtschaftsgeschichte in den Schulbüchern mehr und mehr der ihr zukommende Platz in der der Auffassungsgabe von Kindern entsprechenden Form gegeben wurde. Der Jugend halfen die Wirtschaftshistoriker in der gleichen Weise. Was die Studenten betrifft, so sind die Wirtschaftshistoriker natürlich als wissenschaftliche und allgemein gesellschaftliche Erzieher an den Universitäten tätig.

Sehr früh schon wurde die Förderung der Betriebsgeschichte aufgenommen. Teilweise schrieben wir selbst Betriebsgeschichten, teilweise leiteten wir Kollektive in den Betrieben an. Schließlich richteten wir Konsultationsstellen für Betriebsgeschichten und Arbeitskreise ein, in denen Betriebsgeschichten diskutiert wurden. Sicher haben diese Betriebsgeschichten ganz wesentlich zur Stärkung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter beigetragen, haben ihren Stolz auf den eigenen Betrieb gestärkt. Nach zwei Jahrzehnten Arbeit auf diesem Gebiet sind wir soweit, das Forschungsgebiet auf ganze Industriezweige auszudehnen, so daß wir in Zukunft mit einer Reihe marxistisch-leninistischer Industriegeschichten werden rechnen können.

Natürlich gibt es noch zahlreiche andere Gebiete, auf denen die Wirtschaftshistoriker unserer Republik in der Praxis wirksam sind - waren sie es doch zum Beispiel, die als erste nicht nur die marxistisch-leninistische Lehre von der Geschichte der Produktivkräfte an unseren Universitäten und Hochschulen einführten und über viele andere Formen an dem großen Prozeß der Qualifizierung und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft mitwirkten.

Die Entwicklung der wirtschaftshistorischen Forschung und Lehre der letzten fünfundzwanzig Jahre ist nur erklärlich durch eine Reihe fruchtbarer Bedingungen.

Es kamen zusammen:

die zielstrebige Förderung der Wissenschaften, darunter auch der Wirtschaftsgeschichte, durch die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unseren sozialistischen Staat,

als eine glückliche Bedingung die Existenz einiger erfahrener älterer marxistischer Wirtschaftshistoriker,

und aus diesen beiden Bedingungen heraus die Entwicklung einer Reihe junger, begabter, begeisterter Studenten, von denen dann Assistenten, schließlich Forscher, Professoren, Leiter der Forschungszentren wurden und die auf breiterer Front die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft etablierten.

Die Wirtschaftshistoriker unserer Republik sind nicht nur dankbar für das, was unsere Gesellschaft ihnen gewährt hat, sondern sehen zugleich, wie vieles von ihnen noch zu tun bleibt.

Juli 1969

Wolfgang Jonas

# **Monographien, Studien und Referate**

## Erinnerungen

von S. I. Tjul'panov

Im Juli 1968 weilte ich als Mitglied der Regierungsdelegation der UdSSR während der Ostseewoche in Rostock, der bereits traditionell gewordenen Woche des Friedens unter den Ostseeländern, und hatte Gelegenheit, die Schiffswerft in Wismar zu besuchen.

Die Werft trägt den Namen von Mathias Thesen, des unbeugsamen Kämpfers für die Sache der deutschen Arbeiterklasse. Kurz vor der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus kam er unter unmenschlichen Folterungen im Konzentrationslager Fuhlsbüttel ums Leben. Der ehemalige Hamburger Werftarbeiter und spätere Schriftsteller Willi Bredel war ebenfalls Häftling dieses Konzentrationslagers. Er widmete Mathias Thesen seinen Roman "Die Prüfung", eines seiner bekanntesten Werke.

Im Vorwort zur ersten legalen Ausgabe des Romans in dem vom Faschismus befreiten Deutschland schreibt Bredel:

"Die bisherigen Ausgaben dieses Buches waren den Antifaschisten meiner Vaterstadt Hamburg gewidmet; diese erste Ausgabe für Deutschland widme ich dem Märtyrer im Kampf für Freiheit und Menschlichkeit: dem tapferen Sohn unseres Volkes, Mathias Thesen".<sup>1</sup>

Das Mitglied des ZK der SED, Genosse Herbert Warnke, begleitete unsere Delegation. Dieser alte Kommunist ist in der ganzen DDR gut bekannt, doch besonders viele Freunde hat er in Rostock, Schwerin, Warnemünde und Wismar, da er in den schwersten und entscheidendsten Jahren nach der Zerschlagung des Faschismus in Mecklenburg arbeitete.

Die Werften in Wismar und Warnemünde sowie der neue Rostocker Hafen machten auf uns einen großen Eindruck. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß all das in diesem einst rückständigen Landstrich seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen wurde. Die vielen neuen Betriebe, die hochindustrialisierten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die riesigen modernen Werften entlang der Ostseeküste haben die alte Stadt Rostock, deren 750. Jahrestag in Verbindung mit der Ostseewoche 1968 begangen wurde, mit neuem Leben erfüllt. Aber alles, was wir in diesen Tagen zu sehen bekamen und was für den ganzen Ostseebezirk charakteristisch ist, stellt nur einen Bruchteil dessen dar, was in einigen Jahren sein wird. Dank der Tatkraft der Arbeitskollektive und mit Hilfe moderner technischer Ausrüstungen wächst die Produktionskapazität der Werften ständig. Zahlreiche erstklassige Schiffe liefen vom Stapel. Viele dieser Schiffe wurden im Auftrag der UdSSR gebaut. Am Tage unseres Besuches der Mathias-Thesen-Werft wurde wiederum ein Schiff, der neue Mehrdecker, die "Schota Rustaweli", an den "Auftraggeber" übergeben. Es ist das modernste und am besten ausgerüstete Schiff, das je auf dieser Werft gebaut wurde; es nahm am selben Tag Kurs auf Leningrad.

1 Bredel, Willi, Die Prüfung, Berlin 1950, S. 6.



Leningrad, der erste Hafen im befreundeten sozialistischen Ausland, den die "Schota Rustaweli" anläuft, wird die Heimat des Schiffes werden, unter der Flagge dieser Stadt wird es blaue Trassen schlagen zu den Hafenstädten unzähliger Länder. Ein sowjetischer Ingenieur, der an der Übernahme des Schiffes beteiligt gewesen war, berichtete, wie freundschaftlich und kollegial "Auftraggeber" und "Hersteller" zusammengearbeitet hätten und wie stolz beide über die erfüllte Aufgabe seien. Hier wurden proletarischer Internationalismus und sozialistische Zusammenarbeit in die Tat umgesetzt. Die älteren Arbeiter der Werft erinnern sich noch sehr gut, welche Rolle die Befehle der Sowjetischen Militäradministration spielten, als der Grundstein für das neue Leben in ihrer Stadt gelegt wurde.

Wir sahen uns auch Entwicklungspläne der Stadt und Projekte neuer Betriebe an, "Projekte, die bereits von der Regierung bestätigt worden sind", wie uns voll Stolz Direktor und Parteisekretär der Mathias-Thesen-Werft sagten.

Alle Küstenstädte und Werften des Bezirkes Rostock haben wissenschaftlich ausgearbeitete Entwicklungspläne. Die Einwohner und Betriebskollektive der Städte wissen nicht nur, wie ihre Häuser und Straßen zum 20. Jahrestag der Republik, den sie bereits vorbereiten, aussehen werden, sie wissen auch, wie die Stadt 1975, 1980 und in den folgenden Jahrzehnten aussehen wird.

Dabei bemerkt man besonders, daß jeder Arbeiter fest von der Zukunft seines Werkes, seiner Werft, überzeugt ist. Die Überzeugung von der Richtigkeit aller großen und kleinen Prognosen, die Produktion ihres Betriebes wie auch die Sicherheit der Familie und die Perspektive des persönlichen Lebens betreffend, beruht auf der unerschütterlichen und unbeeinträchtigten Vorwärtsentwicklung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates. Das Vertrauen in die Zukunft ihres sozialistischen Staates, der Stolz auf die Ergebnisse ihrer Arbeit und die Errungenschaften ihrer sozialistischen Betriebe fand seinen Ausdruck in der großen Demonstration, mit der die Ostseewoche eröffnet wurde. Hier zeigte sich, daß die scheinbar harmlose, "gemütvolle" Losung "Mein Heim ist meine Welt", die früher kunstfertig in Häusergiebel geschnitzt wurde, gemeinsam mit der Ideologie von der Ohnmacht des "kleinen Mannes" ins Archiv gewandert ist. "Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein" - diese Losung schmückte nicht nur Transparente. Die Sorge um "meine Welt" umfaßt längst nicht mehr nur das eigene Haus, sie umfaßt Sicherheit und Frieden an der gesamten Ostseeküste. Diese Haltung bestimmt das Handeln der Werk tätigen Rostocks, und im Kampf für den Frieden im Ostseeraum sehen die Bürger der DDR einen Teil des Kampfes für die Sicherheit in ganz Europa. In allen Diskussionen zwischen DDR-Bürgern und Delegationsmitgliedern Norwegens, Schwedens, Islands, der Bundesrepublik offenbarte sich das hohe staatspolitische Bewußtsein der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Überzeugung, daß die Sicherheit Europas gefährdet wäre, gäbe es im Herzen Europas nicht die Deutsche Demokratische Republik, die im System der europäischen Staaten als souveräner Staat einen würdigen Platz einnimmt, ist zum allgemein-gesellschaftlichen Bewußtsein geworden.

Ich wollte von meiner Begegnung mit einem alten Meister der Mathias-Thesen-Werft erzählen und bin unversehens zu allgemeineren Betrachtungen gelangt, die sich aus zahlreichen Gesprächen und Begegnungen während der Ostseewoche als Gesamteindruck ergeben. Von einer Begegnung möchte ich eingehender erzählen.

Gemeinsam mit dem Genossen Herbert Warnke und einem jungen Mitarbeiter des Außenministeriums der DDR, der kürzlich das Moskauer Institut für Internationale Beziehungen absolviert hat, besichtigte ich die Werft. Ein alter Meister führte uns. Er erinnerte daran, wie es hier vor zwanzig Jahren aussah und wandte sich dann an mich: "Sowjetmenschen haben uns damals die Überzeugung gegeben, daß eine neue Werft und mit ihr ein neues Leben entstehen würde. Das mit der Werft begriffen wir; aber das neue Leben konnten wir uns noch nicht vorstellen. Der Begriff "Volkseigener Betrieb" schien vielen von uns unge-

wohnt. Nur die größten Optimisten konnten sich vorstellen, daß man unter Leitung der Arbeiter erstklassige Schiffe bauen würde, die mit dem Weltniveau konkurrieren."

Genosse Warnke fügte hinzu, daß auch er damals bei seiner Arbeit den Menschen immer wieder erklärte, daß die Übernahme der Betriebe in Volkseigentum die unabdingbare Voraussetzung für das neue Leben im Lande sei und betonte, daß die Tatsache, daß die in die Praxis umgesetzte marxistische Theorie das Bewußtsein der Arbeiterklasse der DDR zu prägen begann, eines der größten Verdienste der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sei.

Doch der alte Arbeiter sprach nicht nur von der Vergangenheit, davon, wie diese Gegend Ende 1949 ausgesehen hatte, wie er zwanzig Jahre hindurch das neue Leben wie auch die neue Werft aufbauen half, er ging bald zu Problemen der Gegenwart über, das heißt eigentlich zu Problemen, die die Zukunft betrafen. Es zeigte sich, daß er die Zukunft seines Landes sehr konkret kannte, und sie erfüllte ihn mit Stolz und dem Wunsch, auch weiterhin an der gemeinsamen Sache mitzuwirken, obwohl er das Rentenalter schon erreicht hatte. "Warum soll ich mich zur Ruhe setzen? Hier bin ich zu Hause, und ginge ich von zu Hause weg, verlöre das Leben für mich seinen Sinn." Das waren keine leeren Worte. Als Besitzer ging er durch den Betrieb, zeigte uns alles und erläuterte die Bauweise der einzelnen Schiffe. Zum letztgebauten Schiff, der "Schota Rustaweli", bemerkte er, daß sie im Vergleich zu älteren Typen erheblich verbessert worden sei.

Die lebhafte Erzählung des alten Werftmeisters ließ vor uns das Bild der Zukunft so plastisch erstehen, als würde uns im Zimmer des Direktors das Modell der zukünftigen Werft vorgeführt.

Doch nicht allein die Werft erstand vor unseren Augen. "Im Jahre 1970", so fuhr der Meister fort, "werden im Zuge der Mechanisierung einige Berufe ganz aus der Werft verschwinden. 1972/75 wird der Betrieb nur noch Schiffe erster Qualität bauen. Darauf muß sich unsere Jugend von Anfang an einstellen, und mit Beginn ihrer Tätigkeit wird sie auf der Werft eine Ausbildung erhalten, die sie mit der neuen Technik vertraut macht. Für die älteren Arbeiter und für Betriebsangehörige mit anderer Qualifikation werden Weiterbildungskurse stattfinden."

Alle Werftarbeiter sind mit den technischen Perspektiven ihres Betriebes vertraut und wissen, daß ihre Qualifizierung von ihnen selbst abhängt. Die Arbeiter, mit denen wir ins Gespräch kamen, kannten alle ihre Zukunft, die sie selbst gestalten. Mit jedem Schritt, den die Bürger der DDR auf dem Weg des entfalteten Systems des Sozialismus gehen, geht das ständige Wachstum des materiellen Wohlstands der Arbeiterklasse und neuer Möglichkeiten des kulturellen Lebens einher. Das ist einer der Hauptgründe für die hohen Arbeitsleistungen. Das Wort "Weltniveau" ist kein Modewort, sondern es ist in das gesellschaftliche Bewußtsein, in das "Staatsgefühl" der Bürger der DDR eingegangen. Bei der Erörterung von Produktionsfragen begegnet man auf Schritt und Tritt den Worten "Zukunft" und "Prognose", die aus dem Leben der DDR-Bevölkerung nicht mehr wegzudenken sind.

Die Begegnung mit dem alten Meister und mit Genossen Warnke sowie die unmittelbare Wahrnehmung des neuen Lebens erinnerten mich an Gespräche und Begegnungen, die ich 1946 hatte, als die ersten Schritte getan wurden.

Doch bevor ich meine persönlichen Eindrücke aus jener Zeit schildere, möchte ich noch einmal die allgemeine Situation der "neuen Möglichkeiten" vergegenwärtigen, die sich nach 1945 boten und in der DDR wahrgenommen wurden, jedoch in der Bundesrepublik ungenutzt blieben. Je weiter die ersten Nachkriegsjahre in die Vergangenheit rücken, um so bedeutender erscheint der große politische Sieg von 1945. Er wurde von der Sowjetunion im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften in den Ländern der Antihitlerkoalition erkämpft und mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens besiegelt.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz eröffneten dem deutschen Volk in einem einheitlichen deutschen Staat die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung. Spricht man von der internationalen Verantwortung, die die unterzeichnenden Großmächte nicht nur vor dem eigenen Volk, sondern vor allen Völkern Europas - auch vor dem deutschen Volk - trugen, so kann man etwas vereinfacht sagen, daß diese Verantwortung in erster Linie die Sicherung des Friedens betraf. Die Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse sollte Bedingungen schaffen, die in Europa den Frieden garantieren würden. Darin liegt die außerordentliche Bedeutung des Abkommens und damit auch seine völkerrechtliche Gültigkeit.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die umfassende demokratische Entwicklung, die in der Präambel des Abkommens fixiert sind, war die Forderung, die Macht der Monopole zu liquidieren. Das gab die Möglichkeit, nach einer Periode der demokratischen Umwandlung der Gesellschaft den Weg zum Sozialismus einzuschlagen.

Die Erfahrungen des deutschen Volkes in den letzten Jahren und die unterschiedliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten beweisen, daß Frieden und Sicherheit in Europa nur durch den Sieg der sozialistischen Verhältnisse gewährleistet werden.

Die militärische, ökonomische und politische Zerschlagung des Faschismus und die bedingungslose Kapitulation der Regierung der Monopolisten hatten alle Voraussetzungen für die Liquidierung der Macht der Monopole geschaffen. Die Regierungsgewalt ging in die Hände des Alliierten Kontrollrates über und wurde in den einzelnen Zonen von den verantwortlichen Militäradministrationen ausgeübt.

Die Enteignung der deutschen Monopolisten konnte durch einfachen Befehl erreicht werden, doch die Wurzeln des Revanchismus und Militarismus auszurotten, erwies sich als bedeutend schwieriger. Die Forderung, Voraussetzungen zu schaffen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann, konnte nicht ohne aktive Beteiligung des deutschen Volkes realisiert werden. Das wurde sowohl von der sowjetischen Regierung als auch von der Führung der SED erkannt. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland wußte, ein Beschluß, der die ökonomische und politische Grundlage des Landes betraf, konnte nur dann verwirklicht werden, nur dann die neue Geschichte Deutschlands bestimmen, wenn er von der Masse der Bevölkerung unterstützt wurde. Die Masse der Bevölkerung allein konnte einen solchen Beschluß verwirklichen, und die Regierung, die die Durchführung der Beschlüsse organisierte, mußte sich fest auf die Massen stützen.

Im Stab der SMAD in Karlshorst wurde unter dem Obersten Chef, Marschall G. K. Shukow, und später unter Marschall W. D. Sokolowski dieses Problem wiederholt erörtert. Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war der Ansicht, daß die Beschlagnahme von Betrieben der meisten Monopolisten und Kriegsverbrecher und deren Verwaltung durch die Sowjetische Militäradministration allein noch keine Lösung des Problems sei. Das deutsche Volk sollte selbst seinen Willen bekunden.

Zwischen der Sowjetischen Militäradministration und den Genossen Pieck, Grotewohl, Ulbricht und anderen Persönlichkeiten der Parteiführung fanden eingehende Beratungen statt. Auch die Vertreter der anderen antifaschistischen demokratischen Parteien wurden dazu hinzugezogen. Alle Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration, von Marschall Sokolowski bis zu jedem einzelnen Politoffizier in den Informationseinrichtungen der einzelnen Kommandanturen, standen auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte der deutschen Bevölkerung, die die Enteignung der Kriegsverbrecher und die Übergabe der Betriebe an das Volk für völlig selbstverständlich hielten. Noch vor Gründung der SED schlugen die KPD Sachsens (Genosse Hermann Matern) und die Führung der SPD (Otto Buchwitz) der Sowjetischen Militäradministration vor, eine Volksbefragung durchzuführen.

Ein Befehl der Sowjetischen Militäradministration schuf die konstitutionellen Voraussetzungen für die Durchführung des Volksentscheids. Die Ausarbeitung des Gesetzes, auf dessen

Grundlage der Volksentscheid durchgeführt werden sollte, war jedoch ausschließlich den deutschen Selbstverwaltungsorganen überlassen. Noch bevor die SMAD am 23. Mai 1946 den Gesetzentwurf zur Durchführung eines Volksentscheids bestätigte, wurde das Vorhaben der deutschen Bevölkerung zur Diskussion gestellt.

Es erwies sich als notwendig, den Angehörigen der sowjetischen Besatzungstruppen Zweckmäßigkeit und Sinn eines Volksentscheids, der in Deutschland als Form der demokratischen Entscheidung eine revolutionäre Tradition hatte, zu erläutern.

Die sowjetischen Militärangehörigen sollten erfahren, was "bei den Deutschen vor sich ging". Das war eine Voraussetzung für das Vertrauen und die neue Freundschaft, die nicht nur die Parteimitglieder, sondern immer mehr auch unsere beiden Völker miteinander verbanden. In allen Dienststellen hielten es die Offiziere der SMAD für ihre internationale Pflicht als Kommunisten, sowohl in persönlichen Gesprächen als auch im Presseorgan der SMAD, "Tägliche Rundschau", die Bedeutung des Volksentscheids zu propagieren.

Im Juni 1946 nahm ich an einer Beratung eines SED-Kreisausschusses teil, um mich über die Vorbereitungen des Volksentscheids zu informieren. Die Beratung wurde gemeinsam mit einem Aktiv durchgeführt. Zunächst wurde eine Liste all der Großbetriebe zusammengestellt, die enteignet und in Volkseigentum überführt werden sollten. Es war in Meerane oder Crimmitschau.<sup>2</sup> Bei der Überprüfung der Liste erklärte ein älterer Genosse plötzlich aufgeregt, daß er den Inhaber der größten Textilfabrik der Stadt nicht als Kriegsverbrecher bezeichnen könne. "Er ist Ehrenbürger unserer Stadt, unserer Gemeinde. Das Haus, in dem wir uns befinden und in dem der Parteiausschuß arbeitet, ist sein Haus." Eine hitzige Diskussion entbrannte. Noch andere Argumente wurden ins Feld geführt. Sie wiesen darauf hin, daß eine Textilfabrik nicht mit den Rüstungsbetrieben von Thyssen und den IG Farben zu vergleichen sei. Man berief sich auch auf den guten Namen der alten deutschen Stadt und meinte, daß die Abstempelung dieses Fabrikbesitzers als Kriegsverbrecher eine Beschmutzung der ganzen Stadt sei.

Die Gegenargumente aber waren stärker. Der Unternehmer hatte beträchtliche Vorteile aus dem Krieg gezogen. Von 1939 bis 1945 hatte er die Produktion nicht nur stark erweitert, sondern auch noch zwei weitere Fabriken erworben. In seinen Betrieben hatten über 500 Ausländer gearbeitet, die aus der Sowjetunion und aus Polen nach Deutschland verschleppt worden waren und in Lagern leben mußten.<sup>3</sup>

Zwei Söhne dieses "Ehrenbürgers" hatten bei der Waffen-SS gedient, und er selbst war nach Westdeutschland geflohen. (Der Verwalter sei aber noch da, wandte jemand ein!) Die Fabriken dieses "Ehrenbürgers" wurden selbstverständlich mit auf die Liste gesetzt.

Nach zwei, drei Jahren begegnete ich den "Opponenten" in dieser Diskussion wieder. Ihre Zweifel und Ängste aus der Zeit des Volksentscheids hatten sie längst überwunden. Das war ganz natürlich, schließlich waren sie Parteimitglieder, Klassengenossen.

Ich hatte jedoch in jener Zeit auch völlig andere Begegnungen, von denen ich eine herausgreifen möchte. Das Gespräch verlief der Form nach sehr korrekt und war nur von kurzer Dauer. Sein Initiator war gezwungen, diese Form des Kampfes zu wählen, weil die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands keine Möglichkeiten bot, sich der üblichen Argumente reaktionärer Kreise zu bedienen. Es war wenige Tage nach dem allgemei-

2 Ich nahm damals in mehreren Städten an solchen Beratungen teil. Aus meinen Notizen geht leider nicht mehr hervor, wo sich diese spezielle Begebenheit abspielte; der Diskussionsverlauf erscheint mir jedoch auch heute noch recht typisch zu sein.

3 Alle Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten fielen unter die Kontrollratsdirektive Nr. 24, in der die Regeln für die Entnazifizierung festgelegt waren.

nen Aufruf des Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien und der Gewerkschaften Sachsens zur Unterstützung des Volksentscheids vom 23. Juni 1946. Diese gemeinsame Erklärung aller fortschrittlichen Kräfte war ein großer Sieg der Arbeiterklasse. Die Tagung des Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien in Sachsen verlief nicht ohne Schwierigkeiten, da sich der Volksentscheid aber gegen die Kriegsverbrecher und Monopolisten, gegen die Schuldigen am Kriege richtete, was völlig den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens entsprach, war es unangebracht, offen reaktionär dagegen aufzutreten. Dennoch mußten die Vertreter der SED, die Genossen Matern und Buchwitz, eine unermüdliche Aufklärungsarbeit leisten, deren Erfolg zu einem großen Teil auch ihrem persönlichen Ansehen in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung und bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien zu verdanken war.

Der Volksentscheid war in seinem Wesen und in seiner Form eine politische Aktion, die völlig den Tagesaufgaben der Wiederherstellung und Festigung demokratischer Prinzipien im gesellschaftlichen Leben entsprach. Das erleichterte es auch den weiterblickenden antifaschistisch gesinnten Vertretern der LDPD und CDU, ihre Entscheidungen zu treffen. Nach dem Vorsitzenden der LDPD, Dr. Wilhelm Külz, sprach sich auch der Vorsitzende der LDPD Sachsens für den Volksentscheid aus und unterzeichnete die Erklärung des antifaschistischen Blocks. In der LDPD gab es aber Opponenten gegen den Volksentscheid und gegen den eigenen Vorsitzenden, von dem sie sich in ihren Erwartungen getäuscht fühlten. Ein Vertreter dieser Opposition in Chemnitz kam eines Tages mit "konstruktiven Vorschlägen" zu den Genossen Matern und Buchwitz in die SED-Leitung Dresden. Ich hielt mich gerade dort auf, um mich vor einer Reise nach Berlin zu verabschieden. Der Besucher war tadellos gekleidet - provozierend gut für die damaligen Verhältnisse. Offenbar wollte er betonen, daß er es nicht nötig habe, sich zu maskieren. Bei meinem Anblick war er hocherfreut. "Um so besser", sagte er, "dann können Sie meinen Vorschlag gleich in Karlshorst bekanntmachen. Ich bin Fabrikant, aber kein Faschist oder Monopolist. Ich hatte am 1. Januar 1945 insgesamt 48 Beschäftigte, jetzt sind es sogar noch weniger. Mein Betrieb steht nicht auf der Liste der zu enteignenden Betriebe.<sup>4</sup> Deshalb bin ich sicher, daß ich mit Ihrer Hilfe die Unterstützung der neuen Regierung erhalten werde. Ich spreche nicht nur in meinem Namen, sondern im Namen vieler meiner Kollegen, unabhängig davon, ob sie Mitglieder der CDU, der LDPD oder parteilos sind."

Ich brauchte mir diese Begegnung nicht zu notieren. Die exakt formulierte Darlegung seines Klassenstandpunktes prägte sich mir ohnehin für immer ein.

"Ich bin nicht damit einverstanden, daß unser Vorsitzender den Aufruf unterzeichnet hat. Meine Kollegen und ich sind damit einverstanden, daß die Schuldigen am Kriege und die Monopolisten zur Verantwortung gezogen werden und ihre Unternehmen enteignet werden. Darüber bedarf es keiner Abstimmung; aber warum sollen diese Betriebe in das Eigentum der Landesbehörden übergehen? Warum wollen Sie eine Neuauflage der preußischen Staatseisenbahnen schaffen? Es wäre vernünftiger, diese Unternehmen an Privatunternehmer oder Aktiengesellschaften (in denen selbstverständlich Kriegsverbrecher und Monopolisten keine Aktien besitzen dürfen) zu versteigern. Mit Hilfe der Privatinitiative", hier erhob er die Stimme, "ginge der Wiederaufbau der Wirtschaft wesentlich rascher vonstatten als mit Ihrem Nationalisierungsexperiment. Wir kennen doch unsere Arbeiter", sagte er nicht minder überzeugt, und, an die Genossen Matern und Buchwitz gewandt, fuhr er fort, "dem Arbei-

4 Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten wurden zu den "Mittelbetrieben" gezählt. Sie unterlagen einer Kontrolle der politischen Haltung der Inhaber und deren persönlicher Verantwortlichkeit. Vgl. auch die Enteignungsprinzipien der Kommission des antifaschistischen Blocks in Sachsen. (Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, b 2/11 9305.

ter ist es völlig gleichgültig, wo er arbeitet: in einem Betrieb, den Ihr volkseigen nennt, oder in einem Privatbetrieb. Wichtig ist nur, daß ihm ein gerechter Lohn garantiert wird - dann ist er zufrieden.<sup>15</sup>

An dieses Gespräch mußte ich denken, während ich dem alten Meister aus der Mathias-Thesen-Werft zuhörte. Dieser Chemnitzer Fabrikant kannte "seine" Arbeiter nicht, ebenso wie die Fabrikanten und Unternehmer in der Bundesrepublik "ihre" Arbeiter nicht kennen und sich in ihnen irren. Dem Arbeiter ist es nicht gleichgültig, wo er arbeitet: in den Betrieben eines neuen Kriegsindustriekomplexes im Süden oder Südwesten der Bundesrepublik, in Betrieben der alten und neuen Monopolisten wie Flick und Quandt oder in den volkseigenen Betrieben Leuna II, Schwarze Pumpe und den Textilfabriken der Städte Meerane und Crimmitschau. Den Herren der Bundesrepublik machen das "ihre" Arbeiter immer wieder klar, wobei die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften nicht das einzige Stimmungsbarometer ist. In der DDR beweisen die Arbeiter, die Leitungen der sozialistischen Betriebe und die Partei der Arbeiterklasse die Überlegenheit ihrer sozialistischen Initiative gegenüber der Privatinitiative, die im Konkurrenzkampf ihren Vorteil sucht.

Den Arbeiter der DDR interessiert auch seine Lohntüte, doch seine "Stimmung" wird nicht allein von ihrem Umfang bestimmt, sondern von etwas Größerem: von der großartigen Perspektive des Aufbaus des vollendeten Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

(Übersetzt von Ilse Krätzig)

5 Einige Unternehmer in Sachsen, z. B. in Leipzig, erhöhten widerrechtlich die Löhne ihrer Arbeiter und verlangten dafür von ihnen das Versprechen, sie vor der "Nationalisierung" zu schützen.

# Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR

Beiträge aus dem Forschungskreis "Wirtschaftshistorische Forschungen auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR" unter Leitung von Prof. Dr. Falk im Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

## **Einige methodologische Probleme der wirtschaftshistorischen Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft +**

von Jörg Roesler

1. Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wirtschaftsgeschichte
2. Methodologische Probleme bei der Untersuchung und Darstellung der Geschichte der Planung und Leitung
3. Wirtschaftshistorische Quellen zur Entwicklung der Planung und Leitung
4. Weitere Forschungsaufgaben

### **1. Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wirtschaftsgeschichte**

Die Partei der Arbeiterklasse hat den Fragen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft stets große Aufmerksamkeit gewidmet. Aber erst der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse schuf die objektiven Voraussetzungen für eine umfassende Entwicklung wissenschaftlicher Leitungsformen und -methoden, die zu einem harmonisch gestalteten System der Planungs- und Leitungstätigkeit mit dem Ziel der effektivsten Lenkung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution führen.

Der zunehmenden Bedeutung von Leitungs- und Organisationsproblemen in der Gesellschaft im allgemeinen und in der Wirtschaft im besonderen konnten sich auch die Historiker nicht verschließen. Bereits 1964 wurde in der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" "die Erforschung der auf dem Gebiet der Leitung und Organisation bereits beobachteten oder beobachtbaren Tendenzen" gefordert.<sup>1</sup> Eine stärkere Beschäftigung mit den Problemen der Wirtschaftsführung, insbesondere unter den Bedingungen des Sozialismus, blieb von seiten der historischen Forschung bisher - soweit das aus Publikationen ersichtlich ist - weitgehend

+ Der vorliegende Artikel sowie die folgenden über Probleme der Wirtschaftsgeschichte der DDR sind Teilergebnisse umfangreicher Forschungsarbeiten des Forschungskreises "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR" unter Leitung von Frau Prof. Dr. Falk im Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

1 Welskopf, Elisabeth Charlotte, Leitung und Organisation der gesellschaftlichen Arbeitskraft als Thema der Geschichtsforschung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 4/1964, S. 649.



auf den Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität beschränkt. So wurde in einer Einschätzung des erreichten Niveaus der Betriebsgeschichtsschreibung anlässlich der Gründung des Forschungskreises Betriebsgeschichte darauf hingewiesen, daß "keine Spezialuntersuchungen über die Entwicklung von Leitungsmethoden"<sup>2</sup> vorliegen und die Wirtschaftsgeschichte im allgemeinen sowie die Betriebsgeschichte im besonderen noch nicht genügend in den Dienst der Wirtschaftsführung gestellt sind.<sup>3</sup>

Die bisherige Zurückhaltung der Wirtschaftshistoriker auf diesem Gebiet ist um so bedauerlicher, als gerade die Forschung der Geschichte der Planung und Leitung der DDR hervorragend geeignet ist, sowohl einen Beitrag zur politischen Erziehung der Werktätigen, insbesondere der jüngeren Generation zu bewußten Staatsbürgern unserer Republik, zu leisten, als auch zur Weiterentwicklung der gegenwärtig angewandten Formen und Methoden der Leitung der Volkswirtschaft beizutragen.

Wenn wir mit berechtigtem Stolz von dem wahren Wirtschaftswunder im Osten Deutschlands sprechen, so sollte das nicht geschehen, ohne von den Architekten dieses "Wunders" zu berichten, von den Arbeitern, Meistern, Betriebsleitern und Wirtschaftsfunktionären des Partei- und Staatsapparates, von den Leitungsformen und -methoden, die sie entwickelten, angewandten, verbesserten, mit deren Hilfe sie die Schwierigkeiten unserer ungünstigen Ausgangssituation überwandten, durch die letztlich die Voraussetzungen für die Planungs- und Leitungstätigkeit im entwickelten System des Sozialismus geschaffen wurden. Die Würdigung der Leistungen unserer Werktätigen kann sich nicht nur darauf beschränken, nachzuweisen, was sie in mehr als zwanzigjähriger Aufbauarbeit schufen, eine gründliche Einschätzung muß unbedingt das Wie, die Mittel und Methoden, mit denen unser jetziges Entwicklungsniveau erreicht wurde, mit einschließen. Dabei gilt es, sich mit der noch immer verbreiteten Meinung auseinanderzusetzen, daß die in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus vollbrachten Leistungen zwar beachtlich waren, die Methoden, mit denen sie erzielt wurden, dagegen recht primitiv blieben und kein empfehlenswertes Objekt für eine wirtschaftshistorische Untersuchung sind. Abgesehen davon, daß diese Auffassung nicht den Widerspruch zu lösen vermag, wie mit unpassenden Mitteln die gestellten Ziele erreicht werden konnten, ist ihre Fehlerhaftigkeit durch die Partei der Arbeiterklasse mit dem Nachweis der Kontinuität der Wirtschaftspolitik der DDR widerlegt.<sup>4</sup>

Es liegt in der Sache selbst, daß bei der Argumentation der SED zu dieser Frage strategische Entscheidungen der Sozialistischen Einheitspartei im Vordergrund der Betrachtung stehen müssen. Darüber hinaus den Nachweis der Kontinuität für die verschiedenen Aspekte und Bereiche der Leitungstätigkeit von Partei- und Wirtschaftsorganen bzw. für einzelne Wirtschaftszweige zu führen, bleibt die Aufgabe der Wirtschaftshistoriker. Welche Bedeutung der Beschäftigung mit dieser Frage zukommt, ist daraus ersichtlich, daß die modernen bürgerlichen und revisionistischen Theorien über den Sozialismus, die in erster Linie zur ideologischen Aufweichung in den sozialistischen Ländern entwickelt wurden, von der Leugnung einer kontinuierlichen Wirtschaftspolitik durch Partei und Staat ausgehen. Indem zum Beispiel die Konvergenztheoretiker - ohne auf die politischen und ökonomischen Bedingungen jener Zeit einzugehen - durch die Verabsolutierung bestimmter Seiten des Planungs- und Leitungs-

2 Schröder, Rudolf, Forschungskreis Betriebsgeschichte. Betriebsgeschichtsforschung, ein wichtiges Instrument zur Ausarbeitung wissenschaftlicher Leitungsmethoden, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 2, S. 341.

3 Ebenda, S. 342.

4 Vgl. dazu Müller, Hans/Reißeig, Karl, Zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED, in: ZfG, H. 1/1967, S. 5 - 19; Oelssner, Fred, 20 Jahre Wirtschaftspolitik der SED, Berlin 1966.

systems, durch die Herauslösung einzelner Leitungsmethoden aus ihrem Zusammenhang für die vierziger und fünfziger Jahre ein zentralistisch-administratives Modell zu konstruieren und die seit dem Beginn der sechziger Jahre in den sozialistischen Ländern angewandten Formen und Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung denen der Vergangenheit konträr gegenüberzustellen bemüht sind, schaffen sie sich die Grundlage für ihre Theorie des Hinüberwachsens des "orthodoxen Sozialismus" in die "Industriegesellschaft" gemischt-wirtschaftlichen Typs.<sup>5</sup>

Auch die modernen Revisionisten gehen von der angeblichen absoluten Gegensätzlichkeit zwischen den Wirtschaftsmethoden der fünfziger Jahre und den gegenwärtigen Forderungen an das Planungs- und Leitungssystem der sozialistischen Länder aus und machen den vollständigen Bruch mit dem "alten administrativen System" zur Voraussetzung für einen "demokratischen Sozialismus" unter weitgehender Ausschaltung des Staates aus dem Wirtschaftsleben.<sup>6</sup>

Dabei wird auf die Unkenntnis des Lesers über die tatsächliche Organisation der Wirtschaftsführung in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus als Ausdruck und Ergebnis des damaligen Entwicklungsstandes der sozialistischen Produktionsverhältnisse sowie des Niveaus und der Dynamik der Produktivkräfte spekuliert. Die Publizierung wissenschaftlicher Untersuchungen über Probleme der Wirtschaftsführung in den fünfziger Jahren ist daher von brennender Aktualität und stellt einen wichtigen Beitrag zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus dar.

## 2. Methodologische Probleme bei der Untersuchung und Darstellung der Geschichte der Planung und Leitung

Wenn die wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den an sie heute gestellten Anforderungen gerecht werden soll, dann muß sie sich gleichermaßen durch Wissenschaftlichkeit und Anschaulichkeit, Herausarbeitung typischer Details als auch Darlegung grundlegender Zusammenhänge auszeichnen. Das wirft eine Reihe von methodologischen Fragen auf, die im folgenden Abschnitt behandelt werden, wobei ihre Untersuchung - entsprechend dem Grundsatz, die Geschichte der Planung und Leitung konkret darzustellen - anhand eines speziellen Aufgabengebietes der Wirtschaftsführung in der DDR - der Einbeziehung der Werktätigen in die Aufstellung und Durchführung des Jahres-Produktionsplanes zwischen 1948 und 1958 - erfolgt.

Die wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung dieses Bereichs waren folgende: Als im Jahre 1948 der zentralgeleitete Maschinenbau geschaffen wurde, existierten in vielen Betrieben Planungsausschüsse, die sich in den ersten Nachkriegsjahren gebildet hatten und die bei der Konsolidierung der Wirtschaft auf örtlicher bzw. Landesebene, bei der Zusammenarbeit der Werke mit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den Betrieben eine gute Arbeit leisteten. Von seiten der Deutschen Wirtschaftskommission wurde die Bedeutung dieser Betriebsplanungsausschüsse als Instrument der Einbeziehung der Werktätigen in die Planung und Leitung erkannt und die Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf alle volkseigenen Betriebe des Maschinenbaus beschlossen. Die Betriebsplanungsausschüsse, die sich aus Vertretern der BGL, der Akti-

5 Vgl. dazu Bregel, E., Die beiden sozialökonomischen Systeme und die bürgerliche Konvergenztheorie, in: Einheit, H. 4 - 5/1968, S. 49 ff.

6 Schulz, Gerhard, Die untaugliche Konzeption Ota Šiks, in: Neues Deutschland v. 21. 9. 1968, Ausg. B.

visten und Angehörigen der Betriebsintelligenz zusammensetzten<sup>7</sup>, erarbeiteten im engen Kontakt mit den betrieblichen Planungsabteilungen die Planvorschläge der Werke, die anschließend an die zuständige VVB weitergeleitet wurden.<sup>8</sup> Auf VVB-Ebene sicherten die im Juni 1948 gebildeten Verwaltungsräte, denen zu zwei Dritteln Gewerkschaftsvertreter und zu einem Drittel Fachleute angehörten, die Mitbestimmung der Werkstätigen unter anderem bei der Aufstellung des Produktions- und Finanzplanes.<sup>9</sup>

Sowohl die Betriebsplanungsausschüsse als auch die Verwaltungsräte entfalteten unter dem zentralen Planungssystem in einigen Bereichen des Maschinenbaus zunächst eine beträchtliche Aktivität, die jedoch im Laufe der folgenden Jahre erlahmte. In dem im Juni 1950 vom Ministerium für Industrie erarbeiteten "Abschlußbericht der Untersuchungen über den Stand der Einführung des VEB-Planes in der volkseigenen Industrie" mußte festgestellt werden, "daß in allen besuchten Betrieben die Betriebsplanungskommissionen (Betriebsplanungsausschüsse - d. V.) eingeschlafen sind."<sup>10</sup> Die Verwaltungsräte wurden Ende 1950 im Zusammenhang mit einer Umstrukturierung der zentralgeleiteten Industrie aufgelöst. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits erwiesen, daß sie in ihrer Mehrzahl den gestellten Anforderungen, zum Beispiel hinsichtlich der Unterstützung der Betriebskollektive bei der Aufstellung und Durchsetzung der Betriebspläne, nicht gerecht wurden.<sup>11</sup>

Die Ursachen für die ungünstige Entwicklung der damals bestehenden Organisationsformen zur Einbeziehung der Werkstätigen in die Leitung der Wirtschaft sind in dem am Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre in der DDR herrschenden Planungs- und Leitungssystem zu suchen. Das damalige System der Wirtschaftsführung war durch hochgradige Zentralisation und überwiegende Administration gekennzeichnet. Über das Produktionsprogramm des Werkes entschied nicht die Werkleitung und auch die VVB nur in geringem Maße. Die Verantwortung für den Produktionsplan der Betriebe lag in erster Linie in den Händen der zentralen wirtschaftsleitenden Organe, welche die Betriebe mit einer Vielzahl detaillierter Vorgaben beauftragten. Für den Bereich der metallverarbeitenden Industrie fiel ein Großteil der Entscheidungen demzufolge in der Hauptverwaltung Maschinenbau und Elektrotechnik der Deutschen Wirtschaftskommission bzw. (ab 1949) im Ministerium für Industrie. Der Anteil des Betriebes an der Planaufstellung beschränkte sich - wenn man von den sehr begrenzten Möglichkeiten einer weiteren Aufschlüsselung des Planes absieht - auf die Aufstellung der sogenannten "Vorpläne". In diese Vorpläne schrieben die Betriebe ihre Produktionswünsche für das kommende Planjahr. Die Planvorschläge der VEB waren für die Hauptverwaltung unverbindlich und dienten in erster Linie der zusätzlichen Gewinnung von Informationen. Da den Betrieben die der Volkswirtschaft tatsächlich zur Verfügung stehenden Materialien, Kapazitäten bzw. Investitionssummen nicht bekannt waren, wichen ihre "Vorpläne" von der ihnen zum Abschluß der Planaufstellung übergebenen Planaufgabe in den ersten Jahren der zentralen Planung stark ab.<sup>12</sup> Kein Wunder also, wenn die Betriebe ihre Aufmerksamkeit von den "Vorplänen" abwandten und sich in immer stärkerem Maße der Plandurchführung in ihrem Bereich, das heißt der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Pläne widmeten, woran sie seit der Schaffung des Direktorfonds 1951<sup>13</sup> auch materiell interessiert waren.

7 Vgl. Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA), Abt. S., Bestand D - 1, Nr. 134, Bl. 212.

8 Ebenda.

9 Die Wirtschaft, Nr. 9/1948, S. 279.

10 DZA, Abt. S., Bestand G - 3 II, Nr. 0135, Bl. 275.

11 Ebenda, Bestand G - 415, Nr. 268 II, unpag.

12 Ebenda, Bestand D - 1, Nr. 134, Bl. 212.

13 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.) 1951, v. 8. 12. 1951, S. 1115.

Die Funktion der Betriebe hatte sich damit gegenüber den ersten Nachkriegsjahren, in denen sie bei der Aufstellung ihres Produktionsprogrammes im wesentlichen für sich selbst verantwortlich waren und die zentrale Leitung sich auf die Produktionsbefehle der SMAD beschränkte<sup>14</sup>, wesentlich geändert. In Abhängigkeit davon wurde der Aufgabenbereich der Betriebsplanungsausschüsse allmählich auf die Mitarbeit an den unverbindlichen Vorplänen reduziert. Die Entwicklung des Verwaltungsrates, soweit es sich um seine planerische Tätigkeit handelte, unterschied sich nur in Nuancen von der der Betriebsplanungsausschüsse. Je mehr die Wirtschaftsfunktionäre in der Hauptverwaltung Maschinenbau und Elektrotechnik die Planungstechnik beherrschen lernten, desto stärker schränkten sie die Rechte der Zwischenleitung, das heißt der VVB des Maschinenbaus, ein, desto geringer wurde der Anteil der Vereinigungen an der Aufstellung der Produktionspläne.<sup>15</sup>

Solange sich die Planungsmethoden nicht grundlegend veränderten, mußten die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Organisationsformen der Einbeziehung der Werk tätigen in die Planausarbeitung andauern – während es gleichzeitig fast unbegrenzte Möglichkeiten der Mitarbeit der Werk tätigen bei der Plandurchführung gab.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich während des ersten Fünfjahrplanes im Maschinenbau zwar eine breite Wettbewerbsbewegung zur quantitativen Erfüllung und Übererfüllung der Pläne entfaltete, aber die in den Jahren 1950 bis 1952 in Zusammenhang mit der Einführung der Betriebspläne im Maschinenbau wieder entstehenden Planungsausschüsse keine Bedeutung erlangten und eine Untersuchung der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik vom Jahre 1954 zu dem Ergebnis kam, daß die Planungsausschüsse in den Betrieben nur noch dem Namen nach vorhanden und eigentlich arbeitsunfähig seien.<sup>16</sup>

Mit der "Bekanntmachung des Beschlusses über die Vereinfachung der Planung in der volkseigenen Industrie" vom 16. Dezember 1954<sup>17</sup> wurde eine neue Phase in der Entwicklung der Planung in der DDR eingeleitet, die gekennzeichnet war durch die schrittweise Übertragung von Entscheidungsbefugnissen der zentralen wirtschaftsleitenden Organe, vor allem der Plankommission, auf die Betriebe. Damit wurde der Weg für die aktive eigenverantwortliche Teilnahme der Werke an der Ausarbeitung ihres Betriebsplanes freigemacht und eine tragfähige Grundlage für die Einbeziehung der Werk tätigen in die Aufstellung des VEB-Planes geschaffen. Tatsächlich begann in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dieser Aspekt in den Produktionsberatungen und vor allem auf den ökonomischen Konferenzen eine größere Rolle zu spielen.<sup>18</sup> Anfang 1958 wurden die Gewerkschaften auf allen Leitungsebenen in das Planungssystem integriert und erhielten in der "Verordnung über die Organisation der Planung der Volkswirtschaft" vom 13. Februar 1958<sup>19</sup> ihr Recht auf Mitarbeit an der Entscheidung über den Plan erneut bestätigt.

Man könnte diese knappe Schilderung der Einbeziehung der Werk tätigen in die Planung des Maschinenbaus noch durch eine Reihe von Fakten ergänzen, ohne aber wesentlich Neues zu sagen, ohne vor allen Dingen diejenigen Fragen beantworten zu können, welche diese Schilderung offen läßt; Fragen, die sich auf die Notwendigkeit einer Zentralisation im geschilderten Ausmaß beziehen, Fragen nach dem Sinn der Beibehaltung bzw. Wiederbelebung von For-

14 Jansen, Walter, Entwicklungsprobleme der Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus bei der Leitung volkseigener Industriebetriebe in der DDR, Diss. Hochschule für Ökonomie, Berlin 1960, S. 75 Ms. vervielf.

15 Die Wirtschaft, Nr. 51/1950.

16 DZA, Abt. S, Bestand D - 1, Nr. 1132, Bl. 9.

17 GBI, 1954, S. 947.

18 Vgl. Falk, Waltraud/Barthel, Horst, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin 1966, S. 142 - 147.

19 GBI, I 1958, S. 125.

men der Mitarbeit der Werkstätten am Plan, die mit dem Planungssystem nicht in Übereinstimmung zu bringen waren usw.

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es notwendig, einzelne Seiten der Planungs- und Leitungstätigkeit nicht nur zu beschreiben, sondern auch einzuschätzen, nicht nur darzustellen, wie geleitet wurde, sondern darzulegen, warum gerade auf diese Weise geleitet wurde und ob nur diese und keine andere Methode angewandt werden konnte.

Das scheint keiner besonderen Betonung zu bedürfen. Wenn aber heute auch allgemein anerkannt wird, daß die alleinige Aneinanderreihung von Tatsachen aus der Geschichte der Leitungstätigkeit noch keine befriedigende wirtschaftshistorische Abhandlung ergibt, so ist dies doch immer noch in einem Teil der publizierten wirtschaftshistorischen Arbeiten zur Geschichte der DDR, besonders auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung, der Fall.<sup>20</sup>

Für eine kritische Einschätzung der Planungs- und Leitungstätigkeit ist der Ausgangspunkt des Betrachters, die Position, von der aus er bestimmte Maßnahmen und Handlungen beurteilt, von entscheidender Bedeutung. Ist es zweckmäßig, die Entwicklung der Leitungstätigkeit in den fünfziger Jahren aus heutiger Sicht zu betrachten? Man könnte argumentieren, das träfe wenigstens für diejenigen Bestandteile der Leitungstätigkeit vergangener Jahre zu, die bis auf den heutigen Tag ihre Gültigkeit bewahrt haben bzw. auch noch für die Zukunft richtungweisend sein werden. So einleuchtend diese Ansicht zunächst auch scheinen mag, widerspricht sie doch den Grundregeln einer historischen Einschätzung.<sup>21</sup> Es würde zu keinem brauchbaren Ergebnis führen, versuchte man, die Funktionstüchtigkeit der Verwaltungsräte der Vereinigungen Volkseigener Betriebe von 1948 bis 1950 an der Tätigkeit in den fünfziger Jahren der gesellschaftlichen Räte der VVB im Jahre 1968 zu messen, die Betriebsplanungsausschüsse Anfang der fünfziger Jahre nach den Anforderungen zu beurteilen, die heute an die Tätigkeit der Produktionskomitees gestellt werden, oder die eigenverantwortliche Planung der nach dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel geleiteten Betriebe zum Maßstab für die Einschätzung der ersten VEB-Pläne machen zu wollen. Gerade ungerechtfertigten Vergleichen dieser Art entspringt die zum Teil noch verbreitete pessimistische Einschätzung der Leitungstätigkeit der Wirtschaftsorgane in der Vergangenheit. Ebenso einseitig wäre es aber, die Ergebnisse der Leitungstätigkeit der fünfziger Jahre allein nach den Fortschritten gegenüber dem Mai 1945 zu beurteilen. Das Resultat könnte nur eine Glorifizierung jedes einzelnen seitdem unternommenen Schrittes sein, die für kritische Hinweise keinen Platz ließe und weder der politischen Auseinandersetzung mit dem Klassengegner noch der Weiterentwicklung unseres Planungs- und Leitungssystems dienlich wäre.

20 Vgl. Schröder, Rudolf, Forschungskreis Betriebsgeschichte, a. a. O., S. 348.

21 Eine solche Fragestellung ist dagegen gerechtfertigt, wenn es sich darum handelt, aus der Vielzahl der möglichen Themen einer wirtschaftshistorischen Untersuchung diejenigen herauszusondern, die nicht nur für ihre Zeit von Bedeutung waren, sondern deren Problematik sich durch die gesamte Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zieht und einen wesentlichen Bestandteil des Systems der sozialistischen Wirtschaftsführung bildet. Ist das Thema einmal ausgewählt, dann gelten die im Text weiter unten angeführten Bemerkungen. - Eine derartige Fragestellung ist auch dann zulässig, wenn es sich lediglich darum handelt, einzelne Vorstellungen bzw. Maßnahmen der Vergangenheit aufzuspüren, die damals nicht oder noch nicht verwirklicht werden konnten, um ihre Anwendbarkeit unter den heutigen Bedingungen zu überprüfen, das heißt, wenn eine reine Zubringerarbeit für die sozialistische Wirtschaftsführung zu leisten ist.

Um die Formen und Methoden der Planung und Leitung in den fünfziger Jahren real einschätzen zu können, muß man die einzelnen Maßnahmen mit den politischen und ökonomischen Bedingungen des Zeitraumes, in dem sie eingeführt wurden, und mit den bis dahin in der sozialistischen Wirtschaftsführung gesammelten Erfahrungen konfrontieren. Das bedeutet, zum Beispiel die Planmethodik Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, die durch eine starke Einschränkung der betrieblichen Rechte bei der Planausarbeitung gekennzeichnet war, nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte sowie der Produktions- und Klassenverhältnisse zur Zeit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu beurteilen.

Die politischen und ökonomischen Bedingungen der DDR waren damals unter anderem durch eine noch ungenügende Festigkeit des Volkseigentums und die sich daraus ergebende Notwendigkeit charakterisiert, die aus der Enteignung einer Vielzahl privatkapitalistischer Betriebe entstandene, noch junge volkseigene Industrie mit Hilfe administrativer Maßnahmen von seiten der zentralen wirtschaftsleitenden Organe so zu formieren, daß sie dem Wettbewerb mit dem starken kapitalistischen Sektor nicht nur gewachsen war, sondern ihn auch durch das Tempo ihrer erweiterten Reproduktion überflügeln konnte. Charakteristisch für diese Zeit war weiterhin die harte Klassenauseinandersetzung um den künftigen Weg Deutschlands, wobei von seiten des westdeutschen Imperialismus wiederholt der Versuch gemacht wurde, Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat zu besetzen, um so die Arbeiter- und Bauernmacht von innen her zu unterminieren.<sup>22</sup> Unter diesen Umständen war es wichtig, die wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse in denjenigen wirtschaftsleitenden Organen zu konzentrieren, die mit fachlich und politisch verantwortungsbewußten Wirtschaftsfunktionären besetzt waren. Das war aber wegen des allgemeinen Mangels an qualifizierten Kadern nach 1945 in erster Linie in den zentralen Leitungen der Fall.<sup>23</sup> Ferner herrschte, als die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde, im Osten Deutschlands als Folge des Krieges und der ökonomischen Spaltung Deutschlands Mangel auf allen Gebieten. Die Volkswirtschaft konnte sich nur weiterentwickeln, wenn in den Schwerpunktbetrieben die Produktion "um jeden Preis" aufrechterhalten wurde. Dazu war die Zentralisation der Verfügungsgewalt über Material und damit auch über die Produktion in einer Hand unbedingt notwendig - was bedeutete, daß dem einzelnen Betrieb die Entscheidung über die Gestaltung seines Reproduktionsprozesses weitgehend entzogen werden mußte. Ähnlich wirkten sich der allgemeine Mangel an Investitionsmitteln und die Notwendigkeit, die vorhandenen Mittel auf einige Betriebe der Grundstoffindustrie zu konzentrieren, aus.<sup>24</sup> Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß es in einer Zeit, da die Einschränkung der spontanen Wirkungen der kapitalistischen und einfachen Warenproduktion auf die Volkswirtschaft im Vordergrund standen, nicht möglich war, die Kategorien der sozialistischen Warenproduktion, wie Gewinn, Preis, Kosten, zu entwickeln, wodurch zwangsläufig die Anwendung ökonomischer Leitungsmethoden auf einzelne Bereiche, wie zum Beispiel auf den Direktorfonds, beschränkt bleiben mußte.<sup>25</sup>

Schon aus diesen Bemerkungen ist ersichtlich, daß das Planungs- und Leitungssystem während des Zwei- und des Fünfjahresplanes in seinen entscheidenden Merkmalen - wie hochgradiger Zentralisation und überwiegender Administration - in erster Linie durch objektive

22 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 24.

23 Vgl. DZA, Abt. S., Bestand G - 3 II, Nr. o299, unpag.

24 Vgl. Falk, Waltraud, Grundfragen der Entwicklung von Planung und Leitung in den einzelnen Entwicklungsetappen der DDR als Ausdruck der Herausbildung eines Systems der sozialistischen Wirtschaftsführung. Material des Forschungskreises "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR", Januar 1967 (Ms. vervielf.).

25 Siehe Verordnung über den Direktorfonds 1951, v. 4. 10. 1951, in: GBl, 1951, S. 1115.

Faktoren geprägt wurde und den damaligen Erfordernissen entsprach. Demnach ermöglicht erst die Einschätzung der Leitungstätigkeit nach dem jeweils erreichten Entwicklungsniveau und der Dynamik der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sowie nach dem Stand der Klassenauseinandersetzungen eine exakte Beurteilung des Charakters der Leitungsentscheidungen. Bedeutet ein derartiges Herangehen aber, die Berücksichtigung der politischen und ökonomischen Lage nur auf den Moment der Verkündung bzw. des Inkrafttretens der wirtschaftspolitischen Beschlüsse zu beschränken? Keinesfalls. Verantwortungsbewußte Leitungstätigkeit schließt immer Vorausschau mit ein.<sup>26</sup> Deshalb sind die einzelnen Maßnahmen nicht nur nach ihrer augenblicklichen Wirksamkeit zu beurteilen, sondern es ist zu untersuchen, ob sie der Vorbereitung einer bereits absehbaren Entwicklung dienen bzw. flexibel genug sind, sich künftigen Veränderungen anzupassen.

Gerade der letztgenannte Gesichtspunkt macht die Haltung der Staats- und Gewerkschaftsorgane, die trotz des offensichtlichen Gegensatzes zwischen dem eigentlichen Anliegen der Planungsausschüsse und ihren tatsächlichen Möglichkeiten im Planungssystem auf deren Beibehaltung orientierten, verständlich. Bereits Anfang der fünfziger Jahre war vorauszusehen, daß die geschilderten politischen und ökonomischen Hindernisse für einen Abbau der hochgradigen Zentralisation im Laufe der nächsten Jahre nach und nach an Bedeutung und damit auch an Einfluß auf das Leitungssystem verlieren würden. Auf der unteren Leitungsebene war demzufolge mit einer stärkeren Beteiligung der Betriebe an der Planausarbeitung zu rechnen, was wiederum zu besseren Voraussetzungen für eine aktive Mitarbeit der Werktätigen an der Planung führen mußte. Die Planungsausschüsse im hochgradig zentralisierten Planungssystem hatten demzufolge einen durchaus rationalen Sinn, denn in ihnen konnten bereits Anfang der fünfziger Jahre Erfahrungen gewonnen werden, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und besonders in den sechziger Jahren von Bedeutung waren, da die Planungsausschüsse dazu beitrugen, die Werktätigen auf ihre wachsenden Aufgaben bei der Mitgestaltung des Planungs- und Leitungsprozesses im entwickelten ökonomischen System des Sozialismus vorzubereiten.

Ein weiteres wichtiges methodologisches Problem wirtschaftshistorischer Untersuchungen der Leitungstätigkeit berührt die Frage der isolierten bzw. komplexen Darstellung: Ist es günstiger, einzelne Entwicklungslinien der Wirtschaftsführung über einen relativ langen Zeitraum zu verfolgen oder sollten besser die Leitungsbeziehungen weniger Jahre in ihrer gegenseitigen Verflechtung dargestellt werden? Der Vorteil der Konzentration auf ein relativ begrenztes Problem liegt darin, daß bei einem vertretbaren Aufwand an Archiv- und Literaturarbeit Aussagen über einen längeren Zeitraum gemacht werden können, während eine allseitige Erfassung der Planungs- und Leitungsproblematik während einer bestimmten Zeitspanne für einen einzelnen Wirtschaftshistoriker - abgesehen von der durch die Kürze des Untersuchungszeitraumes beschränkten Aussagekraft einer solchen Arbeit - schon wegen des ihm fehlenden speziellen Fachwissens über die unterschiedlichsten Aufgabengebiete der Planungs- und Leitungstätigkeit außerordentlich problematisch ist. Der Nachteil der Konzentration in der Darstellung auf eine einzelne Entwicklungslinie besteht dagegen darin, daß nicht alle Beziehungen, aus denen heraus die Maßnahmen des ausgewählten Untersuchungsbereiches entstanden, und nicht alle Bereiche, in denen sie sich auswirken, genügend be-

26 Dazu sagte Mittag auf der 8. Sitzung des Staatsrates der DDR: "Das Großartige unserer Entwicklung bestand doch gerade immer darin, daß die Deutsche Demokratische Republik immer rechtzeitig die neu herangereiften Probleme aufgegriffen und angepackt hat, nicht aus der Sicht der Tageserscheinungen oder aus der Sicht der Einzellösungen, sondern aus der Sicht der Prognose und aus der Sicht der Systemlösungen, und zwar immer auf der Grundlage einer exakten theoretischen Begründung." (Mittag, Günter, Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, in: Materialien der 8. Sitzung des Staatsrates der DDR, Berlin 1968, S. 25.)

rücksichtigt werden können und deshalb keine vollwertige Einschätzung erarbeitet werden kann.

Bei einer isolierten Untersuchung der Entwicklung der Betriebsplanungsausschüsse und des Verwaltungsrates wird sich zum Beispiel auf die Frage nach den Ursachen ihres Funktionierens bzw. Nichtfunktionierens keine befriedigende Antwort finden. Die Einbeziehung des Systems der staatlichen Planung in die Untersuchung gibt bereits zusätzliche Hinweise. Aber erst wenn der politische und ökonomische Hintergrund des Systems der Wirtschaftsführung ebenfalls berücksichtigt wird und Vergleiche mit der Entwicklung anderer Formen der Einbeziehung der Werktätigen in die Planungs- und Leitungstätigkeit, zum Beispiel mit den Massen- und Sonderwettbewerben zur quantitativen Erfüllung und Übererfüllung der Pläne, gezogen werden, ergibt sich ein exaktes Bild von den Möglichkeiten und Grenzen, vom Charakter und der Bedeutung der Betriebsplanungsausschüsse und Verwaltungsräte Anfang der fünfziger Jahre.

Da die zu untersuchenden Beziehungen nicht statisch sind, sondern sich weiterentwickeln, verändern, ergibt es sich von selbst, daß die genannten Faktoren nicht nur für einen kurzen Zeitraum, sondern entsprechend ihrer Bedeutung, die sie im Rahmen der wirtschaftshistorischen Arbeit einnehmen, über eine größere oder geringere Anzahl von Jahren verfolgt werden. Nur so kann der augenblickliche Zusammenhang als Resultat historischer Entwicklung in seiner Bedeutung erkannt werden.

Die Antwort auf die Frage, ob die Aufzeichnung einzelner Entwicklungslinien oder die umfassende Darstellung günstiger ist, kann angesichts der wechselseitigen Abhängigkeit der einzelnen Elemente des Planungs- und Leitungssystems, seines Umfangs und seiner Vielfalt unseres Erachtens nur lauten: Aufzeichnung der für das jeweilige Leitungssystem charakteristischen Entwicklungslinien unter Beachtung des komplexen Charakters der Planungs- und Leitungstätigkeit und seiner direkten Abhängigkeit von den jeweiligen politischen und ökonomischen Bedingungen. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des Untersuchenden sein, jeweils herauszufinden, welche Wechselwirkungen zwischen dem darzustellenden Bereich und dem übrigen Leitungssystem sowie dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bestehen.

Handelt er nach diesem Grundsatz, dann werden ihm auch die Periodisierungsfragen keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, da die Berücksichtigung der Beziehungen seines Untersuchungsbereichs zu der übrigen Wirtschaftstätigkeit von Partei und Regierung einerseits eine zu enge Periodisierung nur nach den Besonderheiten des Untersuchungsgebietes verhindert, ihm andererseits aber eine genügend solide Grundlage schafft, um eventuelle Abweichungen von der allgemeinen Periodisierung ausreichend zu begründen.

Ein weiteres für die wirtschaftshistorische Untersuchung der Leitungstätigkeit bedeutsames Problem ist die Berücksichtigung der Einheit von Beschlußfassung und Realisierung. Während es relativ einfach ist, Quellenmaterial über die zur Durchsetzung der Richtlinien der SED beschlossenen Maßnahmen in Form von Gesetzen, Verordnungen, Anweisungen und Mitteilungen der wirtschaftsleitenden Organe zu finden, erfordert die Beantwortung der Frage nach dem Erfolg der eingeleiteten Schritte oft eine zeitraubende Sichtung des Archivmaterials. Trotzdem ist die Einbeziehung der Realisierung der Maßnahmen in die Untersuchung unumgänglich notwendig, da sich aus etwaigen Differenzen zwischen Beschluß und Verwirklichung wichtige Hinweise für die Einschätzung der Verordnungen selbst ergeben und weitere staatliche Weisungen in dem zu untersuchenden Bereich oftmals eine unmittelbare Reaktion auf die unzureichende Verwirklichung der anfangs beschlossenen Maßnahme sind.

So scheint es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, daß erst mehr als drei Jahre nach der Verkündung des Beschlusses über die Vereinfachung der Planung vom Dezember 1954 eine entsprechende gesetzliche Neuregelung für die Mitbestimmung der Werktätigen



bei der Planung erfolgte. Eine Untersuchung der Realisierung des Beschlusses zeigt dagegen, daß dieser nicht sofort zu größerer Selbständigkeit der Betriebe bei der Planausarbeitung führte, sondern durch eine Reihe weiterer Verordnungen zur Dezentralisierung der Planung in den Jahren 1955, 1956 und 1957 ergänzt werden mußte, ehe den Betrieben ein abgegrenztes Terrain von Entscheidungsbefugnissen zur Verfügung stand; daß darüber hinaus Veränderungen in der Leitungsstruktur und der Arbeitsweise der Wirtschaftsfunktionäre notwendig waren, bevor die planmethodischen Maßnahmen voll wirksam werden konnten. Erst nachdem diese Probleme auf der 30., 32. und 33. Tagung des ZK der SED 1957 geklärt worden wären, konnten die Schlußfolgerungen bezüglich der Mitarbeit der Werktätigen in der Planung gezogen und gesetzlich verankert werden.<sup>27</sup>

Ein wesentlicher Grundsatz für die wirtschaftshistorische Untersuchung der Planungs- und Leitungstätigkeit sollte unseres Erachtens schließlich sein, stets den pragmatischen Aspekt der Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne im Auge zu haben, das heißt immer wieder die Aufmerksamkeit auf solche die Wirtschaftsführung betreffende Ideen, Vorstellungen und Versuche in der Vergangenheit zu lenken, die auch unter den Bedingungen des ökonomischen Systems des Sozialismus Anregungen für die Weiterentwicklung der Planungs- und Leitungstätigkeit geben können, bzw. grundlegende Erkenntnisse herauszuarbeiten, die über einen bestimmten konkreten Zeitraum hinaus für die gesamte sozialistische Gesellschaftsordnung Geltung haben. So wäre es zum Beispiel recht nützlich gewesen, wenn der Bundesvorstand des FDGB in Vorbereitung der Bildung gesellschaftlicher Räte die Unterlagen der im Aufbau und in der Struktur ähnlich gearteten Verwaltungsräte Ende der vierziger Jahre ausgewertet hätte. Hinweise für die Beantwortung einer ganzen Reihe keineswegs nebensächlicher organisatorischer Fragen, die unmittelbar vor bzw. nach der Gründung der gesellschaftlichen Räte akut wurden und die zum Beispiel den Arbeitsplan des gesellschaftlichen Rates, das Verhältnis der Mitglieder des Rates zum Generaldirektor der VVB, die Vorbereitung der Ratsmitglieder auf die Beratungen, die Ausarbeitung des Materials für die Sitzungen usw. betrafen<sup>28</sup>, hätten durchaus den Akten der ehemaligen Verwaltungsräte entnommen werden können<sup>29</sup>.

Aber abgesehen von solchen Einzelbeispielen lassen sich aus der Untersuchung der Tätigkeit der Betriebsplanungsausschüsse und Verwaltungsräte einige verallgemeinerungswürdige Schlußfolgerungen für die Abstimmung zwischen dem staatlichen Planungs- und Leitungssystem und den Formen und Methoden der Mitarbeit der Werktätigen ziehen: Die Effektivität der Einbeziehung der Werktätigen in den Planungs- und Leitungsprozeß und damit das Ausmaß der sozialistischen Demokratie in diesem Bereich wird um so größer sein, je mehr staatliche und "gesellschaftliche" Organisationsformen zur Planung und Leitung der Wirtschaft einander angepaßt und aufeinander eingespielt sind. Es handelt sich hierbei um eine aus der historischen Entwicklung gewonnene Erkenntnis, die auch in zunehmendem Maße in der Leitungswissenschaft Verbreitung findet.<sup>30</sup>

27 Vgl. Ulbricht, Walter, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, am 30. Januar 1957; vgl. auch Berichte, Referate, Diskussionsreden, Thesen und Beschluß, 32. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. - 12. Juli 1957, Berlin 1957.

28 Vgl. dazu Liehmänn, Paul/Puschmann, Manfred/Söder, Günter, Leiter und Kollektiv in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin 1967, Anhang.

29 DZA, Abt. S., Bestand G - 415, Nr. 268 u. 269.

30 Vgl. Liehmänn, Paul/Puschmann, Manfred/Söder, Günter, a. a. O.; Liehmänn, Paul, Führungsaufgaben bei der Entwicklung sozialistischer Massenbewegungen in der Volkswirtschaft, in: Die Arbeit, H. 1/1968, S. 8 - 17.

### 3. Wirtschaftshistorische Quellen zur Entwicklung der Planung und Leitung

Da die Untersuchung zur Geschichte der sozialistischen Wirtschaftsführung in der DDR ein noch verhältnismäßig junger Zweig der Wirtschaftsgeschichte ist, erscheint es zweckmäßig, einige Hinweise zur Quellen-situation in diesem Bereich zu geben.

Sollen die wirtschaftshistorischen Arbeiten zur Planungs- und Leitungstätigkeit den heute an sie gestellten Anforderungen gerecht werden, so müssen Archivmaterialien in der Primärliteratur den entscheidenden Platz einnehmen. Soweit es sich um die zentralgeleitete Wirtschaft handelt, sind die entsprechenden archivalischen Unterlagen im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung S., konzentriert. Das Archiv ist für die wissenschaftliche Benutzung zugänglich. Das Material reicht von den ersten schriftlich fixierten Vorstellungen über eine zentrale Wirtschaftsleitung auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone aus den Jahren 1946/47 bis zu Ausarbeitungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des neuen ökonomischen Systems Anfang der sechziger Jahre.

Wird das vorliegende Archivmaterial nach Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und inhaltlichen Gesichtspunkten gegliedert, so können drei "Perioden" der Anlage der Verwaltungsakten unterschieden werden: Für die Zeit bis 1950 sind archivalische Unterlagen nur unvollständig vorhanden (das trifft vor allem für die Jahre 1946/47 zu). Schriftwechsel der Leiter und Entwürfe zu Gesetzen, Anweisungen und Mitteilungen sowie persönliche Notizen sind miteinander vermischt; die Zuordnung der Akten erfolgt zum Teil nicht nach dem Sachgebiet, sondern nach der Person des Leiters. Die Art und Weise der Ablegung des schriftlichen Materials spiegelt die damals in der Wirtschaftsführung überwiegende Improvisation wider. Die Archivmaterialien aus den Jahren 1951 bis 1955 (im wesentlichen die Zeit des 1. Fünfjahrplanes) bringen dagegen bereits die Konsolidierung des Planungs- und Leitungssystems zum Ausdruck. Die Akten sind vollständiger und in immer stärkerem Maße einheitlich nach Sachgebieten zusammengestellt. Diesen Zeitraum betreffende Einschätzungen des Systems der Wirtschaftsführung finden sich jedoch erst in dem aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stammenden Archivmaterial. Das ist darauf zurückzuführen, daß etwa Mitte der fünfziger Jahre die größten Schwierigkeiten der Aufbauperiode der Arbeiter- und Bauern-Macht überwunden waren und entsprechend den veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen neue Wege der Wirtschaftsführung beschritten werden mußten. Die Voraussetzung für die Veränderung der bisherigen Planungs- und Leitungstätigkeit war aber ihre gründliche Analyse. Deshalb finden sich vor allem in den archivalischen Unterlagen der Jahre 1954 bis 1956 zusammenfassende Beurteilungen des Planungs- und Leitungssystems in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, Einschätzungen über die Periode der "Dezentralisierung der Planung" (1955 bis 1957) dagegen in den in Vorbereitung des "Gesetzes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates"<sup>31</sup> angelegten Akten usw. usf.

Stärker als durch die Lückenhaftigkeit des Archivmaterials aus den ersten Nachkriegsjahren wird die Benutzung der Bestände der Abteilung S. durch die noch nicht befriedigende archivarische Aufbereitung der Materialien beeinträchtigt. In der Abteilung sind in den nächsten Jahren noch umfangreiche Arbeiten zu leisten, ehe eine den Wissenschaftler vollständig befriedigende Organisation des Benutzerdienstes erreicht sein wird. Aus Gründen der Zeitersparnis ist es deshalb angebracht, vor der Sichtung der Archivmaterialien das allgemein verfügbare Quellenmaterial zu allen den Untersuchungsbereich bzw. -zeitraum berührenden Fragen zu studieren. Dazu gehören vor allem die Materialien der Tagungen und Parteitage der SED. Das gilt um so mehr, als aus dem im Deutschen Zentralarchiv, Abtei-

31 Vgl. GBL. I 1958, S. 117.

lung S., vorhandenen Aktenmaterial der staatlichen Planungs- und Leitungsorgane wenig über die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Festlegung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Planungs- und Leitungssystems in der Wirtschaft der DDR hervorgeht. Weiterhin existieren in den Parteidokumenten bereits für die Anfangszeit der zentralen Wirtschaftsleitung wichtige Analysen (es sei hier nur auf das Referat Heinrich Raus auf dem 6. Plenum des ZK der SED im Jahre 1951 hingewiesen)<sup>32</sup>, während in den Archivmaterialien der Staatsorgane aus dieser Zeit solche konzentrierten Einschätzungen kaum zu finden sind. Schließlich bildeten und bilden die Berichte und Analysen der Fachministerien oftmals die Grundlage für die Einschätzung der Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik durch die SED und finden sich in komprimierter Form in den Berichten, Referaten und Diskussions-Beiträgen auf den Plenen und Parteitagungen der SED wieder.

Wie die Parteidokumente so sollten auch die allgemein in Form von Gesetzen, Verfügungen, Anweisungen und Mitteilungen und für den Bereich der Wirtschaftsplanung darüber hinaus als Ordnungen der Planung, Planmethodische Richtlinien, Schlüssellisten usw. für den Dienstgebrauch herausgegebenen Materialien der staatlichen Leitungsorgane vor dem Studium der Archivalien durchgearbeitet werden, um sich einen Überblick über die Maßnahmen des Staatsapparates auf dem zu untersuchenden Gebiet zu machen und sich im Archiv bereits spezielleren Problemen widmen zu können. Leider existiert keine wissenschaftliche Bibliothek in der DDR, die diese Materialien vollständig besitzt. Es ist auch nur unter großem Zeitaufwand möglich, einen Überblick über die vorhandenen Bestände zu gewinnen, da vollständige Verzeichnisse der genannten staatlichen Dokumente - soweit es sich um die fünfziger Jahre handelt - nicht existieren.

Als Sekundärliteratur wären Monographien über die Geschichte der Planung und Leitung in der Deutschen Demokratischen Republik für die weitere Forschungsarbeit eine große Hilfe. Während es aber zu allgemeinen Fragen der politischen und ökonomischen Entwicklung der DDR heute bereits eine beträchtliche Anzahl von Veröffentlichungen gibt und mit den drei letzten Bänden der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein Standardwerk vorliegt, fehlte die spezielle historische Literatur zu Planungs- und Leitungsfragen der Wirtschaft in umfassender Form bis vor kurzem fast vollständig. Mit der Herausgabe des Buches "Wirtschaftswunder DDR"<sup>33</sup> im Sommer 1968 wurde begonnen, die Lücke zu schließen. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR werden weitere Veröffentlichungen erfolgen, das heißt, es wird ein weiterer Schritt in diese Richtung getan.

Angesichts der geringen Zahl zusammenfassender Veröffentlichungen zu Planungs- und Leitungsfragen in Buchform kommt den Zeitschriften und Zeitungsartikeln aus den fünfziger Jahren eine relativ große Bedeutung zu. Dabei handelt es sich in erster Linie um die "Wirtschaft", die "Arbeit" (vor allem für Fragen der Einbeziehung der Werktätigen in die Planungs- und Leitungstätigkeit), die "Wirtschaftswissenschaft" und die "Einheit". Während in den beiden letztgenannten Zeitschriften in der Regel auf wesentliche ökonomische und wirtschaftspolitische Zusammenhänge eingegangen wird und Einschätzungen gegeben werden, wurden von der "Wirtschaft" oftmals einzelne Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung, Berichte über ihre Realisierung sowie Vorschläge zur Abänderung bestimmter Planungs- und Leitungsmethoden veröffentlicht.

32 Rau, Heinrich, Die Erfahrungen bei der Durchführung des Planes 1. Quartal 1951, in: Die neuen Wirtschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes. Drei Reden und Entschlüsse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der 6. Tagung am 13., 14. und 15. Juni 1951, Berlin 1951.

33 Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968.

Für den sich mit Fragen der Wirtschaftsführung befassenden Wirtschaftshistoriker werden in der Regel trotz sorgfältigen Studiums der Primär- und Sekundärliteratur noch eine Reihe von Problemen offenbleiben. Dazu gehören Fragen wie die Bewußtseinsentwicklung der Leitungskader und aller Werk tätigen und die fachliche Qualifikation der Leitungsfunktionäre (bis zur Mitte der fünfziger Jahre sind die schriftlichen Unterlagen zu diesen Fragen völlig unzureichend). Dazu rechnen aber auch Fragen des in den Wirtschaftsleitungen vorherrschenden Arbeitsstils, der Arbeitsatmosphäre und des Arbeitseinsatzes sowie der Autorität, die führende Leitungsfunktionäre unter den Kollegen und Werk tätigen genossen.

Um hierüber Auskunft zu erhalten, ist es notwendig, persönlichen Kontakt mit denjenigen Leitungsfunktionären aufzunehmen, die in den fünfziger Jahren an führender Stelle zur Lösung ökonomischer Probleme unserer Republik beitrugen. Der positiven Seite dieses Verfahrens - Gewinnung zusätzlicher Information - stehen einige Nachteile gegenüber, die bei allen mündlichen Befragungen auftreten: sachliche Ungenauigkeiten, subjektive und damit einseitige Einschätzungen und mitunter die Gefahr, damalige Handlungen an der heutigen Aufgabenstellung zu messen. Trotzdem ist die mündliche Befragung der Leitungsfunktionäre unseres Erachtens unerlässlich, um das Wissen um die historischen Zusammenhänge zu vervollständigen.

#### 4. Weitere Forschungsaufgaben

Im Rahmen der Aufgabenabgrenzung zwischen den wirtschaftshistorischen Lehr- und Forschungsstätten der DDR hat sich der Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin auf die Wirtschaftsgeschichte der DDR spezialisiert. Durch die 1965 erfolgte Gründung eines Forschungskreises im Republikmaßstab konnte über die relativ kleine Forschungskapazität des Bereiches hinaus als großes Forschungsvorhaben mit der Untersuchung der Herausbildung eines Systems der sozialistischen Wirtschaftsführung in der DDR begonnen werden. Die Arbeit des Forschungskreises konzentrierte sich - ohne andere Bereiche der Leitungstätigkeit aus den Augen zu verlieren - auf drei Bereiche:

das Verhältnis von administrativen und ökonomischen Leitungsmethoden in der Entwicklung der Wirtschaft der DDR;

die Herausbildung der Kooperationsbeziehungen zwischen den volkseigenen Betrieben und der damit verbundenen Problematik von gesellschaftlichen und individuellen Interessen bei der Durchführung der Volkswirtschaftspläne;

die Entwicklung der Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dabei wurde im Verlauf des letzten Jahres ein Stand erreicht, der es nunmehr erlaubt, über die bisherigen Einzelstudien auf diesen Gebieten hinauszugehen und zu umfassenden Einschätzungen der Entwicklung der Planungs- und Leitungstätigkeit zu kommen. Die Fertigstellung dieser umfassenderen Arbeiten stellt einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung des angestrebten Zieles des Arbeitskreises dar, die Vorarbeiten für eine Wirtschaftsgeschichte der DDR zu leisten und entscheidend an der Herausgabe eines Lehrbuches "Wirtschaftsgeschichte der DDR" mitzuwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde es notwendig, eine gewisse Isolierung des Arbeitskreises zu durchbrechen. Die 1968 zustande gekommene enge Zusammenarbeit des Arbeitskreises mit dem Forschungskreis "Wirtschaftspolitik der SED" des Lehrstuhles Geschichte der Arbeiterbewegung beim Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schafft für die weitere Arbeit günstige Voraussetzungen. Als nächstes Ziel hat sich der Forschungskreis des Bereiches Wirtschaftsgeschichte bei der Erforschung der Herausbildung eines Systems der sozialistischen Wirtschaftsführung in der DDR folgende Aufgaben gestellt:

Die Untersuchungen sollen stärker als bisher über das Jahr 1958 hinausgehen und damit die gesamte erste Periode des sozialistischen Aufbaus von der Entstehung der zentralen Wirtschaftsleitung bis zur Herausbildung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung umfassen und auch auf die zweite Phase des sozialistischen Aufbaus ausgerichtet werden.

Der erreichte Stand der Forschungsarbeiten wird es in der Folgezeit in stärkerem Maße als bisher erlauben, unmittelbare Hinweise für die Weiterentwicklung der sozialistischen Wirtschaftsführung zu erarbeiten.

Die bereits erzielten Ergebnisse bei der Erforschung der Entwicklung der Planungs- und Leitungstätigkeit in der DDR werden es in Zukunft ermöglichen, mit einer historisch vergleichenden Analyse der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftsführung in den sozialistischen Ländern zu beginnen, wie überhaupt die Arbeit des Forschungskreises im Bereich Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität darauf gerichtet ist, die noch vorhandenen Lücken auf dem Gebiet der wirtschaftshistorischen Forschung über die sozialistische Gesellschaftsordnung schließen zu helfen.

## **Die Entwicklung der VVB Technische Textilien im ökonomischen System des Sozialismus**

von Manfred Schädel

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR haben mit ihren Beschlüssen zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus wissenschaftlich begründete Perspektiven für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gewiesen. Die in diesem Zusammenhang aufgezeigten Probleme und Konsequenzen stellen an alle Bürger der DDR und insbesondere an die Führungskader der Betriebe und VVB erhöhte Anforderungen.

Als eine entscheidende Hauptaufgabe ist das ökonomische System des Sozialismus als Ganzes zu gestalten. Dazu ist es notwendig, die wissenschaftliche Leitungstätigkeit auf allen Ebenen der Volkswirtschaft konsequent anzuwenden und durch eine qualifizierte perspektivische und prognostische Arbeit die sozialistische Ökonomie und die wissenschaftlich-technische Revolution als entscheidenden Klassenauftrag zu meistern.

Die in den vergangenen Jahren von der Führung der SED geleistete theoretische und praktische Arbeit bei der Einführung wichtiger Maßnahmen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung war eine hervorragende Grundlage für die Weiterentwicklung des Industriezweiges "Technische Textilien".

Die Leitung des Industriezweiges stand vor der Aufgabe, durch eine auf hohe Effektivität gerichtete Arbeit alle Voraussetzungen zu schaffen, um die mit dem neuen ökonomischen System verbundenen Maßnahmen durchzuführen. Es ging darum, unseren Industriezweig auf die neuen herangereiften ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Bedingungen einzustellen.

In der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems mußte die Leitung des Industriezweiges entsprechend den grundlegenden Hinweisen der Parteiführung der SED ihrer Verantwortung dahingehend gerecht werden, den steigenden Bedarfswünschen der Abnehmer nachzukommen. Es wurden Überlegungen angestellt - unter Berücksichtigung der sich im nationalen und internationalen Maßstab abzeichnenden Entwicklung auf dem Gebiet der technischen Textilien -, ob die damalige VVB Bastfaser in ihrer Struktur den erhöhten Anforderungen gerecht werde.

Besonders die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED und der Wirtschaftskonferenz im Jahre 1963 sowie auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED 1964 zu den Fragen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, der Perspektivplanung und Forschung und Entwicklung führten nach gründlicher Auswertung zu der Erkenntnis, daß sich die VVB Bastfaser mit ihrer Struktur bei der Entwicklung der Volkswirtschaft als Hemmnis erwies und keine konsequente Durchführung der Aufgaben mehr sicherte. 70 Prozent des Bastfasersortiments waren bereits technische Textilien, und es machte sich, um das neue ökonomische System durchzusetzen, objektiv notwendig, die VVB Technische Textilien zu bilden. Dies geschah mit Wirkung vom 1. Januar 1965.

Für das Gebiet der technischen Textilien war es dadurch möglich, eine einheitliche wissenschaftlich-technische und ökonomische Politik zu bestimmen und Voraussetzungen zu schaffen, um die Herstellung aller technischen Textilien in einem Industriezweig zu vereinigen. Der Leitung unserer VVB wurde somit die volle Verantwortung für die qualitäts- und termingerechte Produktion technischer Textilien übertragen.

Die Bildung der VVB Technische Textilien hatte die Zielstellung

erstmalig international ein konzentriertes Produktionspotential für technische Textilien zu schaffen;

der volkswirtschaftlichen Bedeutung von technischen Textilien sowie den weitläufigen Kooperationsbeziehungen und dem Entwicklungsstand zu entsprechen;

die abnehmenden Zweige der Volkswirtschaft mit technischen Textilien von höchsten Gebrauchswerten, hergestellt nach fortschrittlichen technologischen Verfahren und zu optimalen Preisen, zu versorgen.

Beim Prozeß der Bildung des Industriezweiges als Ausdruck des Voranschreitens der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wurde der Standpunkt vertreten, daß für die Gliederung des Industriezweiges die Enderzeugnisse das bestimmende Merkmal sein müssen. Alle anderen Bewertungsgrößen wie angewandte Technologien oder die Unterteilung nach dem verarbeiteten Material sichern keine optimale Struktur und hemmen damit die Entwicklung und das Streben nach höchster Effektivität. Die VVB Technische Textilien unterscheidet sich hier beispielsweise in der Gliederung von anderen textilen VVB in der DDR.

Erfahrungen anderer sozialistischer Länder zeigen, daß das Fehlen eines Industriezweiges unserer Art als Hemmnis empfunden wird. In der Volksrepublik Polen arbeitet man zur Zeit an der Schaffung eines Industriezweiges Technische Textilien. Durch das Bestehen unseres Industriezweiges wird auch im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung eine weitere Spezialisierung auf bestimmte Erzeugnisse bzw. Sortimente möglich.

Die Erhöhung der Eigenverantwortung der volkseigenen Produktionsbetriebe und die daraus abgeleiteten höheren Aufgaben, Rechte und Pflichten der Leiter verlangen die Anwendung der effektivsten technologischen Verfahren und den sparsamsten Materialeinsatz. Diese Forderungen ergeben sich zwangsläufig durch die wissenschaftlich-technische Revolution und den Weltmarkt. Sie sind also den Anforderungen an das Finalprodukt immanent.

Um eine richtige strukturpolitische Konzeption für die VVB auszuarbeiten, muß man wissen, welche textilen Erzeugnisse für den technischen Einsatz bestimmt sind. Das ist nicht nur von Bedeutung für die Umprofilierung und Strukturpolitik unseres Industriezweiges hinsichtlich der Produktion oder Bilanzierung, sondern es hat vor allem Auswirkungen auf die Forschung und Entwicklung. Eine eindeutige Antwort auf die Frage, was man unter "technischen Textilien" versteht, half nicht nur terminologische Unklarheiten zu beseitigen, sondern hatte auch ökonomische Folgerungen für unseren Industriezweig und die gesamte Volkswirtschaft.

Man kann deshalb formulieren:

Technische Textilien finden überwiegend in der produktiven Konsumtion als Arbeitsmittel oder als Arbeitsgegenstand Verwendung und erfüllen dabei im engeren Sinne technische Funktionen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß.

Damit wird die Stellung unseres Industriezweiges innerhalb der Leichtindustrie gegenüber den anderen textilen VVB abgegrenzt, und man kann ersehen, daß unsere VVB überwiegend an der Produktionsmittelherstellung beteiligt ist, während alle anderen textilen VVB für die Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs von Heim- und Bekleidungstextilien arbeiten.

Für die VVB Technische Textilien ergibt sich somit ein sehr breites Produktionsprofil. Zu den technischen Textilien gehören:

Förderbandeinlagestoffe, Förderbänder, Treibriemen;

pneumatische Konstruktionen (z. B. Traglufthallen, stützschlauchgetragene Konstruktionen, flexible Behälter, Rettungsboote, Rettungsflöße, Kissenkonstruktionen);

Fischereinetze;

technische Filze, Vliesstoffe;

Filterstoffe;

Verpackungsstoffe;

schwere und leichte technische Gewebe;

Planen, Schnüre, Seile, Industriezirne, Tauwerk und anderes mehr.

Das Produktionsprogramm ist sehr umfangreich, und die Wissenschaftlichkeit der Führungstätigkeit muß darin bestehen, sich in der technischen und ökonomischen Politik auf die entscheidenden Schwerpunkte im Rahmen der perspektivischen und prognostischen Tätigkeit zu konzentrieren.

Für die Erzeugnisse ist kennzeichnend, daß die Finalprodukte noch keine Endprodukte darstellen, sondern in den abnehmenden Zweigen wieder die Rolle von Produktionsmitteln übernehmen. Die Hauptabnehmer sind der Landmaschinenbau, die Automobil- und Fahrzeugindustrie, die Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Schifffahrt, Hochseefischerei sowie die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie.

Im gegenwärtigen Zeitraum der wissenschaftlich-technischen Revolution sind für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im wesentlichen zwei Faktoren wirksam:

1. Mitbestimmung des Entwicklungstempos der abnehmenden Industrie durch weiter- und neuentwickelte technische Textilien,
2. Bestimmung des Entwicklungstempos technischer Textilien durch die sich schneller entwickelnden Industriezweige.

Damit unterliegt die Entwicklung des Industriezweiges der Gesetzmäßigkeit der sich volkswirtschaftlich vorrangig entwickelnden Wirtschaftszweige. Die weiterverarbeitende Industrie stellt an die VVB Technische Textilien hohe Anforderungen, sowohl was Menge und Qualität als auch was den Preis der Erzeugnisse betrifft. Durch eine richtige, auf die Finalprodukte orientierte Strukturpolitik war unser Industriezweig in der Lage, die Bedarfsbefriedigung durch überdurchschnittliche Entwicklungsquoten zu erreichen.

Die genannten Erkenntnisse dienen als Grundlage für die Bestimmung des weiteren Entwicklungstempos im Perspektiv- und Prognosezeitraum. Dabei hat die weitere Chemisierung der Produktion entscheidende Wirkungen auf die Struktur des Industriezweiges. Die vom Zentralkomitee der SED 1958 durchgeführte Chemiekonferenz entwickelte das Programm für den Ausbau der chemischen Industrie und veranlaßte den Industriezweig, Schlußfolgerungen zu ziehen. Auf Grund der Erfolge bei der Chemiefaserstoffentwicklung und in der Vorlauforschung ist es möglich, bei technischen Textilien die Naturfaserstoffe vollständig gegen Chemiefaserstoffe auszutauschen. In allen Fällen wird bei gleichen technologischen Verfahren eine Qualitätsverbesserung hinsichtlich höherer Lebensdauer und verbesserter Funktionstüchtigkeit erreicht.

Diese Entwicklung wurde wesentlich von der Forschung und Entwicklung des Industriezweiges beeinflusst. Besonders erwähnenswert ist die Entwicklung der Vliesstoffproduktion und



die Einführung neuer technologischer Verfahren, wie zum Beispiel der Malitechnologie. Die Tragflughallen vor der Werner-Seelenbinder-Halle anlässlich des VII. Parteitages der SED und die weiteren in der Zwischenzeit aufgebauten Hallen beweisen, daß hier der Anschluß an den Weltstand erreicht wurde. Zum erstenmal konnte die Malitechnik für derartige Konstruktionen angewendet werden.

Die Hinweise der Parteiführung der SED, die wissenschaftlich-technische Revolution als neue Qualität der Entwicklung der Produktivkräfte zu begreifen und entsprechend zu handeln, haben uns bewogen, die Planung und ökonomische Stimulierung der Forschung und Entwicklung effektiver zu gestalten. Bereits 1967 wurden Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Wissenschaftlich-Technischen Zentrum (WTZ) Technische Textilien eingeführt. Die Eigenverantwortung der Betriebe für die Umsetzung neuer wissenschaftlich-technischer Ergebnisse wurde erhöht und damit die Herstellung engerer Beziehungen zwischen dem WTZ und den Betrieben gewährleistet. Die Einflußnahme WTZ/Betriebe ist wechselseitig und aktiviert auch die Forschung und Entwicklung. Mit Hilfe der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird die wissenschaftliche Führungstätigkeit im Bereich der Forschung und Entwicklung mit dem System ökonomischer Hebel so verbunden, daß ein optimaler ökonomischer Nutzen im Verhältnis zum Aufwand erreicht wird. Dazu dient mit ein System von Finanzbeziehungen zwischen WTZ und Betrieben.

Alle diese Maßnahmen zielen darauf hin, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf Schwerpunkte zu konzentrieren, schnell abzuschließen und die Ergebnisse mit einem großen ökonomischen Nutzen ohne Zeitverlust in die Praxis einzuführen. So kann die enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Werkträgern der Betriebe und den wissenschaftlichen Kadern des WTZ noch verstärkt und das geistige Potential vergrößert werden.

Sozialistisches Geschäftsverhalten volkseigener Betriebe fordert geradezu enge Bindungen zwischen Wissenschaft und Produktion und die vollständige Einbeziehung der Leitung der Forschung und Entwicklung in das System der Wirtschaftsführung. Die volkswirtschaftliche Effektivität jedes Industriezweiges hängt in hohem Maße davon ab, wie es gelingt, die Bereiche von Wissenschaft und Technik mit ihren Ergebnissen organisch in das System der Planungs- und Wirtschaftsführung für die gesamte Volkswirtschaft und für die einzelnen Zweige einzubeziehen.

Für den Bereich einer VVB bedeutet das:

1. Zielstrebige Einflußnahme auf Richtung und Profil der für den Zweig wichtigen Einrichtungen der Grundlagen- und der angewandten Forschung, die außerhalb des Führungsbereiches arbeiten;
2. systematische Umsetzungsarbeit in Form der Anwendungsforschung, deren Hauptaufgabe darin besteht, auf der Grundlage der Untersuchung volkswirtschaftlicher Bedürfnisse in Gegenwart und Zukunft unter Nutzung von Erkenntnissen der Grundlagen- und der angewandten Forschung neue technische Prinziplösungen für den Industriezweig abzuleiten, die zu weltmarktfähigen Spitzenerzeugnissen bzw. zu neuen hochproduktiven Verfahren führen;
3. stärkere Orientierung der Betriebe auf die Nutzung von Ergebnissen der Forschung und Entwicklung;
4. einheitliche Leitung der Forschung und Entwicklung des Zweiges und Sicherung der strukturellen Voraussetzungen für eine schnelle Umsetzung der neuen Technik im Führungsbereich.

Dabei spielt der Zusammenhang zwischen Forschung und Produktion eine entscheidende Rolle, und es sind folgende Beziehungen gegeben:

1. Die Forschung und Entwicklung der Industrie stützt sich auf außerordentliche Erfolge der modernen Naturwissenschaften.
2. Dadurch verändern sich Art, Umfang und Intensität der Einwirkung von Forschung und Entwicklung auf die Produktion.
3. Der neue Inhalt des Wechselverhältnisses zwischen industrieller Forschung und Entwicklung mit der modernen Großproduktion wirft die Fragen der Ökonomisierung der industriellen Forschung und Entwicklung auf und erfordert die Durchsetzung des Prinzips der Rentabilität, also der wirtschaftlichen Rechnungsführung für diesen Teilprozeß innerhalb der gesamten Reproduktion. Das heißt, daß eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Produktion und der Forschung und Entwicklung eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg ist.

Es erweist sich immer mehr als objektive ökonomische Gesetzmäßigkeit, daß wissenschaftliche Erkenntnisse um so erfolgreicher sind und die Produktion ökonomisch um so wirkungsvoller ist, je geringer die Differenz zwischen dem hohen Erkenntnisstand und seiner Nutzung und je kürzer der Zeitraum zwischen einer neu gewonnenen Erkenntnis und deren praktischer Anwendung. Das Problem besteht nicht darin, daß eine "Überkapazität", ein "Überangebot" an wissenschaftlichen Erkenntnissen vorhanden ist. Es geht vielmehr darum, durch die untrennbare Verbindung zwischen Planung, Leitung und Anwendung ökonomischer Hebel keine Unterausnutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zuzulassen.

Für die Produktion verwertbare, aber nicht angewandte wissenschaftliche Forschungsergebnisse können nicht konserviert werden. Sie unterliegen bei dem gegenwärtigen Tempo der wissenschaftlichen Entwicklung einem schnellen moralischen Verschleiß. Man muß sie daher schnell wirksam machen, rasch in Erzeugnisse oder Verfahren vergegenständlichen oder ihren Wert über Lizenzvergabe realisieren. Im Ergebnis der Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Tätigkeit zeichnet sich eine zunehmende Komplexität der Wissenschaft ab. Die hinsichtlich der Entwicklung der Einzelwissenschaften vorhandene Spezialisierung ist begleitet von einer intensiven gegenseitigen Beeinflussung und Verzahnung der verschiedenen Wissensgebiete. Auch dieser Tendenz muß durch die Planung, Leitung und Organisation der gesamten Forschung Rechnung getragen werden, und die vielfältigen daraus erwachsenden Anforderungen an die neuen Formen der Kooperation in der wissenschaftlichen Tätigkeit bedürfen der Untersuchung und Berücksichtigung.

Aus der Stellung von Forschung und Entwicklung im Reproduktionsprozeß leiten sich somit eine Reihe allgemeiner objektiver Gesetzmäßigkeiten ab:

1. Der Kompliziertheitsgrad der modernen Industrie erfordert das ständige Einwirken der industriellen Forschung und Entwicklung auf die Produktion und verlangt deren wissenschaftliche Durchdringung.
2. Die industrielle Forschung und Entwicklung wirkt bestimmend auf die Produktion ein und beeinflusst die Effektivität des Reproduktionsprozesses entscheidend bereits vor Beginn der unmittelbaren Produktion.
3. Forschung und Entwicklung wirken heute schon revolutionierend auf alle Elemente der Produktion ein. Von den Ergebnissen der Forschung und Entwicklung hängt bereits die Rentabilität oder, anders ausgedrückt, das gesamte Geschäftsverhalten einer VVB und ihrer Betriebe ab.

Das 9. Plenum des ZK der SED hat nochmals eindeutig festgestellt, daß die Wissenschaft als Produktivkraft nicht im Selbstlauf wirksam wird, sondern daß es notwendig ist, Wege und Methoden zu entwickeln, die eine organische Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit und des Erkenntnisprozesses mit dem gesamten Reproduktionsprozeß gewährleisten.

Die Vielzahl der in unserem Industriezweig produzierten Erzeugnisse erfordert es, sich im Rahmen der Forschungsarbeiten zur Entwicklung neuer oder verbesserter Erzeugnisse oder neuer technologischer Verfahren und zur Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufes auf einzelne Schwerpunkte zu konzentrieren. Forschungsschwerpunkte richten sich auf die von der Leitung des Industriezweiges festgelegten Haupt- und Spitzenerzeugnisse. Das Haupterzeugnis ist durch seine spezifischen Eigenarten, seinen hohen Anteil am gesamten Produktionsumfang des Industriezweiges und seine große volkswirtschaftliche Bedeutung gekennzeichnet. Als Spitzenerzeugnisse gelten solche, die durch das Verhältnis von Qualität zu Preis eine führende Stellung auf dem nationalen und internationalen Markt einnehmen.

Im Gegensatz zur Entwicklung von Bekleidungstextilien, wo besonders die Probleme der Repräsentationsgüter unter Beachtung von Ästhetik und Modetrend im Vordergrund stehen dürften, werden technische Textilien unter Beachtung des für ein bestimmtes Einsatzgebiet erforderlichen Gebrauchsverhaltens entwickelt. Die Repräsentationsgüter ist hierbei von untergeordneter Bedeutung. Beachtet man bei der Entwicklung neuer Erzeugnisse das Verhältnis von Qualität zu Preis, so ist es notwendig, die Forschungsarbeiten nicht nur in Richtung einer Qualitätsverbesserung, sondern zugleich auch in Richtung einer Selbstkostensenkung durchzuführen. Um diesen dynamischen Entwicklungsprozeß planmäßig zu leiten und zu lenken, konzentriert die Leitung der VVB ihre gesamte personelle und finanzielle Kapazität auf folgende vier Schwerpunktkomplexe:

1. Verfahrenstechnische und erzeugnisteknische Entwicklung von Vliesstoffen und technischen Filzen;
2. Entwicklung von technischen Flächengebilden nach der Knüpf-, Wirk- und Nähwirktechnik;
3. Schaffung von pneumatischen Konstruktionen und flexiblen Behältern unter Beachtung einer komplexen Stoff-, Konstruktions- und Konfektionsentwicklung;
4. zielgerichteter Einsatz von Chemiewerkstoffen.

Bei den Chemiewerkstoffen handelt es sich um den Einsatz von Chemiefaserstoffen, im besonderen Foliefäden und Kunststoff allgemein. Hierbei werden die Probleme des Faserstoffeinsatzes, der Fadenherstellung, der Web- und der Alternative-Technologie, der Ausrüstung, insbesondere der Beschichtungstechnologie, der Veredlung und der Konfektionstechnik komplex berücksichtigt. Auf diese Weise werden die Probleme technologischer Verfahren sowie die Entwicklung unter Einsatz von Faserstoffen im Zusammenhang bearbeitet und die Ergebnisse auf eine andere gleichgeartete Aufgabenstellung teilweise oder ganz übertragen. Das trägt wesentlich dazu bei, den Nutzeffekt von Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Diese Schwerpunktkomplexe ziehen sich hin von der Markt- und Bedarfsforschung über Forschung und Entwicklung und die Investitionspolitik bis zum Absatz der Erzeugnisse.

Das veranschaulichen zwei Beispiele:

Vliesstoffe sind das strukturbestimmende Erzeugnis des Industriezweiges. Es bedurfte großer Anstrengungen, diese Produktion so zu entwickeln, daß den Forderungen der weiterverarbeitenden Industrie nach kostengünstigeren Erzeugnissen entsprochen wurde und jetzt viele Millionen Quadratmeter in zirka 25 Sortimenten gefertigt werden, wobei die DDR im sozialistischen Wirtschaftsgebiet die führende Rolle einnimmt und zur Zeit große Anstrengungen unternommen werden, den Weltstand entscheidend mitzubestimmen. Sehr gründlich wurde unter breiter Einbeziehung von Spezialisten, das heißt Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ökonomen und Arbeitern, eine Prognose für dieses strukturbestimmende Erzeugnis ausgearbeitet, die als Grundlage dient für weitere strukturpolitische Entscheidungen. Der Produktionsumfang auf diesem Gebiet wird erheblich steigen. Gegenwärtig werden mit Betrieben des Industriezweiges Vorbereitungsarbeiten für eine Umprofilierung eingeleitet. Das

muß sehr sorgfältig geschehen und gemeinsam mit den Belegschaftsangehörigen unter Berücksichtigung aller Probleme, das heißt komplex, erfolgen. Durch die Konzentration der Forschung und Entwicklung auf dieses Gebiet wurde der notwendige Vorlauf erzielt. Das anfangs vorhandene Sortiment wurde ständig vergrößert und weiterentwickelt.

Im Ergebnis dieser zielstrebigem Entwicklung technischer Textilien ist es uns gelungen, auch Erkenntnisse für die Versorgung der Bevölkerung zu nutzen. So wurde zum Beispiel ein Erzeugnis geboren, das zur Zeit von unseren Handelsorganen sehr gefragt ist. Es ist bekannt, daß gegenwärtig im internationalen Maßstab ein Trend nach kurzlebiger Bekleidung aus Vliesstoffen zu verzeichnen ist. Dem wurde Rechnung getragen und sehr kurzfristig ein Vliesstoff entwickelt, der dem Welthöchststand entspricht und zum Teil in verschiedenen Eigenschaften überlegen ist. Das beweist, daß bei einem konzentrierten Einsatz der Kräfte und Mittel beachtliche Erfolge erreicht werden können und daß ein schnelles Reagieren innerhalb der Forschung und Entwicklung auf neue Erkenntnisse und Erscheinungsformen des Marktes notwendig ist.

Im VEB Vliestextilien Löbnitztal wird damit bewiesen, wie durch neue technologische Verfahren die Automatisierung im Prozeß der technischen Revolution gemeistert werden kann.

Die entwickelten Sortimente Verpackungs-, Filter- und Förderbandeinlage-Stoffe für den Einsatz der Malitechnologie trugen dazu bei, daß dieses hochproduktive Verfahren in erweitertem Maße eingesetzt werden konnte. Durch die in der Forschung und Entwicklung erzielten Ergebnisse wurde der Industriezweig in die Lage versetzt, die Malitechnologie immer mehr für technische Textilien zu nutzen. Dabei muß man beachten, daß eine Besonderheit der perspektivischen Entwicklung technischer Textilien darin besteht, daß neben textiltechnischen Problemen die Entwicklung anderer Industriezweige, zum Beispiel der Kunststoffindustrie, zu berücksichtigen ist. Es gilt, aktiv die Forschung der anderen Industriezweige zu beeinflussen und deren Ergebnisse zu nutzen.

Die Entwicklung technischer Textilien sprengt somit die Grenzen der klassischen Textiltechnik und erfordert eine enge Zusammenarbeit mit anderen Industriezweigen. Die auf den Malimomaschinen für technische Textilien hergestellten Erzeugnisse werden rationell mit hohen verbesserten Gebrauchseigenschaften produziert und bestimmen damit den Weltstand. Im Rahmen von Kooperationsbeziehungen werden deshalb weitere Maschinentests, besonders hinsichtlich Veränderungen und zusätzlicher Vorrichtungen zielgerichtet für die Herstellung von technischen Textilien, mit dem Maschinenbau durchgeführt.

Für die Konzentrierung der Forschung und Entwicklung auf Schwerpunktkomplexe ist es von entscheidender Bedeutung, zu den einzelnen Komplexen den wissenschaftlich-technischen Vorlauf zu erringen.

Als Hauptmethode haben sich dabei herausgebildet und bewährt:

erstens, daß der im Preis enthaltene Satz von 0,5 % in voller Höhe für Forschungsarbeiten ausgeschöpft wird, darüber hinaus aber keine Forschungskredite aufgenommen werden;

zweitens, daß die Zielsetzung der Forschung und Entwicklung an exakte technische und ökonomische Parameter gebunden wird - technische Parameter wie Verfahrensparameter, Qualitätsparameter und ökonomische Parameter wie Kosten, Preise, Beziehungen zu den Fonds, gemessen an der zu erzielenden Warenproduktion, sowie Warenproduktion und Gewinn pro Beschäftigter.

Dazu kommen noch:

Einschätzung des Risikogrades der Forschung und Entwicklung;

zeitlicher Ablauf der Forschung und Entwicklung mit Zwischenkolloquien;

Realisierungsmöglichkeiten durch materielle Absicherung von notwendigen Grundmitteln und Rohstoffen (Inland- und Importaufkommen);

Beschaffung von Informationen über entsprechende Lieferungsmöglichkeiten aus der Sowjetunion.

Diese Angaben werden vom Entwicklungstrend des Industriezweiges, abgeleitet von Prognose- und Perspektivplanzeitraum, vorgegeben.

In den vertraglichen Beziehungen zwischen Betrieb und WTZ wird die auftragsgebundene Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben durchgesetzt. Der Betrieb vereinbart mit dem WTZ, mit welchem finanziellen Aufwand das zu erreichende Ergebnis gebracht werden muß (Vereinbarungspreis). Gelingt es der Forschungsstelle des Betriebes, bessere und vorfristige Lösungswege zu finden, ist diese am materiellen Ergebnis beteiligt. Umgekehrt findet jede zeitliche Verlängerung ihren Niederschlag in entsprechenden Sanktionen. Durch dieses Prinzip ist gewährleistet, daß eine ständige enge Gemeinschaftsarbeit unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Lösung des Themas erfolgt.

Das sind im wesentlichen:

Öffentliche Verteidigung von Zwischenstufen im auftraggebenden Betrieb;

Einschaltung der Gremien der Kammer der Technik;

Aufnahme von Teilaufgaben in den Plan der Neuerer und für Jugendkollektive.

Zu diesen Zwischenkolloquien findet gleichzeitig eine Einschätzung statt, mit welcher Wahrscheinlichkeit das Thema zum Erfolg führt. Liegt die Wahrscheinlichkeit des Erfolges in einer vertretbaren Grenze von mindestens 70 Prozent und mehr, wird bereits zu diesem Zeitpunkt die etappenweise Vorbereitung der Investitionstätigkeit ausgelöst. Von Bedeutung hierbei ist die Tatsache, daß in der Zielstellung der Forschung und Entwicklung enthalten ist, mit welchen voraussichtlichen Produktionsmaschinen die Ergebnisse gebracht werden. Die Schwerpunktorientierung liegt dabei auf Maschinenimporten aus der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, Eigenaufkommen des Rationalisierungsbetriebes des Industriezweiges und Zulieferungen aus dem Bereich der VVB Textima. Hier hat sich die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung bewährt. Für den im WTZ Technische Textilien vorhandenen Kleinrechner SER 2 c wurden zirka 25 Programme für die Forschung und Entwicklung ausgearbeitet, die speziell für Variantenrechnungen und optimale Leitungsentscheidungen innerhalb der Forschung und Entwicklung eingesetzt werden.

Das sind unter anderem solche Programme wie

Regressionsanalysen zur Prognose für den Industriezweig und einzelne Haupterzeugnisse;

Wahrscheinlichkeitsfunktionen zur Optimierung von Leitungsentscheidungen bei der Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und der Einführung der Ergebnisse in die Praxis;

Optimierung von zu erarbeitenden Standards;

Überwachung der Termine für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mittels Zeitplanung CPM und PERT;

Programm zur Berechnung der Porengröße von textilen Gebilden;

Ermittlung von Druckverhältnissen in Traglufthallen;

Konstruktion von Sattelflächen für Seilzugkonstruktionen und anderes mehr.

Dabei hat sich gezeigt, daß sich die Zeiteinsparung gegenüber herkömmlicher Methoden der mathematischen Berechnungen im Verhältnis von 1 : 5 bis 1 : 180 bewegt.

Die Anwendung wissenschaftlicher Forschungs- und Leitungsmethoden innerhalb der Forschung und Entwicklung soll am Beispiel Spinnvlies dargestellt werden. Ausgehend von der Vliesstoffprognose des Industriezweiges wurde die Entwicklung von Vliesstoffen nach dem physikalisch-chemischen Direktverfahren festgelegt. Aus durchgeführten Trendberechnungen mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung über die zukünftige Vliesstoffentwicklung im internationalen Maßstab leitet sich die terminliche Zielstellung für den Abschluß der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ab.

Die umfassende wissenschaftlich-technische Konzeption ist die Grundlage für die Arbeiten der Forschungsgemeinschaft Vliesstoffe, die unter Leitung des Industriezweiges Technische Textilien alle Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der textilen VVB sowie der VVB Zellstoff und Papier nach einem gemeinsamen Arbeitsplan koordiniert.

Im Rahmen der Wissenschaftsorganisation wurden folgende Schwerpunkte fixiert:

1. Erarbeitung der Qualitätsparameter für die einzelnen Einsatzgebiete, ausgehend von durchgeführten Weltstandsvergleichen.
2. Das aufgestellte Netzwerk für die Durchführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ergab eine Verkürzung des kritischen Weges dadurch, daß der Aufbau der halbtechnischen Anlage ausgeschaltet wurde und der Sprung von der Laboranlage zur Pilotanlage erfolgte. Hieraus leitet sich eine Zeitverkürzung um etwa drei Jahre ab, was allerdings zwangsläufig zu einer Erhöhung des positiven Risikos führt.
3. Die Forschungsk Kooperation bezieht in die Grundlagenforschung das Forschungsinstitut für Textiltechnologie Karl-Marx-Stadt sowie die Forschungseinrichtungen der Chemiefaserindustrie ein. Gleichzeitig wurde für die angewandte Forschung und Entwicklung, für den Bau der Pilotanlage ein Maschinenbaubetrieb gewonnen, und weitere Betriebe der metallverarbeitenden Industrie wurden in die Kooperation einbezogen.
4. Bereits jetzt besteht der Vertrag mit den zukünftigen Produzenten von Spinnvlies, der alle Maßnahmen zur Projektierung und Investitionsvorbereitung in Eigenverantwortung trifft. Damit wird die Phase der Produktionsüberleitung ohne Zeitverzögerung durchgeführt und dem moralischen Verschleiß entgegengewirkt.
5. Für die Durchführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie deren Überleitung in die Produktion wurde ein sozialistisches Forschungskollektiv gebildet. Dieses befaßt sich unter anderem schwerpunktmäßig mit der Heranbildung der notwendigen Kader, angefangen vom Fachschulingenieur bis zum qualifizierten Facharbeiter und Maschinenwart in der Produktion.

Diese Form der Wissenschaftsorganisation gewährleistet die Verflechtung von Forschung und Entwicklung, Produktionsvorbereitung und -durchführung sowie Absatz des neuen Ergebnisses zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Es ist damit gelungen, die Vorzüge unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse optimal zu nutzen. Auf internationalem Gebiet ist allgemein festzustellen, daß in der Literatur usw. die Probleme der technischen Textilien zentral dargestellt werden. Jedoch ist es auf Grund der im Kapitalismus bestehenden Produktionsverhältnisse nicht möglich, analog wie bei uns auch die Produktion technischer Textilien einheitlich zu leiten und zu lenken. Wir haben also größere Chancen auf dem Weltmarkt, die es zu nutzen gilt.

Statistische Untersuchungen über das ökonomische Ergebnis aus Forschung und Entwicklung im Industriezweig haben ergeben, daß der größte Nutzen bei der Entwicklung neuer Erzeugnisse zu verzeichnen ist. Die Entwicklung neuer Erzeugnisse nimmt durch die Vielseitigkeit der zur Zeit noch nicht erschlossenen Einsatzgebiete und durch die neuen Erzeugnisse als Produktionsmittel oder deren Bestandteile eine besondere volkswirtschaftliche Stellung im Rahmen der Textilindustrie ein. Sie erfüllen als technische Erzeugnisse oder deren Bestandteil ihre Funktion zur Vermehrung des Nationaleinkommens größtenteils erst im Gebrauch bzw. im Einsatz oder bei der Verwendung als Produktionsmittelbestandteil.

Aus diesem Grunde liegt die primäre Betrachtung des volkswirtschaftlichen Nutzens im Vergleich zu den aus der Entwicklung resultierenden Kosten und der betriebswirtschaftlichen Herstellung im Interesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung und dient am meisten unserer Wirtschaft. Untersucht man den Entwicklungsstand technischer Textilien und die Frage, wie er sich auf die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Nutzens je Aufwendung auswirkt, so ergibt sich, daß der jährliche Zuwachs des volkswirtschaftlichen Nutzens unserer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten künftig auf das Drei- bis Vierfache des in unserem Industriezweig wirksam werdenden Nutzens ansteigen wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Rahmen der weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus der Forschung und Entwicklung als Produktivkraft eine besondere Bedeutung zukommt.

Ausgehend von dem raschen Entwicklungstempo auf den verschiedenen technischen Disziplinen bedarf es einer höheren, qualitativ neuen Form von Forschung und Entwicklung, wobei den ökonomischen Problemen bereits bei der Themenfindung als auch bei der Realisierung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen besondere Beachtung geschenkt werden muß. Vor Aufnahme einer Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist der wissenschaftlich-technische Höchststand unter den gegenwärtigen Bedingungen und vorausschauend einzuschätzen. Daraus sind neben den technischen auch die ökonomischen Aufgabenstellungen für die Forschung und Entwicklung abzuleiten. Bei der Wertbetrachtung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit sind die Besonderheiten im Vergleich zu dem Wertbildungsprozeß von Ergebnissen aus der Produktion zu berücksichtigen und in die wirtschaftliche Rechnungsführung von Forschung und Entwicklung einzubeziehen. Diese Aufgaben können jedoch nur gemeinsam von dem Betrieb, der neue technologische Verfahren zum Herstellen neuer Erzeugnisse anwendet, und der jeweiligen Forschungsinstitution gelöst werden.

In der Etappe des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus liegt in unserem Industriezweig der Inhalt der technischen Politik in der Realisierung der technischen Grundkonzeption. Das erfordert, daß für die Entwicklung und Einführung der zweckmäßigsten technologischen Verfahren technische Lösungen gefunden werden, die bei einem optimalen Einsatz der Grundmittel den höchsten ökonomischen Nutzeffekt und eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität garantieren. Dabei muß der Höchststand der Mechanisierung und Automatisierung auf Schwerpunkte, die das Produktionsprofil unseres Industriezweiges bestimmen, konzentriert werden.

Die Rationalisierungsaufgaben für die strukturbestimmenden Erzeugnisse beziehen sich demzufolge auf

Rationalisierungsmaßnahmen, die sich aus der Forschungs- und Entwicklungsarbeit hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Vorlaufs ergeben;

Rationalisierungsmaßnahmen, die der Absicherung der jährlichen staatlichen Aufgaben dienen, und

Rationalisierungsaufgaben, die zur Produktionsabsicherung der perspektivischen Aufgaben notwendig sind.

Daraus ergibt sich, daß

1. eine gleitende Überleitung zwischen Forschung und Entwicklung, Vorbereitung und Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen notwendig ist,
2. sich ein wissenschaftlich-technischer Vorlauf durch die Forschung und Entwicklung objektiv erforderlich macht,
3. mit der Vorbereitung der Rationalisierungsmaßnahmen bereits während der Forschung und Entwicklung zu beginnen ist, um zeitlich einen reibungslosen Übergang zu finden.

Für die Rationalisierungskomplexe ist eine Kooperationslinie aufzubauen, deren Ausgangspunkt die Marktanalyse ist und die den wissenschaftlich-technischen Vorlauf bis zum Absatz schaffen soll. Die Steigerung der Effektivität unseres Industriezweiges ist unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nur durch die Gestaltung der effektivsten Struktur möglich. Deshalb orientiert die Parteiführung insbesondere seit dem VII. Parteitag der SED auf die prognostische Arbeit, damit die richtigen strukturpolitischen Schlußfolgerungen ausgearbeitet werden können. Insbesondere die Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus fordern mit Recht eine hocheffektive, perspektivisch gezielte Strukturpolitik. Die bisherigen Ergebnisse in der perspektivischen und prognostischen Arbeit zeigen, daß die zunehmende Dynamik in der Entwicklung der Produktivkräfte es erfordert, qualitative Veränderungen rechtzeitig vorauszusehen. Dabei spielt die Wissensverdoppelung eine bedeutende Rolle, die für unsere strukturpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden muß. Es gilt, sich dabei insbesondere auf die Haupterzeugnisse zu orientieren.

Besonders auf dem Gebiet des Entwickelns technischer Textilien ist davon auszugehen, daß beim Einsatz von Chemiefaserstoffen und neuer technologischer Verfahren mit neuen Maschinen, ausgehend von dem Finalproduzent des Erzeugnisses, beispielsweise innerhalb einer Kooperationskette, darauf zu achten ist, daß gleiche Verdoppelungszeiten bei einzelnen Zulieferanten vorhanden sein müssen. Ist dies nicht der Fall, dann häufen sich diejenigen Projekte, die nicht realisiert werden können. Außerdem ist darauf zu achten, daß bei einzelnen Aufgaben von Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz sich alle diese Elemente auf einem gleich hohen technischen Niveau befinden.

Innerhalb des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist ferner darauf zu achten, daß beim Entwickeln beispielsweise eines neuen Erzeugnisses nicht nur die Wirksamkeit von Forschung und Entwicklung, sondern auch diejenigen von Investition, Produktion und Absatz zu betrachten sind. Bei einer niedrigen Wirksamkeit einzelner Elemente wird also die Gesamtwirksamkeit wesentlich beeinträchtigt.

Zur Wissensentwicklung sollen einige Beispiele für unseren Industriezweig angeführt werden. Aus den Primärveröffentlichungen seit dem Jahre 1955 wurden die Wissensverdoppelungen auf dem Gebiet der Vliesstoffentwicklung und der Nähwirktechnik abgeleitet. Die Ergebnisse zeigen, daß bei Beachten einer ausreichenden Sicherheit die Verdoppelungszeit insgesamt auf dem Gebiet der Vliesstoffentwicklung etwa vier bis fünf Jahre beträgt. Das bedeutet, daß in den Jahren 1971/1972 etwa doppelt soviel Kenntnisse auf dem Gebiet der Vliesstoffe vorhanden sein werden wie im Jahre 1967. Besonders rasant verläuft die Entwicklung auf dem Gebiet der Nähwirktechnik, wo die Verdoppelungszeit etwa zwei bis drei Jahre beträgt.

Noch kürzer ist die Wissensverdoppelung auf dem Gebiet der Foliefadentechnik. Hier haben erste Berechnungen ergeben, daß die Verdoppelungszeit etwa zwischen ein und zwei Jahren liegt. Zum Vergleich sei angeführt, daß sich das Wissen bei der Lasertechnik in der Zeit von zwei Jahren und bei der Elektronik innerhalb von fünf Jahren verdoppelt.



Mit dieser Gegenüberstellung soll verdeutlicht werden, daß nur der nüchterne Vergleich mit dem Weltstand die Grundlage für Leitungsentscheidungen sein kann.

Bei der Durchführung der Beschlüsse zur weiteren Gestaltung der effektivsten Struktur der Volkswirtschaft wurden im Industriezweig Schlußfolgerungen für die prognostische Tätigkeit gezogen. Das war insbesondere deshalb erforderlich, weil unser Industriezweig durch die Vielzahl der technologischen Verfahren außerordentlich zersplittert war. Die Erzeugnisgruppenleitbetriebe wurden beauftragt, in Zusammenarbeit mit allen Betrieben der Erzeugnisgruppe Prognosen auszuarbeiten. Dabei kam und kommt es darauf an, den Forderungen nach einer effektiven Struktur des Industriezweiges Rechnung zu tragen, das heißt, die Produktion zu spezialisieren, zu konzentrieren, zu kooperieren und unter Auswertung der Entwicklung in den fortgeschrittensten Industrieländern Erzeugnisse zu produzieren, die in Technik, Technologie, Qualität und Kosten dem Weltstand entsprechen. Diese Aufgabe galt es in verhältnismäßig kurzer Zeit, aber auf lange Sicht, nämlich für den Prognosezeitraum bis zum Jahre 1980, zu lösen.

Betrachtet man die Fülle dieses gesamten Aufgabenkomplexes, dann ist ersichtlich, daß die in enger Zusammenarbeit mit der VVB erarbeiteten Prognosen einer ständigen Qualifizierung bedürfen.

Es wurden - ausgehend vom internationalen Trend - Festlegungen getroffen zur Umprofilierung von Betrieben, zur Einführung neuer technologischer Verfahren und auch zur Herstellung neuer Erzeugnisse. In diesem Zusammenhang wurden auch wesentliche Festlegungen zur ökonomischen Entwicklung unter dem Aspekt der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion getroffen. Dabei ist zu beachten, daß ständig äußere Einflüsse, das heißt solche, die aus der internationalen Entwicklung resultieren, und innere Einflüsse, die sich aus den spezifischen Bedingungen unserer Volkswirtschaft ergeben, wirken. Das bedeutet, daß eine einmal ausgearbeitete prognostische Einschätzung kein Dogma für den Prognosezeitraum darstellt, sondern daß vielmehr die Aufgabe darin besteht, die Prognosen einer ständigen Prüfung, Überarbeitung und Ergänzung zu unterziehen. Nur dann wird eine prognostische Einschätzung zum Führungsinstrument für die Erzeugnisgruppe oder für den Industriezweig. Wir sollten deshalb die Korrektur einer Prognose nicht nur als Korrektur schlechthin sehen, sondern als absolutes Erfordernis im Sinne einer effektiven Volkswirtschaft und als Fortschritt im Erkenntnisprozeß.

Der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit erfährt gegenwärtig in unserer Republik eine gewaltige Beschleunigung. Dabei müssen wir uns über die Anwendung der einzelnen Formen der Organisation der Produktion, die vom Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit bestimmt wird, im klaren sein.

Trotz aller bisherigen Erfolge in der Spezialisierung, Kombination und Kooperation genügt der jetzige Stand der Wirtschaftsorganisation nicht mehr, vor allem nicht, um die volle Verantwortung für den gesamten Reproduktionsprozeß durch die Betriebe wahrzunehmen.

Durch die Schaffung von Kombinat und Großbetrieben werden wir die Produktion weiter steigern, höhere ökonomische Ergebnisse erzielen, die modernen Leitungsmethoden qualifizierter anwenden und damit das wissenschaftlich-technische Potential des Industriezweiges vorteilhafter nutzen können.

Mit dem 1. Januar 1969 wurden deshalb Kombinate bzw. Vereinigte Betriebe gebildet, die den weiteren Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit im Industriezweig fördern. In diesem Prozeß sind 42 Prozent der Gesamtbeschäftigten erfaßt, wobei vorrangig der Konzentrationsprozeß in vertikaler Form erfolgt. Die Kooperationsbeziehungen, die bisher zwischen den Betrieben bestanden, werden gewissermaßen zu innerbetrieblichen Beziehungen umgewandelt, dadurch vereinfacht und effektiver gestaltet.

Man kann dies als erste Etappe eines Prozesses bezeichnen, der zielgerichtet unter Berücksichtigung territorialer Gesichtspunkte in den folgenden Jahren fortgeführt werden wird. Durch die Zusammenlegung unserer Betriebe im Bezirk Dresden zu einem Kombinat entsteht zum Beispiel in zwei Jahren ein ökonomischer Nutzen von 1,3 Millionen Mark und eine Umlaufmitteleinsparung von fast 3 Millionen Mark.

Dieser Prozeß muß mit einer Erhöhung des Bildungsniveaus aller Werkstätigen verbunden sein. Neben der zielgerichteten Aus- und Weiterbildung an der bereits 1967 gemeinsam mit der VVB Volltuch gebildeten Akademie für sozialistische Wirtschaftsführung, die der Aus- und Weiterbildung der Führungskader beider VVB und der nachgeordneten Betriebe dient, werden unter anderem folgende Qualifizierungsmaßnahmen wirksam:

Frauensonderstudium bis zum Abschluß Ingenieurökonom;

einjähriges Vorstudium für Facharbeiter mit Acht-Klassen-Abschluß und anschließendes Ingenieurstudium, vorrangig für Frauen und Mädchen;

Schulung der Führungskader von Kombinat und Vereinigten Großbetrieben;

Durchführung von Wochenlehrgängen an den betrieblichen Schulungseinrichtungen für die mittleren Kader;

Weiterbildung der Meister in Zwei-Wochen-Lehrgängen;

Lehrgänge über elektronische Datenverarbeitung, Operationsforschung und andere wissenschaftliche Leitungsmethoden;

Ausbau des Systems der Betriebsschulen.

Es wird außerdem gewährleistet, daß die Werkstätigen des Industriezweiges auf der Grundlage der strukturpolitischen Konzeption für ihre neuen Aufgaben rechtzeitig vorbereitet werden.

Ausschlaggebend für die Qualifizierung des Entscheidungsprozesses ist die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Industriezweig. 1969 befinden sich elf elektronische Kleinrechner SER 2 im Einsatz, und damit sind alle Betriebe des VVB-Bereiches in die elektronische Datenverarbeitung einbezogen. Gegenwärtig werden Untersuchungen vorgenommen mit dem Ziel, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung usw. in die Datenverarbeitung einzubeziehen. Bei den SER 2 handelt es sich um Übergangstrechner bis zum Einsatz von größeren Datenverarbeitungsanlagen.

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung erfolgt überwiegend zur Qualifizierung der Planungs- und Leitungstätigkeit und dient dazu, wissenschaftliche Methoden der Führungstätigkeit konsequent durchzusetzen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß beachtliche Erfolge erzielt werden können, wenn die Werkstätigen umfassend in diesen Prozeß einbezogen werden;

die Führungskader dabei an der Spitze dieses Prozesses stehen.

Für die Weiterentwicklung des Industriezweiges werden in Zukunft im wesentlichen drei Hauptrichtungen bestimmend sein:

1. Die Durchsetzung der Vliesstoffentwicklung in der gesamten Breite, wobei das Prinzip darin besteht, Erzeugnisse, die für technische Textilien zum Einsatz kommen, bis zum Finalprodukt zu entwickeln und Vliesstoffe, die in anderen Industriezweigen zum Einsatz kommen, als Halbfabrikat an diese auszuliefern;
2. die verstärkte Durchsetzung der Foliefadentechnologie in der Textilindustrie;
3. Neuentwicklung textiler Flächegebilde und daraus hergestellte Erzeugnisse.

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Industriezweiges sind

die wirkliche Konzentration der Mittel und Kräfte in allen Phasen des Reproduktionsprozesses auf wenige ausgerichtete Erzeugnisse;

die Fähigkeit der Leiter, nicht nur fachlich überzeugen, sondern die einzelnen Schritte der Entwicklung auch politisch begründen zu können;

die Tatsache, daß in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf allen Gebieten die Voraussetzungen gegeben sind, die Erfordernisse der technischen Revolution mit Erfolg zu meistern.

Die bisherige Entwicklung des Industriezweiges hat bewiesen, daß die Parteibeschlüsse jederzeit den richtigen Weg gewiesen haben; es hat sich bestätigt, daß die Praxis das Kriterium der Theorie ist.

# Der Beginn der bewußten planmäßigen Entwicklung der materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie der DDR in den Jahren 1948 bis 1951

dargestellt vor allem am Beispiel der Grubenbetriebe

von Helmut Seidl

0. Vorbemerkung
1. Über die allgemeine Entwicklung der Kaliindustrie
2. Die Grundlagen für die bewußte und planmäßige Entwicklung der materiellen Interessiertheit
3. Die bewußte und planmäßige Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit (1948 bis 1951)
  - 3.1. Grundsätzliches und Allgemeines
  - 3.2. Die wichtigsten Maßnahmen zur Verwirklichung der persönlichen materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie
    - 3.2.1. Überführung des Gedingelohnes in Leistungslohn
    - 3.2.2. Qualitative Ausweitung des Leistungslohnes in verschiedenen Formen
    - 3.2.3. Die Einführung progressiver Leistungslohne
    - 3.2.4. Prämien für Angestellte
    - 3.2.5. Weitere Methoden der materiellen Interessierung
  - 3.3. Einige Aspekte der Leitungstätigkeit

## 0. Vorbemerkung

In die Zeit der Entstehung des Staates der Arbeiter und Bauern, der Deutschen Demokratischen Republik, fällt auch der Beginn der bewußten und planmäßigen Entwicklung der materiellen Interessiertheit. Dabei konnte bereits auf Ergebnissen, die im Verlauf der voran-

gegangenen antifaschistisch-demokratischen Entwicklung erzielt worden waren, aufgebaut werden. Der junge Staat schenkte schon in den ersten Jahren seiner Existenz einer möglichst umfassenden Verwirklichung des Prinzips der materiellen Interessiertheit große Aufmerksamkeit. Dieser Tätigkeit ist der vorliegende Artikel gewidmet. Die Entwicklung soll am Beispiel der Kaliindustrie kritisch untersucht werden.

## 1. Über die allgemeine Entwicklung der Kaliindustrie

Für die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gelegene Kaliindustrie brachte das Jahr 1945 einen grundlegenden Wendepunkt. Mit der tiefen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Teil Deutschlands wurde die Kaliindustrie aus einer Stütze der imperialistischen und faschistischen Kräfte zu einer entscheidenden Säule der Macht des Volkes, das seine antifaschistisch-demokratische Ordnung schuf und später mit dem Aufbau des Sozialismus begann. Die Kaliindustrie entwickelte sich zu einem gewichtigen Teil der Volkswirtschaft der DDR.

Mit dem Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 begann auch in diesem Zweig die Neuregelung der Eigentumsverhältnisse: Alle Kaliwerke, die sich im Eigentum von Konzernen befanden, die aktive Wegbereiter und Stützen des Faschismus gewesen waren, wurden unter Sequester gestellt und mit Wirkung vom 1. September 1946 zugunsten des Reparationskontos in sowjetisches Eigentum<sup>1</sup> übernommen. Während die Werke Heiligenroda, Kaiseroda, Bleicherode, Sachsen-Weimar, Sollstedt, Bismarckshall und Volkenroda bis zum 30. April 1952 sowjetisches Eigentum blieben, gingen die Werke Roßleben, Staßfurt, Sondershausen, Kleinschierstedt, Aschersleben und Krügershall bereits im März 1947 in deutsches Volkseigentum über. Das Werk Glückauf, Sondershausen, wurde der Landesregierung Thüringen, die übrigen wurden der Provinzialregierung der Provinz Sachsen übergeben. Das Werk Solvay erhielt eine Treuhandverwaltung.<sup>2</sup> Die Leitung der Werke lag zunächst bei der Verwaltung der Industrie-Werke Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), während das Werk Glückauf der Hauptverwaltung landeseigener Betriebe in Thüringen unterstellt war.<sup>3</sup> Seit Juni 1948 unterstanden die volkseigenen Betriebe der Kaliindustrie der Vereinigung Volkseigener Betriebe Kali und Salze in Halle (Saale), die ihrerseits wiederum der Hauptverwaltung Chemie der Deutschen Wirtschaftskommission unterstellt war. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bildung der Regierung erfolgte die Unterstellung unter das Ministerium für Industrie, Hauptabteilung Chemie. Bei Bildung des Ministeriums für Schwerindustrie ging im November 1950 die Leitung an dieses Ministerium, Hauptabteilung Chemie, über. Vom November 1951 bis zu ihrer Liquidation schließlich war die VVB Kali und Salze dem Staatssekretariat für Chemie, Steine und Erden, Hauptabteilung Chemie, untergeordnet.

1 Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie (im folgenden: ZBAK), A VI, XIV, 3.

2 Ebenda.

3 Ebenda: Verwaltungsgeschichte der VVB Kali und Salze, Halle (Saale).

Tabelle 1

Förderung und Produktion von Kalisalzen in allen ab 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, ab 1949 DDR, gelegenen Kaliwerke

Jahr	Förderung		Produktion			
	in t	eff	in t	K <sub>2</sub> O		
Höchste Jahresleistung der Vorkriegszeit	1938:	9876374	1938:	1267815	1938:	1133367
Höchste Jahresleistung der Kriegszeit	1941:	10460130	1941:	1297716	1941:	1111807
1945		1716108		197639		172947
1946		6768896		780636		650038
1947		7286290		855577		714293
1948		9379840		1100109		938788
1949		11550639		1352900		1192012
1950		13191350		1539675		1333072
1951		14059856		1620432		1409992

Quelle: Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie, HV, 11/178 u. 11/181.

Mit großer Initiative gingen die Kalikumpel an die Verwirklichung des Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945. Noch im Laufe des Jahres 1945 gelang es ihnen, die Mehrzahl der Kaliwerke wieder in Betrieb zu nehmen, trotz des Widerstands der Konzernverwaltungen Einfluß auf die Produktion zu gewinnen und eine demokratische Entwicklung durchzusetzen. Dabei konnten sie sich auf die sowjetische Besatzungsmacht stützen. Der SMAD-Befehl Nr. 47 vom 4. September 1945 erteilte der Kaliindustrie die erste Produktionsauflage in Höhe von 427 000 Tonnen Kalidüngemitteln. Weitere Befehle sowjetischer Militärdienststellen halfen 1945 und in den folgenden Jahren, die Produktion ständig zu steigern.<sup>4</sup> Dabei ging es darum, sowohl die für den Bedarf der deutschen Industrie und Landwirtschaft dringend benötigten Kalisalze als auch den für Reparationen an die Sowjetunion nötigen Anteil zu produzieren sowie den Export wieder aufzunehmen und zu steigern. Die bedeutende Entwicklung, die die Kaliindustrie nahm und die in Tabelle 1 ausgewiesen ist, vollzog sich unter außerordentlich schwierigen Bedingungen. Die Mehrzahl der Schächte war vierzig Jahre alt oder älter. Infolge der Kriegswirtschaft waren zahlreiche Reparaturen und Unterhaltungsarbeiten unterblieben. Wasserzuflüsse in die Schächte, Lauenzuflüsse in die Abbaue und Strecken hemmten und gefährdeten die Arbeit. Notwendige Versatzarbeiten waren nicht ausgeführt worden.<sup>5</sup> Neuaufschlüsse hatte man nicht vorgenommen und Aus- und Vorrichtungsarbeiten vernachlässigt. Wegen des Alters der Werke

4 Abriß zur Geschichte der Kaliindustrie in Deutschland, hg. v. Rat des Bezirkes Erfurt, Abt. Volksbildung, Pädagogisches Bezirkskabinett, Fachgruppe Kalibergbau, (Erfurt 1961) S. 56 f.

5 ZBAK, A VI, XIV, 3.

waren die Grubenbaue oft bis zu 4 Kilometer weit ins Feld getrieben.<sup>6</sup> Weite Anmarschwege für die Bergleute und lange Strecken für das zu fördernde Salz waren die Folge. Hinzu kam ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Die aus vielfältigen Ursachen resultierenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Betriebsmaterialien und Ersatzteilen hemmten die Produktion erheblich, und zwar um so mehr, als infolge der Überalterung der Ausrüstung die Störanfälligkeit besonders hoch war. Schließlich wirkten sich ungenügende oder schwankende Stromlieferungen, mangelhafte Kohlenzufuhr und schlechte Transportverhältnisse negativ aus; sie führten zu diskontinuierlicher Produktion, zu Feierschichten und teilweisen Betriebsstillegungen.<sup>7</sup> Trotz dieser großen Schwierigkeiten gelang es im Jahre 1949, in Förderung und Produktion die größte Jahresleistung der Zeit vor 1945 zu erreichen und zu überbieten. Einzelne Werke hatten dieses Ziel bereits 1948 erreicht. Dazu hatten einige Neuanlagen, die Erweiterung bestehender Gruben und Fabriken und Renovierungsarbeiten in den Jahren 1946 und 1947 beigetragen.<sup>8</sup> Vor allem aber war es ein Erfolg des unermüdlischen Einsatzes der Arbeiter, Angestellten, Ökonomen und Techniker der Kaliindustrie, die, befreit von der Ausbeutung, in Werken, die dem Volk gehörten, vorbildliche Produktionsleistungen vollbrachten. Es war ein Ausdruck der neuen Produktionsverhältnisse und des Interesses der Werktätigen an der Entwicklung der Produktion. Die sich ab 1948 entwickelnde Aktivistenbewegung war ein entscheidendes Mittel zur Lösung der großen Aufgaben. Unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung und der erreichten Erfolge stellte der erste Fünfjahrplan der DDR der Kaliindustrie die Aufgabe, 1955 eine Jahresproduktion von 2 Millionen Tonnen K<sub>2</sub>O zu erreichen.<sup>9</sup>

## 2. Die Grundlagen für die bewußte und planmäßige Entwicklung der materiellen Interessiertheit

Im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten Deutschlands durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, in dem neue Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln entstanden, bildeten sich auch Anfänge neuer Beziehungen zwischen den Menschen einerseits und der Produktion und der Gesellschaft andererseits heraus. Der Charakter der Arbeit änderte sich, und es vollzog sich eine Umwälzung der Interessen der Werktätigen. In dieser Übergangsphase vom Kapitalismus zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus entstanden auch die Keime der materiellen Interessiertheit. Die unter schwierigen Bedingungen geleistete Arbeit der Aktivisten der ersten Stunde brachte das Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an der Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse und der Wiedereingangbringung der Produktion zum Ausdruck. Dem entsprach auch die Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In dem Beschluß "Sozialpolitische Richtlinien" legte das Zentralsekretariat der SED im Dezember 1946 bezüglich der Lohnentwicklung fest:

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Vgl. Der Zweijahrplan für 1949/1950, Beschluß des Parteivorstandes v. 30. 6. 1948, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (im folgenden: Dokumente der SED), Bd. 2, Berlin 1952, S. 33 f.

9 Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955), Beschluß des II. Parteitag (20. - 24. 7. 1950), in: Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 136.

"Ausdehnung der Wirtschaftsplanung auf das Preisgefüge und die Lohngestaltung, wobei ein gesundes soziales Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herzustellen ist ... Ausgangspunkt der Lohngestaltung ist der gesellschaftliche Wert der Arbeit. Beseitigung zu großer Lohnspannen. Für gleiche Arbeit gleicher Lohn, jedoch Mindestlöhne und Mindestgehälter unter Berücksichtigung der Ausbildung und überdurchschnittlicher Leistungen."<sup>10</sup> Außerdem wurden die Einrichtung von Betriebsküchen, besseren sanitären Anlagen, Gemeinschaftsräumen, Kinderkrippen und -gärten, eine kulturelle Betreuung und eine bessere gesundheitliche Überwachung der Werktätigen vorgeschlagen.<sup>11</sup>

Der Beschluß vom Dezember 1946 war nach dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945<sup>12</sup>, den vom Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im April 1946 beschlossenen "Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"<sup>13</sup> und dem "Manifest an das deutsche Volk"<sup>14</sup> - den grundlegenden Beschlüssen über die gesamte gesellschaftliche Entwicklung - das erste Dokument, das sich mit wesentlichen Fragen der materiellen Interessiertheit im Detail beschäftigte und Grundsätze für die Handhabung des Prinzips der materiellen Interessiertheit als Leitungsprinzip festlegte. Lenin hatte 1918 gemahnt: "In jeder sozialistischen Revolution, nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat gelöst ist und in dem Maße, wie die Aufgabe, die Expropriateure zu expropriieren und ihren Widerstand zu brechen, in der Hauptsache und im wesentlichen gelöst wird, tritt notwendigerweise in den Vordergrund die Grundaufgabe, eine Gesellschaftsform zu schaffen, die höher ist als der Kapitalismus, nämlich: die Steigerung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit (und zu diesem Zweck) die höhere Organisation der Arbeit."<sup>15</sup>

Diese Aufgabe wurde unter Führung der SED - wie der angeführte Beschluß beweist - in Angriff genommen, noch bevor die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse beendet war und die planmäßige Schaffung der Grundlagen des Sozialismus begonnen hatte. Die Lösung der Aufgaben begann auf der Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und auf der Basis des inzwischen entstandenen Volkseigentums; sie wurde zum Mittel der demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und stärkte die Kräfte, die den Übergang zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus vorbereiteten. In den "Sozialpolitischen Richtlinien" offenbarten sich bereits wichtige Elemente des Prinzips der materiellen Interessiertheit:

- a) Eine sozialistischen Verhältnissen gemäße Verteilung der Mittel für die individuelle Konsumtion;
- b) eine gesamtgesellschaftliche Handhabung und Regelung zum Beispiel durch Lohn- und Preisfestsetzungen und die Festlegung richtiger Proportionen zwischen beiden;
- c) eine planmäßige Regelung;
- d) eine starke Förderung der Formen unmittelbar gesellschaftlicher Befriedigung individueller Bedürfnisse;

10 Sozialpolitische Richtlinien, Beschluß des Zentralsekretariats v. 30. 12. 1946, in: Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin 1952, S. 140.

11 Ebenda, S. 141.

12 Vgl. Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. 6. 1945, in: Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1955, S. 370 - 379.

13 Vgl. Dokumente der SED, Bd. 1, a. a. O., S. 5 - 10.

14 Vgl. ebenda, S. 24 - 30.

15 Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 247.



e) eine Stimulierung der Arbeit durch die bereits genannten Elemente und dadurch, daß der gesellschaftliche Wert der Arbeit zum Ausgangspunkt der Lohngestaltung werden sollte und die Leistungen Berücksichtigung finden sollten.

Bei der Entlohnung der Arbeiter war wohl hinsichtlich der Interessiertheit die Erhöhung der Löhne in den Jahren nach 1945 die wichtigste Veränderung.<sup>16</sup> Sie war um so gewichtiger, als sie zugleich auch zu einer gewissen Angleichung an andere Schichten führte. Die Formen der Entlohnung und Interessierung, die sich in kapitalistischer Zeit herausgebildet hatten, blieben zunächst im wesentlichen erhalten. Im allgemeinen handelte es sich für die Gewinnungsarbeiter in der Grube und für die Arbeiter im Streckenvortrieb, für die Hauer und Schrapperfahrer bzw. Förderleute also, um gemeinsame oder getrennte Gedinge, bei deren Festsetzung vielfach Besonderheiten der Lagerstätte und des Arbeitsortes Berücksichtigung fanden. In etwa der Hälfte der Werke wurden die Kosten für Sprengstoff, die den größten Anteil an den Kosten der Arbeitsmittel der Hauer ausmachten, nicht berücksichtigt. Vereinzelt bezog man den Sprengstoffverbrauch in das Gedinge ein, in anderen Fällen gab es eine besondere Prämie für Sprengstoffersparnis. Daneben existierten Formen leistungsabhängiger Entlohnung in Gestalt von Gedingen oder Prämiensystemen in den meisten Werken auch für die Beschäftigten der Strecken- und Schachtförderung. Für die Handwerker in der Grube gab es solche Regelungen jedoch nur in einem Teil der Werke und auch dann teilweise nur als festen Zuschlag zum Lohn, wohl vor allem, um diese Arbeiter gegenüber den Hauern und Förderleuten in der Lohnhöhe nicht allzu stark zu benachteiligen.<sup>17</sup>

War die Abschaffung der Leistungsprämien auch 1947 tarifvertraglich vereinbart worden, so wurde doch vielfach diese Regelung umgangen, da eine Beseitigung dieses Lohnanteils für einen Teil der Belegschaften die im Tarifvertrag vorgesehenen Stunden- bzw. Schichtlohnerhöhungen verhindert hätte.<sup>18</sup> Des weiteren wurden solche Zuschläge benutzt, um bei Verwirklichung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" die Leistungen erfahrener Handwerker in den Gruben nicht außer acht zu lassen und im Interesse der Leistungserhaltung Differenzierungen für Qualitätsarbeit vornehmen zu können, wie es zum Beispiel im Kaliwerk Aschersleben mit ausdrücklichem Einverständnis der Verwaltung der Industrie-Werke Sachsen-Anhalt geschah.<sup>19</sup>

Vielfältige Formen sozialer Leistungen der Werke, die bereits 1947 beträchtliche Ausmaße erreichten<sup>20</sup>, ergänzten die leistungsabhängigen Methoden der Interessierung und waren die Anfänge direkter gesellschaftlicher Befriedigung wichtiger Bedürfnisse der Arbeiter in den Betrieben. Ihre Wirksamkeit wurde noch dadurch gefördert, daß sie durch Zuschüsse an Werkküchen, Nähstuben, Schuhmacherwerkstätten und anderes den Werk tätigen in Form von Naturalleistungen zugute kamen. Teilweise standen solche Leistungen auch in Beziehung zur Arbeit. So war in den SAG-Betrieben die Höhe des Weihnachtsgeldes 1946 abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit und von der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden.

16 Vgl. ZBAK, A VII, A, B, 16, 4. - Der monatliche Durchschnittslohn der Arbeiter in Mark hatte sich 1948 gegenüber 1944 z. B. folgendermaßen verändert:

Werk	1944	1948
Bartensleben	164,00	225,00
Staufurt	201,00	221,00
Roßleben	193,00	230,00
Krügershall	162,90	243,50

17 Vgl. ZBAK, A VI, XII, 36.

18 Vgl. ebenda, A VII, C, 52, 32.

19 Ebenda.

20 Ebenda, A VII, C, 73, 9.

den.<sup>21</sup> Wegen der hohen Zahl der Bummelschichten war gerade letztere Maßnahme ein Beitrag zur Verbesserung des Betriebsablaufs.

Schließlich gewann wegen der herrschenden Not und dem allgemeinen Mangel an Waren die Lieferung von Materialien durch die Werke für eine Interessierung am Betrieb und an der Produktion an Bedeutung.

Insgesamt traten jedoch bis Ende 1947 Anfang 1948 hinsichtlich der leistungsabhängigen Formen der Entlohnung wenig Veränderungen ein. Regelungen, die schon zehn, zwanzig oder mehr Jahre<sup>22</sup> bestanden hatten, blieben im allgemeinen unverändert erhalten. Offensichtlich gab es auch kaum Versuche, bessere Formen der Interessierung zu finden. Es ging zunächst darum, die Betriebe wieder in Gang zu bringen und einen einigermaßen geregelten Betriebsablauf zu sichern. Dabei blieb wenig Zeit, an der Verbesserung gültiger Regelungen zu arbeiten. Andererseits waren die bestehenden durchaus geeignet, einen Anstieg der Produktion zu stimulieren. Die beabsichtigte Beseitigung von Leistungsprämien, die teilweise keine wirklichen Beziehungen zur Leistung hatten, unterblieb wohl in den meisten Fällen - jedenfalls bei Arbeitern -, weil sonst Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen einzelner Gruppen entstanden wären, was ein Desinteresse an der Leistung des Betriebes hervorgerufen hätte. Dennoch traten bedeutsame Veränderungen ein, die der gesellschaftlichen Umwälzung und der gegebenen Situation entsprachen. Die Löhne der Arbeiter stiegen an, die Unterschiede zu anderen Schichten der Werktätigen verringerten sich, die gesellschaftliche Konsumtion in Betrieben erlangte Gewicht, und Naturalleistungen der Werke hatten große Bedeutung. Vor allem aber waren in dieser Zeit wichtige gesellschaftliche Umwälzungen vor sich gegangen: Volkseigentum war entstanden, die Arbeiterklasse übernahm im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten die Herrschaft in Gesellschaft und Wirtschaft. Auf dieser Grundlage entstanden Anfänge der materiellen Interessiertheit, und es wurde notwendig, sie bewußt und planmäßig zu fördern.

### 3. Die bewußte und planmäßige Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit (1948 bis 1951)

#### 3.1. Grundsätzliches und Allgemeines

Die erfolgreiche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren machte 1948 den Eintritt in eine neue Etappe der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung notwendig und möglich. Die Arbeiterklasse orientierte sich unter Führung ihrer Partei im Interesse einer demokratischen Entwicklung der ganzen Nation als Antwort auf die von den westdeutschen Imperialisten und den Westmächten betriebene Spaltungspolitik auf die beschleunigte allseitige Stärkung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.<sup>23</sup> Es ging um die Weiterentwicklung der Demokratie durch die Befähigung der Arbeiter und der anderen Werktätigen, den Staat zu leiten, und um die langfristig geplante Entwicklung der Wirtschaft, um mit ökonomischen Mitteln den volkseigenen Sektor zu stärken und die kapitalistischen Kräfte zurückzudrängen. "Diese Politik schloß die Möglichkeit ein, über die Vollendung der antifaschistisch-demo-

21 Ebenda, A VI, XIV, 3.

22 Das Kaliwerk Kleinschierstedt berichtete z. B. 1949, daß die gültigen Leistungsprämien bereits mindestens seit den zwanziger Jahren in Kraft seien. (Vgl. ZBAK, A VII, C, 52, 32.)

23 Vgl. Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 84 f.

kratischen Umwälzung hinauszugehen, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten und, wenn der Zeitpunkt herangereift war, die demokratische Etappe der Revolution in die sozialistische hinüberzuleiten."<sup>24</sup>

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der Höhepunkt der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung, und die revolutionären Veränderungen, die sich seit 1945 vollzogen hatten, fanden ihre staatliche Organisation. Zugleich entstand eine wichtige Voraussetzung für die Einleitung der Übergangsphase zur sozialistischen Umgestaltung.

Basierend auf den Beschlüssen des II. Parteitag, beschloß die 11. (25.) Tagung des Parteivorstandes der SED den Zweijahrplan für 1949/50. "Dabei ging es nicht nur darum, mit den von der DWK geschaffenen Vereinigungen Volkseigener Betriebe neue Führungsgremien der Industrie zu erproben, sondern darum, den volkseigenen Sektor der Wirtschaft als Grundlage einer zentral geleiteten demokratischen Planwirtschaft zu konstituieren. Es mußten seine Vergrößerung durch die erweiterte Reproduktion und den Aufbau neuer Werke entsprechend den notwendigen volkswirtschaftlichen Schwerpunkten gesichert, die dementsprechenden Formen der Finanzierung gefunden, die Rohstoffversorgung gemeistert sowie Kapazitätsauslastung und Weckung der Masseninitiative in den Mittelpunkt der Leitungstätigkeit aller Wirtschaftsorgane gerückt werden."<sup>25</sup>

Auf der Grundlage der neuentstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der vorhandenen Keime der materiellen Interessiertheit mußte auch das Prinzip der materiellen Interessiertheit durch die Leitung der Wirtschaftseinheiten bewußt und planmäßig gehandhabt werden. Bereits der II. Parteitag der SED hatte im September 1947 hervorgehoben: "In diesen (landeseigenen - H. S.) Betrieben entsteht ein neues Verhältnis der Arbeiter, Angestellten und Ingenieure zu ihrer Arbeit. Sie sind unmittelbar an der Produktion und Leistungssteigerung interessiert. Ihre Aufgabe ist es, die landeseigenen Betriebe zu vorbildlichen Betrieben in bezug auf Arbeitsleistung als auch Arbeitsbedingungen zu machen, um die wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten der neuen demokratischen Ordnung zu beweisen. Überschüsse aus den landeseigenen Betrieben sind an die Landesregierung abzuführen und sollen neben dem Ausbau der Betriebe vor allem zur Verbesserung der sozialen und materiellen Lage der Arbeiterklasse dienen."<sup>26</sup>

Dieser Beschluß lenkte die Aufmerksamkeit darauf, die neuentstandenen objektiven Bedingungen auszunutzen und, ihnen entsprechend, bewußt die Interessiertheit zu fördern. Hierzu nannte der Parteivorstand 1948 unter anderem folgende Aufgaben: "Weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verbesserte Organisation der Arbeit und der Arbeitsbedingungen", "weitgehende Einführung von Leistungslohnen (Akkordlohn, Prämiensystem usw.)", Festigung der Arbeitsdisziplin, Ausbau des Arbeits-, Unfall- und Gesundheitsschutzes, Erweiterung des Netzes der Erholungsheime und Sanatorien und "Erhöhung der Löhne im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitsproduktivität".<sup>27</sup> Des weiteren wurde vorgese-

24 Ebenda, S. 85.

25 Falk, Waltraud, Grundfragen der Entwicklung von Planung und Leitung in den einzelnen Entwicklungsstapen der DDR als Ausdruck der Herausbildung eines Systems der sozialistischen Wirtschaftsführung. Material des Arbeitskreises "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR", Januar 1967, S. 13 (Ms. vervielf.).

26 Entschließung des II. Parteitages zur politischen Lage, v. 24. 9. 1947, in: Dokumente der SED, Bd. 1, a. a. O., S. 224.

27 Der Zweijahrplan für 1949/1950, a. a. O., S. 54.

hen, die besten Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellten sowie Leitungen und Verwaltungen der Werke bei Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne zu belohnen.<sup>28</sup>

Zu den bereits genannten Elementen der Gestaltung des Prinzips der materiellen Interessiertheit in der Zeit vor 1948, die weiterhin gültig blieben und ausgebaut wurden, kamen jetzt neue hinzu:

- a) Die Verbindung mit der Produktionsplanung bzw. mit der Erfüllung des Produktionsplanes;
- b) Die Einführung von Leistungslöhnen, und zwar in vielfältigen Formen, je nach den konkreten Bedingungen;
- c) Lohnerhöhungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

Damit waren bereits bis zum Jahre 1948 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einige der wichtigsten allgemeinen Elemente des Prinzips der materiellen Interessiertheit ausgearbeitet worden. Man darf wohl mit Recht feststellen, daß der erreichte Stand den Anforderungen und den Bedingungen der Zeit entsprach. Es ging zunächst darum, "die Produktion besonders in den volkseigenen Betrieben um jeden Preis zu fördern"<sup>29</sup>, die Produktion zu steigern und die Pläne mengenmäßig zu erfüllen. Diese Aufgabe bestimmte auch die Grundrichtung des Prinzips der materiellen Interessiertheit jener Zeit. Unter diesem Aspekt ist zum Beispiel auch die Zahlung von Prämien für Verbesserungsvorschläge und die Steuerfreiheit hierfür<sup>30</sup> zu sehen. Jedoch beinhaltet gerade diese Regelung zugleich auch eine Zielsetzung, die über die bloße Steigerung der Produktionsmenge hinausweist. Sie weckte und steigerte das Interesse der Werktätigen am gesamten Produktionsprozeß, besonders an der Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Verwirklichung der von der Partei ausgearbeiteten Grundsätze wurde durch umfangreiche gesetzgeberische Maßnahmen garantiert. An der Spitze stand der Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9. Oktober 1947.<sup>31</sup> Er legte Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Verbesserung der Arbeitsdisziplin und zur Erhöhung der Initiative der Werktätigen durch eine bessere materielle Interessierung fest. Dazu gehörten Maßnahmen des Arbeits- und Unfallschutzes, der ärztlichen Betreuung, breitere Anwendung des Leistungslohnes, Urlaubsneuregelung, Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse und zusätzliche Versorgung der Werktätigen in volkseigenen und diesen gleichgestellten Betrieben mit Lebensmitteln und Industriewaren. "Zuteilungen an Lebensmitteln und Industriewaren wurden erstmalig an das Arbeitsergebnis gebunden ... Angesichts des großen Mangels an allen Waren war die direkte Verbindung von Arbeitsleistung und materieller Versorgung außerordentlich wichtig."<sup>32</sup>

Auch die Verordnung über die Einführung einer Arbeitsordnung vom 13. Oktober 1947 schenkte Sachzuwendungen in Form von Kleidung, Schuhwerk, anderen Industriewaren, Einweisung

28 Ebenda, S. 66.

29 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 10.

30 Der Zweijahrsplan für 1949/1950, a. a. O., S. 66.

31 Befehl Nr. 234, Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen, 9. 10. 1947, in: Zentralverordnungsblatt (im folgenden: ZVBl.) 1948, S. 1 - 4.

32 Falk, Waltraud unter Mitarbeit von Horst Barthel, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin 1966, S. 45.

in Sanatorien und Erholungsheime, Hilfe bei Wohnungsrenovierungen und anderem für die besten Arbeiter und Angestellten mit hoher Arbeitsdisziplin und hohen Arbeitsleistungen große Aufmerksamkeit.<sup>33</sup> Daneben waren öffentliche monatliche und vierteljährliche Danksgungen an die besten Arbeiter und eine zusätzliche Krankengeldzahlung vorgesehen.<sup>34</sup> Dagegen enthielten die Bestimmungen, die als Grundlage für die Ausarbeitung von Arbeitsordnungen dienten, keine Anweisungen über leistungsabhängige Entlohnung.

Eine umfangreiche Tätigkeit zur Regelung der in den Parteibeschlüssen vorgesehenen Maßnahmen zur Handhabung des Prinzips der materiellen Interessiertheit setzte 1948 ein. Besonders nach Gründung der DDR 1949 entstanden etwa bis 1951 die gesetzlichen Bestimmungen, die in ihren Grundzügen auch in den künftigen Jahren teilweise bis zur Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung oder darüber hinaus gültig blieben. Nach dem zeitlichen Ablauf geordnet, handelte es sich um folgende Regelungen:

- a) Materielle Anerkennung und Förderung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen durch Prämien in Abhängigkeit vom Nutzen.<sup>35</sup>
- b) Zahlung von Prämien zu den Grundgehältern bzw. tariflichen Löhnen an Ingenieure, Techniker und Meister für die Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplanes, die Steigerung der Produktion, die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und die Senkung der Selbstkosten ihrer Abteilung oder des ganzen Betriebes sowie Sachzuwendungen an diesen Personenkreis.<sup>36</sup> Diese Prämienregelung wurde 1951 neu fixiert<sup>37</sup>, und auch die kaufmännischen Angestellten wurden einbezogen. Berücksichtigung fanden die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industriezweige sowie Verantwortung und Belastung der Arbeit im jeweiligen Industriezweig.<sup>38</sup> Die Betriebe waren nach der Wichtigkeit ihrer Produktion, des Produktionswertes und der Anzahl der Beschäftigten in drei Kategorien eingeteilt. Schließlich unterteilten sich die Prämienberechtigten nach Stellung, Verantwortung und Einfluß auf die Produktion im Betrieb in drei Gruppen.<sup>39</sup> Die Zahlung der vierteljährli-

33 Verordnung über die Einführung einer Arbeitsordnung v. 13. 10. 1947, in: ZVBl. 1948, S. 6 - 10.

34 Ebenda. - Um in den Genuß des zusätzlichen Krankengeldes zu gelangen, war ausreichend langes Kranksein bzw. "Krankgeschrieben sein" nötig. Als materieller Anreiz war diese Regelung von recht zweifelhaftem Wert.

35 Vgl. Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens v. 15. 9. 1948, in: ZVBl. 1948, S. 483 f.; Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens v. 15. 9. 1948, in: ebenda, S. 484 - 486. - Danach sollte die Prämie mindestens 5 %, höchstens 10 % des Jahresnutzens ausmachen. Bei einem Nutzen über 50 000 DM war die Entlohnung in freier Vereinbarung festzulegen. Bei schwer errechenbarem Nutzen sollte die Prämie so festgelegt werden, daß eine "sichtbare und gerechte Anerkennung der Leistung" erreicht wurde.

36 Vgl. Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben v. 31. 3. 1949, in: ZVBl. I, 1949, S. 227 - 232.

37 Vgl. Verordnung über die Prämienzahlung für das ingenieurtechnische Personal einschließlich der Meister und für das kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben v. 21. 6. 1951, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.) 1951, S. 625 - 629.

38 Für jeden Industrie- bzw. Wirtschaftszweig war ein Koeffizient festgesetzt worden, mit dem der Prämienatz der Meistertabelle multipliziert wurde. Für den Bergbau war das der Koeffizient 1,5, für die Metallurgie und den Schwermaschinenbau der Koeffizient 1,3.

39 Den einzelnen Gruppen waren u. a. folgende Angestellte zugeordnet:

chen Prämie erfolgte in Abhängigkeit vom Monatsgehalt; sie konnte bis 150 Prozent des Gehalts erreichen. Grundbedingung für die Prämienzahlung war die Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplanes. Dabei wurde jedes Prozent Übererfüllung extra bewertet.<sup>40</sup> Bedingung für die Zahlung der vollen Prämie waren die Erreichung oder Überbietung der geplanten Steigerung der Arbeitsproduktivität, Einhaltung oder Unterbietung des Finanzplanes und die Einhaltung bzw. Überbietung der vorgesehenen Selbstkostensenkung sowie gute Qualität und richtiges Sortiment der Erzeugnisse. Bei Nichterfüllung einzelner Planaufgaben wurde die Prämie gekürzt, bei Nichterfüllung mehrerer Planaufgaben gestrichen. Weitere Prämierungen konnten auch an einen anderen als den in den drei Gruppen festgelegten Personenkreis erfolgen. Dafür standen 20 Prozent der Prämiensumme zur Verfügung.

c) Um die fortschrittlichsten Beschäftigten zu ehren und den Wettbewerb zur Steigerung der Arbeitsergebnisse und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Interesse der Erfüllung der Wirtschaftspläne zu fördern<sup>41</sup>, wurden die besten Betriebe und Einzelpersonen ausgezeichnet. In jedem Fall handelte es sich dabei um eine enge Verbindung von moralischer und materieller Anerkennung, bei der für das jeweils laufende Jahr vorher eine Anzahl von Auszeichnungen festgelegt wurde. 1949 wurden Wanderfahnen gestiftet<sup>42</sup>, die vierteljährlich zusammen mit einer größeren Geldprämie dem jeweils besten Betrieb eines Industriezweiges überreicht wurden.<sup>43</sup> Bedingung war die Erreichung bestimmter absoluter Leistungen.

1. Gruppe: Werkleiter, technische und kaufmännische Leiter, Hauptbuchhalter;
2. Gruppe: Leiter von technischen Abteilungen, Betriebsleiter und Leiter von Werksabteilungen, Obermeister;
3. Gruppe: Leiter von kaufmännischen Abteilungen und Verwaltungsabteilungen, Ingenieure, Techniker und Meister in Werksabteilungen, selbständige TAN-Bearbeiter, Personalleiter.

40 Die Mustertabelle A, die für volkswirtschaftlich wichtige Industriezweige galt und nach der die Berechnung u. a. für den Bergbau erfolgte, sah für die Kategorien I und II der Betriebe und die drei Gruppen der Angestellten folgende Regelung vor:

Gruppe	Kategorie I		Kategorie II	
	Für Erfüllung der Pläne in %	Für jedes Prozent Übererfüllung in %	Für Erfüllung der Pläne in %	Für jedes Prozent Übererfüllung in %
1	20,0	5,0	10,0	4,0
2	15,0	4,0	8,0	3,5
3	12,5	3,5	5,0	3,0

41 Vgl. Präambel der Anordnung über Maßnahmen zur Auszeichnung der Arbeiter, des ingenieurtechnischen Personals und der Angestellten der volkseigenen und SAG-Betriebe für die besten Leistungen im Interesse der Wirtschaftspläne v. 12. 4. 1949, in: ZVBl. I, 1949, S. 261 f.

42 Vgl. ebenda.

43 Die Geldprämien betragen in Betrieben mit

bis	500 Beschäftigten	5 000 DM
501 -	1 000 "	10 000 DM
1 001 -	2 000 "	15 000 DM
2 001 -	3 000 "	20 000 DM
3 001 -	5 000 "	25 000 DM
5 001 -	10 000 "	35 000 DM
10 000 -	20 000 "	40 000 DM
über	20 000 "	50 000 DM

Der größte Teil der Prämien war für Einzelprämierungen der besten Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellten, der Rest für kulturelle Zwecke zu verwenden.

gen.<sup>44</sup> Von allen, die diese Bedingungen erfüllten, gelangte jedoch nur der relativ Beste zur Auszeichnung. 1951 wurden die Bedingungen spezifiziert und die Prämiensätze erhöht.<sup>45</sup>

Zu der bereits bestehenden Aktivistenehrung kamen die Auszeichnungen "Held der Arbeit", "Verdienter Aktivist", "Verdienter Erfinder" und "Brigade der besten Qualität" hinzu.<sup>46</sup> Die Kennziffern für Betriebsauszeichnungen trafen auch hierfür zu, nur daß eben Bedingungen der persönlichen Arbeit des einzelnen oder der Arbeit der Brigade zugrunde gelegt wurden und die Prämie der Person oder der Brigade zufließt.

d) Der Abschluß der Kollektivverträge in den Betrieben seit 1950 diente der Herstellung einer engen Verbindung zwischen Planaufgaben des Betriebes, Entwicklung der Initiative der Werk tätigen und der materiellen Interessiertheit aller Betriebsangehörigen durch Fixierung der Aufgaben, der Verpflichtungen im Wettbewerb, der Entlohnung, der Arbeitsnormung sowie der kulturellen und sozialen Maßnahmen.<sup>47</sup>

e) Schaffung des Direktorfonds zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten, zur Entwicklung der Produktion durch Einzel- und Kollektivprämien für Erfüllung und Übererfüllung der Pläne und für Erhöhung der Qualität sowie durch kulturelle und soziale Maßnahmen.<sup>48</sup>

f) Abschluß von Einzelverträgen und Erhöhung der Anzahl der Einzelvertragsabschlüsse mit Angehörigen der technischen Intelligenz.<sup>49</sup>

44 Regelmäßig mußte das Produktionssoll hinsichtlich Menge und Qualität erfüllt bzw. übererfüllt werden, und die Selbstkosten mußten im Durchschnitt unter denen vergleichbarer anderer Betriebe liegen.

45 Vgl. Zweite Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Verleihung von Wanderfahnen an "Siegerbetriebe im Wettbewerb" und Auszeichnung der "Brigaden der besten Qualität" v. 18. 4. 1951, in: GBl. 1951, S. 327 - 330. - Der Wettbewerb, in dem der Siegerbetrieb ermittelt wurde, mußte umfassen: Erfüllung des Produktions- und des Finanzplanes, Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage technisch begründeter Normen und unter Berücksichtigung neuer Arbeitsmethoden, Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, Senkung der Selbstkosten und Materialeinsparung bei Führung persönlicher Konten. Die Siegerbetriebe erhielten je nach der Anzahl der Beschäftigten 10 000 bis 100 000 DM. Bei außergewöhnlichen Leistungen konnte außerdem eine Erhöhung der Prämie erfolgen.

46 Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten v. 19. 4. 1950 (im folgenden: Gesetz der Arbeit), in: GBl. 1950, S. 349 - 355; Verordnung zur Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung v. 27. 7. 1950, in: GBl. 1950, S. 715 - 718.

47 Verordnung über Kollektivverträge v. 8. 6. 1950, in: GBl. 1950, S. 493 - 495; Verordnung über den Neuabschluß der Kollektivverträge in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben für das Jahr 1951 v. 15. 2. 1951, in: GBl. 1951, S. 117 f.; Bekanntmachung des Musters eines Rahmenkollektivvertrages v. 20. 3. 1951, in: GBl. 1951, S. 203 - 210.

48 Siebzehnte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe. Direktorfonds 1950 v. 6. 10. 1950, in: GBl. 1950, S. 1099 - 1104.

49 Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben v. 17. 8. 1950, in: GBl. 1950, S. 839 - 843; Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Entwicklung einer fortschritt-

g) Einführung "Persönlicher Konten" als Mittel zur Verringerung des Verbrauchs an Material, Energie und Werkzeugen auf der Grundlage von Verbrauchsnormen.<sup>50</sup>

Das Schwergewicht der Tätigkeit in dieser Etappe lag jedoch eindeutig in der Fortführung der Arbeiten zur allgemeinen Einführung des Leistungslohnes. 1948 hatte die Deutsche Wirtschaftskommission Richtlinien dazu erlassen.<sup>51</sup> Das Gesetz der Arbeit bestimmte 1950: "Die Anwendung der hochproduktiven Leistungslohnarbeit (Stücklohnarbeit) auf der Grundlage technisch begründeter Arbeitsnormen ist ständig zu erweitern."<sup>52</sup>

Außerdem schrieb das Gesetz der Arbeit die Lösung einiger für die Verwirklichung des Leistungsprinzips und des Prinzips der materiellen Interessiertheit außerordentlich wichtiger, bisher nur unzureichend bewältigter Aufgaben vor: die Schaffung von Lohngruppenkatalogen für die Industriezweige und für die Betriebe und die Entwicklung eines Lohnsystems, das den Unterschieden zwischen einfacher und komplizierter, leichter und schwerer Arbeit gerecht wurde und die Erfordernisse der volkswirtschaftlich entscheidenden Industriezweige berücksichtigte.<sup>53</sup> Die Lösung dieser Aufgaben, das heißt eine richtige qualitative Bewertung der Arbeit, war unabdingbare Voraussetzung für eine im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft richtige Handhabung der materiellen Interessiertheit und damit zugleich eines ihrer elementaren Bestandteile. 1951 wurden die Forderungen wiederholt, und der 31. März 1951 wurde als Termin für die Fertigstellung der Lohngruppenkataloge angesetzt.<sup>54</sup> Zugleich mit der Lösung dieser Aufgaben sollte das System der Leistungslohne ausgebaut werden, und bis 1955 sollten 85 Prozent der Produktionsarbeiter im Leistungslohn tätig sein.<sup>55</sup> Das Gesetz über den Fünfjahrplan nannte 83 Prozent als Ziel.<sup>56</sup>

Während der gesamten Zeit wurde weiter an der Verwirklichung allgemeiner Lohnerhöhungen gearbeitet und damit ein wichtiger Grundsatz des Prinzips der materiellen Interessiertheit durchgesetzt. Das Gesetz der Arbeit hatte bestimmt: "Die planmäßige Steigerung der

lichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz. Weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der technischen Intelligenz und Erweiterung ihrer Rolle in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik v. 24. 5. 1951, in: GBl. 1951, S. 485 - 487; Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben v. 24. 5. 1951, in: GBl. 1951, S. 488 - 490.

50 Bestimmungen über die Einführung "Persönlicher Konten" in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Materialbedarfsplanung und der Materialverbrauchskontrolle sowie über die Organisation der Materialeinsparung v. 20. 9. 1951, in: GBl. 1951, S. 875. - Danach sollten 25 % der Einsparung dem persönlichen Konto des Werk tätigen oder - wenn nicht möglich - dem Brigadekonto gutgeschrieben und monatlich abgerechnet werden. Vorbedingung war, daß auf Grund der Einsparung kein Mehrverbrauch an anderer Stelle eintrat.

51 Richtlinien zur Lohngestaltung in volkseigenen und SAG-Betrieben v. 29. 9. 1948, in: ZVBl. 1948, S. 476 - 478.

52 Gesetz der Arbeit, a. a. O., S. 351.

53 Ebenda.

54 Verordnung über den Neuabschluß der Kollektivverträge in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben für das Jahr 1951, a. a. O., S. 118.

55 Bekanntmachung des Musters eines Rahmenkollektivvertrages, a. a. O., S. 203.

56 Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 - 1955) v. 1. 11. 1951, in: GBl. 1951, S. 986.



Arbeitsproduktivität sichert die ständige Erhöhung des Reallohnes.<sup>57</sup> Der Verwirklichung dieses Grundsatzes diene unter anderem eine allgemeine Lohnerhöhung ab 1. September 1950.<sup>58</sup> Dabei war die Lohnerhöhung in den oberen Lohngruppen bei weitem stärker als in den unteren.

Über die allgemeinen Regelungen hinaus befaßte sich ein besonderer Komplex gesetzgeberischer Maßnahmen speziell mit dem Bergbau. Ausgehend von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus und der Bergarbeit und den Bedingungen im Bergbau, wurde durch Verordnung von 1950 bestimmt: "Eine der bedeutsamsten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergbauwirtschaft, zur Erfüllung der Pläne und zum Wirksamwerden der technischen Neuerungen ist die Verbesserung der Entlohnung und der sozialen Lebensbedingungen für die im Bergbau Beschäftigten."<sup>59</sup> Auf Grund dieser Verordnung und weiterer Bestimmungen<sup>60</sup> kam es unter anderem zu folgenden Regelungen:

- a) Die geltenden Tarifverträge sind so zu ändern, daß die Löhne und Gehälter im Bergbau an der Spitze aller Industriezweige stehen. Dem wurde bei der 1950 durchgeführten Lohnerhöhung entsprochen.
- b) Die Entlohnung nach der Leistung ist weiter zu entwickeln. "Dabei sind der Eigenart des jeweiligen Bergbauzweiges und der darin zu verrichtenden Arbeiten entsprechende Leistungslohnsysteme zu entwickeln."<sup>61</sup>
- c) Einführung einer zusätzlichen Belohnung für Arbeiter vor Ort, im Streckenvortrieb und -ausbau, für Steiger, Techniker und Ingenieure unter Tage in Höhe von 4, 8 bzw. 12 Prozent des Jahresbruttqverdienstes nach einer drei- bzw. fünfjährigen ununterbrochenen Tätigkeit, für andere unter Tage Beschäftigte von 2, 4 bzw. 6 Prozent bei gleichen Bedingungen und für fachlich qualifizierte Arbeiter und ingenieurtechnisches Personal über Tage, in Verwaltungen und VVB 5 Prozent nach zwei Jahren und 8 Prozent nach fünf Jahren ununterbrochener Tätigkeit. Unentschuldigte Fehlschichten vermindern die Belohnung (zwei Fehlschichten um 25 Prozent, vier Fehlschichten um 50 Prozent, bei mehr als sechs Fehlschichten entfiel sie).

57 Gesetz der Arbeit, a. a. O., S. 351.

58 Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben v. 17. 8. 1950, in: GBl. 1950, S. 839 - 843. - Folgende Lohnerhöhungen traten im Bergbau ein:

Lohngruppe:		1	2	3	4	5	6	7	8
		(Löhne in Dpf.)							
Steinkohle unter Tage	alt	102	107	114	122	130			
Schacht- u. Bohrbetriebe	neu	110	120	137	152	169	182	189	195
Erzbergbau unter Tage	+ %	8	12	20	25	30	(40)	(45)	(50)
Braunkohle unter Tage	alt	91	99	106	110	119			
Schiefer	neu	99	111	127	138	155	167	173	179
Kali unter Tage	+ %	8	12	20	25	30	(40)	(45)	(50)

59 Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, des ingenieurtechnischen und kaufmännischen Personals sowie der Produktionsverhältnisse im Bergbau der Deutschen Demokratischen Republik v. 10. 8. 1950 (im folgenden: Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter), in: GBl. 1950, S. 832 - 834.

60 Zweite Durchführungsbestimmung der Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter v. 5. 2. 1951, in: GBl. 1951, S. 95 f.; Dritte Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter v. 15. 2. 1951, in: GBl. 1951, S. 179 f.

61 Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, a. a. O., S. 833.

d) Verbesserung der sozialen und kulturellen Betreuung (Wohnungsbau, Arbeitskleidung, Urlaubsplätze, Berufsverkehr, Einkaufsmöglichkeiten und anderes).

e) Schaffung besonderer Ehrenrechte, unter anderem Einführung des "Tages des Bergmanns" und Schaffung der Ehrentitel "Meisterhauer" (mit 1 000 DM Prämie) und "Verdienter Bergmann der Deutschen Demokratischen Republik" (mit 10 000 DM Prämie).

Außerdem folgte 1951 eine erhebliche Verbesserung der Renten für Bergleute, die nun unter anderem auch die Dauer der Beschäftigung berücksichtigten.<sup>62</sup>

Diese Beschlüsse steckten einen weiteren Rahmen für die Verwirklichung des Prinzips der materiellen Interessiertheit ab.

### 3.2. Die wichtigsten Maßnahmen zur Verwirklichung der persönlichen materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie

Der Befehl Nr. 234 der SMAD leitete in der Kaliindustrie umfangreiche Arbeiten zur Schaffung geeigneter Formen der materiellen Interessiertheit ein. Das allseitige und vielfältige Interesse, das diese Arbeit fand, war ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit des Befehls, für seine Übereinstimmung mit den Erfordernissen der ökonomischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone.

Zunächst kam es in der Kaliindustrie Anfang 1948 zu der bereits erwähnten Erhebung über die angewandten Methoden leistungsabhängiger Entlohnung. Ihr schlossen sich in Verwirklichung der erlassenen Gesetze und Verordnungen insbesondere in den Jahren 1949 und 1950 umfangreiche Überlegungen und Maßnahmen zur materiellen Interessierung an.

#### 3.2.1. Überführung des Gedingelohnes in Leistungslohn

Die allgemeine Einführung des Leistungslohnes war der wichtigste Schritt zur Verwirklichung des sozialistischen Prinzips der Verteilung nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit und damit zugleich ein wichtiges Mittel zur materiellen Interessierung der Werk-tätigen. Die Grundrichtlinien für die Einführung des Leistungslohnes hatte die Deutsche Wirtschaftskommission im September 1948 erlassen.<sup>63</sup> Um die Arbeitsproduktivität zu steigern und den Werk-tätigen für die Leistungen, die über der Normerfüllung lagen, eine höhere Bezahlung zuteil werden zu lassen, beschloß die DWK die Einführung von Leistungs-löhnen auf der Grundlage richtiger Arbeitsnormen. Diesen Normen sollten Normalleistungen zugrunde liegen, "die auf die Dauer von der Mehrzahl der für die jeweilige Arbeit geeigneten Kräfte bei normaler Beanspruchung erzielt werden können. Die Normalleistung entspricht somit der mittleren Leistung im Betrieb."<sup>64</sup> Zugleich aber betonte die DWK, daß bei der Arbeitsnormung von den Zielen des Planes und der notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität auszugehen sei und Arbeitsnormen durch Arbeitsstudien unter Berücksichtigung der vollen Ausnutzung der Kapazität aufgestellt werden müßten.<sup>65</sup> Genaugenommen, waren damit zwei Ausgangsbasen für die Arbeitsnormung gewählt worden: die tatsächliche

62 Verordnung über die Verbesserung der Renten der Bergarbeiter v. 28. 6. 1951, in: GBl. 1951, S. 645 - 647.

63 Richtlinien zur Lohngestaltung in volkseigenen und SAG-Betrieben v. 29. 9. 1948, a. a. O.

64 Ebenda.

65 Ebenda.

Durchschnittsleistung und die rechnerisch ermittelte, mögliche Leistung. Als erstrebenswertes Ziel wurden später sogenannte fortschrittliche Durchschnittsnormen<sup>66</sup> angesehen, die zwischen den Durchschnittsleistungen und den möglichen Leistungen bzw. den Leistungen der besten Arbeiter, der Aktivisten, lagen.

Die Einführung des Leistungslohnes zielte also von vornherein nicht nur auf eine Entlohnung in Abhängigkeit von der erreichten Leistung ab, sondern auch auf die Aufdeckung von Reserven im Leistungsvermögen, auf zweckmäßigere Organisation des Arbeitsprozesses und eine volle Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten. Arbeitsnormung und Entlohnung wurden zu einem sehr wichtigen und umfassend wirkenden Mittel der materiellen Interessierung.

Für die Kaliindustrie brachte der Übergang zum Leistungslohn in der Form der Entlohnung allerdings kaum nennenswerte Veränderungen mit sich. Der bisher gezahlte Gedingelohn war bereits eine Form der Entlohnung nach Leistung. Er beruhte jedoch fast durchweg auf Erfahrungswerten, die aus tatsächlich erreichten Leistungen abgeleitet waren, und war nicht auf Grund von Arbeitsstudien oder Zeitaufnahmen zustande gekommen. Seine Grundlage waren "traditionsgebundene rechnerisch ermittelte Durchschnittswerte, an denen zu rühren, ohne größere Störungen zu erleben, nicht ratsam war."<sup>67</sup> "Dies war ein großer Nachteil", stellte die VVB lapidar fest.<sup>68</sup> Entsprechend verlief auch die Arbeit in den Werken. Das Kaliwerk Teutschenthal führte ab 1. Oktober 1949 neue Normen für Schrapperfahrer ein, weil im Vormonat Stundenlöhne über 4 DM betragen hatten. Ausgehend von der erreichten Durchschnittsleistung, wurden neue Soll-Leistungssätze festgesetzt.<sup>69</sup> Erfahrungen also, nicht Arbeitsstudien bildeten die Grundlage der Veränderung. Ebenso verhielt es sich bei der gleichzeitig erfolgten Festlegung neuer Arbeitsnormen. Dabei erfolgte eine Herabsetzung der geltenden Normen, weil sie nicht allgemein erfüllt worden waren.<sup>70</sup> Wiederum erfolgte die Normung auf der Basis der erreichten Leistung. Bei Veränderungen, die im Jahr 1950 vorgenommen wurden, gab es zwar Hinweise auf veränderte Arbeitsbedingungen und Kapazitäten, doch scheint die Normfestsetzung weniger das Resultat exakter Arbeits- oder Zeitstudien, sondern mehr das Ergebnis von Schätzungen über die Auswirkungen von Veränderungen gewesen zu sein. Jedenfalls wies man niemals - was zweifellos geschehen wäre, hätte man sich dieses guten Arguments bedienen können - auf exakte Ermittlungen hin.<sup>71</sup> Im Bereich der SAG "Kainit" entstand 1948 auf Befehl des Generaldirektors eine Kommission, die sich mit der Ausarbeitung neuer Leistungsnormen und Gedingesätze zu beschäftigen hatte.<sup>72</sup> Die Kommission erkannte auch, wie wichtig die exakte Ermittlung von Normen für die Erarbeitung richtiger Leistungslöhne war, doch befaßte sie sich weniger mit der Methodik entsprechender Ermittlungen als vielmehr mit dem Mangel an geeigneten und brauchbaren Meßgeräten.<sup>73</sup> Im Werk Volkenroda erfolgte ab 1. Juli 1950 in der Kühlhalle eine Normerhöhung, nachdem Mängel in der Ausrüstung der Kühlhalle und im Produktionsablauf, die 1949 bei der Normfestsetzung Berücksichtigung gefunden hatten, beseitigt worden waren. Doch fiel später auf, daß die Beschäftigten nur sechs bis sieben Stunden arbeiteten, um die für acht Stunden berechnete Norm zu erfüllen.<sup>74</sup> Auch hier wird deutlich, daß der Normfestsetzung keine Studien am Arbeitsplatz vorausgegangen waren. Daher konnte der Leistungslohn, der genaugenommen gar nicht als solcher bezeichnet werden kann, auch seine Funktion nicht voll erfüllen.

66 Lyslow, B. M., Grundfragen der technischen Normung, Berlin 1953, S. 43.

67 ZBAK, A VII, C, 01, 12.

68 Ebenda.

69 Betriebsarchiv des VEB Kaliwerk "Deutschland" Teutschenthal (im folgenden: BA, D), Akte Normen und Löhne.

70 Ebenda.

71 Ebenda.

72 ZBAK, A VI, XII, 17.

73 Ebenda.

74 Ebenda, A VI, XII, 19.

Die zahlreichen Beispiele, von denen vorstehend einige angeführt wurden, lassen den Schluß zu, daß wenigstens bis 1950 die Umwandlung des Gedingelohnes in Leistungslohn weitgehend ein formaler Akt war. Den Anforderungen, die an den Leistungslohn gestellt wurden, entsprachen die Veränderungen kaum. Erst im Laufe des Jahres 1950 traten Wandlungen ein. Im Kaliwerk "Marx-Engels" beispielsweise begannen zu dieser Zeit Studien über den Arbeitsablauf. Arbeitszeitaufnahmen führten 1951 zu neuen Normen, die als technisch begründete Arbeitsnormen Bestätigung fanden.<sup>75</sup> Auch im Bereich der VVB Kali und Salze wurde ab 1950 nachdrücklich auf die Wichtigkeit der Arbeitsstudien für die Arbeitsnormung und Lohngestaltung hingewiesen.<sup>76</sup>

Das bis Ende 1951 erreichte Ergebnis zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 2

Anzahl der in den SAG-Kaliwerken Ende 1951 angewandten Arbeitsnormen

Werk	Angewandte Normen			Gültige Normen, die überprüft werden
	VAN	TAN	Normen in Anwendung	
Kaiserroda	156	20	1676	1676
Heiligenroda	78	27	104	35
Sachsen-Weimar	420	114	222	108
Sollstedt	182	17	98	29
Bleicherode	380	43	375	305
Bismarckshall	20	36	56	56
Volkenroda	63	22	35	30
Summe	1299	279	2566	2239

Quelle: Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie, A VI, XII, 12.

Es ist nicht bekannt, was die Spalte "Normen in Anwendung" alles enthält. Wahrscheinlich beinhaltet sie in der Regel nicht die VAN und TAN. Bei Bismarckshall könnte sie sich dagegen gerade aus diesen beiden Positionen zusammensetzen. Man weiß auch nicht genau, was in diesem Fall unter VAN verstanden wurde. Handelt es sich um neueingeführte Normen, die als TAN noch nicht bestätigt wurden? Handelt es sich um angewandte Normen, die überarbeitet wurden, aber noch nicht als TAN Anerkennung fanden? Die Angaben der Tabelle sind also, da die Methodik ihrer Erhebung unbekannt ist, mit Vorsicht zu behandeln. Deutlich wird jedoch auf jeden Fall, daß die Anzahl der technisch begründeten Normen noch immer gering war und nur einen Bruchteil der angewandten Normen, die auf Erfahrungen (tatsächlich erreichten Leistungen) beruhten, ausmachte. Somit waren am Ende dieser Etappe der Entwicklung noch immer verhältnismäßig wenig Leistungslöhne im Sinne der Zielsetzung vorhanden. Wohl aus diesem Grunde und weil die bestehenden Normen teilweise im Gegensatz zum Leistungsvermögen standen, wurden Erhöhungen der bestehenden Normen ins Auge gefaßt. Die Hauptverwaltung der SAG "Kali" wies zum Beispiel Mitte 1951 an, bis

75 Ebenda, HV, 10, 16.

76 Ebenda, A VII, C, 01, 2.

zum 10. Juli 1951 die bestehenden Arbeitsnormen hinsichtlich ihrer Erhöhung bis zu 15 Prozent zu überprüfen.<sup>77</sup> Im Werk Teutschenthal waren bereits während des Jahres 1950 an verschiedenen Arbeitsorten Normerhöhungen vorgenommen worden<sup>78</sup>, um den bestehenden Widerspruch und damit Verstöße gegen das Prinzip der materiellen Interessiertheit zu überwinden. Damit freilich war das Grundproblem, eine exakte Arbeitsnormung, nicht zu lösen. Es konnte damit also auch keine bessere Grundlage für die materielle Interessiertheit geschaffen werden. Das Gegenteil mußte eintreten. Wenn generelle Normerhöhungen als Ausweg gewählt wurden, dann konnten sich die Bedingungen für die Interessiertheit sogar verschlechtern. Die Ursachen für die unzureichende Lösung der allgemeinen Aufgabenstellung in der Kaliindustrie sind in verschiedenen Momenten zu sehen.

Verschiedentlich war die Problematik des Übergangs zum Leistungslohn zwar erkannt worden, doch fand demgegenüber die quantitative Ausdehnung des Leistungslohnes auf bisher im Zeitlohn Beschäftigte - worauf noch zurückzukommen sein wird - weitaus größere Aufmerksamkeit. Zudem stellte man nicht ohne Stolz fest, daß der Leistungslohn auch bisher bereits weit verbreitet gewesen war.

Neben der quantitativen Ausdehnung des Leistungslohnes galt die spezielle Aufmerksamkeit der Leitungen progressiven Lohnsystemen. Damit aber konzentrierte man sich auf zwei umfangreiche Bereiche, die große Anstrengungen erforderten, aber doch einfacher zu bewältigen waren.

Der schwierigen Arbeit bei der Umgestaltung der Leistungslöhne waren die Leitungen in den Betrieben und deren übergeordnete Organe wohl auch noch nicht gewachsen, sowohl auf Grund ihrer Besetzung<sup>79</sup>, noch mehr aber wegen der entsprechenden Qualifikation der Kader, die selbst erst lernen mußten, die Wirtschaft zu leiten. Unter diesem Gesichtspunkt wird es verständlich, daß die Anleitung der Werke durch die übergeordneten Organe unzureichend war und sein mußte.<sup>80</sup> Aber auch die bestehenden Mängel im Arbeitsablauf, fehlende Förderwagen und Schrapperseile usw., Störanfälligkeit der Einrichtungen und anderes wirkten sich hemmend aus. Hinzu kommt, daß es im Bergbau auf Grund der Verschiedenartigkeit und Unterschiedlichkeit der natürlichen Bedingungen ohnehin schwierig ist, exakte Normen zu ermitteln. Auf jeden Fall ist dazu eine sehr umfangreiche und aufwendige Arbeit erforderlich. Erschwerend wirkte auch, daß das Leistungsvermögen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erheblich abgesunken war. Im November 1948 wurde die Förderung pro Mann und Schicht im Bereich der VVB Kali und Salze mit etwa 40 Kubikmeter Salz angegeben, während die Vorkriegsleistung bei 50 bis 55 Kubikmeter gelegen hatte.<sup>81</sup>

In die hier behandelte Etappe der Entwicklung fiel die "Normalisierung" der Leistung, was exakte Ermittlungen erschwerte. Andererseits waren die angewandten traditionellen Formen durchaus geeignet, den Leistungsanstieg zu fördern. Die VVB Kali und Salze vermerkte für 1948: "Allgemein kann festgestellt werden, daß der Leistungslohn (gemeint ist selbstverständlich die traditionelle Form des Gedingelohnes - H. S.) bei der Gewinnung die Voraussetzung war, bei dem vorhandenen Stand der produktiven Belegschaft - Häuer - die Pro-

77 Ebenda, A VI, XII, 12.

78 BA, D, Akte Normen und Löhne.

79 Im Werk Marx-Engels war z. B. erst im Januar 1949 ein Normenbüro geschaffen worden. (Vgl. ZBAK, HV, 10, 16.)

80 Das Protokoll einer Werkleitertagung der VVB Kali und Salze am 23. 3. 1950 gibt Auskunft darüber, daß die Wichtigkeit der Normung betont wurde, daß aber die Werkleiter auf ihre Forderung nach Ratschlägen für die praktische Arbeit offenbar keine Antwort erhielten. Ein Werkleiter bemängelte, daß der Normenbeauftragte der Landesregierung Thüringens zwar sämtliche Normen seines Werkes beanstandet, aber in keinem Fall praktische Hilfe gegeben hatte. (Vgl. ZBAK, A VII, C, 01, 31.)

81 Ebenda.

duktionsauflagen zu erfüllen, und daß bei den Reparatur- und Verladearbeiten die dabei so notwendige Zeiteinsparung erzielt wurde."<sup>82</sup>

### 3.2.2. Qualitative Ausweitung des Leistungslohnes in verschiedenen Formen

Die Richtlinien für die Einführung des Leistungslohnes führten in der Kaliindustrie insgesamt und in jedem einzelnen Werk zu einer umfangreichen Tätigkeit, um möglichst viele Berufsgruppen in eine leistungsabhängige Entlohnung einzubeziehen. Das wurde in den Jahren bis 1951 zu einem der Schwerpunkte in der Leitungstätigkeit bei Verwirklichung der lohnpolitischen Anweisungen und entsprach einem echten Bedürfnis der Kaliindustrie. Wie bereits erwähnt, waren durch den Tarifvertrag von 1947 mit der Abschaffung der Leistungsprämien hinsichtlich der Interessierung an der Produktion Nachteile eingetreten. Andererseits konnten die Prämien aber nicht völlig beseitigt werden, da sonst ein Absinken der Löhne eingetreten wäre. So waren Prämien weitergezahlt worden, ohne daß auf deren leistungsfördernden Charakter geachtet worden war. Aus dieser Situation erklärt sich die umfangreiche Tätigkeit aller Leitungen der Kaliindustrie bezüglich dieses Gebietes der Lohngestaltung, die bereits 1948 einsetzte. Dabei waren zwei Richtlinien der Entwicklung vorgesehen:

- a) Eine Erweiterung des Kreises der im direkten Leistungslohn Beschäftigten durch Einbeziehung weiterer Berufsgruppen;
- b) die Einführung von Prämienleistungslohnen in den Fällen, wo ein direkter Leistungslohn nicht angewandt werden konnte.

Der Kreis der Leistungslöhner vergrößerte sich vor allem durch Einbeziehung der Handwerker unter und über Tage. Der Leistungslohn wurde auf der Grundlage von Zeitvorgaben für die wichtigsten und am häufigsten vorkommenden Arbeiten eingeführt.<sup>83</sup> Da die Arbeiten sehr unterschiedlicher Art waren, erfolgte die Leistungslohnvereinbarung von Fall zu Fall, und zwar mit dem Ziel, für häufig wiederkehrende Arbeiten mit der Zeit zu TAN zu kommen.<sup>84</sup> Im Bereich der SAG "Kainit" hatten die Vorarbeiten zur Einführung dieser Leistungslöhne schon 1948 begonnen, während die Einführung selbst vielfach 1949 erfolgte.<sup>85</sup> Innerhalb der SAG "Silvinit" wurden die Handwerker erst 1951 in den Leistungslohn einbezogen<sup>86</sup>, ebenso Verladearbeiter und einzelne Beschäftigtengruppen in den Mühlen und Fabriken. Bereits 1948 kamen im Werk Kaiseroda folgende Leistungslöhne zur Auswertung: Es wurden Stundenlöhne für eine Mindest- und eine Höchstleistung festgesetzt. Innerhalb dieser Grenzen gab es Zwischenabstufungen.<sup>87</sup> Tabelle 3 weist diese Regelungen aus. Die Unterschiedlichkeit der Regelungen interessiert in diesem Zusammenhang nicht so sehr wie die Tatsache, daß nach Lösungen wichtiger Probleme gesucht wurde und in welcher Weise das geschah.

82 Ebenda, A VII, C, 01, 32.

83 Ebenda, A VI, XII, 4.

84 Ebenda.

85 Ebenda, A VII, XII, 17.

86 Ebenda, A VI, XII, 4.

87 Ebenda, A VI, XIV, 6.

## Die 1948 im Werk Kaiseroda eingeführten Leistungslöhne

Art der Arbeit	Mindestleistung		Höchstleistung	
	Leistung je Std.	Lohn je Std. in DM	Leistung je Std.	Lohn je Std. in DM
Schmieren von Förderwagen	4 Stck.	1,06	10 Stck.	1,20
Steinsalzverlagerung, lose	175 dz	1,15	185 dz	1,20
Steinsalzverladung in Trichterwagen	200 dz	1,15	210 dz	1,20
Steinsalzverladung in Säcken	14 dz	1,06	25 dz	1,13
Paketsalzverladung	9 Kartons	1,05	18 Kartons	1,30
Kalisalzverladung in Trichterwagen	350 dz	1,10	450 dz	1,25
Säckestempeln	350 Stck.	1,06	600 Stck.	1,25
Steinsalzvergällung	115 dz	1,06	175 dz	1,50

Quelle: Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie, A VI, XIV, 6.

Das bis Anfang 1951 erreichte Ergebnis und die Grundlage für die Leistungslohnermittlung kommen in Tabelle 4 zum Ausdruck.

Umfangreicher und wichtiger als die Ausdehnung des direkten Leistungslohnes war jedoch die vielfältige Tätigkeit zur Einführung von Prämienleistungslöhnen. Zur selben Zeit, als man in der SAG "Silvinit" Zeitvorgaben für Handwerker einführte, erwog man bereits die Einführung von Prämienlöhnen für die Handwerker.<sup>88</sup> Doch schon weitaus früher, zumeist 1948 und 1949, gelangten Prämienlohnregelungen dort zur Einführung, wo Leistungslöhne nicht möglich waren.

Die im Kaliwerk Sollstedt 1948 und 1949 angewandten Prämiensysteme können in diesen Jahren durchaus als für die Kaliindustrie typische Regelungen angesehen werden:

Die bei der Schacht- und der Seilbahnförderung beschäftigten Arbeiter erhielten für eine Leistung von 500 Wagen den Stundenlohn. Für Leistungen von 501 bis 550, 551 bis 600 und über 600 Wagen gab es Zuschläge zum Stundenlohn von 10, 15 bzw. 25 Prozent für über Tage, von 5, 10 bzw. 20 Prozent für unter Tage Beschäftigte.<sup>89</sup>

Für die Lösehausbelegschaft lag der Prämienberechnung die täglich verarbeitete Menge Rohsalz zugrunde. Bei einem Betrieb mit sechs Lösebottichen setzte die Prämienzahlung bei 1000 Tonnen verarbeitetem Rohsalz ein. Bei einer Verarbeitung von 1000 bis 1025 Tonnen pro Tag betrug der Prämienatz 2 Prozent des Lohnes. Für jeweils weitere 25 Tonnen erhöhte sich der Prämienatz um je 2 Prozent, so daß für 1125 bis 1150 Tonnen 12 Prozent Prämie zur Auszahlung gelangten.<sup>90</sup>

88 Ebenda, A VI, XII, 4.

89 Ebenda, A VI, XII, 18.

90 Ebenda.

Tabelle 4

Im Leistungslohn beschäftigte Berufsgruppen, Stand vom 16. Januar 1951

## a) Unter Tage

Berufsgruppe	Kaiseroda	Heiligenroda	Sachsen-Weimar	Sollstedt
Hauer	t/Mann u. Std. kombiniert	t/Mann u. Schicht	t/Mann u. Schicht	t/Mann u. Std. kombiniert
Lehrhauer		"	"	
Schrapperrfahrer		"	"	
Schrapperrhelfer	e <sup>+</sup>	-	"	-
Rollochabzieher		e	e	e
Seilbahner	t/Mann u. Std.	-	t/Mann u. Schicht	-
Schacht- u. Förderort- bediener	"	-	-	-
Anschläger	"	-	1000 Wagen/Schicht	-
Fördermaschinenisten	"	e	e	e
Kernbohrmaschinenisten	e	e	e	e
Streckenvortriebs- maschinenisten	e	e	e	e
Förderleute	- <sup>++</sup>	-	-	-
Vorböhrer	0,75 DM/m	-	-	-
Probehacker	Zeitvorgabe	-	-	-
Berauber	-	-	-	-
Spülversatzarbeiter	e	e	e	e
Schachthauer	-	-	-	-
Reparaturhauer	Zeitvorgabe	-	-	-
Zimmerhauer	"	-	-	-
Schlosser	"	-	Zeitvorgabe	-
Schmiede	"	-	"	-
Elektriker	"	-	"	-
Dreher	"	-	"	-
A - u. E-Schweißer	"	-	Zeitvorgabe	-
Hilfshandwerker	"	-	"	-
Maurer	"	-	-	-
Transportarbeiter	"	-	-	-

Berufsgruppe	Bleicherode	Bismarckshall	Volkenroda
Hauer	t/Mann u. Std.	t/Mann u. Std. kombiniert	t/Mann u. Std. kombiniert
Lehrhauer	"		
Schrapperrfahrer	"	t/Mann u. Std.	-
Schrapperrhelfer	"	-	-
Rollochabzieher	"	-	-
Seilbahner	"	-	-
Schacht- u. Förderort- bediener	"	t/Mann u. Std.	-
Anschläger	"	"	-
Fördermaschinenisten	e	e	e
Kernbohrmaschinenisten	e	m/Std.	-
Streckenvortriebs- maschinenisten	m/Schicht	e	e
Förderleute	t/Std.	t/Mann u. Std.	t/Mann u. Std.
Vorböhrer	m/Schicht	-	-
Probehacker	-	-	-
Berauber	-	t/Mann u. Std.	-
Spülversatzarbeiter	Stückvorgabe	"	-
Schachthauer	-	"	-
Reparaturhauer	-	"	-
Zimmerhauer	Stückvorgabe	"	-
Schlosser	Zeitvorgabe	Zeitvorgabe	Zeitvorgabe
Schmiede	"	"	-
Elektriker	"	"	-
Dreher	-	-	e
A - u. E-Schweißer	-	-	-
Hilfshandwerker	Zeitvorgabe	Zeitvorgabe	Zeitvorgabe
Maurer	-	-	-
Transportarbeiter	-	-	-

+ e = entfällt, d. h. diese Berufsgruppe gab es im Werk nicht.

++ - = für diese Berufsgruppe gab es keinen Leistungslohn.



## b) Über Tage

Berufsgruppe	Kaiseroda	Heiligenroda	Sachsen-Weimar
Kastenausschläger u. Ausfahrer	2 Wagen/Mann u. Std.	1,5 Wagen/Mann u. Std.	-
Kastenausspritzer Kohlenlader, Brikett	0,5 Kasten/Mann u. Std.	-	0,5 Kasten/Mann u. Std.
Kohlenlader, Naßkoks	-	-	0,75 DM/t u. Mann
Verladung desgl. Magnesiumsulfat, lose	9,75 t/Mann u. Std.	8,33 t/Mann u. Std.	0,50 DM/t u. Mann
desgl. Glaubersalz aus Schuppen	6,75 t/Mann u. Std.	-	8 t/Mann u. Std.
desgl. Glaubersalz aus Produktion	8,30 t/Mann u. Std.	-	-
desgl. 40er Kali, lose	9,00 t/Mann u. Std.	-	-
desgl. 40er Kali in 75-kg-Säcken	21 Sack/Mann u. Std.	-	-
desgl. 40er Kali in 100-kg-Säcken	15 Sack/Mann u. Std.	-	-
desgl. Glaubersalz in 60-kg-Säcken	22 Sack/Mann u. Std.	-	-
Rottenarbeiter	Zeitvorgabe	-	-
Lokomotivpersonal	28846 tkm/Tag	-	-
Nutschentleerer	35 t/Mann u. Std.	-	-
Bediener der Sauerstoffanlage	160 Flaschen/Tag	-	-
Kühlschiffentleerer	-	-	-
Anhydritkesselentleerer	-	12 m <sup>3</sup> /Mann u. Std.	-
Fräser	Zeitvorgabe	-	-
Schmiede	"	1,1 Wagen/Mann u. Schicht	Zeitvorgabe
Kesselschmiede	"	-	-
Bau- u. Maschinenschlosser	"	1,1 Wagen/Mann u. Schicht	Zeitvorgabe
Dreher	"	-	"
Hobler	"	-	"
Stoßer	"	-	"
Horizontal- u. Vertikalbohrer	"	-	-
A- u. E-Schweißer	"	1,1 Wagen/Mann u. Schicht	Zeitvorgabe
Klempner	"	-	-
Kaltsäger	"	-	-
Anreißer	"	-	-
Elektriker	Zeitvorgabe	-	Zeitvorgabe
Ankerwickler	"	-	-
Tischler	"	-	-
Zimmerleute	"	-	Zeitvorgabe
Maurer	"	-	-
Maler	"	-	-
Bohrkronenschleifer	"	-	-
Transportarbeiter	"	-	-
Wagenkipper	-	-	-

Berufsgruppe	Sollstedt	Bleicherode	Bismarckshall	Volkenroda
Kastenausschläger u. Ausfahrer	20 Wagen/Mann u. Schicht	35 Wagen/Mann u. Schicht	80 t/9 Mann u. Schicht	2,1 t/Mann u. Std.
Kastenausspritzer Kohlenlader, Brikett	-	-	32 Kästen/4 Mann u. Schicht	-
Kohlenlader, Naßkoks	-	-	-	3,3 t/Mann u. Std.
Verladung desgl. Magnesiumsulfat, lose	-	54 t/Mann u. Schicht	80 t/10 Mann u. Schicht (einbegriffen Waggonreinigen und -herrichten)	-
desgl. Glaubersalz aus Schuppen	-	-	-	-
desgl. Glaubersalz aus Produktion	-	-	-	-
desgl. 40er Kali, lose	-	-	-	-
desgl. 40er Kali in 75-kg-Säcken	-	-	-	-
desgl. 40er Kali in 100-kg-Säcken	-	-	-	-
desgl. Glaubersalz in 60-kg-Säcken	-	-	-	-
Rottenarbeiter	-	-	-	-
Lokomotivpersonal	-	-	-	-
Nutschentleerer	-	-	-	-
Bediener der Sauerstoffanlage	-	-	-	-
Kühlschiffentleerer	-	-	-	3,375 t/Mann u. Std.
Anhydritkesselentleerer	-	-	-	-
Fräser	-	-	-	Zeitvorgabe
Schmiede	-	Stückvorgabe	-	"
Kesselschmiede	-	-	-	-
Bau- u. Maschinenschlosser	-	Stückvorgabe	-	Zeitvorgabe
Dreher	-	"	Zeitvorgabe	"
Hobler	-	-	-	-
Stoßer	-	-	-	-
Horizontal- u. Vertikalbohrer	-	-	-	-
A- u. E-Schweißer	-	Stückvorgabe	Zeitvorgabe	Zeitvorgabe
Klempner	-	-	-	-
Kaltsäger	-	-	-	-
Anreißer	-	-	-	-
Elektriker	-	-	-	-
Ankerwickler	-	-	-	-
Tischler	-	Stückvorgabe	-	-
Zimmerleute	-	"	-	-
Maurer	-	-	-	-
Maler	-	-	-	Zeitvorgabe
Bohrkronenschleifer	-	-	Zeitvorgabe	-
Transportarbeiter	-	-	-	-
Wagenkipper	-	-	-	110 Wagen/Mann u. Schicht

In ähnlicher Weise erfolgte in fast allen Werken die Einführung leistungsabhängiger Lohnformen für die Arbeiter, von deren Leistung das Ergebnis des Werkes abhing. Stand, wie das angeführte Beispiel zeigt, zunächst eindeutig oder sogar ausschließlich die Produktionsmenge im Vordergrund, so erfolgte schon bald eine Verbesserung der Prämiensysteme durch Einbeziehung von Leistungskennziffern. 1950 wurden im Werk Heiligenroda Prämiensätze in der Trockenstation wirksam, die vom Stundendurchsatz und von der Einhaltung des Gehaltes von 40 Prozent K<sub>2</sub>O im Trockengut ausgingen. Fehlquoten wurden, in Tonnen umgerechnet, vom Durchsatz abgezogen. Nach dem errechneten Durchsatz erfolgte die Prämierung.<sup>91</sup> Im Werk Sachsen-Weimar gab es seit 1950 Prämiensysteme, die auf der Steigerung der Ausbeute, der Dampfersparnis und Kohlenstaubeinsparung basierten.<sup>92</sup>

Die Absicht, nicht nur die Produktionsmenge zu steigern, sondern auch die Leistungen zu erhöhen und damit den Betrieb rentabler zu gestalten, führten schließlich zu Prämiensystemen, die auf der Planerfüllung aufbauten. Ein solches Prämiensystem gab es ab 1950 in der Chlorkaliumfabrik des Werkes Kaiseroda. Es sollte, wie ausdrücklich betont wurde, die ganze Belegschaft einschließlich der zur Fabrik gehörenden Schicht- und Reparaturhandwerker an einem störungsfreien Betrieb und der Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne interessieren sowie helfen, eine gute Zusammenarbeit aller zu erreichen, die Zahl von Betriebsstörungen gering zu halten, auftretende Störungen schnell zu beseitigen, einen optimalen Wirkungsgrad der Anlage zu erreichen und den Rohstoff- und Energieverbrauch unter die Normen zu senken.<sup>93</sup> Eine Erfüllung des Monatsplanes von 100 Prozent zog 15 Prozent Zuschlag zum Tariflohn nach sich. Jedes Prozent Planübererfüllung führte zur Erhöhung des Zuschlages um 3 Prozent. Außer der genannten Prämienregelung bestand eine zweite, die auf der Steigerung des Fabrikausbringens basierte und an der die Personen beteiligt waren, die auf das Ausbringen Einfluß hatten.<sup>94</sup> Zudem wurden für die Einsparung von Dampf, Gas und Kohlenstaub Prämien gezahlt.<sup>95</sup> Die dabei festgesetzten Normen können durchaus als "strenge" Normen bezeichnet werden. Die Prämie für das Ausbringen wurde ab 84 Prozent gezahlt. Das erreichte Ausbringen betrug im Jahresdurchschnitt 1949 lediglich 82,09 Prozent, 84 Prozent waren in keinem Monat erreicht worden<sup>96</sup> und wurden auch 1950 nie erreicht. Damit konnte die Prämie also gar nicht wirksam werden. Eine derartige Regelung darf wohl als sinnlos bezeichnet werden. Bei den Einsparungsprämien dagegen lag der Berechnung der tatsächliche mittlere Verbrauch im Jahre 1949 zugrunde.

Bei der Prämie nach Planerfüllung war eine Norm von 675 Tonnen K<sub>2</sub>O (bei einem Monatsoll von 17600 Tonnen K<sub>2</sub>O) angenommen, eine erreichbare, aber keine "weiche" Norm. Hatte die Ist-Leistung der letzten Monate des Jahres 1949 meist beträchtlich unter der Soll-Leistung gelegen, so änderte sich das Bild nach der Prämienregelung beträchtlich.<sup>97</sup> Das spricht wohl für die Sorgfalt, mit der die Werkleitung bei der Prämienregelung zu Werke ging, aber auch für das Sinnvolle des Prämiensystems selbst. Dadurch gelang es, die Prämienlöhne zu einem Mittel der Planerfüllung werden zu lassen. Freilich ist ein derartiges Verfahren nur sinnvoll, wenn eine hinreichend gute Planung vorausgegangen ist.

91 Ebenda, A VI, XII, 60.

92 Ebenda.

93 Ebenda, A VI, XII, 18.

94 Ebenda.

95 Ebenda.

96 Ebenda, HV, 11, 181.

97 Die Soll-Produktion für die Monate September 1949 bis März 1950 hatte betragen: 17600, 17400, 17300, 17300, 17600, 16200, 18200 t K<sub>2</sub>O. Die Ist-Leistung betrug: 15605, 14830, 16900, 17304, 18130, 16800, 18540. (Nach: ebenda.)

Auch andere Werke gingen 1950 zur Prämienlohnzahlung in Abhängigkeit von der Planerfüllung über<sup>98</sup>, oft ergänzt durch Prämien auf Grund qualitativer Kennziffern. Vereinzelt gab es aber auch nur diese Form, zum Beispiel ab 1951 im Werk Heiligenroda. Hier galt die Erfüllung des Produktionsplanes als Voraussetzung für die Ausschüttung der Prämie, die ihrerseits vom Ausbringen und von der Rohsalzverlösung pro Stunde abhängig war.<sup>99</sup> Da beide Faktoren die grundlegenden Momente für die Planerfüllung in der Chlorkaliumfabrik sind, kann diese Prämienform als sehr zweckmäßig angesehen werden. Sie berücksichtigt die Planaufgabe, läßt aber mögliche Planungsfehler die Prämienregelung nicht beeinträchtigen. Durch die Berücksichtigung von Leistungskennziffern war zudem die Möglichkeit gegeben, das Interesse der Werktätigen umfassend zu stimulieren, nicht nur, um die Arbeit zu intensivieren, sondern, um auch die Produktivkräfte zu entwickeln und diese besser auszunutzen.

### 3.2.3. Die Einführung progressiver Leistungslöhne

Bereits die DWK-Richtlinien von 1948 sahen neben der Einführung von linearen Leistungslöhnen die Anwendung von progressiven Leistungslöhnen vor.<sup>100</sup> Dafür galten die gleichen Grundsätze wie für einfache Leistungslöhne. Ihr Ziel bestand darin, den Anreiz zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die Mehraufwendungen für Lohn sollten geringer sein als die erzielte Kosteneinsparung.

Die Einführung progressiv gestaffelter Löhne war der zweite Bereich, der bei den Leitungen der Kaliindustrie große Aufmerksamkeit fand. Auch hier handelte es sich um eine traditionell verwurzelte Entlohnungsform.<sup>101</sup> In vielen Werken bestanden progressiv steigende Löhne mindestens seit den zwanziger Jahren. Im Werk Sondershausen fanden progressive Gedinge seit Mitte der zwanziger Jahre Anwendung.<sup>102</sup> Es überrascht daher nicht, wenn schon 1948 Vorarbeiten zur progressiven Entlohnung einsetzten. Eine Werkleitertagung der VVB Kali und Salze beschäftigte sich im November 1948 damit.<sup>103</sup> Doch wurde hier bereits eine falsche, den fixierten Grundsätzen widersprechende Orientierung gegeben: Nicht auf exakt ermittelten Arbeitsnormen, sondern auf der Durchschnittsleistung der letzten drei Monate sollten die Progressivlöhne beruhen.<sup>104</sup>

Das Kaliwerk Roßleben gab in einem Schreiben an die Industriegewerkschaft Bergbau vom 4. Januar 1949 zu bedenken: "Unsere Produktion verträgt keinerlei Lohnsteigerung mehr, da unser Betrieb bei der jetzigen Lohnbelastung nicht mehr wirtschaftlich arbeitet. Der Progressivlohn ist daher auch bei uns nicht eingeführt worden. Gänzlich abwegig war der uns kürzlich zugegangene Entscheid des Verwaltungsrates der Industrie-Vereinigung 'Kali und Salze', Halle/S., der als Leistungsnorm, welcher der Schichtlohn + 15 % entspricht, die 70%ige Leistung des Jahres 1938 zur Grundlage hatte."<sup>105</sup> Das Werk verwies darauf,

98 Zum Beispiel die Werke Volkenroda und Bismarckshall. (Vgl. ebenda, A VI, XII, 60 u. 68.)

99 Ebenda, A VI, XII, 62.

100 Richtlinien zur Lohngestaltung in volkseigenen und SAG-Betrieben, a. a. O.

101 Vgl. Seidl, Helmut, Quellenkundliche Untersuchungen zu Form und Anwendung von Prämiensystemen für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG, Teutschenthal, für den Zeitraum von 1908 bis 1928, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 83 - 88.

102 ZBAK, A VII, C, 52, 32.

103 Altregistratur des VEB Kaliwerk "Deutschland", Teutschenthal (im folgenden: AR, D), 6639.

104 Ebenda.

105 ZBAK, A VII, C, 52, 32.

daß die gültigen Normen bei 65 bis 75 Prozent die tatsächliche Normerfüllung bei 82 Prozent der Vorkriegsleistung läge. In letzter Zeit seien bei Leistungswettbewerben 90 bis 93 Prozent erreicht worden, die aber nicht als Dauerleistung zu erzielen seien. Man verwies auf die mit einfachen Leistungslöhnen in den letzten Monaten erreichten Erfolge bei der Steigerung der Produktion und warnte vor der Einführung neuer Lohnmethoden, die notwendigerweise auch wieder neue Normen zur Folge haben müßten. Das wäre allzu leicht geeignet, die Belegschaft zu verärgern. Außerdem müßte eine übermäßige Lohnerhöhung für Gewinnungsarbeiter zu einer Zurücksetzung der Handwerker führen.<sup>106</sup> Vor der VVB oder der IG Bergbau schienen aber die guten und richtigen Argumente keine Anerkennung gefunden zu haben. Schon am 31. Januar 1949 teilte das Werk der VVB die Einführung von Progressivlöhnen mit. Nicht technisch begründete Normen auf der Grundlage von Arbeitsstudien, sondern erreichte Durchschnittswerte lagen der Berechnung zugrunde. Von 34 Hauerkameradschaften hatten im Durchschnitt der letzten Monate 17 ihre Normen mit bis 115 Prozent, 17 mit 115 bis 140 Prozent erfüllt.<sup>107</sup> Bei 115 Prozent Normerfüllung zahlte man nun zum Leistungslohn einen weiteren Leistungszuschlag von 5 Prozent, der je Prozent Zunahme der Normerfüllung um 0,5 Prozent stieg und bei 150 Prozent Normerfüllung 22,5 Prozent erreichte. Diese Regelung galt für Hauer, Lehrhauer, Schrapperfahrer und Förderleute. Für die Arbeiter der Streckenförderung, der Schacht- und Bunkerbedienug, der Mahlanlage und der Seilbahn wurde ein progressives Prämienlohnsystem eingeführt.<sup>108</sup>

Auch in den SAG-Werken begannen zur selben Zeit Arbeiten zur Einführung progressiver Leistungslöhne, und Prämiensysteme wurden progressiv gestaffelt. Dabei ging man hier, wo das Leistungsniveau bereits höher lag als in den volkseigenen Werken, von der 1938 erreichten Durchschnittsleistung aus und baute darauf die Normung auf.<sup>109</sup>

Im Kaliwerk Sollstedt sah die Gedingelohntafel vom 30. November 1948 folgendes vor: Zum Beispiel wurde für eine Normerfüllung von 100 Prozent ein Gedingelohn von 11,20 DM pro Schicht gezahlt. Für jedes Prozent Normübererfüllung stieg der Lohn, und zwar

im Bereich von 100 bis 103 Prozent um je 12 Pfennig

" " " 103 " 104 " " " 13 "

" " " 104 " 107 " " " 14 "

" " " 107 " 109 " " " 15 "

usw. bis um je 58 Pfennig bei über 200 Prozent Normerfüllung.<sup>110</sup>

Ähnliche Regelungen bestanden in allen Werken. Doch schon am 13. Januar 1949 verbot das Ministerium für Arbeit der Landesregierung Thüringen die Anwendung von Progressivlöhnen für die Kaliindustrie.<sup>111</sup> Der Einspruch der Werke schien erfolglos gewesen zu sein, denn viele in der Folgezeit eingeführten Lohnsysteme wiesen nur noch lineare Steigerungen auf.

Doch in bezug auf schon lange geltende Lohnregelungen nahmen verschiedene Werke das Verbot nicht zur Kenntnis. Mit Hinweis darauf, daß vor dem Krieg bereits Gedingetafeln gültig

106 Ebenda.

107 Ebenda.

108 Ebenda.

109 Ebenda.

110 Ebenda, A VI, XII, 36.

111 Ebenda, A VI, XII, 18. - Progressivlöhne waren nur zugelassen für Bergbau außer Kali und Schiefer, für die Metallurgie, Schwefelkiesgewinnung und Kugellagerherstellung.

waren, die für eine Normerfüllung von 125 bis 130 Prozent bereits den doppelten Gedingelohn vorsahen, berichtete das Werk Bleicherode der SAG "Kali" im August 1948, daß folgende Lohnregelung bestände<sup>112</sup>:

bei Normerfüllung von 110 Prozent ein Lohnsatz von 120 Prozent

"	"	"	120 "	"	"	"	130 "
"	"	"	130 "	"	"	"	150 "
"	"	"	140 "	"	"	"	170 "
"	"	"	150 "	"	"	"	200 "

Die SAG "Kali" genehmigte den Fortbestand von progressiven Löhnen, wenn deren Einführung vor 1948 lag.<sup>113</sup> Das Werk Sachsen-Weimar wies, um die Berechtigung zu begründen, darauf hin, daß die Lohnhöhe je Einheit des Produkts mit zunehmender Leistung und Verdiensthöhe nicht gestiegen, sondern leicht gefallen sei.<sup>114</sup> Durch die 1947 erfolgte Einführung progressiver Gedinge sei von 1947 auf 1948 bei einem Anstieg des Stundenlohnes der Gedingearbeiter um rund 20 Prozent und einer Leistungssteigerung um 13 Prozent der Gesamtlohnanteil der Belegschaft unter Tage an den Kosten um 6 Prozent gesunken.<sup>115</sup> Bei dieser einfachen Rechnung wurde noch nicht einmal die Kostenentwicklung insgesamt berücksichtigt, die möglicherweise das Bild noch günstiger gestaltet hätte.

Zur selben Zeit, als in Thüringen das Verbot der Progressivlöhne erfolgt war, genehmigte die Hauptverwaltung Chemie der DWK die Progressivlohnregelung des Werkes Roßleben.<sup>116</sup>

Erst 1950 wurde für die SAG-Betriebe die Genehmigung zur Einführung progressiver Leistungslöhne erwirkt. Die SAG "Kali" gab dafür folgende Orientierung<sup>117</sup>:

für 100,1 bis 115 Prozent Normerfüllung	15 Prozent Zuschlag zum Leistungslohn
" 115,1 " 130 "	" 30 " " "
" 130,1 " 140 "	" 65 " " "
" 140,1 " 150 "	" 90 " " "
" 150,1 und mehr "	" 100 " " "

Sehr bemerkenswert ist, daß die Progression für über 140 Prozent geringer wurde.

Die Möglichkeit zur progressiven Gestaltung der Löhne nutzten alle Werke durch entsprechende Veränderungen der Leistungslöhne und Prämiensysteme. Das führte nicht nur zu einem beachtlichen Anstieg der Produktion der Werke<sup>118</sup>, sondern verbesserte auch die Rentabilität der Produktion. Ab 1. August 1950 galten für die Gewinnungsarbeiten im Werk Kaiseroda progressive Leistungslöhne. Zur Ermittlung des Nutzens erfolgte eine Gegenüberstellung der Kosten zwischen März und Mai 1950 (vgl. Tabelle 5). Vergleiche mit ähnlichen Berechnungen anderer Werke zeigten, daß sie durchaus als repräsentativ für die Kaliindustrie gelten kann.

112 Ebenda.

113 Ebenda.

114 Ebenda.

115 Ebenda.

116 Ebenda, A VII, C, 52, 32.

117 Ebenda, A VI, XII, 18.

118 Vgl. Tabelle 1.

Betriebskosten je Tonne geförderten Rohsalzes im März und Mai 1950  
im Kaliwerk Kaiseroda

Kostenart	Betriebskosten in DM/t Rohsalz	
	März 1950	Mai 1950
<b>I. Unmittelbare Betriebsaufwendungen</b>		
Löhne, Gewinnung	1,18	1,30
Löhne, Reparatur	0,27	0,24
Gehälter	0,12	* 0,13
Sozialversicherung Löhne	0,26	0,27
Sozialversicherung Reparatur	0,06	0,04
Sozialversicherung Angestellte	0,03	0,02
Sprengstoffe	0,88	0,88
Materialien	0,63	0,62
Instandsetzungen (Unternehmer)	0,05	0,08
Verschiedenes	0,02	0,05
Summe I	3,50	3,63
<b>II. Anteilige Hilfsbetriebskosten</b>		
Heizung	0,01	0,03
Kaue	0,06	0,03
Werkstatt	0,08	0,03
Strom	0,24	0,22
Allgemeines	0,38	0,16
Verwaltung	0,07	0,07
Lehrwerkstätten	0,09	0,08
Summe II	0,93	0,62
Summe I + II	4,43	4,25

Quelle: Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie, A VI, XII, 60.

Mit Recht wurde in der Kaliindustrie der progressive Leistungslohn als leistungsfördernd angesehen<sup>119</sup>, obwohl ihm auch hier Mängel anhaften mußten, insbesondere, weil das Problem einer exakten Arbeitsnormung noch nicht gelöst war. Die Abschaffung des progressiven Leistungslohnes zum 1. September 1950, die allgemein wohl gerechtfertigt war, kann für die Kaliindustrie nicht als befriedigende Lösung angesehen werden, weil verhältnismäßig "strenge" Arbeitsnormen bestanden, langjährige Traditionen diese Lohnform fest eingeführt hatten, die Regelungen mit großem Verantwortungsbewußtsein vorgenommen und wichtige wirtschaftliche Erfolge erzielt worden waren. Auf jeden Fall löste die Abschaffung der Progressivlöhne nicht das Grundproblem der Leistungslohne überhaupt, das der richtigen Arbeitsnormung.

### 3.2.4. Prämien für Angestellte

Bei Prämienregelungen für Angestellte handelte es sich um einen weiteren Komplex von Maßnahmen, der in der Kaliindustrie große Beachtung fand und teilweise traditionell begünstigt war.<sup>120</sup> Teilweise wurde es aber auch als eine Lücke angesehen, daß im Gegensatz zu den Arbeitern Angestellte nicht in Abhängigkeit von der Leistung entlohnt wurden. Um diese Lücke zu schließen und die "außergewöhnlich niedrigen" Gehälter zu erhöhen, führte das Werk Roßleben Mitte 1948 Prämien für Angestellte auf der Grundlage der Erfüllung der Produktionsauflage ein.<sup>121</sup> Die Werkleitung betonte: "Wir gehen dabei von der Tatsache aus, daß gerade die intensive Betriebsvorbereitung und -überwachung durch die Techniker für den geregelten Betriebsablauf und damit für die Höhe der Produktion von ausschlaggebender Bedeutung ist."<sup>122</sup> Für die beteiligten Angestellten wurde zugleich eine Art qualitativer Bewertung der Arbeit vorgenommen. Jede Tätigkeit wurde mit Punkten bewertet. Folgende Angestellte waren mit folgenden Punkten beteiligt: Grubenbetriebsleiter (2), Fabrikbetriebsleiter (2), Oberingenieur (2), Obersteiger (1 1/2), Maschinenbetriebsführer (1 1/2), Maschinensteiger (1), Grubensteiger (5 bis 7), Grubenaufseher (2 bis 3), Betriebsmeister (3 bis 5), Fördermaschinenisten (3 bis 7), Fabrikmeister (1) und Fabrikaufseher (2 bis 3). Die monatliche Produktionsauflage wurde auf Tage aufgeschlüsselt. Für eine tägliche Erfüllung der Produktionsauflage von 100, 102,5, 105, 107,5, 110, 112,5 oder 115 Prozent wurden 3, 4, 5, 6, 7, 8 oder 9 DM je Leistungspunkt als Tagesprämie gezahlt.<sup>123</sup> Lag die durchschnittliche Rohsalzförderung im ersten Halbjahr 1948 bei 1236 Tonnen eff, so stieg sie nach Einführung der Prämie deutlich an. Sie betrug im Juli 1948 1721 Tonnen eff und erhöhte sich von Monat zu Monat bis auf 2003 Tonnen eff im Januar 1949.<sup>124</sup>

Ähnliche Systeme, wenn auch meist mit anderen Berechnungsmethoden, fanden in anderen Werken etwa zur selben Zeit Anwendung. Im Werk Sachsen-Weimar berücksichtigten die Prämienzuteilungen für Angestellte in den Produktionsabteilungen neben der Erfüllung des Fördersolls auch den Sprengstoffverbrauch, die Einhaltung der Lagergrenzen und die Unfälle.<sup>125</sup> Die ab 1. Oktober 1948 wieder eingeführten Angestelltenprämien im Werk Krügershall basierten auf dem Fördersoll in Tonnen K<sub>2</sub>O, dem K<sub>2</sub>O-Gehalt des Rohsalzes, dem Wägewicht und dem Steinsalz-Fördersoll.<sup>126</sup>

Bei diesen betrieblichen Regelungen waren einzelne, freilich wichtige Kennziffern zugrunde gelegt. Später, mit der Einführung der Quartalsprämien im Jahre 1949, baute die Prämienregelung auf den wichtigsten Planteilen und deren Erfüllung auf, wobei für den einzel-

119 ZBAK, A VI, XII, 11.

120 Vgl. Seidl, Helmut, a. a. O.

121 AR, D, 1522.

122 Ebenda.

123 Ebenda.

124 Ebenda.

125 ZBAK, A VI, XII, 17.

126 Ebenda, A VII, C, 52, 32.

nen Angestellten die Kennziffern zugrunde gelegt wurden, auf deren Einhaltung oder Über- bzw. Unterbietung er Einfluß hatte. Das war für Steiger zum Beispiel die Erfüllung der Förderpläne der einzelnen Grubenfelder unter Einhaltung des geplanten  $K_2O$ -Gehaltes des Rohsalzes und die Einhaltung der Verbrauchsnormen für Sprengstoff, Zündkapseln und Zündschnur. Die Prämie wurde nach der Erfüllung des Produktionsplanes berechnet, wobei jedes Prozent Übererfüllung besonders bewertet wurde. Die Prämie wurde in einem Prozentsatz des Monatsgehaltes für das Quartal entsprechend der Quartalsleistung errechnet. Für Nichterfüllung einzelner Teilpläne oder Nichteinhaltung einzelner Kennziffern konnte den dafür Verantwortlichen ein Teil der Prämie abgezogen werden.<sup>127</sup> Positiv war in jedem Fall, daß die Prämie des einzelnen von dessen Gesamtverantwortung für den Plan abhängig war. Doch wurde jetzt nur das Quartalsergebnis berücksichtigt, während sich vorher jeder täglich zu bewähren hatte. Schlechte Arbeit in zwei Monaten konnte im dritten ausgeglichen werden, wenn man die nötigen Reserven besaß oder sie sich bei der Planung geschaffen hatte. Außerdem begünstigte dieses System Tendenzen zum Formalismus. Die Grundlage der Prämiiierung war die Erfüllung des Produktionsplanes. Bei Nichterfüllung anderer Pläne mußten Abzüge vorgenommen werden, aber das geschah, wie die vorliegenden Dokumente der Kaliindustrie ausweisen, fast nur dann, wenn man nicht mehr in der Lage war, die Schuld für die Nichterfüllung des Finanzplanes usw. von sich zu weisen. Aber die Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, bei der Auftragsvergabe bei Investitionen, beim Absatz usw. lieferten immer neue Unschuldsbeweise. Tatsächlich hatten in vielen Fällen die Angestellten darauf keinen Einfluß. Deshalb müssen wohl die vorher bestehenden Prämienregelungen als sinnvoller angesehen werden.

Für das Funktionieren der Prämienregelungen mag die Berechnung im IV. Quartal 1951 im Werk Kaiseroda als Beispiel gelten: Die Pläne der Produktion, der Arbeitsproduktivität und des Sortiments waren erfüllt worden. Der Plan der Investitionen war nicht annähernd erfüllt, der Richtsatzplan und der Plan der Selbstkosten überschritten. Für den Investplan und den Richtsatzplan gab es Gründe, daher wurden beide Ergebnisse für die Prämienberechnung nicht berücksichtigt. Aber was sollen Bezugsbasen, wenn sie aus guten Gründen nicht berücksichtigt werden? Für die Nichterfüllung des Selbstkostenplanes wurde die Prämie gekürzt. Weitere Kürzungen erfolgten bei allen Angestellten, weil einzelne Leistungskennziffern nicht erreicht wurden. Je nach Größe der Abweichung lagen die Kürzungen zwischen 10 und 25 Prozent, im Durchschnitt bei 15 Prozent.<sup>128</sup>

Die vorstehend geschilderte Handhabung der Quartalsprämien darf sogar als gewisse Ausnahme angesehen werden. In der Regel nahm man für die einzelnen Angestellten keine Abzüge vor, sondern zahlte den auf sie entfallenden Anteil an der für den Gesamtbetrieb errechneten Prämie. Der wohlbegründeten und sehr berechtigten Absicht, die Angestellten an ihrem Aufgabengebiet und dem Gesamtergebnis des Betriebes zu interessieren, standen also Hemmnisse entgegen, die sowohl in objektiven Bedingungen des Betriebsablaufs als auch in einer nicht ausreichenden Leitungstätigkeit ihre Ursachen hatten. Dennoch entstanden nach der Abschaffung der Prämien und der Reduzierung der Löhne für Angestellte im Jahre 1947 wieder bessere Bedingungen für eine Interessierung der Angestellten an Produktion und Betrieb, und bei einem Teil der Betriebe waren überhaupt erstmals Angestellte in Abhängigkeit und Würdigung ihrer Leistungen entlohnt worden.

127 Ebenda, A VI, XII, 60.

128 Nach: ebenda, A VI, XII, 37.



### 3.2.5. Weitere Methoden der materiellen Interessierung

Die bisher behandelten Methoden enthielten sämtlich bereits die Möglichkeit, nicht nur das Interesse an den Produktionsergebnissen, sondern auch am Ablauf der Produktion und an der Entwicklung der Produktivkräfte zu stimulieren. Sie wurden durch einige andere Methoden ergänzt.

Eine davon war die Prämierung für Verbesserungsvorschläge. Zu ihrer Förderung erließ die Generaldirektion der SAG "Kali" am 1. November 1949 eine für alle Werke verbindliche Prämientabelle (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6

Prämienregelung für Erfindungen und Verbesserungsvorschläge der SAG "Kali"

Höhe der jährlichen Ersparnis in DM	Prämie in % der Einsparung
bis 1 000	10
1 000 - 5 000	5 + 50 DM
5 000 - 10 000	4 + 100 DM
10 000 - 50 000	3 + 200 DM
50 000 - 100 000	2 + 700 DM
über 100 000	1,5 + 1 200 DM aber nicht mehr als 10 000 DM

Quelle:

Zentrales Betriebsarchiv der Kaliindustrie, A VI, XII, 18.

Wenn keine errechenbare Ersparnis eintrat, aber die Technologie verbessert, die Sicherheit erhöht oder die Arbeitsbedingungen erleichtert wurden, sollten 50 bis 1000 DM Prämie gezahlt werden.<sup>129</sup>

Diese gesamte Regelung stand deutlich im Gegensatz zu der für die volkseigene Industrie gültigen<sup>130</sup>, was 1951 auch festgestellt wurde<sup>131</sup>, aber offenbar zu keiner Veränderung führte. Im Ergebnis der Prämienregelung kam es zu bemerkenswerten betrieblichen Verbesserungsvorschlägen und auch zu einer Zunahme ihrer Anzahl, vor allem aber zu einem deutlichen Anstieg des Nutzens. Von 473 Verbesserungsvorschlägen im Jahre 1950 werteten die Betriebe der SAG "Kali" 294 aus. Diese führten zu 1 665 225 DM jährlichen Einsparungen. Die Prämien dafür betragen 54 819 DM. 419 von 746 Verbesserungsvorschlägen wurden 1951 angewandt und führten zu 10 663 254 DM Nutzen. Die dafür gezahlte Prämie belief sich aber nur auf 98 978 DM.<sup>132</sup>

Teilweise wurden auch Aufgaben gestellt, für deren Lösung Prämien ausgesetzt wurden.<sup>133</sup>

Die Einführung von Materialverbrauchsnormen und die Prämierung von Einsparungen war eine weitere Maßnahme. Bei dem hohen Anteil der Sprengstoffkosten an den Förderkosten konzentrierte sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf den Sprengstoffverbrauch. Auf diese Problematik wurde teilweise schon im Zusammenhang mit den Gedinge- bzw. Leistungs-

<sup>129</sup> Ebenda, A VI, XII, 18.

<sup>130</sup> Vgl. Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens v. 15. 9. 1948, in: ZVBl. 1948, S 483 f.

<sup>131</sup> ZBAK, A VI, XIV, 212.

<sup>132</sup> Ebenda.

<sup>133</sup> Ebenda, A VI, I, 5.

Löhnen und den Prämienlöhnen eingegangen. Doch nicht in jedem Fall war der Sprengstoffverbrauch mit in die Gedingeregulation einbezogen. Andererseits verdiente diese Angelegenheit zunehmende Beachtung, weil in verschiedenen Werken 1949 der Sprengstoffverbrauch anstieg, die Sprengleistung jedoch zurückging.<sup>134</sup> Sollte das nicht zu einer Kostenerhöhung führen, dann mußten Maßnahmen zum rationellen Umgang mit Sprengstoffen ergriffen werden. Im Werk Sachsen-Weimar wurden im März 1949, nachdem man die Tendenz bemerkt hatte, neue Sprengstoffprämien eingeführt, die eine Erhöhung der Prämierung bedeuteten. 30 Prozent der Einsparung zahlte das Werk als Prämie. Ein höherer Prämienatz wurde abgelehnt, um nicht negative Auswirkungen auf den die Arbeitsleistung stimulierenden Leistungslohn auszulösen.<sup>135</sup>

Um eine exakte Bestimmung des Sprengstoffverbrauchs vornehmen zu können, waren 1949 Sprengstoffverbrauchsnormen erarbeitet worden.<sup>136</sup> Doch wie eine später vorgenommene Untersuchung zeigte<sup>137</sup>, wurde diese Arbeit, obwohl seit 1951 die gesetzliche Verpflichtung dazu bestand, nicht fortgesetzt.

Als völlig neue Form der materiellen Anerkennung der Leistungen im Betrieb begann in der Etappe von 1948 bis 1951 die Prämierung der besten Arbeiter, Brigaden, Abteilungen usw. Diese Form war mit der Entstehung und Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung als Ausdruck der schöpferischen Arbeit der von der Ausbeutung befreiten Werktätigen verbunden und diente der Ausbreitung und Stimulierung dieser Bewegung, die für die Entwicklung der Produktion, der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse höchste Bedeutung erlangte. Da die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und die Prämierung dieser Leistungen in den folgenden Etappen der Entwicklung in der Kaliindustrie eine weit größere Rolle spielte als in den Jahren bis 1951, wird diese Problematik unter dem Gesichtspunkt der materiellen Interessierung an anderer Stelle zu behandeln sein. An dieser Stelle gilt es vor allem die Anfänge zu registrieren. Der Tat Adolf Hennekes folgten bald auch die Kalikumpel mit vorbildlichen Leistungen.<sup>138</sup> Die Wettbewerbsbewegung begann und wurde durch dekadewise oder monatliche Prämien für die besten Kollektive gefördert.<sup>139</sup> Ähnlich wie im Werk Sachsen-Weimar waren die meisten Wettbewerbe organisiert. Hier standen in den letzten Monaten des Jahres 1951 52 Brigaden des Grubenbetriebes im Wettbewerb für eine 120prozentige Normerfüllung und eine Senkung des Sprengstoffverbrauchs um 5 Prozent. Monatlich erhielten die Siegerreviere 800 DM Prämie, mit denen die besten Schrapperbrigaden bedacht wurden. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 6 Prozent und eine Sprengstoffeinsparung von 10 Prozent gegenüber den vorangegangenen Quartalen wurden als Erfolg gebucht.<sup>140</sup>

Die hohen Leistungen auf Grund persönlicher Verpflichtungen waren ein bedeutender Erfolg. Es war auch völlig gerechtfertigt, daß sie materielle Anerkennung fanden. Doch, genaunommen, wurden Leistungen prämiert, die schon im Lohn anerkannt worden waren. Diese Tendenz verstärkte sich in späterer Zeit noch.

134 1949 sank die Sprengleistung in t eff/kg Sprengstoff in den Werken Kaiserroda, Heiligenroda und Volkenroda. (Vgl. ebenda, HV, 11, 181.)

135 Ebenda, A VI, XII, 18.

136 Ebenda, A VI, XII, 19.

137 Ebenda, HV, 10, 17.

138 Vgl. Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode 1899 - 1962, hg. v. VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode, (Bleicherode 1963) S. 191.

139 ZBAK, A VI, I, 5.

140 Ebenda, A VI, XII, 35.

Neben der Verwirklichung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zur Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen allgemein und der Bergarbeiter im besonderen fanden Maßnahmen zur Verbesserung der kulturellen und sozialen Verhältnisse und zur materiellen Interessierung größte Beachtung. Die Schaffung von medizinischen Einrichtungen, Kulturhäusern, Speiseräumen, Kantinen, Beschaffung von Lebensmitteln durch die Werke, der Wohnungsbau und vieles andere diente der Anerkennung der Leistungen der Belegschaften. In besonders vorbildlicher Weise setzten sich die SAG-Werke für derartige Maßnahmen ein. Die Sorge um das Wohl der Belegschaften dokumentiert der folgende Brief der Hauptverwaltung der SAG-"Kali" an die HO Lebensmittel Thüringen zur Vorbereitung des Tages des Bergmannes 1951: Die SAG-Hauptverwaltung "wünscht, daß die HO Lebensmittel nicht nur an diesem Tag mit Sonderverkauf vertreten ist, sondern daß gerade eine individuelle Versorgung des schwer schaffenden Bergmannes erfolgt. Die Bergmänner erhalten vor diesem Feiertag größere Prämienzahlungen und wollen zu diesem ihrem Feiertag besonders bedient werden."<sup>141</sup> Mehrere Einkaufsmöglichkeiten, fliegende Verkaufsstände, Bereithaltung von Mangelware, Imbißverkauf, besonders Rostbratwürste in Därmen, wurden verlangt.<sup>142</sup>

Angesichts der noch nicht ausreichenden Versorgung muß diesen Formen materieller Interessierung große Bedeutung beigegeben werden.

Die Vielzahl von Maßnahmen zur materiellen Interessierung, die aus dem Lohnfonds finanziert wurden und sowohl Lohnerhöhungen als auch die Einführung leistungsabhängiger Lohnformen umfaßten, führten zu einer bedeutenden Lohnsteigerung. Von 1948 bis 1951 stiegen im Bereich der VVB Kali und Salze die Jahresdurchschnittslöhne der Arbeiter in den Kaliwerken von 2995 DM auf 4257 DM.<sup>143</sup>

### 3.3. Einige Aspekte der Leitungstätigkeit

Die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse ist undenkbar ohne die bewußte und planmäßige Einbeziehung aller Werktätigen in die Leitung der Gesellschaft und der einzelnen gesellschaftlichen Organisationsformen. Das gilt auch für die Handhabung der materiellen Interessiertheit als sozialistisches Leitungsprinzip. Daher galt es, unter Führung der Partei durch die materielle Interessiertheit nicht nur die Initiative der Arbeiter für die Erreichung höherer Produktionsergebnisse zu wecken und zu entwickeln, sondern die bewußte Arbeit auch auf die verbesserte Wirkung des Prinzips der materiellen Interessiertheit zu lenken. Dabei mußten die besten Arbeiter, die Aktivisten, vorgehen, und die Wettbewerbsbewegung mußte zu einem wichtigen Mittel dafür werden. Das wurde auch vielfach erkannt. Schon für 1949 stellte die VVB Kali und Salze fest: "Die Wettbewerbe helfen mit, die Voraussetzungen zur Einführung des Leistungslohnes zu schaffen, sowie dessen Verbreitung unter unseren Belegschaften zu ermöglichen."<sup>144</sup> Besonders aber wurden die Aktivistenpläne, die ab 1951 aufgestellt wurden, ebenso wie die Betriebskollektivverträge zu einem wichtigen Mittel der Verbesserung der Leitung. Der Aktivistenplan des Werkes Krügershall legte für 1951 eine ständige Überprüfung der Sprengstoffverbrauchsnormen, eine bessere Arbeitsnormung durch Aufstellung technisch begründeter Normen und die Einführung von Prämienlohnsystemen fest.<sup>145</sup> Zwei Hauerbrigaden schufen Ende 1951 im Werk Friedenshall durch Anwendung verbesserter Arbeitsmethoden Voraussetzungen für Kowaljowstudien, ein Kowaljowaktiv führte Zeitermittlungen und Arbeitsstudien an Arbeitsplätzen von Aktivisten und Bestarbeitern durch.<sup>146</sup> Doch noch nicht überall und in jedem Fall wurden die Ar-

141 Ebenda, A VI, XII, 38.

143 Ebenda, A VII, C, 14, 71.

145 AR, D, 3027.

142 Ebenda.

144 Ebenda, A VII, C, 01, 12.

146 ZBAK, A VI, XII, 32.

beiter in dieser Weise in die Leitung einbezogen. Es kam auch vor, daß die Tätigkeit von Aktivisten lediglich benutzt wurde, um Mängel auszugleichen. Um den Mangel an exakten Normen zu überdecken, sollten im Werk Volkenroda im August 1950 die Aktivisten wegen Normerhöhung "angesprochen werden", "so daß auf diesem Gebiet ein neuer Normdurchbruch von unten her erzielt wird."<sup>147</sup> Im Werk Krügershall beschwerte sich 1950 die BGL, weil der Werkleiter Normveränderungen vornahm, ohne auch nur die BGL, die Parteiorganisation und den Personalleiter zu fragen.<sup>148</sup>

In vielen Fällen mußte also auch die den neuen Produktionsverhältnissen entsprechende Form der Bearbeitung von Problemen der materiellen Interessiertheit erst gefunden werden, aber dabei wurden, wie die Beispiele verdeutlichen, wesentliche Fortschritte erzielt.

Die aus vielfältigen Gründen<sup>149</sup> nötige Zentralisation der Wirtschaftsführung wirkte sich in unterschiedlicher Weise auf das Prinzip der materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie aus. Einerseits traten sehr positive Ergebnisse ein, zum Beispiel durch die Regelung von Fragen innerhalb der gesamten Volkswirtschaft. Dadurch erhielt der Bergbau ein Gewicht, das sowohl seiner Rolle als auch der Schwere der Bergarbeit entsprach. Andererseits aber trat ein Zug zur Bürokratisierung ein. Prämierungssysteme bedurften der Genehmigung durch die den Werken übergeordneten Leitungen und das Ministerium für Arbeit und Sozialwesen. Häufig ließ dabei die Genehmigung nicht nur lange auf sich warten, auch die Sachkenntnis der Entscheidungen ließ zu wünschen übrig. Die fehlende wirtschaftliche Selbständigkeit der Betriebe reduzierte das Verantwortungsbewußtsein der betrieblichen Leitungen und behinderte die Anwendung der zweckmäßigsten Formen. Hätten die Betriebe bereits nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung gearbeitet, wäre es vermutlich in der Kaliindustrie nicht zur Abschaffung der traditionell verwurzelten und in der Praxis bewährten Progressivlöhne gekommen, was wohl auch nicht nötig gewesen wäre.

Die zentrale Leitung barg aber auch große Möglichkeiten in sich. Waren unter kapitalistischen Verhältnissen nur Regelungen innerhalb eines Werkes oder eines Konzerns möglich gewesen, so ergab sich nunmehr unter den neuengesellschaftlichen Bedingungen die Gelegenheit, einheitliche Regelungen für alle Werke zu finden. Innerhalb der Volkswirtschaft waren deren viele geschaffen worden, doch im Industriezweig blieb das in Anfängen stecken. Bei Prämien für Verbesserungsvorschläge gab es, wie dargelegt, einheitliche Bestimmungen. Hinsichtlich der Prämienysteme sah die SAG "Kali" die Erarbeitung von Standardsystemen vor<sup>150</sup>, aber ausgearbeitet oder gar eingeführt wurden sie nicht.

Trotz mancher Mängel war jedoch eine bedeutende Entwicklung vollzogen worden. Das sozialistische Prinzip der materiellen Interessiertheit kam zur Wirkung und festigte und entwickelte die Keime sozialistischer Produktionsverhältnisse, die entstanden waren. Es festigte das Bewußtsein der Werk tätigen, Eigentümer der Betriebe zu sein und den Nutzen aus der Entwicklung der Wirtschaft zu haben. Es waren viele Methoden ausgearbeitet worden, die den neuen Verhältnissen entsprachen und eine gute Basis für eine Weiterentwicklung ergaben. Die Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit hatte dazu beigetragen, die Produktion zu steigern, die Initiative zu stärken, die Arbeitsmoral zu festigen, das Bummelantentum einzuschränken und die Leistungen der Betriebe zu erhöhen. In den SAG-Betrieben stieg die Grubenleistung von 0,81 Tonnen eff je Mann und Stunde im Jahre 1947 auf 1,07 Tonnen eff 1951. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Ortsleistung von 3,0 Tonnen eff je Mann und Stunde auf 3,99 Tonnen eff.<sup>151</sup>

147 Ebenda, A VI, XII, 2.

148 Ebenda, A VII, C, 04, 155.

149 Vgl. Falk, Waltraud, a. a. O., S. 17 f.

150 ZBAK, A VI, XII, 52.

151 Ebenda, HV, 11, 181.

## Die Verstaatlichung der Industrie in der Volksrepublik Polen nach dem zweiten Weltkrieg (1944 bis 1948) +

von Hanna Jędruszczak

Die Verstaatlichung der Industrie in Polen nach dem zweiten Weltkrieg war kein einmaliger Akt und auch keine konfliktlose Verwirklichung programmatischer Grundsätze. Sie war ein mehrjähriger Prozeß, der in einem unterschiedlichen Tempo und Zeitraum ablief und von heftigen Klassenausinandersetzungen begleitet war, als es um die Realisierung der Verstaatlichung und um die Schaffung eines Modells der polnischen sozialistischen Wirtschaft ging. In der polnischen Literatur haben diese Probleme noch keine ausreichende Untersuchung gefunden.<sup>1</sup>

Man kann die Verstaatlichung der Industrie in Polen wie folgt periodisieren:

Die erste Etappe umfaßt die Zeit der Entstehung Volkspolens vom Juli 1944 bis zur Annahme des Gesetzes über die Überführung der grundlegenden Industriezweige in das Eigentum des Staates durch den Landesnationalrat am 3. Januar 1946.

Die zweite Etappe reicht vom Erlaß des Gesetzes vom 3. Januar 1946 bis zum Beginn der wirklichen Verstaatlichung der Industrie und bis zur Annahme des Gesetzes vom 21. September 1946 über den dreijährigen Investitions- und Produktionsplan durch den Landesnationalrat.

Die dritte Etappe ist die Zeit vom Herbst 1946 bis zum Jahre 1948, als die Aktion zur Verstaatlichung der Industrie beendet wurde.

Im folgenden sollen diese Etappen kurz charakterisiert werden. Die Verwirklichung der Verstaatlichung in den ersten anderthalb Jahren der Volksmacht, vom Juli 1944 bis Januar 1946, war mit zwei Besonderheiten verbunden: Erstens waren im Ergebnis der Politik der Okkupanten und der Kriegshandlungen die vor dem Kriege bestehenden Eigentumsverhältnisse in der Industrie weitgehend zerrüttet worden. Zweitens entwickelte sich im Maße des Fortgangs der Offensive und der Befreiung Polens von der faschistischen Okkupation durch die Rote Ar-

+ Gekürzte Wiedergabe eines Vortrages auf der Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und Volkspolens in Eisenach, Mai 1966.

1 Mit diesem Problem beschäftigt sich allein das Buch von Gołębowski, Janusz Wojciech, Nacjonalizacja przemysłu w Polsce, Warschau 1965. - Dieses Buch behandelt die Periode von 1944 - 1945. Vgl. auch derselbe, Zur Frage der Nationalisierung in Polen bis zum Jahre 1946, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 8, Berlin 1964, S. 77 - 102. - Gołębowski stellt mit Recht die Rolle der Partei der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt und sieht den Nationalisierungsprozeß als einen Bestandteil der volksdemokratischen Revolution, als einen Prozeß, der im harten Klassenkampf gegen die gestürzten Ausbeuterklassen erfolgte.

Zur Frage der Nationalisierung in Polen siehe Verstaatlichung und Wiederaufbau der Industrie in Polen 1944 - 1948, hg. u. mit einem Vorwort v. Hanna Jędruszczak, Bd. 1 Warschau 1967, Bd. 2 Warschau 1969. - Die Mehrzahl der für diesen Artikel benutzten Dokumente befinden sich in dieser Quellenpublikation.

mee und die an ihrer Seite kämpfenden polnischen Truppen eine Massenbewegung der Werktätigen, die nach Sicherstellung und Ingangsetzung der Industriebetriebe drängte.<sup>2</sup>

Die massenhaften Enteignungen durch die faschistischen Okkupanten in der Industrie, das System der Treuhandverwaltung, der Zusammenlegungen, der Demontage und Verlagerung von Industriebetrieben in andere okkupierte Länder, zum Beispiel in die Tschechoslowakei, sowie ins Innere des Deutschen Reiches bewirkten, daß die alten kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Produktion untergraben und zum großen Teil zerstört worden waren. Das zog Konsequenzen zweierlei Natur nach sich: Die Sicherstellung und Wiedereingangsetzung der riesigen Anzahl von Industriebetrieben während der Kriegshandlungen auf dem betreffenden Territorium selbst und unmittelbar danach lagen in den Händen der Arbeiterklasse. Der Impuls zu dieser Aktion entsprang nicht nur dem Willen der polnischen Arbeiter zur Verteidigung, Erhaltung und Ingangsetzung ihrer Arbeitsstätten. Sie war der Beginn der revolutionären Veränderung der Produktionsverhältnisse, die die Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, im folgenden: PPR), die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna) und auch die Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe) anstrebten. Auf Initiative der Partei wurden die Fabrikkomitees als die geeignetsten Organe der Volksmacht in den Betrieben gebildet. Die Fabrikkomitees gaben unter Führung der Partei den Massenaktionen Richtung und Inhalt.

Die höchste Intensität dieser Aktion zur Sicherstellung und Ingangsetzung der Industriebetriebe durch die bewußten Teile der Arbeiterklasse auf dem zuerst befreiten polnischen Territorium, dem sogenannten Lubliner Polen, war in den letzten zehn Tagen des Juli und im August 1944 sowie in der anderthalb bis zwei Monate dauernden Phase zu verzeichnen, als sich von Januar bis Mai 1945 die Front von der Weichsel bis zur Oder und Neiße verlagerte. Die besondere Rolle der Arbeiterbelegschaften und vor allem der Fabrikkomitees ergab sich unter anderem in der ersten Phase daraus, daß die Errichtung der staatlichen Behörden im Lande, der Front folgend, in langsamerem Tempo voranging, als dies den Erfordernissen entsprach, und daß die Einrichtung der Behörden wie auch die Ingangsetzung der Industrie und des Wirtschaftslebens nur einige von vielen zu lösenden Problemen waren. Ungeachtet dessen standen die wirtschaftlichen Probleme seit Beginn der Tätigkeit des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Naradowego, im folgenden: PKWN), der Provisorischen Regierung wie auch der unteren staatlichen und Parteiinstanzen, die zunächst noch keine festen Verbindungen zu ihren zentralen Instanzen besaßen, im Mittelpunkt des Interesses.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten bildete die Voraussetzung für die Umgestaltungen, die in den ökonomischen Machtverhältnissen, in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln vollzogen werden mußten.

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung als Vollzugsorgan des sich heranbildenden volksdemokratischen Staates, vertreten durch das Ressort für Volkswirtschaft und Finanzen, ernannte seit Beginn seiner Tätigkeit Fachbevollmächtigte, die im ganzen Lande die Sicherung, Ingangsetzung und den Aufbau der Industriebetriebe überwachten. Diese entschieden über die Verteilung von Krediten in ihrem Fachbereich, leisteten Hilfe bei der Einrichtung der Industrieabteilungen bei den Nationalräten und Wojewodschaftsverwaltungen und entsandten besondere Beauftragte für die Organisation lebenswichtiger Industriebetriebe und Arbeitsstätten. Gleichzeitig wurde Ende Oktober 1944 mit der Aufstellung von Operativgruppen begonnen, die sich aus politischen Funktionären, Ingenieuren und Technikern zusammensetzten. Ihre Aufgaben bestanden im Schutz der Industrieobjekte, in der Einsetzung provisorischer Verwaltungen in den Fabriken und in der Einrichtung örtlicher Industriebehörden, vor allem in den frontnahen Gebieten. Deshalb wurde die Arbeit in den Operativgrup-

<sup>2</sup> Viele interessante Informationen zu diesem Thema enthalten die Memoiren, z. B. Mój zakład pracy (Meine Arbeitsstätte), Warschau 1965; Takie były początki (So waren die Anfänge), Warschau 1965. Mit diesem Problem beschäftigen sich auch die Soziologen,

pen, wenn ihre Mitglieder auch nicht immer uniformiert waren, dem Militärdienst gleichgestellt.<sup>3</sup>

Die Grundsätze der Politik auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse in der Industrie wurden im Manifest des PKWN festgelegt und sahen die Wiederherstellung des von den Faschisten zerstörten Eigentums großer Bevölkerungsschichten vor. Darin heißt es: "Das Eigentum, das die Deutschen den einzelnen Bürgern, Bauern, Kaufleuten, Handwerkern, den kleinen und mittleren Unternehmern, den Organisationen und der Kirche geraubt haben, wird den rechtmäßigen Eigentümern zurückerstattet. Die deutschen Güter werden konfisziert. Den Juden, die die Okkupanten bestialisch absrotten wollten, wird der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie die rechtliche und faktische Gleichberechtigung gesichert."<sup>4</sup>

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei, das am 6. und 7. Februar 1945 in Warschau tagte, sprach der Industrieminister Hilary Minc von drei Eigentumsformen in der Wirtschaft Polens: der kleinen Warenproduktion, dem Privatkapitalismus und dem Staatskapitalismus. Das war mehr eine allgemeine Systematisierung der oben beschriebenen Eigentumsformen, die weniger die formalrechtlichen als vielmehr die sozialökonomischen Voraussetzungen als Kriterien annahm. Die unbestreitbare Tatsache der neuen Machtverhältnisse bedeutet nicht, daß die Prinzipien der Volksmacht von Anfang an bei allen Handlungen des neuen Staates entschlossen angewandt werden konnten. Im Gegenteil, der Klassenkampf, vor allem die Obstruktionspolitik der in die Organe der Staatsmacht eingeschleusten reaktionären Elemente, besonders in der ersten Phase des Aufbaus des Apparats der Volksmacht, nahm auf die Wahl neuer Mittel und Methoden einen hemmenden Einfluß in den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens mit unterschiedlicher Stärke.

Die Organisationsformen der staatlichen Industrie stützten sich in den Jahren 1944 und 1945 in großem Maße auf die Vorkriegsgesetzgebung. Es gelang noch nicht, ein auf ökonomische Prinzipien gestütztes System für die staatliche zentrale Leitung des volkseigenen Sektors der Industrie auszuarbeiten. Das Kreditsystem verband zwar die Unternehmungen mit dem Staatshaushalt, aber die wesentlichen Entscheidungen auf dem Gebiet der Wirtschaft kamen in hohem Grade noch sehr zufällig zustande. Die Arbeiterklasse mußte es erst lernen, ihre Betriebe, ihre Wirtschaft selbst zu leiten.

Selbst die Tatsache, daß Zentralverwaltungen errichtet wurden, die nacheinander im ersten Halbjahr 1945 entstanden, präjudizierte noch nicht den sozialistischen Charakter des staatlichen Eigentums in der Industrie. Die Zentralverwaltungen waren anfangs nur Behörden, die die Funktion von Abteilungen des Industrieministeriums wahrnahmen, und in ihren Kompetenzen verbanden sich die Rechte der Aufsichtsräte der ehemaligen Konzerne und staatlichen Vorkriegsunternehmen und die Organisationen dieser Betriebe.<sup>5</sup> Von dem geschickten

z. B. Markiewicz, Władysław, Społeczne problemy uprzemysłowienia (Soziale Probleme der Industrialisierung), Poznań 1962.

3 Archiwum Akt Nowych w Warszawie (im folgenden: AAN), 601, Notiz für den Industrieminister, Hilary Minc, über die Arbeit der Operativgruppen.

4 Manifest PKWN, PPR. Rezolucje, odezwy, instrukcje i okólniki Komitetu Centralnego. VIII. 1944 - XII. 1945, Warschau 1959, S. 249 f.

5 Die Tätigkeit der staatlichen Unternehmungen in den Jahren 1944 - 1946 stützte sich auf die Verordnung des Präsidenten der Republik vom 17. 3. 1927 über die Aussonderung der staatlichen Industrie-, Handels- und Montanunternehmungen aus der staatlichen Verwal-

Vorgehen der reaktionären Kräfte, die mit allen Mitteln den Nationalisierungsprozeß verhindern und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wiederherstellen wollten und dafür die organisatorische Schwäche des staatlichen Sektors in dieser Zeit sowie den Mangel an staatlicher Kontrolle über die Gesamtheit der Wirtschaft ausnutzten, zeugt das Wiederaufleben der Tätigkeit einiger Vorkriegskartellorganisationen.

Doch die politische Macht im Lande ruhte in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der Polnischen Arbeiterpartei, das heißt jener Kräfte, die zur Verwirklichung des Programms der gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung des Sozialismus drängten. Infolgedessen unterlagen diese organisatorischen Formen einer Umgestaltung und nahmen einen anderen Charakter an als den, der ihnen unter kapitalistischen Bedingungen eigen gewesen war.

Ein wichtiger Fortschritt bei dieser Umgestaltung war das Gesetz vom 3. Januar 1946 zur Überführung der grundlegenden Zweige der Volkswirtschaft in Staatseigentum. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Das Ziel ist die Herstellung der Grundlagen für einen planmäßigen Aufbau der Volkswirtschaft, für eine Sicherung der wirtschaftlichen Souveränität des Staates und für eine Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards.
2. Die Verstaatlichung erfolgt auf Grund folgender Kriterien, die den Gegenstand und den Inhaber des Eigentums betreffen:
  - a) Bestimmte Branchen - hier werden in dem Gesetz siebzehn Industriezweige aufgeführt -, in denen alle Unternehmungen in Staatseigentum übergehen;
  - b) die Kapazität von mehr als fünfzig Beschäftigten je Schicht (wobei Ausnahmen zugelassen sind);
  - c) Eigentum des Deutschen Reiches und der ehemaligen Freien Stadt Danzig, ihrer Bürger (ausgenommen Personen polnischer Nationalität), von Rechtspersonen und Gesellschaften, die durch deutsche oder Danziger Bürger kontrolliert wurden, sowie von Personen, die zum Feinde übergegangen sind. Aus dem Bereich dieses Personenkreises geht das Eigentumsrecht ohne Ausnahme an den polnischen Staat über und berührt einen großen Sachbereich: Industrie, Bergbau, Verkehrswesen, Banken, Versicherungen und Handel.
3. Entschädigung für die übernommenen Vermögen kann nur solchen Eigentümern gewährt werden, deren Unternehmungen auf Grund ihrer Produktionsart oder der Beschäftigtenzahl verstaatlicht werden. Eine Entschädigung für die Verstaatlichung der Unternehmungen steht jedoch nicht dem Deutschen Reich, der ehemaligen Freien Stadt Danzig sowie ihren Bürgern, Rechtspersonen usw. zu. Die Entschädigung muß innerhalb eines Jahres gezahlt werden, gerechnet von dem Tage, an dem dem Eigentümer die rechtmäßige Festsetzung der Höhe dieser Entschädigung bekanntgegeben wurde. Grundsätzlich soll die Entschädigung in Form von Wertpapieren erfolgen, und nur in wirtschaftlich begründeten Ausnahmefällen kann die Entschädigung in bar oder in anderen Werten gewährt werden.
4. Als Termin für die Beendigung der Regulierung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie, und besonders für die Entlassung der nicht der Verstaatlichung unterliegenden Unternehmungen aus der Staatlichen Verwaltung und ihre Rückgabe an die Eigentümer, wird zunächst der 31. Dezember festgelegt. Später wird diese Frist bis zum Jahre 1948 verlängert.

tung und ihre Kommerzialisierung. Vgl. AAN, Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego (PKWN) VIII/2, Notiz des Rechtsbüros des Finanzministeriums betreffend das Projekt eines Dekrets über die Schaffung staatlicher Unternehmungen, Dezember 1945. - Die neue Rolle der Zentralverwaltungen wurde durch das Gesetz vom 3. 1. 1947 über die Schaffung der staatlichen Unternehmungen bestimmt.



Das Gesetz war ein grundlegender Rechtsakt, der die Eigentumsverhältnisse in der Industrie Volkspolens regelte. Seine praktische Durchführung machte jedoch noch viele zusätzliche Gesetze und Entscheidungen, vor allem in Form von Ausführungsbestimmungen, erforderlich, um in Realisierung der Gesetze auch wirkliche Veränderungen in dem realen Besitzstand des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Sektors eintreten zu lassen.

Deshalb eröffnete sich nach Abschluß der ersten Etappe des Verstaatlichungsprozesses auf der legislativen Ebene - Ausgangspunkt waren die Entscheidungen, die meist vollendete Tatsachen bestätigten - bereits eine zweite Etappe. Diese Etappe war oft nicht weniger mühevoll und konfliktreich und betraf die Ordnung der Rechtsnormen für die Eigentumsverhältnisse in der Industrie und in weiterer Perspektive die Entwicklung neuer sozialistischer Formen der Leitung der Industrie.

Die zweite Etappe: Januar bis August 1946. Die Annahme des Gesetzes über die Verstaatlichung der grundlegenden Industriezweige führte im ersten Halbjahr 1946 zu einem allgemeinen Nachlassen der politischen Spannungen. Im Wirtschaftsleben war dies im größten Teil des Landes die Zeit des Übergangs von den chaotischen Zuständen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu normaleren, wenn auch noch nicht stabilisierten Arbeitsmethoden. Es war vorauszusehen, daß das Gesetz einer der Faktoren dieser Normalisierung werden würde, die für den wirtschaftlichen Aufbau notwendig war. Die verschiedenen gesellschaftlichen Organe, die damals das wirtschaftliche Leben Polens lenkten, behandelten das Gesetz als Ausgangspunkt für den Aufbau einer auf drei Sektoren beruhenden Wirtschaft. Für das Genossenschaftswesen bedeutete das Gesetz die Perspektive zur Erweiterung seines Bereiches und Besitzstandes, was nicht ohne Einfluß auf die Milderung der Differenzen innerhalb der Genossenschaftsbewegung blieb. Die privaten Unternehmer, insbesondere diejenigen, die sich durch realistisches Denken und durch eine realistische Einschätzung der Lage auszeichneten, wurden von der Hoffnung belebt, Unternehmungen von weniger als fünfzig Mann Belegschaft behalten zu können, soweit diese nicht zu Industriezweigen gehörten, die für die Wirtschaft und Versorgung des Landes vorrangige Bedeutung besaßen. Sie erkannten auch die Möglichkeiten, diese Grenzen in denjenigen Industriezweigen zu erhöhen, die keine Gegenstände für den allgemeinen Bedarf herstellten, wenig mechanisiert waren oder auf irgendwelchen Gebieten Pionierarbeit leisteten. Der Industrieminister Hilary Minc und der damalige Direktor der Wirtschaftsabteilung des Industrieministeriums, Eugeniusz Szyr, führten mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern Aussprachen durch, in denen sie ihnen ihre Mitwirkung an der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz versprochen. In Verbindung damit war eine Aktivierung der Selbstverwaltungstätigkeit der Industrie- und Handelskammern festzustellen, insbesondere das Bestreben nach Bildung einer gesamtpolnischen Vertretung dieser Selbstverwaltungseinrichtung.

Die staatlichen Wirtschaftszentren, insbesondere das Zentrale Planungsamt, verbanden mit der Stabilisierung der Dreisektorenwirtschaft die Absicht, Wirtschaftspläne einzuführen.<sup>6</sup>

6 Die Entwicklung der Planung in Polen nach dem zweiten Weltkrieg ist ein besonderer, wenn auch mit der Verstaatlichung der Industrie eng verbundener Prozeß. In der Zeit von der Entstehung Volkspolens im Juli 1944 bis zum April 1946 entwickelte sich das Wirtschaftsleben unter dem überwiegenden Einfluß der Kriegsfolgen. Vgl. hierzu AAN, Komitet Ekonomiczny Rady Ministrów (im folgenden: KERM) 39/99/46; vgl. auch Jędruszczak, Hanna, Niektóre zagadnienia sytuacji gospodarczej Polski w latach 1945 - 1949 (Einige Probleme der wirtschaftlichen Situation Polens in den Jahren 1945 - 1949), in: Kwartalnik Historyczny, H. 2/1964; AAN, KERM 1, Protokoll der Sitzung des Präsidiums des KERM vom 19. 10. 1945.

Der erste Schritt in der Entwicklung der Planung war die Einführung eines Investitionsplanes für die drei letzten Quartale des Jahres 1946. Darüber hinaus arbeitete das Zentrale Planungsamt im Einverständnis mit den Ministerien für Industrie, Handel und Versorgung einen Plan für die Produktion, den Export und die Verteilung der wichtigsten Rohstoffe und Waren aus.

Ein weiterer Schritt war der Beginn der Arbeiten an dem Dreijahresplan für die Jahre 1947 bis 1949.<sup>7</sup>

In Ausführung der Verordnungen zum Gesetz vom 3. Januar 1946 wurde eine Hauptkommission für Fragen der Verstaatlichung berufen, und es wurden ihre Zusammensetzung, ihr Tätigkeitsgebiet und ihr Charakter als ein nicht der Regierung unterstehendes richterliches Organ bestimmt. Im Lande wurden Wojewodschaftskommissionen gebildet. Zu ihrem Kompetenzbereich gehörten alle diejenigen Unternehmungen, die ohne Entschädigung in Staatseigentum überführt werden sollten, das heißt deutsche Unternehmungen laut Artikel 2 des Gesetzes. Ausgenommen waren alle Betriebe, die zu den im Gesetz aufgeführten siebzehn Schlüsselzweigen der Industrie gehörten und ohne Rücksicht auf ihre Größe der Verstaatlichung unterlagen. Darüber hinaus entschieden die Wojewodschaftskommissionen über die Verstaatlichung von Unternehmungen mit über fünfzig Mann Belegschaft, die zu keiner Schlüsselindustrie gehörten.

Die Hauptkommission führte die Verstaatlichungsverfahren der übrigen Unternehmungen durch, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Entschädigung erfolgten, und untersuchte als zweite Instanz Berufungen gegen die Entscheidungen der Wojewodschaftskommissionen.<sup>8</sup> An der Spitze der Hauptkommission stand Professor Dr. Leon Kurowski, sein Stellvertreter war Dr. Jan Topiński. Einen entscheidenden Einfluß besaßen in der Hauptkommission die interessierten Ministerien, vor allem der Industrieminister, der als Vorsitzender des Ökonomischen Komitees des Ministerrates den Vorsitzenden der Kommission berief und einen Vertreter als Mitglied stellte. Das Zentrale Planungsamt hatte in der Hauptkommission, ähnlich wie im gesamten Verstaatlichungsprozeß, vor allem Koordinierungsfunktionen zu erfüllen. Die Anträge auf Einleitung eines Verstaatlichungsverfahrens stellten die Ministerien, vor allem die Ministerien für Industrie, Verkehr, Handel und Versorgung, und auf den unteren Ebenen die Zentralverwaltungen für Industrie, die Direktion für örtliche Industrie und die Industrieabteilungen der Wojewodschaftsämtler. Mit der Veröffentlichung von Listenderjenigen Betriebe, die der Verstaatlichung unterlagen, wurde im September 1946 begonnen.

Die Zeit von Januar bis September, die wir hier besprochen haben, kann man als Übergangsetappe zwischen dem Erlaß des Gesetzes vom 3. Januar 1946 und dem Übergang zu seiner entschiedenen und konsequenten Realisierung Ende 1946 ansehen. Eine solche Etappe war erforderlich, weil das Gesetz festlegte, daß die bisher nur auf der wirtschaftsorganisatorischen Ebene geregelten Fragen auf der wirtschaftsrechtlichen Ebene entschieden werden mußten. Unter diesem Aspekt waren irgendwelche Strukturveränderungen abhängig von der Ausgabe entsprechender, im Gesetz vorgesehener Durchführungsbestimmungen, und vor allem von der Einleitung von Exekutivmaßnahmen. Solange diese nicht erfolgten, war praktisch noch nichts entschieden, was den rechtlichen Charakter betrifft. Die bekannte Wahr-

7 Vgl. AAN, CUP 2872, Thesen des Dreijahresplanes vom 5. 6. 1946; Jędruszczak, Hanna, Dokumenty o Planie 3-letnim (Dokumente über den Dreijahresplan), in: Polska Ludowa H. 2/1963; Archiwum Zakładu Historii Partii, 235/XV-25, Bericht über die Sitzung des Wirtschaftsrats der PPS vom 16. 1. 1946.

8 Anordnungen des Vorsitzenden der Hauptkommission für Verstaatlichung vom 30. 10. und 6. 11. 1946.

heit, daß nicht der Buchstabe des Gesetzes entscheidet, sondern seine Verwirklichung, fand hier ihre volle Bestätigung. Nicht ohne Bedeutung war auch die Tatsache, daß sich die Entwicklungswege der polnischen Wirtschaft im Sinne der Annahme und Durchführung eines bestimmten Modells der Planwirtschaft damals noch nicht endgültig herauskristallisiert hatten. Über diese Frage, wie auch über die Realisierung des Gesetzes, seinen Bereich und seine praktische Durchführung, entbrannten viele Diskussionen.

Diese Etappe schließt mit der Annahme des Dreijahresplanes auf der XI. Sitzung des Landesnationalrates ab. Seine Bedeutung wurde in der Entschließung des Plenums des ZK der PPR vom 18. September 1946 besonders hervorgehoben. Gleichzeitig wurde Anfang September mit der praktischen Realisierung der Verstaatlichung begonnen. So ist also der September 1946 in der Geschichte der revolutionären Umwälzungen in Polen nach dem zweiten Weltkrieg ein besonderer Zeitpunkt, vor allem deshalb, weil damals der erste Beschluß über einen langfristigen Wirtschaftsplan gefaßt wurde. Die Hauptvoraussetzung für eine genauere Bearbeitung des Planes - die in dem folgenden Halbjahr erfolgte - und auch für seine Realisierung war die Festlegung der Bereiche des staatlichen, des genossenschaftlichen und des privaten Sektors.

Die dritte Etappe: September 1946 bis Dezember 1948. Der langanhaltende und strenge Winter um die Jahreswende 1946/47 brachte viele Schwierigkeiten mit sich, die in den ersten Monaten 1947 und mit voller Schärfe im zweiten Quartal des Jahres auftraten und das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes bedrohten. In der Industrie trat in den letzten Monaten des Jahres 1946 ein Absinken der Produktion ein, die bisher im Maße der Inbetriebnahme stillliegender Betriebe angestiegen war. Dieser Abfall wurde zwar im Januar 1947 gehemmt, doch das Tempo des industriellen Produktionszuwachses verlangsamte sich bedeutend. Ursache hierfür war der Rohstoffmangel. Die Häfen waren im Winter 1947 vereist, und die Überseimporte stoppten. Die durch verringerte Kohlenförderung bedingten Transportschwierigkeiten schränkten die Produktion vieler Fabriken ein. Der Fortschritt der Produktion, die sich dem Vorkriegsstand näherte, stieß auf Hindernisse. Diese hatten ihre Wurzel in Rückständen bei der Realisierung der im Plan vorgesehenen Investitionsvorhaben, vor allem aber in der Defizitwirtschaft der staatlichen Unternehmungen. Das Defizit wiederum stammte unter anderem aus der großen und ständig wachsenden Differenz zwischen den Handelspreisen, den freien Marktpreisen und den offiziellen Festpreisen. Das Warenangebot ging zurück, und die Preise stiegen an, und zwar sowohl die staatlichen Preise für Industriewaren als auch die privaten Preise auf dem freien Markt, vor allem für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Alle diese Erscheinungen wirkten sich negativ auf die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung aus. Von September 1946 bis Mitte 1947 hielt das Sinken der Reallöhne für die im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor beschäftigten Werktätigen an. Das führte zu einem Sinken der Arbeitsproduktivität. Anfang 1947 sank der Produktionsindex je Beschäftigten in der Energiewirtschaft, in der Kohlen-, Holz- und Baumaterialienindustrie, also in denjenigen Industriezweigen, die für den Ausbau der Industrie und den Aufbau des ganzen Landes von ausschlaggebender Bedeutung waren.

In dieser Situation begann die Politik des Staates auf eine Erweiterung des staatlichen Kontrollbereichs über das Wirtschaftsleben und auf einen quantitativen und qualitativen Ausbau der wirtschaftlichen Leitungsfunktionen des Staates Kurs zu nehmen. Einer ganzen Reihe von Entscheidungen, die diesem Ziel dienten, lag die Überzeugung zugrunde, daß dies das einzige erfolgreiche Mittel war, um einer Erschütterung des wirtschaftlichen Gleichgewichts vorzubeugen, der Gefahr der Inflation ein Ende zu setzen und ein regelmäßiges Wachstum der Produktion sowie die planmäßige Wirtschaftsentwicklung des ganzen Landes zu sichern.

Die Monate September und Dezember 1946 und März 1947 waren Phasen der Intensivierung des Verstaatlichungsverlaufs. In der Zeit von September 1946 bis März 1947 wurden vor der Hauptkommission die Verfahren zur Verstaatlichung von 2804 Betrieben eingeleitet.

Die verstaatlichten Unternehmen gingen hauptsächlich in das Eigentum zweier Ressorts über: des Industrieministeriums und des Ministeriums für Information und Propaganda. Offensichtlich waren Rang und Funktion des von diesen beiden Ministerien übernommenen Eigentums nicht gleichartig. Das Ministerium für Information und Propaganda übernahm fast ausschließlich Druckereien, die oft kleine, halb handwerkliche Betriebe waren, während das Industrieministerium die Schlüsselstellungen der Industrie erhielt und alle großen und mittleren Betriebe übernahm. Die festgestellte Zahl von Unternehmungen, gegen die Verfahren zwecks Verstaatlichung durch die Hauptkommission eingeleitet wurden, betraf Betriebe, die auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 3. Januar 1946 in das Eigentum des Staates übergingen, das heißt deutsche Unternehmungen, die unabhängig von der Betriebsgröße entschädigungslos enteignet wurden, sowie polnischen oder ausländischen Personen gehörende Unternehmungen, die gegen Entschädigung enteignet wurden und zu den Schlüsselzweigen der Industrie gehörten. Die Proportion dieser beiden Gruppen war im Prinzip gleichwertig: Den 1334 deutschen Unternehmungen standen in den Jahren 1946 und 1947 1470 gegen Entschädigung übernommene Betriebe der Schlüsselindustrien gegenüber.<sup>9</sup>

Bis zum 31. März 1947 wurde insgesamt gegen 7300 Betriebe das Verfahren zur Verstaatlichung eingeleitet. Von dieser großen Anzahl von Unternehmungen wurden bis Ende 1948 5870 Betriebe auf dem Wege endgültiger Verfügungen der Minister verstaatlicht.

Der überwiegende Teil der Unternehmungen wurde im Jahre 1948 verstaatlicht. In vielen Fällen wurde dadurch ein schon lange bestehender realer Zustand, nämlich die ökonomische Verfügungsgewalt des Staates über diese Betriebe, formell bestätigt. In den Jahren 1947 und 1948 wurde bei 5870 Unternehmungen die Verstaatlichung abgeschlossen. Doch hatte der Prozeß der Verstaatlichung der Industrie in den Jahren 1947 und 1948 nicht ausschließlich formalrechtlichen Charakter. Er bedeutete gleichzeitig die Ausdehnung der Sphäre des staatlichen Sektors, der 1946 6005 mittlere und große Betriebe umfaßte und über 200 000 Arbeiter beschäftigte.<sup>10</sup> Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Mehrzahl der verstaatlichten Unternehmungen aus mehreren Betrieben bestand. Wenn wir also den Vergleich auf der Basis der Betriebe durchführen würden, dann würde die Vergrößerung des Bereichs des staatlichen Sektors, die 1947 im Vergleich zu den Vorjahren eingetreten war, noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

Eine erste und annähernde Schätzung der Zahl der Unternehmungen, die den territorialen Selbstverwaltungen übergeben wurden, zeigt, daß in den Jahren 1947 und 1948 21 Unternehmen (Straßenbahnen, Unternehmungen von öffentlichem Nutzen) den Selbstverwaltungen übergeben wurden. Das ist eine äußerst geringe Anzahl, wenn man berücksichtigt, daß der Verstaatlichung viele städtische und dörfliche Unternehmungen unterlagen, die für die Städte und Gemeinden wichtige Einnahmequellen bildeten, zum Beispiel auf dem Gebiet der Elek-

9 Vgl. AAN, IPH 802, Entwürfe der Verordnungen des Ministerrats über die besonderen Prinzipien bei der Berechnung der Entschädigungen und über die Entschädigungskommissionen, ausgearbeitet von der Krakauer Industrie- und Handelskammer, 19. 8. 1946.

10 Statystyka zakładów przemysłowych i rzemieślniczych. Na podstawie zgłoszeń w sprawie nabycia kart rejestracyjnych 1946 (Statistik der Industrie- und Handwerksbetriebe. Auf der Grundlage der Anmeldungen zum Erwerb von Registrierungskarten im Jahre 1946), in: Statystyka Polski, Serie D, Heft 5/1948.

troenergie. Im Genossenschaftssektor war die Regelung des Besitzstandes erst nach Abschluß der Reorganisierung der Genossenschaftsbewegung, das heißt nach Gründung des Zentralen Genossenschaftsverbandes, beendet. In den Jahren 1945 bis 1948 entwickelte sich das Genossenschaftswesen vor allem in Form des zahlenmäßigen Wachstums der Einzelverkaufsstellen. Auf das Gebiet der industriellen Produktion nahm die Genossenschaftsbewegung erst im Jahre 1948 größeren Einfluß. Ende dieses Jahres betrug die Gesamtzahl der "Gegenseitigen Bauernhilfe" (Samopomoc Chłopska) gehörenden Industriebetriebe 3116.

Gleichzeitig mit der Regulierung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie erfolgte, in Verbindung mit der Anfang Mai 1947 begonnenen "Schlacht um den Handel", eine weitere Ausdehnung des staatlichen Sektors auf die Schlüsselpositionen des Groß- und Einzelhandels. Dies hing offensichtlich mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes zusammen, mit dem Bestreben, ein Ansteigen der Preise zu verhindern. Und tatsächlich gelang es im zweiten Halbjahr 1947 durch Eingriffe großen Maßstabs, durch Preiskontrollen, durch Festlegung der Handelsgewinne, durch Entwicklung eines staatlichen Einzelhandels und dank eines großen Überschusses des Warenimportes, das Steigen der Preise zu stoppen, das seit 1945 angedauert hatte. Begünstigt wurde dies durch eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1947. Die andere Seite dieses Aspektes, die man nicht übersehen darf, besteht darin, daß in dieser Zeit wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung eines zentralisierten Systems der sozialistischen Wirtschaft geschaffen wurden.

Am 18. und 19. Februar 1948 fand eine Diskussion der führenden politischen und Wirtschaftsfunktionäre der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna) und der PPR statt, die sich mit den Planungsmethoden in Polen beschäftigte. In der Diskussion, die durch Referate von Tadeusz Dietrich und Hilary Minc eingeleitet wurde, herrschte ein kritischer Ton gegenüber den vom Zentralen Planungsamt angewandten Planungsmethoden vor. Gegenstand des Angriffes war - außer methodischen Problemen - vor allem das Primat der Konsumtion gegenüber der Produktion, wie man es damals formulierte. Nach Einschätzung einiger Diskussionsteilnehmer war dies eine falsche Grundlage des Dreijahresplanes und entscheidend für die Unwirksamkeit der vom Zentralen Planungsamt ausgearbeiteten Planprinzipien. Es wurde gefordert, der Planung den Produktionsplan zugrundezulegen und den Plan des Nationaleinkommens in enger Verbindung mit der Erfüllung des Produktionsplanes zu behandeln.<sup>11</sup>

Die Kritik an den vom Zentralen Planungsamt angewandten Planungsmethoden war nur der Ausdruck der in der öffentlichen Diskussion geäußerten Stimmungen. Es ging namentlich um den Unterschied zwischen der dezentralisierten Methode der Planung, die vor allem ökonomische und soziale Mittel in der Wirtschaftspolitik berücksichtigte, die sich auf ein nicht zu hohes Maß an Investitionen und eine relative Autonomie des gesellschaftlichen und privaten Sektors stützte, und der Konzeption einer zentralisierten Planung, die vor allem gesetzlich administrative Mittel zur Regulierung der Wirtschaft anwandte und sich auf einen hohen Investitionsgrad und eine weitgespannte Kontrolle des Staates über die drei Wirtschaftssektoren und fast alle Erscheinungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens des Landes stützte. Die rechtlichen und organisatorischen Formen eines zentralisierten Wirtschaftsmodells wurden durch das Gesetz vom 10. Februar 1949 über die Veränderungen in der Organisation der obersten Volkswirtschafts-

11 Minc, Hilary, O właściwe metody planowania w Polsce (Über geeignete Planungsmethoden in Polen), in: Nowe Drogi, Nr. 8/1948.

behörden geschaffen.<sup>12</sup> Dieses Gesetz verfügte die Auflösung des Zentralen Planungsamtes und berief an seine Stelle die Staatliche Kommission für Wirtschaftsplanung. Anstelle des Ministeriums für Industrie und Handel wurde eine Reihe von spezialisierten Branchen-Industrieministerien geschaffen, die besondere Handelszentralen besaßen.

Diese Veränderungen des Wirtschaftsmodells waren ein Element gesellschaftlicher Veränderungen, die um die Wende der vierziger Jahre nicht nur in Polen, sondern in allen Ländern der Volksdemokratie vor sich gingen.

Betrachten wir diese Veränderungen auf der wirtschaftlichen Ebene, so können wir feststellen, daß sie in Polen den Abschluß der Verstaatlichung der Industrie in den Jahren 1944 bis 1948 bildeten.

(Übersetzt von F. -H. Gentzen)

12 Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej (Gesetzblatt der Republik Polen), Nr. 7/1949, Pos. 43.

## Strukturwandlungen in der Weltzuckerwirtschaft seit 1960

von Gerhard B. Hagelberg

In der langen und bewegten Geschichte der Weltzuckerwirtschaft bildet das letzte Jahrzehnt ein ereignisreiches Kapitel. Weitgehende technologische Neuerungen in den Agrar-, Industrie- und Transportsektoren des Zuckerkomplexes, zunehmende Verschiebungen in der Verbrauchsweise, Konkurrenz seitens nichtkalorischer synthetischer sowie kalorischer, aus Stärke erzeugter Süßstoffe, eine grundlegende Umschichtung des internationalen Handels, die Bildung des EWG-Zuckermarktes, ein Wechsel in der Rangordnung der Spitzenerzeuger und der Zutritt neuer Produzenten - das sind einige der Hauptposten in der Zukerbilanz der sechziger Jahre. Davon sollen hier zunächst bestimmte Veränderungen im Weltzuckerhandel mit ihren Ursachen und Folgen behandelt werden.

Unmittelbarer Anlaß der massiven Marktverschiebungen in diesem Jahrzehnt war Mitte 1960 Washingtons Versuch, die kubanische Revolution durch Annullierung der Zuckereinfuhren aus Kuba zu erdrosseln. In den letzten vier Jahren vor der Einfuhrsperre stellte Kuba durchschnittlich jährlich rund 3 Millionen Tonnen<sup>+</sup> (Rohwert) gleich 73,2 Prozent der USA-Zuckerimporte aus Drittländern und deckte über ein Drittel des gesamten Festlandbedarfs.<sup>1</sup> Die amerikanischen Zuckerimporte aus Drittländern stiegen von durchschnittlich 2,7 Millionen Tonnen in den Jahren 1934/38 auf 3,5 Millionen Tonnen 1951/55 und auf 4,2 Millionen Tonnen 1956/60. Ihr Anteil am gesamten Verbrauch der Vereinigten Staaten betrug 44,8, 46,3 und 50,2 Prozent in den genannten Perioden. Davon lieferte Kuba 1934/38 durchschnittlich jährlich 1,8 Millionen Tonnen bzw. 65,6 Prozent der Einfuhren aus Drittländern und 1951/55 rund 2,6 Millionen Tonnen bzw. 74,6 Prozent.<sup>2</sup> Somit bedeuteten die oben erwähnten kubanischen Lieferungen 1956/59 wohl eine absolute Erhöhung, aber in bezug auf die Importe eine relative Verringerung im Vergleich zur vorhergehenden Periode. Verhältnismäßig lagen sie auch unter dem kubanischen Anteil am US-Markt vor der Weltwirtschaftskrise. In den zwanziger Jahren - vor dem Aufbau der modernen philippinischen Zuckerindustrie - deckte Kuba allein über die Hälfte der amerikanischen Zuckerkonsumtion.<sup>3</sup>

+ Alle Angaben in diesem Beitrag sind in metrischen Tonnen.

1 The World Sugar Economy: Structure and Policies (im folgenden: World Sugar Economy), Bd. 1: National Sugar Economies and Policies, hg. v. International Sugar Council, London 1963, S. 111. - Unter "USA-Festland" sind die in Nordamerika liegenden Bundesstaaten zu verstehen. Eine weitere Kategorie bilden für zuckerstatistische Zwecke die "offshore areas", dazu gehören der Bundesstaat Hawaii, der sogenannte assoziierte Freistaat Puerto Rico und ein Teil der westindischen Jungferninselgruppe. Alle anderen Länder, einschließlich der Philippinen, werden als Drittländer bezeichnet.

2 Ebenda.

3 Sugar Statistics and Data Compiled in the Administration of the U. S. Sugar Acts, Statistical Bulletin, Nr. 214, hg. v. U. S. Department of Agriculture, Juli 1957, Washington (D. C.), S. 199 - 200.

Ein wesentlicher Grund für Kubas Vorzugsstellung auf dem amerikanischen Markt war die starke US-Kapitalbeteiligung an den kubanischen Zuckerfabriken und Zuckerrohrplantagen sowie die Privilegien, die amerikanische Exporteure auf dem kubanischen Markt als Gegenleistung genossen. Aus Drittländern wurden 1957 für 458 Millionen Dollar Zucker in die USA eingeführt. 357 Millionen Dollar davon wurden für Importe aus Lateinamerika, hauptsächlich aus Kuba, verausgabt. Offiziellen amerikanischen Angaben zufolge entfielen von dem Wert der Gesamtimporte 155 Millionen Dollar auf die Produktion US-eigener Zuckerfabriken, davon 152 Millionen Dollar auf solche in Lateinamerika.<sup>4</sup> Im gleichen Jahr wird der Stand der direkten US-Investitionen in ausländischen Agrarindustrien mit 680 Millionen Dollar angegeben. Davon waren 334 Millionen Dollar in der Zuckerindustrie angelegt, wiederum fast ausschließlich (328 Millionen Dollar) in der Lateinamerikas.<sup>5</sup> Angesichts der späteren Auseinandersetzungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten ist jedoch zu bemerken, daß sich die amerikanischen Investitionen in der kubanischen Zuckerindustrie seit Ende der zwanziger Jahre fortschreitend verringert hatten im Gegensatz zu den wachsenden Anlagen in anderen Zweigen.<sup>6</sup> Der Anteil der US-eigenen Zuckerfabriken an der kubanischen Produktion fiel von fast zwei Dritteln in den zwanziger Jahren auf 55 Prozent 1939, 43 Prozent 1952 und etwa 40 Prozent 1954 bis 1955. Zwischen 1934 und 1951 wurden 32 US-eigene Zuckermühlen an kubanische Kapitalisten für 35,2 Millionen Dollar verkauft. Weitere Betriebe gingen während der fünfziger Jahre in kubanische Hände über. Infolgedessen konzentrierte sich das amerikanische Kapital auf die leistungsfähigsten Anlagen, was aus der Tatsache hervorgeht, daß 1954 bis 1955 auf 39 US-eigene Mühlen 39 bis 40 Prozent der Produktion entfielen, während 118 kubanische Fabriken 59 bis 60 Prozent erzeugten.<sup>7</sup> Dieser Rückgang der direkten US-Kapitalbeteiligung an der kubanischen Zuckerproduktion deckt sich mit der bereits erwähnten relativen Abnahme des kubanischen Lieferanteils für den amerikanischen Zuckerkonsum gegenüber den zwanziger Jahren. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die neueste kubanische Zuckerfabrik aus dem Jahre 1927 stammt.<sup>8</sup> Obgleich die US-eigenen Fabriken fortwährend einen Teil ihrer Ausrüstungen erneuert hatten, waren die Investitionen 1960 wohl weitgehend abgeschrieben.

Die amerikanische Regierung wählte einen für sie günstigen Zeitpunkt, um die Zuckerimporte aus Kuba einzustellen. Die Weltvorräte an zentrifugiertem Zucker waren zwischen Ende 1956 und dem 31. Dezember 1959 von 12,7 Millionen Tonnen auf 19,7 Millionen Tonnen (Rohwert) angeschwollen, und es war für 1960 mit einem weiteren erheblichen Zuwachs zu rechnen.<sup>9</sup> Obgleich rund 2 Millionen Tonnen dieser Erhöhung allein auf die UdSSR entfielen, hatten auch die Vorräte der möglichen Ersatzlieferanten wie Mexiko, Brasilien,

4 Pizer, Samuel/Cutler, Frederick, U. S. Business Investments in Foreign Countries, hg. v. U. S. Department of Commerce, Washington (D. C.) 1960, S. 114.

5 Ebenda, S. 94.

6 Ebenda, S. 90 u. 92; dieselben, U. S. Investments in the Latin American Economy, hg. v. U. S. Department of Commerce, Washington (D. C.) 1957, S. 175.

7 Investment in Cuba, hg. v. U. S. Department of Commerce, Washington (D. C.) 1956, S. 37.

8 Anuario azucarero de Cuba 1960 (Zuckerjahrbuch Kubas), hg. v. Ministerio del Comercio Exterior, Havanna o. J. - Eine dieser Quelle entnommene Liste der kubanischen Zuckerzentralen mit ihren Gründungsjahren ist zu finden bei Bleckert, Heinz, Beiträge zur ökonomischen Geographie der Republik Kuba (zweiter Teil), in: Petermanns Geographische Mitteilungen, Gotha/Leipzig, H. 2/1966, S. 120 - 123.

9 World Sugar Economy, Bd. 2: The World Picture, London 1963, S. 340 f. - Etwas abweichende Angaben sind in den "Sugar Year Books" des ISC zu finden, was die statistischen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet bezeugt, aber die hier angeführte Tendenz nicht widerlegt.



Australien usw. beträchtlich zugenommen. Andererseits schien sich Kuba insofern in einer labilen Lage zu befinden, als seine Vorräte gleichfalls gefährlich angestiegen waren.

Unter diesen Umständen gelang es den USA leichter als viele erwartet hatten, die kubanischen Zuckerlieferungen zu ersetzen. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, konnte die enorme Menge von jährlich 3 Millionen Tonnen – damals etwa ein Siebtel der gesamten Weltausfuhren<sup>10</sup> – auf eine größere Anzahl von Produzenten verteilt werden, die vorher meist gar nicht oder nur sehr gering am USA-Markt beteiligt waren. Dabei erhielten vor allem mehrere mittel- und südamerikanische Länder sowie Australien ab 1960 erhebliche Quoten. Mexikos Zuckerexporte nach den Vereinigten Staaten zum Beispiel stiegen im Vergleich zum Durchschnitt von 1955 bis 1959 auf etwa das Elfache in den Jahren 1963 bis 1967, die der Dominikanischen Republik auf das Achtfache und die Perus auf das Vierfache.

Neue Lieferanten anzuwerben, war auch insofern einfach, als die Preise, zu denen die USA Zucker einführen, in normalen Zeiten wesentlich über dem Kurs des sogenannten Freien Zuckerweltmarktes liegen.<sup>11</sup> So bestand der notwendige Anreiz für die neuen Lieferanten, mit ihren Vorräten für das frühere kubanische Kontingent einzuspringen, gleichzeitig aber auch sich langfristig für die Deckung des amerikanischen Bedarfs einzusetzen, entweder durch schnelle Produktionssteigerungen oder auf Kosten anderer Abnehmer, die niedrigere Preise zahlten. Tatsächlich wurden alle drei Möglichkeiten genutzt. Zwischen 1959 und 1962 verringerten sich Mexikos Vorräte um über 400 000 Tonnen, die Taiwans und der Dominikanischen Republik jeweils um etwa 100 000 Tonnen usw.<sup>12</sup> Im gleichen Zeitraum erhöhte Australien seine Produktion um mehr als 600 000 Tonnen<sup>13</sup>, so daß es in der Lage war, nicht nur seinen Verpflichtungen gegenüber anderen Commonwealth-Mitgliedern (Großbritannien, Kanada und Neuseeland) nachzukommen und in den amerikanischen Präferenzmarkt einzusteigen, sondern zusätzlich seine Exporte nach Japan, das zu Freien Weltmarktpreisen kauft, zu steigern<sup>14</sup>. Dagegen ließ die Dominikanische Republik ihren bis dahin besten Kunden, Großbritannien, praktisch im Stich, da die englischen Sonderpreise nur für Commonwealth-Lieferanten gelten, und stellte auch ihre Exporte nach Japan allmählich ein.<sup>15</sup> Ähnlich verhielten sich Peru und die Philippinen gegenüber Japan.<sup>16</sup> Auch die brasilianischen Zuckerausfuhren nach Japan fielen nach 1961 jährlings ab.<sup>17</sup>

10 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 283; Sugar Year Book 1966 (im folgenden: Sugar Year Book), hg. v. International Sugar Council, London 1967, S. 317.

11 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 181 f.; Sugar Year Book 1967, London 1968, S. 362. – Allerdings wurde vorübergehend ein Teil des früheren Kubakontingents gemäß dem Zuckergesetz von 1962 zu Weltmarktpreisen eingeführt und bei der Einfuhr eines weiteren Teils eine Abgabe erhoben.

12 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 341.

13 Ebenda, S. 243; Sugar Year Book 1966, S. 8.

14 Sugar Year Book 1960, London 1961, S. 6; ebenda 1966, S. 9; ebenda 1967, S. 9.

15 Ebenda 1960, S. 48; ebenda 1966, S. 65; ebenda 1967, S. 66.

16 Ebenda 1960, S. 133 u. 135; ebenda 1966, S. 196 f.; ebenda 1967, S. 199 f.

17 Ebenda 1960, S. 15; ebenda 1966, S. 20; ebenda 1967, S. 20.

Tabelle 1

 Herkunft der Zentrifugalzuckervorräte des USA-Festlandes  
 (1 000 t Rohwert)

Herkunft	ø 1955 - 59	ø 1963 - 67
Festlandzuckerrübengebiete	1 892	2 649
Festlandzuckerrohrgebiete	519	1 067
Festlandproduktion insgesamt	2 411	3 715
Hawaii	867	1 040
Puerto Rico	891	710
Jungfern-Inseln	10	7
Interne Einfuhren insgesamt	1 768	1 758
Argentinien	0	80
Australien	-	186
Brasilien	2	398
Brit. Westindien u. Guyana	-	144
Dominikanische Republik	65	504
Ekuador	-	58
El Salvador	0	26
Fidschi-Inseln	0	43
Franz. Westindien	0	56
Guatemala	-	46
Haiti	5	24
Indien	0	87
Kolumbien	-	68
Kostarika	2	47
Kuba	2 931	0
Mauritius	0	21
Mexiko	38	439
Nikaragua	10	38
Panama	2	17
Peru	71	319
Philippinen	876	1 070
Südafrika u. Swasiland	0	96
Taiwan	3	70
Sonstige Länder	4	71
Ausländische Einfuhren insgesamt	4 009	3 910
Zusammen	8 188	9 383

(-) weniger als 500 t

## Quellen:

Zusammengestellt und errechnet nach The World Sugar Economy: Structure and Policies, hg. v. International Sugar Council, Bd. 1: National Sugar Economies and Policies, London 1963; Bd. 2: The World Picture, London 1963; Sugar Year Book 1967, hg. v. International Sugar Council, London 1968.

Tabelle 2

Zentrifugalzuckerproduktion 1955 - 59 und 1963 - 67

(1 000 t Rohwert)

Land	1955 - 59		1963 - 67	
	Menge	%	Menge	%
UdSSR	4 965	11,3	8 306	13,4
Kuba	5 338	12,1	5 119	8,3
Brasilien	2 633	6,0	3 832	6,2
USA-Festland	2 411	5,5	3 715	6,0
Indien	2 140	4,9	2 964	4,8
China	910	2,1	2 195	3,6
Australien	1 262	2,9	2 152	3,5
Mexiko	1 121	2,5	2 087	3,4
Frankreich	1 422	3,2	2 059	3,3
DBR	1 455	3,3	1 942	3,1
Polen	1 034	2,3	1 643	2,7
Philippinen	1 259	2,9	1 587	2,6
Südafrika <sup>+</sup>	901	2,0	1 407	2,3
Italien	1 104	2,5	1 253	2,0
Hawaii	918	2,1	1 075	1,7
Argentinien	808	1,8	1 012	1,6
Sonstige Länder	14 325	32,6	19 395	31,4
Welt	44 006	100,0	61 742	100,0

+ vor 1965 einschließlich Swasiland.

## Quellen:

Zusammengestellt und errechnet nach The World Sugar Economy: Structure and Policies, hg. v. International Sugar Council, Bd. 2: The World Picture, London 1963; Sugar Year Book 1967, hg. v. International Sugar Council, London 1968.

Wie schon angedeutet, löste die Umschichtung der amerikanischen Zuckerquellen eine Reihe außergewöhnlicher Produktionssteigerungen aus, die das Internationale Zuckerabkommen von 1958 außer Kraft setzten. Das wird in der in Tabelle 2 enthaltenen Aufstellung der sechzehn Gebiete, die im Zeitraum 1963/67 einen durchschnittlichen Jahresausstoß von über 1 Million Tonnen erreichten, bestätigt. Klammern wir zunächst China, die Sowjetunion und Polen aus, die 1963/67 gegenüber 1955/59 mit Zuwachsraten von 141, 67 und 59 Prozent an erster, vierter und fünfter Stelle liegen, dann weisen Mexiko mit 86, Australien mit 71, Südafrika mit 56, das USA-Festland mit 54, Brasilien mit 46 und Frankreich mit 45 Prozent die höchsten relativen Steigerungen auf, die alle den Weltdurchschnitt von 40 Prozent übertreffen, wobei es sich in drei Fällen (Brasilien, USA-Festland und Mexiko) um absolute Erhöhungen von 1 Million Tonnen jährlich oder mehr handelt. Ein Vergleich mit Tabelle 1 ergibt, daß alle genannten Gebiete außer Frankreich mehr oder weniger stark zum Ersatz der kubanischen Quote beitrugen. Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß darin in allen Fällen die einzige Ursache für die Produktionssteigerungen zu sehen sei, wohl aber, daß der Zutritt zum amerikanischen Markt mit seinen relativ günstigen Preisen eine rasche Expansion der Zuckererzeugung seitens der neuen Lieferanten unterstützte und auch bei einigen die Erweiterung ihrer Exporte zu Grenzpreisen förderte<sup>18</sup> (beispiels-

weise die Vergrößerung der australischen und südafrikanischen Ausfuhren nach Japan und der brasilianischen nach Großbritannien<sup>19</sup>. Ferner fällt auf, daß Leistungssteigerungen von so großem Ausmaß ausschließlich von hoch entwickelten Industrieländern bzw. großen sogenannten Entwicklungsländern, die schon über ein ansehnliches Potential an Produktivkräften verfügten, erbracht wurden. Das Gegenstück hierzu wird unter anderem von Puerto Rico und der Dominikanischen Republik geboten.<sup>20</sup>

In einem ganz anderen Maßstab ist der Effekt der US-Marktverschiebung vielleicht noch deutlicher zu erkennen: im Mikrokosmos der fünf mittelamerikanischen Staaten El Salvador, Guatemala, Kostarika, Nikaragua und Panama. Völlig unbedeutend im Zeitraum 1955/59, stiegen ihre gesamten Zuckerausfuhren nach den Vereinigten Staaten 1963/67 auf 174 000 Tonnen jährlich (Tabelle 1), während ihre vereinte Zentrifugalzuckerproduktion im Jahresdurchschnitt von etwa 203 000 Tonnen (Rohwert) auf 501 000 Tonnen anwuchs.<sup>21</sup>

Nun ist zu bedenken, daß jede zu USA-Preisen verkaufte Tonne Zucker über 100 Dollar (etwa 500 Mark) einbringt. Die Menge, die durch den Ausschluß Kubas zur Verteilung stand, bedeutete also ein Objekt von mindestens 1,5 Milliarden Mark jährlich. Bei einer solchen Summe ist es unter kapitalistischen Verhältnissen selbstverständlich, daß neue Bindungen und Interessen entstehen und politische Gegenleistungen erwartet werden.

Abgesehen von der Anweisung des amerikanischen Kongresses an das Landwirtschaftsministerium, bei der Neuverteilung von Zuckerquoten solche Länder vorzuziehen, die Agrarprodukte der USA kaufen, ist das Zuckergesetz wegen seiner politischen Manipulationen allgemein berüchtigt. Diese reflektieren in eigentümlicher Manier die teilweise konträren spezifischen Interessen der ausländischen Rohzucker verarbeitenden Raffinerien an der atlantischen Küste und die der kontinentalen Zuckerrohr- und -rübenanbauer in Louisiana, Florida und den Zentral- und Weststaaten, sie widerspiegeln außenpolitische Ziele, besondere Verpflichtungen gegenüber den Zuckerindustrien von Hawaii, Puerto Rico und den Philippinen, agrarpolitische und volkswirtschaftliche Überlegungen usw. Mit Bezug auf die Berücksichtigung der lateinamerikanischen Staaten bei der Aufteilung der kubanischen Quote schrieb der Genfer Korrespondent des Düsseldorfer "Handelsblatts" schlicht, daß "sich automatisch auch vermehrte politische Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Länder ergeben."<sup>22</sup> Einen farbigen Bericht über die Handhabung des amerikanischen Zuckergesetzes lieferte der "Industriekurier" unter dem Titel "Süße Verlockung":

"Unglücklicherweise jedoch ist der Zuckerpreis für das amerikanische Außenministerium eine politische Waffe und die freie Marktwirtschaft eine Theorie, die nur bei Adam Smith nachzulesen, nicht aber zu praktizieren ist.

Mit ihren Zuckerimporten betreiben die USA lateinamerikanische Politik. Wer brav ist, darf an Onkel Sam Zucker verkaufen und wer sich daneben benimmt, verliert den Zugang zu diesem Markt. Jedes Jahr werden die Quoten neu festgesetzt und vergangene gute oder böse Taten entsprechend belohnt oder gerügt. Wie bei allen anderen Versuchen, sich Freund-

18 Einen weiteren, Produktionssteigerungen begünstigenden Faktor bildeten die vorübergehend außergewöhnlich hohen Preise auf dem Freien Zuckerweltmarkt 1963 bis 1964. (Ebenda 1967, S. 362.)

19 Ebenda 1966, S. 9, 21 u. 223; ebenda 1967, S. 9, 21 u. 226.

20 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 240 f.; Sugar Year Book 1967, S. 65 u. 279.

21 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 240 f.; Sugar Year Book 1967, S. 52, 69, 105, 186 u. 195.

22 Handelsblatt v. 15. 10. 1965.

schaft zu erkaufen, hat auch diese Politik die Herzen der mit ihr Bedachten für Washington nicht höher schlagen lassen. Im Gegenteil: Der neben den Einfuhrquoten auch noch garantierte Abnahmepreis, der gegenwärtig etwa doppelt so hoch ist wie der Weltmarktpreis, beschert den USA laufend neuen Neid und Haß. Den Zuckerproduzenten geben die reichhaltigen Einnahmen zudem die Möglichkeit, sich bis zum Kostenpunkt von bis zu 350 000 Dollar jährlich Lobbyisten in Washington zu engagieren, die Kleinkrieg und Mißgunst bis in den Kongreß hineinbringen.<sup>23</sup>

Dem Geschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker, Bonn, Konrad Dankowski, zufolge ist Zucker "für viele Staaten des mittel- und südamerikanischen Raumes der wichtigste oder einzige Exportartikel und Devisenbringer und damit auch ein Produkt, mit dem man wirtschaftspolitisch auf andere Länder erheblichen Einfluß nehmen kann. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die seit 1960 abgebrochenen Handelsbeziehungen zwischen den USA und Kuba und an die Möglichkeiten, mit denen die Vereinigten Staaten von Amerika, als der zur Zeit noch größte Zuckerimporteur der Welt, mittels ihres Zuckergesetzes und im Rahmen ihrer Zuckerpolitik Wohlstand oder wirtschaftlichen Niedergang eines Landes entscheidend beeinflussen könnten, wenn sie wollten."<sup>24</sup> Auf die entstandenen Bindungen mit den neuen Lieferanten eingehend, meinte dieser Kommentator bereits 1965: "Selbst wenn die politische Entwicklung dazu führen würde, daß Kuba als Zuckerlieferant für die USA wieder in Betracht kommt, dürfte es sehr schwer sein, diesem Land die im Zuckergesetz reservierte Quote zuzuteilen."<sup>25</sup> Etwa zwei Jahre später wiederholte er seine Schlußfolgerung wörtlich, wobei er den Beweis für die Richtigkeit seiner Vermutung hinzufügte, "diesem Land die im Zuckergesetz von 1962 einstmals reservierte Quote zuzuteilen, zumal diese Quote für die Jahre 1966 bis 1971 im Rahmen der Bestimmungen des am 22. Oktober 1965 verabschiedeten Zuckergesetzes auf 30 auswärtige Lieferländer sowie die Rüben- und Rohrzuckererzeuger des amerikanischen Festlandes aufgeteilt worden ist."<sup>26</sup>

Die Möglichkeit und zugleich die Versuchung, Quotazuteilungen als politisches Druckmittel zu benutzen, sind um so größer, als die einheimischen Produzenten in der Lage sind, Im-

23 Industriekurier, Düsseldorf, v. 15. 9. 1966. - Das Lobbyistenwesen in Washington wuchs sich zweimal in den sechziger Jahren - bei der Ausarbeitung der Zuckergesetze von 1962 und 1965 - zum öffentlichen Skandal aus, der internationalen Widerhall fand, wie folgende Titel von Zeitungsartikeln genügend andeuten: La "guerre du sucre": Les groupes de pression américains influencent lourdement la répartition des quotas attribués aux pays exportateurs, in: Le Monde, Paris, v. 19. 10. 1965; Zuckerquote im Streit der Interessen, in: Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung, Köln/Stuttgart, v. 7. 7. 1962; Das süße Gesetz, in: Handelsblatt, Düsseldorf, v. 25. 11. 1965; The Man who Brings the Sugar Home, in: The Financial Times, London, v. 14. 10. 1965; Sugar in the Bag, in: The Economist, London, v. 12. 11. 1965; A Look at the Sour Sugar Record, in: The Wall Street Journal, New York, v. 23. 11. 1965; Sugar Quotas Go through Grinder, in: Business Week, New York, v. 30. 10. 1965, S. 84 - 88; The Sugar Mess, in: The New York Times, International Edition, Paris, v. 9. 7. 1962; Sugar and the Senate, in: ebenda v. 16. 10. 1965; From Cotton Weevils to Sugar Flies, in: New York Herald Tribune, European Edition, Paris, v. 11. 7. 1962; The Sordid Sugar Story, in: ebenda v. 13. 10. 1965; Stop the Sugar Scandal, in: ebenda v. 16. 10. 1965.

24 Dankowski, Konrad, Die Weltzuckerwirtschaft aus westeuropäischer Sicht, in: Agrarische Rundschau, Wien, H. 2/1965, S. 21.

25 Ebenda, S. 24.

26 Derselbe, Der Weltzuckermarkt, in: Zucker-Jahrbuch 1966/67, hg. v. Hans Hahn, Hamburg o. J., S. 708 f.

portausfälle bis zu einem bestimmten Grad gutzumachen. Wie schon bemerkt, gingen auch die Interessen dieser Gruppe bei der durch den Einfuhrstopp gegen Kuba notwendig gewordenen Umverteilung nicht leer aus. Schon bevor das Zuckergesetz von 1965 den Status quo ratifizierte, wies die USA-Festlandproduktion eine der höchsten Zuwachsraten aus. Tabelle 1 zeigt, daß die Festlandzuckerrohr- und -rübengebiete faktisch die ganze Bedarfssteigerung, die aus der normalen Vermehrung der Bevölkerung zwischen 1955/59 und 1963/67 entstand, deckten. So erfolgreich waren die kontinentalen Erzeuger, daß die Gesamteinfuhr sogar leicht zurückging.<sup>27</sup>

Kurz und gut, Washingtons Versuch, das in der alten Redensart von Zuckerbrot und Peitsche resümierte Verfahren buchstäblich gegen die kubanische Revolution anzuwenden, schlug fehl. Doch konnte sich die amerikanische Regierung insoweit trösten, als es ihr gelang, aus der Umgestaltung der Zuckerlieferungen politisches und wirtschaftliches Kapital in anderen Ländern Lateinamerikas sowie unter den eigenen Zuckerrohr- und -rübenerzeugern zu münzen.

Bekanntlich wurden die vom US-Boycott 1960 und 1961 betroffenen Mengen kubanischen Zuckers von der Sowjetunion (4,88 Millionen Tonnen), von China (1,51 Millionen Tonnen), Polen (406 000 Tonnen), der DDR (174 000 Tonnen), von Bulgarien (57 000 Tonnen) und der ČSSR (25 000 Tonnen) übernommen. Kubanische Zuckerausfuhren nach diesen Ländern lagen in den genannten Jahren mit insgesamt 7,05 Millionen Tonnen (Rohwert) sogar wesentlich über dem vorherigen Jahresdurchschnitt der Exporte nach den Vereinigten Staaten, wozu die ausgezeichnete Ernte 1961 beitrug.<sup>28</sup> Die weitere Entwicklung ist aus Tabelle 3 zu ersehen.

Der Vergleich mit dem Stand von 1955/59 erinnert zunächst daran, daß die UdSSR schon vor der kubanischen Revolution ein wichtiger Abnehmer von Kubazucker war, sie kaufte bis zu 456 000 Tonnen (Rohwert) im Jahre 1955.<sup>29</sup> Das im Februar 1960 unterzeichnete Abkommen zwischen Kuba und der Sowjetunion über die Lieferung von jährlich 1 Million Tonnen im Zeitraum 1960/64 bedeutete eine beachtliche Zunahme und eine Stabilisierung der Mengen.

Nach Kubas Ausschluß vom USA-Markt wurden auch feste Preise für die sowjetischen Zuckerkäufe vereinbart und im Prinzip ähnliche Verträge zwischen Kuba und anderen sozialistischen Ländern abgeschlossen. Anfang 1964 kam es zu einem weiteren langfristigen Zuckerabkommen zwischen Kuba und der Sowjetunion. Darin verpflichtete sich letztere, 2,1 Millionen Tonnen 1965, 3 Millionen Tonnen 1966, 4 Millionen Tonnea 1967 und jährlich 5 Millionen Tonnen Rohzucker in der Zeit von 1968 bis 1970 zu 6 US-cents/lb avoirdupois (= 453,59 g) f. a. s. abzunehmen.<sup>30</sup> Dem langjährigen sowjetischen Handelsvertreter in Havanna zufolge konnte Kuba statt der für 1965/67 vorgesehenen 9,1 Millionen Tonnen jedoch nur 6,7 Millionen Tonnen liefern, und im Protokoll über den kubanisch-sowjetischen Austausch 1968 mußte die für jenes Jahr angesetzte Menge auf 2,7 Millionen Tonnen redu-

27 Der Prokopfverbrauch blieb praktisch unverändert. (World Sugar Economy, Bd. 2, S. 266; Sugar Year Book 1967, S. 354.)

28 World Sugar Economy, Bd. 1, S. 126.

29 Sugar Year Book 1960, S. 41.

30 Cuba Socialista, Havanna, H. 30, Februar 1964, S. 165 f.

Tabelle 3

**Kubanische Zentrifugalzuckerexporten**  
 (1 000 t Rohwert)

Bestimmungsland	ø 1955 - 59	ø 1963 - 67
Algerien	0	21
Belgien-Luxemburg	20	6
Bulgarien	0	131
Ceylon	30	13
Chile	31	3
China	10	492
DBR	172	0
DDR	6	190
Frankreich	98	0
Griechenland	43	3
Großbritannien u. Nordirland	355	103
Irak	6	41
Iran	28	39
Israel	27	2
Italien	5	93
Japan	456	365
Jugoslawien	12	60
Kanada	108	56
Koreanische VDR	0	33
Libanon	29	7
Malaysia	0	24
Marokko	168	225
Niederlande	140	52
Polen	0	42
Schweden	38	27
Schweiz	13	45
Spanien	26	171
Syrien	29	46
Tschechoslowakei	1	185
UdSSR	298	1 031
USA	2 870	0
Vereinigte Arabische Republik	0	102
Vietnam, DR	0	30
Sonstige Länder	166	90
<b>Zusammen</b>	<b>5 186</b>	<b>4 626</b>

**Quellen:**

 Zusammengestellt und errechnet nach Sugar Year Book 1960, hg. v. International Sugar Council, London 1961; ebenda 1967, London 1968.

ziert werden.<sup>31</sup> Das Abkommen von 1964 setzte eine kontinuierliche Steigerung der Produktion voraus. Hingegen beweisen die Kampagnen seit 1965, daß noch erhebliche jährliche Schwankungen eintreten können. Demnach ist der Rückgang der Gesamtausfuhren 1963/67 gegenüber 1955/59 mit der in Tabelle 2 verzeichneten Produktionsabnahme verbunden, die voraussichtlich erst im Jahrfünft von 1965 bis 1969 voll ausgeglichen sein wird.

Im Rahmen dieses Artikels ist es nicht möglich, die Schwierigkeiten in Kubas Zuckerwirtschaft seit der Revolution und deren Ursachen eingehend zu analysieren. Die Schwankungen in der Produktion und folglich in den Ausfuhren sind teilweise auf klimatische Unbilden zurückzuführen. Darüber hinaus wurden nach dem Sieg der revolutionären Kräfte 1959 die von der gegebenen Wirtschaftsstruktur geprägten Notwendigkeiten, aber auch die vorhandenen Möglichkeiten zunächst ungenügend erkannt. Beindruckt von den schweren Folgen, die sich aus der Abhängigkeit der kubanischen Wirtschaft von einem einzigen Produkt in Zusammenhang mit der USA-Kapitalvorherrschaft besonders im Außenhandel ergeben hatten, versuchte man erst eine schnelle Diversifizierung der Landwirtschaft und allseitige Industrialisierung einzuleiten. Die Abneigung gegen eine Weiterentwicklung der Zuckerproduktion hatte insofern lang anhaltende Nachwirkungen, als die Zuckerrohrplantagen vernachlässigt und teilweise sogar abgebaut wurden. Hinzu kamen schwierige organisatorische Umstellungen, die sich aus der Bodenreform, der Verstaatlichung der Zuckerfabriken und dem gesamten Komplex revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen ergaben. Eine größere Steigerung der Produktion hing von einer wesentlichen Verbesserung der extensiven und technisch rückständigen Zuckerrohrkultur ab. Praktisch über Nacht sah sich die kubanische Zuckerrohrwirtschaft, deren Methoden besonders in der Ernte auf der Verfügbarkeit einer großen Reserve von Arbeitslosen beruht hatten, einem Arbeitskräftemangel gegenüber. So stand die kubanische Landwirtschaft plötzlich vor der Aufgabe, eine Erntearbeit vom Umfang der dortigen Zuckerkampagne so schnell und so weitgehend wie möglich zu mechanisieren. Eine mehr oder weniger vollständige Mechanisierung der Zuckerrohrernte ist aber bis jetzt nur von drei viel kleineren Produzenten - Australien und den USA-Bundesstaaten Hawaii und Louisiana - erreicht worden, die, abgesehen von anderen Unterschieden, dabei natürlich nicht die zusätzliche Belastung einer Wirtschaftsblockade und scharfer politischer Auseinandersetzungen tragen mußten.

Die Notwendigkeit, der durch den US-Boykott schwer gefährdeten kubanischen Revolution Hilfe zu leisten, beschleunigte die Entwicklung der Sowjetunion zu einem der wichtigsten Umschlagplätze des Weltzuckerhandels.

31 Sakun, Pavel, La colaboración cubano-soviética (Die kubanisch-sowjetische Zusammenarbeit), in: URSS, Havanna, H. 7/1968, S. 5 u. 23; siehe Sugar Year Book 1967, S. 56 u. 262.



Tabelle 4

Prozentualer Anteil ausgewählter Länder am Weltzentrifugalzuckerhandel

Land	ø 1955 - 59	ø 1963 - 67
<b>Einfuhren</b>		
USA-Festland	34,8	28,0
Großbritannien u. Nordirland	16,0	11,8
UdSSR	3,3	9,5
Japan	6,9	7,2
Kanada	3,9	3,9
China	0,6	2,5
Frankreich	2,7	2,4
Marokko	2,1	1,7
Iran	1,5	1,5
Italien	0,2	1,5
DBR	1,7	1,4
Algerien	1,2	1,2
Irak	1,0	1,2
Schweiz	1,3	1,2
<b>Ausfuhren</b>		
Kuba	31,0	22,3
Australien	4,1	6,9
Philippinen	5,8	5,2
Hawaii	5,2	5,0
UdSSR	1,3	4,3
Frankreich	3,6	3,8
Taiwan	4,3	3,6
Brasilien	2,9	3,5
Puerto Rico	5,3	3,4
Südafrika u. Swasiland	1,3	3,3
Dominikanische Republik	4,2	3,0
Mauritius	3,1	2,9
Mexiko	0,6	2,4
Tschechoslowakei	1,8	2,1
Peru	2,8	2,1
Jamaika	1,9	2,0
Polen	1,3	2,0
China	0,2	1,9
Großbritannien u. Nordirland	4,1	1,9

## Quellen:

Zusammengestellt und errechnet nach The World Sugar Economy: Structure and Policies, hg. v. International Sugar Council, Bd. 2: The World Picture, London 1963; Sugar Year Book 1967, hg. v. International Sugar Council, London 1968.

Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, entfielen auf die UdSSR 1963/67 durchschnittlich 9,5 Prozent der Weltzuckereinfuhren (1960 bis 1961 sogar 12,9 Prozent<sup>32</sup>) gegenüber 3,3 Prozent in den Jahren 1955/59. Infolgedessen rückte sie vom fünften auf den dritten Platz unter den Einfuhrländern, gleich hinter Großbritannien. Im selben Zeitraum stieg die sowjetische Beteiligung an den Weltzuckerausfuhren von 1,3 auf 4,3 Prozent, womit sie den fünften Platz unter den Exportländern belegte. Bemerkenswert ist dabei, daß die UdSSR dank dieser Entwicklung das einzige Land ist, das sowohl im Export wie im Import an so hoher Stelle rangiert. Tatsächlich hat sie Großbritannien als größten Umschlagplatz des Weltzuckerhandels ersetzt. Teilweise können die erhöhten sowjetischen Zuckerausfuhren als Reexporte kubanischen Zuckers angesehen werden, während die Rolle der UdSSR als Importeur über ihren Eigenbedarf hinaus die sozialistische Außenhandelspraxis illustriert, industrielle Ausrüstungen und andere Produktionsmittel an ökonomisch schwach entwickelte Länder gegen Landesprodukte zu liefern. Angesichts der projektierten Vergrößerung der kubanischen Zuckerausfuhren nach der UdSSR ist anzunehmen, daß die Schlüsselfunktion der Sowjetunion im Weltzuckerhandel zukünftig noch stärker in Erscheinung treten wird. Sowjetische Zuckerlieferungen gehen an fast alle Nachbarstaaten von Finnland bis zur Mongolei, aber auch nach verschiedenen afrikanischen und arabischen Ländern.<sup>33</sup>

Indessen ist der Aufstieg der Sowjetunion zu einer Spitzenrolle in der Weltzuckerwirtschaft nicht allein auf die engere Beziehung zu Kuba zurückzuführen. Gleichzeitig erhöhte sich die sowjetische Eigenproduktion auf ungefähr das Doppelte im Vergleich zu dem Stand Mitte der fünfziger Jahre. Mit einem Jahresausstoß von 9 bis 10 Millionen Tonnen Rohzucker ist die UdSSR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bei weitem der größte Zuckerproduzent in der Welt. Daß sie trotzdem im ganzen mehr Zucker ein- als ausführt, liegt an der sprunghaften Entwicklung des sowjetischen Prokopfverbrauchs, der sich gleichfalls in einem Jahrzehnt verdoppelte und ab 1965 an den der USA grenzt.<sup>34</sup>

Neben dem internationalen Zuckerhandel der Sowjetunion hat sich auch der Polens, der Tschechoslowakei, der DDR und anderer sozialistischer Länder erheblich entwickelt. So besteht jetzt die Grundlage für den Aufbau eines wirksamen sozialistischen Teilsystems innerhalb der Weltzuckerwirtschaft, das die Vorgänge auf diesem wichtigen Rohstoffmarkt maßgeblich beeinflusst. Notwendige Voraussetzungen dafür sind die engere Koordinierung der sozialistischen Länder auf diesem Gebiet und die Verwirklichung der kubanischen Zuckerpläne, die eine kontinuierlichere Gestaltung der Lieferungen erlauben würden. Damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, die Vorteile der sozialistischen Großforschung und Perspektivplanung für die größere Verwendung von Zucker nicht nur als direktes menschliches Nahrungsmittel auszunutzen. Mit dem Ersatz von Getreide durch Zucker bei der Viehfütterung sind in den letzten Jahren in der Fleischproduktion aussichtsreiche Resultate erzielt worden.<sup>35</sup> Eine Entwicklung in dieser Richtung würde sich wiederum günstig auf das wirtschaftliche Wachstum vieler Länder in Lateinamerika, Asien und Afrika auswirken.<sup>36</sup>

32 Sugar Year Book 1966, S. 302 u. 310.

33 *Ebenda* 1967, S. 263 f.

34 World Sugar Economy, Bd. 2, S. 266; Sugar Year Book 1967, S. 354.

35 Vgl. z. B. Pérez, Rena/Preston, T. R./Willis, M. B., La sustitución de cereales por azúcar o miel rica para pollos de asar criados sobre alambre o cama (Der Ersatz von Getreide durch Zucker oder Invertmelasse für auf Draht oder Streu aufgezogene Broilerhühnchen), in: *Revista cubana de Ciencia Agrícola*, Havanna, Bd. 2, Nr. 1, März 1968, S. 105 - 112; McLeod, N. A./Preston, T. R./Lassota, L. A./Willis, M. B./Velázquez, M., Mielés y azúcar como fuentes energéticas para puerocos (Melasse und Zucker als Energiequellen für Schweine), in: *ebenda*, Bd. 2, Nr. 2, Juli 1968, S. 205 - 210. - Im EWG-Gebiet, hauptsächlich in Westdeutschland und Frankreich, hat sich die Verwendung von Zucker als Futtermittel von praktisch Null 1960/61 auf 348 000 t

Unterdessen machte sich das veränderte Kräfteverhältnis in der Weltzuckerwirtschaft bereits während der Verhandlungen über das im Oktober 1968 abgeschlossene neue internationale Zuckerabkommen deutlich bemerkbar. Tabelle 4 bestätigt, daß die zwei führenden Einfuhrgebiete, USA-Festland und Großbritannien wesentlich an Wichtigkeit verloren haben und daß sich der Abstand zwischen den Spitzenländern und den sonstigen Beteiligten sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren vermindert hat. Ferner ist bei der Betrachtung der Tabelle 4 wiederum festzustellen, daß nur entwickelte Industrieländer und große, relativ fortgeschrittene Entwicklungsländer ihren Exportanteil erweitern konnten.<sup>37</sup>

Eine ähnliche Entwicklung - obwohl bis jetzt natürlich in kleinerem Maßstab - zeichnet sich in bezug auf China ab. Nach Angaben des Internationalen Zuckerrats hat sich der chinesische Anteil an den Weltzuckereinfuhren von 0,6 Prozent im Zeitraum 1955/59 auf 2,5 Prozent in den Jahren 1963/67 erhöht. Infolgedessen avancierte China auf die sechste Stelle unter den Einfuhrländern. Auch der chinesische Exporthandel hat erheblich zugenommen, wobei Hongkong und Singapur zum Teil als Zwischenstationen fungieren.<sup>38</sup> Was die Produktion betrifft, schätzte der Internationale Zuckerrat die Zentrifugalzuckererzeugung Chinas 1967 auf 2,575 Millionen Tonnen (Rohwert), das ist mehr als das Doppelte des Ausstoßes von 1961.<sup>39</sup> Bei Betrachtung dieser Zahlen muß natürlich auch Chinas große Bevölkerung berücksichtigt werden. Pro Einwohner ist der chinesische Zuckerverbrauch noch immer sehr gering.

Obgleich das Gesamtvolumen der Zuckerausfuhren Mitte der sechziger Jahre etwa 50 Prozent über dem Stand von 1951 bis 1952 lag (Tabelle 5), ist im Verhältnis zur Produktion ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen. Statt internationaler Arbeitsteilung und Spezialisierung, zeichnet sich bei der Zuckerproduktion eine anhaltende Tendenz ab, der Selbstversorgung zu dienen, die sich sowohl durch Produktionssteigerungen in Ländern, die ihren Eigenbedarf schon teilweise deckten, als auch durch das Erscheinen neuer Produzenten äußert.

(Weißwert) 1966/67 erhöht. (Agrarstatistik, hg. v. Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, H. 1/1968, S. 125.)

36 Preston, T. R./Hagelberg, G. B., Turning Sugar into Meat, in: New Scientist, London, v. 5. 10. 1967, S. 31 - 33.

37 Diese unterschiedlichen Wachstumsraten sowohl in der Produktion als auch in der Ausfuhr von Zentrifugalzucker sind auch ersichtlich aus der von der Food and Agriculture Organization (FAO) der UN angewandten Klassifizierung nach entwickelten Ländern, Entwicklungsländern und Ländern mit zentraler Planung. Siehe Commodity Review 1968, hg. v. FAO, Rom 1968, S. 104 f. - Gleichzeitig ist eine erheblich schnellere Zunahme der Rübenzuckerproduktion im Vergleich zur Rohrzuckererzeugung (ausgenommen nicht-zentrifugierter Zucker) zwischen 1955/57 und 1965/67 zu beobachten.

38 Vgl. Sugar Year Book 1967, S. 43 f., 114 - 116 u. 218 - 221.

39 Ebenda, S. 41.

Tabelle 5

Verhältnis der Ausfuhren zur Weltzentrifugalzuckerproduktion 1951 bis 1967

Jahr	Produktion (Mill. t Rohwert)	Ausfuhren <sup>+</sup> (Mill. t Rohwert)	in %
1951	33,4	14,1	42,3
1952	36,2	14,0	38,7
1953	38,4	16,6	43,2
1954	37,5	15,3	40,9
1955	39,0	16,5	42,3
∅ 1951 - 55	36,9	15,3	41,5
1956	40,3	16,2	40,2
1957	44,0	17,2	39,2
1958	47,1	17,1	36,3
1959	49,6	16,7	33,5
1960	52,3	19,3	37,0
∅ 1956 - 60	46,7	17,3	37,1
1961	54,8	22,4	40,9
1962	51,6	21,1	40,8
1963	52,6	19,5	37,1
1964	60,1	19,4	32,2
1965	65,0	21,3	32,7
∅ 1961 - 65	56,8	20,7	36,5
1966	64,2	21,1	32,9
1967	66,8	22,4	33,5

+ einschließlich "interner" Exporte wie Ausfuhren aus USA-Überseegebieten nach dem Festland.

Quellen:

Zusammengestellt und errechnet nach The World Sugar Economy: Structure and Policies, hg. v. International Sugar Council, Bd. 2: The World Picture, London 1963; Sugar Year Book 1967, hg. v. International Sugar Council, London 1968.

Tabelle 6

Seit dem zweiten Weltkrieg entstandene Zentrifugalzuckerindustrien

Land	Rohstoff	Produktion 1967 (1 000 t Rohwert)
Albanien	Rüben	15
Algerien	Rüben	6
Äthiopien	Rohr	77
Ceylon	Rohr	8
Chile	Rüben	124
Ghana	Rohr	7
Griechenland	Rüben	122

Land	Rohstoff	Produktion 1967 (1 000 t Rohwert)
Irak	Rüben	4
Israel	Rüben	34
Kongo (Brazzaville)	Rohr	99
Libanon	Rüben	11
Malawi	Rohr	5
Marokko	Rüben	72
Nepal	Rohr	5
Nigeria	Rohr	17
Pakistan <sup>+</sup> }	Rohr	515
	Rüben	40
Somalia <sup>++</sup>	Rohr	38
Sudan	Rohr	77
Südrhodesien <sup>+++</sup>	Rohr	150
Swasiland	Rohr	173
Syrien	Rüben	25
Tunesien	Rüben	7
Westmalaysia	Rohr	9
	Rohrzuckerproduktion insgesamt	1 180
	Rübenzuckerproduktion insgesamt	460
Zusammen		1 640

+ Langjährige Erzeugung von nichtzentrifugiertem Zucker.

++ Eine Fabrik, die in den dreißiger Jahren arbeitete, stellte die Produktion ein.

+++ Jahresproduktion vor 1952/53 weniger als 1 000 t.

#### Quellen:

Zusammengestellt nach The World Sugar Economy in Figures: 1880 - 1959, Food and Agriculture Organization, Commodity Reference Series 1, Rom 1961; The World Sugar Economy: Structure and Policies, hg. v. International Sugar Council, Bd. 1: National Sugar Economies and Policies, London 1963; Bd. 2: The World Picture, London 1963; Sugar Year Book 1967, hg. v. International Sugar Council, London 1968.

Von den 23 seit dem zweiten Weltkrieg entstandenen Zentrifugalzuckerindustrien in Tabelle 6 wurden 10 in den sechziger Jahren gegründet. In verschiedenen Fällen - zum Beispiel Griechenland und Marokko - hat dieser Prozeß bereits zu fühlbaren Einschränkungen der Importe geführt. Andererseits ist zu erwarten, daß einige neue Erzeuger zunehmend als Exporteure auftreten. Indem relativ größere Mengen in den Erzeugerländern selbst konsumiert werden, hat der Einfluß des internationalen Handels auf die Marktpreisbildung und der des Exporterlöses auf die Rentabilität der Zuckerindustrie im Weltmaßstab abgenommen, was natürlich nicht dagegen spricht, daß für viele alte und neue Ausfuhrländer, einzeln gesehen, diese Kriterien so wichtig wie zuvor oder noch wichtiger sind. Insgesamt jedoch wird ein wachsender Teil des Weltzuckervolumens unter von internen wirtschaftlichen und politischen Überlegungen bestimmten Bedingungen erzeugt und verbraucht.

Hinzu kommt, daß eine zunehmende Proportion des internationalen Zuckerhandels außerhalb des sogenannten Freien Marktes unter Sonderabkommen abgewickelt wird. Neben dem USA-Zuckergesetz, dem Commonwealth-Zuckerabkommen, den Verbindungen Frankreichs,

Portugals, Belgiens, Hollands, Spaniens und Japans mit bestimmten Überseegebieten, neben dem Zollverein von Tansania, Kenia und Uganda und neben den Exporten aus der ČSSR, Polen und Ungarn nach der UdSSR<sup>40</sup> nahmen in den sechziger Jahren die Verträge zwischen Kuba und verschiedenen sozialistischen Staaten einen sehr bedeutenden Platz ein. Infolgedessen wird der Freie Zuckerweltmarkt hauptsächlich nur noch von nicht anderweitig gebundenen Überschüssen gespeist. Daher der Name, der an kein politisches Schlagwort anknüpft, und daher auch die großen Preisschwankungen auf diesem Umschlagplatz. Was Preise anbetrifft, sind die Notierungen an den Londoner, New Yorker und Pariser Zuckerbörsen auch nicht unbedingt für bilaterale Vereinbarungen, wie zum Beispiel die zwischen Kuba und Spanien, maßgebend. Trotzdem ist der Freie Zuckerweltmarkt in zweierlei Hinsicht wichtig: als Deviseneinnahmequelle besonders für Entwicklungsländer und als ein Barometer, das das jeweilige Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion anzeigt. Um den eigentlichen Weltmarktpreis zu erfahren, ist es jedoch notwendig, das gewogene Mittel der Preise aller Märkte festzustellen.

Somit können aus den hier erörterten Veränderungen der sechziger Jahre folgende Erfahrungen und Tendenzen abgeleitet werden:

1. Der internationale Zuckerhandel hat sich erneut als äußerst flexibel erwiesen. Das System paßte sich mit überraschender Leichtigkeit einer so gewaltigen Störung an wie der Substitution Kubas durch andere Lieferanten auf dem USA-Markt und den sich daraus ergebenden sekundären Verschiebungen, und zwar vor allem dank großer Vorräte und der Möglichkeit schneller Produktionssteigerungen. Im weiteren Sinne ist diese Elastizität auf die breite geographische Verteilung der Zuckererzeugung infolge des ungewöhnlichen Umstandes zurückzuführen, daß Weißzucker von absolut gleicher Qualität - es handelt sich in jedem Fall um Saccharose in fast reiner Form - aus zwei botanisch und ihren klimatischen Bedürfnissen nach ganz verschiedenen Kulturpflanzen gewonnen wird.

2. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba schlug fehl, dank der Fähigkeit der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten, die vom US-Boycott betroffenen Mengen von Kubazucker zu übernehmen. Die darauffolgenden Vereinbarungen sind ein konkretes Beispiel dafür, daß mit dem Erscheinen einer Gruppe starker und leistungsfähiger sozialistischer Staaten auf der Weltbühne neue Entwicklungsperspektiven für wirtschaftlich schwächere Länder entstanden sind. Im besonderen läßt sich unter diesen Bedingungen ein neuer Entwicklungsweg erkennen, der von dem Aufbau einer modernen Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Industrien auf Grund einer bestehenden Struktur wie der kubanischen Zuckerwirtschaft ausgeht.<sup>41</sup> Der verzeichnete Rückgang der kubanischen Zuckerproduktion 1963/67 gegenüber dem Stand von 1955/59, der voraussichtlich erst im Durchschnitt von 1965/69 verschwinden wird, und das folgende Defizit in den kubanischen Zuckerlieferungen an die UdSSR unter dem Abkommen von 1964 besagen indessen, daß die Ausnutzung dieser Möglichkeiten durch innere Schwierigkeiten objektiver und subjektiver Art verzögert werden kann.

<sup>40</sup> Diese Sondervereinbarungen sind ausführlich behandelt in World Sugar Economy, Bd. 2, S. 164 - 209.

<sup>41</sup> Vgl. hierzu Kuczynski, Jürgen, El camino cubano en la construcción del socialismo (Der kubanische Weg zum sozialistischen Aufbau), Havanna o. J. (1964); derselbe, Ein neuer Weg für die schwach entwickelten Länder, in: Problems of Economic Dynamics and Planning: Essays in Honour of Michal Kalecki, Warschau 1964, S. 221 - 232; Bleker, Heinz, Bemerkungen zur Problematik der Monoproduktion in Lateinamerika, in: Lateinamerika. Semesterbericht des Lateinamerika-Instituts der Universität Rostock, Herbstsemester 1965, S. 37 - 48.

3. Teils infolge ihrer Einfuhren aus Kuba, teils aber auch auf Grund ihrer erhöhten Eigenproduktion gewann die Sowjetunion während der sechziger Jahre eine Schlüsselposition im Weltzuckerhandel. Andere sozialistische Staaten spielten gleichfalls eine stärkere Rolle, so daß die Vorgänge auf diesem wichtigen Rohstoffmarkt zunehmend von der Haltung dieser Länder geprägt wurden.

4. Entwickelte Länder beider Gesellschaftsformen bzw. große, relativ fortgeschrittene Entwicklungsländer trugen besonders zum Zuwachs der Produktion und des Außenhandels während der sechziger Jahre bei. Ähnlich große und schnelle Produktionssteigerungen wurden von Java, Kuba und den Philippinen in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts vollbracht, scheinen aber unter heutigen Bedingungen einen weit höheren Stand der Produktivkräfte vorauszusetzen. Diese Frage verdient, weiter untersucht zu werden. Auch scheint angesichts der starken Beteiligung der Zuckerrüben- und Rübenzuckerwirtschaft an der Produktionszunahme während der sechziger Jahre ein neuer Vergleich mit der Zuckerrohr- und Rohrzuckerwirtschaft unter Beachtung der jetzigen Verhältnisse notwendig.<sup>42</sup>

5. Die Produktion wuchs im letzten Jahrzehnt wesentlich schneller als der internationale Handel, und es besteht eine deutliche Tendenz zur Selbstversorgung. Gleichzeitig nahm infolge der Vereinbarungen zwischen Kuba und verschiedenen sozialistischen Ländern jener Teil des internationalen Zuckerhandels zu, der Sonderabkommen unterliegt. Im Ergebnis dieser Entwicklungen verlor der Freie Zuckerweltmarkt als Maßstab für die Ermittlung der Weltzuckerpreise weitgehend an Bedeutung.

6. Die geographische Ausdehnung der Zuckerindustrie setzte sich auch im letzten Jahrzehnt fort, und einige der neuen Erzeuger erscheinen bereits als Exporteure. Diese Tatsache, zusammen mit dem erwähnten Trend zur Selbstversorgung, unterstreicht die Dringlichkeit, neue, ökonomisch vertretbare Anwendungen für Zucker bzw. für seine Ausgangsstoffe und Nebenprodukte zu finden.

42 Die Auffassung ist weit verbreitet, daß Protektionismus die Hauptursache der gegenwärtigen Proportionen zwischen der Zuckerproduktion entwickelter und sogenannter Entwicklungsländer bzw. zwischen Rüben- und Rohrzucker darstellt. In diesem Zusammenhang wird angenommen, daß ein gleiches oder sogar größeres Weltvolumen erheblich rationeller ohne Protektion durch eine entsprechende Erhöhung des Anteils der Rohrzucker produzierenden Entwicklungsländer erzeugt werden könnte. Vgl. z. B. Snape, R. H., Some Effects of Protection in the World Sugar Industry, in: *Economica*, London, N. S., Bd. 30, Nr. 117, Februar 1963, S. 63 - 73; Johnson, Harry G., Sugar Protectionism and the Export Earnings of Less Developed Countries: Variations on a Theme by R. H. Snape, in: ebenda, N. S., Bd. 33, Nr. 129, Februar 1966, S. 34 - 42. - Abgesehen von der Tatsache, daß nicht nur die Rübenzuckerindustrien wirtschaftlich hochentwickelter Länder Schutz genießen, kann sich der Verfasser bei aller Achtung vor dem Ausmaß und der Wirkung des Protektionismus solchen Ansichten nicht anschließen, da sie den Effekt der zugrunde liegenden land-, ernährungs- und volkswirtschaftlichen Faktoren und vor allem der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte zu sehr außer acht lassen.

# Die Gutsherrschaft in Brandenburg

## Ergebnisse und Probleme

von Hartmut Harnisch

- I. Zur Problemstellung
- II. Getreideproduktion und Getreideexport der Mark Brandenburg zwischen 1560 und 1620
- III. Die Herausbildung der marktproduzierenden feudalherrlichen Eigenwirtschaften im 16. Jahrhundert und das Problem der bäuerlichen Marktbeziehungen
- IV. Die Struktur der Feudalrenten und ihre Bedeutung für die begriffliche Unterscheidung von Grundherrschaft und Gutsherrschaft
- V. Zur Bedeutung von Gutswirtschaft und Gutsherrschaft für die ökonomische und politische Stellung des brandenburgischen Adels
- VI. Entstehungsursachen und Wesenszüge der Gutsherrschaft in Brandenburg

### I. Zur Problemstellung

In seinem anlässlich des Internationalen Historikerkongresses in Stockholm 1960 verfaßten Bericht zur Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR mußte Heitz feststellen: "Mecklenburg war der Ausgangspunkt für die Diskussion (über die sozialökonomische Funktion der Gutsherrschaft - H. H.) und daneben sind die Lausitzen besonders gut untersucht, während Brandenburg deutlich vernachlässigt wurde. Wir benötigen hier besonders schnell eine parallele Untersuchung, da man erst dann abschätzen kann, welche Wirkung der staatliche Bauernschutz in der Mark Brandenburg hatte, welche Unterschiede sich zu Mecklenburg bzw. den beiden Lausitzen, also zu Gebieten mit starker Adelsherrschaft, ergeben."<sup>1</sup> Seitdem ist fast ein Jahrzehnt vergangen, und nicht zuletzt unter dem Einfluß von Heitz sind einige Spezialarbeiten zur Agrargeschichte des Feudalismus in der Mark Brandenburg entstanden. Auch am Institut für deutsche Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin wurden mehrere Dissertationen zu dieser Thematik abgeschlossen.<sup>2</sup>

1 Heitz, Gerhard, Die Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR (1945 - 1960), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 8. Jg. 1960, Sonderheft: Historische Forschungen in der DDR, S. 132.

2 Die einzelnen Arbeiten werden an entsprechender Stelle genannt.



Es ist daher an der Zeit, den Versuch zu unternehmen, aus den seit 1960 entstandenen Arbeiten verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen und auf noch ungelöste bzw. neu entstandene Probleme hinzuweisen. Unser Bericht beschränkt sich dabei bewußt auf die alt-brandenburgischen Gebiete, das heißt den Territorialbestand der Mark Brandenburg vor 1806/07. Die Betrachtung bezieht also die westelbische Altmark ein, läßt aber die bis 1815 kursächsischen Ämter Belzig, Jüterbog und Dahme und die gleichfalls bis dahin zum kursächsischen Staat gehörige Niederlausitz unberücksichtigt. Diese Beschränkung erweist sich als zweckmäßig, weil seit der Errichtung und Konsolidierung des Feudalabsolutismus in Brandenburg-Preußen die Landesherrschaft einen stärkeren Einfluß auf die Gestaltung der sozialökonomischen Struktur des flachen Landes nehmen konnte. Entsprechend dem unterschiedlichen Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Klasse kann etwa seit der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert unter den gutsherrschaftlich bestimmten Territorien Ostelbiens eine zunehmende Differenzierung festgestellt werden.<sup>3</sup>

In dem Jahrhundert vor dem Dreißigjährigen Kriege ist offenbar in Brandenburg, Mecklenburg und Pommern bei allen Unterschieden – vor allem hinsichtlich der persönlichen Freiheit aller unmittelbaren Produzenten und dem Besitzrecht der Bauern an ihren Stellen – die Entwicklung durch eine ständige Ausweitung der gutsherrlichen Marktproduktion und, zwangsläufig damit verbunden, eine zunehmende Verschärfung der feudalen Ausbeutung gekennzeichnet. In allen drei Territorien ist in dieser Zeit eine verstärkte Tendenz zum Bauernlegen, das allerdings noch nicht den Charakter einer Massenerscheinung trägt, und zu einer Verschlechterung der Stellung der bäuerlichen Produzenten festzustellen.

Auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, die vor allem durch den Wiederaufbau und die schlechte Absatzlage für Agrarprodukte gekennzeichnet waren, scheinen die Unterschiede zwischen den genannten Territorien noch nicht sehr bedeutend gewesen zu sein. Seit dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts war dann in Brandenburg-Preußen die landesherrliche Gewalt so weit erstarkt, daß sie mit wachsendem Erfolg auf die Gestaltung der sozialökonomischen Struktur des flachen Landes Einfluß nehmen konnte, während bekanntlich in Mecklenburg ähnliche Versuche des Herzogs scheiterten und hier der Adel ganz seine ökonomischen und politischen Ziele durchzusetzen vermochte.<sup>4</sup>

Zunächst geht es jedoch um die Periode der Herausbildung und Konsolidierung der Gutsherrschaft in Brandenburg.

Die Herausbildung und sozialökonomische Funktion der Gutsherrschaft in Brandenburg seit dem 16. Jahrhundert ist das zentrale Thema der Agrargeschichte dieses Gebietes. In dieser Zeit geht der entscheidende Strukturwandel vor sich, der nicht nur für die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, sondern auch für die politische Geschichte von entscheidender Bedeutung geworden ist.

Eine erfolgreiche Analyse der Gutsherrschaft ist unseres Erachtens nur dann möglich, wenn die Begriffe Grundherrschaft und Gutsherrschaft zeitlich und räumlich eindeutig voneinander abgegrenzt sind. Gerade in der Begriffsbildung gibt es aber erhebliche Meinungsverschieden-

<sup>3</sup> Heitz, Gerhard, Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa, in: ZfG, 13. Jg. 1965, Sonderheft: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, S. 71 ff.

<sup>4</sup> Wick, Peter, Versuche zur Aufrichtung des Absolutismus in Mecklenburg, Berlin 1963; Heitz, Gerhard, Die sozialökonomische Struktur im ritterschaftlichen Bereich Mecklenburgs zu Beginn des 18. Jahrhunderts (Eine Untersuchung für vier Ämter), in: Beiträge zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 1 ff.

heiten. Bekanntlich ist das Begriffspaar von Georg Friedrich Knapp und seinen Schülern in die Wissenschaft eingeführt worden. Der Standpunkt der klassischen deutschen Agrargeschichtsforschung über Entstehung und Charakter der Gutsherrschaft ist sehr klar von Wittich formuliert worden. Er schrieb im Jahre 1910: "Die Gutsherrschaft, die als eine durch wirtschaftliche Gründe hervorgerufene und in ihrer Entwicklung beeinflusste Fortbildung der Grundherrschaft erscheint, ist in ungleich höherem Maße als diese ein Bauer und Gut er-greifendes Herrschaftsrecht... Auch die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß der landwirt-schaftliche Großbetrieb, der die Gutsherrschaft hervorgebracht hat, erst dann in einem Lande entstehen konnte, wenn infolge günstiger Transport- und Ausfuhrverhältnisse oder infolge eigener, meist städtischer gewerblicher Entwicklung die Naturalwirtschaft der Geld-wirtschaft zu weichen begann."<sup>5</sup> Wittich betont also eindeutig den ursächlichen Zusammen-hang zwischen landwirtschaftlicher Marktproduktion, Ausweitung bzw. Neugründung guts-herrlicher Eigenwirtschaften und der Herausbildung der Gutsherrschaft. Die Gegenposition nimmt Lütge ein, wenn er schreibt: "Die Gutsherrschaft ist eine Sonderprägung oder bes-ser eine Fortbildung der Grundherrschaft, die dadurch charakterisiert ist, daß sich mit ihr das Territorialprinzip verbindet. Der Gutsherr ist Herr eines 'Gutsbezirkes', er ist gleich-sam 'untere Verwaltungsbehörde', und zwar insofern, als der Gutsherr in der Regel gleich-rangig neben (nicht, wie der Grundherr unter) dem landesherrlichen Amtmann steht. Er übt als Obrigkeit auch die Aufgaben der Polizei (von Feuerschutz bis Armenpolizei), das Kir-chen- und Schulpatronat usw. aus. Eine teilweise noch heute vertretene, auch von Georg Friedrich Knapp verfochtene, aber völlig abwegige Auffassung geht dahin, den Begriff Guts-herrschaft von dem Tatbestand eines größeren Gutsbetriebes (Eigenwirtschaft des Herrn) abzuleiten. Dies ist aber eine unzulässige Vermischung von ökonomischen und sozialen Tat-beständen. Ein landwirtschaftlicher Großbetrieb kann sich unter den verschiedensten For-men der Agrarverfassung anfinden: er kann Staatsbetrieb oder genossenschaftlicher Betrieb sein, kann in einer liberalen Wirtschaftsordnung vorkommen, kann - und das ist in man-chen Teilen Deutschlands, wie in Mitteldeutschland und im südlichen Niedersachsen viel-fach der Fall - einem Grundherren zugeordnet sein usw. Der Gutsherrschaft ist zwar in der Regel ein größerer Gutsbetrieb zugeordnet, aber entscheidend ist allein die Tatsache, daß der Herrnsitz entsprechend - eben als 'Rittergut' - privilegiert ist."<sup>6</sup> Wir können hier Lütges Begriffsbildung nicht im einzelnen behandeln, kommen aber auf die Kernfrage wieder zurück. Wichtig ist in unserem Zusammenhang die Tatsache, daß er eine Ursachen-verkettung von Marktproduktion und Entwicklung zur Gutsherrschaft ablehnt.

Die marxistische Wirtschaftsgeschichte<sup>7</sup> in der DDR folgt in der Ursachenfrage weitgehend der Begriffsbildung von Knapp und seinen unmittelbaren Schülern. Sie betont dabei beson-ders die Anwendung der außerökonomischen Zwangsmittel, durch die die von der Dorfbe-völkerung zu leistenden Arbeitsrenten für die Bestellung der gutsherrlichen Eigenwirtschaften gesichert wurden, und ferner das Bestreben der Herren, persönliche Rechtsstellung und Besitzrecht der Bauern zu verschlechtern, insgesamt also eine Entwicklung, die Engels als die Formierung einer "Zweiten Leibeigenschaft" bezeichnet hat.<sup>8</sup>

Unser Beitrag wird besonders der Frage nach den Zusammenhängen zwischen feudalherrli-cher Marktproduktion, Getreideexport und dem System und Typ der feudalen Ausbeutung

5 Wittich, Werner, Gutsherrschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5, 3. Aufl. Jena 1910, S. 209 f.

6 Lütge, Friedrich, Grundherrschaft und Gutsherrschaft, in: Handwörterbuch der Sozial-wissenschaften, Bd. 4, Stuttgart 1965, S. 683.

7 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, 4. Aufl. Berlin 1964, S. 333 f.

8 Engels, Friedrich, Die Mark, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 315.

nachgehen müssen. Es sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir die Herausbildung gutsherrschaftlicher Strukturen nicht nur im Bereich adliger Besitzungen finden, sondern ebenso sehr in den landesherrlichen Ämtern und bei den nach der Reformation verbleibenden Klöstern und Stiftern.

## II. Getreideproduktion und Getreideexport der Mark Brandenburg zwischen 1560 und 1620

Das Landbuch Karl IV. von 1375 weist für die Mark Brandenburg die gleiche grundherr-schaftliche Struktur auf, wie wir sie zu dieser Zeit mit geringen Abweichungen auch im westlichen Deutschland finden.<sup>9</sup> Die Untersuchungen von Müller-Mertens<sup>10</sup>, Engel<sup>11</sup> und Assing<sup>12</sup> haben gezeigt, daß die feudalherrlichen Eigenwirtschaften im Durchschnitt nur klein waren und über den Eigenbedarf hinaus nur vereinzelt eine erheblichere Marktproduktion geliefert haben dürften.<sup>13</sup> Die Forschungen von Schulze<sup>14</sup> haben überzeugend gezeigt, daß die erste Welle der Neugründung feudalherrlicher Eigenwirtschaften in das 16. Jahrhundert fällt. Die Nachweise über die erste Erwähnung von Neugründungen lassen sogar den Schluß zu, daß der größte Teil davon in die zweite Jahrhunderthälfte fällt. Natürlich schließt das nicht aus, daß schon früher zunächst die bereits bestehenden Eigenwirtschaften vergrößert wurden, sei es durch Einziehen wüster Bauernhufen, sei es durch die Hufen gelegter Bauern oder durch die Kultivierung bisherigen Ödlandes. Alle drei Formen sind nachweisbar.

Die während des 16. Jahrhunderts und weiter bis in die ersten Jahre des Dreißigjährigen Krieges hinein laufend vergrößerte Anbaufläche hatte selbstverständlich eine zunehmende Produktion landwirtschaftlicher Produkte, in erster Linie von Getreide, zur Folge. Diese Ausweitung der Produktion ist ökonomisch nur dann sinnvoll, wenn sie gewinnbringend verwertbar ist. Ein höherer Bedarf an Getreide kann seine Erklärung in einer Zunahme der Inlandbevölkerung finden, oder er kann auf einen regelmäßigen und anwachsenden Export zurückgehen. Ein Anwachsen der Bevölkerungszahl kann für Brandenburg wie für andere Territorien des damaligen Deutschlands zwar angenommen werden, verlässliche Zahlenangaben stehen uns jedoch nicht zur Verfügung.

9 Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375, bearb. v. Johannes Schultze, Berlin 1940.

10 Müller-Mertens, Eckhard, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in Brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1. Jg. 1951/52, S. 35 ff.

11 Engel, Evamaria, Lehnbürger, Bauern und Feudalherren in der Altmark um 1375, in: Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt, Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Weimar 1967 = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 7.

12 Assing, Helmut, Die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse in den Dörfern des Teltow um 1375, phil. Diss. Berlin 1965 (Ms.).

13 Zientara, Benedykt, Die Agrarkrise in der Uckermark im 14. Jahrhundert, in: Engel, Evamaria/Zientara, Benedykt, a. a. O., S. 299 ff. betont, daß bereits im 13. und 14. Jahrhundert adlige wie geistliche Grundherren dazu übergingen, aus ihren Eigenwirtschaften Getreide auf den Markt zu bringen. Aus den Ertragsanschlägen des 16. Jahrhunderts läßt sich aber nachweisen, daß das nur für wenige Feudalherren zutreffen konnte. Der ganz überwiegende Teil des Marktgetreides dieser Zeit dürfte aus bäuerlichen Wirtschaften stammen.

14 Schulze, Berthold, Neue Siedlungen in Brandenburg 1500 - 1800, Berlin 1939.

Behre<sup>15</sup> bringt eine Bevölkerungsschätzung aus dem Jahre 1564, die für steuerliche Zwecke angefertigt worden ist und daher möglicherweise einigen Glauben verdient. Danach hatte die Kurmark Brandenburg<sup>16</sup> ohne Prälaten und Adel 264 015 Einwohner, mit beiden Gruppen zusammen also vielleicht 280 000 bis 300 000. Gewisse Anhaltspunkte über den Getreideverbrauch im brandenburgischen Inlande geben die Zahlen über den Verbrauch an Braugerste, die aus den ständischen Neubiergeldrechnungen ermittelt wurden. Allein in der Kurmark Brandenburg wurden im Jahre 1594/95 21500 Wispel Gerste (etwa 16 700 Tonnen)<sup>17</sup> und im Jahre 1620 20300 Wispel (etwa 16 000 Tonnen) Braugerste verbraucht.<sup>18</sup> Allerdings wurden diese Mengen nicht in der Kurmark allein erzeugt. Von Gardelegen, das um 1600 jährlich zwischen 2500 und 3000 Tonnen Gerste zur Herstellung seiner weitbekanntten und weitexportierten "Garley" verbrauchte, wissen wir, daß es regelmäßig erhebliche Mengen aus der Magdeburger Börde bezog. Andererseits wurden aber auch aus der Kurmark wiederum erhebliche Mengen Gerste exportiert.

Diese Zahlen gewinnen an Aussagekraft, wenn wir sie den Angaben über den Getreideexport aus der Kurmark gegenüberstellen. Es muß vorausgeschickt werden, daß der Kurfürst von Brandenburg 1558 die kaiserliche Genehmigung erlangt hatte, an der alten Zollstätte Lenzen einen "Neuen Kornzoll" zu erheben.<sup>19</sup> Dieser Zoll betraf sowohl die Ausfuhr als auch die Durchfuhr, und auch der sonst zum zollfreien Getreideexport berechnigte Adel war ihm unterworfen. Da die Zollstätte Lenzen zumindest von den näher gelegenen Produzenten bzw. Händlern vielfach umfahren wurde, ist seit 1571 an allen brandenburgischen Grenzübergangsstellen der "Neue Kornzoll" erhoben worden.<sup>20</sup> Damit sollte eine lückenlose Verzollung allen grenzüberschreitenden Getreides erreicht werden. Der brandenburgische Adel, und das zeigt sein Interesse am Kornexport, hat den "Neuen Kornzoll" von Anbeginn erbittert bekämpft.<sup>21</sup>

Über den Getreideexport aus Brandenburg in den Jahrzehnten vor dem Dreißigjährigen Kriege liegen bis jetzt nur sehr ungefähre Schätzungen vor.<sup>22</sup> Es dürfte daher nützlich sein, hier einige aus archivalischen Quellen gewonnene Zahlen vorzulegen. Von Bartholomäi 1563 bis Bartholomäi 1570 wurden in Lenzen im Jahresdurchschnitt 12472 Wispel verzollt.<sup>23</sup> Man muß dabei aber beachten, daß durch Lenzen nicht nur die Ausfuhr aus den östlich der Elbe liegenden Gebieten der Kurmark ging, sondern auch die der Altmark und der Gebiete an der mittleren Elbe. Während aus dem Territorium des damaligen Erzstiftes Magdeburg sehr be-

15 Behre, Otto, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 45.

16 Zur Kurmark Brandenburg gehörten die Landschaften: Altmark, Prignitz, Ruppín, Havelland, Zauche, Teltow, Barnim, Glien-Löwenberg, Lebus, Uckermark und Ländchen Stolpe.

17 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 34, Nr. 24 u. 34.

18 Die Umrechnung von Wispel in Tonnen erfolgte auf Grund der Werte bei Abel, Wilhelm, Agrarkrisen und Agrarjunktur, 2. Aufl. Hamburg/Berlin 1966, S. 274.

19 Acta Borussica, Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Brandenburg-Preußens bis 1713, bearb. v. Hugo Rachel, Berlin 1911, S. 20 ff.

20 Haß, Martin, Das Brandenburgische Zollwesen im 16. Jahrhundert, in: Schmollers Jahrbuch, 27. Jg. 1903, S. 1487.

21 Derselbe, Die kurmärkischen Stände im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts, München/Leipzig 1913, S. 137 f.

22 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik, Bd. 2, Berlin 1901, S. 43.

23 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 19, Nr. 54, Fasz. 2.

deutende Getreidemengen nach Hamburg verschifft wurden, blieb die Ausfuhr Kursachsens in dieser Zeit nach Ausweis der Register der mecklenburgischen Zollstätte Dömitz nur gering.<sup>24</sup>

Zwischen 1563 und 1570 wurde in Lenzen 1563/64 mit 20654/6 Wispel der Höhepunkt der Getreidedurchfuhr erreicht, und nur aus diesem einen Jahr liegen uns genaue Angaben über die Herkunft des Getreides vor (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Die Herkunft des 1563/64 in Lenzen elbabwärts verzollten Getreides<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

Herkunftsgebiet	Weizen	Roggen und Gerste <sup>++</sup>	Hafer	Mehl	Malz	Insgesamt
Erzstift Magdeburg (westl. d. Elbe)	851/12	7707/18	318/-	1/-	1/-	8879/6
Erzstift Magdeburg (östl. d. Elbe)	568/17	737/7	-	-	-	1306
Altmark	2287/1 $\frac{1}{2}$	637/10	4/12	2/12	-/1	2932/11 $\frac{1}{2}$
Mittelmark	5/20	3462/13 $\frac{1}{2}$	-	5/-	-	3473/9 $\frac{1}{2}$
Ruppin	1/18	2415/20	-	-	-	2417/14
Prignitz	35/12	1300/1	2/-	-	4/12	1342/1
Mecklenburg	-	305/12	-	-	-	305/12
	3750/8 $\frac{1}{2}$	16566/9 $\frac{1}{2}$	324/12	8/12	6/12	20654/6

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 19, Nr. 54, Fasz. 2.

++ In den Zollregistern überwiegend nicht getrennt.

Insgesamt wurden also in diesem einen Jahre aus der Kurmark Brandenburg über Lenzen 10 364 Wispel 7 Scheffel Getreide exportiert. Umgerechnet sind das etwa 8900 Tonnen. Das Exportgetreide aus der Uckermark, aus dem Lande Lebus und offenbar auch größtenteils aus dem Barnim ging überwiegend nach Stettin. Aus der undatierten Denkschrift des Hieronymus von Tempelhoff, die aus der Zeit der Handelsauseinandersetzungen zwischen der Mark Brandenburg und Pommern stammt (1578 - 1587), wird die jährliche Getreidezufuhr aus der Mark Brandenburg nach Stettin mit 3000 bis 4000 Wispeln beziffert.<sup>25</sup> Das stimmt mit jener Angabe überein, die besagt, daß im Jahresdurchschnitt zwischen 1578 und 1588 auf der Achse und zu Wasser vom Getreidezoll nach Stettin 3213 Reichstaler 16 Groschen eingenommen

24 Staatsarchiv Schwerin, Altes Archiv, acta vectigalia et commercii in Albi flumine, Elbzollregister von Dömitz.

25 DZA Merseburg, Rep. 19, Nr. 11, Fasz. 1.

wurden.<sup>26</sup> Nach den geltenden Zollsätzen kann daraus auf die von Tempelhoff genannte Getreidemenge geschlossen werden. Von einem mengenmäßig nennenswerten Getreideexport nach Kursachsen oder nach Mecklenburg ist nichts bekannt. Mit den genannten Mengen werden wir also den ganz überwiegenden Teil des Getreideexports der Kurmark in dieser Zeit erfaßt haben.

Aus dem halben Jahrhundert zwischen 1570 und 1620 lassen sich aus den Registern der mecklenburgischen Zollstätte Dömitz Zahlen über den Umfang des Getreidehandels im Elbeinzugsgebiet errechnen (vgl. Tabelle 2). Dömitz liegt so dicht unterhalb von Lenzen, daß elb- aufwärts das Hinterland der beiden Zollstätten praktisch identisch ist. Auch die Zufuhr über Land kann zwischen Lenzen und Dömitz nicht bedeutend gewesen sein.

Tabelle 2

In Dömitz elbabwärts verzollte Getreidemengen<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

Zeitraum	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Zusammen
1578/79- 1581/82 <sup>++</sup>	5493/3	6310/8	4082/19	87/6	15973/12 (ca. 14900 t)
1619/20- <sup>+++</sup> 1623/24	2083/18	3912/12	3805/10	63/19	9865/11 (ca. 8700 t)

+ Staatsarchiv Schwerin, Altes Archiv, acta vectigalia et commercii in Albi flumine, Elbzollregister von Dömitz aus den entsprechenden Jahren.

++ Ausgewertet wurden 3 Jahre, ohne 1580/81.

+++ Ausgewertet wurden 4 Jahre, ohne 1620/21.

Leider ist aus den Eintragungen der Dömitzer Register nicht die Herkunft des Getreides zu entnehmen. Es sind immer nur die Schiffer und ihre Heimatorte angegeben. Da aber ein beträchtlicher Teil von ihnen in Hamburg beheimatet war, können keine sicheren Schlüsse über die Herkunft des Getreides gezogen werden. Immerhin wird man nach den hier gebotenen Zahlen sagen können, daß zwischen 1560 und 1620 der Getreideexport aus der gesamten Kurmark Brandenburg auch in guten Jahren 10 000 bis 15 000 Tonnen nicht überstiegen haben dürfte.

Die Bedeutung dieser Zahlen ergibt sich aus einem Vergleich mit denen des nordeuropäischen Getreidehandels nach den Sundzollregistern (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Danzigs Getreideexport durch den Sund zwischen 1562/65 und 1616/20<sup>+</sup>  
(in Last)<sup>++</sup>

Zeitraum	Roggen	Weizen	Mehl	Gerste	Zusammen
1562/65	42720	4826	4424	603	52573
1566/69	34089	2258	1390	495	38232
1570/75	28796	3493	1750	277	34316
1616/20	51778	5679	263	1418	59138

+ Bang, Nina Ellinger, Tabeller over Skibsfart og Varetransport gennem Öresund 1497 - 1660, II: Tabeller over Varetransporten A. 1933, zit. nach Dollinger, Philippe, Die Hanse, Stuttgart 1966, S. 557.

++ 1 Last = ca. 2 t.

Der Umfang des Getreideexports aus Danzig schwankte also in diesem Zeitraum zwischen zirka 70 000 Tonnen und 120 000 Tonnen jährlich. Wenn man bedenkt, daß das binnenwärtige Einzugsgebiet des Danziger Getreidehandels etwa 200 000 Quadratkilometer groß war, die Kurmark dagegen in dieser Zeit etwa 25 000 Quadratkilometer umfaßte, so wird man feststellen können, daß unser Gebiet kaum weniger intensiv in den europäischen Getreidehandel einbezogen war als Polen.<sup>27</sup> Noch eine weitere Überlegung sei hier angestellt. Nimmt man den jährlichen Bedarf eines Erwachsenen an Brotgetreide mit 150 bis 250 Kilogramm an<sup>28</sup>, so läßt sich schließen, daß aus der Kurmark in dem behandelten Zeitraum 40 000 bis 60 000 Menschen zusätzlich versorgt werden konnten. Zum Vergleich sei angeführt, daß um 1620 die Einwohnerzahl Amsterdams, einer der größten Städte des damaligen Nordeuropas, auf 100 000 Menschen geschätzt wurde.<sup>29</sup>

### III. Die Herausbildung der marktproduzierenden feudalherrlichen Eigenwirtschaften im 16. Jahrhundert und das Problem der bäuerlichen Marktbeziehungen

Wir können hier also als erstes Zwischenergebnis feststellen, daß im 16. Jahrhundert in der Mark Brandenburg durchaus eine bedeutende Marktproduktion von Getreide nachweisbar ist und ferner, daß ein regelmäßiger Getreideexport stattfand. Diese Tatsache wirft natürlich die Frage nach der Herkunft dieses Marktgetreides auf, das heißt, ob es aus bäuerlichen Wirtschaften stammte oder ob es in gutherrlichen Eigenwirtschaften produziert wurde. Und darüber hinaus müssen wir fragen, welchen Einfluß diese Marktproduktion auf

27 Die Flächengröße der Kurmark wurde errechnet nach Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1804, S. 7. - Dieser Vergleich kann selbstverständlich nur sehr ungefähr sein, da Faktoren wie Bodenqualität und Anteil des Ackerlandes an der Gesamtfläche unbekannt sind.

28 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl. Stuttgart 1955, S. 117 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 1.

29 Vgl. Haußherr, Hans, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Weimar 1954, S. 240.

die sozialökonomische Struktur unseres Gebietes insgesamt ausgeübt hat. Zunächst wollen wir die Frage nach der Herkunft des Marktgetreides erörtern. Boelcke hat vor einiger Zeit die Ansicht geäußert, die Produktion der gutsherrlichen Eigenwirtschaften sei bis zum Dreißigjährigen Kriege so gering gewesen, daß diese kaum eine nennenswerte Marktquote hätten liefern können. Die Junker verdankten ihre Stellung als Getreideverkäufer vielmehr der Tatsache, daß sie ihre abhängigen Bauern vom Markt verdrängten und deren Marktgetreide zwangsweise selbst aufkauften.<sup>30</sup> Nach dieser Auffassung gäbe es also wiederum keine Ursachenverknüpfung zwischen Marktproduktion in feudalherrlichen Eigenwirtschaften und der Herausbildung der Gutsherrschaft. Boelckes Thesen sind jedoch für Brandenburg unzutreffend. In einer Lenzener Zollrolle<sup>31</sup> von Purificationis Mariae (2. Februar) bis Ostern 1564 (2. April) sind die Verkäufer bzw. die Aufkäufer des in diesem Zeitraum in Lenzen verzollten Getreides genannt. Darin werden einzelne Adlige namentlich aufgeführt, häufiger wird aber nur gesagt "von etlichen Junkern" oder "Junkerkorn", und in vielen Fällen ist nur der Aufkäufer genannt. Daraus könnte man also schließen, daß sich dahinter die Marktquote an Getreide der bäuerlichen Wirtschaften verbirgt. Genauer ist der Getreidehandel der Bauern in einer Zollstreitigkeit aus der Uckermark zu fassen.<sup>32</sup> Um 1570 hatte der Stettiner Händler Thomas Radicke offenbar versucht, sein in der Uckermark aufgekauftes Getreide unter Umgehung des Zolls aus dem Lande zu bringen. In dem daraus erwachsenen Schriftwechsel sind die Geschäftspartner Radickes aufgeführt, darunter neben Adligen zahlreiche Bauern aus Dörfern der Umgegend von Angermünde. In den wenigen Kornrechnungen von Feudalherrschaften aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Kriege, die erhalten geblieben sind, finden sich niemals Eintragungen über den Aufkauf von Bauerngetreide. Wohl aber werden die Getreideeinnahmen aus bäuerlichen Produktenrenten sehr genau aufgeführt. Schließlich war allein durch den seit der Errichtung des ständischen Kreditwerkes (1540) immer wieder erhobenen Hufen- und Giebelschoß, der in Geld zu entrichten war, für die Bauern ein Zwang gegeben, Erzeugnisse ihrer Wirtschaften auf dem Markte abzusetzen. Bei den gegebenen Anbauverhältnissen spielte dabei Getreide die größte Rolle.

Boelcke hat in dem genannten Aufsatz die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Oberlausitz verallgemeinert.<sup>33</sup> Nach seiner Ansicht hatte dort der Adel seit dem 16. Jahrhundert die Bauern als Verkäufer auf dem Markt weitgehend ausgeschaltet, indem er sie zwang, ihm gegen ein geringes Entgelt seine Überschüsse zu verkaufen. In Brandenburg dagegen blieb die durchschnittliche Bauernstelle stets unmittelbar mit dem Markt verbunden. Das gilt auch für den Spätféudalismus, da in dieser Zeit infolge der sehr stark erhöhten Staatssteuern die zwangsläufig daraus entstehenden Marktbeziehungen noch intensiver wurden.

Leichter als den bäuerlichen Getreidehandel kann man den des Adels und anderer feudaler Grundherren erfassen. Nach den Eintragungen des Lenzener Zollregisters von 1564 haben einzelne Junker in einem Posten Mengen von 30 bis 100 Wispel Getreide verkauft. Das nach der Reformation als adliges Damenstift weiter bestehende Kloster Heiligengrabe verkaufte auf einmal 96 Wispel Roggen und Gerste. Auch die Landesherrn selbst brachten erhebliche Getreidemengen auf den Markt, allerdings wohl nur sporadisch. Nach dem Dömitzer Zollregister von 1581/82 ließ der Kurfürst von Brandenburg 565 Wispel Roggen und Gerste

30 Boelcke, Willi Alfred, Die Gutsherrschaft in der mitteldeutschen Agrargeschichtsschreibung, in: Zur ostdeutschen Agrargeschichte. Ein Kolloquium, Würzburg 1960, S. 68 f. = Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 16.

31 DZA Merseburg, Rep. 19, Nr. 44a, Fasz. 1.

32 Ebenda, Nr. 73, Fasz. 2.

33 Boelcke, Willi Alfred, Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz. Ein Beitrag zur Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsgeschichte der ostelbischen Gutsherrschaft, Bautzen 1957 = Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung, Bd. 5.



(übrigens zollfrei) nach Hamburg verschifften.<sup>34</sup> Nach dem Amtsregister des Amtes Ruppin von 1601/02 wurden allein aus diesem Amt 423 Wispel 23 Scheffel Roggen nach Havelberg und Hamburg verkauft.<sup>35</sup>

Einen gewissen Eindruck von dem adligen Kornexport gewährt eine Systematisierung der Eintragungen des nur im Fragment überlieferten Lenzener Zollregisters vom 2. Februar bis Ostern 1564 (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Herkunft des vom 2. Februar bis 2. April in Lenzen verzollten Getreides<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

	Altmark	Mittelmark	Prignitz	Ruppin, Bellin, Friesack, Rhinow
Von namentlich genannten Junkern	184/12	359/16	-	150/12
Als "Junkerkorn" ausdrücklich bezeichnet	-	138/12	75/-	274/8
Ohne Herkunftsbezeichnung, vermutlich Bauernkorn	800/12	209/-	18/9	92/-
Von geistlichen Institutionen	50/-	-	96/-	-
	1035/-	707/4	189/9	516/20

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 19, Nr. 44a, Fasz. 1.

Von den in dieser Zeit verzollten 2448 Wispel 9 Scheffel stammten immerhin 1328 Wispel 14 Scheffel aus dem Besitz Adliger bzw. geistlicher Institutionen. Man wird die Bedeutung dieser Zahlen nicht überschätzen dürfen, handelt es sich dabei doch nur um etwas mehr als 23 Prozent der über Lenzen verschifften kurmärkischen Getreideausfuhr dieses Jahres. Immerhin beweisen sie die Tatsache eines lebhaften Getreidehandels der Junker schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts. Man kann aus ihnen auch schließen, daß die Altmark offenbar viel weniger gutsherrschaftlich umgeformt war als beispielsweise das Havelland.

Wir kommen damit zu der zentralen Frage bei der Herausbildung von Gutswirtschaft und Gutsherrschaft, nämlich zu der Frage nach der Herkunft des von den Junkern exportierten Getreides. Am leichtesten ließe sich diese Frage aus einer Analyse von Gutsrechnungen beantworten. Da diese jedoch nur in sehr geringer Zahl zur Verfügung stehen, müssen wir uns mit Beispielen begnügen und andere Quellengattungen heranziehen. Wenn zwischen der Entstehung der Gutswirtschaft und der Ausgestaltung der Gutsherrschaft ursächliche Bezie-

34 Staatsarchiv Schwerin, Altes Archiv, acta vectigalia et commercii in Albi flumine, Elbzollregister von Dömitz von 1881/82.

35 Staatsarchiv Schwerin, Rep. 7, Amt Ruppin, Nr. 1.

hungen bestehen, müssen im Verlaufe der Entwicklung die Einnahmen aus der gutsherrlichen Eigenwirtschaft die aus den in Geld oder Produkten geleisteten Feudalrenten übertroufen haben. Die typischen Züge dieser Veränderungen sollen zunächst an zwei Beispielen landesherrlicher Ämter gezeigt werden.

Das Kloster Diesdorf in der nordöstlichen Altmark war 1551 säkularisiert und in ein landesherrliches Amt umgewandelt worden. Die Wirtschaftsgeschichte des Klosters im 14. und 15. Jahrhundert ist 1922 von Wentz<sup>36</sup> untersucht worden. Den Charakter der sozialökonomischen Struktur am Ende des 15. Jahrhunderts zeigen folgende seiner Ausführungen: "Das gesamte Wirtschaftsleben des Klosters war aufgebaut auf den Leistungen der Hintersassen. Die bäuerlichen Abgaben wurden in Getreide, Vieh oder Geld eingeliefert. Unter ihnen war für das Kloster weitaus am einträglichsten der Kornzehnte."<sup>37</sup> Dem Ackerbau in der auch damals schon bestehenden klösterlichen Eigenwirtschaft mißt Wentz nur geringe Bedeutung bei.<sup>38</sup> Wichtig ist fernerhin seine Feststellung, daß etwa seit der Mitte des 15. Jahrhunderts anstelle der Naturalleistungen überwiegend Geld gezahlt wurde.<sup>39</sup> In einer anderen Arbeit macht er auch Ausführungen über den Getreidehandel des Klosters.<sup>40</sup> Aus dem Zeitraum zwischen 1469 und 1493 kann er dazu aus acht Jahren Angaben bringen. Demnach schwankte der Getreideverkauf des Klosters zwischen 6 Wispel im Jahre 1487 und 18 Wispel 22 Scheffel im Jahre 1477. Entsprechend der Kleinheit der klösterlichen Eigenwirtschaft schätzt Wentz die Arbeitsrenten der Bauern als recht bescheiden ein.

Wesentlich gewandelt erscheint dann die Situation in den Jahrzehnten um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Der Besitzstand des Klosters bzw. nunmehr des landesherrlichen Amtes blieb nahezu unverändert. Es ist interessant, daß zwischen 1450/51<sup>41</sup> und 1585<sup>42</sup> die Höhe der Produktenrente fast unverändert blieb. Nach der Zusammenstellung von Wentz betragen 1450/51 die in Korn zu leistenden festen Produktenrenten der Bauern 117 Wispel 12 3/4 Scheffel und nach dem Erbregerister von 1585 mußten sie 121 Wispel 11 Scheffel geben. Die Höhe der Geldrente betrug 1450/51 zusammen 287 Mark 15 Schillinge 7 Pfennige (lübisch), und 1585 machte sie 187 Taler 9 Groschen 11 Pfennige aus.<sup>43</sup> Während in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Kornabgaben weitgehend in Geldzahlungen umgewandelt worden waren, zeigen die Kornrechnungen aus der Zeit um 1600, daß alle Produktenrenten tatsächlich in Naturalform verlangt und geleistet wurden. Wentz maß der Eigenwirtschaft des Klosters am Ende des 15. Jahrhunderts eine nur geringe Bedeutung bei, ohne aber Zahlen über Anbau und Ertrag bieten zu können. Um 1600 gab es im Amt Diesdorf die drei Vorwerke Diesdorf, Lüdelsen und Viere. Das Gesamtaufkommen an Getreide im Amt und seine Herkunft im Durchschnitt der Jahre 1609/10 bis 1613/14 ergibt sich aus Tabelle 5.

36 Wentz, Gottfried, Das Wirtschaftsleben des Klosters Diesdorf im ausgehenden Mittelalter, phil. Diss. Berlin 1922.

37 Ebenda, S. 68.

38 Vgl. ebenda, S. 94.

39 Ebenda, S. 88.

40 Derselbe, Das offene Land und die Hansestädte. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Klosters Diesdorf in der Altmark, in: Hansische Geschichtsblätter, 48. Jg. 1923, S. 77.

41 Derselbe, Das Wirtschaftsleben des Klosters Diesdorf im ausgehenden Mittelalter, a. a. O., Anhang, Tab. I.

42 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 2, Nr. D 7739, Erbregerister des Amtes Diesdorf von 1585.

43 1 Reichstaler hat 3 Mark lübisch. Der Reichstaler liegt jedoch über dem Taler brandenburgischer Landesmünze.

Tabelle 5

Produktenrente und Ernte der Eigenbetriebe in den Getreideeinnahmen des Amtes Diesdorf<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

	Roggen	Gerste	Hafer	Insgesamt
Pacht und Zehnt	146/1	7/5	24/10	177/16
Ernte der Vorwerke	100/12	47/5	96/8	244/1
Verhältnis Produktenrente: Eigenernte	1 : 0,68	1 : 6,19	1 : 3,94	1 : 1,37

+ Staatsarchiv Magdeburg, Rep. Da Diesdorf, XXV f 1, Kornrechnungen. - Bei der Gegenüberstellung von 1450/51 und 1585 werden nur die sogenannten "Stehenden Pächte" einbezogen. In der Tabelle tritt zu diesen noch der Getreidezehnt.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß die drei Vorwerke nur von mittlerer Größe waren. Die Aussaatfläche von Diesdorf betrug 1604/05 42 Wispel 1 Scheffel, die von Lüdelsen 33 Wispel 2 Scheffel und die von Viere 17 Wispel 10 Scheffel.<sup>44</sup> Obwohl also der Ausbau der Eigenwirtschaften nicht mit aller Intensität vorangetrieben wurde, genügte bereits dieser Stand, im mehrjährigen Durchschnitt aus den Vorwerken mehr Getreide einzunehmen als aus den bäuerlichen Produktenrenten. Jetzt spielte auch der Getreideverkauf eine sehr bedeutende Rolle. Im Durchschnitt der Jahre 1609/10 bis 1613/14 verkaufte das Amt 95 Wispel 15 Scheffel Roggen, 3 Wispel 14 Scheffel Gerste und 10 Wispel 9 Scheffel Hafer.<sup>45</sup> Das Getreide wurde übrigens zum überwiegenden Teil in der näheren Umgegend von Diesdorf abgesetzt. Ein Teil ging auch nach Lüneburg. Im 15. Jahrhundert war der Zins der Bauern die wichtigste Geldeinnahme des Klosters und überstieg die Erlöse aus dem Verkauf von Getreide.<sup>46</sup> Am Anfang des 17. Jahrhunderts war eindeutig der Verkauf von Getreide die bedeutendste Einnahmequelle.<sup>47</sup> 1613/14 machten die Einnahmen der "Stehenden Pächte" in Geld 209 Taler 17 Groschen 10 Pfennige aus. Das sind also die grundherrschaftlichen Geldeinnahmen. Aus dem Verkauf von Getreide erzielte das Amt in diesem Jahr 3197 Taler 14 Groschen 6 Pfennige bei einer Gesamteinnahme von 5244 Taler 3 Groschen 11 1/2 Pfennigen. Im Jahre 1616/17 ergaben die "Stehenden Pächte" 209 Taler 17 Groschen 10 Pfennige, und die Einnahmen aus dem Getreideverkauf betrug 3402 Taler 21 Groschen 9 Pfennige bei einer Gesamteinnahme des Amtes von 5952 Taler 15 Groschen 11 1/2 Pfennigen. Die im Durchschnitt der Jahre 1609/10 - 1613/14 verkauften Getreidemengen könnten theoretisch allein aus der Ernte der Eigenwirtschaften des Amtes stammen.

Im Amt Ruppın zeigt sich die gleiche Entwicklung mit aller Deutlichkeit. Beim Anfall der bis dahin selbständigen Grafschaft Lindow an die Kurfürsten von Brandenburg im Jahre 1524 bestanden dort nur die beiden Vorwerke Alt-Ruppın und Storbeck.<sup>48</sup> Aus einem Bericht des

44 Staatsarchiv Magdeburg. Rep. Da Diesdorf, XXV f 1.

45 Ebenda.

46 Wentz, Gottfried, Das Wirtschaftsleben des Klosters Diesdorf im ausgehenden Mittelalter, a. a. O., S. 83; derselbe, Das offene Land und die Hansestädte, a. a. O., S. 77.

47 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. Da Diesdorf, XXV a 41 u. XXV a 45.

48 Die Angaben über die erste Erwähnung der Vorwerke im Amt Ruppın verdanke ich der freundlichen Auskunft von Frau Dr. L. Enders, die den Band Ruppın des "Historischen Ortslexikons für Brandenburg" im Manuskript abgeschlossen hat.

Amtshauptmanns Kurt von Rohr kann entnommen werden, daß bis 1549 die Vorwerke Schulzendorf und Lüdersdorf hinzukamen.<sup>49</sup> Nach Rohrs Angaben sind unter seiner Amtshauptmannschaft die Aussaatflächen der Vorwerke wie in Tabelle 6 angegeben vergrößert worden.

Tabelle 6

Aussaat auf den Vorwerken des Amtes Ruppin<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

Vorwerke	1540			1549		
	Roggen	Gerste	Hafer	Roggen	Gerste	Hafer
Alt-Ruppin	2/12	2/12	4/-	5/-	5/-	5/-
Lüdersdorf	3/-	2/12	2/12	11/-	11/-	11/-
Schulzendorf	2/-	-	-	5/-	6/-	5/-
Storbeck	4 - 5/-	5/-	4/12	10 - 11/-	11/-	11/12

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 55, Nr. 3.

Nach dem Erbregister des Amtes Ruppin aus dem Jahre 1590 wurden auf den Amtsvorwerken die in Tabelle 7 angegebenen Getreidemengen ausgesät.

Tabelle 7

Aussaat auf den Vorwerken des Amtes Ruppin 1590<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

Vorwerk	Roggen	Gerste	Hafer	Lein	Zusammen
Alt-Ruppin	12/8	14/9	3/16	-	30/9
Linow ++	9/12	9/6	-	-	18/18
Lüdersdorf	30/9	27/-	5/12	-/4	63/1
Schulzendorf	20/-	?	?	?	?
Storbeck	29/-	21/-	8/12	-/18	59/6

+ Staatsarchiv Potsdam, Rep. 2, D 16402.

++ Das Vorwerk Linow kam erst kurz vor 1590 zum Amt Ruppin.

Die Aussaatmengen zeigen, daß die Vorwerke gerade in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stark vergrößert wurden. Entsprechend veränderte sich auch das Verhältnis von Produktenrente und Eigenernte beträchtlich, wie die Gegenüberstellung in Tabelle 8 zeigt.

<sup>49</sup> DZA Merseburg, Rep. 55, Nr. 3. - Der Bericht selbst ist undatiert. Da Rohr aber 1540 die Amtshauptmannschaft von Ruppin übernahm und er hier von "diesen 9 Jahren" spricht, kann angenommen werden, daß er die ersten 9 Jahre seiner Amtstätigkeit meint.

Produktenrente und Eigenrente der Eigenbetriebe in den Getreideeinnahmen  
des Amtes Ruppin<sup>+</sup>  
(in Wispel/Scheffel)

	1552/55 (4 Jahre)	1601/02 - 1604/05 (4 Jahre)
Roggen		
Produktenrente	300/9	295/16
Eigenrente	75/20	213/20
	} 1 : 0,25	} 1 : 0,69
Gerste		
Produktenrente	90/20	76/1
Eigenrente	65/19	200/3
	} 1 : 0,72	} 1 : 2,84
Hafer		
Produktenrente	92/22	130/23
Eigenrente	36/21	24/6
	} 1 : 0,39	} 1 : 0,18
Gesamtaufkommen		
Produktenrente	484/3	502/16
Eigenrente	178/12	438/5
	} 1 : 0,37	} 1 : 0,83

+ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg, Rep. 55, Nr. 4.

Im Hinblick auf die Zahl der amtsuntertänigen Bauern (nach dem Erbregister von 1590 waren es 233 Hüfner) hatte sich auch im Amt Ruppin die in Form von Getreide geleistete Produktenrente nicht entscheidend erhöht. Demgegenüber war aber die Ernte aus den Vorwerken auf fast das 2,5fache angewachsen.

In beiden Ämtern wurden also über lange Zeiträume hinweg und gerade in den konjunkturell entscheidenden Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts die feudalen Geld- und Produktenrenten kaum verändert, während die Erträge der Eigenwirtschaften einen bedeutenden Zuwachs aufwiesen. Die gleiche Entwicklung fand auch im Adelsbereich statt. In der Herrschaft Boitzenburg blieben zwischen 1570/71 und 1617 beim sogenannten "Niederhaus" (die Herrschaft war geteilt) Geld- und Produktenrenten nahezu unverändert.<sup>50</sup> Über die Ertragsentwicklung der gutsherrlichen Eigenwirtschaften liegen keine Quellen vor, aber schon 1570/71 überstieg die Getreideernte der Vorwerke die bäuerliche Produktenrente um das Zwei- bis Dreifache.

In der Herrschaft Löcknitz in der nördlichen Uckermark, die im 16. Jahrhundert der Familie von der Schulenburg gehörte, hatten nach dem Erbregister von 1591 192 Pflugdienste und 81 Kossäten zusammen 129 Wispel 17 1/4 Scheffel Getreide im Jahr zu geben.<sup>51</sup> Die Ernte der sechs zur Herrschaft Löcknitz gehörigen Vorwerke ergab im Durchschnitt der Jahre 1618/19 und 1621 (andere Werte standen nicht zur Verfügung) 578 Wispel 4 Schef-

50 Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg, Weimar 1968, S. 69 ff. = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6.

51 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 2, Nr. D 12353. - In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde Löcknitz landesherrliches Amt.

fel.<sup>52</sup> Es leuchtet ein, daß die Familie von der Schulenburg diese großen Mengen nicht selbst konsumieren konnte, sondern erhebliche Mengen davon verkaufte.

Ein bedeutendes Überwiegen der Getreideeinnahmen aus den gutsherrlichen Eigenwirtschaften über die Produktenrenten ist auch in der Herrschaft Friesack im Havelland festzustellen. Im Jahre 1541 sollen die Produktenrenten dort 170 Wispel Getreide jährlich eingetragener haben.<sup>53</sup> Spätere Mengenangaben zur Produktenrente sind nicht überliefert. Es ist jedoch bekannt, daß Hartwig von Bredow nach 1541 eine Anzahl von Bauernhufen zu Vorwerken eingezogen hat, aber auch neue Bauernstellen einrichtete bzw. hinzukaufte. Wir können also annehmen, daß die Einnahmen an Zinsgetreide etwa gleich blieben. Zwischen 1550 und 1580 ließ Hartwig von Bredow die Vorwerke Briesen, Wagenitz, Kriele, Damme und Dikte neu einrichten. Nach einer Kornrechnung aus dem Jahre 1580 nahm er in diesem Jahr aus seinen Vorwerken 308 Wispel Roggen, 305 Wispel Gerste und 98 Wispel Hafer ein.<sup>54</sup> Es ist für unsere Beweisführung besonders interessant, daß in der oben erwähnten Zollrolle von Lenzen aus dem Jahre 1564 Hartwig von Bredow in einem Posten 103 Wispel Roggen und Gerste verkaufte.<sup>55</sup> Nach einem (offenbar unvollständigen) Verzeichnis verkaufte er von Michaelis 1580 bis Michaelis 1581 173 Wispel Roggen und 98 Wispel 17 Scheffel Gerste.<sup>56</sup> Typisch für das große Interesse Hartwig von Bredows am Getreidehandel ist die Tatsache, daß im Erbregister von 1581 die Kornfuhrer der Bauern fast nur nach Rathenow verlangt werden, wo das Korn dann verschifft wurde.<sup>57</sup>

Soweit quellenmäßig faßbar, ist also offenbar in den Adelsbesitzungen das Getreideaufkommen aus den Eigenwirtschaften viel schneller gesteigert worden als in den Ämtern und übertraf am Ende des 16. Jahrhunderts das Zinsgetreide vielfach schon um ein Mehrfaches, wobei besonders betont werden muß, daß auch hier die Produktenrenten nicht oder doch kaum gesteigert worden sind.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß in den Taxen einiger Herrschaften die Einkünfte aus der Viehwirtschaft kaum hinter denen aus dem Getreideverkauf zurückstanden (zum Beispiel Herrschaft Freienstein 1619). Allerdings hatte in Brandenburg die gutsherrliche Viehwirtschaft keine wesentlichen Rückwirkungen auf die Wandlungen der sozialökonomischen Struktur, also die Herausbildung der Gutsherrschaft. Erfahrungsgemäß blieben auch die tatsächlich aus der Viehwirtschaft erzielten Gewinne regelmäßig beträchtlich unter den Angaben der Taxen.

#### IV. Die Struktur der Feudalrenten und ihre Bedeutung für die begriffliche Unterscheidung von Grundherrschaft und Gutsherrschaft

Die bisher gezeigten Beispiele von landesherrlichen Ämtern und Adels herrschaften verdeutlichen den Weg der Herausbildung der feudalherrlichen Eigenwirtschaft, die zunehmend größeren Anteil an den Gesamteinnahmen der Feudalherren gewinnt. Es muß jedoch erwähnt werden, daß es auch große Feudal herrschaften gab, in deren Bereich mindestens in dem hier zur Debatte stehenden Zeitraum, also bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges, die

52 Ebenda, Nr. D 12312/1.

53 Geschichte des Geschlechts von Bredow, hg. im Auftrage der Geschlechtsgenossen, T. 1, Abt. 1, Halle 1885, S. 245.

54 DZA Merseburg, Rep. 21, Nr. 48, Fasz. 3.

55 Ebenda, Rep. 19, Nr. 44a, Fasz. 1.

56 Ebenda, Rep. 21, Nr. 48, Fasz. 3.

57 Ebenda.

Produktenrenten die größere Bedeutung behalten. Das 1542 säkularisierte Kloster Dambeck in der Altmark befand sich bis 1644 im Pfandbesitz der Familie von der Schulenburg.<sup>58</sup> Nach dem Erbregister des Amtes von 1571 gehörten dazu geschlossen oder teilweise 26 Dörfer, und die Produktenrente betrug insgesamt 184 Wispel 17 1/2 Scheffel Getreide.<sup>59</sup> Die Geldrenten machten den Betrag von 316 Gulden 5 Schillingen 10 1/2 Pfennigen aus. Zum Amt gehörten zwei Vorwerke mit einer Aussaat von 21 Wispel 14 Scheffel bzw. 19 Wispel 20 Scheffel. Legt man einen möglichen Ertrag zum dritten Korn zugrunde, so wird deutlich, daß nach Abzug der Saat weniger als die Hälfte des als Produktenrente eingekommenen Getreides aus den beiden Eigenwirtschaften des Amtes stammen konnte.

Man wird im Bereich städtischen Kämmerereibesitzes und in den Besitzungen der auch nach der Reformation weiter bestehenden Domkapitel und Klöster möglicherweise häufiger derartige Strukturen, eventuell sogar bis in das 18. Jahrhundert hinein, finden. Für die Mark Brandenburg ist das nicht untersucht worden. In Zusammenhang mit den dann notwendigerweise geringeren Arbeitsrenten wird man hier, das sei vorweggenommen, von grundherrschaftlichen Inseln im Bereich der Gutsherrschaft sprechen.

Typisch scheint aber diese Struktur der Feudalrenten etwa seit der Mitte des 16. Jahrhunderts nicht mehr gewesen zu sein, sondern vielmehr die Form, die oben an Beispieldargelegt wurde, das heißt ein Stagnieren der Geld- und Produktenrenten zugunsten der immer mehr ausgebauten feudalherrlichen Eigenwirtschaften.

Die langfristige Stagnation von Geld- und Produktenrenten scheint uns für die erste Phase der Herausbildung von Gutswirtschaft und Gutsherrschaft ein charakteristisches Merkmal zu sein.

Wie im grundherrschaftlichen Bereich wurden auch im Gebiet der späteren Gutsherrschaft in der ersten Phase zunächst alle früher in Geldzahlungen umgewandelten Produktenrenten wieder in Naturalform verlangt und eingetrieben, wie das besonders beim Kloster Diesdorf deutlich war. Im Adelsgebiet ist dieser Vorgang aus Quellenmangel viel schwerer nachzuweisen, obwohl er höchstwahrscheinlich auch dort vor sich ging. Beispielsweise wurde um 1590 in dem zur Herrschaft Löcknitz gehörigen Dörfe Tornow ein Hof nach dem Tode des alten Besitzers, der jährlich 8 Gulden 2 Groschen Geldpacht, 8 Groschen Schweinezehnt, 1 Rauchhuhn, den Lämmerzehnt, 1 Gans und 12 Eier abzuliefern hatte, neu vergeben. Jetzt aber wurde dem neuen Bauern eine Pacht von 1 Wispel Roggen, 1 Wispel Gerste, 1 Wispel Hafer und 6 Gulden auferlegt.<sup>60</sup>

Ziel dieser Renaturalisierung der Feudalrenten war, die Folgen der beginnenden Geldentwertung abzufangen. Die zweite Phase der Entwicklung - und nun beginnt sich der Unterschied zu der in grundherrschaftlichen Formen verharrenden Struktur abzuzeichnen - ist der Ausbau der feudalen Eigenbetriebe.

Die über längere Zeiträume unveränderte Höhe von Geld- und Produktenrente als kennzeichnendes Merkmal für die Gutsherrschaft aufzufassen, drängt sich vor allem bei einem Vergleich mit der Einkommensverteilung in einer reinen Grundherrschaft aus dem schwäbischen Gebiet auf. Es handelt sich um die kürzlich untersuchte Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Heiliggeistspitals zu Biberach an der Riß durch Heimpel.<sup>61</sup> Die Ein-

58 Vgl. Zahn, Wilhelm, Geschichte des Klosters Dambeck, in: Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte zu Salzwedel, 38. Jg. 1911, S. 11 ff.

59 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 32; Joachimsthalsches Gymnasium, Nr. 1499.

60 Ebenda, Rep. 2, Nr. D 12353, fol. 133.

61 Heimpel, Christian, Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Heiliggeistspitals zu Biberach an der Riß 1500 - 1630, Stuttgart 1966 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 15.

künfte des Spitals bestanden fast ausschließlich aus grundherrschaftlichen Abgaben seiner über zahlreiche Dörfer südlich der oberen Donau verstreuten Hintersassen. Eine Eigenwirtschaft wurde nur in einem ganz bescheidenen Maße betrieben. Ihre Erträge stellten jedenfalls keinen wesentlichen Posten in den Einkünften des Spitals dar, die auf den Gülten und den Zehnten als Produktenrenten sowie dem Wiesen- und Hauszins und dem Laudemium (eine Abgabe bei Besitzwechsel) als Geldrente beruhten. Die wichtigste Getreideabgabe, die Gülten, wurden nach Heimpel am Anfang des 16. Jahrhunderts noch vielfach in Geld bezahlt. Im Laufe des Jahrhunderts wurden nach und nach alle Produktenrenten tatsächlich in Getreide eingezogen.<sup>62</sup> Dadurch wurde die im 16. Jahrhundert in schnellem Tempo vor sich gehende Geldentwertung abgefangen. Die hauptsächlichsten der auf dem bäuerlichen Grundbesitz lastenden Geldrenten wurden erheblich erhöht<sup>63</sup>, und zwar auf das 3,43fache. Besonders das Laudemium wurde stark in die Höhe getrieben.<sup>64</sup> Trotz aller Steigerungen blieb nach Heimpel der Realwert (in Getreideeinheiten) aller Einnahmen des Spitals in dem Zeitraum von 1500 bis 1630 nur annähernd konstant, was als Folge der Geldentwertung anzusehen ist. Unbedeutend nach unseren Vorstellungen über den gutsherrschaftlichen Bereich sind die 2- bis 4jährlichen Dienstage je Bauernstelle (bei großen Höfen 6 Tage im Jahr).

Während also die Grundherrschaft Südwestdeutschlands die Geldentwertung durch die Erhöhung bestimmter grundherrschaftlicher Abgaben aufzufangen vermochte, gingen die Grundherren Ostelbiens zur Marktproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse über. Sie ließen die Geld- und Produktenrenten unverändert, vergrößerten ihre Eigenwirtschaften und erhöhten zu deren Bewirtschaftung die Arbeitsrenten ihrer bäuerlichen Hintersassen.

Bei einem Vergleich grund- und gutsherrschaftlicher Verhältnisse ist eine Tatsache wichtig, auf die Maybaum erstmalig aufmerksam gemacht hat. Er wies darauf hin, daß in Mecklenburg bald nach der Mitte des 15. Jahrhunderts in den auf Bauernstellen bezüglichen Verkaufsurkunden neben den verschiedenen Renten Dienste und Gericht gesondert aufgeführt werden, was bis dahin nicht der Fall war.<sup>65</sup> Um 1600 wird dann der "Pflugdienst" in den Taxen gesondert bewertet.

Dieser Vorgang ist auch in der Mark Brandenburg festzustellen. In der Taxe der Herrschaft Buckow aus dem Jahre 1618 wird beispielsweise das Dorf Dahmsdorf mit 5149 Talern 4 Groschen angeschlagen. Davon entfallen 2400 Taler auf die 12 Bauerndienste und 600 Taler auf 6 Kossätendienste<sup>66</sup>; die Dienste werden also mit 58 Prozent des Gesamtwertes von Dahmsdorf angeschlagen. Eine jährliche Getreideabgabe der Bauern und Kossäten von 2 Wispel 14 Scheffel 3 Viertel Roggen und Gerste und 1 Wispel 14 Scheffel 1 Viertel Hafer wird kapitalisiert mit 681 Taler 21 Groschen getaxt, und der Grundzins ergibt kapitalisiert 644 Taler 19 Groschen. Das übrige machen die Abgaben an Fleischzehnt, Pachtgänsen, Rauchhühnern etc. aus. Der Hauptwert der Bauernstellen für die Herrschaft liegt eindeutig nicht mehr in den Geld- und Produktenrenten, sondern in den Diensten. Die überragende Bewertung der Arbeitsrenten gegenüber den Geld- und Produktenrenten in den Taxen von Adelsbesitzungen ist in der Uckermark<sup>67</sup>, dem Havelland<sup>68</sup>, der Prignitz<sup>69</sup> und - mindestens

62 Ebenda, S. 22.

63 Ebenda, S. 32.

64 Ebenda, S. 35.

65 Maybaum, Heinz, Die Entstehung der Gutsherrschaft im nordwestlichen Mecklenburg (Amt Gadebusch und Grevesmühlen), Stuttgart 1926, S. 123.

66 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 37, Buckow, Nr. 25.

67 Ebenda, Herrschaft Boitzenburg, Nr. 1337, Taxe des Unterhauses Boitzenburg von 1617.

68 DZA Merseburg, Rep. 21, Nr. 48, Fasz. 3, Anschlag der Güter des Lippold v. Bredow von 1580 (Ländchen Friesack).

69 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 37, Herrschaft Freienstein, Nr. 19, Taxe des Gutes Neu-



in Einzelbesitzungen - auch in der Altmark anzutreffen. Bei einem Anschlag der Güter und Einkünfte des Spitals zu Biberach müßte dieser Posten nur sehr geringfügig zu Buche schlagen. Entscheidende Bedeutung haben hier allein die grundherrschaftlichen Abgaben.

Wir kommen damit zum Problem des Betriebscharakters der feudalen Eigenwirtschaften. In der Periode bis zum Dreißigjährigen Krieg gilt nach allen bisher bekanntgewordenen Quellen die berühmte Feststellung von Kuczynski über den Teilbetriebscharakter der feudalen Eigenwirtschaften.<sup>70</sup>

Am Beispiel des späteren landesherrlichen Amtes Badingen, für das die Quellenlage besonders günstig ist, hat kürzlich Vogler die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente vom 15. bis zum 18. Jahrhundert verfolgt.<sup>71</sup> Das wichtigste Ergebnis seiner Untersuchung - und das ist eben das Typische für den Bereich der Gutsherrschaft - ist der Nachweis des gewaltigen Anwachsens der Arbeitsrente von einigen Tagen im Jahr im 15. Jahrhundert auf mehrere Tage in der Woche im 18. Jahrhundert. In der Periode bis zum Dreißigjährigen Kriege waren gutsherrliche Eigenwirtschaften, die ganz oder teilweise mit eigenem Vieh und Inventar bestellt wurden, sehr selten. Der feudalherrliche Teilbetrieb muß in dieser Zeit gegenüber der Eigenwirtschaft wesentlich rentabler gewesen sein. Aus dem Jahre 1644 ist von dem Gut Niederschönhausen eine Aufzeichnung über die im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des zerstörten Dorfes vom Gutsherrn beabsichtigte Egalisierung und Separation überliefert.<sup>72</sup> Darin beklagt sich der Gutsherr, daß er die Unkosten der Wirtschaft nicht decken könne, da er infolge der Kriegszerstörungen keine Bauerndienste zur Verfügung habe und er sein Gut mit einem Meier und Knechten bewirtschaften müsse. Auch wenn man bedenkt, daß am Ende des Dreißigjährigen Krieges die Löhne sehr angestiegen waren, so zeigt diese Aufzeichnung doch, daß die Bewirtschaftung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften in Form des Teilbetriebes als das Normale angesehen wurde. Immerhin lassen sich auch schon vor dem Dreißigjährigen Kriege vereinzelt gutsherrliche Eigenbetriebe feststellen. Der Ausbau der Eigenwirtschaften konnte ein Ausmaß erreichen, bei dem die Arbeitsrenten der Bauern einfach nicht mehr ausreichten, zumal diese über eine bestimmte Grenze hinaus nicht mehr steigerungsfähig waren, ohne Bauernfluchten oder andere Formen des Widerstandes hervorzurufen. Zur Herrschaft Löcknitz gehörten beispielsweise sechs Vorwerke, von denen fünf als reine Teilbetriebe bewirtschaftet wurden. Auf dem sechsten Vorwerk, Hohefeld, wurden zum Pflügen 3 bis 4 Häker gehalten, und lediglich zum Säen, Eggen und Mähen waren die Bauern einiger benachbarter Dörfer verpflichtet.<sup>73</sup> In den Auseinandersetzungen zwischen Hartwig von Bredow und seinen Bauern im Ländchen Friesack, die bis vor das kurfürstliche Kammergericht gelangten, wies von Bredow darauf hin, daß er seine Bauern nicht übermäßig mit Diensten beschwere, da er auf mehreren seiner Vorwerke den Ackerbau mit eigenen Zugochsen durch Meier und Knechte bestellen ließe.<sup>74</sup>

Auf welche Weise die Erhöhung der Arbeitsrenten vor sich ging, ist weitgehend unbekannt. Sack äußerte die Meinung, daß die Erhöhung der Arbeitsrenten, die er auch in der Herrschaft Stavenow in der Prignitz feststellte, auf eine friedliche vertragliche Vereinbarung zwischen Herrschaft und Bauern zurückgeht. Quellenbelege konnte er allerdings dafür nicht beibringen.<sup>75</sup>

hausen von 1618 und Taxe des Lehngutes Freienstein von 1618.

<sup>70</sup> Kuczynski, Jürgen, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte. Von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1949, S. 199.

<sup>71</sup> Vogler, Günter, Die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente in Brandenburg vom 15. - 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 142 - 174.

<sup>72</sup> Staatsarchiv Potsdam, Rep. 37, Niederschönhausen, zu Urkunde 13.

<sup>73</sup> Ebenda, Rep. 2, Nr. D 12353, Erbreghister der Herrschaft Löcknitz.

<sup>74</sup> Geschichte des Geschlechts von Bredow, a. a. O., S. 212.

<sup>75</sup> Sack, Joachim, Die Herrschaft Stavenow, Köln/Graz 1959, S. 87 u. 108 = Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 18.

Man wird das Augenmerk stärker als bisher auf die Auseinandersetzungen um die Höhe der Dienste richten müssen. Aus der Altmark ist aus dem Jahre 1584 ein Vertrag überliefert, der die Dienststreitigkeiten zwischen Ludolf von Alvensleben auf Kalbe (Milde) und seinen Untertanen zu Mieste und Miesterhorst schlichten soll.<sup>76</sup> Daraus geht hervor, daß die Bauern die Dienste verweigert hatten und die Herrschaft Leute "gefänglich eingezogen" und Pferde beschlagnahmt hatte. Die Herrschaft griff also zur Durchsetzung der verlangten Arbeitsrenten auf ihre außerökonomischen Zwangsmittel zurück. Es muß noch hinzugefügt werden, daß es sich hier mit Arbeitsrenten von jährlich 20 Spann- und 15 Handdiensttagen um eine im Vergleich zu den ostelbischen Gebieten der Kurmark recht bescheidene Arbeitsrente handelte. Auch aus der Herrschaft Erxleben, die eine Exklave der Altmark im Erzstift Magdeburg bildete, ist ein Vertrag zwischen der Herrschaft und den Bauerngemeinden überliefert, der 1571 Streitigkeiten, die der Dienste wegen entstanden waren, beilegen sollte.<sup>77</sup> Immerhin erreichten die Bauern hier Verträge, die für sie im Kampf gegen weitere Diensterhöhungen von großem Wert sein konnten. Man muß aber bei den genannten beiden Beispielen wissen, daß die Bauern der Altmark persönlich frei waren und ein gutes Besitzrecht an ihren Stellen besaßen.<sup>78</sup> Ob die viel schlechter gestellten Bauern der Uckermark überhaupt einen solchen Kampf führen konnten, ist sehr zweifelhaft.<sup>79</sup> Welches Ausmaß die Kämpfe um die Erhöhung der Arbeitsrente erreichen konnten, zeigen die Vorgänge in der Herrschaft Friesack.<sup>80</sup> Hier schon mehrfach erwähnte Hartwig von Bredow war offenbar ein besonders brutaler und geldgieriger Vertreter seiner Klasse. Im Jahre 1579 verweigerten die Bauern der Dörfer des Ländchens Friesack die Leistung sämtlicher Arbeitsrenten. Durch brutales Vorgehen Bredows gereizt, kam es so weit, daß sich die Bauern bewaffneten und auch die Bauern der umliegenden Dörfer zum Aufstand aufforderten. Bredow verlangte und erhielt seinerseits die Hilfe des Landesherrn. Bei den durchgeführten Untersuchungen stellte sich unter anderem heraus, daß Bredow von seinen Bauern ungemessene Dienste verlangte, obwohl den Bauern im Ergebnis eines Prozesses aus dem Jahre 1541 gemessene Dienste verbrieft waren. Als Begründung für seine Forderung gab Bredow an, daß von den Bauern, denen 1541 gemessene Dienste zugestanden werden mußten, kaum noch welche lebten, der größte Teil vielmehr erst von ihm zu ungemessenen Diensten angenommen worden sei.<sup>81</sup> Da aus dem ostelbischen Bereich der Kurmark kaum noch Akten von Patrimonialgerichten erhalten sind, bleibt als einziger Weg, die Klassenauseinandersetzungen um die feudalen Arbeitsrenten aus den Sentenzenbüchern des kurmärkischen Kammergerichts<sup>82</sup> zu erforschen.

Die Höhe der Arbeitsrente wird in den Quellen nur vereinzelt in einer bestimmten Anzahl von Tagen ausgedrückt. Das Bestreben der Gutsherren muß jedoch dahingegangen sein, eben so viele Spann- und Handdiensttage pro Jahr von seinen Hintersassen zu erhalten, wie zur Bestellung seines Gutslandes notwendig waren und ging offensichtlich auf die Erlangung un-

76 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. H, Calbe, Nr. 1736, fol. 299.

77 Ebenda, Rep. Dc, Erxleben, Nr. 2.

78 Wille, Manfred, Das herrschaftlich-bäuerliche Verhältnis vom Ausgang des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts im nordwestlichen Teil der Altmark. Dargestellt am Domänenamt Salzwedel und an den Gräflich von der Schulenburgschen Rittergütern Beetzendorf, Osterwohle und Wismar, phil. Diss. Berlin 1967, S. 77 f.

79 Vgl. Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 122.

80 Geschichte des Geschlechts von Bredow, a. a. O., S. 212 ff.

81 Ebenda.

82 Vgl. Übersicht über die Bestände des Landeshauptarchivs Potsdam, T. 1: Behörden und Institutionen in den Territorien Kurmark, Neumark, Niederlausitz bis 1808/16, Weimar 1964, S. 25.

gemessener Dienstage hinaus. Es ist auffällig, daß unabhängig von der Größe der feudalherrlichen Eigenwirtschaften und den landschaftlich recht unterschiedlichen Besitzrechten der Bauern an ihren Stellen in allen bekannten Taxen von Adelherrschaften<sup>83</sup> der Bauerndienst durchweg mit 200 Talern und der Kossätendienst mit 100 Talern bewertet wird. Auch die bäuerliche Stellengröße spielt bei dieser Bewertung offenbar keine Rolle, entscheidend ist allein zu leistende Arbeitsrente. In der Taxe des Niederhauses Boitzenburg von 1617 werden in allen Dörfern die Bauerndienste jeweils mit 200 Talern angeschlagen. Lediglich in dem Dorf Klosterwalde beträgt der Taxwert der Bauernstelle nur 100 Taler, weil, wie ausdrücklich hinzugefügt ist, die Bauern dieses Dorfes gemessene Dienste tun.<sup>84</sup> Man könnte also daraus den Schluß ziehen, daß die Veranschlagung eines Bauerndienstes auf 200 Taler die Leistung ungemessener Dienste bedeutet. Diese Vermutung wird durch die Anschläge der Herrschaft Friesack aus dem Jahre 1581 gestützt.<sup>85</sup> Für die Bauern des Hartwig von Bredow zum Beispiel liegen jedoch zwei Taxen vor, Während die eine offenbar den Standpunkt Bredows beinhaltet und jeden Bauerndienst mit 200 Talern veranschlagt, wird in dem "Gegenanschlag" immer nur der Wert von 150 Talern für einen Bauerndienst eingesetzt, vermutlich also von gemessenen Diensten ausgegangen. Für die Zuordnung der Gebiete zu einer überwiegend grund- oder gutsherrschaftlichen Struktur ist es aufschlußreich, daß nur aus dem ostelbischen Bereich der Kurmark Quellen vorliegen, die den Bauerndienst in der geschilderten Weise bewerten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die fortgesetzten Erhöhungen der Arbeitsrenten nur gegen den Widerstand der betroffenen Bauern und Kossäten durchgesetzt werden konnten. Man wird jedoch einen weiteren Gesichtspunkt im Auge behalten müssen. In ganz Europa gingen im 16. Jahrhundert die Feudalherren zur Offensive über, ihren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu erhöhen. Als mögliche Wege gab es für sie die Erhöhung der Geld- bzw. Produktenrenten ihrer Hintersassen oder den Ausbau ihrer Eigenwirtschaften. Für die betroffenen feudalabhängigen Bauern bedeutete die Unterwerfung unter die eine oder die andere Grundform feudaler Ausbeutung offenbar eine unterschiedlich intensive Beziehung zum Markt. Wir müssen hier das Problem der feudalen Ausbeutung in seiner Gesamtheit aufwerfen. Karl Marx hat in seiner Analyse der Genese der kapitalistischen Grundrente die typischen Formen der Feudalrente und die aus der jeweils vorherrschenden Rentenform folgenden Konsequenzen herausgearbeitet.<sup>86</sup> Besonders in der auf das Scheitern der frühbürgerlichen Revolution folgenden Periode ergaben sich jedoch in der Praxis der feudalen Wirtschaft mannigfache Übergangsformen, die aus dem Gesamtcharakter der von kapitalistischen Einflüssen und Elementen durchsetzten, jedoch durch einen starken feudalen Überbau beherrschten sozialökonomischen Struktur erklärbar sind. Versuchen wir, in unserem Untersuchungsbereich die Grundtypen herauszuarbeiten. Im Amt Dambeck<sup>87</sup> in der Altmark war, wie erwähnt, nach dem Erbreger von 1573 erkennbar, daß dort der Anteil der grundherrschaftlichen Feudalrenten am Gesamteinkommen noch relativ hoch lag. Die feudalherrlichen Eigenwirtschaften waren klein und die Arbeitsrenten werden demzufolge vergleichsweise nur gering gewesen sein. Demgegenüber aber waren die Produktenrenten ganz außerordentlich hoch. In den meisten Dörfern entsprachen sie fast genau der Menge der gleichfalls im Erbreger angegebenen Aussaatmenge der Bauernstellen. Beispielsweise hatte der Zweihüfner Dittrich Schulze im Dorf Alten-Salzwedel eine Aussaat von 2 Wis-

83 Vgl. Anm. 67 - 69 der vorliegenden Arbeit.

84 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 37, Boitzenburg, Nr. 1337.

85 DZA Merseburg, Rep. 21, Nr. 48, Fasz. 3.

86 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 790 ff.

87 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 32, Joachimsthalsches Gymnasium, Nr. 1499.

pel 3 Scheffel Roggen, 1/2 Wispel Gerste, 4 Scheffel Hafer und 2 1/2 Scheffel Lein. Dafür hatte er jährlich 2 Wispel 3 Scheffel Roggen zu geben. Ferner leistete er für eine Wörde, die er zusätzlich bewirtschaftete, eine Abgabe von jährlich 15 Schillingen (Stendaler Währung), und außerdem mußte er 15 Schillinge Dienstgeld abführen. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den meisten Bauern des Amtes Dambeck. Es leuchtet ein, daß bei einer derartig strukturierten Feudalrente die Marktquote an Roggen - neben Gerste das eigentliche Handelsgetreide - nur noch sehr gering gewesen sein konnte. Unter der Voraussetzung, daß der langfristige Roggenertrag auch hier zum dritten Korn veranschlagt ist, wird von dem letzten Drittel über den Eigenverbrauch hinaus im Haushalt der Bauernfamilie nur wenig für den Markt übrig geblieben sein. Dieser Typ von feudaler Ausbeutung - hohe Produktenrenten, aber nur geringe Arbeitsrenten - ermöglichte dem Bauern nur eine relativ schwache Verbindung zum Markt.

Das andere Extrem finden wir in einer Taxe der Herrschaft Neuhausen in der Prignitz aus dem Jahre 1618.<sup>88</sup> In dem Dorf Pirow zum Beispiel saßen ein Freischulze und 14 Hufner. Sie hatten eine jährliche Produktenrente von zusammen 2 Wispel 15 Scheffel Hafer zu leisten, außerdem noch je Stelle 1 Huhn und 10 Eier, das bedeutete also durchschnittlich pro Bauernstelle etwas über 4 Scheffel Hafer im Jahr. Ähnlich lagen die Verhältnisse in allen Dörfern der Herrschaft. Nach der Taxe war aber jeder Bauerndienst mit 200 Gulden angeschlagen, und mit 2800 Gulden überstieg der kapitalisierte Wert aller Bauerndienste den aller anderen Einkünfte aus diesem Dorf (2000 Gulden 14 Schillinge). Nach unserer oben ausgesprochenen These könnten wir hier also mit ungemessenen Bauerndiensten rechnen. Diesen Typ feudaler Ausbeutung finden wir in der Periode vor dem Dreißigjährigen Krieg in der Herrschaft Boitzenburg<sup>89</sup>, in der Herrschaft Freienstein in der Prignitz<sup>90</sup> und in der Herrschaft Buckow im Lande Lebus<sup>91</sup>, offenbar also in allen Landschaften der Kurmark östlich der Elbe. Angesichts der relativ geringen Produktenrenten kann man annehmen, daß die diesem Typ feudaler Ausbeutung unterworfenen Bauern - ungeachtet der von ihnen zu leistenden hohen Arbeitsrenten - eine unverhältnismäßig höhere Marktquote leisten konnten als ihre Klassengenossen mit hohen Produktenrenten. Diese Schlussfolgerung zieht eine weitere Überlegung nach sich. In der Kurmark läßt sich von West nach Ost im großen Durchschnitt eine Zunahme der Stellengröße feststellen. Die großen Bauern der östlichen Landesteile hatten also die Chance, über den Eigenverbrauch hinaus größere Getreidemengen für den Markt zu produzieren und damit an der Konjunktur für Getreide des 16. Jahrhunderts zu partizipieren. Sie konnten es jedoch nur dann, wenn die feudale Ausbeutung ihnen den größeren Teil ihrer Produktion in eigener Verfügungsgewalt beließ, wie das ja auch offensichtlich in den ostelbischen Teilen der Kurmark der Fall war. Die Offensive der Feudalherren lief in erster Linie auf die Erhöhung ihrer Einkünfte an frei verfügbarem Geld hinaus. Dem feudalherrlichen Druck ausgesetzt, verstanden sich möglicherweise die großen Bauern der ostelbischen Kurmark leichter dazu, eine Erhöhung der Arbeitsrenten hinzunehmen - die ja zunächst auch bescheiden war und die sie ohnehin durch einen Knecht abarbeiten ließen -, als einer Erhöhung ihrer Produktenrenten zuzustimmen. Man darf nicht übersehen, daß die gutsherrlichen Eigenwirtschaften zu Beginn der ganzen Entwicklung im frühen 16. Jahrhundert meistens nicht größer waren als ein bis zwei Bauernhöfe. Wohin diese Entwicklung führen würde, sahen sie zunächst nicht. Daß die feudalherrlichen Bestrebungen, die Arbeitsrenten ihrer abhängigen Bauern zu erhöhen, trotzdem vielfach auf Wi-

88 Ebenda, Rep. 37, Freienstein, Nr. 19.

89 Ebenda, Boitzenburg, Nr. 1337.

90 Ebenda, Freienstein, Nr. 19.

91 Ebenda, Buckow, Nr. 25.

stand stießen, wurde oben dargelegt. Es ist in diesem Zusammenhang recht aufschlußreich, daß in der Herrschaft Friesack die Belastung der Bauernstellen mit Produktenrenten relativ hoch war. Beispielsweise mußte im Dorfe Vietznitz ein Zweihüfner 1581 immerhin je 12 Scheffel Roggen und Gerste und je einen Scheffel Hafer und Rüben abgeben, obwohl auch die Dienste sehr hoch waren.<sup>92</sup> Möglicherweise nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Herrschaft auch deshalb diese Schärfe an, weil hier die gutsherrliche Offensive sowohl die Ausbeutung der bäuerlichen Arbeitskraft unmittelbar als auch die Ergebnisse ihrer Eigenwirtschaft betraf. Im allgemeinen scheint sich aber in der Periode der Herausbildung und Formierung der Gutsherrschaft die gutsherrliche Offensive vornehmlich auf die Arbeitsrente konzentriert zu haben. Erst in der Periode nach dem Dreißigjährigen Kriege verlangte die Feudalklasse nicht nur hohe Arbeitsrenten, sondern auch einen wesentlich erhöhten Anteil am Ertrag der Bauernstellen, wie es sich am deutlichsten in der gewaltigen Erhöhung der Staatssteuern zeigt.

Der Vergleich der beiden Grundtypen feudaler Ausbeutung in unserem Untersuchungsgebiet macht deutlich, welche hohe Bedeutung den Arbeitsrenten bei der begrifflichen Unterscheidung von Grundherrschaft und Gutsherrschaft beizumessen ist. Die in Eigenwirtschaften betriebene gutsherrliche Marktproduktion landwirtschaftlicher Produkte stützt sich auf die Arbeitsrenten feudalabhängiger Bauern. Die Ableistung der Arbeitsrenten wird wesentlich durch die feudalherrlichen Hoheitsrechte, die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Polizeigewalt gesichert. Die Arbeitsrenten sind gleichsam das Zwischenglied zwischen feudalherrlicher Gutswirtschaft und feudaler Hoheitsgewalt.

Der feudale Grundcharakter der Gutsherrschaft wird an zwei weiteren Tatsachen deutlich. Die aus dem gutsherrschaftlichen Ausbeutungstyp zu erschließende und - wenigstens in Beispielen - quellenmäßig nachweisbare enge Marktverbindung der Bauern müßte theoretisch kapitalistische Produktionsverhältnisse hervorbringen und zu einer fortschreitenden Differenzierung der bäuerlichen Schichten führen. Tatsächlich können wir auch vereinzelt eine gewisse Vermögensbildung in bäuerlicher Hand - eine logische Folge regelmässiger und erfolgreicher Marktbeziehungen - feststellen. Nach dem Hauptbuch der Altmärkisch-Prignitzischen Städtekasse hatten kurz vor dem Dreißigjährigen Kriege mehrere Bauern bei dieser ständischen Institution ansehnliche Summen hinterlegt, beispielsweise Jürgen Lampe aus Hohenhorst 1000 Taler, Peter Lüdicke aus Schwechten 150 Taler, Joachim Falke, Schulle in Staffelde bei Stendal, 300 Taler.<sup>93</sup> Aus den östlichen Landesteilen liegen mangels Quellen keine Beispiele vor. Es kann auch nicht gesagt werden, welche Ursachen dieser Vermögensbildung zugrunde liegen. Möglicherweise ist sie auf Sonderkulturen, wie den Anbau von Hopfen zurückzuführen.<sup>94</sup> Auf jeden Fall war aber bäuerliche Vermögensbildung möglich. Trotzdem ist eine nennenswerte Besitzgrößendifferenzierung nicht festzustellen. Das feudalherrliche Obereigentum am Grund und Boden verhinderte sie. Aber die Gutsherrschaft verhinderte nicht nur die Besitzgrößendifferenzierung, sie sorgte darüber hinaus für eine Rationalisierung der Ausbeutungsverhältnisse in den Dörfern. Heitz hat kürzlich auf die Egalisierung der Bauernstellen, die offenbar der Herausbildung der Gutsherrschaft parallel verlief, am Beispiel des mecklenburgischen Amtes Ivenack hingewiesen.<sup>95</sup> Aus unserem Bereich steht uns nur das Beispiel des Dorfes Boitzenburg zur Verfügung, dessen Bauern kurz

92 DZA Merseburg, Rep. 21, Nr. 48, Fasz. 3.

93 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 B, Kurmärkische Stände, C 45, Nr. 10.

94 Wille, Manfred, a. a. O., S. 153 ff., weist auf die Bedeutung des Hopfenanbaus für die altmärkischen Bauern hin.

95 Vgl. Heitz, Gerhard, Bäuerliche Verhältnisse in Mecklenburg um 1600, in: Die Bauerngesellschaft im Ostseeraum und im Norden um 1600, Visby 1965, S. 220 ff. = Acta Visbeyensia. Visby simposiet for historiska vetenskaper 1965.

nach 1578 egalisiert wurden.<sup>96</sup> In den Erbregistern und Taxen brandenburgischer Feudal-komplexe finden wir aber schon vor dem Dreißigjährigen Krieg in den Dörfern jeweils immer nur Bauern einer, höchstens zweier Größengruppen. Für die Bewirtschaftung der feudalherrlichen Eigenwirtschaften wurden Bauerndienste gebraucht, die in ihrer Leistungsfähigkeit ein für allemal bekannt und unveränderlich waren. Egalisierung und Verhinderung der Besitzgrößendifferenzierung entsprechend der ökonomischen Gesetzmäßigkeit - beide bis zum Übergang zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufrecht erhalten - sind wichtige Kennzeichen des feudalen Grundcharakters der Gutsherrschaft.

#### V. Zur Bedeutung von Gutswirtschaft und Gutsherrschaft für die ökonomische und politische Stellung des brandenburgischen Adels

Der Übergang zu Gutswirtschaft und Gutsherrschaft im Laufe des 16. Jahrhunderts war für den Adel in Brandenburg sehr rentabel. Aus den Rechnungsbüchern der verschiedenen Kassen des ständischen Kreditwerkes lassen sich interessante Aufschlüsse über die Vermögensverhältnisse des Adels, aber auch der bürgerlichen Schichten ermitteln. Die kurmärkischen Stände hatten nämlich nicht nur zu wiederholten Malen die bereits angehäuften Schulden ihrer Landesherrn übernommen und zu deren Tilgung ihre eigene Finanzverwaltung, ebendas Kreditwerk, aufgebaut, sondern zur Deckung des landesherrlichen Finanzbedarfes mußten die ständischen Kassen immer wieder neue Gelder aufnehmen und verzinsen. Da diese Kassen in den verschiedenen ständischen Steuern sichere Einnahmen hatten, genossen sie in der Öffentlichkeit großes Vertrauen. Zahlreiche Adlige, aber auch Bürger und, wie wir bereits zeigten, gelegentlich sogar Bauern, deponierten dort ihre Gelder und erhielten in der Regel 6 Prozent Zinsen. Diese Gelder brauchte also der betreffende "Creditor" der jeweiligen ständischen Kasse weder zum Leben noch zur Weiterführung seiner wirtschaftlichen Existenz; sie waren sozusagen zur Anlage überschüssiges Kapital. Infolge der Sicherheit der ständischen Kasse und des guten Zinssatzes wurden hier gern Kapitalien deponiert, die als Leibgedirye von Witwen gedacht waren. Nur an zwei Beispielen soll gezeigt werden, welche Summen hier hinterlegt wurden und wie diese Vermögen sich auf Adel und Bürgertum verteilten. Eine systematische Analyse dieser Rechnungsbücher würde zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Kurmark in dieser Zeit wichtige Aufschlüsse ergeben.

Tabelle 9

Guthaben bei der kurmärkischen Neubiergeldkasse 1594/95<sup>+</sup>

Taler	Adlige	Stadtbürger und andere Nichtadlige	Städte, geistliche Institutionen, Körperschaften
0 - 500	7	12	6
501 - 1000	11	9	6

+ Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 34, Nr. 86. - Man muß bei diesen Zahlen allerdings berücksichtigen, daß der gewerbetreibende Bürger schwerer in dieser Weise Gelder deponieren konnte als der grundrentenverzehrende Landjunker.

96 Vgl. Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 85.

Taler	Adlige	Stadtbürger und andere Nichtadlige	Städte, geistliche In- stitutionen, Körper- schaften
1001 - 2000	12	9	1
2001 - 5000	16	5	4
5001 - 10000	18	2	1
10001 - 20000	9	-	-
über 20000	11	-	-

Tabelle 10

Guthaben bei der altmärkisch-prignitzschen Städtekasse 1613/14<sup>+</sup>

Taler	Adlige	Stadtbürger und andere Nichtadlige	Städte, geistliche In- stitutionen, Körper- schaften
0 - 500	6	63	3
501 - 1000	7	75	7
1001 - 2000	7	20	3
2001 - 5000	5	15	4
5001 - 10000	7	-	1
10001 - 20000	6	-	1
über 20000	2	-	-

+ Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C.

Beide Beispiele zeigen, daß die großen Vermögen in der Hand von Adligen waren. So hatte Heine von Brösicke auf Ketzür im Havelland 1594/95 allein bei der Neubiergeldkasse 101 000 Taler stehen und außerdem noch bei der mittelmärkisch-ruppinschen Hufenschoßkasse 8400 Taler.<sup>97</sup> Die Erben Heine von Brösickes können 1620 bei der Neubiergeldkasse noch immer über 96 000 Taler verfügen.<sup>98</sup> Der Hauptmann der Altmark, Dietrich von der Schulenburg, hatte bei der Neubiergeldkasse 1594/95 25 000 Taler hinterlegt und Otto von Hake auf (Klein-)Machnow 28 500 Taler. Dietrich von Quitzow besaß Guthaben von 43 500 Talern und der kurfürstlich-brandenburgische Obereinnehmer Ludwig von der Groeben auf Kotzeband hatte bei der Neubiergeldkasse 24 000 Taler stehen und außerdem 1595 noch bei der mittelmärkisch-ruppinschen Hufenschoßkasse 20 000 Taler.<sup>99</sup> Hier sind nur die besonders herausragenden Gläubiger der ständischen Kassen genannt. Für die Klassenverhält-

97 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 4b, Nr. 13.

98 Ebenda, C 34, Nr. 34.

99 Ebenda, C 4b, Nr. 13.

nisse in Brandenburg zu dieser Zeit ist es aufschlußreich, daß die Guthaben Bürgerlicher zum größeren Teil unter 2000 Talern bleiben und nur selten an 10 000 Taler herankommen. Als Quellen zur Bildung derartiger Vermögen kommen in Betracht:

1. Der Hofdienst in Brandenburg selbst. In einigen Fällen wird zweifellos der Fürstendienst zur Vermögensbildung beigetragen haben. Heine von Brösicke war längere Jahre Hauptmann des Amtes Lehnin und Otto von Hake im Amt Cottbus. Die Remuneration für derartige Ämter war jedoch recht bescheiden. Nur der gehobene Hofdienst wird mehr eingetragen haben, wie das Beispiel des Ludwig von der Groeben zeigt. Auch der langjährige brandenburgische Kanzler Lampert Diestelmeyer hatte bei der mittelmärkisch-ruppinschen Städtekasse Gelder deponiert, denn seine Witwe erhielt 1595 die Zinsen von 12 000 Taler Kapital.<sup>100</sup> Insgesamt wird man aber nur einen kleinen Teil der aus den ständischen Rechnungsbüchern feststellbaren Vermögen auf den Hofdienst zurückführen können.

2. Hof- und Kriegsdienst außerhalb Brandenburgs. Im Gegensatz zu seinen späteren Wohnheiten scheint der brandenburgische Adel des 16. Jahrhunderts vom Kriegsdienst nicht viel gehalten zu haben. Immerhin haben die sehr ansehnlichen Gewinne, die vor allem eine Anzahl niedersächsischer Adliger in den Hugenottenkriegen gemacht haben, auch brandenburgische Ritter nach Frankreich gezogen. Bekannt ist Hans von Buch, der mehrfach für hugenottische Parteigänger Truppen geworben und nach Frankreich geführt hat. Die Gewinne seiner Bemühungen setzten ihn in die Lage, 1581 für 70 000 Gulden die große Herrschaft Baruth zu kaufen.<sup>101</sup>

3. Gewinne aus den gutsherrschaftlichen Eigenwirtschaften und Geldgeschäfte. Aus den früheren Ausführungen dürfte hervorgegangen sein, daß die Ausweitung der Eigenwirtschaften und der Handel mit Agrarprodukten, insbesondere mit Getreide, schnell zu hohen Gewinnen führte. Es nimmt uns daher nicht wunder, wenn in dem mehrfach erwähnten Fragment einer Zollrolle von Lenzen aus dem Jahre 1563/64 auch Heine von Brösicke auftaucht, der mit zwei anderen Adligen zusammen gleich 248 Wispel Roggen und Gerste auf einmal verkaufte.<sup>102</sup> Heine von Brösicke zeigte auch sonst überall eine rege Geschäftstätigkeit. Rachel erwähnt ihn häufig als Partner großer Berliner Handelshäuser.<sup>103</sup> Der größte Teil der aus den städtischen Rechnungsbüchern erschließbaren Adelsvermögen dürfte tatsächlich in der Hinwendung des grundbesitzenden Adels zur Gutswirtschaft seinen Ursprung haben.

Heinrich hat kürzlich auf eine zunehmende Vermögensdifferenzierung innerhalb des brandenburgischen Adels im Laufe des 16. Jahrhunderts hingewiesen.<sup>104</sup> Tatsächlich besaß der größere Teil der Junker nur eine Eigenwirtschaft und ein Dorf. Sicher verfügte auch nur ein Teil des Adels über soviel überschüssiges Geld, daß er es bei den ständischen Kassen deponierte (gerade hier wären eingehendere Studien über die wirtschaftliche Basis, die hinter den ständischen Gläubigern stand, nützlich). Heinrich geht aber unseres Erachtens über das Ziel hinaus, wenn er von dem "bescheidenen, ja ärmlichen Lebensstil auf vielen Ritterhöfen des 16. und 17. Jahrhunderts" spricht.<sup>105</sup> Es ist in diesem Zusammenhang wohl nütz-

100 Ebenda.

101 Schmidt, Rudolf, Geschichte des Geschlechts von Buch, Bd. 1, Eberswalde 1939, S. 46 ff.

102 DZA Merseburg, Rep. 19, Nr. 44a, Fasz. 1.

103 Rachel, Hugo/Papritz, Johannes/Wallich, Paul, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. 1: Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, neu hg. Berlin 1967.

104 Heinrich, Gerd, Der Adel in Brandenburg-Preußen, in: Deutscher Adel 1555 - 1740, Darmstadt 1965, S. 274.

105 Ebenda.



lich, den Ertragsanschlag einer mittelgroßen Eigenwirtschaft, der auf den Rechnungsextrakten der Jahre 1591 bis 1596 basiert, vorzuführen. Es handelt sich um den Hof Groß-Engersen, der zur Herrschaft Kalbe (Milde) in der Altmark gehörte.

Die Aussaatmengen betragen 14 Wispel Roggen, 9 Wispel Gerste, 7 1/2 Wispel Hafer und 18 Scheffel Erbsen. Die nach Abzug von Saat, Deputat und Eigenverbrauch im mehrjährigen Durchschnitt zum Verkauf gelangenden Mengen brachten dem Anschlag zufolge bei den geltenden Marktpreisen 462 Taler 18 Groschen. Der Gesamtertrag der Viehwirtschaft wurde immerhin mit 445 Talern angenommen. Der Ertrag der Eigenwirtschaft von Groß-Engersen betrug also 907 Taler 18 Groschen. Als grundherrschaftliche Abgaben ist die Einnahme von 7 Wispeln 9 Scheffel Roggen, die mit 73 Talern 18 Groschen veranschlagt wurde, anzusehen. Die Gesamteinnahmen betragen also im Durchschnitt der sechs Jahre 981 Taler 12 Groschen.

Die Ausgaben sollten sich demgegenüber nur auf 94 Taler 3 Groschen belaufen. In dieser Summe sind jedoch nur der Gesindelohn (58 Taler) und die Ausgaben für zusätzliche Nahrungsmittel für das Gesinde (Fisch, Bier) enthalten, nicht aber Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude oder für irgendwelche Betriebsmittel. Die Ausgaben an Gesindelohn machen übrigens deutlich, daß Groß-Engersen offenbar als reiner gutsherrlicher Teilbetrieb bewirtschaftet wurde.

Der Anschlag zeigt die hohe Rentabilität einer auf der Basis feudaler Arbeitsrenten bestellten Eigenwirtschaft. Es wird klar, daß die Ausweitung der bestehenden Gutsbetriebe bzw. die Anlage neuer Höfe zu einer schnellen Steigerung der feudalherrlichen Einkünfte führte. Aufschlußreich ist hier auch der Vergleich mit einem Dorf hoher grundherrschaftlicher Ausbeutung.<sup>106</sup> Die acht Hufner und fünf Kossäten des zum Amt Dambeck gehörigen Dorfes Brewitz mußten jährlich an Geld- und Produktenrenten geben: 15 Wispel 20 1/2 Scheffel Roggen, 18 Scheffel Gerste, 1 Wispel 1 1/2 Scheffel Hafer, 27 Hühner und 6 Gulden 18 Schillinge (Stendaler Währung). Gegenüber dem Reingewinn des Hofes Groß-Engersen von 887 Talern 9 Groschen nimmt sich der Wert der Brewitzer Produktenrenten mit 163 Talern (Preise des Anschlages von Groß-Engersen) recht bescheiden aus. In der feudalherrlichen Eigenwirtschaft steckten eben ganz andere Verdienstmöglichkeiten. Der Anschlag dürfte aber auch verdeutlichen, daß auch der kleine Adel keineswegs in ärmlichen Verhältnissen zu leben brauchte.

## VI. Entstehungsursachen und Wesenszüge der Gutsherrschaft in Brandenburg

Es konnte also nachgewiesen werden, daß im 16. Jahrhundert in der Kurmark Brandenburg eine beachtliche Marktproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere von Getreide, betrieben wurde und daß erhebliche Mengen davon regelmäßig außer Landes exportiert wurden. Es konnte ferner nachgewiesen werden, daß in den feudalherrlichen Eigenwirtschaften die Produktion besonders stark anstieg, und zwar zunehmend seit der Mitte des Jahrhunderts. Ein immer größerer Prozentsatz der Einnahmen des größten Teils der Grundherren stammte aus ihren Eigenwirtschaften. Der Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Gutswirtschaft und der Marktproduktion kann für die Mark Brandenburg als gesichert angesehen werden. Die Auffassungen der klassischen deutschen Agrargeschichtsforschung konnten in diesem Punkte also bestätigt werden. Mit der quellenmäßig belegten, umfangreichen Marktproduktion haben wir zwar die bewegende Ursache der Herausbildung von Gutswirtschaft und Gutsherrschaft erkannt, nicht aber die Gründe dafür, warum diese so-

<sup>106</sup> Vgl. Staatsarchiv Potsdam, Rep. 32, Joachimsthalsches Gymnasium, Nr. 1499.

zialökonomische Struktur gerade in Brandenburg und darüber hinaus dem größten Teil Ostmitteleuropas, nicht aber in Westdeutschland und Westeuropa entstand.

Die Entstehung der großen gutsherrlichen Eigenwirtschaften hatte schon 1908 Sering<sup>107</sup> mit der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts in Verbindung gebracht. Die schnell steigenden Preise für Agrarprodukte und die guten Absatzchancen waren für die Grundherren der entscheidende Anlaß, ihre Gutsbetriebe auszubauen. In ganz ähnlicher Weise hat Boelcke für die Lausitz die säkulare Entwertung der in Geld geleisteten grundherrschaftlichen Einnahmen als ausschlaggebend für das Streben der Grundherren nach Erschließung neuer Einnahmequellen, unter denen schließlich im 17. und 18. Jahrhundert (in der Lausitz) der Ausbau der Eigenbetriebe die größte Rolle spielte, herausgestellt.<sup>108</sup> Blaschke schließlich vertrat die Meinung, daß die Grundherren Sachsens durch die frühkapitalistische Entwicklung ihrer Umgebung veranlaßt wurden, ihre Eigenwirtschaften auszubauen, weil sie nur auf diese Weise, das heißt durch eine Vergrößerung der Marktproduktion, mit den sich schnell herausbildenden bürgerlichen Vermögen Schritt halten konnten.<sup>109</sup>

Die säkulare Geldentwertung, wie natürlich auch der Anreiz, die günstige Marktkonjunktur für Agrarprodukte zu nutzen, war selbstverständlich auch in den Gebieten wirksam, die auf grundherrschaftlicher Struktur verharrten. Der für die Grundherren unabwendbare Zwang, sich neue Einkünfte zu erschließen, sofern sie nicht verarmen und damit ihrer Herrenstellung verlustig gehen sollten, mußte also in unserem Gebiet mit bestimmten anderen Faktoren zusammentreffen, um zum Ausbau der gutsherrlichen Eigenwirtschaft und dem Übergang zur Gutsherrschaft zu führen. Die ausgebildete Gutsherrschaft ist jedoch nicht nur eine sozialökonomische, sondern auch eine verfassungsgeschichtliche Konstellation. Blaschkes Gedanke, in Sachsen die Vergrößerung der gutsherrlichen Eigenwirtschaften aus der frühkapitalistischen Entwicklung dieses ökonomisch fortgeschrittenen Territoriums zu erklären, trifft zweifellos ein sehr wichtiges Moment. Auf der anderen Seite hat doch aber wahrscheinlich der sächsische Frühkapitalismus dem Landesherrn das Geld und die politischen Bündnispartner, nämlich das Bürgertum, die Möglichkeit gegeben, den Adel an der vollen Durchsetzung der Gutsherrschaft zu hindern.

In den klassischen Territorien der Gutsherrschaft im damaligen Deutschland, Brandenburg, Mecklenburg und Pommern, kann von einer frühkapitalistischen Entwicklung wohl nur in einigen Seestädten gesprochen werden, und auch dort war sie schwächer ausgeprägt als in Sachsen. Dennoch wird man überlegen müssen, ob auch in diesen Territorien Gutswirtschaft und Gutsherrschaft nicht als Folge einer frühkapitalistischen Entwicklung anzusehen sind. Nur vollzog sie sich außerhalb dieser Territorien, eben in den bekannten Gebieten Westeuropas. Vom Absatzmarkt gingen in unseren Gebieten die Wirkungen aus, die den folgenreicheren sozialökonomischen Strukturwandel von der Grundherrschaft zur Gutsherrschaft verursachten. Die wesentlichste Fernwirkung des Getreideexports war der wachsende Reichtum des Landadels, der dadurch sowohl gegenüber den Städten als auch dem Landesherrn an

107 Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen, im Auftrage des königlichen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hg. v. Max Sering, Bd. 2, T. 2: Sering, Max, Erbrecht und Agrarverfassung in Schleswig-Holstein, Berlin 1908, S. 154 - 226 = Landwirtschaftliche Jahrbücher, Bd. 37, Ergänzungsband 5.

108 Boelcke, Willi Alfred, Die Einkünfte Lausitzer Adels herrschaften in Mittelalter und Neuzeit, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütgè, Stuttgart 1966, S. 183 - 205.

109 Blaschke, Karlheinz, Frühkapitalismus und Verfassungsgeschichte, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 14. Jg. 1965, S. 439.

Macht gewann. Eindeutig war unter den Landständen Brandenburgs im 16. Jahrhundert der Adel die mächtigste Ständevertretung, mächtiger jedenfalls als die Städte.<sup>110</sup> Es ist bekannt, daß im 15. und 16. Jahrhundert in den meisten deutschen Territorialfürstentümern kein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Einkünften und den finanziellen Bedürfnissen der Fürsten erreicht werden konnte. Die ungeheuren Schuldenlasten, die nahezu jeder Fürst anhäufte, führten zum Eingreifen der Landstände zwecks Tilgung dieser Schulden. Auch in Brandenburg haben die Stände mehrfach große Schuldenlasten übernommen. Der Adel nutzte seine Machtstellung innerhalb der Gesamtstände und gegenüber den Kurfürsten, seine ökonomischen und politischen Ziele durchzusetzen, und diese lagen eben ökonomisch im Ausbau seiner Eigenwirtschaften und politisch in der Durchsetzung gutsherrschaftlicher Verhältnisse. Heinrich äußerte kürzlich die Meinung, daß in Brandenburg im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts die Macht der Stände merklich zurückgegangen sei, was sich schon daran zeige, daß zwischen 1565 und 1602 nur ein Landtag, nämlich 1572 nach dem Regierungswechsel des Jahres 1571, abgehalten wurde. Die Kurfürsten hätten in zunehmendem Maße mit den ständischen Ausschüssen verhandelt, in denen einige markante Vertreter des reichen Adels, nicht aber der kleine Landadel den Ton angab.<sup>111</sup> Dem kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Offensichtlich änderte sich aber an der finanziellen Abhängigkeit der Kurfürsten von den Ständen wenig. Auch der sparsame Johann Georg (1571 - 1598) konnte die Schuldenlast zwar vermindern, aber nicht tilgen. Seine Nachfolger haben dann die Schuldenlast wieder gewaltig anwachsen lassen. Beispielsweise mußte 1614 der Kurfürst Johann Sigismund die altmärkischen Ämter Arendsee, Diesdorf und Neuendorf für 210 000 Taler an die altmärkische und ruppinsche Ritterschaft verpfänden.<sup>112</sup> Der Zoll zu Lenzen, eine der einträglichsten Finanzquellen der Kurfürsten von Brandenburg, mußte nach 1615 jahrelang an den König von Dänemark verpfändet werden, und die Neubiergeldkasse hatte die Summe zu verzinsen und zu tilgen.<sup>113</sup>

Schon Below hatte in der verfassungsgeschichtlichen Konstellation der großen Ständemacht in den ostdeutschen Territorien einen maßgeblichen Grund für die Herausbildung der Gutsherrschaft gesehen.<sup>114</sup> Ständemacht heißt aber hier tatsächlich Adelsmacht und ist in erster Linie finanzgeschichtlich zu verstehen, wie vor allem noch einmal der Vergleich zu Kursachsen, wo die Gutsherrschaft eben nicht zur vollen Entfaltung kam, zeigt.<sup>115</sup>

In den Bereich der Verfassungsgeschichte führt schließlich auch der dritte wesentliche Grund für die Durchsetzung der Gutsherrschaft in Brandenburg. Schwineköper hat in einer Untersuchung über die Landgemeinde in Elbostfalen angedeutet, daß diese in den ostelbischen Neusiedlungsgebieten von Anbeginn schwächer gewesen ist als westlich der Elbe.<sup>116</sup> Über die

110 Haß, Martin, Die kurmärkischen Stände im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts, a. a. O., S. 183 ff.

111 Heinrich, Gerd, Der Adel in Brandenburg-Preußen, a. a. O., S. 278 ff.

112 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 50, Nr. 6 - 8.

113 Ebenda, C 34, Nr. 34 u. 34 a.

114 Below, Georg v., Der Osten und der Westen Deutschlands, in: Territorium und Stadt, München/Leipzig 1900, S. 1 - 94.

115 Blaschke, Karlheinz, Frühkapitalismus und Verfassungsgeschichte, a. a. O.; vgl. auch Droege, Georg, Die finanziellen Grundlagen des Territorialstaates in West- und Ostdeutschland an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 53, 1966, S. 145 - 161.

116 Schwineköper, Berend, Die mittelalterliche Dorfgemeinde in Elbostfalen und in den benachbarten Markengebieten, in: Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen, Bd. 2, Konstanz/Stuttgart 1964, S. 115 - 164 = Vorträge und Forschungen, Bd. 8.

Landgemeinde in Brandenburg fehlen fast alle Vorarbeiten. Mit aller Vorsicht glauben wir sagen zu können, daß es zumindest in der Uckermark im 17. und 18. Jahrhundert eine eigentliche Landgemeinde, das heißt eine in bestimmten Bereichen selbstverwaltend tätige Körperschaft, kaum gegeben hat.<sup>117</sup> Es gab praktisch nichts, was nicht gutsherrlich reglementiert wurde. Seit wann das so ist, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die Bauern konnten also in einer festgefügten Landgemeinde keinen starken Halt im Kampf gegen ihre Herrschaft finden, während, wie Schwineköper das auch vermutet, der in der Gemeinde kollektiv zusammengefaßte bäuerliche Widerstand die herrschaftlichen Bestrebungen, die feudale Ausbeutung zu verschärfen, zumindest in Grenzen zu halten vermochte.

Das Zusammentreffen der Konjunktur für Agrarprodukte mit einer bestimmten verfassungsgeschichtlichen Konstellation machte den Übergang zur Gutsherrschaft möglich.

Abschließend soll noch einmal die Frage nach dem Wesen der ostelbischen Grundherrschaft in Brandenburg aufgeworfen werden. Eine marxistische Begriffsbestimmung der Gutsherrschaft muß unseres Erachtens vom Typ der feudalen Ausbeutung ausgehen. Das von Lütge so stark betonte "Territorialprinzip", also das Zusammenfallen von Grundherrschaft und Herrschaftsrechten über eines oder mehrere Dörfer ist allein nicht geeignet, die Grundherrschaft zeitlich und räumlich von der Gutsherrschaft abzugrenzen. Zeitlich nicht, weil schon im 14. Jahrhundert Geschlossenheit des Besitzes in Verbindung mit den hohemflichen Herrschaftsrechten vorkommt<sup>118</sup> und um 1540 in Brandenburg durchaus vorherrschend ist<sup>119</sup>, und räumlich nicht, weil es in der Altmark verbreitet, aber durchaus nicht ganz selten auch östlich der Elbe, bis zum Ende der Feudalperiode territorial und herrschaftlich geschlossene Komplexe gibt, in denen aber keine oder eine nur unbedeutende feudalherrliche Eigenwirtschaft besteht und demzufolge auch keine Ausbeutung nach dem gutsherrschaftlichen Typ vorliegt. Wenn wir das "Territorialprinzip" zum ausschlaggebenden Bestimmungsfaktor nähmen, wären die "grundherrschaftlichen Inseln" im gutsherrschaftlichen Bereich, deren Existenz auch Lütge ausdrücklich betont, praktisch nicht zu erkennen. Wir hätten dann im Ablauf der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung keinen an objektiven Maßstäben meßbaren zeitlichen Einschnitt, von dem an wir dann von überwiegend gutsherrschaftlichen Strukturen sprechen könnten, da die Besitzkonzentration sehr allmählich vor sich ging. Es soll allerdings keineswegs bestritten werden, daß der sich herausbildenden Gutsherrschaft durchaus eine Tendenz zur Territorialisierung der Feudalbesitze innewohnte; im Vergleich zur reinen Grundherrschaft ist sie ein, aber nicht das entscheidende Merkmal.

Eine weitere Frage ist, ob die persönliche Unfreiheit als begriffsbestimmend zu werten ist. Es muß zunächst festgestellt werden, daß in Brandenburg keineswegs alle unmittelbaren ländlichen Produzenten persönlich unfrei waren. Die persönliche Freiheit aller Bewohner der Altmark<sup>120</sup> und der Prignitz<sup>121</sup> gilt als gesichert. In Teilen der Uckermark war zumindest im 18. Jahrhundert der größte Teil der Bewohner persönlich frei, daneben gab es aber auch Erbuntertänige.<sup>122</sup> Voll konnten die Feudalherren die persönliche Unfreiheit des größ-

117 Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 114 f. u. 247.

118 Müller-Mertens, Eckhard, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in Brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375, a. a. O., S. 58; Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 28 f.

119 Brandenburgische Besitzstandskarte des 16. Jahrhunderts, bearb. v. Berthold Schulze, West-Berlin 1962.

120 Wille, Manfred, a. a. O., S. 70 ff.

121 Schultze, Johannes, Die Prignitz, Köln/Graz 1956, S. 178 = Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 8.

122 Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 114 - 129.

ten Teiles der unmittelbaren Produzenten offenbar in Mecklenburg, Pommern und darüber hinaus in Ostpreußen durchsetzen. Man wird sagen können, daß die Feudalherren schon aus Gründen der Sicherung der Arbeitsrenten die Erbuntertänigkeit der unmittelbaren Produzenten anstreben, vor allem in Zeiten großen Arbeitskräftemangels. Im brandenburgischen Bereich wird man die persönliche Unfreiheit nicht unbedingt als begriffsnotwendig ansehen müssen.

Als das entscheidende, begriffsbestimmende Merkmal möchten wir den Typ der feudalen Ausbeutung ansehen, das heißt hohe Geld- und Produktenrenten als typisch grundherrschaftlich, hohe Arbeitsrenten bei relativ niedrigen und vor allem stagnierenden Geld- und Produktenrenten als typisch gutsherrschaftlich.

Die Herausstellung der Arbeitsrente als begriffsbestimmendes Merkmal erscheint uns noch aus einem weiteren Grunde berechtigt. Bei einem Entwicklungsniveau der feudalen Produktionsweise, die eine ständige Marktproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse erforderlich macht, das heißt, sobald in einem stärkeren Maße kapitalistische Elemente wirksam werden, haben Geld- und Produktenrenten als Hauptausbeutungsformen langfristig die Tendenz, sich dem Charakter einer kapitalistischen Pacht anzunähern. Die feudale Arbeitsrente hat diese Tendenz offensichtlich nicht, vor allem auch deswegen nicht, weil ihre Ableitung durch die außerökonomischen Zwangsmittel gesichert wird. Die Ablösung der feudalen Produktionsverhältnisse im grundherrschaftlichen Bereich brachte die Umwandlung der bisherigen feudalen Geld- oder Produktenrente in eine kapitalistische Pacht bzw. eine pachtähnliche Ablösungsrente. Im gutsherrschaftlichen Bereich dagegen verschwanden bei der Regulierung zuerst die hohen Arbeitsrenten, ging der Gutsherr vom Teilbetrieb zum Eigenbetrieb über.<sup>123</sup>

Eine Betonung der Arbeitsrente als entscheidendes Merkmal wird zweifellos auf den Einwand stoßen, daß wir dann in bisher als grundherrschaftlich angesehenen Gebieten, also Teilen Kursachsens und im alten Erzstift Magdeburg, ebenfalls von Gutsherrschaft sprechen müßten. Es ist von der Forschung unbestritten, daß auch in Sachsen im 16. Jahrhundert ein starkes Vordringen der Gutswirtschaft zu beobachten ist. Für unsere Auffassung vom Begriff der Gutsherrschaft ist es sehr aufschlußreich, wenn Blaschke für Sachsen feststellen kann, daß auch dort die Geld- und Produktenrenten im Spätfudalismus über lange Zeit hinweg kaum Veränderungen zeigen.<sup>124</sup> Diese Erscheinung ist in dieser Zeit auch in der Magdeburger Börde, wo ebenfalls zahlreiche große Gutswirtschaften bestanden, festzustellen. Die Verhältnisse Sachsens sind uns nicht näher bekannt. Für das Gebiet der Magdeburger Börde und für das nördliche Harzvorland können wir aber aus eigener Quellenkenntnis<sup>125</sup> einen sehr wesentlichen Unterschied feststellen. Der Ansatzpunkt, der hier noch früher anzusetzen ist, also der Ausbau feudalherrlicher Eigenwirtschaften und die Inanspruchnahme der bäuerlichen Arbeitsrente zu deren Bestellung, ist der gleiche. Geld- und Produktenrenten zeigen die gleiche Beharrungstendenz. Während aber im Bereich der voll ausgebildeten Gutsherrschaft die Feudalherren auf ungemessene Dienste hinsteuern und der gutsherrliche Teilbetrieb typisch ist, werden in diesem Gebiet die Arbeitsrenten

123 Vgl. ebenda, S. 236 ff. - Die nach Abschluß der Regulierung zunächst noch beibehaltenen Spann- und Handdienste sind wesentlich geringer als vor der Regulierung und haben für die Bewirtschaftung der Gutsbetriebe keine nennenswerte Bedeutung mehr.

124 Vgl. Blaschke, Karlheinz, Grundzüge und Probleme einer sächsischen Agrarverfassungsgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt., Bd. 82, 1965, S. 266.

125 Einzelnachweise sind hier nicht möglich. Der Verfasser hofft, demnächst diese Fragen näher ausführen zu können.

über ein gewisses Maß hinaus (maximal zwei Spanndiensttage je Bauernstelle) nicht gesteigert. Das ist auch deswegen bemerkenswert, weil hier sowohl die Eigenwirtschaften als auch die Bauernstellen im Durchschnitt größer sind als in Brandenburg. Der bäuerliche Widerstand, der sich auf die starke Landgemeinde stützen konnte, hat weitere Steigerungen verhindert. Es ist daher eine logische Folge, wenn wir im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts in den Rechnungen der großen Gutswirtschaften auf den Brachmeyer und seine Knechte stoßen, denen die Wartung der Pferdegespanne und das Pflügen des Ackers obliegt. Bei fast allen untersuchten feudalherrlichen Eigenwirtschaften wurde ein großer Teil des Ackerlandes eigenbetrieblich bewirtschaftet, weil die Arbeitsrenten nicht ausreichten. In einer Reihe von Fällen sind sogar reine gutsherrliche Eigenbetriebe nachweisbar. Die Entwicklung zur Gutsherrschaft blieb hier also unvollendet, letztlich wohl, weil der bäuerliche Widerstand zu stark war. Wir halten es für möglich, daß auch in Kursachsen die Entwicklung ähnlich verlief. Die auf feudalem Wege in Form der Gutsherrschaft nicht mehr steigerungsfähige feudale Ausbeutung führte demnach in diesen Gebieten sogar zu Elementen kapitalistischer Ausbeutung.

Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß eine Begriffsbestimmung der Gutsherrschaft, die nicht von der juristischen Ausprägung, sondern vom Typ der feudalen Ausbeutung ausgeht, noch eingehender Diskussion bedarf.

1. In einem Artikel von Benchrantzen. Hinsicht ist es nicht möglich, alle Fragen zu beantworten, die den Stand und die Entwicklung des Handwerks in der genannten Zeit betreffen. Die Antwort der zu erörterten Frage erfolgte unter Berücksichtigung der Wünsche des Redaktionskollegiums und des Profils der Zeitschrift. Der Stoff lagte die Schlussfolgerungen angriffen, so dass der Autor in einer früheren Abhandlung geäußert hat (Hefenpfeil, I. F., Kapitel zu rühre durch Spoch. - Benchrantzen (1. Band) und IV - Band II - Band VII v. a. d. Ägypten an der Grenze zwölfe Epochen. Handwerker und Handwerkliche Arbeit von 4. bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts n. Z.), Moskau 1964. Die im Text und in den Anmerkungen in eckigen Klammern gezeichnete Bezeichnungen beziehen sich auf das hier genannte Buch. In dem der Leser die im- und überaus sorgfältigen sowie auch Antwort auf Fragen stellen, die im vorliegenden Artikel nicht beantwortet werden. Nur werden jedoch die dem Autor zugehörigen Seiten 245 enthalten von denen sowie vom Literaturverzeichnis, wobei hervorzuheben ist das wertvolle Buch von Wladimir, Ewa, V. Industrielle Kapitalismus I. F., romaine, Wrocław Warszawa Kraków 1965. Siehe dazu auch die Rezension über dieses Buch von Fichman, I. F., in Vestnik drevnej istorii (in der Ausgabe VIII, Nr. 4/1966 des sowjetischen Historiker), S. 197 - 198.

2. Näheres dazu siehe in Fichman, I. F., Byzanz, S. 2, S. 197.

3. 110-117 Hefenpfeil, I. F., Ägypten im 7. siècle de notre ère: les sources papyrologiques et leur problèmes, in: Actes du Congrès International de Papyrologie, Milano, 2-5 septembre 1965, Milan 1965, S. 135 - 142.

4. Zu der Frage nach der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit, das unbedeutende hier Abschnitte verfügbare Material zu nutzen, siehe Fichman, I. F., Byzanz, v. a. d., S. 197.

5. Hefenpfeil, I. F., Rezension über Fichman, I. F., Kapitel zu rühre durch Spoch, in: Antiqua, 16. Jg. 1967, S. 222-4.

## Grundfragen der handwerklichen Produktion in Ägypten vom 4. bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts u. Z.<sup>1</sup>

von I. F. Fichman

Ehe wir zur Untersuchung der ägyptischen handwerklichen Produktion vom 4. bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts u. Z. kommen, müssen wir kurz auf den chronologischen und territorialen Rahmen der Forschungsarbeit und auf die Charakteristik der Quellen eingehen.

Gegenstand der Untersuchung ist die handwerkliche Produktion im byzantinischen Ägypten, zu dem wir ohne weiteres das 4. Jahrhundert rechnen, obwohl es einige Züge aufweist, die mit der vorangehenden römischen Periode zusammenhängen.<sup>2</sup> Territorial umfaßt die Untersuchung ganz Ägypten. Da sich jedoch die wichtigsten Quellen, die Papyri, nicht nur durch eine unregelmäßige chronologische (das 5. Jahrhundert ist sehr schwach vertreten)<sup>3</sup>, sondern auch territoriale Verteilung auszeichnen, muß man stets damit rechnen, daß es sich nicht um Angaben über das Handwerk ganz Ägyptens, sondern über die Teile Ägyptens handelt, aus denen die betreffenden Papyri stammen. Dabei muß besonders vermerkt werden, daß Papyri aus Alexandria fast gänzlich fehlen, das heißt aus dem wichtigsten Produktionszentrum Ägyptens, in dem sich die Produktion zudem aller Wahrscheinlichkeit nach von der handwerklichen Produktion der  $\chi\omega\rho\alpha$  (Ägypten mit Ausnahme Alexandrias)<sup>4</sup> et-

1 In einem Artikel von beschränktem Umfang ist es nicht möglich, alle Fragen zu behandeln, die den Stand und die Entwicklung des Handwerks in der genannten Zeit betreffen. Die Auswahl der zu erörternden Fragen erfolgte unter Berücksichtigung der Wünsche des Redaktionskollegiums und des Profils des Jahrbuchs. Der Studie liegen die Schlussfolgerungen zugrunde, zu denen der Autor in einer früheren Abhandlung gekommen ist: Fichman, I. F., *Egipet na rubeže dvuch epoch. Remeslenniki i remeslennyj trud v IV - seređine VII v. n. é.* (Ägypten an der Grenze zweier Epochen. Handwerker und handwerkliche Arbeit vom 4. bis zur Mitte des 7. Jahrhunderts u. Z.), Moskau 1965. Die im Text und in den Anmerkungen in eckigen Klammern gegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das hier genannte Buch, in dem der Leser Quellen- und Literaturangaben sowie auch Antwort auf Fragen findet, die im vorliegenden Artikel nicht behandelt werden. Hier werden jedoch die dem Autor zugänglichen neuen Publikationen von Texten sowie neue Literatur berücksichtigt, wobei hervorzuheben ist das wertvolle Buch von Wipszycka, Ewa, *L'industrie textile dans l'Égypte romaine*, Wrocław/Warschau/Kraków 1965. Siehe dazu auch die Rezension über dieses Buch von Fichman, I. F., in: *Vestnik drevnej istorii* (im folgenden: VDI), H. 4/1966 (im folgenden: Rezension), S. 191 - 198.

2 Näheres dazu siehe in Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 192.

3 [10 - 11]; Rémondon, R., *L'Égypte au 5<sup>e</sup> siècle de notre ère: les sources papyrologiques et leur problèmes*, in: *Atti dell' XI Congresso Internazionale di Papirologia*, Milano, 2 - 8 settembre 1965, Milano 1966, S. 135 - 148.

4 Zu der Frage nach der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit, das unbedeutende über Alexandria verfügbare Material zu nutzen, siehe Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 192; Hahn, István, Rezension über Fichman, I. F., *Egipet na rubeže dvuch epoch*, in: *Acta Antiqua*, 15. Jg. 1967, S. 242 f.

was unterschied. Was die Besonderheiten der Papyri als Quelle zum Studium der handwerklichen Produktion betrifft<sup>5</sup>, so enthalten sie, obwohl sie zahlreich und vielgestaltig sind, bei weitem nicht immer die gesuchten Angaben. Außerdem besteht ständig die Gefahr, daß neue Publikationen dazu führen, Schlüsse, die anhand des gegenwärtig vorhandenen Materials gezogen wurden, ändern oder aufgeben zu müssen.

Die handwerkliche Produktion des byzantinischen Ägyptens war dazu bestimmt, den Bedarf der Provinz und des Reiches insgesamt zu befriedigen. Die Erzeugnisse der ägyptischen Produktion waren über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und wurden wegen ihrer hohen Qualität und kunstvollen Ausfertigung geschätzt. Hauptzweige des ägyptischen Handwerks waren die Weberei [15 f.]<sup>6</sup>, die Herstellung von Papyrus [16 f.] und Glas, die Metallbearbeitung [17]<sup>7</sup>, die Herstellung von Duftstoffen und kosmetischen Mitteln sowie die Keramik. Die Wirkung des hohen handwerklichen Niveaus in der byzantinischen Zeit läßt sich dadurch erklären, daß eine ausreichende Rohstoffbasis, ein mehr oder weniger beständiger Absatzmarkt für die Erzeugnisse, eine jahrhundertealte Tradition der handwerklichen Kunst und genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden waren. Im Unterschied zu den anderen Provinzen des Imperiums gibt es in Ägypten keine Angaben über einen akuten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften [19 - 22]. Eine Ausnahme bildet offensichtlich der Anfang des 4. Jahrhunderts.

Die Analyse der Papyri gestattet es uns, einige Besonderheiten des ägyptischen Handwerks aufzuzeigen, die jedoch nicht als Besonderheiten Ägyptens aufzufassen sind, da sie mehr oder weniger auch für einige andere ökonomisch entwickelte Provinzen des Reiches charakteristisch waren. Sie treten allerdings nicht überall so klar hervor wie in Ägypten. Das betrifft vor allem die Verbindung zwischen handwerklicher Tätigkeit und Handel - das heißt, der Handwerker verkaufte die Erzeugnisse, die er aus eigenem Rohstoff hergestellt hatte (Arbeit für den Markt) [22 f.]<sup>8</sup>, die große territoriale Verbreitung des Handwerks [23 - 25] und die weitreichende Spezialisierung innerhalb der einzelnen Produktionszweige [25 - 34]. Dem muß noch hinzugefügt werden, daß in dieser Zeit die großen Güter und Klöster zum Zentrum des Handwerks wurden, was durchaus nicht bedeutet, daß sie sich schon zu Hauptzentren der handwerklichen Produktion des Landes entwickelten und die alten Zentren, unter denen Alexandria nach wie vor den ersten Platz einnahm, ablösten und ihrer Bedeutung beraubten.

5 [9 - 10]: Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 10 - 12.

6 [9 - 11]: Cadell, H., Papyrologica: P. Fouad 16; PSI III 183; SB III 6266 (= 6704); P. Strasb. 15 et P. Baden 91; P. Berl. Zilliacus 13; P. Herm. Rees 11; Chronique d'Égypte (im folgenden: CE), Bd. 42, 1967, Nr. 83, S. 202 - 204. - In P. Berl. Zilliacus 13 (6. Jh.) muß es nicht τὰ Ἀκροῦ βιτάλια, sondern ἀκκουβιτάλια heißen; mit anderen Worten, es verschwindet das vom Herausgeber vorgeschlagene βιτάλιον und es erscheint ἀκκουβιτάλιον. Der von uns [15 Anm. 7] angeführte Begriff σαγδβυρος ist anscheinend auch in PSI IX 1082, 12-13 (4. Jh. ?) anzutreffen, wo wir vorschlagen τὸ [ν] σαγδβιρον zu lesen.

7 Siehe auch P. Leit. 10, 5-6 (Panopolis 3. - 4. Jh.), in dem λευκάτης μεταλλικῶν, ἔργων erwähnt wird; P. Beatty Panop. 1, 214-215, 342-346 (298).

8 Siehe jetzt auch die interessante Beobachtung von Rémondon, R., Notes sur les finances d'Aphrodito du VI<sup>e</sup> siècle au VII<sup>e</sup>, in: CE, Bd. 40, 1966, Nr. 80, S. 407 - 408, wonach sich die Zünfte χαλκοῦστροι und καυνακοπλῶκοι aus P. Hamb. 56 innerhalb von 60 - 70 Jahren in die Verbände χαλκοπράται und καυνακοπράται aus P. Lond. 1419 verwandelten.



Die Handwerker konzentrierten sich vorwiegend in den Städten. Dort war es für sie leichter, unter der zahlenmäßig starken und wohlhabenden Stadtbevölkerung sowie in den an die Städte grenzenden Dörfern einen Absatzmarkt zu finden. Den Papyri und anderen Angaben zufolge gehörten außer dem oben erwähnten Alexandria unter anderem folgende Städte zu den großen Zentren der handwerklichen Produktion; Antinoe, Oxyrhynchos, Panopolis, Arsinoë und Hermopolis. Neben den Städten spielten jedoch auch die ägyptischen Dörfer, die bekanntlich große Siedlungen mit einer hohen Einwohnerzahl waren, in der handwerklichen Produktion eine wichtige Rolle. Während wahrscheinlich in vielen Dörfern der meisten Provinzen des Reiches Korn gemahlen und Öl produziert wurde, waren Vertreter einer großen Zahl anderer handwerklicher Berufe offenbar eine Spezifik der ökonomisch hochentwickelten, dichtbesiedelten Provinzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Entwicklung der handwerklichen Produktion in den Dörfern auch durch das Anwachsen des Großgrundeigentums beeinflusst. Die Großgrundeigentümer benötigten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Wirtschaft an Ort und Stelle Handwerker verschiedener Berufe, in erster Linie Zimmerleute, Töpfer, Müller usw. Die vollständigsten Angaben über das Handwerk auf dem Lande gelangten dank eines glücklichen Fundes des Archives des Dioskoros aus dem Dorfe Aphrodito<sup>9</sup>, einer früheren Gauhauptstadt, zu uns. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß Aphrodito nicht das einzige Dorf ist, in dem eine große Zahl von Handwerkern nachgewiesen wurde. Es gibt viele solcher Dörfer.<sup>10</sup> Einige von ihnen tragen sogar Handwerksnamen [25]. In einer Reihe von Dörfern treffen wir nicht nur auf einzelne Handwerker, sondern auch auf mehrere Vertreter<sup>11</sup> ein und desselben Berufs. Natürlich stand das Handwerk auf dem Lande dem in der Stadt an Umfang und Bedeutung nach.

Die von uns durchgeführte Untersuchung der Papyri weist über 190 Begriffe auf, die handwerkliche oder mit dem Handwerk verbundene Berufe bezeichneten [25 - 32; 305].<sup>12</sup> Darunter sind siebenzig Begriffe, die in Papyri der vorbyzantinischen Zeit nicht erwähnt werden. Gleichzeitig verschwinden über sechzig Begriffe, die in Papyri der ptolemäischen und römischen Zeit anzutreffen sind. Man kann natürlich nicht behaupten, daß hinter jedem Begriff ein selbständig existierendes, streng von benachbarten Berufen abgegrenztes Fachgebiet stand. Einige Begriffe sind zweifellos Synonyme (zum Beispiel  $\pi\lambda\iota\nu\theta\epsilon\upsilon\tau\eta\varsigma$ ,  $\pi\lambda\iota\nu\theta\omicron\pi\omicron\iota\delta\varsigma$ ,  $\pi\lambda\iota\nu\theta\omicron\omicron\rho\gamma\delta\varsigma$  und andere. Das trifft besonders für die meisten der Be-

9 Darüber siehe Girgis, V., *Prosopografia e Aphroditopolis*, Berlin 1938. Wie Rémondon, R., a. a. O., zeigte, stammt der P. Hamb. I 56 (642/3 oder 657/8) ebenfalls aus Aphrodito.

10 Vgl. die Angaben über die handwerkliche Produktion in Tebtynis in der römischen Zeit bei Johnson, A. C., *Roman Egypt to the Reign of Diocletian*, Baltimore 1936, S. 343.

11 [25 Anm. 65 u. 66]; s. auch P. Antin. III, 189, 13 (6. - 7. Jh.).

12 Der von uns aufgestellten Liste von Berufen muß noch hinzugefügt werden:  $\delta\iota\phi\theta\eta\rho\alpha\rho\iota\omicron\varsigma$ : P. Oxy. XXIV 2421, 68 (4. Jh.);  $\xi\lambda\epsilon\phi\alpha\nu\tau\omicron\rho\gamma\delta\varsigma$ : PUG, inv. 1386 II, 14 (4. Jh.); Traversa, A., *Spunti sociologici nel papiro inedito genovese PUG*, inv. n. 1386, in: *Atti dell' XI Congresso*, a. a. O., S. 260 - 271);  $\xi\rho\iota\epsilon\mu\pi\omicron\rho\omicron\varsigma$ : P. Princ. II 80, 3 (336);  $\xi\rho\iota\omicron\rho\gamma\delta\varsigma$ : PUG, inv. 1386 II, 7;  $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\epsilon\delta\varsigma$   $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\iota\kappa\omicron\upsilon$   $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\omicron\upsilon$ : P. Oxy. XXXI 2570 II 11-12 (329);  $\lambda\epsilon\upsilon\kappa\acute{\alpha}\tau\eta\varsigma$ : PUG, inv. 1386 I, 5;  $\sigma\iota\pi\acute{\alpha}\varsigma$ : P. Oxy. XXXI 2579, 9 (313 ?);  $\sigma\kappa\upsilon\tau\omicron\tau\omicron\delta\omicron\mu\omicron\varsigma$ : P. Antin. III 189, 13 (6. - 7. Jh.);  $\sigma\chi\omicron\iota\nu\acute{\alpha}\varsigma$ : PSI VII 780, 5 (305);  $\delta\epsilon\lambda\omicron\upsilon\rho\gamma\delta\varsigma$ : PUG, inv. 1386 II, 8;  $\delta\upsilon\pi\alpha\rho\chi\iota\tau\epsilon\kappa\tau\omega\nu$ : PUG, inv. 1386 II, 18;  $\phi\alpha\rho\mu\alpha\kappa\omicron\pi\acute{\omega}\lambda\eta\varsigma$ : P. Oxy. XXXI 2567, 6 (253); PUG, inv. 1386 I, 16. Was unter  $\kappa\alpha\sigma\lceil$  in P. Antin. III 189, 9 (6. - 7. Jh.) und  $\sigma\kappa\upsilon\phi\omega\psi\epsilon\delta\varsigma$   $\kappa\epsilon\lambda\lambda\iota\kappa\alpha\rceil$   $\kappa\alpha\lambda\iota\kappa\acute{\alpha}\rho\iota\omicron\varsigma$  ? I. F. in PSI VIII 955, 12 (6. Jh.) zu verstehen ist, ist unklar.

griffe zu, die aus dem Lateinischen entlehnt wurden.<sup>13</sup> Deshalb übertraf wahrscheinlich die Zahl der in den Quellen festgehaltenen Begriffe für Berufsbezeichnungen die wirkliche Zahl der Berufe.<sup>14</sup> Jedoch die Tatsache, daß es eine genaue Spezialisierung gab, unterliegt keinem Zweifel. Zur Bekräftigung dessen kann man folgende, unseres Erachtens überzeugende Argumente anführen:

a) Die Verfasser der Urkunden hielten es oft für erforderlich, die enge Spezialisierung des Handwerkers hervorzuheben, zum Beispiel τέκτων λεπτοουργός, τ. μηχανάριος, τ. μηχανουργός, τ. οἰκοδόμος, τ. ὄργανων; χαλκεός, ὀριχαλκεός, σιδηροχαλκεός, χαλκοκόλλητής, χαλκοτόπος; κεραμεός, λεπτοκεραμεός, κουφοκεραμεός, κεραμεός, κεραμικοῦ κεράμου usw.<sup>15</sup> Obwohl die enge Spezialisierung dem Handwerker nicht die Möglichkeit nahm, auch Arbeiten auszuführen, die mit dem breiten Profil seines Berufes zusammenhängen oder die sogar nicht einmal unmittelbar mit ihm verbunden waren, ist die Hervorhebung dieser Besonderheit seiner handwerklichen Qualifikation nicht als zufällig zu betrachten.

b) Die Handwerkerzünfte waren nach streng beruflichem Prinzip aufgebaut. Alle Handwerker des betreffenden Berufes gehörten in der Regel zu der Zunft, die den Namen dieses Berufes trug. Wenn der terminologische Unterschied nicht einem realen Unterschied entsprochen hätte, wären alle Arbeiter der betreffenden Gegend, die eine bestimmte Art handwerklicher Tätigkeit betrieben, Mitglieder ein und derselben Zunft gewesen, unabhängig davon, wie sie sich nannten. Unterdessen finden wir in Oxyrhynchos die Zunft der σιδηροχαλκεῖς, χαλκοκόλληται, in Aphrodito die Zunft der χαλκεῖς, χαλκοτόποι; τέκτονες, ὄργανων, πακτωνοποιοί, die κουφοκεραμεῖς, λεπτοκεραμεῖς in Edfu und die in PUG, inv. 1386, mit unbekannter Herkunft erwähnten λανάριοι und ἔριουργοί usw. Während die Tatsache einer erhöhten Zahl von Begriffen für Berufsbezeichnungen keinem Zweifel unterliegt, wurden hinsichtlich ihrer Deutung verschiedene Standpunkte geäußert. Heichelheim sieht darin ein Merkmal der Spezialisierung, der Erhaltung und in einzelnen Fällen der Erhöhung des Niveaus der handwerklichen Produktion.<sup>16</sup> Rémondon zweifelt die Richtigkeit dieser Auffassung an und vertritt den Standpunkt, daß man sich an Archäologen wenden müsse, wenn man eine Antwort auf diese Frage erhalten wolle.<sup>17</sup> Wipszycka ist der An-

13 Vgl. z. B. ποικιλτής und πλουάριος in P. Cairo Masp. II 67163, 7, 12 (569).

14 Man muß damit rechnen, daß uns die Bezeichnung einer Reihe von Berufen möglicherweise deshalb bis heute unbekannt blieb, weil die entsprechenden Texte verloren gegangen oder noch nicht veröffentlicht sind. (Vgl. Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 126.)

15 Der Unterschied zwischen κεραμεός und κεραμοπλάστης spiegelte sich im griechisch-koptischen Wörterbuch des 6. Jahrhunderts wider, siehe Bell, H. I./Crum, W. E., Greek Coptic Glossary, Aegyptus, Bd. 6, 1925, S. 192: κεραμεός = εκωτ, κεραμοπλάστης = κατ ψουου. Was ἔργ ( ) ταπ [i] ταρ ( ) ἔργ ( ) χιρ ( ) in PUG, inv. 1386 I, 4, 5 bedeuten, ist unklar. Der Herausgeber nimmt an, daß ἔργ ( ) als ἔργ (ατῶν) zu lesen ist, ἔργαται waren im Unterschied zu τεχνῖται bekanntlich [12-13] keine qualifizierten Arbeiter. Deshalb ist eine Spezialisierung in ihren Reihen etwas ungewöhnlich, um so mehr noch ihr Zusammenschluß in besonderen Vereinen, Auszuschließen ist eine solche Möglichkeit jedoch nicht. So werden zum Beispiel in P. Kl. Form 930, 1 (7. Jh.). ἔργαται οἰκοδόμοι erwähnt; in P. Ross. Georg. V 71 (8. Jh.) befinden sich in der Liste der Flüchtigen ἔργαται ein Weber (Z. 6) und ein Töpfer (Z. 9).

16 Heichelheim, F. M., Wirtschaftsgeschichte des Altertums vom Paläolithikum bis zur Völkerwanderung der Germanen, Slaven und Araber, Leiden 1938, Bd. 1, S. 819 f., Bd. 2, S. 1213.

17 Rémondon, R., La crise de l'empire romain de Marc Aurèle à Anastase, Paris 1964, S. 309 (= Nouvelle Clío 11).

Ansicht, daß die hohe Zahl von Berufen (innerhalb der Textilwarenproduktion, der ihre Arbeit gewidmet ist) nicht als Merkmal für ein hohes technisches Niveau und einen entwickelten Markt dienen kann, da die Spezialisierung mit einem primitiven Charakter der Arbeitsinstrumente verbunden war. Die Qualität der Erzeugnisse hing jedoch nicht in erster Linie von den Arbeitsinstrumenten, sondern von der persönlichen Fertigkeit des Handwerkers ab. Je enger ein Arbeitsgebiet ist, desto leichter ist es, eine hohe Meisterschaft zu erlangen.<sup>18</sup>

Sowohl Rémondon als auch Wipszycka haben recht, wenn sie behaupten, daß allein das Studium der Terminologie zur Bestimmung des technischen Standes der handwerklichen Produktion unzureichend sei. Ein richtiges Urteil kann nur auf der Grundlage eines komplexen Studiums des gesamten Materials, einschließlich des archäologischen<sup>19</sup>, gefällt werden. Gleichzeitig darf man jedoch an jenen wertvollen Angaben, die man aus der Analyse der Terminologie schöpfen kann, nicht vorübergehen. Der unbedeutende Unterschied in der Zahl der Berufe zwischen der byzantinischen und vorbyzantinischen Zeit berechtigt uns zwar noch nicht dazu, von einem großen Fortschritt in der Produktion zu sprechen. Aber die Tatsache, daß eine Reihe von Begriffen verschwindet und andere entstehen, zeugt zweifellos davon, daß der Prozeß der Veränderung und Entwicklung in vollem Gange war. Er wurde sowohl durch die Veränderungen im Charakter der Bedürfnisse der Bevölkerung als auch durch einen Aufschwung in der Produktionstechnik, durch die Vervollkommnung der alten und das Aufkommen neuer Arbeitsinstrumente und technologischer Prozesse hervorgerufen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Spezialisierung ökonomisch nur möglich ist, wenn eine ausreichende Nachfrage herrscht, die dem Handwerker über einen längeren Zeitraum hinaus Arbeit auf dem eng spezialisierten Gebiet garantiert. Sonst wäre er gezwungen, irgendeine Arbeit aufzunehmen, die mit seinem Handwerk selbst nichts zu tun hat, das heißt, er würde aufhören, ein eng spezialisierter Handwerker zu sein.<sup>20</sup> Mit anderen Worten, die hohe Spezialisierung des Handwerks zeugt von einem entwickelten Charakter der Produktion und einer ständigen großen Nachfrage.

Die handwerkliche Produktion war vorwiegend Kleinproduktion. Hauptfigur war der juristisch freie Produzent<sup>21</sup>, dem die Familienmitglieder<sup>22</sup>, manchmal auch Lehrlinge oder eine kleine Anzahl von Lohnarbeitern halfen. Davon zeugen Angaben über die Werkstätten

<sup>18</sup> Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 127 f.

<sup>19</sup> Heichelheim lehnt die Nutzung archäologischen Materials nicht ab. An das Studium dieses Materials muß man jedoch vorsichtig herangehen. Wie uns A. Banck zeigte, ist die Verschlechterung der Qualität der Erzeugnisse nicht unbedingt auf einen Verfall des Handwerks zurückzuführen. Im Gegenteil, sie kann ein Ergebnis des Anwachsens der Produktion sein, die sich jetzt nur auf die Befriedigung des Massenbedarfs orientiert.

<sup>20</sup> Das erwähnt auch Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 126, aber aus irgendeinem Grunde hat sie es bei der Formulierung der endgültigen Schlußfolgerung außer acht gelassen (ebenda, S. 128).

<sup>21</sup> Über die Rolle der freien Arbeit vgl. Hahn, István, Freie Arbeit und Sklavenarbeit in der spätantiken Stadt, in: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis, Sectio historica*, Bd. 3, 1961, S. 23 - 39.

<sup>22</sup> Auf familiärer Grundlage wurden manchmal auch Genossenschaftsverträge abgeschlossen, z. B. P. Cairo Masp. II 67158 = FIRA III 158 (568) [110-114]; es kam vor, daß Familienmitglieder mitarbeiten mußten, damit die kleinen Produzenten, die die Arbeit nicht allein bewältigen konnten, den Auftrag nicht verloren. (Vgl. P. Mil. Vogliano IV 255, 4 - 8 [Tebtynis, 2. /3. Jh.]).

der Handwerker<sup>23</sup> wie auch andere Materialien. Mit Ausnahme der staatlichen Werkstätten<sup>24</sup>, der Werkstätten in Klöstern und der für den Export produzierenden Ergasterien aus Alexandria waren die Werkstätten der ägyptischen Handwerker klein. Einige Handwerker waren infolge des Charakters ihrer Arbeit (zum Beispiel Handwerker einiger Berufe im Bauwesen)<sup>25</sup>, infolge fehlender Mittel zum Mieten eines Raumes oder zur Rohstoffbeschaffung wie auch infolge eines fehlenden Käuferkreises gezwungen, dort zu arbeiten, wo sich eine Möglichkeit bot. Aber selbst die Handwerker, die in speziell eingerichteten Werkstätten arbeiten mußten, verfügten nicht immer über derartige Räumlichkeiten. Die Notwendigkeit, einen Raum zu mieten, die den Handwerker wirtschaftlich in Schwierigkeit und in eine gewisse Abhängigkeit vom Eigentümer des Raumes brachte, trug auch nicht zur Erweiterung der Produktion bei. Wie das von uns gesammelte Material zeigt<sup>26</sup>, treten die Handwerker als Pächter und die Großgrundeigentümer, die weltlichen und kirchlichen, die Vertreter der städtischen Aristokratie, überhaupt die vermögenden Leute<sup>27</sup>, als Verpächter auf. Die Pachtfristen waren sehr unterschiedlich, angefangen von elf Monaten bis zum Lebensende des Pächters. Es sind auch aus Pachtverträgen über andere Arten von Immobilien bekannte Dokumente anzutreffen mit der Frist  $\xi\phi' \theta\sigma\upsilon\nu \chi\rho\delta\nu\upsilon\nu \beta\omicron\delta\lambda\epsilon\iota$  (gemeint: der Eigentümer des Areals. Die Pacht ( $\phi\delta\rho\omicron\varsigma, \xi\nu\omicron\delta\kappa\iota\omicron\nu$ ) wurde (in den meisten Fällen) für ein Jahr, einen Monat oder sogar für einen Tag festgelegt. Sie wurde vorwiegend in Geld (achtzehn Fälle), Naturalien (sieben Fälle) oder Naturalien und Geld (zwei Fälle) gezahlt. Wie die Dokumente der römischen Zeit zeigen<sup>28</sup>, schränkten die Eigentümer der Räume manchmal die Möglichkeiten der für den Markt und auf Bestellung arbeitenden Handwerker ein.

Wie bereits erwähnt, war der freie Produzent die Hauptfigur in der ägyptischen handwerklichen Produktion. Die Papyri ermöglichen es nicht, genau den Anteil der Sklavenarbeit

- 23 [34-56.] Vgl. auch Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 54 - 56 u. 89 f. Den Angaben, die die Terminologie betreffen [34-36], muß der zum ersten Mal 1964 in P. Beatty, Panop. 1 VIII, 214 erscheinende Begriff  $\phi\delta\beta\rho\iota\xi$  hinzugefügt werden, siehe auch  $\xi\nu\theta\eta\kappa\eta$  in P. Herm. Rees 30, 9 (6. Jh.). Siehe dazu die Bemerkungen F. Zuckers in Archiv für Papyrusforschung (im folgenden: APF), Bd. 18, 1966, S. 115.
- 24 Die staatlichen Werkstätten [37 f.], über die sehr wenig Informationen zur Verfügung stehen, befanden sich im wesentlichen in Alexandria. Der Versuch von A. d'Ors, das Vorhandensein von gynaikaia in Oxyrhynchos zu Beginn des 4. Jahrhunderts zu beweisen, war nicht von Erfolg gekrönt. (Vgl. die Literatur in Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 195 Anm. 33.) Wipszycka nimmt an, daß es gynaikaia in Ägypten überhaupt nicht gab. Wir sind jedoch der Meinung, daß es darüber noch kein endgültiges Urteil geben kann. (Vgl. ebenda, S. 195 f.)
- 25 Zu den Webereien vgl. die Bemerkungen in ebenda, S. 195.
- 26 [43-56 u. 305]; derselbe, Arenda masterskich v vizantijskom Egipte (Die Verpachtung von Werkstätten im byzantinischen Ägypten), in: Sbornik Ellenističeskij Bližnij Vostok, Vizantija i Iran. Istorija i filologija. Sbornik v čest' semidesjatiletija ... N. V. Pigulevskoj (Sammelband Der hellenistische Nahe Osten, Byzanz und Iran. Geschichte und Philologie. Sammelband zu Ehren des 70. Geburtstages ... N. V. Pigulevskaia), Moskau 1967, S. 56 - 66 (1962 in Druck gegeben).
- 27 Es gibt einen einzigen Fall, in dem ein Handwerker einem anderen Handwerker einen Raum zur Arbeit vermietete. Vgl. P. Ross.-Georg. III 56 (707). Näheres siehe [43]; Fichman, I. F., Arenda masterskich v vizantijskom Egipte, a. a. O., S. 56; derselbe, Rezension, S. 193 Anm. 15; Wipszycka, Ewa, a. a. O., S. 111.
- 28 Berliner Griechische Urkunden (im folgenden: BGU) IV 1117 = M. Chrest. 107 (Alexandria 13 v. u. Z.); P. Stud. Pal. XX 53 (246). Näheres [46 f.]; Fichman, I. F., Arenda masterskich v vizantijskom Egipte, a. a. O., S. 59.

festzustellen. Das ungefähre Verhältnis zwischen der Sklavenarbeit und der freien Arbeit in der  $\chi\omega\rho\alpha$  kann aber durchaus festgestellt und die allgemeine Tendenz aufgezeigt werden. Die Sklavenarbeit spielte im Handwerk eine unbedeutende Rolle.<sup>29</sup> Hunderten erwähnter freier Arbeiter standen nur einige offensichtlich als Handwerker arbeitende Sklaven gegenüber. Zudem beziehen sich alle Fälle auf das 4. Jahrhundert. Wie jedoch mehrmals erwähnt wurde, spielte die Sklavenarbeit insgesamt im Handwerk des griechisch-römischen Ägyptens keine entscheidende Rolle.<sup>30</sup> Bedeutet das, daß in der Relation zwischen Sklavenarbeit und freier Arbeit keine Entwicklung zu verzeichnen war? Eine derartige Annahme wäre grundfalsch. Eine nur flüchtige Bekanntschaft mit den Papyri der römischen und byzantinischen Zeit reicht aus, um klar den auffallenden Unterschied zwischen beiden Epochen zu erkennen. Zeugnisse über die Anwendung der Sklavenarbeit im Handwerk in der römischen Zeit sind, obwohl zahlenmäßig im Vergleich zu den Angaben über die freie Arbeit sehr gering, in ziemlich vielen Dokumenten verschiedenen Charakters anzutreffen. Dazu gehören zum Beispiel Verträge über die Ausbildung im Handwerk, Pachtverträge<sup>31</sup>, Steuerquittungen, Todesanzeigen<sup>32</sup> usw. Allein die Zahl der Lehrlingssklaven in den sogenannten  $\delta\iota\delta\alpha\sigma\kappa\alpha\lambda\iota\kappa\alpha\iota$  (acht Fälle)<sup>33</sup> ist höher als die Zahl der Handwerkersklaven in allen Papyri der byzantinischen Zeit. Dem muß noch hinzugefügt werden, daß im Unterschied zur römischen Zeit in den Papyri des byzantinischen Ägypten fast keine Freigelassenen und schon gar keine freigelassenen Handwerker<sup>34</sup> erwähnt werden. Man kann aber auch noch weitergehen. Eine Entwicklung ist nicht nur bei einem Vergleich zur römischen Periode, sondern auch innerhalb der byzantinischen Periode selbst zu verfolgen, da, wie gesagt, gegenwärtig unbestreitbare Angaben über die Anwendung der Sklavenarbeit im Handwerk nur aus dem 4. Jahrhundert vorliegen. Natürlich darf man an die Frage der Entwicklung der Sklavenwirtschaft nicht vereinfachend herangehen. Bestimmte Umstände können zu einem gewissen Aufschwung des Sklavenhandels führen, wie zum Beispiel Anfang des 8. Jahrhun-

- 29 Derselbe, K probleme social' nogo sostava remeslennikov v Egipte IV - sere diny VII v. n. è. (Zum Problem der sozialen Struktur der Handwerker in Ägypten vom 4. bis zur Mitte des 7. Jh. u. Z.), in: Problemy social' no-èkonomičeskoj istorii Drevnego mira. Sbornik pamjati ... A. I. Tjumeneva (Probleme der sozial-ökonomischen Geschichte der Alten Welt. In memoriam ... A. I. Tjumenev), Moskau/Leningrad 1963, S. 355 - 362; [57 - 63].
- 30 Der Sklaverei im griechisch-römischen Ägypten ist eine Reihe von Arbeiten von Biézuńska-Małowist gewidmet (siehe die Bibliographie [258]) und Biézuńska-Małowist, Iza, Praca najemna niewolników w Egipcie greckorzynskim, in: Wydział nauk społecznych Polskiej Akademii nauk. Sprawozdania z prac naukowych wydziału nauk społecznych, VIII, 2 Warschau 1965, S. 24 - 31.
- 31 Ein neues Dokument: P. Wisconsin I 5 (186).
- 32 Die Tatsache, daß in den Anzeigen auf das Fehlen eines Berufes ( $\alpha\tau\epsilon\chi\nu\omicron\varsigma$ ) bei dem Sklaven hingewiesen wird, spricht dafür, daß das Vorhandensein eines solchen keine seltene Erscheinung war.\*
- 33 Das Material wurde gesammelt von Forbes, Cl. A., The Education and Training of Slaves in Antiquity, in: Transactions and Proceedings of the American Philological Association, 86. Jg. 1955, S. 328 - 334. - Allein die Tatsache, daß die Zahl der  $\delta\iota\delta\alpha\sigma\kappa\alpha\lambda\iota\kappa\alpha\iota$  in der byzantinischen Zeit stark zurückging, muß man damit in Verbindung bringen, daß die Anzahl der Sklaven als Handwerker zurückging. Die neuen Publikationen, wie P. Wisconsin I 4 (53); BGU XI 2041 (201); P. Oxy. XXXI 2586 (253), verändern die Statistik der Verträge immer mehr zugunsten der freien Arbeit.
- 34 Siehe dazu Biézuńska-Małowist, Iza, Les affranchis dans les papyrus de l'époque ptolémaïque et romaine, in: Atti dell' XI Congresso, a. a. O., S. 433 - 443, insbesondere S. 437 - 438.

derts. Aber auch in dieser Zeit können wir keinen erhöhten Anteil der Sklavenarbeit im Handwerk feststellen.<sup>35</sup>

Was ist ein juristisch freier Arbeiter? Entsprach die formale Freiheit der realen? Wie wirkte sich das allgemein bekannte Streben des Staates, seine Kontrolle über ganze Bevölkerungsgruppen zu verstärken, die auf ihnen liegende Last zu erhöhen und sie gleichzeitig legislativ an den Beruf, den Wohnort usw. zu binden, das heißt, sie fast zum faktischen Sklaven herabzusetzen, auf ihre Lage aus?

Man muß vor allem hervorheben, daß die juristisch freien Handwerker ihrer sozialen Struktur und Lage nach keine einheitliche Masse bildeten. Über die Arbeiter der staatlichen Werkstätten gibt es leider keine Papyri. Man kann annehmen, daß die Angaben der kaiserlichen Gesetzgebung für diese Arbeiter anwendbar sind, die von J. P. Waltzing, E. Kornemann, A. Persson, F. M. de Robertis und anderen<sup>36</sup> genau untersucht wurden. Dazu gehören; die Bindung des Arbeiters und seines Eigentums an das Handwerk, Erbzwang für letzteres, kollektive Verantwortung in einer Reihe von Fällen, Rechtlosigkeit, grausame Vorschriften und ständige Kontrolle. Eine andere Gruppe abhängiger Handwerker wurde von den Personen gebildet, die auf großen Gütern arbeiteten.<sup>37</sup> Obwohl sich die Beziehungen zwischen den Handwerkern und den Großgrundeigentümern formell auf vertraglichen Grundsätzen aufbauten, wurde die Lage der ersteren nicht so sehr durch die Vertragsbedingungen als durch die ökonomische und außerökonomische Abhängigkeit vom Großgrundeigentümer bestimmt. Besonders schwer war die Lage der Handwerker, die von Generation zu Generation mit dem Gut verbunden waren. Die dritte Kategorie bildeten die Mönche [208 - 211], die Einsiedler wie auch die Koinobiten. Über sie gibt es in den Papyri nur wenige Angaben. Anhand von Klosterstatuten, die strenge Anordnungen über das Leben und die Arbeit vorsahen, kann man aber über die Tätigkeit der Handwerker in den Klöstern urteilen.

Diese Gruppen bildeten jedoch nicht die Hauptmasse der Handwerker. Diese bestand aus den selbständig arbeitenden Handwerkern in den Städten und Dörfern sowie den Lohnarbeitern. Um ihre wahre Lage zu klären, muß vor allem ermittelt werden, ob sie ihren Beruf frei wählen und wechseln durften, über Bewegungsfreiheit verfügten, selbständig Geschäfte führen durften usw. Die Erblichkeit des Berufes war im griechisch-römischen Ägypten eine sehr weit verbreitete Erscheinung. Auch in der byzantinischen Zeit ist sie zu beobachten.<sup>38</sup> Im vorliegenden Falle trug sie im Unterschied zu den Arbeitern der staatlichen Werkstätten keinen Zwangscharakter, wie man bis vor kurzem annahm. Davon zeugt eindeutig der von uns und auch von Wipszycka herangezogene P. Ryl. IV 654 (4. Jahrhundert). Die Behaup-

35 Näheres dazu bei Fichman, I. F., *Dannye o rabach pozdnerimskogo Egipta v novejšich papirologičeskich publikacijach* (Angaben über die Sklaven des spätrömischen Ägypten in neuen Papyripublikationen), in: *Trudy III Vsesojuznoj konferencii po istorii, kultury i filologii Drevnogo Vostoka* (Arbeiten der 3. Allunionskonferenz über die Geschichte, Kultur und Philologie des Alten Orients), im Druck.

36 Als neueste Arbeit vgl. Charbonnel, N., *La condition des ouvriers dans les ateliers impériaux IV<sup>e</sup> et V<sup>e</sup> siècles*, in: Burdeau, F./Charbonnel, M./Humbert, M., *Aspects de l'Empire romain*, Paris 1964, S. 61 - 93.

37 Fichman, I. F., *Remeslo i krupnoe imenie v vizantijskom Egipte, po dannym grečeskich papirusov* (Das Handwerk und das Großgrundeigentum im byzantinische Ägypten, nach Angaben griechischer Papyri, in: *Palestinskij sbornik*, 7. Jg. 1962, S. 70 f., 86 [227; 246 - 248].

38 Derselbe, *K probleme social'nogo sostava remeslennikov v Egipte IV - serediny VII v. n. è., a. a. O.*, S. 363 f.; [64 f.].

tung Th. Reils, der Berufszwang sei erst später eingeführt worden, beruht auf einer allzu freien Auslegung des P. Cairo Masp. I 67001, 11 (514) und 67020 Re 17-18 (6. Jahrhundert)<sup>39</sup>. Das Fehlen einer obligatorischen Erbllichkeit wird unserer Meinung nach auch später durch P. Lond. IV 1394 P. Ross. Georg. IV 6 (710), bewiesen. Da die Erbllichkeit des Berufes nicht durch staatlichen Druck, sondern durch die Tradition und die ökonomischen Bedingungen hervorgerufen wurde, kann man behaupten, daß die Kinder der meisten Handwerker ihren Beruf frei wählen konnten. Die Person, die ein Handwerk erlernt hatte, wurde in die Liste der Handwerker dieses Berufes eingetragen. Obwohl hiermit in erster Linie staatliche Interessen verfolgt wurden, entstanden für den Handwerker ernste Folgen, da er dadurch der Möglichkeit beraubt wurde, einen zweiten Beruf zu erlernen. Das Erlernen eines anderen Berufes und das Überwechseln zu einer Arbeit im neuen Beruf waren nicht erlaubt, wie die Entscheidung des Juridicus Aegypti im P. Ryl. IV 654 klar zeigt, es sei denn mit Erlaubnis der staatlichen Verwaltung. Dadurch erreichte der Staat eine Stabilität der beruflichen Handwerksstruktur, was seiner Politik der beruflichen Bindung entsprach.<sup>40</sup> Die berufliche Bindung war von einer territorialen Bindung begleitet, denn nur in diesem Falle konnte die Tätigkeit des Handwerkers effektiv kontrolliert und ohne Verlust für den Staat ausgeübt werden. Ein gewisses Interesse daran hegten aller Wahrscheinlichkeit nach auch die entsprechenden Zünfte. Die territoriale Bindung darf jedoch nicht so verstanden werden, daß der Handwerker nicht mehr die Möglichkeit besaß, zeitweilig oder für ständig den Wohnort zu wechseln.<sup>41</sup> Eine solche Möglichkeit bestand aber offensichtlich nur mit Genehmigung der Behörden, da sie eine Änderung in den Steuerlisten erforderlich machte.

Je nachdem, ob im betreffenden Produktionszweig der Erbwang des Berufes bestand oder nicht, mußte der künftige Handwerker zunächst eine entsprechende Ausbildung absolvieren [77 - 87]. Daran waren seine nahen Verwandten (manchmal er selbst), sein Herr (wenn es sich um einen Sklaven handelte), der Staat und wie P. Ryl. IV 654 zeigt, manchmal auch die entsprechende Zunft interessiert. Das nötige Wissen und die erforderlichen Fertigkeiten konnten entweder zu Hause (wenn ein Familienmitglied Handwerker war)<sup>42</sup> oder bei einem Ausbilder<sup>43</sup> erworben werden. Wenn man jemanden in die Lehre geben wollte,

39 Ebenda; [66 f.]; Wipszycka, Ewa, Politika państwa rzymskiego wobec rzemiosła tkackiego w Egipcie. 1. - 4. Jh. u. Z., in: Przegląd Historyczny, 56. Jg. 1963, S. 16; dieselbe, Das Textilhandwerk und der Staat im römischen Ägypten, in: APF, Bd. 18, 1966, S. 20; dieselbe, L'industrie textile dans l'Égypte romaine, a. a. O., S. 63.

40 Ohne seinen Beruf zu ändern, konnte der Handwerker durchaus gesetzlich Arbeiten eines anderen Berufes ausführen. Das Zusammenfallen der Berufe, das vor allem auf verwandten Gebieten zu beobachten war, zeigt, daß es keine völlig unüberbrückbare Grenze zwischen den Beschäftigungsarten der Bevölkerung gab. Gleichzeitig weist es darauf hin, daß sich einzelne Handwerker infolge ungenügender Qualifikation bei ungünstigen Bedingungen keine Arbeit in ihrem Beruf sichern konnten. Siehe [70-75], wo auch die Verbindung des Handwerks zur Landwirtschaft behandelt wird.

41 [69 f.]; siehe zu dem Problem insgesamt Braunert, H., Die Binnenwanderung. Studien zur Sozialgeschichte Ägyptens in der Ptolemäer- und Kaiserzeit, Bonn 1964, insbesondere S. 303 - 305, 318 f., 324, 326 f. u. 331.

42 Der Sohn des Handwerkers wurde nicht immer vom Vater oder einem Verwandten unterrichtet, siehe [77 Anm. 437], ebenso kürzlich in P. Wisconsin I 4 (53) mit Kommentar des Herausgebers (S. 44).

43 Wird gewöhnlich δίδασκαλος genannt, aber in den kürzlich erschienenen P. Oxy. XXXI 2586 (253) - ἐπιστάτης. Siehe Anm. zu Z. 7.

wurde das durch einen Vertrag festgelegt, der διδασκαλική<sup>44</sup> genannt wurde. Die Mehrzahl der διδασκαλικαί bezieht sich auf die römische Zeit, aus der byzantinischen stammen nur zwei (P. Aberd. 59 und P. Lond. V 1706)<sup>45</sup>, was wahrscheinlich - wie bereits erwähnt - durch einen zurückgehenden Anteil der Sklavenarbeit und durch den erblichen Charakter des Handwerks zu erklären ist. Die handwerkliche Tätigkeit war zudem schon nicht mehr so anziehend, daß sie einen großen Zustrom an Bewerbern verzeichnen konnte.<sup>46</sup> Die Verträge ( διδασκαλικαί ) teilt man gewöhnlich in zwei Gruppen ein:

a) Verträge, deren wichtigster und einziger Inhalt darin bestand, im entsprechenden Beruf ausgebildet zu werden, das heißt die sogenannten "Lehrverträge"; und

b) Verträge, die neben der Ausbildung auch die Nutzung der Arbeit des Lehrlings durch den Ausbilder vorsahen, die sogenannten "Lehrlingsverträge"<sup>47</sup>.

P. Lond. V 1706 ist mit dem Abschluß eines Lehrvertrages verbunden. Der Vertrag, der das Verhältnis zwischen dem ausbildenden Weber und seinem Lehrling im P. Ryl. IV 654 festlegte, ist ein Lehrlingsvertrag. P. Aberd. 59 ist in einem so schlechten Zustand zu uns gelangt, daß es schwer ist, über seinen Inhalt zu urteilen. Wenn die von uns vorgeschlagene Deutung richtig ist, dann ist es ein Lehrlingsvertrag, der vorsieht, daß vom Ausbilder den Vertretern des Lehrlings ein wahrscheinlich zinsfreies Darlehen von 8 Goldmünzen gewährt wird, das sie nach Ablauf des Vertrages zurückzahlen müssen. Dafür zahlt der Ausbilder dem Lehrling offenbar keinen Lohn. In diesem Falle ist das Dokument dem Vertrag in BGU IV 1124 (Alexandria, 18 v. u. Z.) und P. Oxy. XXXI 2586<sup>48</sup> ähnlich. Eine andere Besonderheit der Urkunde besteht darin, daß es, wie auch BGU IV 1125 (Alexandria, 13. v. u. Z.), und P. Fouad. 37 (48) vor "erfahrenen Stickern" die Ablegung einer Prüfung vorsah.<sup>49</sup> Die Lehrverträge übergewogen in unserer Dokumentation, und trotz der Vielfalt ihrer Bedingungen ist ihnen die Festlegung gemeinsam, daß der Ausbilder in der Regel nicht nur keinen Lohn erhält, sondern auch selbst die Kosten für den Unterhalt des Lehrlings trägt, insbesondere dadurch, daß er ihm Lohn zahlt und manchmal auch die Kleidung und das Essen zur Verfügung stellt (entweder unmittelbar oder durch ihre Bezahlung), wobei die Höhe des Lohnes und der Wert der Kleidung zuweilen mit der Zeit wachsen, das heißt in dem Maße, wie die Qualifikation des Lehrlings und dementsprechend der aus seiner Arbeit erzielte Gewinn steigen. Das alles bringt diese didaskalikai den Arbeitsverträgen und den Lehrling dem Lohnarbeiter näher. Nach unserer Meinung wäre es je-

44 Literatur siehe [78 Anm. 438; 306]; siehe auch Wipszycka, Ewa, L'industrie textile dans l'Égypte romaine, a. a. O., S. 58 - 63 u. 65 - 67; Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 196; derselbe, Ešče raz o remeslennom proizvodstve v pozdnerimskom Egipte (Nochmals über die handwerkliche Produktion im spätrömischen Ägypten), in: VDI, H. 2/1968, S. 144.

45 P. Antin. II 91 (6. Jh.) rechnen wir zu den Arbeitsverträgen. Näheres siehe [78 f.].

46 Ein gewisser Zustrom war trotzdem zu verzeichnen, besonders aus den armen oder ruinierten Familien. So ist in P. Oxy. XXXI 2586 (253) der Enkel eines Agronomen als Lehrling anzutreffen. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß es nicht immer zweckmäßig war, wenn alle Kinder des Handwerkers seinen Beruf erlernten, denn bei einem beschränkten Absatzmarkt konnte das zu einer unerwünschten Konkurrenz zwischen den Familienmitgliedern führen.

47 Die Terminologie wurde von A. Berger vorgeschlagen. Sie ist am weitesten verbreitet, aber trotzdem nicht allgemein üblich. M. San Nicolò schlug vor, sie in "schlichte" und "gemischte Lehrverträge" [81, 306] einzuteilen.

48 Näheres siehe [81 f.]; Fichman, I. F., Ešče raz o remeslennom proizvodstve v pozdnerimskom Egipte, a. a. O.

49 [84]; Wipszycka, Ewa, L'industrie textile dans l'Égypte romaine, a. a. O., S. 59.



doch falsch, anzunehmen, daß der Lehrling bei Verträgen mit einer längeren Ausbildungsdauer und abgestufter Bezahlung in den letzten zwei bis drei Jahren eher als Lohnarbeiter denn als Lehrling arbeitete. Das Grundwissen und die wichtigsten Fertigkeiten eignete er sich in der Tat in den ersten zwei bis drei Jahren an (es handelt sich um das Weberhandwerk). Da sich jedoch in allen Verträgen ähnlicher Art<sup>50</sup> der Lohn mit jedem Jahr erhöhte und im letzten Vertragsjahr seinen Höchststand erreichte, ist anzunehmen, daß der Ausbildungsprozeß andauerte, der Wert der Arbeit des Lehrlings sich dementsprechend erhöhte und sich der Vertrag offensichtlich erst im letzten Ausbildungsjahr in einen echten Arbeitsvertrag verwandelte.<sup>51</sup>

Die didaskalikai enthielten keine Angaben über die Organisation des Ausbildungsprozesses; vorgesehen waren allein der bedingungslose Gehorsam des Lehrlings in allem, was den entsprechenden Beruf betraf<sup>52</sup>, und die Pflicht des Ausbilders, seine Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, die darin bestanden, den Lehrling vor Ablauf des Vertrages den "Ausgebildeten" vorzustellen. Dem Lehrling wurde eine gewisse Zahl von Ausgangstagen und vorher bestimmter freier Tage gewährt, die im Vertrag genau festgelegt waren. Feiertage wurden darüber hinaus in Naturalien oder Geld bezahlt, da der Ausfall dem an der Arbeit des Lehrlings interessierten Meister echten Verlust einbrachte und zudem den normalen Ausbildungsprozeß gefährdete, was für den für die Qualität der Ausbildung verantwortlichen Ausbilder ebenfalls unvorteilhaft war (von der Qualifikation des Lehrlings hing auch der Gewinn ab, den der Meister aus der Arbeit des Ausbilders zog).

Nach Erlernen des Berufes arbeitete der Lehrling bis zum Ablauf der Frist weiterhin bei seinem Meister. Eine solche Situation wird anscheinend im P. Ryl. IV 654<sup>53</sup> wiedergegeben. Einem solchen Lehrling konnte eine verantwortliche Arbeit anvertraut werden. Wenn es Schwierigkeiten ökonomischer Art gab, die verhinderten, daß der Lehrling zum selbständigen Handwerker wurde (wenn es an Mitteln fehlte, eine Werkstatt zu mieten, Rohstoffe zu erwerben usw.), wurde der Lehrling zum Lohnarbeiter. In der Regel wechselte er jedoch in die Klasse der selbständigen Handwerker über.

Die Handwerker arbeiteten für den Markt, auf Bestellung und als Lohnarbeiter [87 - 110]. Damit ein Handwerker selbständig arbeiten konnte, bedurfte es einer Reihe von Voraussetzungen. Es mußten vorhanden sein: eine ausgestattete Werkstatt, auf jeden Fall Handwerkszeug, Rohstoffe und Bedarf an produzierten Erzeugnissen, manchmal auch Hilfskräfte. Wenn ein Handwerker auch zuweilen ohne Werkstatt und Hilfskräfte auskam und mit auf Kredit genommenem Rohstoff arbeitete, so konnte er als selbständiger Arbeiter keinesfalls ohne Werkzeug existieren; deshalb war sein Werkzeug das letzte, wovon er sich trennte. Ein wichtiges Problem stellte auch der Rohstoff dar. Der Handwerker erhielt

50 P. Oxy. IV 725 = Sel. Pap. I 14 (183); P. Oxy. XIV 1647 (Ende des 2. Jh.); P. Oxy. XXXI 2586 (253).

51 Näheres siehe Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 196; derselbe, Ešče raz o remeslennom proizvodstve v pozdnerimskom Egipte, a. a. O.

52 Die in der Literatur geäußerte Vermutung, daß der Lehrling vollkommen in die Hand des Lehrers übergeben wurde, traf auf den Widerspruch von H. J. Wolff und J. Herrmann [86]. Der Gesetzgebung zufolge hatte der Lehrer das Recht, den Lehrling körperlich zu strafen. Im Falle "übermäßiger Grausamkeit", das heißt, wenn die Strafe über die Grenzen einer zugelassenen "leichten Strafe" hinausging, mußte sich der Lehrer für seine Handlungen verantworten; natürlich durfte gegen ihn keine actio iniuriarum eingeleitet werden, da seine Handlungen zweifellos keine schwere Körperverletzung, sondern monendi et docendi causa zum Ziel hatten [85].

53 Näheres siehe derselbe, Rezension, a. a. O., S. 196 f.

ihn entweder von den Händlern oder den unmittelbaren Erzeugern<sup>54</sup>, der Wert der Rohstoffe äußerte sich im Wert der Produktion des Handwerkers. Von πλεοτιμία τῶν εἰδῶν und der damit verbundenen Notwendigkeit, die Preise zu erhöhen, wird direkt in P. Oxy. XII 1414, 13 (270 bis 275), gesprochen. Der Handwerker, der für den Markt arbeitete, verkaufte seine Produktion in der Regel selbst, und wenn er manchmal auf Absatzschwierigkeiten stieß, war er gezwungen, lange Reisen zum Verkauf seiner Ware zu unternehmen.

Die Arbeit für den Markt schloß die Arbeit auf Bestellung nicht aus [89 - 91], und oft ergänzten diese Arbeiten einander. Es gab auch Handwerker, die umständehalber gezwungen waren, nur auf Bestellung zu arbeiten. Großbesteller waren außer dem Staat die Aufkäufer und die Güter von Großgrundeigentümern. Die Handwerker führten die Bestellung entweder bei sich oder im Hause der Besteller aus, entweder aus eigenen Rohstoffen oder aus solchen des Bestellers, wobei sie je nachdem τιμή oder μισθός erhielten. Die Bestellung befreite den Handwerker von der Suche nach Käufern. Für den Handwerker, der keine Rohstoffe besaß, war dies überhaupt die einzige Möglichkeit, auf seinem Fachgebiet zu arbeiten und seine Selbständigkeit zu wahren, aber gleichzeitig wurde er zu einem Handwerker, der sich in einer gewissen Abhängigkeit vom Besteller befand, besonders, wenn dieser die Bestellung im voraus bezahlte. Da jedoch in Verträgen solcher Art manchmal weder der Preis noch die Menge der gelieferten Produkte bestimmt war, entstand ein Streit über das juristische Wesen des Geschäfts, das heißt, ob es sich um ein Darlehen, das in Natur zurückzuerstatten war, oder um eine Lieferung mit Vorauszahlung handelte. Eine Reihe von Urkunden - im wesentlichen sind es Quittungen über den Erhalt von Geld für die künftige Lieferung von Krügen - betrifft zweifellos die bezahlte Lieferung von handwerklichen Erzeugnissen. Die Handwerker waren sowohl für die Qualität der Produktion als auch für die rechtzeitige Lieferung verantwortlich. Im Falle einer Verletzung der Verpflichtungen wurde entweder die festgelegte Summe konsequent zurückgezahlt oder ein Betrag, der den auf dem Markt im Augenblick des Beginns der Lieferfrist geltenden Preis um einen gewissen Prozentsatz übertraf.

Eine dritte Form der Anwendung der Handwerksarbeit war die Lohnarbeit [91 - 110], sowohl bei Berufskollegen als auch bei Nichthandwerkern (meist waren dies Großgrundeigentümer). Die Lohnarbeit wurde durch einen Vertrag festgelegt.<sup>55</sup> Aus der Zahl der Arbeitsverträge mit Handwerkern sind uns überliefert: PSI IV 287 = Contratti 13 (377); P. Rein. II 105 (432); P. Oxy. XVI 1893 = Contratti 16 (535); P. Grenf. II 87 = Sel. Pap. I 23 = Contratti 24 (602); SB I 4503 = Contratti 26 (606); P. Herm. Rees 30 (6. Jahrhundert).<sup>56</sup> Zu dieser Gruppe muß auch SB VI 9445 = P. Med. I 56 (6. Jh.) gezählt werden, aber sein Inhalt ist nicht völlig klar<sup>57</sup> wie auch P. Oxy. XVI 1980 (557), und SB I 4738 (byzantinische Zeit). Unklar ist, worum es sich in P. Antin. II 91 (6. Jahrhundert), und SB VI 9011 = P. Med. I 48 (5. bis 6. Jahrhundert), handelt. Außer den Verträgen in griechischer und koptischer Sprache (im wesentlichen mehr aus den späteren Zeiten) gibt es noch Lohnempfangsquittungen, Verfügen, Verzeichnisse über verschiedene Arten ausgehändigten Entgelts

54 Einige Weber pachteten Land, um die benötigten Rohstoffe anzubauen [74 Anm. 411]; siehe auch P. Oxy. XXXI 2585 (315).

55 Die Texte der griechischen Verträge wurden gesammelt von Montevocchi, O., I contratti di lavoro e di servizio nell' Egitto greco-romano e bizantino, Milano 1950; die der koptischen von Till, Walter, Die koptischen Arbeitsverträge, in: Symbolae R. Taubenschlag, Bd. 1, 1956, S. 273 - 329 (= Eos 48).

56 Analyse der einzelnen Verträge [91-97, 306]; Sammeltabelle [98 f.]. P. Herm. Rees 30; s. Zucker, F., in: APF, Bd. 18, 1966, S. 115.

57 Siehe Ergänzungen und Verbesserungen von O. O. Krüger [96 Anm. 545], wie auch Fichman, I. F., Rezension, a. a. O., S. 195 Anm. 27.

(in Geld- oder Naturalform), einzelne Äußerungen in Briefen und andere Dokumente, die Licht in die Anwendung der Lohnarbeit im Handwerk bringen. Von besonderem Interesse sind (für Gegenüberstellungen) auch die Dienstverträge. Dieses gesamte Material zeugt von der bedeutenden Verbreitung der Lohnarbeit im Handwerk und gestattet in Verbindung mit den Angaben der Gesetzgebung und der didaskalikai, in hohem Maße die Arbeitsbedingungen des Lohnhandwerks zu rekonstruieren.

Zur Lohnarbeit wurde der Handwerker entweder dadurch getrieben, daß ihm die Mittel fehlten, um eine selbständige Tätigkeit auszuüben, oder durch Abhängigkeit (vom Staat, vom Großgrundeigentümer oder vom Kreditgeber). Obwohl auch in den Arbeitsverträgen das freiwillige und nicht erzwungene Einverständnis des Handwerkers zur Arbeit hervor-gehoben wird und auf den ersten Blick - wenn auch nicht immer - gesagt werden kann, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Vertragsteilnehmer war, war der Handwerker in Wirklichkeit gewöhnlich der ökonomisch und sozial schwächere Vertragspartner, und seine faktisch abhängige Situation fand - wenn auch nur teilweise - in den Vertragsbedingun-gen selbst ihren Ausdruck.

Der Lohnvertrag wurde gewöhnlich vom Handwerker oder seinem Vertreter aufgestellt, und in den meisten Fällen wurde er in einem Exemplar geschrieben. Sein Hauptinhalt bestand darin, daß der Arbeiter die Verpflichtung übernahm, für den Arbeitgeber zu arbeiten. Dabei wurden eine vereinbarte Form der Bezahlung sowie Strafen für eine Verletzung des Vertrages festgelegt. Dem Inhalt nach ist der Vertrag eine  $\mu\iota\sigma\theta\omega\sigma\iota\varsigma$ , aber es finden sich auch andere Bezeichnungen. Der Vertrag wurde für eine bestimmte Frist oder für die Zeit abgeschlossen, die zur Ausführung des Arbeitsumfanges erforderlich war. Die Vertragsfristen variierten, am häufigsten erwähnt wird jedoch die Arbeitsfrist von einem Jahr [97 - 100]. Obwohl fast der ganze Vertragstext aus Aufzählungen der Verpflichtungen des Arbeiters bestand, ist dennoch relativ wenig darüber bekannt, wie der Produktionsprozeß und die Arbeitsweise konkret organisiert waren. Eine Antwort auf diese Fragen ist nur möglich, wenn indirekte Angaben herangezogen werden, wobei die erhaltenen Schlußfolgerungen in gewissem Grade als Vermutungen anzusehen sind. Der gegen Lohn arbeitende Handwerker wohnte entweder beim Arbeitgeber oder hielt sich ständig bei ihm auf. In den didaskalikai und insbesondere in den Dienstverträgen wird besonders hervor-gehoben, daß der Arbeiter gehorsam sein und beliebige Anordnungen usw. ausführen muß. Ein solcher Gehorsam wurde offensichtlich auch vom Lohnarbeiter gefordert. Wenn man nach den Angaben einiger didaskalikai urteilt, währte der Arbeitstag von Sonnenauf-gang bis Sonnenuntergang. Es ist schwer zu sagen, ob es feste Normen für Zeitlohn gab. In den Arbeitsverträgen der Handwerker wird, wie auch in den Dienstverträgen, nicht von Urlaubstagen gesprochen, aber eine Reihe von Erwägungen sprechen zugunsten der Annah-me, daß es zweifellos solche Tage gegeben hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich der im Zeitlohn stehende Arbeiter an den gleichen Tagen ausgeruht wie auch der Arbeitgeber, und ein Arbeiter, der im Stücklohn arbeitete, nach seinem Gutdünken.<sup>58</sup> Die durch Krank-heit versäumten Tage wurden augenscheinlich nicht bezahlt, der Verlust der Arbeitsfähig-keit wurde nicht entschädigt, und dem zum Invaliden gewordenen Arbeiter, der keine Exi-stenzmittel besaß, blieb nichts anderes übrig, als betteln zu gehen [103 f.].

Der Lohnarbeiter erhielt eine Bezahlung, für gewöhnlich  $\mu\iota\sigma\theta\delta\varsigma$  genannt.<sup>59</sup> Der Zeit-lohn wurde für den Tag, den Monat, das Jahr oder die gesamte Vertragsdauer festgelegt, der Stücklohn wiederum je nach Charakter und Umfang der Arbeiten. Der Arbeitslohn wur-

58 [102-103]; vgl. Adams, B., Paramoné und verwandte Texte. Studien zum Dienstvertrag im Rechte der Papyri, Berlin 1964, S. 95 f.

59 Andere Termini [104 Anm. 576], wie auch  $\delta\psi\omega\nu\iota\omicron\nu$ : P. Oxy. XIX 2244 I 1 (6. -7. Jh.).

de in Geld oder Naturalien ausgezahlt oder teils in Geld, teils in Naturalien.<sup>60</sup> Manchmal (in der Regel in Dienstverträgen und Urkunden, die große Landgüter betreffen) werden zusätzliche Auszahlungen erwähnt: Feiertagsgeschenke *έορτικά, καλανδικά*, vertragliche Dienstbotengeschenke *σινθηθεια* usw. In den griechischen Arbeitsverträgen herrscht die Bezahlung in Geldern vor, in den koptischen - mit Ausnahme der Verträge über Abarbeitung einer Schuld - die Bezahlung in Naturalform. In den griechischen Papyri gehören Getreide, Wein, Fleisch, Öl, seltener Hülsenfrüchte, zu den Naturalentlohnungen, in den koptischen Papyri jedoch ist die Zusammensetzung bedeutend vielfältiger. Die Auszahlungstermine sind in den Verträgen selten angegeben, und die Quittungen über den Erhalt des Arbeitslohnes zeigen, daß er zu verschiedenen Jahreszeiten und manchmal in Raten gezahlt wurde. Eine wichtige Besonderheit des Bezahlungssystems bestand in der Anzahlung oder sogar der Vorauszahlung des gesamten Arbeitslohnes. Der Erhalt einer Anzahlung, die dem Arbeiter die Existenzmittel sicherte, unterstützte gleichzeitig seine Unterjochung; in Wirklichkeit hatte der Vertrag, der die Gewährung einer Anzahlung beinhaltete, viel mit den Bestimmungen gemein, die das Abarbeiten einer Schuld vorsahen. Die Höhe der Bezahlung für die Arbeit hing vor allem davon ab, ob der Arbeiter Unterhaltsmittel in Ergänzung zum Arbeitslohn erhielt, vom Fachgebiet, von der Qualifikation, dem Stand des Arbeitskräfteamarktes in der gegebenen Gegend, den Preisen der Lebensmittel (in erster Linie von Brot) und schließlich vom Grad der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit vom Arbeitgeber (der Notwendigkeit, eine Schuld abzuarbeiten, der Unmöglichkeit, sich gegen die Forderungen der staatlichen Verwaltung, gegen den Apparat des Großgrundbesitzers zu behaupten usw.). Ein Hauptkampfmittel zur Erhöhung des Arbeitslohnes waren das Verlassen der Arbeitsstelle (manchmal Flucht im wahren Sinne dieses Wortes) und die kameradschaftliche Solidarität.<sup>61</sup> Zweifellos versuchten die Arbeitgeber, den Forderungen nach Erhöhung des Arbeitslohnes (*πλεομισθία*) entgegenzuwirken, aber uns sind keine Dokumente für die byzantinische Zeit bekannt, die von Aktionen zeugen, die denen gleichen, von denen in BGU IV 1121, 16 - 17 = Sel. Pap. I 41 (5 v. u. Z.), gesprochen wird. Eine Differenzierung in der Bezahlung der Arbeit der Handwerker hat bestanden, aber insgesamt gehörten die Handwerker zur Kategorie der niedrigbezahlten Arbeiter [104 - 107].

Die Verträge sahen für ihre Nichteinhaltung auch Strafmaßnahmen vor. Eine Untersuchung der Strafklauseln bestätigt die Schlußfolgerung über die Nichtgleichberechtigung der Partner. Während in fast allen griechischen Verträgen eine Bestrafung des Arbeiters vorgesehen war - in den koptischen Strafklauseln sind sie selten anzutreffen -, wird über eine Bestrafung des Arbeitgebers wesentlich seltener gesprochen. Bestraft wurden eine nicht gewissenhafte Einstellung zur Arbeit und vor allem das eigenmächtige Verlassen der Arbeit vor Ablauf der Vertragsfrist. Der Arbeitgeber hatte kein Recht, den Arbeiter vorfristig zu entlassen, aber eine Strafe war durchaus nicht immer vorgesehen, und wenn sie auch vorgesehen war, dann wurde ihr Ausmaß oft nicht bestimmt. Hier muß hinzugefügt werden, daß das Verbot in einigen Verträgen die Entlassung "ohne Grund" betraf; aber wenn der Wunsch vorhanden war, war es selbstverständlich nicht schwer, einen Grund zu finden.

Was stellte nun der zur Arbeit gedungene Handwerker, *μισθιος*, dar? Vor allem ist er kein deklassiertes Element, das einen zeitweiligen Verdienst sucht, sich heute die eine Arbeit aussucht, morgen eine andere, übermorgen eine Arbeit ablehnt und bittelt. Der ägyptische *misthios* ist ein Mensch, der eine entsprechende Qualifikation besitzt, aber nicht

60 Das vollständigste zusammenfassende Verzeichnis: Johnson, A. C./West, L. C., *Byzantine Egypt: Economic Studies*, Princeton 1949, S. 194 - 198.

61 Siehe weiter unten.

über die Möglichkeit verfügt, eine selbständige Tätigkeit auszuüben. Er ist entweder ein ehemaliger Lehrling, der noch nicht Herr einer Handwerkswerkstatt geworden ist oder ein verarmter selbständiger Handwerker. Die Arbeit als misthios ist im Leben des Handwerkers keine Etappe von kurzer Dauer, sie kann sich lange hinziehen, aber sie kann auch mit einem Übergang in die Gruppe der Meister, die ihre Tätigkeit selbständig ausüben, enden (zum Beispiel SB I 4503 und CPR IV 23; P. Lond. V 1708). Insgesamt muß die Lage des Lohnhandwerkers als nicht beneidenswert angesehen werden. Die Lohnarbeitsverträge versetzen ihn in eine deutlich benachteiligte Lage. Wenn wir auch in den Arbeitsverträgen der Handwerker keinen so klar ausgedrückten Sklavengehorsam finden, der dem der Dienstverträge gleicht, so mußten die Lohnhandwerker zweifellos in gewissem Maße das Schicksal von Lohnarbeitern teilen, besonders wenn dem Vertrag die Auszahlung eines Handgeldes vorausgegangen war oder der Vertrag zur Abarbeitung einer Schuld abgeschlossen wurde.<sup>62</sup>

Es ist unmöglich, einen vollständigen Bericht über die Handwerksproduktion im byzantinischen Ägypten zusammenzustellen, ohne die Handwerkerkorporationen dieser Zeit zu erwähnen [121 - 205]. Die Papyri haben uns viele Angaben über die handwerklichen und mit dem Handwerk verbundenen Zünfte erhalten.<sup>63</sup> Hier muß hinzugefügt werden, daß

- 62 Über die Lage der Handwerker siehe [114-120], wie auch Fichman, I. F., *Remesleniki pozdnerimskogo Egipta po dannym papirusov* (Die Handwerker des spätrömischen Ägypten nach den Angaben der Papyri), in: *Sbornik Antičnog obščestvo* (Sammelband Die antike Gesellschaft), Moskau 1967, S. 70 - 74.
- 63 In vielen Fällen ist es unmöglich, mit absoluter Zuverlässigkeit festzustellen, ob es sich um Zünfte handelt, da die Erwähnung von Handwerkern im Plural sowohl zur Bezeichnung der entsprechenden Zunft als auch einfach einer Gruppe Handwerker diente. Manchmal ist es schwer zu bestimmen, von welcher Zunft die Rede ist, beispielsweise in P. Kl. Form. 947; P. Antin. I 38; [127 f.]. Eine Liste der unzweifelhaften und möglichen Zünfte ist vom Verfasser angeführt [122-127]. Sie könnte durch eine Reihe neuer Angaben ergänzt werden:  $\xi\rho\tau\omicron\kappa\delta\pi\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 13 (4. Jh.);  $\beta\alpha\phi\epsilon\iota\varsigma$  PUG, inv. 1386 II, 8 und möglicherweise P. Got. 9, 13 (564); s. Rémondon, R., *Papyrologica*: PSI V 472; P. Bodl. d. 54; P. Lond. III 982; P. Herm. Rees 79; P. Goth. 9; P. Vars. 31, CE, Bd. 41, 1966, Nr. 81, S. 176 - 177;  $\gamma\nu\alpha\phi\epsilon\iota\varsigma$ : PUG, inv. 1386 I, 17;  $\epsilon\lambda\alpha\iota\omicron\pi\tilde{\omega}\lambda\alpha\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 15;  $\epsilon\lambda\epsilon\phi\alpha\nu\tau\omicron\upsilon\rho\gamma\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 14;  $\xi\rho\iota\tau\omicron\upsilon\rho\gamma\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 II, 7;  $\kappa\alpha\lambda\iota\kappa\alpha\rho\iota\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 II, 16;  $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\epsilon\iota\varsigma$ : PUG, inv. 1386 II, 5;  $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\epsilon\iota\varsigma$   $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\iota\kappa\omicron\upsilon$   $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\omicron\upsilon$ : = P. Oxy. XXXI 2570 II, 10 - 12 (329);  $\kappa\epsilon\rho\alpha\mu\epsilon\iota\varsigma$  PUG, inv. 1386 I, 10;  $\lambda\epsilon\upsilon\kappa\tilde{\omega}\tau\alpha\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 5;  $\mu\acute{\alpha}\gamma\epsilon\iota\rho\iota$  PUG, inv. 1386 I, 1; PSI VIII 956, 36 (6. Jh. möglich); P. Antin. III 189, 13 (6. - 7. Jh. möglich);  $\mu\upsilon\rho\omicron\pi\tilde{\omega}\lambda\alpha\iota$ : P. Oxy. XXXI 2570 III, 4 (329);  $\omicron\iota\kappa\omicron\delta\delta\omicron\mu\omicron\iota$ : PSI III 176, 3 (5. Jh. ? möglich);  $\sigma\alpha\gamma\mu\alpha\tau\omicron\rho\delta\phi\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 9;  $\sigma\kappa\upsilon\tau\epsilon\iota\varsigma$ : PSI I 50, 3 (4. - 5. Jh. möglich);  $\sigma\kappa\upsilon\tau$  ( $\omicron\tau\delta\mu\omicron\iota$ ): P. Antin. III 189, 13 (6. - 7. Jh. möglich);  $\sigma\tau\iota\pi\lambda\tilde{\alpha}\tau\epsilon\varsigma$ : P. Oxy. XXXI 2579, 1 (313 ?);  $\sigma\chi\omicron\nu\nu\tilde{\alpha}\tau\epsilon\varsigma$ : PSI VII 780, 5 (303); vgl. P. Oxy. XXXI 2579;  $\tau\alpha\pi\eta\tau\alpha\rho\iota\omicron\iota$ : P. Oxy. XXXI 2244 I 1 - möglich; P. Got. 9, 13 (564 möglich); s. Wipszycka, Ewa, *L'industrie textile dans l'Égypte romaine*, a. a. O., S. 119; Rémondon, R., *Papyrologica*, a. a. O.:  $\tau\alpha\rho\sigma\iota\kappa\alpha\rho\iota\omicron\iota$ : PUG, inv. 1386 I, 6;  $\tau\acute{\epsilon}\kappa\tau\omicron\nu\epsilon\varsigma$ : P. Princ. III 140 II Re, 15 (6. - 7. Jh. möglich);  $\tau\omicron\rho\nu\nu\epsilon\upsilon\tau\alpha\iota$ : PUG, inv. 1386 II 17;  $\phi\alpha\rho\mu\alpha\kappa\omicron\pi\tilde{\omega}\lambda\alpha\iota$ : PUG, inv. 1386 I 16;  $\chi\alpha\lambda\kappa\epsilon\iota\varsigma$ : PUG, inv. 1386 II, 6.

a) die Zünfte der Handwerker nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern existierten;

b) Papyri überliefert sind, die die große Zahl gleichzeitig existierender Zünfte erwähnen, beispielsweise P. Cairo, Masp. II 67147 I; III 67283 II; P. Hamb. I 56; P. Apoll. Anó 75; P. Lond. IV 1419; der koptische B. M. Or. 8903<sup>64</sup> und der kürzlich veröffentlichte griechische PUG., inv. 1386;

c) auch für die Anfangsperiode der arabischen Zeit Zünfte bezeugt sind; B. M. Or. 8903; P. Hamb. I 56; P. Apoll. Anó 75; P. Lond. IV 1419 usw. Alles das zeugt von der Verbreitung und der Kraft der Zunftbewegung.

Die Handwerkszünfte<sup>65</sup> der byzantinischen Zeit darf man nicht als Masse von Organisationen desselben Typs betrachten. Bei der nivellierenden Tätigkeit des Staates, die sich besonders Ende des 3., Anfang des 4. Jahrhunderts zeigt, gelang es den Zünften, ihre Besonderheiten zu wahren. Es handelt sich nicht nur um die mit den örtlichen Traditionen und der Spezifik des gegebenen Handwerks verbundenen Besonderheiten. Es bestanden noch große Unterschiede im Grade der Unterordnung und in den Formen der Ausnutzung der Zunft durch den Staat. Zweifellos erfüllten alle Zünfte gesellschaftlich nützliche Funktionen, und ihre Tätigkeit brachte dem Staat einen gewissen Nutzen. Aber nicht alle waren für ihn von gleichem Wert, deshalb stellte sich der Staat die Aufgabe, die Tätigkeit der Zünfte, die für ihn von vitalem Interesse waren, völlig seiner Kontrolle unterzuordnen, den übrigen widmete er bedeutend weniger Aufmerksamkeit. Die Zünfte zerfallen in zwei große Gruppen, und zwar in:

a) Zünfte, die völlig unter der Kontrolle des Staates standen, die sogenannten staatsgebundenen Zünfte; Zwangszünfte, Zwangsverbände. Hierher gehörten Personenvereinigungen, die mit der Versorgung beider Hauptstädte zu tun hatten, sowie Vereinigungen von Arbeitern der staatlichen Werkstätten<sup>66</sup>;

64 Literatur darüber siehe [150 Anm. 139]; Rémondon, R., P. Hamb. 56, S. 418.

65 Zu Fragen der Terminologie siehe [129-142]. Zur Bezeichnung der Zunftvorstände müssen jetzt hinzugefügt werden ἐπιλε[ oder ἐπίδε[ aus P. Oxy. XXXI 2570 I 17; II 14,26 (329), wiederherstellbar durch die Herausgeber ἐπιλε[ χθεῖςι das heißt ausgewählt. Vielleicht ἐπικε [ίμενος]? Zu dem Terminus μνησρχης [136-138] muß hinzugefügt werden P. Oxy. XXXI 2579, 11 (313?). Préaux, Cl., in: CE, Bd. 42, 1967, Nr. 83, S. 221, hat darauf hingewiesen, daß dieser Terminus nicht nur in Oxyrhynchos anzutreffen ist, sondern auch in Theben im 2. bis 3. Jahrhundert in O. Tait II 1966. Zu dem Terminus κοινόν s. P. Oxy. XXXI 2570 II 10 κεραμῶν κεραμικοῦ κεράμου; III 4 μυροπωλῶν; zu ἐργασία: P. Got. 9, 13 (s. Rémondon, R., Papyrologica, S. 176 f.), zu σύστημα und κοινότης B. M. Or. 8903 (Rémondon, R., P. Hamb. 56, S. 418).

66 [143-149]; Hahn, István, Freie Arbeit und Sklavenarbeit in der spätantiken Stadt, a. a. O., S. 32 - 33, teilt die letzteren in zwei Gruppen, ausgehend von ihrer wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung a) Monetarii, fabricenses, bastagarii - sie sind von größter Bedeutung, militärisch organisiert; b) Weberarbeiter, Färber und Arbeiter anderer Werkstätten; ihre Lage, zwischen Freiheit und Sklaverei schwankend, erinnert an den status der adscripticii. Eine etwas andere Klassifizierung schlägt Charbonnel, M., a. a. O., S. 69, vor: a) Weberarbeiter, Färber und Arbeiter anderer Werkstätten; b) monetarii; c) pistores und fabricenses.

b) Zünfte, die für den Staat von geringerer Bedeutung waren und die deshalb eine gewisse Selbständigkeit genossen.

Auf die erste Gruppe von Zünften ist, wenn auch nicht völlig, so doch grundsätzlich, anwendbar, was in der Gesetzgebung des 4. Jahrhunderts gesagt wird: die zwangsweise persönliche und eigentumsmäßige Bindung der Arbeiter an das Handwerk, der berufliche Erbzwang im Handwerk, kollektive Verantwortlichkeit usw. Dabei muß man jedoch sowohl die besondere ökonomische Situation des oströmischen Imperiums, als auch dort eine gewisse Überwindung mancher Krisenerscheinungen der vorausgegangenen Periode im 5. Jahrhundert berücksichtigen. Wie die vergleichende Analyse der Gesetzgebung zeigt, führte das dazu, daß im 5. und 6. Jahrhundert der Politik der weiteren Versklavung ein Ende gemacht wurde und die Lage der versklavten Arbeiterkategorie sich besserte.

Die Zünfte, die dem Staat nicht völlig untergeordnet waren, bestanden jedenfalls im 6. Jahrhundert aus Kollegien, die freie, selbständig arbeitende Handwerker vereinigten (sie stellten die überwiegende Mehrheit dar), und aus solchen, die von den Großgrundeigentümern abhängige Handwerker verbanden. Letztere waren eine unbedeutende Minderheit, da nur in seltenen Fällen die notwendigen Voraussetzungen zu ihrer Bildung vorhanden waren: Konzentrierung einer bedeutenden Zahl von Handwerkern des gegebenen oder verwandten Fachgebietes in einem großen Landgut, die ökonomische Interessiertheit des Großgrundeigentums an ihrer Vereinigung und die Möglichkeit des Landgutes, der Zunft Arbeit zu gewährleisten. Dennoch ist es notwendig, zwischen diesen beiden Zunftarten eine Grenzlinie zu ziehen, da es zwischen ihnen tiefe Unterschiede struktureller Art gab<sup>67</sup>, die durch die Gegenüberstellung zweier außerordentlich wichtiger Papyri enthüllt wurden: PSI XII 1265 (426 oder 441), und SB III 6266 = SB III 6704 (538)<sup>68</sup>.

67 In P. Strasb. IV 287, 1 (6. Jh.) handelt es sich, wie wir gezeigt haben, um eine Zunft der *στιππουργοί* (vgl. Fichman, I. F., K. voprosu o korporativnoj vzaimopomošči v vizantijskom Egipte [Zur Frage der gegenseitigen Hilfe der Zunftmitglieder im byzantinischen Ägypten], in: *The Journal of Juristic Papyrology* (im folgenden: JJP, 15. Jg. 1965, S. 94 f. [181]).

J. Rea hat in *The Journal of Hellenic Studies*, Bd. 84, 1966, S. 220, erwähnt, daß *κάλαινος* das Äquivalent von *βένετος* und folglich an die Zirkuspartei der "Blauen" gedacht ist. Auf diese Weise haben wir eine Zunft vor uns, die entweder den "Blauen" gehört oder aus Handwerkern besteht, die sich ihnen anschließen. Unabhängig davon, ob die entsprechende Zunft der "Grünen" existierte, ist sie zweifellos eine abhängige Zunft. Das Fehlen jeglicher Angaben über ihre innere Struktur gestattet es nicht, sie als einen selbständigen Typ hervorzuheben. Aller Wahrscheinlichkeit nach näherte sie sich dem Typ von Zünften, die von den Großgrundeigentümern abhängig waren.

68 Fichman, I. F., K charakteristike korporacij vizantijskogo Egipta (Zur Charakteristik der Zünfte des byzantinischen Ägypten), in: *Vizantijski Vremennik*, 17. Jg. 1960, S. 17 - 27. - Eine wertvolle Präzisierung zu SB III 6266 wurde vorgenommen von Cadell, H., *Papyrologica*, S. 195, indem sie betont, daß unter *ξύλον* in Z. 26 nicht Baum, sondern Boot zu verstehen ist; *ξύλον* wird auch in Z. 23 erwähnt (über den entsprechenden Teil der Urkunde s. Näheres [202-204]). Was nun die von ihr vorgeschlagene Lesung (ebenda, S. 193 - 195) der Eigennamen in Z. 2 anlangt, so wurden die Vorschläge im wesentlichen schon früher von U. Wilken (SB III Nachträge, S. 397) und von E. Wipszycka in einem Schreiben an den Verfasser dieses Artikels: [201 Anm. 391] gemacht.

das strengste Verbot der Monopole (die Gesetze Leos und Zenons, die auch bei der Zusammenstellung des Codex Justinianus in Kraft blieben: Cod. Just. IV 59, 1 (473); 2 (483), und schließlich gestattete man sie wieder<sup>75</sup>. Den Angaben der Gesetzgebung und dem Zeugnis von Prokop zufolge bestand das Wesen des Monopols darin, daß die Personen, die es erhielten, die gegenseitige Konkurrenz beseitigten und ein verbindliches, einheitliches Preisminimum für die von ihnen zu verkaufenden Erzeugnisse festlegten. Hierauf führte auch die Gesetzgebung den unter den Bauarbeitern und Bauunternehmern verbreiteten Brauch zurück, keine Arbeit zu Ende zu führen, die von einem Handwerkskollegen im Stich gelassen worden war, und keinen Auftrag wegzunehmen, den ein Kollege erhalten hatte. Was die Rechte anbelangt, die Preise von Erzeugnissen festzusetzen, so gibt es solche Angaben in den Papyri nicht. Auf der Grundlage der Tatsache, daß in P. Oxy. I 85 und ähnlichen Urkunden die Zunftvorsteher der Stadt Oxyrhynchos dem logistes von den bestehenden Preisen ἰδίῳ τιμήματι, das heißt "nach eigener Einschätzung", berichten, wurde angenommen, daß den Zünften vom Staat die Kontrolle und das Recht der Preisfestsetzung überlassen worden war. Wie aber E. Seidl<sup>76</sup> erwähnt, handelt es sich nicht um die Preise für den künftigen Monat, sondern für den vergangenen<sup>77</sup>. Deshalb ist die Annahme wahrscheinlicher, daß die Angaben, die dem logistes von den Zunftvorstehern gemacht wurden, von ihm eher zur Kontrolle der Tätigkeit der Rohstofflieferanten verwendet wurden: In einer Reihe von Fällen werden Mitteilungen über den Wert des Rohstoffes und nicht der Fertigproduktion zur Festsetzung allgemeinverbindlicher Preise gemacht. Da die bisher bekannten Dokumente alle datiert sind und den 30. Hathyr und Oxyrhynchos betreffen - in P. Antin. I 38 (300)<sup>78</sup>, gibt es den Ausdruck ἰδίῳ τιμήματι nicht -, sind wir zu der Annahme gekommen, daß es sich um eine vorübergehende und rein lokale Erscheinung handelt. Wenn ihr lokaler Charakter einstweilen richtig bleibt, so muß man nach der Veröffentlichung P. Oxy. XXXI 2570 (329) jetzt den vorübergehenden weiter fassen. Es handelt sich offensichtlich nicht um einen einzelnen Akt, sondern um eine Praxis, die wenigstens im Verlauf des Jahrzehnts (329 bis 338) ausgeübt wurde.

Wir besitzen auch keine eindeutigen Zeugnisse über Massenarbeitsverweigerungen. Es gibt drei Texte<sup>79</sup>, die man mit solidarischem Auftreten der Handwerker in Verbindung bringen könnte, aber bisher sind die konkreten Umstände der Ereignisse nicht erklärbar, die in diesen Urkunden angedeutet werden, und man kann nicht einmal mit Sicherheit bestätigen, daß es sich in allen drei Papyri um kollektives Auftreten handelt.

Die von den Großgrundeigentümern [196 - 204] abhängigen Zünfte befanden sich in einer etwas anderen Situation. Das Statut dieser Zünfte oder der Ersatzvertrag mit dem Großgrundeigentümer schützten die Interessen des letzteren. Die abhängigen Zünfte besaßen keine Autonomie. Allen befehlt der Grundherr durch die von ihm eingesetzten und auch von ihm auf Wunsch absetzbaren Vorstände. Wenn in den unabhängigen Zünften die Verbindung zwischen ihren Mitgliedern im wesentlichen auf fiskalischem Gebiet und bedeutend seltener der Ko-Produktion lag (gemeinsame Ausführung der Arbeit), so waren in den abhängigen Zünften die

75 Zur Auslegung Nov. Just. 122 (544), s. auch [189].

76 Seidl, E., Der Eid im römisch-ägyptischen Provinzialrecht, Bd. 2: Die Zeit vom Beginn der Regierung Diokletians bis zur Eroberung Ägyptens durch die Araber, München 1935, S. 76.

77 Alle Erklärungen sind vom 30. Hathyr 338 datiert; P. Oxy. XXXI 2570 wurde auch am letzten Tag eines Monats aufgestellt, aber nicht im Hathyr, sondern am 30. Phaophi.

78 Literatur darüber: Fichman, I. F., Еёёе раз о ремесленном проиэводстве в позднеримском Египте, а. а. О., S. 146 Anm. 37.

79 P. Stud. Pal. XX 82 (4. Jh.); P. Oslo III 88 (4. Jh.); P. Merton I 43 (5. Jh.); Näheres [191-193].



Mitglieder sowohl durch finanzielle als auch durch Produktionsketten gebunden. Deshalb traten in diesen Zünften Geschlossenheit, gegenseitige Abhängigkeit und Kollektivität der Handlungen bedeutend klarer hervor.

Unterschieden sich die Zünfte des byzantinischen Ägypten von den Zünften des griechisch-römischen Ägypten? Kann man eine Entwicklung in den Organisations- und Tätigkeitsformen der Zünfte während der byzantinischen Periode verfolgen? Es ist schwer, auf diese Fragen eine erschöpfende Antwort zu geben, sowohl wegen der geringen Anzahl, der Zufälligkeit und des erschwerend lakonischen Charakters der überlieferten Quellen als auch wegen der Beständigkeit der Traditionen, die sich herausgebildet hatten. Die einzelnen Organisationsgrundsätze und Satzformulierungen werden fast ohne Veränderungen noch von den Zeiten der Ptolemäer her gewahrt; eine Reihe von Erscheinungen, die für die byzantinische Periode typisch sind (beispielsweise die Ausnutzung der Zünfte für die Steuereintreibung und die Ausführung staatlicher Aufträge), sind in einzelnen Fällen schon in der römischen Zeit zu beobachten usw. Unter Berücksichtigung des oben Gesagten kann man dennoch die folgenden Entwicklungszüge des Zunftaufbaus im Ägypten der byzantinischen Zeit vermerken:

a) das gewaltige Anwachsen der absoluten Zahl der Zünfte infolge des starken Anwachsens der Berufsvereinigungen. Die kultischen Korporationen und andere verschwinden. Das Kultmoment im Leben der Berufszünfte selbst tritt in den Hintergrund;

b) die wachsende Unterordnung der Handwerkszünfte unter den Staat, der die für ihn wichtigste Kategorie von Zünften in Zünfte des "Zwangstyps" verwandelte;

c) die Ausnutzung der Zunft zur Eintreibung der Steuern ihrer Mitglieder und zur Ausführung staatlicher Pflichten, Lieferungen und Aufträge;

d) die Stärkung der Macht der Zunftvorsteher. Bezüglich der Entwicklung im Rahmen der byzantinischen Periode kann man nur auf den Übergang von der kollektiven Leitung der Zünfte (Meniarchai), Anfang des 4. Jahrhunderts zur Einzelleitung und im 6. Jahrhundert (möglicherweise auch früher) zum Auftauchen von Zünften hinweisen, die von den Großgrundeigentümern abhängig waren.

Wie bereits erwähnt, wurden in der von uns untersuchten Zeit die großen Landgüter, weltliche und kirchliche [206 - 248], zu Zentren der handwerklichen Produktion. Wenn es unter ihnen auch aller Wahrscheinlichkeit nach einige Unterschiede gibt (leider beleuchten die griechischen Papyri nur sehr dürftig die handwerkliche Seite der Tätigkeit des kirchlichen Grundeigentums), ist ihre einheitliche Behandlung gerechtfertigt. Auch im kirchlichen Großgrundeigentum stoßen wir auf Enapographen, auf besondere Behörden zum Eintreiben von Erträgen<sup>80</sup> und zur Zwangsausübung. Eine Reihe von Urkunden wie beispielsweise Quittungen über den Erhalt einer Schöpfleinrichtung (P. Oxy. XVI 1900 = Sel. Pap. I 80 - 528)<sup>81</sup> oder Verträge über das Dingen eines Arbeiters in den Personalstand eines Land-

<sup>80</sup> Es sind identische Bezeichnungen der Ämter anzutreffen; ἐπικείμενος προνοητής.

<sup>81</sup> Zusammenstellung der Papyri: Fichman, I. F., Remeslo i krupnoe imenie v vizantijskom Egipte, a. a. O., S. 72 - 87; [228-246, 306]. Wir haben vorgeschlagen, daß sich P. L. Bat. XIII 20 (6. - 7. Jh.) möglicherweise auf das Apionen-Archiv bezieht. Beim Studium des Archivs der Anastasia ist van Haelst, J., De nouvelles archives, Anastasia, propriétaire à Oxyrhynchus, in: Atti dell' XX Congresso, a. a. O., S. 587, zu der Schlußfolgerung gekommen, daß diese Urkunde zu ihrem Archiv gehört. Ebendort sind noch zwei Quittungen über den Erhalt einer Bewässerungsanlage genannt: P. Univ. Bibl. Giss. inv. 37 u. 46.

gutes (P. Oxy. XVI 1894 - 573), unterscheiden sich in nicht von analogen Dokumenten des Archivs der Apionen. Zwischen den weltlichen und kirchlichen Landgütern bestanden Wirtschaftsbeziehungen, und sie liehen einander handwerkliche Erzeugnisse, die Produktionszweck besaßen, wie beispielsweise in P. Oxy. XIX 2244, 1 - 2 in marg. 83, 85.

Im großen Landgut ist die handwerkliche Produktion nur ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse des Landgutes an handwerklichen Erzeugnissen. Charakter und Maßstäbe der Anwendung der handwerklichen Arbeit im großen Landgut hingen von der Größe des Großgrundeigentums ab, von seinem wirtschaftlichen Profil, den Formen der Organisation der wirtschaftlichen Arbeiten, dem Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte usw. Außerdem müssen wir bei einer Einschätzung der Bedeutung der handwerklichen Arbeit in der Wirtschaft der großen Landgüter berücksichtigen, daß der große Haushalt gleichzeitig neben der handwerklichen Produktion im Landgut selbst verschiedene Erzeugnisse auf dem Markt kaufte und sie aus anderen Orten herbrachte. Die Urkunden zeugen von der bedeutenden Zahl von Handwerkern, die auf die eine oder andere Weise mit den großen Landgütern verbunden waren. Die Handwerker, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Güter ausgenutzt wurden, kann man in zwei große Kategorien einteilen: in die ständigen Arbeiter des Landgutes und in die Handwerker, die nach dem Umfang der Erfordernisse zur Ausführung der einen oder anderen Arbeit herangezogen wurden. Die Hauptmasse der in den großen Landgütern arbeitenden Handwerker war frei.

Das papyrologische Material zeigt, daß das Landgut alle Formen der Anwendung handwerklicher Arbeit ausnutzte. Da das Großgrundeigentum nicht imstande war, aus eigenen Kräften seine wirtschaftlichen Bedürfnisse völlig zu befriedigen, mußte es sowohl Handwerker dinsten, als auch andernorts die Erzeugnisse kaufen, die es nicht selbst herstellen konnte oder die selbst herzustellen es nicht für vorteilhaft hielt. Wenn die Arbeit von ständigen Arbeitern des Landgutes aus ihm gehörenden Rohstoffen ausgeführt wurde, trug die Bezahlung in der Regel den Charakter von Zeitlohn, wenn aber das Landgut außenstehende Handwerker mit der Arbeit beauftragte, trug die Bezahlung den Charakter von Stücklohn. Die Arbeitsbedingungen der Handwerker auf dem Landgut unterschieden sich in gewissem Grade von denen der außerhalb des Gutes lebenden Handwerker, da sich das Landgut nicht nur auf eine die Interessen der Arbeitgeber schützende Gesetzgebung stützte, sondern auch auf seine wirtschaftliche und politische Kraft einschließlich der ihm zur Verfügung stehenden eigenen Zwangsmittel: Polizei (buccellarii), Gefängnisse usw. Besonders schwer war die Lage der Handwerker, die sich in voller Abhängigkeit vom Landgut befanden. Im byzantinischen Ägypten gab es keine Gründe, die das große Landgut zwangen, eine wirtschaftliche Autarkie anzustreben. Da das Landgut sowohl zum Markt als auch zu den vielen selbständig arbeitenden Handwerkern in der Umgebung enge Verbindungen unterhielt, verfügte es über völlige Freiheit, die Methode zur Befriedigung seiner Bedürfnisse an handwerklichen Erzeugnissen zu wählen.

Die im Verlauf der Forschungen aufgedeckten Besonderheiten der handwerklichen Produktion - der im Vergleich zum römischen Ägypten klar erkennbare Rückgang der Sklavenearbeit in Verbindung mit dem Anwachsen der Arbeit der juristisch freien Handwerker; der unbedeutende Charakter der Produktion; die starke Entwicklung der Berufsvereinigungen; die Entstehung und das Anwachsen des Großgrundeigentums, das nicht nur in der Rolle des Verbrauchers auftrat, sondern auch in der des Produzenten von handwerklichen Erzeugnissen (in Wirklichkeit im wesentlichen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse) - zeugen von den tiefgreifenden Veränderungen im Zustand der handwerklichen Produktion, die darin bestanden, daß an die Stelle der sich zersetzenden sklavenhalterischen Beziehungen die feudalen traten, die jedoch nicht wie im Westen von einem starken Übergang zur Naturalwirtschaft begleitet waren.

Die hier dargelegten Schlußfolgerungen stützen sich vor allem auf das papyrologische Material, und es muß deshalb hervorgehoben werden, daß sie in erster Linie für die Gebiete Ägyptens gültig sind, auf die sich das papyrologische Material bezieht, das heißt auf die sogenannte  $\chi\alpha\rho\alpha$  (Ägypten ohne Alexandria).

(Übersetzt von Johanna Rennhack)

Es scheint, daß unter der Ägypten-Bezeichnung der Begriff 'Hellenismus' aufgeführt ist, nur im hellenistischen Zeitalter die Welt und der Osten, die durch die hellenistische Kultur mit den Hellenen verbunden waren, als 'Hellenismus' bezeichnet wurden. Die hellenistische Kultur ist die Kultur der hellenistischen Welt, die die hellenistische Welt umfaßt. Die hellenistische Kultur ist die Kultur der hellenistischen Welt, die die hellenistische Welt umfaßt. Die hellenistische Kultur ist die Kultur der hellenistischen Welt, die die hellenistische Welt umfaßt.

Nach Marx unterscheidet sich die Welt, welche durch die hellenistische Kultur verbunden ist, von der Welt, welche durch die römische Kultur verbunden ist. Die hellenistische Kultur ist die Kultur der hellenistischen Welt, die die hellenistische Welt umfaßt. Die römische Kultur ist die Kultur der römischen Welt, die die römische Welt umfaßt.

Grundlage der hellenistischen Welt ist die Welt der hellenistischen Welt. Die hellenistische Welt ist die Welt der hellenistischen Welt, die die hellenistische Welt umfaßt.

1. Reinhold, Michael, Geschichte der hellenistischen Welt, Leipzig, 1904.
2. W. L. G. ...
3. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, Leipzig, 1867.
4. ...

## Grundeigentumsformen im Hellenismus

(Vorderasien)

von Heinz Kreißig

Es scheint, daß unter den Altertumswissenschaftlern der Begriff "Hellenismus" aufgehört hat, nur ein kultureller zu sein. Die Zeit und der Raum, die dieser Begriff erfaßt, werden nach den Untersuchungen von Rostowtzeff und Ranović<sup>1</sup> insbesondere durch neuere Forschungen sowjetischer Wissenschaftler<sup>2</sup> immer stärker als Periode und Gebiet mit spezifischen sozialökonomischen Besonderheiten deutlich. Ich bin der Meinung, daß die nähere Analyse der Fakten und ihre Klassifizierung im ökonomischen System der vorkapitalistischen Produktionsweisen zeigen wird, daß für diese Periode der Name "Hellenismus" (der doch Verbreitung hellenischen Denkens und hellenischer Art ausdrücken soll) denkbar ungeeignet ist. Welchen Umfang der Einfluß griechischer Formen auf die ökonomische Basis der wichtigsten Gebiete des Seleukidenreiches und der kleinasiatischen "hellenistischen" Kleinstaaten von Pergamon bis Pontus hatte, soll im folgenden zu zeigen versucht werden.

Nach Marx unterscheidet "nur die Form, worin (die) Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird"<sup>3</sup>, die ökonomischen Gesellschaftsformationen. Das bedeutet für uns, daß in erster Linie die Produktionsverhältnisse zu untersuchen sind, die aber in unmittelbar gegenseitiger Abhängigkeit zu den Eigentumsverhältnissen (an den Produktionsmitteln) stehen. Quellen, die uns über das wesentlichste Eigentumsverhältnis, das am Boden, und damit über die möglichen Abhängigkeitsverhältnisse der Produzenten berichten, gibt es sehr wenig, doch die wenigen sind relativ aussagekräftig. Ich habe hier keine neuen Entdeckungen vorzulegen, sondern möchte vielmehr versuchen, im einzelnen bereits Dargestelltes so gut es geht in ein gewisses System zu bringen.<sup>4</sup>

Grundlage des Bodeneigentums ist die βασιλική χώρα. Da wir sie jedoch im wesentlichen nur aus Quellen kennenlernen, in denen königliches Land aus verschiedenen Gründen an andere Personen - natürliche und juristische - übertragen wird, empfiehlt es sich,

- 1 Rostowtzeff, Michael, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, Darmstadt 1955; Ranowitsch, A. B., Der Hellenismus und seine geschichtliche Rolle, in dt. Sprache hg. v. K. Diesing, Berlin 1958.
- 2 Vgl. bes. die Arbeiten von Golubcova, E. C., in: Vestnik drevnej istorii (im folgenden: VDI), H. 3/1967, S. 25 - 44; Svencickaja, J. S., in: ebenda, H. 2/1966, S. 44 - 54; dieselbe, in: ebenda, H. 4/1967, S. 70 - 79.
- 3 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 225.
- 4 Ich darf mich hierbei auf einige eigene Untersuchungen stützen, die veröffentlicht sind im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1 u. 2; und in: Afrika und Rom in der Antike, hg. v. Hans-Joachim Diesner u. a., Halle 1968, S. 135 - 142 (= Wissensch. Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 6/1968); bzw. auf den Eirene-Konferenzen in Görlitz am 10. 10. 1967 und in Warschau am 21. 10. 1968 vorgetragen wurden und in den entsprechenden Protokollbänden veröffentlicht werden.

diese Eigentumsform gleich mit den Möglichkeiten der Übertragung an andere zu behandeln.

Der Ursprung des hellenistischen Königslandes liegt wohl in den zuerst von Alexander für sich in Anspruch genommenen Ländereien des persischen Königs und seiner Großen, bei welcher Maßnahme er orientalischen Mustern folgte. Die vorgefundenen Abhängigkeitsformen der eigentlichen Produzenten wurden dabei nicht verändert; denn sie tauchen in den hellenistischen Quellen, personifiziert durch die λαοί, wieder auf. Die Frage, ob der hellenistische Herrscher sich als Obereigentümer des gesamten Landes seines Reiches ansah, ist oft diskutiert worden. Ich habe wiederholt die Meinung vertreten, daß sich der König - sofern er überhaupt Macht über seine Würdenträger und die Städte hatte - das Recht des Obereigentümers in jedem Falle nahm, ganz gleich, ob es eine Kodifizierung dieses Rechtes gab oder nicht. Belegt wird diese Tatsache durch einen Satz in der sogenannten Mnesimachos-Inschrift aus Sardes. Mnesimachos, der dem Tempel der Artemis sein vom König erhaltenes Land verpfänden muß, verpflichtet sich dabei, 1325 Goldstücke an den Tempel zu zahlen, falls "der König Dörfer, Kleroi oder etwas anderes aus dem Verpfändeten der Artemis durch meine Schuld wegnimmt"<sup>5</sup>. Hier wird also vorausgesetzt, daß eine vertraglich festgelegte Verpfändung (πρᾶσις ἐπὶ λῶσει) von Land nicht durchgeführt werden kann, weil der König einseitig - und offensichtlich ohne daß sein Recht dazu irgendwie bestreitbar wäre - Dörfer, Kleroi, Landgüter (ἀόλαί), Gärten oder Parzellen (χωρῶα) für sich mit Beschlag belegt. - Als Antiochos I. einem Aristodikides aus Assos Land vermacht hat, befiehlt er ihm, die auf diesem Land ansässigen λαοί in Petra (vermutlich einer befestigten βάρις) wohnen zu lassen, wenn diese es ihrer Sicherheit wegen so wünschen.<sup>6</sup> Die Oberhoheit des Königs über ehemaliges Königsland, das "vergeben" wurde, dauerte also an und griff bis in die ökonomischen Belange der neuen Eigentümer ein. Aber auch in die Grundeigentumsformen der ἐθνη griffen hellenistische Könige ein. Die Judäer zum Beispiel mußten das freie kleinbäuerliche Grundeigentum ihres Gebietes im bewaffneten Aufstand nicht nur gegen die eigenen landraubenden Großgrundbesitzer, sondern auch gegen Angleichungsversuche der Könige in Antiocheia verteidigen.<sup>7</sup>

Das bestimmende Produktionsverhältnis auf dem Königsland ist in den Quellen nicht mit ganzer Sicherheit erkennbar, da Sklaven - insofern sie mobiles Eigentum sind - bei Landvergabe nicht mit übergeben werden brauchen, demzufolge in den Inschriften auch nicht auftreten müssen. Doch ist die Mnesimachos-Inschrift meines Erachtens ein Zeugnis dafür, daß Sklaven zumindest in der landwirtschaftlichen Produktion keine große Rolle spielten. Die auf dem zu verpfändenden Land des Mnesimachos lebenden Sklaven sind so wenig, daß sie namentlich aufgezählt werden können. Ihre genaue Zahl ist infolge einer Textlücke nicht feststellbar. In dem Dorf Tobalmura sind es jedenfalls fünf. Dagegen werden die in den Dörfern lebenden λαοί summarisch erfaßt und in die Verpfändung einbezogen. Die Sklaven sind also Einzelinventarstücke, die λαοί sind Zubehör zum Boden. Es ist kaum anzunehmen, daß auf der βασιλικῆ χωρᾶ das Verhältnis sehr viel anders ausgesehen hat. Es liegt gar kein Grund vor, hier einen höheren Prozentsatz Sklavenarbeit anzunehmen, da ja die λαοί in gleicher Weise auch auf dem Königsland sitzen wie auf dem vergebenen Land.

<sup>5</sup> Buckler, W. H./Robinson, D. M., Greek Inscriptions from Sardes I, in: American Journal of Archaeology, Bd. 16, 1912, S. 11 - 32.

<sup>6</sup> Welles, Charles Bradford, Royal Correspondence of the Hellenistic Period (im folgenden: RC), New Haven 1934, Nr. 11.

<sup>7</sup> Vgl. Kreißig, Heinz, Der Makkabäeraufstand. Zur Frage seiner sozialökonomischen Zusammenhänge und Wirkungen, in: Studii Clasice, Bd. 4, 1962, S. 143 - 175 (der Aufsatz enthält allerdings eine Reihe von Einzelbemerkungen, zu denen ich heute nicht mehr stehe).

Das bestimmende Produktionsverhältnis auf Königsland war also das Verhältnis, das zwischen König und βασιλικοὶ λαοὶ herrschte. Die λαοὶ waren Besitzer von Produktionsmitteln: des Bodens und der landwirtschaftlichen Geräte. Von diesem Besitz lebten sie, von diesem Besitz erarbeiteten sie aber auch ein Mehrprodukt, das dem Konsum des Königs und des Hofstaates diente. Dieses Mehrprodukt trat als Naturallieferung oder Fronarbeit, seltener auch als Geld in Erscheinung. Es war also keine Steuer im üblichen Sinne, sondern ein Produkt, das durch außerökonomische Gewalt aus dem Produzenten herausgepreßt wurde, indem er Mehrarbeit leisten mußte. Steuern wurden daneben aus der ἰδία wie aus einem ἔθνος erhoben, wie wir aus 1Mkk wissen.<sup>8</sup>

Die Sicherheit, die von der ausbeutenden Einheit benötigt wird, um einen kontinuierlichen Zufluß von Einkommen zu haben, lag in der Seßhaftigkeit der λαοὶ, die durch die erbliche Bindung an die ἰδία bedingt war. Ob diese Bindung an den Boden durch Gesetze fixiert war, läßt sich ebensowenig nachweisen wie das Obereigentum des Königs am Boden. Daß sie jedoch - wie diese - praktisch bestanden hat, ergibt sich deutlich aus einer Stelle der Laodike-Inschrift, obwohl gerade hier davon die Rede ist, daß sich λαοὶ nicht daran gehalten hatten. Es wird hier aber festgelegt, daß in dem Verkauf des Landes durch den König an Laodike auch die λαοὶ einbegriffen sind, die aus dem betreffenden Dorf stammen, aber in andere Orte übersiedelt sind.<sup>9</sup> Das kann nur heißen, daß die neue Eigentümerin das Recht hatte, diese λαοὶ wieder in ihr Dorf zurückzuführen, sofern sie daran ein Interesse hatte. Und das Interesse des Eigentümers in Verbindung mit seinen außerökonomischen Machtmitteln dürfte überhaupt der entscheidende Faktor in der Frage der Bindung der λαοὶ an den Boden sein. Einen Unterschied zwischen Bindung an den Boden und Bindung an ἰδία zu machen, wie Ranovič es tut<sup>10</sup>, halte ich jedenfalls für sinnlos; denn wer keinen Boden besaß, war ohnehin kein vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied der ἰδία.

Zusammengefaßt möchte ich dieses Produktionsverhältnis als ein Verhältnis der Hörigkeit im weitesten Sinne bezeichnen.<sup>11</sup>

Die Untersuchung der Eigentums- und Abhängigkeitsformen in der γῆ ἐν ἀφῆσει, soweit als Eigentümer hochgestellte Privatpersonen in Frage kommen, ist praktisch schon mit durchgeführt worden. Für die direkten Produzenten, die λαοὶ, veränderte sich bei einer Landvergabe lediglich der Empfänger des Mehrprodukts. Das beweisen alle genannten Inschriften. Die λαοὶ werden in der Laodike-Inschrift nach dem Verkauf als Zubehör zum Land mit ihren Häusern und allem, was ihnen gehört, dem οἰκονόμος der Laodike übergeben.<sup>12</sup> Mnesimachos verpfändet die λαοὶ, die er mit dem Land vom König erhalten hat, mit dem gleichen Land an den Tempel weiter. In diesem Fall hat das Land nacheinander drei verschiedene Eigentümer: König, Privatmann, Tempel. Die Besitzer und Produzenten bleiben jeweils die gleichen. Alle drei Eigentümer jedoch sind abhängig von dem Mehrprodukt, das sie zu eigenem Konsum aus ihren λαοὶ herauspressen. Damit ist zugleich die Produktionsform auf Tempelland hinreichend gekennzeichnet, obwohl vermutet werden darf, daß die sehr zahlreichen Tempelklaven besonders in den ostanatolischen Tempeln auch zusätzlich für die landwirtschaftliche Arbeit verwendet wurden.

8 1Mkk 10, 31 J.; 11, 35.

9 RC, Nr. 18: ὁμοίως δὲ καὶ εἴ τινες ἐ[κ] τῆς κώμης ταύτης ὄντες λαοὶ μετεληλόθασιν εἰς ἄλλους τόπους.

10 Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 137 f.

11 Näheres darüber habe ich ausgeführt in dem Artikel: Zwei Produktionsweisen, "die der kapitalistischen vorhergehen", in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, Bd. 10, 1969, S. 361 - 368.

12 RC 19.

Es bleibt noch übrig, das städtische Land in den hellenistischen Gebieten - außerhalb Griechenlands und des Ptolemäerreiches - zu betrachten. Ich habe darüber eingehend während der Görplitzer Eirene-Konferenz gehandelt und wiederhole mich nur ungern. Obwohl die Veröffentlichung dieses Vortrags noch auf sich warten lassen wird, möchte ich mich daher jetzt darauf beschränken, die dortigen Ergebnisse zusammenzufassen.

Zunächst ist festzuhalten, daß es zwei Formen städtischen Landes gab, die beide aus der βασιλικὴ χώρα stammten - und nur aus dieser kann ursprünglich städtisches Land stammen.

1. Der König schenkte oder verkaufte der Stadt Land direkt aus der βασιλικὴ χώρα;
2. der König schenkte oder verkaufte einer Privatperson Land aus der βασιλικὴ χώρα mit der Verpflichtung, es einer Stadt zuzuschreiben (προσενέγκασθαι, προσφέρεισθαι, προσορίζειν).

Die zweite Form haben wir praktisch schon erledigt. Sowohl Laodike wie auch Aristodikides waren verpflichtet, das ihnen übertragene Land einer Stadt nach ihrer Wahl zuzuschreiben. Offensichtlich erwachsen der Stadt daraus jedoch keine Rechte. Inwieweit die betroffenen Personen jetzt juristisch der Stadt unterstellt waren, ist schwer zu sagen. Mnesimachos zahlte jedenfalls seine Grundsteuern nicht der Stadt, der sein Land zugeschrieben war, sondern den betreffenden Chiliarchen, in deren Bereich sein Land lag (es erstreckte sich über die Grenzen zweier Chiliarchien). In der Laodike-Inschrift wird ausdrücklich betont, daß Personen, die etwa das Land der Laodike abkaufen würden und es so "unbeschränkt besitzen", es nicht einer anderen Stadt zuschreiben sollten als der, der es Laodike bereits angeschlossen hat. Diese Verfügung im speziellen Falle scheint mir anzudeuten, daß ohne sie der zweite Käufer das Recht hätte, eine Zuschreibung zu einer anderen Stadt vorzunehmen. Wie dem auch sei, deutet doch vieles darauf hin, daß diese Zuschreibung eine sehr formale war, vielleicht überhaupt nicht über die Bedeutung einer statistischen Eintragung hinaus kam. Ranovičs Annahme, daß selbst die ehemaligen βασιλικοὶ λαοὶ durch eine solche Zuschreibung "zu einer neuen Lebensordnung übergehen, wie sie in den griechischen Poleis besteht"<sup>13</sup>, ist jedenfalls ganz unbegründet. Der Fehler Ranovičs liegt darin, daß er die vorhin angedeuteten zwei Formen des städtischen Landes übersieht.

In dem Falle, wo der König der Stadt direkt Land vermachte, sah die Sache tatsächlich anders aus. Hier trat die Stadt selbst als juristische Person, als Eigentümerin des Bodens auf, besaß sie die παγκτητακὴ κυρεῖα<sup>14</sup>. Übernahm die Stadt das Land unmittelbar in eigener Regie, so wurden die bisherigen βασιλικοὶ λαοὶ zu städtischen λαοὶ, ohne daß sich an ihrem bisherigen Status etwas änderte. Nur das Mehrprodukt wurde jetzt von der Stadt eingezogen. Aber die Stadt hatte die Möglichkeit, zum Beispiel aus steuerlichen Gründen, die λαοὶ zu πρόοικοι zu machen. In einer Inschrift aus Priene<sup>15</sup> wird den λαοὶ nach Übernahme des Landes durch die Stadt eine Frist von dreißig Tagen zum παροικεῖν gesetzt, was in der Koine soviel heißt, wie sich als Paroiken eintragen zu lassen. Zugleich ist hier also - unausgesprochen - gesagt, daß die λαοὶ, die nicht zur Änderung ihres Status erscheinen oder die Frist versäumen, λαοὶ bleiben wie bisher.

Häufig dürfte es aber auch vorgekommen sein, daß die Stadt das übertragene Land in Form der Pacht oder des Verkaufs, auch als Ehrengeschenk an Politen weitervergab. In einer In-

<sup>13</sup> Ranowitsch, A. B., a. a. O., S. 138.

<sup>14</sup> Dareste, R. u. a., Recueil des inscriptions juridiques, Paris 1891-1905, Nr. 235, Z. 133 (Pitane).

<sup>15</sup> Inschriften von Priene, hg. v. F. Hiller von Gaertringen, Berlin 1906, Nr. 16; RC 8.

schrift aus Zeleia im hellespontischen Phrygien<sup>16</sup> werden einem gewissen Kleiandros mit der Steuerfreiheit (vermutlich auch der πολιτεία) mehrere kleine Stücke Land vermacht, das eine Stück mit einem darauf wohnenden λεῶς. In einem solchen Falle gibt es im Status der λαοί keinen Unterschied zu dem der λαοί auf Land von Privatpersonen, das der Stadt nur zugeschrieben ist.

Es zeigt sich also, daß auch auf dem städtischen Land das λαοί-Verhältnis, das heißt die Hörigkeit, das bestimmende Produktionsverhältnis war. Diese Feststellung wird auch nicht dadurch abgeschwächt, daß auf den Kleruchien die "antike" Form des freien Bauern vorherrscht, der mit seiner Familie und wenigen Sklaven und Lohnarbeitern selbst wirtschaftete, ohne von einer "höheren Einheit" abhängig zu sein. Diese Form des Bodeneigentums war wegen ihrer geographischen Randlage (zumeist an den Staatsgrenzen) und auch ihrer geringen räumlichen Verbreitung nicht bestimmend in den hellenistischen Staaten. Da die Hörigkeit auch im vorhellenistischen Orient das bestimmende Verhältnis war, da andererseits später die Römer in den östlichen Provinzen die Eigentumsformen vermutlich unverändert ließen<sup>17</sup> und sie schließlich sogar auf das ganze Reich ausdehnten, sehe ich in den ökonomischen Formen des Hellenismus eine wesentliche Etappe zwischen Altem Orient und Koloniat, das heißt, daß wir hier verschiedene Entwicklungsetappen einer und derselben Produktionsweise vor uns haben, zu der der frühmittelalterliche Feudalismus als letzte und höchste Etappe tritt. Da der Hellenismus also nichts mit der auf Sklaverei als dem hauptsächlichsten Produktionsverhältnis beruhenden sogenannten "antiken" Produktionsweise zu tun hat, möchte ich in Frage stellen, ob es sinnvoll ist, den "Hellenismus" in Asien, wie es üblicherweise geschieht, im Zusammenhang mit der griechischen Geschichte zu behandeln.

<sup>16</sup> Sammlung der griechischen Dialektinschriften, hg. v. H. Collitz u. F. Bechtel, Göttingen 1884 - 1915, Nr. 5533.

<sup>17</sup> Vgl. Kreisig, Heinz, Hellenistische Grundbesitzverhältnisse im römischen Kleinasien, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 200 - 206.



# Betriebsgeschichte

## Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben

Zur Darstellung der ideologischen Überzeugungsarbeit der Betriebsparteiorganisation in Betriebsgeschichten

von Hans Radandt

Die revolutionäre Partei ist der bewußte Vortrupp der Arbeiterklasse. Sie ist die führende Kraft der Massen, indem sie ihnen die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, die Erfahrungen im Klassenkampf vermittelt und den revolutionären Elan in ihnen weckt und stärkt. Dadurch befähigt die marxistisch-leninistische Partei die Massen, unter Führung der Arbeiterklasse den Sozialismus aufzubauen und zu vollenden. Mit eingehender, umfassender, geduldiger und beharrlicher Überzeugungskraft müssen jedem einzelnen die Grundlinien der gesellschaftlichen Entwicklung am Beispiel der politischen und ökonomischen Tagesfragen auch unter Berücksichtigung der persönlichen Interessen und Alltagssorgen eines jeden erläutert werden.

Die ständig wachsenden Erfolge dieser Arbeit werden zwar nicht von Tag zu Tag, wohl aber in größeren Zeitabständen sichtbar, lehrt uns Lenin: "Eine neue Arbeitsdisziplin, neue Formen der gesellschaftlichen Bindung zwischen den Menschen, neue Formen und Methoden der Heranziehung der Menschen zur Arbeit zu schaffen - das ist eine Aufgabe von vielen Jahren und Jahrzehnten. Es ist eine dankbare, eine edle Aufgabe."<sup>1</sup>

Geleitet durch das Parteiprogramm und die Aufgaben, welche Parteitage und Zentralkomitee stellen, verwirklicht jedes Parteimitglied durch Teilnahme an dieser Arbeit die Führungsrolle der Partei.

In vielen Betriebsgeschichten können wir heute mit Stolz in ähnlichen Formulierungen, wie in jener der Energieversorgung Halberstadt feststellen: "Unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse haben sich die Werktätigen unserer Republik in angestrenzter Arbeit und auch in harten Klassenauseinandersetzungen ein sozialistisches Leben des friedlichen Aufbaus, sozialer Sicherheit, frei von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung geschaffen. Selbstbewußt werden immer größere und schwierigere Aufgaben angepackt und die Entwicklung weit vorausschauend durchdacht und geplant. Das Leben jedes einzelnen Bürgers wird von Jahr zu Jahr reicher und kulturvoller. Auch für das eigene Leben, für das der Familie und der Kinder wird auf Jahre hinaus geplant. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht hat ihren Bürgern eine gesicherte Zukunft gegeben."<sup>2</sup>

1 Lenin, W. I., Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 511.

2 Krüger, Ulrich/Nötzel, Emil/Rudloff, Helmut, Halberstadts Energieversorgung. Geschichte der Gas- und Elektroenergiebetriebe 1861 bis 1968, hg. v. VEB Energieversorgung Magdeburg, Netz- und Gasbetrieb Halberstadt 1969, S. 135.

Wird in diesen klaren Feststellungen nicht deutlich, wie sich die Lebensbedingungen und damit vor allem auch die Menschen selbst veränderten, die diese für sich gestalten? Die Menschen selbst haben die Geschichte gemacht und dann auch geschrieben.

Tatsächlich spiegeln die betriebsgeschichtlichen Darstellungen ausgezeichnet wider, was die Arbeiterklasse in unseren Betrieben unter der Führung der SED vermochte. Die Erfolge des Aufbaus werden in Wort und Bild in den letzten Jahren immer besser zu Papier gebracht. Dadurch können diese Bücher und Broschüren ihre Aufgabe, den Stolz auf die Betriebe und die sozialistische Republik zu entwickeln, in immer größerem Maße erfüllen. Es wird auch, allerdings oft nur formal, ohne eingehende Darstellung gesagt, daß die Partei bei der Bewältigung der großen von Partei und Staat gestellten Aufgaben die Führung hat.

Andererseits wird aber der Prozeß der fortwährenden ideologischen Arbeit der Partei im Betrieb, ihr Ringen um ideologische Klarheit unter den Werktätigen des Betriebes nicht oder nur sehr ungenügend in die Darstellung mit einbezogen.

Gründe hierfür mag es verschiedene geben. Entscheidend dabei wird zum Beispiel sein, daß sich all das, was sich in der alltäglichen Arbeit, in Gesprächen und im Beisammensein der Menschen abspielt, weder als konkrete Einzelheit im Gesamtbewußtsein niederschlägt, noch etwa in irgendeiner Form aufgezeichnet wird. Das beste Gedächtnis und das beste Brigadetagebuch können nicht so allumfassend sein. Zum anderen ist den Genossen die politisch-ideologische Kleinarbeit oft so in Fleisch und Blut übergegangen, zu einer so selbstverständlichen Tätigkeit geworden, daß sie sie ausführen, ohne dabei etwas Besonderes, Bemerkenswertes zu finden. Zudem sind es nicht nur Einzelgespräche oder Diskussionen in Versammlungen und Konferenzen, die auf den einzelnen wirken. Auch die Vorbilder des Kollektivs und der Leiter, Literatur, Presse, Fernsehen, Rundfunk, Dramatik, Musik, Malerei, die ganze Vielfalt des Lebens der Menschen, die zu einer sozialistischen Gemeinschaft zusammengewachsen sind, helfen mit, den einzelnen und die Kollektive in jeder Beziehung, vor allem aber auch politisch-ideologisch, weiterzubilden. Jeder kann für sich in etwa feststellen, wo sein eigentlicher politischer Entwicklungsweg anfing; er kann vielleicht auch sagen, ob die Eltern, die Freunde oder die Arbeitskollegen, ein persönliches Erlebnis, ein Gespräch oder ein Buch den Anstoß gaben. Manchem sind auch einzelne Entwicklungsstationen seines politischen Lebensweges gegenwärtig, wie sie sich in Worten oder Handlungen, in Stellungnahmen zu entscheidenden politischen Ereignissen ausdrückten. Diese so wichtigen Fragen werden aber meist erst bewußt, wenn der einzelne gründlich darüber nachdenkt, wenn er zum Beispiel einen ausführlichen Lebenslauf schreibt. Viel schwerer - weil es ein viel tieferes und kollektives Nachdenken erfordert - ist das Schreiben einer Betriebsgeschichte, in der wichtige Teile vieler, vieler Lebensläufe miteinander zu dem verschmelzen, was gemeinsam unter Führung der Partei auf politisch-ideologischem, produktionstechnischem, fachlich-wissensmäßigem und kulturellem Gebiet errungen wurde. Gewiß lassen sich die Erfolge der politisch-ideologischen Arbeit auf die Dauer von den Erfolgen des Betriebes ablesen. Das erübrigt jedoch keineswegs die Veranschaulichung der großen Mühen der politisch-ideologischen Kleinarbeit, der Methoden, deren sie sich bediente, und der besonderen Probleme, die sie zu lösen hatte. Die folgenden Beispiele, die wahllos aus der vorhandenen Literatur gegriffen werden, zeigen, daß diese Aufgabe heute noch nicht ganz gemeistert wird. Sie stellen im ungefähren Querschnitt allgemein vorhandene Schwächen dar. Dabei sei vorweg betont, daß jede der erwähnten Schriften bedeutende Stärken auf anderen, hier nicht zur Diskussion stehenden Gebieten aufweist. Die fehlende Herausstellung ihrer zum Teil hervorragenden Qualitäten auf anderen Gebieten darf durch den Eindruck der zitierten Beispiele nicht etwa zu dem Fehlschluß führen, es handele sich ob dieser Schwächen um Veröffentlichungen minderer Qualität.

Fast durchweg ist festzustellen, daß die in den Großbetrieben vorhandenen Betriebszeitungen, der Betriebsfunk und die Bildungsstätten der SED kaum erwähnt werden. In nur wenigen Betriebsgeschichten wird der Versuch unternommen zu zeigen, welche bedeutenden

ideologischen Auseinandersetzungen geführt oder welche Erfolge in der politisch-ideologischen Arbeit erzielt wurden.

In manchen Betriebsgeschichten wird versucht, die führende Rolle der Partei in einem geschlossenen Abschnitt darzustellen. Bereits 1963 wurde darauf hingewiesen, "daß es keine Betriebsgeschichte geben kann, in der sich nicht die führende und lenkende Rolle der Partei wie ein roter Faden durch die gesamte Geschichte des Betriebes zieht. Daher ist es auch völlig fehl am Platze, die Rolle der Partei im Betrieb in einem besonderen Abschnitt darzustellen, weil dieser die Geschichte der Betriebsparteiorganisation zwangsläufig losgelöst von der Entwicklung des Betriebes schildern würde."<sup>3</sup>

In der sehr gut aufgemachten, beispielgebend in zwei Bände ("Historische Entwicklung" und "Wissenschaftliche Beiträge" zu Einzelproblemen der Betriebsgeschichte) geteilten Geschichte der Leuna-Werke "Walter Ulbricht" werden Aufgaben und Wirken von Partei und Gewerkschaft im Betrieb im wesentlichen in geschlossenen Abschnitten dargestellt.<sup>4</sup> Beide bleiben sonst zwar nicht ungenannt, aber gerade an jenen Stellen der Entwicklung, an denen es galt, besondere Schwierigkeiten zu überwinden - als es gelang, die infolge des außergewöhnlich harten Winters 1962/63 eingetretenen 36 Tage Planverlust auf der Großbaustelle und die im alten Werk entstandenen Planrückstände von rund 16 Millionen Mark aufzuholen<sup>5</sup>, oder bei der Erhöhung der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung, die allein 1964 mehr als 26 Millionen Mark Nutzen brachte<sup>6</sup> -, werden weder die Partei noch die Gewerkschaft erwähnt.

Die beispielhaft festlich gestaltete Schrift der Eisenwerke Schönheiderhammer enthält eine sechs Seiten umfassende Darstellung der Arbeit der Betriebsparteiorganisation, der unter anderem ein Faksimile des Protokolls über die Gründungsversammlung der SED Ortsgruppe Schönheide beigelegt ist.<sup>7</sup> Eine Verpflichtung zum IV. Parteitag der SED wird zitiert und dazu festgestellt, daß sie erfüllt wurde und daß die Genossen eine hervorragende Arbeit leisteten. Das wird gesagt, ohne auf die politisch-ideologische Arbeit einzugehen. Dann heißt es weiter:

"Im gleichen Jahr fand am 17. August auf dem Rathausplatz eine machtvolle Protestkundgebung gegen das von der Reaktion beabsichtigte Verbot der KPD in Westdeutschland statt, zu der die Belegschaft des Werkes geschlossen aufmarschiert war. Bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft diskutierten die Genossen des Eisenwerkes zusammen mit anderen Genossen wochen- und monatelang mit den Einzelbauern des Ortes, um sie von der Richtigkeit der Umgestaltung zu überzeugen. Damit war aber die Arbeit mit den Genossenschaftsbauern nicht beendet. Bis zum heutigen Tag stehen wir mit ihnen in Verbindung, bedingt auch durch die Patenschaftsarbeit zwischen Betrieb und LPG.

3 Radandt, Irmgard, Wie muß sich in einer Betriebsgeschichte die führende Rolle der Partei widerspiegeln? In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 1, S. 171; vgl. auch Puchert, Berthold, Kampf um den Aufbau des Sozialismus, in: ebenda 1964, T. 2/3, S. 474 - 485; Berthold, Rudolf, Modell einer agraren Betriebsgeschichte, in: ebenda 1968, T. 2, S. 295 - 303.

4 50 Jahre Kampf der Leuna-Arbeiter für Frieden, Demokratie und Sozialismus. 20 Jahre Chemie für den Frieden, T. 1, hg. v. Leuna-Werke "Walter Ulbricht", Zwickau 1966, S. 92 u. 85 f.

5 Ebenda, S. 74 f.

6 Ebenda, S. 68.

7 Vierhundert Jahre Eisenwerke Schönheiderhammer, hg. v. VEB Eisenwerke Schönheiderhammer, o. O. 1966, S. 59 ff.

Mit diesen wenigen Beispielen sollte aufgezeigt werden, wie es durch die Führung der Partei gelang, nicht nur innerbetrieblich, sondern auch ortsmäßig alle Genossen und Kollegen in die gesamte politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung mit einzubeziehen. "

Leider ist die zuletzt geäußerte lobenswerte Absicht der Autoren aber nicht in die Tat umgesetzt worden, und bei der späteren Darstellung der Produktion sowie der in ihr erzielten Erfolge, ist von der Partei keine Rede mehr. <sup>8</sup>

In der richtigen Absicht, erreichte Höhepunkte in der politisch-ideologischen Arbeit kenntlich zu machen, werden vielfach Verpflichtungen von Betriebs- oder Brigadeangehörigen genannt oder zitiert. Aber oft wird dabei vergessen, zu zeigen, wie diese Verpflichtungen realisiert wurden.

In der Geschichte der Eisenwerke Schönheiderhammer werden die Verpflichtungen aufgezählt, die zum V. Parteitag eingegangen sind, und auch jene, die zum VI. Parteitag der SED abgegeben wurden, aber nichts wird davon gesagt, welche Rolle die Partei bei ihrer Erfüllung spielte, geschweige denn, ob sie überhaupt erfüllt worden sind. <sup>9</sup>

In der mit viel Fleiß gestalteten betriebsgeschichtlichen Darstellung der Neptun-Werft heißt es zu einer Verpflichtung der Jugendaktive:

"In dieser Bereitschaft zeigte sich die ideologische Entwicklung der Jugend. "<sup>10</sup> Es wird aber weder gesagt, ob sie das Vorgenommene auch erfüllt haben, noch, wie sich ihre ideologische Entwicklung überhaupt vollzog, zumal wir sonst nur erfahren, daß vier Genossen der FDJ-Gruppe halfen. Wörtlich wird über diese gesagt: "Sie gaben wertvolle Hinweise, vor allem zur Klärung ideologischer Fragen. "<sup>11</sup> Nichts weiter.

Ähnliche Sätze finden wir häufig, so zum Beispiel in der sonst vorbildlich sorgfältig geschriebenen Betriebsgeschichte des Kaliwerkes "Karl Liebknecht". <sup>12</sup> Auch hier gibt es einen geschlossenen Abschnitt über die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation, in dem unter anderem auch die Rolle der Betriebszeitung eingeschätzt und aus ihr zitiert wird, und doch fehlt die Darstellung des Prozesses der politisch-ideologischen Arbeit. <sup>13</sup> Später wird dann oft nur die führende Rolle der Partei erwähnt, so zum Beispiel beim Wettbewerb, bei der Gewerkschaftsarbeit und bei der Bildung des Frauenausschusses. <sup>14</sup> Zur Gewerkschaftsarbeit wird gesagt: "Unter Führung der Betriebsparteiorganisation hat die Gewerkschaftsorganisation des Betriebes einen hervorragenden Anteil an der sozialistischen Bewußtseinsbildung und der Herausbildung der moralisch-politischen Einheit der Belegschaft ... Eine besondere Rolle nahmen bei der Klärung der politischen Grundfragen die Gewerkschaftsgruppenversammlungen ein ... Natürlich vollzog sich die Entwicklung auch in unserem Betrieb im Kampf gegen falsche, rückständige und auch feindliche Ansichten. Ein Hauptanliegen der Gewerkschaftsorganisation ist die Erklärung und Erläuterung der ökonomischen Gesetze. "<sup>15</sup> Leider sind das nur allgemeine Feststellungen ohne jedes Beispiel, die in dieser Art in jeder Betriebsgeschichte stehen könnten.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 70 ff.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 63.

<sup>10</sup> Vom ersten eisernen Schraubendampfer Deutschlands zum Container-Schiff, hg. v. VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock, Rostock 1968, S. 21.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>12</sup> Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode 1899 - 1962, hg. v. VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode, Dessau 1963.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 152 ff.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 192, 198 u. 206.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 198 f.

Es gibt aber auch Schriften, in denen nicht einmal solche Sätze zu finden sind. In der Geschichte der Chemischen Werke Buna gibt es ein Kapitel von zehn Seiten unter der Überschrift "Die Werktätigen - Mitgestalter der Wirtschaft", in dem viele schöne Erfolge aufgezählt werden und die Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstandes vom 3. und 4. März 1950 erwähnt sind<sup>16</sup> und auch der Satz steht: "Besonders gute Erfolge werden durch Flugblätter, Broschüren und durch die Betriebszeitung popularisiert."<sup>17</sup> Aber hier, wie in den anderen Kapiteln, kein Wort von der SED.

Wenn den Werktätigen eines Betriebes von führenden Parteifunktionären konkrete Ratschläge zur Steigerung der Produktion erteilt wurden, könnten diese zum Anlaß genommen werden, zu zeigen, wie sie unter Führung der Betriebsparteiorganisation beherzigt wurden.

Günter Dils geht in den Beiträgen zur Geschichte des VEB Waggonbau Bautzen, die jedoch ausdrücklich als keine abgeschlossene, sondern noch lückenhafte Arbeit bezeichnet werden und einen sehr guten chronologischen Abriss der Zeit nach 1945 geben, auf einen Brief ein, den die Waggonbauer an Walter Ulbricht geschrieben haben, und sagt dann: "Anfang September traf die Antwort Walter Ulbrichts auf den Brief der Brigade Enkelmann ein. In dem Schreiben betonte er, daß es darauf ankomme, durch neue Taten und Ideen der Werktätigen die Volkswirtschaft weiter zu stärken."<sup>18</sup> Wie schön wäre es, wenn in der künftigen Betriebsgeschichte dargestellt würde, wie es eigentlich zu diesem Brief an Walter Ulbricht kam.

Walter Ulbricht hatte 1950 in der Neptun-Werft darauf hingewiesen, wie wichtig es wäre zu lernen. Das wird ausführlich wörtlich zitiert:

"Auf den Betrieb angewandt, bedeutet das, wir müssen also erreichen:

1. daß die Gelernten ihre Fachkenntnisse erweitern, damit sie auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen,
2. daß die Angelernten zu gelernten Arbeitern werden,
3. daß die Ungelernten sich eine berufliche Qualifikation aneignen, um mindestens in die Gruppe der Angelernten aufzurücken . . .

Die Hauptaufgabe ist lernen, lernen und noch einmal lernen."<sup>19</sup>

Nichts aber wird darüber gesagt, obwohl dafür bestimmt genug Beispiele vorhanden sind, welche Anstrengungen im Betrieb gemacht worden sind, um diesem Ratschlag nachzukommen, und welche Erfolge dabei erzielt wurden.

Die Betriebsparteiorganisation der BEWAG hat mit der Veröffentlichung von über dreißig Erlebnisberichten von Parteimitgliedern ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Leider werden dabei nicht einmal die Themen der Diskussionen erwähnt, die geführt worden sein müssen, wenn zur politisch-moralischen Haltung am 17. Juni 1953 während des konterrevolutionären Putschversuchs festgestellt werden kann: "Unsere Genossen standen am Tor mit einem großen Teil unserer parteilosen Kollegen. Es zeigte sich, daß auch diese Kollegen, die uns in den politischen Diskussionen manche harte Nuß zu knacken gaben, sich von den politischen Provokateuren nicht provozieren ließen."<sup>20</sup>

16 1945 - 1965, hg. v. VEB Chemische Werke Buna, Schkopau über Merseburg 1965, S. 183.

17 Ebenda, S. 190.

18 Dils, Günter, 20 Jahre in des Volkes Händen, Beiträge zur Geschichte des VEB Waggonbau Bautzen, hg. v. VEB Waggonbau Bautzen, Bautzen 1967, S. 28.

19 Vom ersten eisernen Schraubendampfer Deutschlands zum Container-Schiff, a. a. O., S. 25.

20 20 Jahre SED, Das Wort der Partei wurde Wirklichkeit, hg. v. Betriebsparteiorgani-

In einer ganzen Reihe von betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen bleibt der 13. August 1961 mit dem anschließenden Produktionsaufgebot unerwähnt, obwohl doch gerade in den auf den 13. August folgenden Wochen und Monaten durch die Diskussionen die Parteimitglieder besonders viel zur sozialistischen Bewußtseinsbildung der Werktätigen beitrugen.

Manfred Ziegert erklärt in seinem Erlebnisbericht: "Bei meinem Eintritt in die BEWAG im Jahre 1960 war ich mir über die Bedeutung der Partei für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR trotz meines Ingenieurstudiums nicht im klaren. Durch die Zusammenarbeit mit älteren Genossen des Kraftwerks Klingenberg, insbesondere mit dem Genossen Reinhold Haesner, hat sich bei mir der Gedanke verstärkt durchgesetzt, daß sich unter der Führung der Partei auf sämtlichen Gebieten des menschlichen Lebens größere Erfolge erringen lassen."<sup>21</sup>

Hier werden die Gedanken eines Menschen, der sich unter der Anleitung erfahrener Genossen entwickelt hat, in Form eines persönlichen Bekenntnisses wiedergegeben. Wie großartig müßten erst die Entwicklung einer Brigade als Kollektiv und die Entwicklung ihrer einzelnen Mitglieder in ihr dargestellt werden können, wenn in dieser Art darüber nachgedacht und vielleicht auch ihr Entwicklungsweg beschrieben würde.

Gewiß dürfen bei einer sachlichen Geschichtsdarstellung keine Diskussionen etwa so niedergeschrieben werden, wie sie sich hätten abgespielt haben können. Schöpferische Nacherzählungen, so nahe sie auch dem Leben abgelauscht sein mögen, gehören in das große und schöne Gebiet der Schriftsteller. Der Wissenschaft obliegt es, nur verbürgte Fakten zu sammeln, zu prüfen, zu analysieren und darzustellen. Dazu gehört auch, daß aus verfügbaren Quellen einschließlich Erlebnisberichten Angaben über Argumente und Gegenargumente sowie die Wirkung von beiden in bestimmten Diskussionen zu bestimmten Zeiten zu sammeln sind. Darüber geben die erschienenen betriebsgeschichtlichen Darstellungen nur in sehr geringem Maße Auskunft.

Die fleißige und eindrucksvolle Pionierarbeit von Sandner auf dem Gebiet der agraren Betriebsgeschichte enthält eine teilweise überraschende Fülle von Einzelangaben.<sup>22</sup> Da gibt es Fakten, aus denen auf das persönliche Wirken eines Parteimitgliedes, des Bürgermeisters, zur politisch-ideologischen Klärung entscheidender Fragen geschlossen werden kann.<sup>23</sup> An mehreren Stellen erwähnt Sandner konkret, welche Flüsterparolen der antikommunistischen Hetze von westdeutschen oder Westberliner Sendern bei einigen Bauern in Ilberstedt zu verschiedenen Zeiten offene Ohren fanden.<sup>24</sup> Einmal muß er feststellen, daß die Parolen im Dorf verbreitet wurden, "ohne daß eine entscheidende Gegenargumentation durch fortschrittliche Kräfte erfolgt wäre."<sup>25</sup> Ein anderes Mal sagt er: "Die fortschrittlichen Kräfte und die örtlichen Staatsorgane zerschlugen unmißverständlich alle Versuche, die Genossenschaftsbewegung zu diffamieren und die jungen LPG von innen heraus zu zersetzen."<sup>26</sup>

Für solche Untersuchungen ist es vorteilhaft, sich auf zeitgenössische Darstellungen von Diskussionen stützen zu können, die unter Umständen in Brigadetagebüchern, persönlichen Briefen oder auch in der Tagespresse festgehalten worden sind, wie es das folgende Beispiel zeigt.

sation der BEWAG, o. O. (1966), S. 25.

21 Ebenda, S. 17.

22 Sandner, Gunter, Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Ilberstedt Kreis Bernburg (1952 - 1960), phil. Diss. Rostock 1968.

23 Ebenda, S. 72 ff.

24 Ebenda, S. 77, 89, 105.

25 Ebenda, S. 77.

26 Ebenda, S. 213.

Ilse Hagemann schreibt "Über die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Königs Wusterhausen"<sup>27</sup>: "Niemals entstand eine Genossenschaft im Selbstlauf." Und sie erklärt diesen Satz ausgezeichnet mit einem Zitat aus der "Märkischen Volksstimme": "Es kam der Abend des 9. März ... Bedächtig, zögernd, zweifelnd, gleichgültig, ringend, abwartend: Jeder der Bauern setzte sich an den langen Tisch in der Konsum-Gaststätte und wartete. 'Wir haben', eröffnete Bauer Bochow den Reigen, und stützte die verarbeiteten Hände fest auf die Platte des Tisches, 'immer sozial gehandelt. Nie haben wir die Forke aus der Hand gelegt, wenn Ernte war. Entscheidend ist immer das Ergebnis. Wenn ihr uns beweist, in der LPG erzielen wir bessere Ergebnisse, dann ... sind wir für die Genossenschaft bereit. Für mich ist das aber bis jetzt noch ein Fragezeichen!"

Willi Beer, der stellvertretende Bezirksratsvorsitzende, rückte dem Fragezeichen zu Leibe:

'Auf den großen Gütern im Kapitalismus bestimmt die Technik die Produktivität, sie bestimmt sie auch unter sozialistischen Verhältnissen! Haben wir Euch Einzelbauern nicht lange genug Milliarden für die Freien Spitzen, für das Saatgut gegeben?'

'Warum liegt denn ein Teil der Genossenschaften noch unter den Produktionsergebnissen der besten Einzelbauern?' fuhr Willi Beer fort, 'Euch ist doch der Begriff ÖLB noch in Erinnerung, Ihr wißt um die Landflucht der Jugend. Die krummsten Rücken haben auch heute noch unsere Bäuerinnen und Bauern ... Es fehlten uns oft auch die erfahrenen Bauern, die Fachleute in den Genossenschaften.'

Karl Lehmann, mit seinen 16 ha Boden hinter sich, bat um Gehör: 'Der Schritt vom mein zum Dein, vom 'Ich zum Wir' heißt es ja wohl, der ist nicht leicht. Ich habe manche Nacht nicht geschlafen. Nur, wir können die Frühjahrsbestellung nicht mehr umkrepeln. Daß da noch Kleckereien entstehen, wird nicht zu vermeiden sein.'

'Ihr könnt deswegen noch individuell abernten.'

'Aber mit Hilfe der MTS - hoffentlich kommt die auch!'

'Wir sind nicht nur so lange hier, bis Ragow vollgenossenschaftlich geworden ist, wir sind auch danach immer am Drücker!'

(Zwischenruf: 'Bisher war das aber nicht so!')

'Das war eben ein Fehler.'

Immer munterer kamen Rede und Gegenrede, Frage und Antwort, wie beim Florettfechten.

Fritz Lehmann parierte dann alle kleinlichen Ausfallversuche: 'Vor allem kann man in einer Genossenschaft alle diese Fragen besser lösen und klären. Jawohl!'

Richard Bochow: 'Wenn wir Bauern alle an einem Strang ziehen, fleißig sind, dann bin ich von dem Vorteil der Genossenschaft überzeugt.'

So war es an jenem Mittwoch Abend.

'Striegeln tut weh', damit setzte Karl Lehmann als erster seinen Namen unter das Gründungsprotokoll einer LPG vom Typ I.

'Aber bloß am Anfang', hieb Fritz Lehmann in die Kerbe, als er seinen Bleistift zückte.

27 Hagemann, Ilse, Über die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Königs Wusterhausen, phil. Diss. Berlin 1966.



'Helft mir bei meiner Erbschaftsgeschichte', verlangte Karl Schulze und unterschrieb.

'Nun los', ermunterte Frau Bochow ihren Mann und hielt ihm das Protokoll unter die Nase.

Arno und Karl Kiekebusch unterschrieben ebenfalls.

So waren es 6, die mit etwa 80 ha vorangingen, 6 neue Genossenschaftsbauern, in einer neuen LPG, mit einer neuen Perspektive in einer gesicherten Zukunft.<sup>28</sup>

Ilse Hagemann zitiert diesen Zeitungsartikel als historisches Beweisdokument für ihre Ausführungen. Wie bei jeder historischen Forschung muß jedoch eine jede Quelle kritisch eingeschätzt und nach dem Stand unserer Erkenntnisse bewertet werden. Dementsprechend werden wir den wesentlichen Inhalt eines solchen Artikels mit eigenen Worten wiedergeben. Einfließen lassen können wir dagegen in den Text deutlich gekennzeichnete Schriftstellerzitate.

Wenn die durch die führende Rolle der Partei bewirkte politisch-ideologische Entwicklung der Menschen in allen Einzelheiten dargelegt werden soll, würde das doch eine Betriebsgeschichte von tausenden Seiten ergeben! Das scheint nach den Bemerkungen zu den gegebenen Beispielen ein berechtigter Einwand zu sein. Es geht nicht darum, recht viele Einzelheiten zusammenzutragen, sondern vor allem solche, die charakteristisch und für die politisch-ideologische Arbeit im Betrieb kennzeichnend sind, und andere, die uns darüber Auskunft geben, wie sich die Erfolge der politisch-ideologischen Arbeit in Erfolge der Menschen im Betrieb, in der Produktion, Qualifikation, im kulturellen Leben usw. umgemünzt haben.

Das Betriebskollektiv spiegelt in seiner politischen Haltung und seiner Einstellung zur Arbeit über längere Zeiträume hinweg die Qualität der politischen Arbeit der Betriebsparteiorganisation wider. Es gibt für solch eine Entwicklung eines Betriebskollektivs kein gültiges Maß, und doch gibt es erkennbare untrügliche Anzeichen. Diese manifestieren sich in seiner Haltung in bestimmten Situationen, in denen sich Schwierigkeiten auftürmen, deren Lösung die ganze Kraft des Betriebskollektivs erfordert. Eine solche Situation war zum Beispiel gegeben beim faschistischen Putschversuch vom 17. Juni 1953, und sie ist überall dort vorhanden, wo die gesamte Produktion eines Betriebes umgestellt oder wo ein Betrieb öffentlich durch die Partei kritisiert worden ist.

Auf dem 5. Plenum des ZK der SED im Jahre 1964 wurden die Erzeugnisse des VEB Waschgerätewerk Schwarzenberg einer harten Kritik unterzogen. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der SED zeigte den Weg, diese Mängel zu überwinden. Am 2. Juli 1964 verlangte das Organ der Bezirksleitung der SED "Freie Presse" öffentliche Antwort auf die öffentlich gestellten Fragen, warum das Werk zwei Jahre Zeitverlust zum Welthöchststand zu verzeichnen habe. In der sehr parteiverbunden geschriebenen Geschichte wird dann gesagt:

"Dieser Artikel gab Anlaß zu heftigen und leidenschaftlichen Diskussionen in unserem Betrieb. Teils wurde versucht, diese Kritik und die aufgeworfenen Fragen als unberechtigt hinzustellen oder sie durch Heranziehen von objektiven Schwierigkeiten abzuschwächen. Aber nach Aussprachen im Betrieb, der VVB EBM und der Bezirksleitung der SED in Karl-Marx-Stadt wurden die richtigen Schlußfolgerungen gezogen und der Weg und die einzuleitenden Maßnahmen gemeinsam festgelegt. Diese Kritik half uns, unsere Arbeit zu verbessern. Auf einer Parteiaktivtagung unserer Grundorganisation am 16. September wurde deshalb richtig eingeschätzt, daß unser Fertigungsprogramm in der technischen Ausführung und der Formgebung etwa zwei Jahre hinter dem Weltstand zurückgeblieben war."<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Ebenda, S. 163 ff., zit. nach Rosenthal, H., Ragows große Tage, in: Märkische Volksstimme v. 12. 3. 1960, Kreisausg. Königs Wusterhausen.

<sup>29</sup> 20 Jahre sozialistische Entwicklung unseres Werkes. 20 Jahre SED. (Schwarzenberg 1966), S. 83.

Daran anschließend werden die herbeigeführten Änderungen skizziert und die auf der Betriebsdelegiertenkonferenz der SED zur Beseitigung der Planrückstände gefaßten Beschlüsse aufgeführt. Dann aber heißt es: "Durch die Mobilisierung aller Betriebsangehörigen auf die Erfüllung dieser Ziele gelang es, die entstandenen Planrückstände bis 30. Juni 1964 wesentlich zu verringern."<sup>30</sup>

Gerade hier wünschte sich der Leser, dem bis dahin die führende Rolle der Partei sehr gut erkennbar gemacht wurde, ein näheres Eingehen auf die im Betrieb geführten Diskussionen, um auch sehen zu können, auf welche Weise die Betriebsparteiorganisation das Betriebskollektiv mobilisiert hat.

Auch in dem mit sehr großer Sorgfalt geschriebenen und gestalteten "Beitrag zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse im VEB Papierfabrik Antonsthal 'Franz Dziebko'" wird die führende Rolle der Partei in einem entscheidenden Abschnitt der Betriebsentwicklung zu einem großen Teil dargestellt. Im Ergebnis des V. Parteitages der SED wurde der VVB die Aufgabe gestellt, die Papierproduktion bis 1965 auf 140 Prozent zu steigern. Im Betrieb wurden dazu folgende Überlegungen angestellt:

"Eine wesentliche Reserve bestand in der kontinuierlichen Nutzung der hochwertigen Anlagen. Es wurde errechnet, daß durch die Einführung der vierten Schicht jährlich 1355 t Papier mehr produziert und rund 50 000 MDN zusätzlich dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden könnten. Außerdem konnte eine weitere Kostensenkung von etwa 2 % erreicht werden.

Diese Fakten waren überzeugend, aber realisiert werden konnten sie nur durch unsere Arbeiter, Frauen und Jugendlichen. In den ersten Diskussionen tauchten Probleme auf, die fast unlösbar schienen. Die Jugendlichen bangten um ihren Sport, die kulturelle Betätigung und das sonntägliche Vergnügen, die Frauen um das Familienleben, den Einkauf und die Unterbringung der Kinder, die religiös gebundenen Menschen um ihren Kirchgang, die BGL um die Versorgung der Arbeiter mit Werkküchenessen und die Durchführung gesamtbetrieblicher Veranstaltungen, die Werkleitung um die zusätzlichen Arbeitskräfte, die Materialversorgung und die Verkehrsverbindungen für die Betriebsangehörigen usw.

Als materielle Vorteile standen die Angliederung des Lohntarifs an den des Industriezweiges Grundchemie, der Treueurlaub, der Prämienlohn und die Zahlung der Sonntags- und Feiertagszuschläge allen deutlich genug vor Augen.

Nachdem die Werkleitung die Beratung mit allen Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen des Betriebes abgeschlossen hatte, begann die ausführliche Diskussion mit den Betriebsangehörigen, zunächst öffentlich in den Parteigruppen. Von der Parteigruppe Hof wird unter dem 13. August 1959 berichtet, daß ein Genosse sich sehr positiv äußerte, daß aber unter der Belegschaft noch sehr geteilte Meinungen vorhanden seien. In der Schälanlage erklärten sich zwei Schichten bereit, aber die dritte Schicht lehnte noch ab. Am 14. August 1959 fand eine öffentliche Parteiversammlung statt, an der etwa 150 Betriebsangehörige teilnahmen, das war fast die Hälfte der Belegschaft. Im Bericht dazu heißt es: 'Es gab positive, aber auch noch viele neutrale Diskussionen.'

Zum Jugendforum am 18. August 1959 waren 32 Jugendliche anwesend. Auch der Vorsitzende der IG Druck und Papier des Bezirksvorstandes Karl-Marx-Stadt nahm daran teil. Trotz mancher Bedenken entschieden sich die Jugendlichen für die kontinuierliche Arbeitswoche. Die Diskussion ergab, 'daß die Jugendfreunde den Sinn der sozialistischen Arbeit verstanden haben, da ein großer Teil der Kompaßverpflichtungen bereits erfüllt ist. Die Jugend des

Betriebes 'Franz Dziebko' soll am 7. Oktober 1959, dem Jahrestag der Republik, sagenkönnen, wir, die jungen Erbauer des Sozialismus, haben unseren Teil dazu beigetragen, den Tisch der Republik mit großen Geschenken zu bedecken'.

Bis zum 31. August fanden Versammlungen in allen Gewerkschaftsgruppen statt. Gab es auch hier noch manche Bedenken, so sollte doch am 1. Oktober 1959 mit der kontinuierlichen Arbeitswoche begonnen werden. Große Schwierigkeiten bereitete die Gewinnung von 68 zusätzlichen Arbeitskräften.

Trotz öffentlicher Werbung in den umliegenden Orten, trotz Unterstützung durch staatliche Organe und trotz sozialistischer Hilfe durch andere Betriebe konnte der Arbeitskräfteplan nicht erfüllt werden. Unter der Devise 'Plane mit, arbeite mit, regiere mit!' rief das Büro für Neuererwesen am 10. September 1959 die Betriebsangehörigen auf, Vorschläge zur Rekonstruktion und Neuerervorschläge zur Einsparung von Arbeitskräften einzureichen. Der TOM-Plan (Technisch-organisatorischer Maßnahmenplan) wurde verändert und auf diesen Schwerpunkt ausgerichtet. Maßnahmen zur Erwachsenenqualifizierung - vor allem der Neueingestellten - wurden eingeleitet.

Viele Probleme mußten gelöst werden, viele Diskussionen wurden geführt. Ab 5. Oktober 1959 rollte unter der Losung 'Arbeiten wir heute als Sozialisten, dann werden wir morgen als Sozialisten leben' die kontinuierliche Arbeitswoche in der Papierfabrik Antonsthal.

In einer der vorbereitenden Gewerkschaftsversammlungen sagte der BGL-Vorsitzende im August 1959 am Schluß seiner Ausführungen: 'In drei Monaten werden die Betriebsangehörigen sagen, die rollende Woche ist gut.'

Als im Jahre 1963 im Betrieb einmal das Gerücht verbreitet wurde, die rollende Woche solle wieder wegfallen, gab es viel Unruhe.<sup>31</sup>

Hier wird die führende Kraft der Partei an einem Brennpunkt der Betriebsentwicklung spürbar, wenn es auch wünschenswert gewesen wäre, etwas mehr über die geführten Diskussionen zu erfahren.

Wenn wir wirklich die Menschen in ihrer Entwicklung sehen wollen, dann müssen wir zuerst an den Arbeitsplatz, an das Brigade- bzw. Abteilungskollektiv denken. Es fällt uns ein, wie wichtig auch Agitationseinsätze und persönliche Diskussionen, Zeitungsschauen und Demonstrationen sein können. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Bereichen, die nicht außer acht gelassen werden sollten. Da sind die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die Massenorganisationen FDGB, FDJ, DSF, KdT, die Betriebssportgemeinschaft und die kulturellen Zirkel. Die verschiedensten Agitations- und Propagandaeinrichtungen tragen zur Entwicklung der Menschen bei, wie Bildungsstätte, Parteilehrjahr, FDJ-Lehrplan, Wandzeitung, Betriebszeitung, Betriebsfunk, Rote Ecken, Betriebsbibliothek, Betriebsgeschichte, Betriebsmuseum, Traditionszimmer, Ausstellungen und Vorträge. Nicht zu vergessen ist die Beispielwirkung der historischen Persönlichkeit, deren Namen der Betrieb trägt, aber auch jene Vorbilder der Leiter, der Arbeitskollegen, des Kollektivs sowohl in der politischen Haltung als auch in der praktischen Tätigkeit. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Entwicklung des einzelnen üben Leitungstätigkeit und Betriebsklima aus, das Verhältnis der Leiter zum Betriebskollektiv, Produktionsberatungen und ökonomische Konferenzen, Planerfüllung, Anerkennung des Betriebes, des Berufes, der Tätigkeit des einzelnen, Ehrungen, Qualifizierungsmöglichkeiten und Betriebsakademie. Noch längst nicht alles ist in dieser Aufzählung enthalten, denken wir nur an die vielen verschiedenen sozialen und medizinischen Einrichtungen.

31 Hundert Jahre Papierfabrik Antonsthal - Ein Beitrag zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse im VEB Papierfabrik Antonsthal "Franz Dziebko", Antonsthal 1967, S. 49 ff.

Es kommt in der Betriebsgeschichte nicht darauf an, auf all das Genannte einzugehen, sondern diejenigen auszuwählen, die für die Entwicklung des Betriebes von entscheidender Bedeutung waren, und sie anhand konkreter Beispiele, die dann auch mit Einzelheiten geschildert werden sollten, für besondere Zeiträume an Nahtstellen der Entwicklung im Betrieb in ihrer mobilisierenden Wirkung als Beispiel für die führende Rolle der Partei darzustellen.

In vielen Betrieben fehlen dafür wichtige Unterlagen. Oft sind aus dem Schriftgut der Betriebsarchive nur die einst gestellten Aufgaben und die Ergebnisse, nicht aber der Einsatz aller Genossen und aller Mittel der Partei zu erkennen. Eine wesentliche Hilfe kann hier das Schriftgut der Betriebsparteiorganisation geben, das in den Bezirksparteiarchiven der SED einzusehen ist. Auch in den Betriebszeitungen und vielen Artikeln der Tagespresse, die, soweit sie den eigenen Betrieb betreffen, in jedem Betrieb gesammelt werden sollten, wird manches von diesen Problemen sichtbar. In vielen Betrieben gibt es keinen Überblick über die vorhandenen Brigadetagebücher, die manchen Aufschluß geben würden, aber sehr oft unkontrolliert vernichtet werden oder in Privatbesitz übergehen. Aufzeichnungen jener Texte, die zu Aufnahmen der Aktuellen Kamera, des Augenzeugen oder von Dokumentarfilmen gesprochen werden und die oft Reportagen über besondere Ereignisse im Betrieb darstellen, finden sich leider viel zu selten in Betriebsarchiven.

Dann noch verbleibende Lücken für die Darstellung der Betriebsgeschichte sollten Erlebnisberichte schließen, die viel stärker als bisher für die Zeit nach 1945 - auch für die gerade erst verfloßenen Jahre - gesammelt werden sollten.

Zudem könnte viel getan werden, wenn künftig in den Betrieben Berichte über den Prozeß des Ringens der Partei um politisch-ideologische Klarheit im Betrieb sofort zur Zeit des Geschehens mit aller wünschenswerten Ausführlichkeit festgehalten werden. Das könnte einmal innerhalb einer ständig geführten Betriebschronik, aber natürlich auch in gesonderten Einzelberichten, die im Betriebsarchiv zu sammeln sind, geschehen. Vielleicht bietet sich auch die Möglichkeit, diesen Prozeß in den Betriebszeitungen stärker als bisher sichtbar zu machen.

Es gilt auch Überlegungen anzustellen, wie künftig private Quellen aus persönlichem Besitz oder aus Nachlässen, wie Briefe oder Tagebücher, die schon immer in der gesamten Geschichtsforschung eine große Bedeutung hatten, auch für die Betriebsgeschichtsschreibung nutzbar gemacht werden können, die sich dieser Quellen bisher nicht bediente.

Wenn wir es verstehen, künftig mehr Quellen zu erschließen, die das Verhältnis der Menschen zu den Betriebsparteiorganisationen und zu den einzelnen Parteimitgliedern, welche die Entwicklung der politisch-ideologischen Haltung der Werktätigen sowohl verstandes- als auch gefühlsmäßig widerspiegeln, werden wir zu einer Betriebsgeschichtsschreibung gelangen, die die Leser noch unmittelbarer anspricht als die bisherige.

## Über die Rolle des SMA-Befehls Nr. 209 bei der Festigung der demokratischen Bodenreform

Eine Miscelle

von Rudolf Woderich

Wenn wir auf die vergangenen zwanzig Jahre unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik zurückblicken, uns des schweren Anfangs der demokratischen Neugestaltung erinnern, so haben wir auch der Hilfe der Sowjetunion zu gedenken, die sie uns beim Aufbau des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation gewährte. Diese Hilfe war vielfältigster Art. Eine davon steht im Mittelpunkt der folgenden Studie, mehr einer Miscelle gleich denn einer umfassenden Untersuchung. Diese kleine Studie möchte vor allem als Anregung für die agrare Betriebsgeschichtsschreibung betrachtet werden, sie möchte einige wenige methodische Hinweise vermitteln und auf Dokumente aufmerksam machen, die im Interesse einer gründlichen und detaillierten Darstellung unserer Entwicklung auf dem Lande zu berücksichtigen sind.

Die Redaktion

Die Genossen der Sowjetischen Militäradministration erwiesen der deutschen Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften unseres Volkes vielseitige Hilfe bei der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Mit ihren Befehlen und Anordnungen legte die SMAD unter kluger Berücksichtigung der spezifischen nationalen Gegebenheiten und strenger Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes den Grundstein für die Herausbildung der demokratischen Gesetzlichkeit im Osten Deutschlands.

Große Aufmerksamkeit widmete sie der demokratischen Bodenreform und gewährte besonders den Neubauern unmittelbare und vielfältige Unterstützung bei der Überwindung ihrer zahlreichen Anfangsschwierigkeiten.

Als ein kompliziertes Problem in der Phase der Festigung und Sicherung der Bodenreform von 1946 bis 1949/50 erwies sich der Aufbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für die Neubauern. Viele von ihnen, vor allem Umsiedler, verfügten über äußerst mangelhaften Wohnraum und besaßen kaum eigene Wirtschaftsgebäude.

Auf den im Land Mecklenburg/Vorpommern insgesamt vergebenen 77 040 Neubauernstellen befanden sich zum Beispiel zu Beginn des Jahres 1946 nur 22 466 Wohnhäuser und 17 639 Ställe. Das bedeutete einen Baubedarf von 54 574 Wohnhäusern und 59 401 Ställen, also ins-

gesamt 113 975 Baueinheiten.<sup>1</sup> Zur Deckung dieses Bedarfs waren große Aufwendungen an Baumaterialien, finanziellen Mitteln, Transportraum sowie viele Fachleute und Arbeitskräfte erforderlich.

Von der erfolgreichen Lösung der Aufgabe, in kürzester Zeit für die Mehrzahl der Neubauern durch Auf- und Umbau von Häusern, Ställen und Scheunen stabile und lebensfähige Neubauernwirtschaften zu schaffen und die Neubauern dadurch fest mit dem ihnen gegebenen Land und der neuen demokratischen Ordnung zu verbinden, hing aber der Erfolg der demokratischen Bodenreform, der bis dahin größten Agrarrevolution in der deutschen Geschichte, ab.

Die deutschen Verwaltungsbehörden und zahlreiche Neubauern hatten schon in der Phase der unmittelbaren Durchführung der Bodenreform die große politische Bedeutung des schnellen Aufbaus von Neubauernwirtschaften richtig verstanden. Hier lag jetzt der wichtigste Kampfabschnitt bei der Festigung und Sicherung der demokratischen Bodenreform. Bereits im Dezember 1945 arbeitete die Mecklenburgische Landesverwaltung einen "Vorschlag zur Finanzierung der vom Wiederaufbauamt gesteuerten Baumaßnahmen" aus, der sich mit der Notwendigkeit, der Form und dem Umfang des Baus von Neubauernstellen beschäftigte. Darin wurde der Bau von 40 000 Bauernstellen auf den nach der Bodenreform neu geschaffenen Landparzellen für erforderlich gehalten. Für das Jahr 1946 sah der Vorschlag den Bau von zirka 10 000 Behelfshäusern, 3 500 Bauernhäusern und den weitgehenden Ausbau vorhandener Gebäude vor.<sup>2</sup>

Die Verordnung Nr. 69 der Landesregierung Mecklenburg/Vorpommern vom 28. Februar 1946 und deren Durchführungsbestimmung vom 25. April 1946 konkretisierten diesen Vorschlag.<sup>3</sup>

Die Dokumente enthielten unter anderem eine Gesamtauflage für den Bau von 12 000 neuen Bauernhäusern mit Ställen für das Jahr 1946, eine konkrete Bauauflage für die Kreise und die Bereitstellung von Krediten für Neubauern in Höhe von 30 Millionen Mark. Die Aufforderung, alle behördlichen Stellen, Wirtschaftskreise, das Handwerk und die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranzuziehen, zeigt deutlich, welche Bedeutung die deutschen Verwaltungsbehörden den Bauprogrammen für die Errichtung der Neubauernwirtschaften beimäßen.

Auf der Grundlage der Verordnung Nr. 69, vornehmlich aber auf eigene Initiative, begannen die ersten Neubauern im Frühjahr 1946 unter schwierigsten Bedingungen den Aufbau von Wohnhäusern und Ställen bzw. den Umbau alter Gutsgebäude.

In Mecklenburg/Vorpommern entstanden auf diese Weise bis zum 31. August 1947 insgesamt 3 367 Baueinheiten.<sup>4</sup>

Vergleicht man dieses Bauergebnis der ersten eineinhalb Jahre mit der in der Verordnung Nr. 69 enthaltenen Auflage von 12 000 neuen Bauernhäusern mit Ställen und erinnert sich gleichzeitig an den hohen Gesamtbedarf, dann wird bei aller Würdigung dieser Initiative klar, daß ein solches Bautempo nicht nur keineswegs befriedigen konnte, sondern die Festigung der Bodenreform ernsthaft gefährdete.

1 Vgl. Staatsarchiv Schwerin, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (im folgenden: MfLuF), Nr. 2251, Bericht an die Sowjetische Kontrollkommission v. 8. 1. 1951.

2 Vgl. ebenda, Nr. 2248, Dokument v. 6. 12. 1945.

3 Vgl. ebenda, Nr. 2294.

4 Vgl. ebenda, Nr. 2155, Gesamtstatistik über das Bodenreformbauprogramm in der Zeit v. 1. 10. 1945 - 1. 8. 1948.

Das Baugeschehen in den einzelnen Kreisen des Landes Mecklenburg/Vorpommern entwickelte sich zudem äußerst unterschiedlich. Ein Vergleich der beiden in der agrarökonomischen Struktur ähnlichen Kreise Malchin und Demmin zeigt: Während bis zum 1. August 1947 im Kreis Malchin bereits 232 Gehöfte entstanden waren, konnten im gleichen Zeitraum im Kreis Demmin erst 5 Neubauernwirtschaften übergeben werden.<sup>5</sup>

Erste, keineswegs gesicherte Untersuchungen und Schätzungen in der Frage, welche Neubauern bis zum 1. August 1947 mit dem Aufbau von Bauernwirtschaften begonnen hatten bzw. überhaupt beginnen konnten, deuten darauf hin, daß dies in erster Linie keineswegs die nur notdürftig in den Junkerschlossern und Gutshäusern untergebrachten Umsiedler-Neubauern waren, sondern daß es sich hauptsächlich um sogenannte "Einheimische" handelte. Die Söhne und Töchter von Altbauern, die in Nachbarorten Bodenreformland erhalten hatten, aber auch siedelnde Handwerker besaßen weitaus günstigere materielle Voraussetzungen für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden als die Umsiedler.

Viele Neubauern, vor allem Umsiedler, gaben daher in den ersten Jahren in zunehmender Anzahl das erhaltene Land wegen Mangel an Wohn- und Wirtschaftsraum zurück. Diese Auswirkung war eine äußerst gefährliche Erscheinung für die Festigung der Bodenreform.

Zahlreiche Berichte über gemeinsame Kontrollfahrten der Genossen der Sowjetischen Militärverwaltung mit Funktionären der SED und der Verwaltung im Sommer 1947, die durch Mecklenburg/Vorpommern und andere Länder der sowjetischen Besatzungszone führten, drücken die wachsende Besorgnis dieser Behörden über das schleppende und sehr unterschiedliche Tempo beim Neuaufbau von Neubauernwirtschaften und die daraus für die Stabilisierung der neuen demokratischen Ordnung auf dem Lande erwachsenden Gefahren aus.<sup>6</sup>

Die SMAD beschränkte sich aber nicht auf Kontrollen und Feststellungen. Sie beriet gleichzeitig mit den Genossen des Zentralsekretariats der SED, mit Funktionären der Verwaltung und mit Bauern, wie die entstandene Lage schnell und wirksam verändert werden könnte.

Im Ergebnis der eingehenden Beratungen erließ die SMAD den Befehl Nr. 209 vom 9. September 1947 "Über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Neubauernwirtschaften".<sup>7</sup>

Dieser Befehl berührte alle Fragen der wirtschaftlichen Einrichtung der Neubauern. In seinem Mittelpunkt standen jedoch konkrete Festlegungen und vielfältige Maßnahmen zur zügigen Fortsetzung und Erfüllung des in der Verordnung Nr. 69 vorgesehenen Bauprogramms.

Der Befehl Nr. 209 war das Resultat kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Genossen der SMAD und den deutschen Genossen. Er stimmte, wie alle SMA-Befehle, mit den dringenden objektiven und subjektiven Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung überein und half zum historisch richtigen Zeitpunkt, Gefahren beim Aufbau der neuen demokratischen Ordnung zu überwinden.

Über die Entstehung solcher Befehle schrieb später Professor Tjul'panov, damals Chef der Informationsabteilung bei der SMAD: "Die deutschen Genossen, die in diesen Jahren im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gearbeitet haben, die vielen Hunderte

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, Ministerium des Innern (im folgenden: MdI), Nr. 25 130/11 332.

<sup>7</sup> Den Wortlaut des Befehls siehe Staatsarchiv Schwerin, Ministerpräsidium, Dolmetscherbüro, Akte 1460 und Landeszeitung Schwerin v. 27. 9. 1947.

Funktionäre, die in den Ländern und den Orten tätig waren, wissen, wie diese Befehle entstanden. Sehr selten war das nur ein Befehl von oben im wahren Sinne des Wortes.

Die deutschen Genossen können erzählen, daß sie in ihren Parteileitungen viele Entwürfe von Befehlen besprochen und vorgeschlagen haben ... Wir waren uns einig mit den fortschrittlichen Kräften des deutschen Volkes und auch einig in den konkreten Maßnahmen zur Beseitigung der ideologischen und materiellen Trümmer in Deutschland, und deshalb können sich möglicherweise künftige Historiker den Kopf zerbrechen, wie es dazu kommen konnte, daß manche deutsche Organe schon tätig waren, aber der Befehl darüber erst später von der Militärverwaltung unterschrieben wurde."<sup>8</sup>

Der Befehl Nr. 209 leitete eine große Wende in der Entwicklung des Baus von Neubauerngehöften in der ganzen sowjetischen Besatzungszone ein. Er konzentrierte alle erforderlichen staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte, Transport- und Baukapazitäten sowie Baumaterialien auf das Neubauernprogramm und löste eine große demokratische Masseninitiative, besonders unter der Jugend, aus. Er führte zur schnellen Erhöhung und zur Regulierung des unterschiedlichen Bautempos in den Kreisen und Ländern im Osten Deutschlands und half, schnell und wirksam bürokratische Hindernisse zu beseitigen. Er bewirkte, daß die Sache des Aufbaus Tausender neuer Bauernwirtschaften immer mehr zu einer gemeinsamen Sache aller demokratischen Kräfte in Stadt und Land wurde. Daher ist er wohl auch auf dem Lande zum populärsten aller SMA-Befehle geworden und den Mitgestaltern dieser erregenden Epoche noch heute am stärksten in Erinnerung.

Allein in Mecklenburg/Vorpommern konnte die im Befehl Nr. 209 erneuerte Auflage von 12 000 Bauten für das Jahr 1948 erstmalig mit über 100 Prozent erfüllt und abgerechnet werden.<sup>9</sup>

Bis Ende 1950 waren den Neubauern, hauptsächlich Umsiedlern, insgesamt 47 730 bezugsfertige Baueinheiten übergeben worden.<sup>10</sup>

Unermüdlich und rastlos, mit der großen Geduld der Kühnen, aber unerbittlich gegenüber allen Störversuchen feindlicher Kräfte halfen die sowjetischen Genossen der Militärverwaltung bei der Durchsetzung dieses komplizierten, vielschichtigen und schwierigen Prozesses.

<sup>8</sup> Vgl. Theorie und Praxis, H. 2/1965, S. 415.

<sup>9</sup> Vgl. Staatsarchiv Schwerin, MdI, a. a. O.

<sup>10</sup> Vgl. MfLuF, Nr. 2251, Bericht an die Sowjetische Kontrollkommission v. 8. 1. 1951.



## Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1968

Die folgende Information wird auf Grund der Kenntnis von Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegeben.<sup>1</sup> Künftig soll ein solcher Überblick jährlich veröffentlicht werden. Das Institut für Wirtschaftsgeschichte bittet alle interessierten Institute, Institutionen und Organisationen im Dezember eines jeden Jahres um Mitteilung, welche Angaben aus der betriebsgeschichtlichen Arbeit ihres Bereichs im ablaufenden Jahr in diesem Überblick Aufnahme finden sollen.

Mit dem Referat von H. Czihak im Arbeitskreis Geschichte des Braunkohlenbergbaues des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (22. März 68) "Zu einigen Problemen der Geschichtsschreibung im Braunkohlenbergbau für die Zeit bis 1945" erfolgte eine spezielle Anleitung für die Industriezweigproblematik. Hauptpunkte des Referats waren: Zur Wichtung des Zeitabschnitts bis 1945; Welche Seiten der Entwicklung sollen in der Betriebsgeschichte erscheinen; Darstellung der technischen Entwicklung; Kenntnis der Industriezweiggeschichte; Abgrenzung in der Geschichte der Konzerne; Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung vor 1945.

Die 5. Arbeitstagung des Arbeitskreises Geschichte der chemischen Industrie des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin fand am 24. Mai 1968 in Leipzig statt. Ein Vortrag von R. Schröder zur Auswertung von Spezialproblemen für die Betriebsgeschichtsschreibung der Zeit des Kapitalismus und ein Erfahrungsbericht von W. Zimmermann über Probleme aus der betriebsgeschichtlichen Arbeit im VEB Filmfabrik Wolfen bildeten die Grundlage für einen regen Erfahrungsaustausch.

Der weiteren Anleitung der Betriebsgeschichtskommissionen diene die am 7. Mai 1968 durchgeführte 10. Tagung des Arbeitskreises Geschichte der Kaliindustrie des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die Behandlung einzelner Perioden der Geschichte der Kaliindustrie wurde fortgesetzt. Zwei Vorträge (K. Ohlendorf und J. Eckstein) mit anschließender Diskussion dienten dazu, einen Überblick über die Entwicklung in der Zeit von 1949 bis 1955 zu geben und die Betriebskommission auf wichtige Probleme dieser Zeit hinzuweisen.

Am 3. Mai 1968 beriet die Leitung der Forschungsgemeinschaft agrare Betriebsgeschichte mit den Leitern der Konsultationsstellen. Es wurde die Arbeit der Forschungsgemeinschaft seit ihrer Gründung im Januar 1966 eingeschätzt, Ergebnisse wurden diskutiert und weitere Maßnahmen und Vorstellungen für die künftige Verbesserung und Vorbereitung der agraren Betriebsgeschichtsschreibung getroffen und entwickelt.

1 Zusammengestellt von Hans Czihak, Hans-Heinrich Müller, Hans Radandt, Rudolf Schröder, Helmut Seidl.

Auf der Betriebsgeschichtskonferenz der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Bezirksleitung Berlin, die am 4. Dezember 1968 stattfand, sprach H. Czihak über das 9. Plenum des ZK der SED und über Probleme der Betriebsgeschichtsarbeit, die sich daraus ergeben. In der Diskussion ging es hauptsächlich um organisatorische Probleme, so zum Beispiel um die Unterstützung der Kommissionen. Immer wieder wurde über mangelnde Hilfe für ihre Arbeit geklagt, was aus dem Unverstehen der ideologisch-politischen Funktion der Betriebsgeschichte durch manche Partei- und Werkleitungen entspringt. (Vgl. dazu ebenfalls den Bericht von H. Czihak "Notizen über einige Betriebsgeschichtstagungen im Jahre 1968", in diesem Band.)

Die SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder), Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, veranstaltete im Juni einen Lehrgang für Betriebsgeschichtsschreibung in Schiffmühle bei Bad Freienwalde, auf dem die wichtigsten Industriebetriebe des Bezirkes vertreten waren.

Durch Vorträge über die Aufgaben der Betriebsgeschichtsschreibung, die Periodisierung der Betriebsgeschichte für die Zeit 1945 bis zur Gegenwart (jeweils H. Seidl), die Formen und Methoden betriebsgeschichtlicher Darstellungen und die westdeutsche Firmengeschichtsschreibung (jeweils R. Schröder) unterstützte die Abteilung Betriebsgeschichte des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin den Lehrgang, der einer stärkeren Entwicklung der Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Frankfurt (Oder) diente (19./20. Juni 1968).

Am 5. Januar 1968 veranstaltete die Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt eine Arbeitstagung über Probleme der Betriebsgeschichtsforschung. Teilnehmer waren vor allem Betriebsarchivare und Mitglieder der betrieblichen Leitungen. Einem Vortrag von R. Schröder über Betriebsgeschichte und Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung schloß sich eine rege Diskussion an, in der besonders die Frage: "Wer soll und wer kann den Betrieben die Betriebsgeschichten schreiben?" diskutiert wurde.

Auf einer Arbeitstagung der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Bezirksleitung Leipzig am 15. März 1968 wurden unter anderem auch betriebsgeschichtliche Fragen behandelt. Ein Vortrag von R. Schröder über die Rolle der Betriebsgeschichtsforschung bei der Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung sowie ein Informationsbericht über die betriebsgeschichtlichen Arbeiten im Bezirk Leipzig wurden lebhaft diskutiert.

Die SED-Bezirksleitung Magdeburg, Abteilung Agitation und Propaganda, führte vom 14. bis 18. Oktober 1968 einen Lehrgang zur Qualifizierung der Vorsitzenden und Sekretäre der Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung durch, auf dem am 14. Oktober von H. Radandt ein Vortrag über Aufgabe und Bedeutung der Betriebsgeschichte in der neuesten Zeit gehalten wurde.

Ein weiteres Referat hielt H. Czihak auf dem Betriebsgeschichtslehrgang der SED-Bezirksleitung im Bezirk Potsdam (5. Dezember 1968) vor Vertretern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung über Betriebsgeschichte und das 9. Plenum des ZK der SED sowie über inhaltliche Probleme (Gliederung usw.). Auf dieser Zusammenkunft wurden Berichte aus zwei Betrieben vorgetragen (VEB "Carl von Ossietzky", Teltow; Kunstfaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz), da diese Betriebsgeschichten ganz bzw. teilweise abgeschlossen sind.

Die SED-Bezirksleitung Suhl veranstaltete gemeinsam mit dem FDGB-Bezirksvorstand am 18./19. November 1968 eine Betriebsgeschichtskonferenz. Im Mittelpunkt stand in erster Linie der Erfahrungsaustausch und die Berichterstattung. Mehrfach tauchte das Problem auf, wie man die jetzt allgemein verbreitete Kombinatbildung in den Betriebsgeschichten

am besten darstellt, bzw. wie bei den neuen Kombinationen die Geschichte der früheren Einzelwerke am besten dargestellt werden kann. Ebenso wurde die Frage gestellt, wer die Betriebsgeschichte fertigstellen soll, da sich die Mitarbeiter der Betriebsgeschichtskommissionen nicht genügend qualifiziert glauben, um das selbst zu machen.

Anschließend wurde am 20./21. November 1968 die zweite Arbeitstagung der agraren Betriebsgeschichte des Bezirkes Suhl durchgeführt. Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand die Diskussion einiger Entwürfe und Ausarbeitungen von LPG-Geschichten.<sup>2</sup>

Die SED-Kreisleitung Dessau veranstaltete am 10. September 1968 eine Konferenz, zu der Mitglieder der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Mitglieder von Betriebskommissionen zur Erforschung der Betriebsgeschichte eingeladen worden waren. H. Radandt sprach über Probleme der Betriebsgeschichtsschreibung der sozialistischen Periode.

Am 5. Dezember 1968 fand eine Tagung der Ortschronisten, die vom Rat des Kreises Schwerin einberufen worden war, in Schwerin statt. Auf dieser Beratung sprach H. -H. Müller über die Bedeutung und Aufgaben der agraren Betriebsgeschichte. In der Diskussion wurde vor allem die gewissenhafte Führung der Ortschronik als unerläßliche Voraussetzung für die Inangriffnahme einer LPG-Geschichte betont. Besonders zu erwähnen ist hier, daß die Freie Deutsche Jugend des Kreises Schwerin im Auftrage ihres Zentralrates die Geschichte der LPG Groß Lüsewitz ausarbeitet.

Die Behandlung betriebsgeschichtlicher Probleme stand im Mittelpunkt einer Arbeitsberatung des Bezirksvorstandes Leipzig der DHG am 25. Januar 1968. Der Vortrag von R. Schröder über "Die Rolle der westdeutschen Firmengeschichtsschreibung bei der Durchsetzung der human relations" wurde mit Interesse aufgenommen. In der Diskussion bekundeten insbesondere die teilnehmenden Geschichtslehrer größeres Interesse an der Betriebsgeschichtsforschung, und einige Lehrer äußerten den Wunsch, selbst die Geschichte von Betrieben zu erforschen.

Im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienen 1968 unter der Rubrik Betriebsgeschichte sieben Beiträge, die Hinweise, Anregungen und praktische Hilfestellung für die Betriebsgeschichtsschreibung gaben. L. S. Rogačevskaja behandelte "Probleme der Betriebsgeschichte in der sowjetischen Historiographie von 1963 bis 1967", wobei sie besonders auf die Fortschritte in der Erforschung und Darstellung der Betriebsgeschichte in der Sowjetperiode hinwies.<sup>3</sup> Für die agrare Betriebsgeschichtsschreibung waren dabei besonders von Bedeutung der Artikel von dem Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft agrare Betriebsgeschichte, R. Berthold, der mit dem "Modell einer agraren Betriebsgeschichte"<sup>4</sup> nicht nur nützliche Vorschläge machte, sondern auch zur Diskussion über den Inhalt künftiger agrarer Betriebsgeschichten aufforderte, sowie der Bericht von H. Harnisch über die agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Potsdam, der neue Beispiele aus der Aktivität der SED-Bezirksleitung Potsdam vermittelte, die Betriebsgeschichtsschreibung zu fördern<sup>5</sup>.

F. Stauder wies die Notwendigkeit der Behandlung der "Probleme der Betriebsgeschichte bei der Ausbildung von Geschichtslehrern" nach.<sup>6</sup> Der Aufsatz von D. Baudis "Revolution und

2 Siehe über die Tagung den ausführlichen Bericht von Raue, Rudolf, Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Suhl. Zweite Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Agrare Betriebsgeschichte" des Bezirkes Suhl, in diesem Band.

3 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 3, S. 357 - 375.

4 Ebenda, T. 2, S. 295 - 303.

5 Ebenda, T. 1, S. 351 - 353.

6 Ebenda, T. 3, S. 377 - 382.

Konterrevolution im Kampf um die Betriebe (November/Dezember 1918)" enthält in seiner eingehenden Untersuchung nicht nur viele wichtige Fakten, sondern auch Vergleiche und Einschätzungen, die für die Untersuchung und Darstellung des betrieblichen Geschehens für diese kurze, aber wichtige Periode außerordentlich bedeutsam sind.<sup>7</sup> Die Bedeutung der Werke Walter Ulbrichts als Quelle der Betriebsgeschichtsschreibung hob H. Radandt hervor und gab dazu als Arbeitserleichterung für Betriebshistoriker ein Verzeichnis der Betriebe, Firmen und Konzerne, die in Walter Ulbricht, "Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" genannt werden.<sup>8</sup> Ausgehend von den Beschlüssen des VII. Parteitag der SED, entwickelte H. Radandt die an die Betriebsgeschichtsschreibung zu stellenden Forderungen in bezug auf die Qualifikation der beteiligten Betriebshistoriker und empfahl, ohne daß das Ziel einer komplexen Betriebsgeschichte aus dem Auge verloren werden darf, Detailuntersuchungen zur Betriebsgeschichte über Probleme, Perioden, Sachgebiete, Betriebsabteilungen usw. sowie entsprechende Vorveröffentlichungen.<sup>9</sup> In einer anderen Rubrik des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte erschien die Darstellung von H. Radandt über die im Lebenswerk von Jürgen Kuczynski enthaltenen "Forschungsergebnisse für die Betriebsgeschichtsschreibung"<sup>10</sup>, in denen er empfahl, diese künftig mehr für die Betriebsgeschichtsschreibung zu nutzen, den von Kuczynski berechneten Daten für die Geschichte der Lager der Arbeiter in Deutschland als allgemeinen Maßstab jene mit Hilfe von Kuczynskis Methoden für den eigenen Betrieb berechneten gegenüberzustellen. Schließlich geben die Bibliographien von R. Günther über betriebsgeschichtliche Veröffentlichungen in der DDR<sup>11</sup> und von A. Fischer über firmengeschichtliche Veröffentlichungen in Westdeutschland und Westberlin<sup>12</sup> den Betriebshistorikern eine gute Hilfestellung für ihre Arbeit.

Das von H. Czihak zusammengestellte, 1968 erschienene Gesamtinhaltsverzeichnis des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte kann als Quellenverzeichnis für wichtige Artikel zur Betriebsgeschichtsschreibung, als Hilfsmittel für die Betriebsgeschichtskommissionen angesehen werden.

Die auf Anregung des Arbeitskreises Geschichte der chemischen Industrie des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin von den Betriebsarchiven des VEB Filmfabrik Wolfen, des VEB Farbenfabrik Wolfen und des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld veröffentlichte Publikation "Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie - Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft", Leipzig 1968, erschließt unter anderem den Betriebsgeschichtskommissionen in chemischen Werken, darüber hinaus aber auch denen in anderen Wirtschaftszweigen wichtige Quellen. Zugleich gilt die Veröffentlichung als Vorbild dafür, wie durch Industriezweigleitungen, Industriezweigarchive und Betriebsarchive die Betriebsgeschichtsforschung unterstützt und gefördert werden kann.

Im VEB Domowina-Verlag erschien 1968 als Band 37 der Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung zu Bautzen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin das Buch "Senftenberger Revier 1890 - 1914. Zur Geschichte der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges" von F. Förster.

7 Ebenda, T. 4, S. 125 - 175.

8 Ebenda, S. 277 - 293.

9 Ebenda, T. 2, S. 305 - 321.

10 Ebenda, T. 4, S. 339 - 347.

11 Ebenda, S. 403 - 423.

12 Ebenda, T. 2, S. 407 - 423.

"Die Entwicklung der VVB Braunkohle" von H. Czihak in "Fragen der marxistischen Soziologie", in: Wissenschaftliche Sonderreihe der Humboldt-Universität, Heft 4/1968, behandelt Probleme der Leitungsstruktur aus soziologisch-historischer Sicht.

In einem Artikel im "Slezsky Sbornik", Heft 4/1968, wurde von H. Czihak ein Bericht über die Bergbaugesichtsforschung in der DDR für die Zeit nach 1945 (einschließlich der Betriebsgeschichtsschreibung) gegeben.

Ein Aufsatz von R. Berthold über "Die Aufgaben der Agrarbetriebesgeschichte in der Gegenwart" wurde im Informationsblatt des Landwirtschaftsrates des Bezirkes Suhl (Nr. 11/12/1968) veröffentlicht.

Die von der Kommission Betriebsgeschichte und dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen herausgegebene Reihe "Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen" wurde mit drei Heften fortgesetzt: "Quellen und Dokumente aus dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen zur Geschichte der deutschep Arbeiterbewegung 1919 bis 1923" (Nr. 17); "20 Jahre BSG Chemie Wolfen" (Nr. 18) und besonders hervorzuheben "Aktivisten - Wettbewerb - Neuerer" (Nr. 19). Behandelt wird hier der Zeitraum von 1948 bis zum Ende des 1. Fünfjahrplanes, in dem sich die Aktivisten, Neuerer und Wettbewerbe im allgemeinen durchsetzen.

In der von der Stadtleitung Halle der SED, Bildungsstätte, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung herausgegebenen Schriftenreihe "Aus der Geschichte der halleischen Arbeiterbewegung" erschien als Heft 7 von I. Dalchow "Die Halleische Maschinenfabrik und Eisengießerei AG von ihrer Gründung bis zum Jahre 1918, Betriebsgeschichte des VEB Maschinenfabrik Halle, Teil I". Der ersten Veröffentlichung sollen weitere Teile folgen, so daß nach Abschluß der Arbeit eine sehr ausführliche Geschichte des VEB Maschinenfabrik Halle vorliegen wird.

Weiterhin erschienen 1968 unter anderem: "Vom ersten eisernen Schraubendampfer Deutschlands zum Container-Schiff" von F. Katzenmaier und J. Stahl (VEB Schiffswerft "Neptun"), "10 Jahre VEB Kalikombinat Werra", "Von der Kohleveredelung zur Erdölverarbeitung" (VVB Mineralöle), eine Festschrift der Zentralwerkstatt Gräfenhainichen "Zwanzig Jahre VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen 1948 - 1968" und ein weiterer Teilabschnitt der Geschichte des VEB Automobilwerk Eisenach.

Am Institut für Landesgeschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig wurde die Verteidigung einer Dissertation über "Die Entwicklung der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik AG Leipzig-Wahren als kriegswichtiges Konzernunternehmen im System der faschistischen Wirtschafts- und Betriebspolitik in den Jahren 1933 bis 1945" im VEB Drehmaschinenwerk Leipzig durchgeführt. Die von L. Wenzel vorgelegte Dissertation wird dem Betrieb als wissenschaftliche Grundlage für eine noch zu erarbeitende populärwissenschaftliche Betriebsgeschichte dienen.

Eine weitere Dissertation über die Geschichte der PGH Mechanik in Taucha soll aufgenommen werden.

Am 23. November 1968 wurde an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock die Dissertation "Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Ilberstedt, Kreis Bernburg (1952 - 1960)" von G. Sandner erfolgreich verteidigt. Zwei weitere Dissertationen über die Entwicklung einzelner LPG wurden im wesentlichen fertiggestellt, und die Verteidigung findet im ersten Halbjahr 1969 statt. Eine Dissertation über die Entwicklung einer typischen LPG im Bezirk Neubrandenburg wurde begonnen. Mit einigen wissenschaftlichen Institutionen wurden Möglichkeiten über die Vergabe von Forschungsarbeiten zur Geschichte der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erörtert.

Im Pädagogischen Institut in Leipzig werden in mehreren Diplomarbeiten Spezialprobleme aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen behandelt.

M. Hönig stellte im Auftrag der Forschungsgemeinschaft agrare Betriebsgeschichte eine Bibliographie der in den einzelnen Bezirken der DDR erschienenen Literatur über die agrare Betriebsgeschichte zusammen (Stand 1966). Die Bibliographie, insbesondere die Erfassung der Literatur über die allgemeine Entwicklung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR, wird fortgeführt und zur gegebenen Zeit veröffentlicht.

Dem Verlag Tribüne wurden im Jahre 1968 die Manuskripte für die Betriebsgeschichte folgender volkseigener Betriebe eingereicht, die in den Jahren 1969 und 1970 erscheinen sollen: Braunkohlenkombinat Lauchhammer (Bd. 1 bis 1945, Bd. 2 1945 bis zur Gegenwart), Energieversorgung Magdeburg, Feinstrumpfwerke Esda, Thalheim, Filmfabrik Wolfen, Kaliwerk "Karl Marx", Sollstedt.

Von Angehörigen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte wurden Aussprachen mit Vertretern folgender Betriebe und Vereinigungen über betriebsgeschichtliche Probleme geführt:

Filmfabrik Wolfen

Farbenfabrik Wolfen

Werkzeugfabrik Königsee

Papierfabrik Trebsen

VVB Mineralöle

Synthesewerk Schwarzheide

Kabelwerk Vacha

Chemiefaserkombinat Guben

Teerverarbeitungswerk Rositz

Rechenelektronik Meiningen - Zella-Mehlis

Energieversorgung Halle

Kombinat "Otto Grotewohl", Böhlen

Drehmaschinenwerk Leipzig

PGH Mechanik Taucha

VVB Baustoffe Leipzig

BVG Berlin

Bergmann-Borsig

Eisenhüttenkombinat Ost

Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

Vereinigung Interhotel

Braunkohlenkombinat Lauchhammer

Kaliwerk "Karl Marx", Sollstedt

Kaliwerk "Glückauf" Sondershausen

## Halbleiterwerk Frankfurt (Oder).

Unterstützung erhielten durch Konsultationen K. Lau, Wittenberg, der an einer Dissertation aus der Geschichte des VEB Stickstoffwerk Piesteritz arbeitet, H. Raeschler, Berlin, der ein Exposé zur Geschichte des Bauwesens der DDR erarbeitet hat, J. Pfeiffer, Lektor der Festschrift "20 Jahre Projektierung", 1967, der an der Geschichte des VEB Landbauprojekte Potsdam arbeitet, U. Krüger, der im wissenschaftlich-technischen Zentrum der VVB Energieversorgung für die Erarbeitung der Betriebsgeschichten in diesem Bereich verantwortlich zeichnet, dessen "Geschichte des Pionierlagers 'Klim Woroschilow'", das heute Ferienlager des VEB Energieversorgung Neubrandenburg ist, 1968 erschien.

Um die Anleitung der agraren Betriebsgeschichtsschreibung zu verbessern, wurden mit verschiedenen wissenschaftlichen Mitarbeitern und LPG-Angehörigen feste Absprachen getroffen, entsprechende methodologische und beschreibende Darstellungen von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die Veröffentlichung im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969 auszuarbeiten.

Im Oktober 1968 wurde zwischen der Werkleitung des VEB Teerverarbeitungswerk Rositz, der Leitung der Polytechnischen Oberschule Rositz und der Arbeitsgemeinschaft Geschichte des Instituts für Lehrerbildung Altenburg eine Vereinbarung zur gemeinsamen Erarbeitung und Propagierung der Geschichte des beteiligten Betriebes abgeschlossen. Darin ist unter anderem vorgesehen, daß die Arbeitsgemeinschaft Geschichte einen kurzen Abriß der Betriebsgeschichte bis zum August 1969 vorlegt und das Drehbuch einer Ausstellung über die Betriebsgeschichte erarbeitet. Die Werkleitung unterstützt diese Arbeiten durch Bildung einer Kommission für Betriebsgeschichte, welche die Materialsuche und die Gestaltung der Ausstellung übernimmt. Die polytechnische Oberschule baut auf den Ergebnissen der Arbeitsgemeinschaft auf und bezieht in Zusammenarbeit mit den Studenten des Lehrerbildungsinstituts während ihres Praktikums Probleme aus der Geschichte des Patenbetriebes in den Unterricht ein.

Folgende bisher ungenannte volkseigene Betriebe haben 1968 Arbeiten zur Erforschung ihrer Betriebsgeschichte aufgenommen bzw. fortgeführt:

Landmaschinenkombinat "Fortschritt", Neustadt (Sa.); Kalikombinat "Werra", Merkers (Rhön); Funkwerk Köpenick, Berlin-Köpenick; Werk für Signal- und Sicherungstechnik, Berlin-Treptow; TRO, Berlin; Stern-Radio, Berlin; Braunkohlenwerk "Erich Weinert", Deuben; Braunkohlenkombinat Geiseltal; Energieversorgung Meiningen; Vereinigte Werkzeug- und Besteckfabriken, Schmalkalden; Kaltwalzwerk Bad Salzungen; TKF Zella-Mehlis; Ernst-Thälmann-Werk, Suhl; RAW Meiningen; Simson, Suhl; Glaswerk Ilmenau.

## Agrare Betriebsgeschichtsschreibung im Bezirk Suhl

Zweite Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Agrare Betriebsgeschichte" des Bezirkes Suhl

von Rudolf Raue

Am 20. und 21. November 1968 fand in Gehlberg die zweite Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Agrare Betriebsgeschichte" des Bezirkes Suhl statt. Die Federführung und unmittelbare Verantwortung lag in der Hand der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED.

In ihren Bemühungen um die agrare Betriebsgeschichtsschreibung drücken sich reiche Initiative und Zielstrebigkeit der Suhler Arbeiterveteranen in der breiten Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Partnern und in der Regelmäßigkeit ihrer Bemühungen aus, mit der sie so manchem anderen Bezirk Vorbild sein dürften. So waren zur diesjährigen Arbeitstagung außer Genossenschaftsbauern, Arbeiterveteranen, Forstangestellten, Lehrern und Funktionären des Bezirkes Suhl auch ein Zirkel schreibender Arbeiter und Vertreter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Staatsarchivs Weimar als Referenten und Diskussionspartner geladen. Das ermöglichte der leitenden Kommission, die Berichterstattung über die bislang geleistete Arbeit nicht nur mit einer Diskussion über sachliche und methodische Probleme zu verbinden, sondern darüber hinaus die Tagung zu einer forschungsmethodischen Weiterbildungsveranstaltung auszuweiten. Um so mehr war zu bedauern, daß die vorgesehene Berichterstattung über die Einbeziehung landwirtschaftlicher Fachschulen und ihrer Studenten in die agrargeschichtliche Forschung entfallen mußte, weil die geladenen Gäste aus Neubrandenburg (!) nicht erscheinen konnten. Wenn auch die dafür eingeplante Zeit vor allem der Diskussion über die Forschungsmethodik zugute kam und deshalb die Tagung nicht wesentlich beeinträchtigt wurde, so riß doch dieser Ausfall eine Problematik in das Licht kritischer Betrachtung, die in den drei thüringischen Bezirken hochaktuell geworden ist: die Hilfe für die Laienforscher durch agrarwissenschaftliche Ausbildungseinrichtungen. Mit der Auflösung der Landwirtschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität im Zuge der Konzentration und Spezialisierung unserer Hoch- und Fachschulen in der Ausbildung und Forschung entfällt die bisher einzige Basis für die agrargeschichtliche Forschung in diesem Raum. Selbstverständlich bemühen sich die zielstrebigen Arbeiterveteranen Suhls auch um die Lösung dieser Frage durch Schaffung einer solchen Basis im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Studiums an einer der drei Agraringenieurschulen Thüringens, von denen die kleinste im Bezirk Suhl liegt. Die Entscheidung selbst aber liegt bei den zuständigen zentralen Stellen; geht es doch letzten Endes nicht nur um die agrarbetriebsgeschichtliche Laienforschung, sondern um die Sicherung der agrargeschichtlichen Forschung im Thüringer Raum überhaupt.

Den Suhler Leitungen und Laienforschern liegt viel daran, bis zum 20. Jahrestag der Gründung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften abgerundete Agrarbetriebsgeschichten vorlegen zu können. Durch diese Zielstellung bedingt, ergab sich der die



Arbeitstagung entscheidend bewegendem Widerspruch zwischen vielseitiger und vielfältiger Initiative, teilweise intensivem Fortschreiten und andernteils vorhandener Stagnation bzw. unsicherem Tasten. Die Kommissions- und Arbeitskreisleitung hatte der Tagung das Motto "Mehr und besser!" vorangestellt und damit auf schöpferische Unzufriedenheit orientiert. Immerhin waren von sieben vorgesehenen Betrieben nur drei positiv berichts-fähig, während von den anderen einige nicht über den Stand hinausge-langt waren, den sie zur ersten Tagung vor zwei Jahren nachgewiesen hatten.

Die vorgetragenen Berichte und die Diskussionen lagen betont auf der Linie: "So machen wir's, wie machen wir es besser?" und ergaben letzten Endes die Ergänzung des Ausgangsmottos: "Mehr und besser - auf klarer Klassenlinie!" Wie es hierzu kam und welche Einzelkenntnisse dabei gewonnen wurden, erscheint mir wichtig genug, um es in groben Strichen nachzuzeichnen.

Den Auftakt der Arbeitstagung bildete ein zweistündiger Vortrag von Dr. Hans Eberhardt, Direktor des Staatsarchivs Weimar. Er gab eine ausgezeichnete Übersicht über die für den Bezirk Suhl vorhandenen und zu benutzenden Quellen und Literaturgattungen, die für die agrare Betriebs-geschichtsschreibung in Frage kommen. Besonders dankbar muß man Dr. Hans Eberhardt sein, daß er nicht die Mühe scheute, eine repräsentative Auswahl von Originalquellen und Büchern auf der Tagung vorzulegen. Er erleichterte damit nicht nur die Verständlichkeit seiner Ausführungen bei den Genossenschaftsbauern und Arbeiter-veteranen, sondern er weckte dadurch auch das Verständnis und Interesse für die notwendige archivalische Forschung und Arbeit. Der bedeutendste betriebsgeschichtliche Einzelbeitrag der Tagung war der Bericht des jetzigen Kreisbetriebes für Landtechnik Obermaßfeld, der eine auf maximaler Breite angelegte Betriebsgeschichte von der Gründung der MAS über die MTS bis zum Kreisbetrieb zum Inhalt hatte. Die Betriebsgeschichte umfaßt alle wesentlichen innerbetrieblichen Seiten, vom Wachstum des Maschinenbesatzes über den Wandel der Produktionsorganisation bis zur Weiterentwicklung der Brigademitglieder nach der Auflösung der MTS und zur kulturellen Arbeit und kulturpolitischen Wirksamkeit der MAS/MTS. Bericht und Diskussion zeigten, daß eine solch breit angelegte Arbeit nur von einem für diese Aufgabe begeisterten Kollektiv geleistet werden kann. Es wurde auch deutlich, daß eine solche Arbeit ohne die Unterstützung des gesamten Betriebes und seines staatlichen Leiters kaum möglich ist. Da dieses Zusammenspiel vor allem durch propagandistische Zwischen- auswertungen erreicht wurde, konnten in großem Maße auch die ehemaligen Kollegen in die Arbeit einbezogen werden, die längst nicht mehr im Betrieb tätig sind und zum Teil weit entfernt wohnen. So gelang eine Kollektivarbeit, die konkret die Rolle der Arbeiterklasse bei der Entwicklung unserer Landwirtschaft, für die Bauernschaft und deren Fortschreiten zur Klasse der Genossenschaftsbauern und für die agrare Betriebs-geschichtsschreibung nachweist. Auf die Veröffentlichung dieser Betriebsgeschichte darf man entsprechende Hoffnungen für die Betriebs-geschichtsschreibung im Bezirk Suhl setzen. Für die Tagung selbst wurde die Frage der propagandistischen Nutzung sehr bedeutsam; waren doch einige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften nicht in gewünschtem Maße vorangekommen. Es zeigte sich, daß dies vor allem dort der Fall war, wo die bereits erarbeiteten Ergebnisse nicht für die innerbetriebliche Propaganda ausgewertet wurden, wo die Bearbeiter weder bei der Leitung noch bei der Mitgliedschaft Rückhalt und Mitarbeit für ihre Arbeit gewannen und ihre Kraft in betriebsökonomischen Problemen erschöpften, statt das Erreichte als ideologische Stimuli für die Lösung der ökonomischen Probleme zu nützen.

Aber auch der extrem entgegengesetzte Fehler trat erneut in Erscheinung: eine geschaffene, repräsentativ gestaltete Chronik (Katzhütte) ausschließlich agitatorisch zu nutzen, ohne an ihr weiterzuarbeiten und sie zu vervollkommen. Damit wird eine der Besonderheiten der Gemeinden des Thüringer Waldes, der dauernd hohe Fremdenverkehr, sachlich unrichtig berücksichtigt und zur Fußangel des Bearbeiters. Vor allem die große Anzahl von Kinderferienlagern verschafft den Bearbeitern von Ortschroniken so umfangreiches Er-

folgerleben, daß sie in die Gefahr einer gewissen Selbstzufriedenheit geraten. Dadurch wird der Anschluß verpaßt eben auch in der Erfassung des Umwandlungsprozesses der Wald-dörfer aus Siedlungen ehemaliger armer Bergbauern, Holzfäller und kleinindustrieller Arbeiter in moderne Erholungsorte des ganzen werktätigen Volkes. Es entsteht die Gefahr, daß wichtige Besonderheiten der agraren Entwicklung unserer DDR unzureichend erfaßt und dargestellt werden.

Wie stark und bedeutsam die Besonderheiten der agraren Entwicklung im Thüringer Wald sind, zeigte der Bericht über die Arbeit an der Betriebsgeschichte der LPG Langewiesen, die den regionalen Typ der Gebirgs-LPG sehr sinnfällig repräsentiert. Die Entwicklung solcher Genossenschaften mit eingebrachtem Kleinbesitz unter 1 Hektar über Schafzuchtgenossenschaften mit Waldnutzung bis zur modernen Gebirgs-Rinderzucht auf Vertrags- oder Kooperationsbasis mit Tiefland-Produktionsgenossenschaften bildet eine regionale Besonderheit der Landwirtschaft unserer Mittelgebirge, die nicht in einer allzu allgemeinen Agrargeschichtsschreibung untergehen darf, sondern die qualitativ und quantitativ richtig in das System der agrarhistorischen und gesamtgesellschaftlichen Darstellungen unserer Entwicklung einbezogen werden muß. Das Weiterbestehen oder der Abbau solcher Besonderheiten, die eine erhebliche ideologische Auswirkung zeitigen, bestimmt in starkem Maße die weitere Entwicklung und beschäftigt nicht unerheblich die verschiedenen Leitungsorgane des Bezirkes. So hat ihre Erforschung hier unmittelbare Bedeutung für die Planung und Leitung der ökonomischen und politischen Entwicklung. Und gerade deshalb drängt die Bezirksleitung darauf, daß ihre Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften ihr Aktionsfeld hinsichtlich der Erforschung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch verbreitern.

Der reale Bedarf an Ergebnissen führte dazu, daß sich die Tagungsteilnehmer schließlich darauf einigten, daß in jedem Kreis wenigstens eine agrare Betriebsgeschichte in Angriff genommen wird und die zuständigen Leitungen dafür Sorge tragen, daß die verfügbaren Kräfte auf die dazu ausersehenen Betriebe konzentriert werden. In diesen Beschluß wurden auch die verschiedenen Kooperationsverflechtungen unter den landwirtschaftlichen Betrieben und der Nahrungsgüterwirtschaft einbezogen.

Die sich an den Beiträgen immer neu entzündende Diskussion führte, da die Versammlung ausschließlich aus Wollenden bestand, immer wieder über die Notwendigkeit und Bedeutung der agraren Betriebsgeschichtsschreibung hinaus zu grundsätzlich methodologischen und zu abgeleiteten methodischen Fragen. In der Frage der Wahrheit einer Darstellung gelangten die Diskussionspartner über die These, ein Autor müsse die konkreten Entwicklungsprozesse selbst erlebt haben, zu der Erkenntnis, daß er Fehldeutungen nur entgehen könne, wenn er von der fortschrittlichsten, von der wissenschaftlich-sozialistischen Position der Arbeiterklasse ausgehe. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung des achtbändigen Werkes "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" als Richtschnur und als Kriterium für das Beurteilen von Einzelheiten und für ihr Einordnen in die historischen Abläufe hervorgehoben.

Die zweite grundsätzliche methodologische Frage war für diese Tagung die Bündnisfrage. Die Tagungsteilnehmer stellten fest, daß die Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei historischen Charakters ist und sich ihre Formen soweit änderten und ändern, wie sich einige ihrer Voraussetzungen, Bedingungen und Merkmale im Zuge der Entwicklung unserer Gesellschaft und ihrer Produktionsverhältnisse veränderten. In der Auseinandersetzung wurde die Erkenntnis gewonnen, daß bei der Darstellung die zu bestimmten Zeiten von bestimmten Gruppen von Bauern oder anderen Werktätigen vertretenen bündnispolitischen Meinungen und Verhaltensweisen in der Betriebsgeschichte eben als historische Erscheinung erfaßt werden müssen, daß gezeigt werden muß, wie solche Bürger ihre ideologischen Positionen veränderten und verändern, daß ihre veränderte Haltung ein Ergebnis des bewußt gestalteten Entwicklungsprozesses ist und deshalb Haltung und Wandlung dieser Men-

schen sachlich, aber nicht von vorschnell eingenommenen individuellen Standpunkten her einzuschätzen sind.

Ein weiterer methodologischer Diskussionsgegenstand war die Frage des Verhältnisses von Chronik und Geschichtsdarstellung in der Laiengeschichtsforschung. Da der Trend zur propagandistischen Nutzung der betriebsgeschichtlichen Arbeit im Bezirk Suhl verhältnismäßig stark ist, lag der Tenor auf frühzeitiger Verwendbarkeit des Erfassten und Geschriebenen für agitatorische und propagandistische Zwecke und auf der Bevorzugung der Geschichtsdarstellung. Schließlich wurde aber eingesehen, daß die chronistische Erfassung der Einzelheiten zu den unumgänglichen Aufgaben und Voraussetzungen gehört, durch die eine allseitige gesellschaftswissenschaftliche Auswertung der Entwicklung eines Betriebes erleichtert und verbessert wird. In diesem Zusammenhang wurde nachgewiesen, daß vor allem die chronistische Arbeitsweise die breite Mitarbeit vieler Helfer ermöglicht und sie sich insbesondere für "Arbeitsgemeinschaften Junger Historiker" anbietet. Erkannt wurde auch, daß stärker als bisher auf eine klare Unterscheidung der beiden Formen Chronik und Geschichtsdarstellung in der Betriebsgeschichtsschreibung geachtet werden muß. Als wichtig für die weitere Arbeit stellte sich ferner heraus, daß mit der Herausbildung von Kooperationsgemeinschaften ein wesentlicher Einschnitt in der Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe erreicht ist, der unbedingt eine zeitliche Grenze abgibt und ein günstiger Anfangspunkt für das Schreiben einer Chronik ist, wo bisher noch keine geschrieben wurde.

Schließlich führte dieser ganze Diskussionskomplex vor allem die Vertreter der Wissenschaft zu einer für sie neuen Erkenntnis über die Geschichtsforschung durch Laien: Wegen der Notwendigkeit einer gewissen Breitenarbeit und wegen des propagandistischen Nutzungsbedürfnisses ist es ratsam, in der Betriebsgeschichtsschreibung durch Laien den individuellen Neigungen großen Raum zu geben.

Zuletzt ist noch über eine ganz andere Problematik zu berichten, der der Berichterstatter auf dieser Tagung erstmalig begegnete: der Beteiligung eines ganzen Zirkels schreibender Arbeiter an der agraren Betriebsgeschichtsschreibung. Als vor zwei Jahren die Vertreter der zentralen "Forschungsgemeinschaft agrare Betriebsgeschichte" der Bezirkskommission und dem Bezirksarbeitskreis unter anderem die Anregung gaben, sich der Hilfe von Deutschlehrern oder anderer schreibgewandter Mitarbeiter zu versichern, konnten sie sich diesen Erfolg noch nicht vorstellen. Der Zirkel hat sich vorgenommen, die Entwicklung des Wirtschaftsgebietes "Grabfeld", das zur Zeit vier Kooperationsbereiche umfaßt, literarisch zu gestalten. Es besteht wohl kein Zweifel, daß ein solches Vorhaben zumindest für die heimatkundlich-propagandistische Arbeit von hohem Wert ist. Inwieweit dabei die historische Arbeit zu ihrem Recht kommt, wird die Zukunft zeigen. Die Diskussion der Tagung verwies darauf, daß darüber, ob diese Form dem Anliegen der agrarbetrieblichen Geschichtsschreibung dient, dadurch entschieden wird, ob der Zirkel es vermag, sich auf die wirklich wesentlichen Themen zu konzentrieren. Er müßte sich vor allem auf die entscheidenden Grundthemen orientieren und versuchen, sie in den charakteristischen Phasen richtig widerzuspiegeln. Dem Zirkel wurde empfohlen, sich insbesondere der Darstellung der Menschen des Grabfeldes in ihrer Entwicklung vom einzelbäuerlichen, individualistischen über das genossenschaftliche Kollektivdenken bis zum gesamtgesellschaftlichen Denken in volkswirtschaftlichen und Kooperationsbeziehungen zuzuwenden. Den bezirklichen Leitungsorganen wurde geraten, dem Zirkel solche Personen zur Seite zu stellen, die um die chronistische oder sonstige wissenschaftliche Sicherstellung der vom Zirkel erschlossenen Fakten und ihre Weiterbearbeitung bemüht sind. Mag dieses Experiment ausgehen, wie es will, zu einem solch neuartigen, kühnen Versuch sollte man seinen Initiatoren und Ausführenden Glück und Erfolg wünschen, aber ihnen auch alle mögliche Hilfe bieten.

Zu beglückwünschen sind die Organe des Bezirkes Suhl, daß bei ihnen die agrare Betriebsgeschichtsschreibung eine so breite Resonanz gefunden hat. Zusammenfassend darf gesagt werden, daß diese Tagung zu großen Hoffnungen Anlaß gab; sie verdeutlichte, welche große

Potenzen in der laienhistorischen Forschung, vor allem die unserer Arbeiterveteranen, liegen, wenn es uns gelingt, ihnen forschungsmethodische Hilfe zu bieten. Diese Tagung zeigte aber auch, daß zur historischen Forschung außer der Beherrschung der Forschungsmethodik viel sachlich-nüchterne Akribie und auch ein gehöriges Maß revolutionärer Leidenschaftlichkeit gehören, wie es die Suhler Arbeiterveteranen und Genossenschaftsbauern bewiesen haben.

## Quellen und Materialien

# Quellen und Materialien

## Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam

Der Bestand IG Farbenindustrie AG  
im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I

von Kurt Metschies

Der IG-Farben-Konzern war eine der größten Monopolbildungen in der Geschichte des deutschen Imperialismus. Auf Grund seiner ökonomischen Machtposition übte er auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens im imperialistischen Deutschland einen bestimmenden, ausgesprochen aggressiven und kriegslüsternden Einfluß aus. Er beeinflusste in entscheidendem Maße die Politik der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des imperialistischen und faschistischen Deutschlands und identifizierte sich bedingungslos mit ihren Zielen.<sup>1</sup>

- 1 Aus der Fülle der marxistischen Literatur über die Rolle des Konzerns vgl. u. a. Kling, Willi, Kleine Geschichte der IG-Farben - der Großfabrikanten des Todes, Berlin 1957; Sasuly, Richard, IG-Farben, Berlin 1952; Sonnemann, Rolf, Über die Duisberg-Denkschrift aus dem Jahre 1915, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 119 - 145; Etzold, Heike, Carl Duisberg - vom stellungssuchenden Chemiker an die Spitze der IG Farbenindustrie AG, in: ebenda 1966, T. 3, S. 196 - 215; Radandt, Hans, Aus dem Leben eines IG-Farben-Monopolisten, in: ebenda 1962, T. 3, S. 147 - 171; Eichholtz, Dietrich, Die IG-Farben-"Friedensplanung", Schlüsseldokumente der faschistischen "Neuordnung des europäischen Großraums", in: ebenda 1966, T. 3, S. 271 - 332; derselbe, Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs. Ein Dokument zur staatsmonopolistischen Kriegs- und Kriegszielplanung des faschistischen deutschen Imperialismus, in: ebenda 1969, T. 2, S. 83 - 105; Radandt, Hans, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: ebenda 1966, T. 3, S. 146 - 195; derselbe, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkriegs, in: ebenda 1967, T. 1, S. 77 - 146; Czollek, Roswitha, Estnische Phosphate im Griff der IG Farbenindustrie AG, in: ebenda 1966, T. 4, S. 201 - 204; Püchert, Berthold, Aus der Praxis der IG-Farben in Auschwitz-Monowitz, in: ebenda 1963, T. 2, S. 203 - 211; Quilitzsch, Siegmund, Zur verbrecherischen Rolle der IG-Farben während der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion. Dargestellt am Beispiel der Filmfabrik Agfa Wolfen, in: Juni 1941. Beiträge zur Geschichte des hitlerfaschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, Berlin 1961, S. 157 - 187 = Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hg. v. Alfred Anderle, Reihe B, Abhandlungen, Bd. 2; Eichholtz, Dietrich, Probleme der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft, H. 2/1968, S. 16 - 19. - Besonders sei hier hingewiesen auf

Besonders während der Periode der faschistischen Diktatur spielte der IG-Farben-Konzern eine verhängnisvolle Rolle. Der Zusammenhang zwischen der Konzernpolitik und den grauenhaften Verbrechen in den faschistischen Vernichtungslagern ist mehr als einmal vor aller Welt dargelegt worden.<sup>2</sup> In einem Teil Deutschlands wurden für immer die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen und die ehemals auf dem Gebiet der DDR befindlichen IG-Betriebe in Volkseigentum überführt.

Für zahlreiche Forschungen zur Geschichte des deutschen Imperialismus sind Quellen aus der archivalischen Überlieferung des IG-Farben-Konzerns von großem Interesse. Das Deutsche Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA Potsdam) sieht sich daher veranlaßt, einen genaueren Überblick über den bei ihm vorhandenen Bestand dieses Konzerns vorzulegen, nachdem intensive Arbeiten zu seiner Erschließung abgeschlossen sind und die Benutzung im Rahmen der geltenden Bestimmungen möglich ist.<sup>3</sup> Es will mit diesem Überblick Voraussetzungen zu einer umfassenden Auswertung schaffen und damit einen spezifischen Beitrag des sozialistischen Archivwesens der DDR zur Erfüllung der Aufgaben leisten, die der Geschichtswissenschaft in der DDR durch den Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 über die weitere Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften gestellt worden sind.

Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilen des Bestandes und zur Erläuterung des unterschiedlichen Charakters der archivalischen Überlieferung seien zunächst einige Bemerkungen über den organisatorischen Aufbau des Konzerns und über die Gesamtüberlieferung vorgelegt.

die Reihe Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, hg. v. d. Kommission Betriebsgeschichte und dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, H. 1, 3 - 11, 13, 15 - 17, Wolfen 1961 - 1968.

2 Vgl. IG-Farben - Auschwitz - Massenmord, Über die Blutschuld der IG-Farben. Dokumentation zum Auschwitz-Prozeß, hg. v. d. Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, o. O. o. J.; Schlußvortrag von Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, Prozeßvertreter der Nebenkläger Käthe Brettler, Hans Spicker, Rudi Lippmann, Rebekka Rebling (genannt Lin Jaldati) aus der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Kulka, Wera Foltynova aus der ČSSR, Eugenia Bednarska aus der Volksrepublik Polen im Strafverfahren gegen Burger u. a. ("Zweiter Auschwitz-Prozeß"), vorgetragen am 11. 8. 1966 vor dem Schwurgericht beim Landgericht Frankfurt (Main), Berlin (West) o. J. (1966), 71 S.; Angeklagter Nr. 6. Eine Auschwitz-Dokumentation, hg. v. Friedrich Karl Kaul u. Joachim Noack, Berlin 1966, 186 S.; Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Saat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, 3. Aufl. Berlin 1968, bes. S. 13 ff.; Graubuch, Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden. Eine Dokumentation, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front, 2. Aufl. Berlin 1967, bes. S. 165 ff.

3 Mit der vorliegenden Übersicht ist der im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961, T. 1, S. 280 f., gegebene Überblick über diesen Band überholt. Die vorliegende Information ergänzt auch die von einer Arbeitsgruppe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Leitung von Dr. Hans Radandt aus Anlaß der Tagung des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin "Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland" 1961 zusammengestellte Übersicht Dokumente zur Rolle der IG Farbenindustrie im Faschismus, (Berlin 1961), 58 S. (als Ms. gedr.).

Der IG-Farben-Konzern entstand im November 1925 durch Abschluß von Fusionsverträgen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, und fünf anderen Chemieunternehmen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF)<sup>4</sup> änderte nach erfolgter Fusion ihren Namen in "IG Farbenindustrie AG" und verlegte ihren Sitz von Ludwigshafen nach Frankfurt (Main). Die in der IG fusionierten Firmen wurden zu Zweigniederlassungen der IG umgewandelt und verloren ihre rechtliche Selbständigkeit. Der organisatorische Aufbau des Konzerns, der dem von Duisberg geprägten Prinzip der "dezentralisierten Zentralisation" folgte, stellte sich wie folgt dar<sup>5</sup>:

Neben und über die für Aktiengesellschaften vorgeschriebenen Gremien wie Generalversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand traten ein aus 11 Mitgliedern des Aufsichtsrates bestehender Verwaltungsrat und ein aus 26 Mitgliedern des Vorstands zusammengesetzter Zentral- und Arbeitsausschuß, die im Gesellschaftsvertrag nicht verankert waren. Dieser war das oberste zentrale arbeitende Organ des Konzerns, jener nahm dem nur noch rein repräsentativen Aufsichtsrat die Kontrollfunktion ab.

Unmittelbar unter dem Aufsichtsrat und Vorstand standen als zentrale Organe der Konzernverwaltung - die wie die übrigen vorhergenannten Gremien ihren Sitz in Frankfurt (Main) hatten - der Technische Ausschuß mit dem Technischen Ausschußbüro zur Bearbeitung aller technischen und wissenschaftlichen Fragen und der Kaufmännische Ausschuß zur Behandlung aller Kauf- und Verkaufsprobleme. Beide unterteilten sich wieder in zahlreiche Unterausschüsse.

Neben der in Frankfurt (Main) ansässigen Konzernverwaltung wurde seit 1926 mit dem Aufbau einer weiteren Zentrale des Konzerns in Berlin NW 7, Unter den Linden, begonnen. Ihre Aufgabe war es vor allem, eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Konzern und dem imperialistischen Staatsapparat zu gewährleisten. Zu den Berliner zentralen Organen der Konzernverwaltung, die fast alle unter der Bezeichnung "Berlin NW 7" (Postanschrift) zusammengefaßt waren, gehörten unter anderem:

Direktionsabteilung,  
Büro des Kaufmännischen Ausschusses,  
Zentralfinanzverwaltung,  
Volkswirtschaftliche Abteilung,  
Pressestelle,  
Rechtsabteilung,  
Personalabteilung,  
Büro von Abel für Personalangelegenheiten  
der höheren Angestellten.

4 Ein größerer Teil der archivalischen Überlieferungen der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen, ist im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA Potsdam), vorhanden und benutzbar. Von den übrigen an der Fusion beteiligten Unternehmen sind nur geringe Reste an Schriftgut erhalten geblieben. Zu gegebener Zeit wird an dieser Stelle eine detaillierte Übersicht über die archivalische Überlieferung der Vorgängerunternehmen des IG-Farben-Konzerns gegeben.

5 Zum inneren Aufbau des Konzerns und zur Funktion der einzelnen Organe vgl. Schreyer, H., Der IG-Farbenkonzern, seine Vorgänger und Nachfolger. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte der deutschen Chemieindustrie, in: Archivmitteilungen, 16. Jg. 1966, S. 101 - 106 u. 148 - 158.



Die Leitung der Gesamtproduktion des Konzerns erfuhr eine verwaltungsmäßige Gliederung in sachlicher und territorialer Hinsicht. Dem ersten Ziel diente eine Einteilung in drei Sparten:

Sparte I (Stickstoff, Benzin und andere synthetische Kraftstoffe, Öle Kohle),

Sparte II (Farbstoffe, organische Produkte, Pharmazeutika, Leichtmetall, künstlicher Kautschuk),

Sparte III (Photographische Produkte, Kunstseide, Vistra, Riechstoffe).

Die territoriale Gliederung fand ihren Ausdruck in der Bildung von sechs Betriebsgemeinschaften, die nach den größten Firmen der IG ausgerichtet waren und nach territorialen Gesichtspunkten die Teile des IG-Farben-Konzerns zusammenfaßten. Den zunächst fünf, seit 1930 sechs Betriebsgemeinschaften waren die entsprechenden IG-Werke nachgeordnet.

In ähnlicher Weise wie die Produktion war auch der Verkauf verwaltungsmäßig organisiert. Parallel zu den Produktionssparten bildeten drei aus Technikern und Kaufleuten gemischte Ausschüsse die Dachorganisation der Verkaufssphäre:

Farbstoffausschuß,

Chemikalienausschuß,

Pharmazeutischer Ausschuß.

Ihnen zugeordnet waren nach Produkten zusammengefaßt Verkaufsgemeinschaften, Verkaufsabteilungen und andere Verkaufsorganisationen, für die die alten Stammwerke mit ihren Hauptprodukten gewisse Zentren bildeten:

Verkaufszentralen der Sparte I

- Abt. Öle,
- Abt. Propan,
- Stickstoffsyndikat GmbH, Berlin,
- Deutsche Gasolin AG, Berlin.

Verkaufszentralen der Sparte II

- Verkaufsgemeinschaft Farben, Frankfurt (Main),
- Verkaufsgemeinschaft Chemikalien, Frankfurt (Main),
- Verkaufsgemeinschaft Pharmazeutika, Leverkusen.

Verkaufszentralen der Sparte III

- Verkaufsgemeinschaft AGFA, Berlin,
- verschiedene Verkaufsorganisationen bei Firmen der Sparte III.

Die hier skizzierte Struktur des Konzerns bestand im wesentlichen bis zur Niederlage des deutschen Imperialismus im Jahre 1945.

Im Rahmen umfangreicher Aktenübernahmen gelangten 1956 bis 1960 größere Mengen von Akten verschiedener Zentralstellen des IG-Farben-Konzerns und überbetrieblicher Vereinigungen innerhalb der IG sowie Akten von Vorgängerbetrieben der IG Farbenindustrie AG,

einzelner Produktionsstätten (Zweigbetrieben), Tochtergesellschaften und Beteiligungsfirmen ins DZA Potsdam.<sup>6</sup>

Ein anderer Teil der Überlieferung des Schriftguts des IG-Farben-Konzerns ist entweder unmittelbar vor der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch leitende IG-Mitarbeiter oder infolge der Nachkriegsereignisse vernichtet worden.<sup>7</sup> Wesentliche Teile der IG-Farben-Akten wurden nach 1945 von den USA sichergestellt, die diese durch eine spezielle Kommission auswerten ließen.<sup>8</sup> Ein Teil dieser Akten ist durch die "American Historical Association; American Committee for the Study of War Documentary" verfilmt worden, über deren Inhalt spezielle Verzeichnisse informieren.<sup>9</sup> Ein Teil der dort verzeichneten Filme ist ebenfalls im DZA Potsdam vorhanden und steht zusammen mit der Originalüberlieferung der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR und des sozialistischen Auslands zur Verfügung.<sup>10</sup>

Abschließend soll an dieser Stelle auf die Materialien des vom Mai 1947 bis Juli 1948 durchgeführten Prozesses gegen leitende Mitarbeiter des IG-Farben-Konzerns<sup>11</sup> sowie auf die in verschiedenen Beständen des DZA Potsdam<sup>12</sup> vorhandenen Archivalien zur Entwicklung

6 Vgl. hierzu u. a. Lötzke, Helmut, Die Bedeutung der von der Sowjetunion übergebenen deutschen Archivbestände für die deutsche Geschichtsforschung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3. Jg. 1955, S. 775 - 779; derselbe, Zehn Jahre deutsches Zentralarchiv, in: Archivmitteilungen, H. 2/1956, S. 33 - 41; Lötzke, Helmut/Enders, Gerhard, u. a., Deutsches Zentralarchiv Potsdam und Merseburg, in: ebenda, H. 5/1959, S. 143 - 152; Lötzke, Helmut, Bericht über die von der UdSSR an die DDR seit 1957 übergebenen Archivbestände, in: ebenda, H. 1/1960, S. 12 - 15.

7 Über die unmittelbar vor der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und auch nach 1945 bei den IG-Farben durchgeführten Aktenvernichtungen informiert in einer ausführlichen Übersicht Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Law No. 10. The IG-Farben-Case, Nuernberg, Okt. 1946 - Apr. 1949, Bd. 7, Washington 1953, S. 446 - 469.

8 Vgl. hierzu besonders Sasuly, Richard, a. a. O., S. 30 - 32.

9 Guides to German Records Microfilmed at Alexandria V. A., hg. v. The National Archives and Records Service. General Services Administration Washington, Nr. 6/1959, Nr. 8/1959 u. Nr. 23/1961.

10 Nach dem gegenwärtigen Stand sind z. Zt. ca. 16 000 Aufnahmen, vor allem von Schriftgut der Verkaufsgemeinschaft Farben, Abteilung China und Japan, sowie der Verkaufsgemeinschaft Chemikalien, Direktionsabteilung, vorhanden und benutzbar.

11 Die Materialien dieses Prozesses sind für die Historiker der DDR zugänglich. Vgl. hierzu Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft. Informationen über in der DDR vorhandene Prozeßmaterialien und methodische Hinweise für ihre Benutzung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 219 - 235, bes. S. 233; vgl. auch Brather, Hans-Stephan, Nürnberger Prozeßakten als Geschichtsquellen. Eine Bibliographie, in: ebenda 1969, T. 2, S. 391 - 416.

12 In erster Linie ist hier hinzuweisen auf die Überlieferung in den Beständen Reichswirtschaftsministerium, Rechnungshof des Deutschen Reichs, Berliner Handelsgesellschaft (vgl. hierzu Lötzke, Helmut, Quellen zur Wirtschaftsgeschichte in der Epoche des Imperialismus im DZA Potsdam, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1961, T. 1, S. 239 - 283, bes. S. 257 - 264 u. 279), Deutsche Reichsbank, Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung (vgl. hierzu: Metschies, Kurt, Der Bestand "Deutsche Reichsbank", Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I, in: ebenda 1968, T. 3, S. 387 - 391) sowie auf die Bestände Deutsche Länderbank AG, Berlin.

und Tätigkeit des Konzerns hingewiesen werden, die ergänzend bei Untersuchungen über die verhängnisvolle Rolle des IG-Farben-Konzerns herangezogen werden sollten.

Das DZA Potsdam verwaltet entsprechend der Verordnung über das staatliche Archivwesen der DDR vom 17. Juni 1965<sup>13</sup> und der ersten Durchführungsbestimmung hierzu vom 25. Juni 1965<sup>14</sup> das in der DDR befindliche Archivgut der zentralen Organe der Konzernverwaltung und der anderen den Konzernzwecken dienenden überbetrieblichen Vereinigungen innerhalb des Konzerns. Ferner ist es zuständig für das Archivgut sonstiger zentraler Einrichtungen des IG-Farben-Konzerns, die in Form von Tochtergesellschaften oder Beteiligungsfirmen organisiert waren.

Das Archivgut von Betrieben auf dem heutigen Staatsgebiet der DDR, die dem ehemaligen Konzern in unterschiedlicher Rechtsform zugeordnet waren (Zweigbetriebe, Betriebsstätten, Tochtergesellschaften, Beteiligungsfirmen), unterliegt der Zuständigkeit der Archive der volkseigenen Nachfolgebetriebe.<sup>15</sup>

Auf Grund des derzeitigen Ordnungszustandes ergibt sich der folgende Überblick<sup>16</sup>:

<sup>13</sup> Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965 II, Nr. 75, S. 567.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 570.

<sup>15</sup> Über für die historische Forschung bedeutsames Schriftgut in den ehemals zum IG-Farben-Konzern gehörenden Betrieben in der DDR informiert die wertvolle Veröffentlichung Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie, Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft, hg. v. den Betriebsarchiven VEB Filmfabrik Wolfen, VEB Farbenfabrik Wolfen u. VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, bearb. v. den Betriebsarchivaren Willi Zimmermann, Alfred Neumann u. a., Zusammenstellung u. Überarbeitung Rudolf Schröder, Leipzig 1968, 137 S.; vgl. hierzu auch Schröder, Rudolf, Die Ausschußprotokolle der IG-Farben als Quelle zur Betriebsgeschichtsforschung über die Zeit des Kapitalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 1, S. 250 - 269.

Über einen Teil des im Archiv des VEB Filmfabriken Wolfen verwalteten Archivgutes informiert das Spezialinventar des Betriebsarchivs der VEB Filmfabrik Wolfen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zur Wirtschaftsgeschichte, bearb. v. Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, (Wolfen 1963,) 69 S. (als Ms. gedr.) = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, H. 6. - Zur Überlieferung des Schriftguts ehemaliger IG-Konzernbetriebe im Bezirk Leipzig (u. a. der Deutschen Celluloid-Fabrik AG) vgl. Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus Betriebsarchiven des Bezirks Leipzig, koordiniert u. überarb. v. Karl Höhnel, hg. v. Staatsarchiv Leipzig mit Unterstützung der Staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR, T. 1, Leipzig 1965, 58 S.; T. 2, Leipzig 1968, 58 S. (als Ms. gedr.).

<sup>16</sup> Die in Klammern gesetzten Zahlen geben den Umfang (nach Archivalieneinheiten) und die zeitliche Erstreckung der Archivalien an.

## Zentrale Organe der Konzernverwaltung in Frankfurt (Main)

Büro des Technischen Ausschusses (ca. 30, 1937 - 1939)

Zentralbuchhaltung (ca. 400, 1923 - 1940)

Preisbüro/Preisabteilung (ca. 40, 1927 - 1941)

IG-Literaturabteilung (1, 1929)

Pensionskasse der IG Farbenindustrie AG (ca. 2000, ca. 1890 - 1943)

## Zentrale Organe der Konzernverwaltung in Berlin NW 7

Direktionsabteilung (ca. 160, 1926 - 1943)

Organisation und Allgemeines

Allgemeiner Schriftwechsel

Postbesprechung

Verbindung zu Reichsbehörden, Banken und IG-Stellen

Nachwuchsausbildung

Öffentlichkeitsarbeit: Geschäftsberichte der IG-Farben. - Veranstaltungen. - Deutscher Klub bzw. Dirksen-Stiftung. - Spenden, Unterstützungen, Werbung. - Werksbesichtigungen und Informationsbesuche.

Büro des Kaufmännischen Ausschusses (7, 1936 - 1945)

Zentral-Finanzverwaltung (ca. 360, 1925 - 1945)

Büro Helfert: Organisation und Allgemeines. - Verbindung zu IG-Werken und -Stellen. - Verbindung zu sonstigen Institutionen.

Finanzsekretariat (KA-Büro, Büro Schmitz): Organisation und Allgemeines. - Allgemeiner Schriftwechsel (alphabetisch A-Z bzw. chronologisch geordnet). - Akten- und Telefonnotizen. - Zentrale Kommissionen und Generalversammlungen der IG. - Wirtschaftliche Expansion der IG im In- und Ausland 1925 - 1945. - Stickstoffproduktion und Stickstoffabsatz. - Stickstoffkartelle und Stickstoff-Syndikat GmbH. - Farbenkartelle. - Finanzen. - Einkauf.

Abteilung Devisenbewirtschaftung: Büro Scherer. - Allgemeines. - Bürgschaften der IG. - Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie und Privates Bankgewerbe.

Abteilung Kredite: Kredit- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland. - Bürgschaften der IG. - Kredite zur Einfuhr von Rohstoffen. - Verschiedenes.

Buchhaltung: Allgemeines. - Auslandsforderungen und -schulden der IG. - Devisen und Ausfuhr. - Jahresabschlüsse. - Bankkonten.

## Volkswirtschaftliche Abteilung<sup>17</sup> (ca. 1000, 1926 - 1944)

Schriftwechsel und Unterlagen, Allgemeines: Organisation. - Auskunftserteilung und Austausch von Veröffentlichungen.

Wirtschaftliche Ausarbeitungen und Materialzusammenstellungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung: Weltwirtschaft und -politik (Allgemeines, Wirtschaftsnachrichten, Firmennachrichten und Auskünfte über Firmen, Rohstofflage, Industrie und Landwirtschaft, Außenhandel, Finanzen). - Politische und wirtschaftliche Lage in den einzelnen Ländern Afrikas, Amerikas, Asiens, Australiens und Europas. - Deutschland (Allgemeines, Industrie und Landwirtschaft, Verbrauch von einzelnen Rohstoffen und Produkten, Außenhandel, einzelne Firmen und Banken).

Pressestelle der IG Farbenindustrie AG, Berlin NW 7 (1, 1936)

Rechtsabteilung (33, 1927 - 1945)

Tätigkeit für Berlin NW 7

Tätigkeit für den Gesamtkonzern; Aktienrecht. - Vertretungs- bzw. Unterzeichnungsbefugnis in der IG. - Steuern. - Rechtliche Beziehungen zu anderen Firmen. - Verschiedenes.

Personalabteilung (ca. 200, 1926 - 1945)

Organisation und Allgemeines: Allgemeiner Schriftwechsel. - Durchschläge von Ausgängen. - Aktennotizen. - Arbeits- und sozialrechtliche Rundschreiben. - Dienstbetrieb.

Zusammensetzung der Belegschaft: Allgemeines (vor allem Personalstatistik). - Bewerbungen. - Belegschaftsaufstellungen. - Personalbogen.

Gehälter und Steuern: Allgemeines. - Gehaltsfestlegung. - Gehaltsauszahlung.

Versicherungen und soziale Betreuung

Deutsche Arbeitsfront; Winterhilfswerk

Büro von Abel für Personalangelegenheiten der höheren Angestellten (3, 1904 - 1947)

Hausverwaltung NW 7 (6, 1930 - 1937)

<sup>17</sup> Vgl. auch Radandt, Hans, Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG über Südosteuropa (Bibliographie), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 4, S. 289 - 314.

# Verkaufszentralen des IG-Konzerns

## Sparte I

### Abteilung Öle (ca. 300, 1924 - 1945)

Organisation und Allgemeines: Allgemeiner Schriftwechsel und andere allgemeine Unterlagen. - Allgemeiner Schriftwechsel (Ausgänge). - Steuern und Zölle. - Beförderungstarife (vor allem der Reichsbahn). - Reklame.

Produkte: Öle. - Benzin. - Treibgas. - Andere Kraftstoffe. - Paraffin, Oppanol, Stabisol. - Verschiedene Produkte.

Nachlaß-Schriftgut des Direktors der Abteilung Öle, Fischer

### Stickstoffkalkulation (ca. 1650, 1924 - 1943)

## Sparte II

### Verkaufsgemeinschaft Farben

#### Vorbemerkung:

In der aktenmäßigen Überlieferung der nachstehend aufgeführten Abteilungen treten je nach Überlieferungslage in unterschiedlichem Umfang die folgenden Aktengruppen auf: Allgemeines, Allgemeiner Schriftwechsel, Allgemeine Angelegenheiten der Verkaufsabteilung, Allgemeine Verkaufsbedingungen (wirtschaftliche und politische Lage, Kartellvereinbarungen, Konkurrenz), Produkte und Verkauf im einzelnen, Umsatz und Erlös. Auf einen detaillierten Nachweis dieser Aktengruppen bei jeder Abteilung wurde verzichtet.

### Direktionsabteilung (3, 1928 - 1937)

### Abteilung Deutschland (2, 1925 - 1938)

### Abteilung Frankreich (1, 1942)

### Abteilung Großbritannien (ca. 200, 1926 - 1939)

Allgemeines. - England. - Nordirland. - Freistaat Irland.

### Abteilung Orient (ca. 500, 1925 - 1943)

#### Allgemeines

Orientländer: Iran. - Irak. - Syrien. - Palästina. - Arabien einschließlich Jemen und Bahreininseln. - Türkei.

Afrikanische Länder: Ägypten. - Lybien. - Tunesien. - Französisch-Marokko. - Senegal.

Westafrikanische Länder: Allgemeines. - Angola. - Belgisch-Kongo. - Nigeria.

Ostafrikanische Länder: Allgemeines. - Abessinien. - Italienisch-Somaliland.

Südrhodesien

Südafrikanische Union

Balkanländer, Zypern, Malta: Bulgarien. - Griechenland. - Zypern. - Malta.

Abteilung Britisch-Indien (ca. 400, 1921 - 1941)

Abteilung Niederländisch-Indien (ca. 200, 1924 - 1942)

Abteilung Hinterindien (ca. 60, 1926 - 1943)

Abteilung Australien (ca. 60, 1925 - 1939)

Allgemeines. - Australien. - Neuseeland.

Abteilung China (ca. 30, 1927 - 1943)

Abteilung Japan (ca. 70, 1901 - 1943)

Abteilung Kanada (4, 1926 - 1939)

Abteilung Nordamerika (ca. 170, 1923 - 1942)

Abteilung Lateinamerika (ca. 600, 1925 - 1943)

Allgemeines

La Plata-Staaten: Allgemeines. - Argentinien. - Uruguay. - Chile. - Brasilien.

Paraguay

Nordwestküste: Allgemeines. - Bolivien. - Peru. - Ekuador. - Kolumbien. - Venezuela.

Guyana

Mittelamerika: Allgemeines. - Panama. - Kostarika. - Nikaragua. - El Salvador. - Guatemala.

Mexiko

Westindien: Allgemeines. - Kuba. - Haiti. - Dominikanische Republik.

Verkaufsgemeinschaft Chemikalien

Vorbemerkung:

In der aktenmäßigen Überlieferung der nachstehend aufgeführten Abteilungen treten je nach Überlieferungslage in unterschiedlichem Umfang die folgenden Aktengruppen auf: Allgemeines, Allgemeiner Schriftwechsel, Allgemeine Angelegenheiten der Verkaufsabteilung, Allgemeine Verkaufsbedingungen (wirtschaftliche und politische Lage, Kartellvereinbarungen, Konkurrenz), Produkte und Verkauf im einzelnen, Umsatz und Er-

lös. Auf einen detaillierten Nachweis dieser Aktengruppen bei jeder Abteilung wurde verzichtet.

Direktionsabteilung (9, 1926 - 1941)

Amerika: Allgemeines. - Venezuela. - Brasilien. - Argentinien.

Asien: Siam. - Japan.

Exportabteilung Technik (1, 1935 - 1938)

Säureverkaufsabteilung (2, 1925 - 1936)

Codeabteilung (1, 1939 - 1940)

Amerika

Abteilung G (Gerbstoffe, Bichromate) (300, 1927 - 1943)

Allgemeines

Afrika: Allgemeines. - Spanisch-Marokko. - Französisch-Marokko. - Ägypten. - Kenia. - Südafrikanische Union.

Amerika: Allgemeines. - Mexiko. - Kuba. - Jamaika. - Guatemala. - El Salvador. - Venezuela. - Kolumbien. - Ekuador. - Peru. - Bolivien. - Paraguay. - Brasilien. Chile. - Argentinien. - Uruguay.

Asien: Türkei. - Syrien. - Palästina. - Iran. - Siam. - Philippinen.

Europa: Irland. - Niederlande. - Griechenland. - Zypern.

Abteilung L (Lösungsmittel, Kunst- und Trockenstoffe, Kampfer) (ca. 10, 1928 - 1941)

Allgemeines

Bolivien

Chile

Uruguay

Türkei

Abteilung T (1, 1927 - 1928)

Abteilung Z (3, 1935 - 1939)

USA

Verkaufsgemeinschaft Chemikalien, Zweigstelle Berlin SO 36 (ca. 40, 1934 - 1941)

Protokolle der Sulfurunterkommission der IG Farbenindustrie AG

Verkaufsgemeinschaft Chemikalien, Verkaufskontor Leipzig (1, 1938 - 1945)



## Sparte III

Verkaufsgemeinschaft AGFA Berlin (ca. 900, 1924 - 1944)

Sekretariat Otto

Vertragsarchiv

## Produktionszentralen des IG-Konzerns

### Sparte III

Sekretariat Dr. Gajewski<sup>18</sup> (ca. 520, 1930 - 1946)

Allgemeines: Leitung der Sparte III. - Allgemeiner Schriftwechsel. - Werkschutz, Luftschutz, Abwehr. - Betriebsbesichtigungen. - Spenden, Beiträge, Steuern. - Verschiedene Wirtschaftsberichte.

Personalangelegenheiten: Allgemeines. - Einzelne Mitarbeiter.

Produktion: Allgemeiner Schriftwechsel. - Verfahrensentwicklung, Patente, Lizenzen. - Planung oder Durchführung von Bauvorhaben. - Einzelne Produktionszweige bzw. Produkte.

Berechnungen und Kalkulationen zu Produkten und Absatz

Mitgliedschaft und Tätigkeit Dr. Gajewskis in Wirtschafts- und sonstigen Organisationen und Institutionen: Ausschüsse und Werke der IG-Fachverbände und Gesellschaften.

Privatangelegenheiten Dr. Gajewskis

Registrierungshilfsmittel

<sup>18</sup> Über den im Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen befindlichen Teil der Überlieferung informiert u. a. Schmelzer, Janis. Dies war ein Staatsgeheimnis. Ein Blick in die Handakten des ehemaligen Direktors der IG-Farben-AGFA-Betriebe Dr. Fritz Gajewski, Wolfen 1963 = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, H. 7.

Sparte III

Vermittlungsstelle W (Wehrmacht) (ca. 80, 1934 - 1945)

Organisation und Allgemeines

Verbindung zu militärischen Stellen und Behörden

Mobilisierung

Kriegsproduktion

Forschung und Entwicklung

Personalangelegenheiten und Arbeitskräftebeschaffung

Luftangriffe und Luftschutz

IG-Farben-AG in Liquidation (ca. 70, 1945 - 1949)

# Literaturkritik

Probleme einer Geschichte der Wirtschaftspolitik der SED

Einige Bemerkungen zu

Hans Müller/Karl Reißig: Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Dietz-Verlag, Berlin 1968, 531 Seiten, Preis: 9,50 M

von Gerd Neumann

Der Titel weckt Reminiszenzen. Jahrelang geisterte das Wort vom Wirtschaftswunder durch die westliche Presse. Als Wahl- und Werbeslogan auf die bundesrepublikanischen Wirtschaftserfolge hinweisend und Stabilität vortäuschend, sollte es ausdrücken: Wirtschaftlicher Aufstieg und Restauration des Alten gehören zusammen. Doch das Propagandageschoß erwies sich als Fehlzündung. Die geschickteste Propaganda vermochte nicht die Risse im westdeutschen "Wirtschaftswunder" zu übertünchen. "Wirtschaftswunderland" wurde eine unentbehrliche Vokabel der mit dem Aufreißen der Widersprüche einsetzenden ironischen Betrachtungsweise, die nicht selten mit harter Kritik an den Mißständen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Westdeutschland verbunden war.

Gleichzeitig setzte eine Aufwertung des Begriffs ein, die mit seiner Anwendung auf die DDR verbunden war - gleichsam ein verspätetes Eingeständnis der Erfolge der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch unsere Gegner. Der Wandel, den die Anwendung des Begriffs erfahren hat, spricht für uns. Deshalb taten die Autoren recht daran, den Begriff zu übernehmen, zumal sie durch ihre wissenschaftliche Betrachtungsweise keinen Zweifel daran lassen, was sie als Marxisten von Wundern halten und worauf die Wunder in unserer wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen sind. Insofern hält das Buch, was es im Titel verspricht. Den Verfassern gebührt das Verdienst, erstmalig eine zusammenhängende Darstellung der wichtigsten Probleme der ökonomischen Politik der SED in ihrer historischen Entwicklung bis zur Gegenwart erarbeitet zu haben. Dies ist um so bedeutender, weil es dazu beiträgt, bereits in der Zeit der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der DDR den zurückgelegten Weg auf wirtschaftspolitischem Gebiet besser zu überschauen und bewußt werden zu lassen, wie die Autoren selbst schreiben. Dieser Aufgabenstellung wird das Buch gerecht. Die Verfasser gehen parteilich an die Wertung der ökonomischen Politik der SED und ihrer Ergebnisse in der jeweiligen Entwicklungsetappe heran. Das kommt der Untersuchung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik aus historischer Sicht zugute. Die Leistungen der Parteiführung bei der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der Sowjetunion auf die konkreten Bedingungen in Deutschland werden herausgearbeitet, wobei vor der Analyse von Widersprüchen in unserer Entwicklung nicht zurückgeschreckt wird. So bleiben die Autoren nicht bei einer bloßen Schilderung der Ereignisse und jeweiligen Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik stehen. In historischer Rückschau wird die Entfaltung der großen schöpferischen Kraft der von Ausbeutung befreiten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aufgezeichnet. Diesen Grundzügen des

Buches ist es zu danken, daß der Leser ein lebendiges und überzeugendes Bild von der durch Partei und Regierung in der Vergangenheit betriebenen Wirtschaftspolitik erhält, die in ihrem Ergebnis zum "Wirtschaftswunder DDR" führte. Darüber hinaus kann das Buch als eine Bilanz der Forschung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR betrachtet werden. Die Autoren stützen sich nicht nur auf die bisher zu diesem Komplex von führenden Funktionären und Gesellschaftswissenschaftlern geleistete Arbeit, sondern sie sind infolge ihres umfangreichen Quellenstudiums auch in der Lage, manche noch vorhandene Lücke im Faktenmaterial zu schließen.

Bei der Untersuchung der jeweiligen Entwicklungsetappe wurden vor allem zwei Fragestellungen zugrundegelegt:

Welche Schlussfolgerungen zog die Partei jeweils aus der Analyse des erreichten Entwicklungsstandes der Ökonomik und des Bewußtseins der Werktätigen entsprechend ihrer wachsenden Kenntnis der objektiven Erfordernisse der ökonomischen Gesetze unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland?

Wie reagierten die Werktätigen auf die Aufgabenstellung von Partei und Regierung, und wie trieben sie ihrerseits die Entwicklung voran?

Daraus ergeben sich folgende besondere Vorzüge des Buches:

1. Es ist den Verfassern gelungen, überzeugend und anschaulich nachzuweisen, daß die entscheidende Ursache für die erfolgreichen Umwälzungen in der DDR in der Führung durch die Partei begründet ist, die sich bei der Leitung der Volksmassen im Prozeß der Umgestaltung von marxistisch-leninistischen Grundprinzipien leiten ließ, diese Prinzipien schöpferisch anwendete und so zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie beitrug, was gleichzeitig ein ständiges Lernen von den Volksmassen einschloß. Dadurch wird im Verlauf der historischen Betrachtung durchgängig das dialektische Verhältnis zwischen der Führung der Massen durch die Partei und der aktiven geschichtsbildenden Aktion der Massen, die wiederum die Grundlage für die Entwicklung der Politik der Partei ist, deutlich.
2. Es wird der konkret-historische Nachweis erbracht, daß die erfolgreiche Politik der Partei in entscheidendem Maße in ihrer aktiven und schöpferischen Bündnispolitik begründet liegt.
3. Dem Leser wird durch die Darstellung bewußt, daß uns die Sowjetunion in allen komplizierten politischen und ökonomischen Situationen - an denen es in unserer Entwicklung wahrlich nicht mangelte - mit Rat und Tat zur Seite stand und steht.
4. Die Verfasser stellen zum Teil sehr detailliert dar, wie in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR die sozialistische Planwirtschaft organisiert wurde. Sie weisen nach, daß es vor allem mit Hilfe der Planwirtschaft möglich wurde, die ökonomischen Potenzen auf die entscheidenden wirtschaftlichen Aufgaben zu konzentrieren, wodurch es gelang, die sozialistischen Produktionsverhältnisse bei systematischer Aufwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft zum Siege zu führen - trotz der komplizierten Startbedingungen und der offenen Grenze gegenüber dem imperialistischen System. Dabei zeigen sie zugleich auf, wie die Modellvorstellungen vom eigentlichen ökonomischen System des Sozialismus im Wechselverhältnis von Theorie, praktischer Erfahrung und theoretischer Vervollkommnung ausreifen.

Hervorzuheben ist ferner, daß die Autoren es verstanden haben, eine offensive Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie zu führen. Sie decken Entstellungen der historischen

Entwicklungsprozesse in der DDR auf und leisten einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen Versuche, die Politik der SED zu verleumdern.

Von großem Interesse ist das Herangehen der Verfasser an die historische Wertung der Entwicklungsprozesse. Durchgängig, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, wird bei ihrer Darstellung das Bemühen sichtbar, vom heutigen Erkenntnisstand ausgehend zu werten und einzuordnen und somit Vergangenes als historische Voraussetzung der heutigen Wirklichkeit zu beurteilen. Meines Erachtens macht gerade diese Art der Darstellung das Buch als Hilfsmittel für die Einschätzung unserer Vergangenheit besonders wertvoll. Nicht zuletzt kommt dieses Vorgehen dem Anliegen der Verfasser, die Kontinuität der Politik von Partei und Regierung nachzuweisen, zugute. Es bleibt zu diskutieren, inwieweit dieser Weg für historische Einschätzungen einer Entwicklung, die unter sozialistischen Verhältnissen einer bewußten Steuerung unterliegt, Allgemeingültigkeit besitzt.

Trotz der genannten Vorzüge kann die Darstellung einiger Probleme, wie sie im Buch vorgenommen wurde, nicht völlig befriedigen. So hätte beispielsweise die vorgenommene Konzentration der Mittel auf die Schwerindustrie überzeugender begründet werden können, wären die Autoren stärker auf die Probleme eingegangen, die sich für unsere wirtschaftliche Entwicklung durch die Störung und Sabotage der innerdeutschen Warenbeziehungen nach 1945 sowie aus der notwendigen Verschiebung der Außenhandelsstruktur ergaben.

Ebenso hätte man sich gewünscht, daß die antifaschistisch-demokratische Umwälzung stärker unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen Etappe für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der in ganz Deutschland bereits um die Jahrhundertwende objektiv auf der Tagesordnung stand, behandelt worden wäre.

Indem die Verfasser die revolutionäre Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse anhand der Orientierung der Partei und in ihren Ergebnissen behandeln, kommt der Hauptinhalt der Übergangsperiode, der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, vor allem seine Kompliziertheit, seine Vielgestaltigkeit und die angewandten neuen Formen und Methoden, in der Darstellung zu kurz. Das trifft besonders für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und für die Einbeziehung der privatkapitalistischen Unternehmer in den sozialistischen Aufbau zu. Ungenügend ist auch die Begründung für die Forcierung der sozialistischen Umgestaltung im Zusammenhang mit den Erfordernissen des inneren Klassenkampfes auf ökonomischem Gebiet, wodurch der schöpferische Inhalt der Bündnispolitik der SED nicht genügend betont wird. So wird beispielsweise eine so wichtige Begleiterscheinung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wie die mit ihr verbundenen hohen materiellen Akkumulationsmittel, die von der Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt wurden, nicht in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung, die ihr ohne Zweifel für die sozialistische Wirtschaftspolitik zukommt, behandelt. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß in kürze Publikationen vorliegen werden, von denen zu erwarten ist, daß hinsichtlich solcher Probleme Lücken geschlossen werden, bleibt unverständlich, weshalb sich die Verfasser hier in ihrer Darstellung beschränkten und damit der Möglichkeit beraubten, Vollständiges zu bieten, zumal sie ansonsten sehr bemüht waren, den komplexen Charakter der Wirtschaftspolitik zu zeigen.

Es erweist sich auch als Mangel, daß die Probleme der Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur - beispielsweise die Qualifizierung der Werktätigen - kaum Beachtung finden, wie auch auf die Klassenanalyse in starkem Maße verzichtet wird.

Ebenso geht aus der im Buch gegebenen Darstellung ungenügend hervor, welche Leistung die SED vollbracht hat, indem sie die wissenschaftlich-technische Revolution relativ früh als die Bewegungsform der modernen Produktivkräfte unter sozialistischen Bedingungen erkannte, was mit entsprechenden Schlußfolgerungen für die nationale Konzeption und die ökonomische Aufgabenstellung in der DDR verbunden war. Gerade das war aber von großer ideologischer Bedeutung für unsere Entwicklung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

Vielleicht sollte überhaupt noch stärker die Dialektik des kontinuierlichen sozialistischen Aufbaus auf dem Gebiet der Ökonomie in der ersten Aufbauphase herausgearbeitet werden, indem auch die in den einzelnen Phasen nicht gelösten Probleme genannt werden. So bleibt es zum Teil unverständlich bzw. wird nur aus dem materiellen Schaden, der durch die Politik des westdeutschen Imperialismus entstand, erklärt, woher die bekannten Disproportionen kommen, die im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen ökonomischen Systems analysiert wurden.

Schließlich wirft das Buch interessante methodologische Probleme auf, beispielsweise die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Schilderung unserer Entwicklung durch das chronologische Aneinanderreihen von Ereignissen, Maßnahmen und Ergebnissen bzw. das Verfolgen der Entwicklung nach logisch-theoretischen Gesichtspunkten. Sicher spielt die Zielstellung, die mit einer Publikation verfolgt wird, bei der Wahl der Darstellungsweise eine Rolle. Das Aufzeigen einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung wie die des sozialistischen Aufbaus scheint eine chronologische Schilderung zu erfordern. Andererseits setzt die Beteiligung der sozialistischen Wirtschaftsgeschichte an der Lösung aktueller volkswirtschaftlicher Probleme voraus, daß die Vergangenheit nach logisch-theoretischen Gesichtspunkten erforscht und dargestellt wird, zumal das logisch-theoretische Darstellen gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auch bei den Klassikern des Marxismus im Hinblick auf die Lösung aktueller Probleme dominierte.

Das vorliegende Buch stellt einen Kompromiß zwischen Historisch-Chronologischem und Logisch-Theoretischem dar. Sofern die Verfasser bei ihrem Versuch, die historischen Prozesse aus heutiger Sicht zu werten, konsequent vorgehen, finden sie auch das richtige Verhältnis von Historisch-Logisch-Theoretischem. Dabei kommen sie, wie im vierten Kapitel, zu eigenständigen Darlegungen zum Beispiel der Warenproduktion und der Produktionsdemokratie, die für die heutige theoretische Arbeit sehr wertvoll sind. Insgesamt überwiegt allerdings das chronologische Verfolgen des historischen Geschehens, wobei besonders in den Kapiteln 1 bis 3 die theoretische Begründung der dem historischen Verlauf zugrunde liegenden gesetzmäßigen Prozesse oft etwas zu kurz kommt.

Im Sinne der auf dem 9. Plenum diskutierten Praxiswirksamkeit der Gesellschaftswissenschaften sollte das Buch bei den Wirtschaftshistorikern als willkommener Anlaß zu einer Diskussion über die stärkere Verbindung logisch-theoretischer Gesichtspunkte mit der wirtschaftshistorischen Darstellung im Sinne einer für Gegenwart und Zukunft fruchtbaren Analyse der Vergangenheit führen. Es ist nicht zuletzt dieser Umstand - wertvolle Diskussionsgrundlage für das weitere Gespräch um die künftigen Aufgaben der Wirtschaftshistoriker zu sein -, der unbeschadet der kritischen Bemerkungen den Wert dieses Buches deutlich macht.

Überlegungen über die zunehmende Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung und ihre Folgen auf dem Gebiet der imperialistischen Bildungspolitik

von Jürgen Kuczynski

## 1. Tatsachen

Über die Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung, die wir heute in der kapitalistischen Welt beobachten, sei zunächst das Folgende bemerkt<sup>1</sup>:

Als Lenin die Weltverhältnisse des Imperialismus analysierte, bestand seit Jahrzehnten eine Tendenz zur technischen Nivellierung, zur Angleichung des technischen Niveaus in den verschiedenen Ländern. Diese Tendenz ermöglichte es zum Beispiel Japan, aus einem feudalen Agrarland mit großer Schnelligkeit zu einer imperialistischen Industriemacht zu werden. Diese Tendenz zur Nivellierung hatte in den zwanziger Jahren manche so beeindruckt, daß sie glaubten, sie wirke dem Leninschen Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung entgegen. Sie begriffen nicht, daß die Nivellierung des technischen Niveaus, wie das Beispiel Japan zeigte, die Wirkung des von Lenin entdeckten Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung nur förderte und steigerte.

Heute müssen wir von der entgegengesetzten Tendenz der technischen Entwicklung sprechen: Die Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung nimmt rapide zu. Die Bedeutung dieser Tatsache sei am Beispiel der USA illustriert.

Wenn wir nämlich den Anteil der USA an der kapitalistischen Weltindustrieproduktion untersuchen, dann finden wir zum Beispiel folgende Prozentsätze<sup>2</sup>:

1929	44
1937	42
1967	45

Die Position scheint heute etwa die gleiche wie 1929 und 1937 zu sein. Davon kann aber auf Grund der seit dem rapiden Aufschwung der modernen Technik auftretenden Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung nicht die Rede sein. Vor allem aus zwei Gründen halten die USA eine in gewisser Beziehung gegenüber 1937 oder 1929 noch weit überlegene Position:

1 Vgl. dazu auch Kuczynski, Jürgen, Die zunehmende Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 10 - 11/1968, S. 1304 - 1312.

2 Zu diesen und allen folgenden ohne Quellenangabe gebrachten Zahlen über Anteile an der Weltproduktion siehe derselbe, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 37: Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter.



1. Es gibt heute technische Entwicklungen, die infolge ihrer Kosten (außerhalb der UdSSR) nur noch einem so großen und über so starke wirtschaftliche Ressourcen verfügenden kapitalistischen Land wie den USA möglich sind. Als Beispiel kann die Entwicklung der Raumfahrt oder die Produktion größter und effektivster elektronischer Geräte in den USA genannt werden.

2. Im Zusammenhang damit und auch infolge der allgemeinen Geschwindigkeit des technischen Fortschritts wird der auch international mögliche technische Fortschritt in den USA viel schneller auf viel breiterer Ebene eingeführt als etwa in Westeuropa.

Typisch sind die in einer Mitteilung des "Economist" vom 13. Juli 1968 angeführten Fakten: "Europas<sup>3</sup> Maschinenbauindustrien (engineering industries) beschäftigen fast doppelt so viele Arbeiter wie die Nordamerikas (in mehr als doppelt so vielen Betrieben) ..., doch liefern sie nur halb so viel Ware. Die Produktion pro Beschäftigten liegt unter einem Drittel der Nordamerikas. Die Arbeitsproduktivität in Europa hinkt jetzt auch beachtlich hinter der Japans hinterher, während sie in den fünfziger Jahren noch doppelt so hoch war."

Die zunehmende Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung gibt den Prozentanteilen an der Weltindustrieproduktion einen völlig neuen, stark differenzierten Charakter.

Das gleiche trifft in umgekehrter Weise auf die folgenden Prozentsätze des Anteils der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion zu:

1929	11
1937	10
1967	12

Scheinbar haben nur ganz geringe Schwankungen im Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion stattgefunden. Da sich jedoch im letzten Vierteljahrhundert ebenso wie zwischen den USA und Westeuropa, so auch zwischen den entwickelten und Entwicklungsländern der Abstand der technischen Entwicklung außerordentlich vergrößert hat, so hat die Position der Entwicklungsländer auf ökonomischem Gebiet zwar quantitativ stagniert, ist jedoch infolge des relativ zunehmenden technischen Rückstands qualitativ abgesunken.

## 2. Ursachen und Charakter

Als Lenin sich 1915 mit der Losung der "Vereinigten Staaten von Europa" auseinandersetzte, äußerte er sich über die Entwicklung der Machtverhältnisse in Europa während des vorangegangenen Halbjahrhunderts so: "Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Rußland."<sup>4</sup> Und dann kommt er zu der Feststellung: "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus."<sup>5</sup>

Im Gegensatz zur ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus können wir von der Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung nicht sagen, sie sei ein "unbedingtes Gesetz des Kapitalismus". Vielleicht können wir aber feststellen: Es

3 Unter Europa versteht der "Economist" die westeuropäischen Länder - J. K.

4 Lenin, W. I., Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 344.

5 Ebenda, S. 345.

gibt zwei entgegengesetzte Tendenzen: eine zur immer stärkeren Nivellierung und eine andere zur immer stärkeren Differenzierung der technischen Entwicklung.

Bis 1850 überwog die Tendenz zur Differenzierung: Je nach dem Stand ihrer Produktionsverhältnisse, je nach dem Grad der Befreiung von feudalen und halbfeudalen Verhältnissen entwickelte sich die Technik in den einzelnen Ländern mehr oder weniger stark. England war 1850 nicht nur allen Ländern voraus, sondern auch weit mehr voraus als 1750.

Seit 1850, mit ihrer immer stärkeren Befreiung von feudalen Fesseln und der Übernahme der englischen technischen Erfahrungen, ziehen andere Länder nach, und die Tendenz zur technischen Nivellierung setzt sich mehr und mehr durch.

Mit dem zweiten Weltkrieg, vielleicht schon ein wenig früher, verstärkt sich von neuem die Tendenz zur Differenzierung, zur Steigerung der Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung.

Als eine Ursache dafür hatten wir bereits auf die ungeheure Verteuerung der wissenschaftlichen Forschung und Technologie hingewiesen, die bestimmte Entwicklungen in der kapitalistischen Welt nur noch den USA und andere Entwicklungen nur diesen und den industriell fortgeschrittenen Ländern erlaubt, während die Entwicklungsländer auf sie verzichten müssen. Eine produktiv-schöpferische Übernahme von technischen Erfahrungen, wie durch Westeuropa von England im 19. Jahrhundert, kommt in solchem Fall also gar nicht in Frage.

Eine andere Ursache scheint mir in der Verschiedenheit der Rolle der Militärforschung zu liegen. Während es natürlich Unsinn ist, daß Kriege oder Rüstung für Kriege die Entwicklung wissenschaftlicher Ideen fördern, während sie faktisch diese Entwicklung durch Unterbindung freien Gedankenaustauschs unter Wissenschaftlern aus Geheimhaltungsgründen behindern, besteht auf der anderen Seite kein Zweifel darüber, daß für militärische Forschung im allgemeinen mehr und schneller finanzielle wie technische Mittel zur Verfügung gestellt und so auf diesem Gebiet Forschung und Entwicklung forciert werden.

Eine weitere Ursache scheint mir in der Tatsache zu liegen, daß ein bedeutender Teil der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung heute in Betrieben stattfindet und daß, je größer die Betriebe (Konzerne) sind, desto mehr Mittel nicht nur aus Eigenfinanzierung, sondern auch vom Staate für Betriebsforschung und betriebliche technologische Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Wenn man dann bedenkt, daß von den 22 größten Industrieunternehmen der Welt 20 amerikanische sind, wird die Rolle dieser Ursache klar.

Eine gewisse Bedeutung hat auch der Brain Drain zu den bereits wissenschaftlich-technisch am stärksten entwickelten Ländern.

Schließlich sei noch auf einen Vorteil der USA in wissenschaftsorganisatorischer Hinsicht hingewiesen. Nehmen wir an, Westeuropa hätte das gleiche wissenschaftlich-technische Potential an Menschen und Mitteln wie die USA, so würde doch die Konkurrenz der einzelnen Länder Westeuropas unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen den gleichen gezielten Einsatz dieses Potentials, den wir auf einzelnen Gebieten in den USA beobachten, unmöglich machen. Auch die Gründung der EWG hat in dieser Beziehung keine entscheidende Wendung gebracht.

Die letztere Ursachenfeststellung beruht auf der Tatsache, daß die Ungleichmäßigkeiten der technischen, ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus sich gegenseitig noch steigern und damit den internationalen Konkurrenzkampf verschärfen.

### 3. Das Tempo der wissenschaftlichen Entwicklung<sup>6</sup>

Es wird heute vielfach gesagt, daß die wissenschaftliche Entwicklung schneller vor sich gehe als in früheren Zeiten.

So allgemein formuliert ist das nicht richtig.

Zum Beispiel hat die Zuwachsrate der Naturwissenschaftler in den letzten 250 Jahren kaum zugenommen. Seit den Zeiten von Newton hat sich die Zahl der Naturwissenschaftler etwa alle 12 bis 15 Jahre in der Welt rund verdoppelt.

Das, was zu der falschen Auffassung von der besonders schnellen Vermehrungsrate der Naturwissenschaftler in der Gegenwart führt, ist das alte arabische Schachspiel-Phänomen: ein Korn Weizen auf ein Feld und die jeweils doppelte Anzahl auf das jeweils nächste Feld - bis die Weltweizenerte nicht ausreicht, um das 64. Feld zu füllen. Eine Verdoppelung von 100 auf 200 Wissenschaftler unter 500 Millionen Menschen ist kaum spürbar. Nach 100 Jahren wirkt sich bei normaler Vermehrung der Gesamtbevölkerung die Verdoppelung der Naturwissenschaftler innerhalb von 12 bis 15 Jahren schon merklich aus, nach 200 Jahren wird sie zum Problem, nach 300 Jahren ist die Wirkung enorm.

So enorm, daß, wenn das seit Newton übliche Vermehrungstempo der Naturwissenschaftler anhält und wenn die Bevölkerung im üblichen Tempo zunimmt, in etwa 150 Jahren alle lebenden Menschen Naturwissenschaftler wären. Und da wir seit 100 Jahren ein ähnliches Entwicklungstempo für Lehrer, Staatsbeamte und Polizisten feststellen können, so müßten die Menschen in 150 Jahren von ihrer Geburt an wahrhaft integrierte Wesen sein, um allein für diese Berufe eine entsprechende Entwicklung zu ermöglichen.

Im Gegensatz zur Gleichmäßigkeit der Zuwachsrate der Wissenschaftler steht die der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Während nämlich die Zahl der Naturwissenschaftler sich gegenwärtig nur, wie vor 250 Jahren, etwa alle 12 bis 15 Jahre verdoppelt, verdoppeln sich die Ausgaben für die Forschung und Entwicklung in den industriell fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern heute in etwa der Hälfte der Zeit und noch schneller, etwa alle 5 bis 6 Jahre.

Und hier liegt die Problematik. Während man damit rechnen kann, daß der Anteil der Naturwissenschaftler an der Gesamtbevölkerung in vielleicht ein bis zwei Generationen schon - zum ersten Male seit 250 Jahren! - nicht mehr steigen wird, ein relativer Sättigungspunkt für Naturwissenschaftler im Rahmen der jeweils gegebenen Bevölkerung eingetreten sein wird, werden die Aufwendungen pro Naturwissenschaftler laufend heraufgehen. Ja, es würde mich nicht wundern, wenn in drei Generationen der Prozentsatz der Naturwissenschaftler an der Bevölkerung zurückgehen würde,

<sup>6</sup> Vgl. zum folgenden die so überaus materialreichen Untersuchungen der Organisation for Economic Co-operation and Development (im folgenden: OECD): Fundamental Research and the Universities, Paris 1968, 111 S., Preis 6 F; Gaps in Technology, General Report, Paris 1968, 41 S., Preis 5 F; Problems of Science Policy, Paris 1968, 195 S., Preis 13 F; Review of National Science Policy, Greece, Paris 1965, 72. S., Preis 6 F; dasselbe, Belgium, Paris 1966, 120 S., Preis 8 F; dasselbe, France, Paris 1966, 136 S., Preis 8 F; dasselbe, Japan, Paris 1967, 234 S., Preis 20 F; dasselbe, United Kingdom and Germany, Paris 1967, 260 S., Preis 22 F; dasselbe, United States, Paris 1968, 546 S., Preis 46 F; Jantsch, Erich, Technological Forecasting in Perspective, Paris 1967, 401 S., Preis 35 F.

während die Aufwendungen pro Naturwissenschaftler weiter stark steigen - genau wie heute die Zahl der Fabrikarbeiter eine Tendenz hat zu stagnieren, während die Investitionen pro Arbeitsplatz weiter beachtlich zunehmen.<sup>7</sup>

Das enorme Wachstum der Ausgaben für Forschung in den letzten 12 Jahren, in denen sich die Zahl der Naturwissenschaftler in der Welt etwa verdoppelte, sei zunächst an einer Statistik für die USA illustriert:

Tabelle 1

Jährliche Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in den USA<sup>+</sup>

Jahr	Milliarden Dollar	Jahr	Milliarden Dollar
1956	8,5	1962	15,6
1957	9,9	1963	17,4
1958	10,9	1964	19,2
1959	12,5	1965	20,5
1960	13,7	1966	22,4
1961	14,5	1967	24,0

+ OECD, Review of National Science Policy. United States, Paris 1968, S. 30; Statistical Abstract of the United States 1968.

Die Gesamtausgaben haben sich in diesen 12 Jahren zwar "nur" rund verdreifacht - sie waren jedoch in den vorangehenden 12 Jahren (1945 bis 1956) von 1,5 auf 8,5 Milliarden Dollar gestiegen, hatten sich also fast versechsfacht, und in den wieder vorangehenden 12 Jahren (1934 bis 1945) hatten sie sich sogar fast verneunfacht.

In anderen Ländern war das jeweilige Tempo ein anderes. Jedoch dürfen wir unsere Betrachtung natürlich nicht auf die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung beschränken. Auch die folgende Statistik für Japan gibt ein Anzeichen der Entwicklung:

Tabelle 2

Zahl der Universitäten in Japan<sup>++</sup>

Jahr	Nationale	Örtliche	Private
1910	3	-	-
1920	6	2	8
1930	17	5	24

++ OECD, Review of National Science Policy. Japan, Paris 1967, S. 120.

7 Man beachte, daß ich von Naturwissenschaftlern und nicht von Technikern spreche.

Jahr	Nationale	Örtliche	Private
1940	19	2	26
1950	70	26	105
1960	72	33	140

Für die spezifische Thematik der Anfangsüberlegungen dieser Studie ist es jedoch von besonderer Bedeutung, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zu untersuchen. Nur 2 Statistiken seien gegeben, die jedoch außerordentlich eindrucksvoll sind:

Tabelle 3

Qualifiziertes Personal für Forschung und Entwicklung  
pro 10 000 der Bevölkerung um 1965<sup>+</sup>

Land	Zahl	Land	Zahl
Vereinigte Staaten	25	Frankreich	7
Schweden	22	Kanada	7
Japan	12	Belgien	6
England	11	Westdeutschland	6
Holland	8	Italien	4

+ OECD, Review of National Science Policy. United States, Paris 1968, S. 32.

Folgende Beobachtungen sind bei aller Schwierigkeit von solchen Vergleichen von Bedeutung:

Erstens und überraschend: Die Größe eines Landes hat nichts mit der Stärke der mit "Forschung und Entwicklung" beschäftigten Bevölkerung zu tun. Der Prozentsatz ist praktisch der gleiche für die USA und Schweden, der gleiche auch für Belgien und Westdeutschland.

Zweitens: Die Unterschiede in der Intensität der berufsmäßigen Beschäftigung mit Forschung und Entwicklung sind außerordentlich groß. Die Intensität ist in England und Japan rund doppelt so groß wie in Westdeutschland und ist in den USA und Schweden wieder rund doppelt so groß wie in England und Japan. Die Intensität ist also in den USA und Schweden etwa viermal so stark wie in Westdeutschland und Japan!

Vergleichen wir nun die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in ihrer relativen Stärke:

Tabelle 4

Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttonationalprodukt um 1965<sup>+</sup>

(in Prozent)

Land	Prozent	Land	Prozent
Vereinigte Staaten	3,4	Schweden	1,5
England	2,3	Westdeutschland	1,4
Holland	1,9	Kanada	1,0
Frankreich	1,6	Belgien	0,9
Japan	1,5	Italien	0,6

+ OECD, Review of National Science Policy, United States, Paris 1968, S. 32.

Die Spanne zwischen der höchsten und niedrigsten Personalintensität (USA und Italien) ist nicht sehr verschieden von der Spanne zwischen der höchsten und niedrigsten Ausgabenintensität. Aber doch hat sich die Reihenfolge der Länder verschoben. Schweden zum Beispiel ist von dem zweiten auf den sechsten Platz gerückt, Westdeutschland von dem neunten auf den siebenten, Frankreich von dem sechsten auf den vierten Platz.

Das hängt zum Teil mit der Art der Forschung und Entwicklung zusammen. So betrug ganz grob der Anteil der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung an den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung<sup>8</sup>

in den USA	etwa 60 Prozent
in England	etwa 40 Prozent
in Frankreich	etwa 30 Prozent
in Westdeutschland	etwa 20 Prozent
in Belgien	etwa 5 Prozent
in Japan	etwa 2 Prozent

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die militärische Forschung die Ausgaben pro Forscher beachtlich steigert. Jedoch braucht das keineswegs mit dem objektiv notwendigen Aufwand zusammenzuhängen. Vielmehr spielen subjektive Faktoren wie größere Bereitschaft zu militärischen Ausgaben und Verschwendung eine nicht unbeachtliche Rolle.

Beobachten wir abschließend die historische Entwicklung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des Bruttonationalprodukts, dann finden wir für die USA folgendes Wachstum:

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch OECD, Review of National Science Policy, Japan, Paris 1967, S. 66.

Tabelle 5

Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Nationalprodukt in den USA<sup>+</sup>

(in Prozent)

1930	0,2
1940	0,3
1950	1,0
1960	2,7
1967	3,4

+ OECD, Review of National Science Policy. United States, Paris 1968, S. 30; Statistical Abstract of the United States 1968.

Nach den Riesensprüngen von 1940 bis 1950 und von 1950 bis 1960 beobachten wir eine Verlangsamung im Prozentanteilwachstum. Die Problematik für die künftige Entwicklung ist hier natürlich die gleiche wie für die Zahl der Naturwissenschaftler. Die Zahl der Naturwissenschaftler kann theoretisch nicht die Bevölkerungszahl übersteigen, und ebensowenig können theoretisch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung höher als das Bruttonationaleinkommen sein. Praktisch wird das Wachstum beider Größen selbstverständlich schon wesentlich früher aufhören. Es sollte nicht überraschen, wenn der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttonationaleinkommen um das Jahr 2000 die Tendenz entwickeln würde zu stagnieren - was natürlich nicht bedeutet, daß die Aufwendungen pro Forscher stagnieren.

#### 4. Die Tendenz zur formalen und teilweisen Durchbrechung des Bildungsprivilegs

Man muß die kapitalistische Welt heute so vor sich sehen:

Ein Dutzend monopolistische Länder befinden sich in wildem Konkurrenzkampf miteinander.

Ökonomisch gestaltete sich die Situation vor dem ersten Weltkrieg so:

Tabelle 6

Anteile an der industriellen Weltproduktion

(in Prozent)

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	USA	Rußland
1900	16	18	7	31	6
1910	16	14	7	35	5
1913	16	14	6	36	6

Mit Ausnahme der USA, die vorwärts kommen, und Englands, das verliert, stürmen alle anderen großen kapitalistischen Länder absolut vorwärts, ohne doch relativ von der Stelle zu kommen. Kein Wunder, daß die Monopole einen "Ausweg" im Weltkrieges suchten.

In den letzten 10 Jahren sah es so aus:

Tabelle 7

Anteile an der kapitalistischen Weltindustrieproduktion

(in Prozent)

Jahr	Westdeutschland	England	Frankreich	USA	Japan
1958	10	10	5	47	4
1963	9	9	5	45	5
1967	9	8	5	45	7

Wiederum steigt in jedem einzelnen Land die Produktion stark - ohne daß, mit Ausnahme von Japan, irgendein Land relativ wirklich vorwärts kommt. Also, zwar noch kein Weltkrieg - das haben die friedensliebenden Völker, insbesondere die sozialistischen Länder, bisher verhindern können - stürzt man sich auf die technische Entwicklung (vor allem natürlich auf militärischem Gebiet), um den Konkurrenten zu schlagen.

Und, um dem Konkurrenten gegenüber voranzukommen sowie den Angriff auf die sozialistischen Länder besser vorzubereiten, um wissenschaftlich-technisch an die Spitze zu kommen, ist man bereit, alles - außer natürlich den Profit und damit auch die Macht zur Ausbeutung - zu opfern, sogar die Klassenbarriere gegen das Hochschulstudium. Denn ohne eine breite Schicht wissenschaftlich-technisch ausgebildeter Kräfte ist man heute nicht in der Lage, an die Spitze zu treten bzw. die Spitze zu erhalten!

Man betrachte nur die folgende Tabelle für die USA:

Tabelle 8

Anteil der Studentenbevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren<sup>+</sup>

(in Prozent)

*1946	22,1	1961	37,7
1951	24,0	1966	46,1
1956	33,5		

+ OECD, Review of National Science Policy, United States, Paris 1968, S. 494; für 1966 berechnet nach Statistical Abstract for the United States 1968.



Mit Beginn der fünfziger Jahre beginnen sich auf Grund der Notwendigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution die Klassenbarrieren gegen das allgemeine Hochschulstudium zu öffnen; Das Hochschulbildungsprivileg der herrschenden Klasse ist in den Vereinigten Staaten zusammengebrochen. Natürlich muß man unterscheiden zwischen den Verhältnissen in den sozialistischen Ländern, in denen es kein Bildungsprivileg gibt, in denen alle Klassen und Schichten gewissermaßen selbstverständlich und unter besonderer Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder zur Hochschulbildung zugelassen sind, und den Verhältnissen in den USA, in denen ein zusammenbrechendes Hochschulbesuchsmopol der herrschenden Klasse nicht bedeutet, daß nicht noch Überreste des Monopols vorhanden sind; Selbstverständlich sind dort die Neger sowie die Mexikaner, die Puerto Ricaner und andere Einwanderer und ferner auch die Kinder ungelernter Arbeiter nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend auf den Hochschulen vertreten. Aber die Zeiten, in denen die Kinder der Arbeiterklasse nur zu einem ganz geringen Prozentsatz an den Hochschulen studieren konnten, gehören der Vergangenheit an.

Die formale (! - nicht etwa ideologische) Erziehungsbarriere zerbricht gegenwärtig für die Hochschulen auf Grund der Rolle, die die wissenschaftlich-technische Bildung und die Ungleichmäßigkeit der technischen Entwicklung im Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder untereinander und im Kampf der imperialistischen gegen die sozialistischen Länder spielen.

Nicht überall und nicht im gleichen Maße wie in den USA - aber sie zerbricht. Ein Vergleich für 1959 zeigt das Folgende:

Tabelle 9

Zugang zur Höheren Erziehung in Prozent der entsprechenden Altersklasse der Gesamtbevölkerung<sup>+</sup>

Vereinigte Staaten	34,4	Belgien	6,3
Kanada	15,4	Österreich	5,0
Frankreich	9,1	Dänemark	4,2
Schweden	7,6	Westdeutschland	4,1
Italien	6,6	Holland	3,9

+ OECD, Review of National Science Policy, Belgium, Paris 1966, S. 115.

Seitdem haben sich die Prozentsätze erhöht.

Auffallend ist der Unterschied, der zwischen Westeuropa und Nordamerika besteht. Mit Ausnahme von Frankreich, in dem heute bereits etwa ein Achtel der Bevölkerungsaltersgruppen im Studentenalter studiert, stehen in Westeuropa die Klassenbarrieren vor den Hochschulen noch fast ungebrochen, besonders in Westdeutschland. Aber die Tendenz zu ihrem Zerbrechen ist auch in Westeuropa vorhanden, wenn der Prozeß hier auch wesentlich langsamer vor sich geht. Man beachte nur die folgenden Zahlen für Frankreich:

Tabelle 10

Prozentualer Anteil der Studierenden an der 19- bis 24jährigen Bevölkerung in Frankreich<sup>+</sup>

1954/55	4,96	1962/63	9,06
1959/60	6,48	1967/68 ca.	12

+ OECD, Review of National Science Policy. France, Paris 1966, S. 55.

1954/55 standen die Barrieren noch fest. 1967/68 beginnen sie stark an Wirksamkeit zu verlieren.

Bedenkt man diese Tatsache, dann wird man auch die ungeheure Bedeutung verstehen, die die herrschende Klasse zur Erhaltung ihrer Machtpositionen der Meinungsmanipulation, nicht zum wenigsten gerade auch der Intelligenz gegenüber, beimißt und beimessen muß.

Überhaupt muß man immer daran denken, daß die Hochschulen im staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem dazu da sind, um das, was man auch "Fachidioten" nennt, zu schaffen: Menschen, die kompetente Techniker, Spezialisten auf irgendeinem Gebiet sind, deren gesellschaftlicher Horizont aber ausschließlich durch das eng begrenzte Interessengebiet des Monopolkapitals, dessen einziges Existenzziel der Monopolprofit ist, bestimmt sein soll. Wenn wir von der Ausbildung der Schullehrer absehen, finden wir 1966 in den USA über 50 000 Absolventen nur bei den Geschäftskunde (business and commerce) Studierenden und bei den Ingenieuren.

Das heißt, wenn wir von der Tendenz des Öffnens der Klassenbarrieren vor den Hochschulen sprechen, dann heißt das selbstverständlich nicht, daß die Studenten eine ihren Interessen entsprechende Bildung erhalten. Das hat niemals für die Schulen gegolten und gilt heute nicht für die Hochschulen - und das ist auch der grundlegende Unterschied zu den Schulen und Hochschulen in den sozialistischen Ländern.

Das Bildungsprivileg wird also nur formal durchbrochen. Formal dürfen jetzt (in den USA) breite Schichten des Volkes studieren. Aber was können sie studieren? Was werden sie gelehrt? Welche Ideologie wird ihnen vermittelt? Die Antworten auf diese Frage werden allein vom Profit- und Machtinteresse des Monopolkapitals bestimmt - was natürlich nicht bedeutet, daß fortschrittliche junge Menschen und während ihres Studiums für den Fortschritt gewonnene Studenten nicht durch intelligente kritische Verarbeitung des Gebotenen beachtlichen Nutzen vom Studium haben und besser gewappnet in den Kampf gegen das Monopolkapital ziehen können und sollen!

Das formale Öffnen von Klassenbarrieren vor den Hochschulen ist nichts anderes als der Ausdruck der Zuspitzung der Widersprüche zwischen der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen im Imperialismus. Es führt, wenn wir an die an den Hochschulen verbreitete Ideologie denken, letztlich nur zu einer Variation des alten Bildungsmonopols.

Weiterhin, und das ergibt sich aus der Formalität der Durchbrechung des Bildungsprivilegs, muß man ganz scharf betonen, daß die Tendenz zum Öffnen von Klassenbarrieren vor den Hochschulen natürlich in keiner Weise etwa "mehr Kanäle zur Macht" öffnet.

So wie im Feudalismus ihr wachsender Reichtum "an sich" die Bourgeoisie nicht zur Macht brachte, sondern der Adel erst durch eine Revolution beseitigt werden mußte, so bringt im Ka-

pitalismus das Wissen "an sich" die Arbeiterklasse nicht zur Macht. Das Kapital kann nur durch eine Revolution entmachtet werden.

In der Tat, wir sind gerade erst am Anfang der Analyse der Bedeutung und der Auswirkungen der ungleichmäßigen technischen Entwicklung im Kapitalismus.

Probleme der Wirtschaftsentwicklung und Nationalitätenpolitik in der Demokratischen Republik Vietnam

Vo nhan Tri, Croissance économique de la Republique démocratique du Viet Nam (1945 - 1965)

Éditions en langues étrangères, Hanoi 1967, 632 Seiten, 1 Karte

Régions Montagneuses et Minorités Nationales en R. D. du Viet Nam

Éditions en langues étrangères, Hanoi 1967 = Etudes vietnamiennes, Nr. 15, 247 Seiten, 2 Karten, 7 Abb.

von Wilfried Lulei

Seit mehr als zwanzig Jahren gehört Vietnam zu den Brennpunkten des Weltgeschehens. Nach dem zweiten Weltkrieg erklärte es als eines der ersten kolonialen Länder seine Unabhängigkeit. Dem achtjährigen antifranzösischen Widerstandskrieg (1946 bis 1954) folgte nach kurzer Unterbrechung der heldenhafte Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre südvietnamesischen Marionetten, der bis in die Gegenwart andauert. Die großen Erfolge in diesem Kampf gegen zahlenmäßig und materialmäßig weit überlegene Gegner sind nicht nur ein militärisches Phänomen, sie haben eine politisch-ideologische, ökonomische und kulturelle Seite. Unter all den genannten Aspekten ist über den ökonomischen bisher zweifellos am wenigsten im Ausland bekannt. Doch noch aus einem anderen Grund ist diese Arbeit begrüßenswert. Mit Recht weist der Verfasser in der Einleitung darauf hin, daß die zwanzig Jahre wirtschaftlicher Entwicklung, die hier behandelt werden, sehr inhaltsschwer sind. Sie zeigen den ökonomischen Weg eines kolonialen und halbfeudalen Landes mit einer rückständigen Agrarwirtschaft, das direkt zum Aufbau des Sozialismus übergeht, ohne die kapitalistische Entwicklungsetappe zu durchlaufen, mit allen seinen Schwierigkeiten: der Liquidierung der kolonialen und feudalen Struktur, der Überwindung der unproduktiven Kleinproduktion in Landwirtschaft und Handwerk, der sozialistischen Industrialisierung und anderes mehr.

Das Buch ist mit Ausnahme der letzten beiden Kapitel, die mit "Die Investitionen" und "Kooperation und Hilfe" überschrieben sind, chronologisch aufgebaut. Entsprechend der Entwicklung der Revolution in Vietnam hat es zwei große Teile, 1. die nationale demokratische Volksrevolution (diese Bezeichnung enthält ein theoretisches Problem: Hat diese Etappe nationaldemokratischen oder volksdemokratischen Charakter? Wie viele vietnamesische Theoretiker verbindet Vo nhan Tri beide) und 2. die sozialistische Revolution. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Problematik des zu behandelnden Zeitraums eine Übersicht über die geographischen und demographischen Gegebenheiten und die Hinterlassenschaft der Kolonialisten vorangestellt ist (Einleitung und erstes Kapitel). Der Leser erfährt manches, das ihn davor bewahrt, die Wirtschaft Vietnams zu sehr mit europäischen Augen zu sehen. Nur einige Beispiele: Ungefähr zwei Drittel des Landes sind gebirgig, aber 73 Prozent der Bevöl-

kerung leben in den Ebenen; nur 12,7 Prozent des Bodens sind kultiviert, 44 Prozent der Bevölkerung sind unter 16 Jahren (in der DDR zirka 24 Prozent).

Der Verfasser zeigt, daß die französischen Kolonialisten die feudale Ausbeutung der Bauern durch die Grundbesitzer aufrecht erhielten (Hauptform war die Grundrente, die in Form von Natural-, Arbeits- und Geldleistungen zu entrichten war), daß sie die Bauern aber zusätzlich der kolonialen Ausbeutung durch viele direkte und indirekte Steuern (zum Beispiel die Salzsteuer oder die Einführung des Glücksspiels) unterwarfen. Er weist nach, daß der größte Anteil an den Investitionen in der Industrie in den Bergbau gingen. Obwohl Nordvietnam auf Grund der reichen Bodenschätze, der großen Bevölkerungsdichte und des maritimen Gepräges gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer Industrie besaß, zogen es die großen französischen Gesellschaften unter Führung der Bank von Indochina vor, die Bodenschätze zu exportieren. Der Preisunterschied zwischen den einheimischen landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkten und den französischen Industriewaren wurde extrem hochgehalten. Der Verfasser weist auf drei Charakteristika der Wirtschaft des kolonialen Vietnam hin:

1. Die vietnamesische Wirtschaft war den finanziellen und politischen Interessen Frankreichs untergeordnet,
2. das Kolonialregime baute auf dem Feudaljoch auf,
3. das doppelte Joch verhinderte den Fortschritt der Produktion (S. 87 - 88).<sup>+</sup>

Aus der von Vo nhan Tri gegebenen Einschätzung der Klassen seien nur einige wichtige Punkte herausgehoben: 1. die Bauernschaft machte mehr als 90 Prozent der Bevölkerung aus, war in sich aber stark differenziert; 2. die Arbeiterklasse war zahlenmäßig schwach, aber relativ gut organisiert; 3. die Mittelschichten waren verhältnismäßig zahlreich, ihre außerordentlich schlechte materielle Lage ließ sie frühzeitig zu einem Verbündeten der Arbeiterklasse werden; 4. die nationale Bourgeoisie hatte kaum Entwicklungsmöglichkeiten und steckte ökonomisch und politisch in den ersten Anfängen. Der politische und auch ökonomische Kampf im kolonialen Vietnam wurde von zwei fundamentalen Gegensätzen bestimmt, einmal zwischen dem vietnamesischen Volk und den französischen Kolonialisten; zum anderen zwischen den Bauernmassen und den feudalen Großgrundbesitzern.

Das zweite Kapitel umfaßt die neun Jahre von der Augustrevolution 1945 bis Dien bien Phu 1954, das ist die Etappe der nationaldemokratischen Revolution. In dieser Zeit herrschte Krieg. Der Gegner saß in den großen Städten, den Verkehrsknotenpunkten und Häfen. Die wenigen Industriebetriebe lagen im besetzten Gebiet. Außerdem waren die Franzosen auf Grund ihrer absoluten Luftherrschaft in der Lage, jedes beliebige Gebiet zu bombardieren. Hinzu kommt, daß die Kolonialarmee bemüht war, die Kornkammern des Landes nicht in die Hände der Volksarmee fallen zu lassen. Der Verfasser beschreibt, wie es gelang, diese Schwierigkeiten zu meistern, die nötigsten militärischen Ausrüstungen und Bedarfsgüter für die Bevölkerung herzustellen und die Nahrungsmittelversorgung zu sichern. Die Inangriffnahme von Maßnahmen zur Veränderung der ökonomischen und sozialen Struktur (Bodenreform, Gründung staatlicher Industriebetriebe und anderes) zeigt die weitsichtige Politik der Regierung und machte auf die Dauer nur ihren Erfolg möglich. Wie kompliziert die Situation trotzdem war, geht daraus hervor, daß parallel zu den Anstrengungen, die Wirtschaft in den befreiten Gebieten zu entwickeln, die Sabotage und Zerstörung in den besetzten Gebieten einherging. Es war keine Seltenheit, daß die Arbeiter einen Betrieb oder eine Brücke, die sie mühsam aufgebaut hatten, selbst wieder zerstören mußten. Eine Besonderheit dieser Kriegswirtschaft war auch, daß eine relativ große ökonomische Autonomie der einzelnen Regionen und befreiten Gebiete angestrebt und den

+ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das im Titel genannte Buch von Vo nhan Tri.

Handwerks- und industriellen Kleinstbetrieben gegenüber größeren Industriebetrieben der Vorzug gegeben werden mußte. Der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Veränderung der Wirtschaftsstruktur war das natürlich nicht förderlich, für den Moment gestattete es jedoch die optimale Nutzung aller Reserven.

Zu Recht mißt der Verfasser dem Jahr 1950 besondere Bedeutung bei, in dem nach der Befreiung der an China grenzenden Nordgebiete, dem Sieg der Revolution in China und der Anerkennung der DRV durch die sozialistischen Länder eine umfangreiche militärische und ökonomische Hilfe der sozialistischen Länder einsetzte.

In den Kapiteln 3, 4 und 5 behandelt Vo nhan Tri die sozialistische Revolution. Jedes Kapitel umfaßt dabei eine wichtige Etappe. In den Jahren 1955-57 war an umwälzende Veränderungen noch nicht zu denken. Es galt, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um die Ernährung weitgehend aus dem eigenen Aufkommen zu sichern und die zerstörten Industrie- und Handwerksbetriebe wieder aufzubauen, mit dem Ziel, den Stand von 1937 wieder zu erreichen (3. Kapitel).

Erst danach wurde die umfassende sozialistische Umgestaltung vorgenommen. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden im wesentlichen in den Jahren 1958-60 durch den Eintritt der großen Mehrheit der Bauern, Handwerker und kleinen Händler in Genossenschaften und die Umwandlung der privatkapitalistischen in gemischte und staatliche Betriebe geschaffen (4. Kapitel).

Auf dieser Basis konnte der erste Fünfjahrplan (1961-65) die schnelle sozialistische Entwicklung der Wirtschaft als Aufgabe stellen (5. Kapitel).

Der Verfasser unterteilt die Kapitel mit kleinen Abweichungen folgendermaßen: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk; Transport und Kommunikationsmittel; Innenhandel; Geld, Kredit und Finanzen; Außenhandel. In diesen Abschnitten behandelt er jeweils die Wirtschaftspolitik und die Entwicklung der entsprechenden Zweige. Allein aus der Gliederung ergeben sich einige Gesichtspunkte. Da ist zuerst die Tatsache, daß Industrie und Handwerk stets gemeinsam genannt werden. Sie zeigt die enge Verflechtung, die in der DRV zwischen beiden besteht; unter den herrschenden Kriegsbedingungen zweifellos ein positiver Faktor, andererseits jedoch Ausdruck des noch niedrigen Entwicklungsstandes der Industrie. Die Regierung und die Ökonomen der DRV sind sich dieses Mangels durchaus bewußt. In der Etappe der sozialistischen Revolution geht ein Großteil der Investitionen in der Wirtschaft nicht nur schlechthin in die Industrie, sondern besonders in die Schwerindustrie (Tabelle S. 540).

Der Verfasser bringt das Wachstum der Industrie in der Gliederung dadurch zum Ausdruck, daß er bis 1954 von Handwerk und Industrie, ab 1954 aber von Industrie und Handwerk spricht. Und noch an einer anderen Stelle liegt in der formalen Reihenfolge eine wichtige Aussage. Bis 1960 rangiert die Landwirtschaft an erster Stelle, ab 1961 muß sie hinter Industrie und Handwerk zurücktreten. Insgesamt widmet der Verfasser der entscheidenden Frage des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft viel Raum. Er begnügt sich nicht damit, die Linie des III. Parteitagess der Partei der Werktätigen Vietnams wiederzugeben, die lautet: "Die Industrie, besonders die Schwerindustrie, spielt die Rolle des Führers, und die Landwirtschaft dient als Grundlage für die industrielle Entwicklung" (S. 382) [unter ähnlich klingender Losung ist in anderen Ländern eine sehr schädliche Entwicklung beschränkt worden], sondern er legt ausführlich dar, warum eine schnelle und umfangreiche Industrialisierung lebensnotwendig ist. Er hebt in diesem Zusammenhang das 7. Plenum der Partei der Werktätigen Vietnams im Jahre 1962 hervor, das eindeutig auf die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie orientierte, aber auch auf die Beachtung der Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Schwer- und Leichtindustrie sowie zwischen modernen Großbetrieben und den vorhandenen Kleinbetrieben hinwies (S. 378). Während es in den ersten Jahren nach 1954 darauf ankam, die vorhandenen Industriebetriebe erst einmal wie-

der in Gang zu setzen und die Produktion der notwendigsten Bedarfsgüter zu sichern, war die DRV ab 1960 in der Lage, sich konzentriert der Produktion von Produktionsgütern zuzuwenden, wobei der Schwerpunkt auf der Erzeugung von Elektroenergie, dem Bergbau, der Metallurgie, dem Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Düngemittel- und Baustoffproduktion lag. Dabei hatten wichtige Zweige in den Jahren 1961-63 (für die der Verfasser Zahlen nennt) große Zuwachsraten jährlich zu verzeichnen, wie Kraftwerke (37,7 Prozent), Schwarzmetallurgische Werke (54,6 Prozent), Chemieindustrie (50 Prozent).

Diese planmäßige schnelle Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, wurde durch die amerikanische Aggression unterbrochen, der es zwar nicht gelang, die Wirtschaft der DRV lahmzulegen, die jedoch eine Rückkehr zur dezentralisierten Kriegswirtschaft bewirkte. Die damit zusammenhängenden Probleme werden im vorliegenden Buch jedoch noch nicht untersucht.

Es ist ein großes Verdienst dieser Arbeit, daß sie uns mit den Problemen und Schwierigkeiten der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft Vietnams vertraut macht und daß sie auch die Methoden zeigt, mit denen es der DRV gelang, sie zu lösen. Es seien nur einige angedeutet. In der Zeit des Widerstandskrieges und kurz danach erhielten die Bauern durch die Bodenreform Land, die zahlreichen handwerklichen Kleinproduzenten und die nationale Bourgeoisie genossen die größtmögliche Förderung. Unter damaligen Umständen war das unbedingt notwendig.

Die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse war aber nicht allein durch die Errichtung einiger moderner volkseigener bzw. staatlicher Industriebetriebe zu erreichen, sondern sie erforderte die Umwandlung dieser zersplitterten privaten Produktionsmittel in genossenschaftliches, halbstaatliches oder Volkseigentum, wobei das Prinzip der Freiwilligkeit streng gewahrt bleiben mußte. In der DRV wurden zu diesem Zweck eine Vielzahl differenzierter Formen und Methoden entwickelt. Die Erfahrungen, die hier mit den verschiedenen Stufen der landwirtschaftlichen und Handwerks-genossenschaften, mit den Genossenschaften der kleinen Händler und mit den gemischten Betrieben (der staatlichen Beteiligung an Unternehmen der nationalen Bourgeoisie) gesammelt wurden, dürften für viele andere Länder wertvolle Anregungen enthalten. Es zeigte sich in der DRV, daß bei aller Kompliziertheit die größte Schwierigkeit nicht darin lag, die Menschen für die gemeinschaftliche Arbeit zu gewinnen (die Eigentümerideologie ist weniger und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit stärker entwickelt als in Europa), sondern in der Anpassung der Produktivkräfte an die neuen Produktionsverhältnisse. Dabei waren die technischen und ideologischen Schwierigkeiten gleichermaßen groß. Ebenso wie bei uns ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität der entscheidende Hebel für die wirtschaftliche Entwicklung, die konkreten Bedingungen sind allerdings anders und auf keinen Fall leichter. Während in der Industrie dem Bau neuer Betriebe eine große Bedeutung zukommt, weil die Rekonstruktion und Modernisierung der vorhandenen Betriebe auf Grund der geringen Gesamtkapazität und des fast völligen Fehlens der Schwerindustrie bei weitem nicht ausreicht, liegt der Schwerpunkt in der Landwirtschaft eindeutig auf der Intensivierung und der Steigerung der Hektarerträge (Technisierung, Verbesserung des Saatgutes und der Anbaumethoden, Verwendung von mehr Kunstdünger), obwohl der Urbarmachung und Neulandgewinnung ebenfalls Beachtung geschenkt wird. In diesem Zusammenhang wird wieder die Bedeutung der schnellen Entwicklung der Industrie deutlich, denn sie muß die Maschinen und die Düngemittel liefern, ohne die keine entscheidende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich ist. Im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik vergleicht der Verfasser auch die Entwicklung in Nord- und Südvietnam, während er im allgemeinen völlig darauf verzichtet. Nur in den Schlußbemerkungen geht er auf sechs Seiten noch einmal auf die Wirtschaft Südvietnams ein. Das scheint mir ein gewisser Mangel zu sein. Vo nhan Tri selbst spricht davon, daß die afroasiatischen Völker die Resultate gegenüberstellen können, die in den kleinen ökonomischen "Laboratorien", wie es Nord- und Südvietnam sind, die diametral entgegengesetzte Wege

verfolgen, erreicht werden (S. 597). Durch die Gegenüberstellung einiger Tabellen wären die Erfolge der DRV noch plastischer geworden.

Es ist unmöglich, in einer Besprechung die Vielzahl der Probleme auch nur anzudeuten, die in dem Buch genannt werden; Probleme etwa im Transportwesen, das mit ungünstigen geographischen Bedingungen, den Folgen des Krieges (der von beiden Seiten in starkem Maße als Krieg gegen die Verbindungs- und Nachschubwege geführt wurde) und der rückständigen auf Tragstange, Büffelkarren und Boot aufgebauten Verkehrsstruktur fertig werden mußte und fertig wurde; im Binnenhandel, der auf eine völlig neue staatliche und genossenschaftliche Basis gestellt und bewußt als stimulierendes Mittel für die Produktion genutzt wurde; im Kredit- und Finanzwesen, das darauf gerichtet war, die Wirtschaft insgesamt anzuregen und den sozialistischen Sektor zu fördern. Ab 1960 war letzteres nicht mehr nötig, da es keinen privatkapitalistischen Sektor mehr gab und über 90 Prozent der Bauern, Handwerker und kleinen Händler in Genossenschaften zusammengeschlossen waren.

Etwas mehr Aufmerksamkeit wollen wir den Abschnitten "öffentliche Finanzen" und "Außenhandel" zuwenden. Der erste bezieht sich vor allem auf den Staatshaushalt. Abgesehen davon, daß die Einnahmen ständig stiegen (von 1955 bis 1957 um 83 Prozent), zeigen sich einige interessante Fakten: Erstens ging der Anteil der ausländischen Hilfe zurück (1955 40 Prozent der Gesamteinnahme, 1960 15 Prozent). Zweitens verringerte sich der Anteil der Steuern, dafür wuchsen die direkten Einnahmen aus Betrieben und Diensten, wobei der staatliche Sektor ständig mehr übernahm. Bei den Ausgaben fiel der Wirtschaft immer ein großer Teil zu (1955 39,8 Prozent, 1957 33,1 Prozent, 1960 60,9 Prozent, 1961-63 zirka 60 Prozent), während die Ausgaben für die Verwaltung, aber auch für die Verteidigung, anteilmäßig zurückgingen (Verwaltung 1955 14,5 Prozent, 1957 9,3 Prozent, 1960 8,1 Prozent; Verteidigung 1955 26,5 Prozent, 1957 20,5 Prozent, 1960 15,5 Prozent).

Natürlich werden sich diese Relationen seit Beginn der amerikanischen Bombardements verändert haben.

Im Außenhandel stieg beim Export der Anteil der industriellen und handwerklichen Güter von Jahr zu Jahr, während sich der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte verringerte. Während 1955 nur 17,6 Prozent des Exports Industriegüter und 77,3 Prozent landwirtschaftliche Erzeugnisse waren, betrug das Verhältnis 1960 bereits 86,8 Prozent (einschließlich Handwerk) zu 13,2 Prozent. Eine ähnlich große Verschiebung gab es bei dem Import im Verhältnis Produktionsmittel zu Konsumgütern. In den Jahren 1955/56 stand das Verhältnis ungefähr 50 zu 50, 1960 lautete es bereits 87,3 Prozent zu 12,7 Prozent. Vorherrschend waren Ausrüstungen für die Schwerindustrie; Haupthandelspartner waren die sozialistischen Länder (ihr Anteil lag im behandelten Zeitraum immer bei 80 Prozent und höher), unter denen die UdSSR und China eine herausragende Stellung einnahmen.

Die besondere Beachtung des Lesers verdient das Kapitel über die Investitionen, in dem sich der Verfasser polemisch mit einigen grundsätzlichen theoretischen Fragen der Entwicklung der Wirtschaft sogenannter unterentwickelter Länder befaßt und sich mit imperialistischen Auffassungen und "Ratschlägen" auseinandersetzt. Er geht davon aus, daß ein industriell unterentwickeltes Land mehr als 5 bis 6 Prozent des Nationaleinkommens akkumulieren muß, wenn es nicht unterentwickelt bleiben will. (In der DRV wurden in den Jahren 1957-63 zwischen 11 und 19,2 Prozent jährlich akkumuliert). Die Basis für die Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft muß innere Akkumulation und nicht ausländische Hilfe sein. Für die Akkumulation dürfen nicht Preis und Profit als Kriterien gelten, sondern das optimale wirtschaftliche Wachstum und eine proportionale Entwicklung. Er geht nochmals darauf ein, daß die Entwicklung der Landwirtschaft zwar wichtig, aber ohne Vorhandensein einer starken Industrie nicht möglich ist. Weiter beschäftigt er sich mit der Frage, ob es richtig ist, in diesen Ländern Großbetriebe mit modernster Technik bauen zu lassen, und auch mit der Schaffung und dem besten Einsatz der Fonds.



Das letzte Kapitel ist eine Würdigung der Hilfe des sozialistischen Lagers, die 1955-57 39,3 Prozent des Staatsbudgets, 1956-60 19,7 Prozent und während des Fünfjahresplanes 1961-65 noch 19,4 Prozent betrug. Sie trat in Form von Geschenken und langfristigen Krediten, als verschiedenartige technische und wissenschaftliche Hilfe und in Vorzugsbedingungen im Außenhandel in Erscheinung. Verwandt wurden sie mit Ausnahme der ersten Jahre nach dem Widerstandskrieg zum größten Teil für Maschinen und komplette Ausrüstungen.

So trug diese Hilfe stets dazu bei, die Bemühungen der DRV um eine stabile, unabhängige und in den richtigen Proportionen entwickelte Wirtschaft zu unterstützen. Vo Nhan Tri weist auf den völlig anderen Charakter der amerikanischen "Hilfe" in Südvietnam hin, die vor allem zur Ausrüstung und zum Unterhalt der Marionettentruppen verwandt wurde und wird.

Dieses Buch liefert uns viele Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung der DRV. Besonderen Anteil daran haben die zahlreichen Tabellen. Bei einer Neuauflage sollte allerdings überlegt werden, ob es nicht möglich wäre, am Ende noch einige anzufügen, die den gesamten Zeitraum betreffen. Selbst, wenn es dabei einige Wiederholungen gäbe, könnte dem Leser jedoch das Zurückblättern in vorangegangene Kapitel und das Umrechnen auf ein Bezugsjahr erspart werden.

Hingewiesen sei noch auf den umfangreichen Fußnotenapparat, der viele Literaturhinweise zur behandelten Thematik, aber auch zu Problemkreisen und Detailfragen, die nur am Rande erwähnt wurden, gibt. Insgesamt gesehen, zeichnet dieses Buch nicht nur die ökonomische Entwicklung der DRV nach, sondern es wirft eine Vielzahl von Fragen auf, die im Prozeß der national-demokratischen und der sozialistischen Revolution allgemein von großer Bedeutung sind. Auf der Basis der vietnamesischen Erfahrungen zeigt es Wege und Möglichkeiten zur Lösung der komplizierten Probleme bei der ökonomischen Befreiung, bei der Überwindung der kolonialen Struktur und bei der Wahl und Durchsetzung des sozialistischen Entwicklungsweges. Trotz mancher Unterschiede ist das vietnamesische Beispiel der "nicht-kapitalistischen" Entwicklung eines ehemals kolonialen und halbfeudalen Landes in der Gegenwart für viele Länder Afrikas und Asiens aktuell. Deshalb wird dieses Buch über den Kreis der Vietnamspezialisten hinaus Interessenten finden.

Von ähnlicher Bedeutung für eine Reihe der eben genannten Länder dürften auch Erfahrungen auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik sein, die in dem zweiten hier zu besprechenden Buch dargelegt werden. Es erschien in der Reihe der vietnamesischen Studien in englischer und französischer Sprache, die seit 1964 vom Fremdsprachenverlag in Hanoi herausgegeben wird. Das Hauptanliegen dieser Reihe ist es, den ausländischen Leser mit verschiedenen Problemen Vietnams vertraut zu machen, ohne den Versuch zu unternehmen, eine zeitliche und inhaltliche Vollständigkeit bzw. Abgerundetheit zu erreichen. Neben dem Kampf in Südvietnam und einem historischen Abriß werden zum Beispiel Fragen der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Literatur und anderes behandelt.

Der vorliegende 15. Band enthält Arbeiten über die nationalen Minderheiten in den Berggebieten - ein Problem, das in Vietnam keinesfalls unterschätzt werden darf. Etwa 4 Millionen Menschen gehören den Minderheiten an, das sind 13 Prozent der Bevölkerung, und sie bewohnen zirka zwei Drittel des Landes. Komplizierend kommt hinzu, daß sie in ungefähr 60 Minderheiten zersplittert sind, die sich ethnographisch, im sozialökonomischen Entwicklungsstand, in der historischen Entwicklung, in Sprache und Kultur außerordentlich unterscheiden. Davon leben gegenwärtig 37 Minderheiten mit 2 560 000 Menschen im Norden, das heißt in der DRV, das sind 14,6 Prozent der Bevölkerung.

Zwischen der Majorität der Kinh (oder: Viet) und den Minderheiten gab es in der Vergangenheit ständig Zusammenstöße, häufig militärischer Art, und die Gegensätze schienen unüberbrückbar. Die vietnamesischen Feudalherren und später die französischen Kolonial-

sten taten alles, um diese Widersprüche weiter zu schüren, denn sie zogen daraus ihren Nutzen. Tatsächlich ist die vietnamesische Geschichte reich an Beispielen, daß Krieger der Minderheiten vietnamesische Bauernaufstände niederschlugen und daß andererseits vietnamesische Freiwilligenheere zu "Vergeltungsfeldzügen" gegen die Bewohner der Bergregionen zogen. Die Demokratische Republik Vietnam trat also ein schweres Erbe an. Ihre Nationalitätenpolitik und die Stellung der Minderheiten in der Gegenwart werden in diesem Band von verschiedenen Seiten beleuchtet.

Im ersten Aufsatz gibt Viet Chung einen ganz kurzen Überblick über die Minderheiten und ihre Stellung in Vietnam in den verschiedenen historischen Epochen: Dem sind zwei ethnologische Karten (von ganz Vietnam und der DRV) beigelegt, die zweifellos zur größeren Anschaulichkeit beitragen. Allerdings habe ich in Vietnam schon bessere gesehen.

Zu Recht hebt der Verfasser hervor, daß die Kommunistische Partei den nationalen Minderheiten stets große Aufmerksamkeit widmete. Bereits auf ihrem ersten Kongreß betonte sie deren Recht auf völlige Gleichberechtigung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Zentren der revolutionären Bewegung viele Jahre in dem Gebiet der Minderheiten lagen. Die Regierung der DRV hat nicht nur die völlige Gleichberechtigung der Minderheiten gesichert, sie hat ihnen auch eine vielseitige Förderung angedeihen lassen. Mit der Abschaffung der Herrschaft der Stammesfürsten und der Kinh-Majorität sowie dem Bau von Schulen, Krankenhäusern und Industriebetrieben werden ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen sichtbar. Die Widersprüche zwischen den Nationalitäten sind im Schwinden, im anticolonialen und antiimperialistischen Kampf ist eine solide Einheitsfront entstanden. Beim sozialistischen Aufbau gibt es zwar zeitliche Differenzen (zum Beispiel bei der Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften), aber keine grundsätzlichen Unterschiede. Die Regierung erkennt die Besonderheiten der Bergvölker an und hat ihnen auch die Gründung der Autonomen Gebiete "Viet Bac" und "Tay Bac" gestattet, doch gerade deshalb sind die Tendenzen zur Integration in eine einheitliche Nation heute sehr groß.

Diesem einführenden Aufsatz folgen zwei Erinnerungsberichte berühmter Generale des antifranzösischen Widerstandskrieges. Le quang Ba, ein Angehöriger der Tay-Minderheit, war 1945 Kommandeur bei der Verteidigung Hanois, heute ist er Präsident des Nationalitätenkomitees der Regierung. Chu van Tan, der Sohn eines Nung-Bauern, ist Mitglied des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Sekretär des Regionalbüros der Partei und Kommandant der Streitkräfte in dem autonomen Gebiet Viet Bac. Beide schildern die Entstehung der revolutionären Bewegung in den Berggebieten, in deren Verlauf aus den Ebenen geflohene Vietnamesen und Angehörige der Minderheiten zu einer festen Kampfgemeinschaft zusammenwuchsen. Interessant ist, daß die Mehrzahl der führenden Persönlichkeiten der DRV vor 1945 lange Zeit in Viet Bac und anderen Berggebieten lebten und wirkten, so zum Beispiel Ho chi Minh, Pham van Dong, Vo nguyen Giap, Truong Chinh, Hoang quoc Viet, Hoang van Thu. Indem sie mit der örtlichen Bevölkerung zusammenlebten, ihre Sitten respektierten und häufig ihre Sprache lernten (Vo nguyen Giap zum Beispiel tay und zao, Pham van Dong, tay), schufen sie ein Vertrauensverhältnis, das auch bestehen blieb, nachdem viele dieser Männer verantwortliche Funktionen im Staat übernommen hatten. Hinzu kommt, daß erstmals Vertreter der Minderheiten, wie Le quang Ba und Chu van Tan, gleichberechtigt mit ihren vietnamesischen Genossen an der Leitung des Staates beteiligt sind.

Ein weiterer, von Quang Canh verfaßter Aufsatz beschäftigt sich mit den ökonomischen Veränderungen in den Bergregionen. Diese Gebiete beherbergen viele Bodenschätze, sind aber auch für die Forst- und Landwirtschaft bedeutsam. Mit Ausnahme einiger Täler sind sie jedoch sehr dünn besiedelt. Vor der Augustrevolution waren viele Minderheiten Nomaden, ihre Landwirtschaft beruhte auf Brandrodung, Handwerk und Austausch waren wenig entwickelt. Sie lebten in feudalen und vortfeudalen Stammesverbänden. In diesem Aufsatz werden die wichtigsten ökonomischen Maßnahmen zur Überwindung dieser Rückständigkeit dargelegt. Voraussetzung für sie ist, daß der Prozeß der Selbsthaftwerdung zügig voranschreitet.

Genannt werden die Förderung bestimmter landwirtschaftlicher Kulturen (Tabak, Tee, Baumwolle) und der Viehzucht, die Schaffung von Staatsgütern, die freiwillige Umsiedlung von 830 000 Bewohnern aus dem Delta in die Berggebiete, die Errichtung von Industriebetrieben (Stahlkombinat Thay Nguyen, Zinngrube Tinh Tuc, Apatitwerke von Lao Cai, Wasserkraftwerk Thac Ba) und der Ausbau der Verkehrsverbindungen.

Mit der Entwicklung des Schulwesens bei den Minderheiten befaßt sich Nhat Hung. Während früher 95 Prozent der Vietnamesen Analphabeten waren, ist heute die allgemeine Schulpflicht selbst in den dünn besiedelten Berggebieten durchgesetzt. Die Angehörigen der Minderheiten werden in ihrer eigenen Sprache unterrichtet, lernen daneben jedoch häufig Vietnamesisch. Im Viet Bac gibt es eine eigene Pädagogische Hochschule für Minderheiten. Eine Besonderheit sind 90 sogenannte "Arbeitsschulen", in denen 8 000 junge Angehörige der Minderheiten lernen und gleichzeitig die Kosten der Schule und ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten. Wichtigste Unterrichtsfächer sind: Politik, Ökonomie, Theorie und Praxis der Landwirtschaft.

Thanh Ha geht auf die besondere Problematik der Schaffung bzw. Vervollkommnung der Schrift der einzelnen Minderheiten ein. Politisch sind diese Maßnahmen notwendig, auch wenn sie bei den kleineren Minderheiten nicht sehr rationell erscheinen.

Die restlichen Beiträge geben einen Einblick in das Leben bestimmter Minderheiten in Vergangenheit und Gegenwart. Die Thai zum Beispiel blicken auf eine alte Geschichte zurück. Sie besaßen schon früher eine eigene Schrift und haben eine reiche Folklore. Während ein Teil von ihnen entschlossen gegen die Kolonialisten kämpfte, fielen andere noch nach der Augustrevolution auf das französische Versprechen, einen selbständigen Thai-Staat zu gründen, herein. In ihrem Gebiet war die Schaffung des autonomen Gebiets von besonderer Bedeutung. Zwei andere Arbeiten zeigen die Sezhaftwerdung der Van Kieu und der Zao. Sie zeigen, daß mit der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit auch die Selbstisolierung der einzelnen Minderheiten gegenüber den Kinh und untereinander allmählich verschwindet. In Genossenschaften und Betrieben arbeiten Menschen verschiedener Nationalitäten zusammen, und auf der Basis gemeinsamer Arbeit wächst ein besseres gegenseitiges Verstehen.

Diese Frage wird auch im letzten Beitrag behandelt, in der die Entwicklung des Zusammenlebens von elf Nationalitäten im "Land der sieben Flüsse" gezeigt wird.

Dieser kleine Band ist keine umfassende tiefgreifende ethnographische Studie und will es nicht sein. Er gewährt dem breiten, an Vietnam interessierten Leserkreis einen Einblick in die komplizierte Problematik der nationalen Minderheiten. Er zeigt, daß die Schwierigkeiten längst nicht überwunden sind, daß jedoch aus dem früheren Gegeneinander in der sozialistischen Gesellschaft immer mehr ein Miteinander wird. Wenn diese Feststellung noch eines Beweises bedarf, der heldenhafte Widerstand der gesamten Bevölkerung der DRV gegen den amerikanischen Luftterror hat ihn vielfach erbracht.

## Über die Grenznutzentheorie und die Rationalität wirtschaftlichen Handelns

Hermann Lehmann, Grenznutzentheorie. Geschichte und Analyse eines bürgerlichen ökonomischen Lehrsystems

Dietz-Verlag, Berlin 1968, 428 Seiten, Preis: 19,50 M

von Manfred Lötsch

Wenn der Klappentext dieses Buch "die umfassendste moderne marxistische Analyse" der Grenznutzentheorie nennt, dann trifft dies im doppelten Sinne zu; im extensiven und im intensiven Sinne. Eine umfassende marxistische Analyse der Grenznutzentheorie war in unserer Literatur seit langem überfällig. Zwar existieren zu diesem Gegenstand bereits etliche Publikationen vorwiegend älteren Datums, doch werden sie den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Eine Publikation, in der die Entwicklung der Grenznutzentheorie seit ihrer Begründung durch Menger, Jevons und Walras bis zu ihrer Ablösung durch reine Preistheorie in allen Phasen gleichermaßen umfassend dargestellt wird, hat bisher noch nicht vorgelegen. Daß der Autor wesentliche Erkenntnisse durch die Verknüpfung der theoriegeschichtlichen mit der sozial- und wirtschaftshistorischen Analyse gewinnt, sei hier gleich angemerkt; es wird weiter unten darauf zurückzukommen sein.

Wenn auch "die Grenznutzentheorie" im Sinne einer abgeschlossenen, in sich einheitlichen Schule zusammenbrach, noch ehe sie vollständig errichtet war, verschwindet der Gedanke des Grenznutzens nicht mehr aus der bürgerlichen Literatur (S. 6)<sup>+</sup>. Vor allem aber ist die Grenznutzen-Konzeption der einzige ernsthafte Versuch der bürgerlichen Ökonomie, der marxistischen Wert- und Mehrwerttheorie ein gleichrangiges Gegenstück entgegenzustellen; bedenkt man die zentrale Stellung dieser Theorien in der politischen Ökonomie, dann läßt sich ersehen, daß die vorliegende Arbeit mehr ist als die Analyse einer bürgerlichen Schule unter vielen anderen.

Lehmann wendet sich an einen breiten Leserkreis; seine Arbeit ist nicht etwa von einem Spezialisten für andere Spezialisten der Theoriegeschichte geschrieben. Sie soll auf den anderen Gebieten tätigen Ökonomen helfen, ihre "eigene Problematik im großen theoretischen Zusammenhang zu sehen" (S. 411). Dieser "große theoretische Zusammenhang" umfaßt nun, neben der schöpferischen Verarbeitung der theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus selbst, vor allem drei hauptsächliche Problemebenen: Erstens ist die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie untrennbar mit der ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Konzeptionen verbunden. Diese Aufgabe kann Spezialisten der Theoriegeschichte nicht allein überwiesen werden; was diese zu

+ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

leisten haben, ist die Aufbereitung des Materials. Zweitens ist die theoriegeschichtliche Analyse immer ein Moment der theoretischen Selbstverständigung - man denke nur an den Weg, den Marx und Engels bei der Herausarbeitung ihres theoretischen Systems gingen. Was die gegenwärtige Situation angeht, so scheint es höchste Zeit zu sein, der um sich greifenden Vernachlässigung theoretischer Grundfragen Einhalt zu gebieten. Die eingefahrene Tendenz, die Analyse und Kritik bürgerlicher Konzeptionen als Ressort-Angelegenheit anzusehen, ist in einer Zeit des verschärften ideologischen Klassenkampfes für die theoretische Entwicklung einfach lebensgefährlich. Werden diese Aufgaben vernachlässigt, kann nämlich auch die dritte Problemebene nicht bewältigt werden. Lehmann meint sehr richtig, es sei nicht verfehlt, "danach zu fragen, ob und inwieweit die gegenwärtige Diskussion (über Wert- und Preisprobleme - M. L.) Anregungen von der Grenznutzentheorie erhalten kann" (S. 8). Er bejaht diese Frage, betont dann aber mit vollem Recht die Notwendigkeit der historischen und methodologischen Aufbereitung dieser Theorie (S. 9). Das kann selbstverständlich nicht Sache jener Politökonomen sein, die auf dem Gebiet der politischen Ökonomie des Sozialismus arbeiten. Es wäre allerdings sehr zu wünschen, daß die vorliegende Arbeit gerade bei jenen Ökonomen einen breiten Leserkreis fände.

Das erste Kapitel verdient besondere Aufmerksamkeit. Um dem Leser die Orientierung im vielschichtigen und widersprüchlichen Gedankengebäude der Grenznutzentheorie zu erleichtern, gibt Lehmann hier eine Darstellung ihrer Grundgedanken. Diese Darstellung ist sehr - vielleicht sogar allzusehr - knapp gehalten und gibt in lexikalischer Gedrängtheit einen Überblick über die hauptsächlichsten Gedanken dieser Lehre. Eine relativ ausführliche Kritik der Grundgedanken schließt sich an.

Das zweite Kapitel behandelt die Voraussetzungen der Grenznutzentheorie: die Nutzentheorie, die Preistheorie und die Marginalanalyse. Die Analyse der theoriegeschichtlichen Quellen, die von vorklassischen Nutzentheorien über die Nutzentheorie Sais bis zur Gebrauchswertlehre der deutschen Vulgärökonomie reicht, dient vor allem der Argumentation für einen zentralen Gedanken: Lehmann zeigt, daß die Entwicklung der vulgärökonomischen Nutzentheorie die objektive Entwicklung der Warenproduktion und des Marktes reflektiert und daß dieser Kontext der Schlüssel zum Verständnis der Grenznutzentheorie ist. Dieses Kapitel sollte in engem Zusammenhang mit den ersten gelesen werden, denn die dort gegebene Kritik der Grundzüge ist eigentlich erst recht verständlich, nachdem sich der Leser mit den Voraussetzungen der Grenznutzentheorie bekannt gemacht hat. Beide Kapitel stellen eine ausführliche Einleitung dar, die unter Umständen auch ohne das Studium der nachfolgenden Passagen schon recht informativ ist.

In einem merkwürdigen Gegensatz zur Klarheit und Anschaulichkeit dieser Kapitel steht lediglich die These, mit der "Verselbständigung der Preistheorie gegenüber der Werttheorie" vollzöge sich ein "Übergang von der kausalen zur funktionalistischen Betrachtungsweise." (S. 90) Da Lehmann diese Wendung zwar mehrfach an entscheidenden Stellen gebraucht, sie aber nirgendwo erklärt, bleibt ihre Bedeutung unklar. Eine funktionale Betrachtungsweise ist doch nur dann ein Gegensatz zur kausalen, wenn die kausale mechanistisch und die funktionale indeterministisch verstanden wird. Da diese Formulierung für eine wesentliche, vielleicht sogar für die wesentlichste Zäsur in der Entwicklung der Grenznutzentheorie steht, bleibt es unverständlich, warum Lehmann ihre methodologische Bedeutung nicht tiefer auslotet.

Das dritte Kapitel bespricht die Lehren der Begründer der Grenznutzentheorie: Menger, Jevons und Walras. Im vierten Kapitel wird der Ausbau der österreichischen Schule - der einzigen Variante der Grenznutzentheorie, die den Namen "Schule" wirklich verdient - durch Böhm-Bawerk und Wieser behandelt. Gegenstand des fünften Kapitels ist der Abschluß der Grenznutzentheorie durch Clark, Marshall und Pareto; der Kreis der Darstellung schließt sich mit dem sechsten Kapitel, in dem der Verfall der Grenznutzentheorie besprochen wird.

Die Vollständigkeit der Analyse und Darstellung ist ein Vorzug der Arbeit, aber nicht der entscheidende. Lehmann geht in allen wesentlichen Punkten tiefgründiger und exakter vor als alle bislang vorhandenen marxistischen Beurteilungen der Grenznutzentheorie. Da Lehmann das substantiell Neue seines Buches erst auf den letzten Seiten knapp andeutet, soll es hier etwas ausführlicher besprochen werden.

Die verschlungenen psychologischen Umwege, die vor allem für die österreichische Schule typisch sind, verführten marxistische Autoren bislang dazu, den theoretischen Gehalt und die sozialen Wurzeln der Grenznutzentheorie unzureichend und mitunter sogar falsch zu beurteilen. Hilferdings blendende Replik auf Böhm-Bawerks Marx-Kritik mündete in das große Wort von der "Selbstaufhebung der Nationalökonomie", die das letzte Wort der bürgerlichen Ökonomie sei. (S. 396) Was bei Hilferding noch einen mehr rhetorischen Stellenwert hatte, wird von Bucharin ernst gemeint; Die Grenznutzentheorie sei "die Ideologie des Bourgeois, der aus dem Produktionsprozeß bereits hinausgedrängt ist, die Psychologie des entarteten Bourgeois. . ." (S. 397). Die These, die Grenznutzentheorie sei letztlich überhaupt keine Ökonomie mehr, wird von neueren Autoren übernommen, so von Behrens, Kuczynski und Stollberg (S. 404 ff.). Kuczynski bezeichnet die Grenznutzentheorie geradezu als eine "individual-psychologische Genußlehre der Konsumtionssphäre" (S. 407). Mit dem Fehlurteil über den theoretischen Gegenstand gehen unrichtige Auffassungen über die sozialen und ideologischen Wurzeln der Grenznutzentheorie einher. Wird Bucharins Auffassung wegen ihrer allzu offenkundigen Einseitigkeit nicht akzeptiert, bleibt lediglich, die Grenznutzentheorie ausschließlich als eine bürgerliche Antwort auf die marxistische politische Ökonomie bzw. auf die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung zu begreifen. Der bislang tiefgründigste Ansatz - nämlich der Bljumins - geht ebenfalls fehl; Bljumin erkennt zwar richtig, daß sich die Grenznutzentheorie mit der Analyse von Markterscheinungen befaßt, bezeichnet sie dann aber im glatten Widerspruch zu den historischen Tatsachen und der inneren Logik dieses Systems als eine Theorie des Monopols (S. 399 ff.).

Lehmann weist dagegen nach, daß die Grenznutzentheorie als Preistheorie des Kapitalismus der freien Konkurrenz charakterisiert werden muß. "Die Grenznutzentheorie ist der Höhepunkt und zugleich der Abschluß der nachklassischen Preistheorie im Kapitalismus der freien Konkurrenz." (S. 90) Wichtig ist, daß diese Charakteristik allgemein gilt, das heißt nicht nur für die späteren Vertreter wie Clark, Marshall und Pareto, die offenkundig Preisprobleme behandeln, sondern auch für die ersten Ansätze. Schon in Mengers Begriff des Grenznutzens - der dieses Wort, das von Wieser geprägt wurde, übrigens noch nicht kannte und den Sachverhalt umständlich umschrieb - "spiegelt sich eine bestimmte Seite der ökonomischen Existenzsituation des Kapitalisten in der Zeit der industriellen Massenproduktion und des Höhepunktes der freien Konkurrenz wider." (S. 122) Auf der Grundlage des im zweiten Kapitel erbrachten Nachweises, daß die ältere vom Gattungsnutzen ausgehende Gebrauchswertlehre nichts anderes als eine eigentümlich formulierte Markttheorie ist, stellt Lehmann nunmehr die Frage, welche objektiven Umstände den Grenznutzen in den Mittelpunkt rücken. Die wirtschaftliche Situation, die Menger zur Marginalanalyse zwingt, sieht Lehmann in der immer notwendiger werdenden Rationalität der kapitalistischen Massenproduktion (S. 120 f.).\* Lehmann gelangt zu dieser Erkenntnis, von der aus sich die Einsicht in das Wesen der Grenznutzentheorie überhaupt erst erschließt, weil er seine theoriegeschichtliche Analyse ausgezeichnet wirtschaftshistorisch fundiert. Berechtigterweise verzichtet er auf die Besprechung von Details; wesentlich ist ihm die Grundlinie der kapitalistischen Gesamtentwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Seine Schlußfolgerungen können etwa folgendermaßen kurz zusammengefaßt werden: Während die bürgerliche Klassik eine ökonomische Situation aussprach, in der der Markt unerschöpflich schien und die kapitalistische Entwicklung ausschließlich von den Akkumulationsmöglichkeiten abhing, und während die ältere Gebrauchswertlehre "verzerrt die früheren Vorstellungen über eine ungewisse Nachfrage auf einen gering entwickelt kapitalistischen Markt" aussprach, rückt die Analyse von Grenzgrößen nun aus einem ebenso einfachen wie zwingenden Grund in den

Mittelpunkt: Es ist die allgemein verschärfte Marktlage, die zur Rationalität nicht nur in der Produktion, sondern auch und gerade auf den Markt zwingt, die von der Grenznutzentheorie doktrinär verdolmetscht wird. "Der Kapitalist muß den letzten Käufer auf dem kapitalistischen Markt gewinnen . . . Ihm geht es nicht mehr um den 'Nutzen', das heißt um die allgemeine Veräußerungsmöglichkeit seines Produkts als kapitalistische Ware, sondern um den 'Grenznutzen', das heißt um den Absatz der letztmöglichen Einheit einer in Massenproduktion hergestellten Warengattung." (S. 122) Von dieser grundsätzlichen methodologischen Position aus weist Lehmann nach, daß die Grenznutzentheorie durchaus keine Konsum- oder Genußlehre ist, sondern eine spezifische Markt- und Preistheorie, deren Eigentümlichkeit allerdings darin besteht, daß sie die Nachfrage-Seite der Marktmechanismen verabsolutiert.

Wenn auch die zentralen methodologischen Gedanken bereits in den ersten beiden Kapiteln und in den Passagen über Menger entwickelt werden, verdient doch das vierte Kapitel besondere Hervorhebung. Die Analyse der besonderen sozialen Bedingungen der österreichischen Schule (S. 200 ff.) kann als glänzende historisch-materialistische Fundierung der theoretisch-geschichtlichen Untersuchung bezeichnet werden. Sie macht es zunächst möglich, Bljumin's unhistorisches Fehlurteil zu revidieren und die Grenznutzentheorie als Theorie des Kapitalismus der freien Konkurrenz zu charakterisieren, die ihre spezifische Ausformung durch Umstände erfuhr, die in gewisser Weise typisch und in anderer Hinsicht einmalig waren. Die richtige historische Zuordnung ist vor allem deswegen wichtig, weil nur so der mit dem Übergang zum Imperialismus einsetzende rapide Verfall der Grenznutzentheorie erklärt werden kann. Diese Theorie stirbt "viele Tode" (S. 5); einmal sind es ihre inneren Widersprüche, deren wesentlichster die Erklärung des Preises aus dem Preis ist, und zum anderen ist es die Aufhebung der freien Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschaft, woran das Grenznutzengebäude zerbricht.

Lehmann zeigt dann auch, daß spätere Theoretiker - Clark, Marshall, Pareto, in noch stärkerem Maße Schumpeter, Mises und schließlich Wieser selbst - zwar dem Gedanken des Grenznutzens verhaftet bleiben, die Theorie aber in ihren Grundzügen revidieren. Am Ende der Entwicklung steht folgerichtig der Verzicht auf jede Werttheorie und der Übergang zur reinen Preisbetrachtung - ein Resultat, das schon von den Mitbegründern der Grenznutzentheorie Jevons und Walras vorbereitet worden war.

Da es Lehmann versteht, die Entstehung, Entwicklung und Auflösung der Grenznutzentheorie im umfassenden ökonomischen, politischen und ideologischen Zusammenhang zu behandeln, vermag er auch die Frage zu beantworten, welchen Platz diese Lehre im ideologischen Kampf der Bourgeoisie gegen den Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung einnimmt. Er weist nach, daß es entschieden wäre, die gesamte Grenznutzenlehre von ihrer Begründung bis zu ihrem Ende ausschließlich als bürgerliche Antwort auf den Marxismus begreifen zu wollen. Die Bedürfnisse der Apologetik erzeugen nicht schlechthin die Grenznutzentheorie, wohl aber bestimmen sie die spezifischen theoretischen Ausformungen, vor allem der österreichischen Schule: "Ohne den mächtigen Marxismus in Deutschland hätten die österreichischen Theoretiker keine solche sophistische Theorie zu schaffen brauchen, um der ökonomischen Problematik des damaligen Kapitalismus eine derartige theoretische Gestalt zu geben; ohne die Schwäche des österreichischen Proletariats hätten sie eine solche Theorie nicht vertreten können." (S. 210)

Wenn nach der Lektüre des Buches ein Wunsch offen bleibt, dann ist es der folgende: Lehmann hält - wie wir zitierten - die Frage nach möglichen Anregungen der Grenznutzentheorie für legitim. Die Antwort bleibt unbefriedigend. Daß die Grenznutzentheorie in ihrer nativ-ursprünglichen Form, wie sie ihr durch die österreichische Schule gegeben wurde, für die Entwicklung der marxistischen politischen Ökonomie absolut belanglos ist, ist unbestreitbar und wird von Lehmann schlüssig nachgewiesen. Die unter mancherlei Geröll verborgene Leistung der Grenznutzentheorie besteht aber in der Erhebung der ökonomischen Rationali-

tät zum theoretischen Problem. Der lapidare Hinweis, daß sich Oskar Lange "um eine marxistische Begründung der Beziehungen zwischen Praxeologie und Ökonomie bemüht" habe (S. 375), ist unzureichend. Allerdings scheint es, daß die positive Fortführung rationaler Ansätze der bürgerlichen Ökonomie dem theoriegeschichtlichen Spezialisten nicht abverlangt werden kann. Es ist dies ein Problembereich, der nur auf dem Wege sozialistischer Gemeinschaftsarbeit bewältigt werden kann. Lehmanns Beitrag besteht darin, das komplizierte System der Grenznutzentheorie erstmals umfassend und in allen entscheidenden Punkten wissenschaftlich exakt analysiert zu haben.

P. W. A. Bourgeois, *Statistik-ökonomische Darstellung der gesamten Mark Brandenburg*. Kritisch durchgesehen und verbesserte Neuauflage von Otto Busch und Hans Hoff mit einer biographisch-ökonomischen Einleitung und einer Übersichtstabelle von Hans Hoff. - Veröffentlichungen der Historischen Kommission in Berlin beim Friedrich-Wilhelms-Institut der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 24, Neudrucke Bd. 1

Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 1966, XII/110/1150 Seiten, Preis: 280 DM

Hans Busch/Johannes Wagner/Paul Wallisch, *Der Weg Großhandels und Kapitalismus*. Neu herausgegeben, ergänzt und bibliographisch erweitert von Johannes Schultze, Hans G. Walz, Hans-Günter Heinrich. - Veröffentlichungen der Vereinigung für Geschichte der Mark Brandenburg, 2. Bd., Verlagveröffentlichungen Bd. 22 bis 24, Neudrucke 207-1 bis 2

Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin 1967, XII/615, VII/674 und 325 Seiten und 16 Stammtafeln, Preis: 58, 84 und 48 DM

Wilhelm Abel, *Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert*. Zweite, verbesserte Auflage - Deutsche Agrargeschichte, hg. von Günther Franz, Bd. 2

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1967, 361 Seiten, Preis: 65 DM

Friedrich Löffel, *Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert*. Zweite, verbesserte und stark erweiterte Auflage - Deutsche Agrargeschichte, hg. von Günther Franz, Bd. 3

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1967, 323 Seiten, Preis: 41 DM

von Hans-Henrich Müller

Jeder Historiker, der sich mit der Agrar-, Landes- und Wirtschaftsgeschichte Brandenburgs des 13. und beginnenden 18. Jahrhunderts befaßt, wird dabei ohne Zweifel an der dreibändigen Ausgabe der "Wirtschaftsgeschichte" Buschs denken, die der gesamte Werk Brandenburg", die Friedrich Wilhelm August Brauning in den Jahren 1814 bis 1830 veröffentlichte. Diese vielbändige Ausgabe ist gewissermaßen ein klassisches Werk, wie ist, um mit dem verdientvollen bürgerlichen Landeshistoriker der Mark Brandenburg, Johannes Schultze, zu sprechen, "das 'Brot und Salz' der Geschichte", was wir in dieser Art "Weg Brandenburg



Neuaufgaben wirtschaftshistorischer Literatur

Bemerkungen zu

F. W. A. Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg. Kritisch durchgesehene und verbesserte Neuausgabe von Otto Büsch und Gerd Heinrich mit einer biographisch-bibliographischen Einführung und einer Übersichtskarte von Gerd Heinrich = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 22, Neudrucke Bd. 2

Verlag Walter de Gruyter & Co, Berlin 1968, XLII/116\*/1508 Seiten, Preis: 320 DM

Hugo Rachel/Johannes Papritz/Paul Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten. Neu herausgegeben, ergänzt und bibliographisch erweitert von Johannes Schultze, Henry C. Wallich, Gerd Heinrich = Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg, 3 Bde, Vereinsveröffentlichungen Bd. 32 bis 34, Neudrucke Bd. 1 bis 3

Verlag Walter de Gruyter & Co, Berlin 1967, XLI/415, VII/578 und 335 Seiten und 15 Stammtafeln, Preis: 58, 64 und 48 DM

Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Zweite, neubearbeitete Auflage = Deutsche Agrargeschichte, hg. von Günther Franz, Bd. 2

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1967, 361 Seiten, Preis: 48 DM

Friedrich Lütge, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Zweite, verbesserte und stark erweiterte Auflage = Deutsche Agrargeschichte, hg. von Günther Franz, Bd. 3

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1967, 323 Seiten, Preis: 44 DM

von Hans-Heinrich Müller

Jeder Historiker, der sich mit der Agrar-, Landes- und Wirtschaftsgeschichte Brandenburgs des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts befaßte, griff dabei ohne Zweifel zu der dreibändigen Ausgabe der "Statistisch-topographischen Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg", die Friedrich Wilhelm August Bratring in den Jahren 1804 bis 1809 veröffentlichte. Diese vielbenutzte Ausgabe ist geradezu ein klassisches Werk, sie ist, um mit dem verdienstvollen bürgerlichen Landeshistoriker der Mark Brandenburg, Johannes Schultze, zu sprechen, "das 'Beste und Zuverlässigste', was wir in dieser Art über Brandenburg

besitzen".<sup>1</sup> In der Tat: Unter den statistisch-topographischen Handbüchern, die am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts so zahlreich erschienen sind, nimmt der "Bratring" eine führende Stellung ein. Bedeutende Statistiker haben von der Bratring'schen "Beschreibung" mit hoher Wertschätzung gesprochen. Der servile, jedoch erstklassige statistische Techniker F. W. C. Dieterici nannte sie ein "rühmliches" Werk<sup>2</sup>, und für Richard Boeckh war sie eine unübertroffene Ortschaftsstatistik.<sup>3</sup> Viele der im 19. Jahrhundert erschienenen Topographien hatten Bratring zum Vorbild, und auch manche neuere wichtige Arbeiten, wie zum Beispiel Berthold Schulze's siedlungsgeschichtliche Darstellungen<sup>4</sup>, gehen auf ihn zurück, ja wären in einigen Abschnitten ohne ihn wohl kaum zustande gekommen.

Die Bedeutung des "Bratring" liegt nicht nur in seiner Ortschaftsstatistik, die sämtliche Dörfer der Mark unter Angabe ihrer Besitz- und Herrschaftsverhältnisse, der Anzahl der Bauern, Kossäten, Büdner, Einlieger, Handwerker, Gesamteinwohner, Feuerstellen, Hufen und der Namen der Dorfbesitzer um 1800 enthält, sondern auch in dem großen Materialreichtum, den der Verfasser über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sowohl in den beiden Provinzen wie auch in den einzelnen Kreisen der Mark Brandenburg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zusammengetragen hat. Gestützt auf Borgstede<sup>5</sup> und auf das vom preussischen Generaldirektorium gesammelte wertvolle statistische Material sowie unter Verwendung der an Land- und Steuerräte versandten Fragebogen breitet Bratring eine Fülle von Angaben über die Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur, pflanzliche und tierische Produktion, Handel und Gewerbe, aber auch über das Verwaltungswesen und die kulturellen und religiösen Einrichtungen aus. Er zog gewissermaßen eine volkswirtschaftliche Bilanz der Mark Brandenburg am Jahrhundertausgang, der faktisch auch die feudale Epoche in Brandenburg-Preußen abschloß.

Der belehrende Charakter der statistisch-topographischen Beschreibung steht eindeutig im Vordergrund. Hier wendet sich der Autor, wie es in seiner Vorrede zum Ausdruck kommt, direkt an den Geschäftsreisenden oder Beamten. Daher werden ausführliche statistische Angaben und technologische Daten geboten. Doch wir müssen betonen, daß der Verfasser nur reine Fakten, wenn auch kritisch und sorgfältig bearbeitet, bietet, sich jedoch jeder Wertung enthält. Der heutige Forscher wird zwar dadurch der Mühe entoben, das Material von allem zeitgenössischen ideologischen Beiwerk zu entflechten, um es seinen wissenschaftlichen Zielen nutzbar zu machen, sieht sich aber auch mit der Tatsache konfrontiert, keine

1 Schultze, Johannes, Bratring, Friedrich Wilhelm August, in: Neue Deutsche Biographie, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 2, Berlin 1955, S. 538.

2 Vgl. Dieterici, F. W. C., Statistische Übersicht der Bevölkerung sämtlicher Städte der Kurmark Brandenburg..., in: Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, Jg. 2, 1849, S. 265 ff.

3 Vgl. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, Jg. 1861, S. 358.

4 Schulze, Berthold, Erläuterungen zur Brandenburgischen Kreiskarte von 1815, Berlin 1933 = Einzelschriften der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und der Reichshauptstadt Berlin, Bd. 6; derselbe, Besitz- und siedlungsgeschichtliche Statistik der brandenburgischen Ämter und Städte 1540 bis 1800. Beiband zur brandenburgischen Ämterkarte, Berlin 1935 = ebenda, Bd. 7; derselbe, Neue Siedlungen in Brandenburg 1500 - 1800. Beiband zur Brandenburgischen Siedlungskarte 1500 - 1800, Berlin 1939 = ebenda, Bd. 8.

5 Borgstede, August Heinrich, Statistisch-topographische Beschreibung der Mark Brandenburg, Berlin 1788.

genaue Aussage über den gesellschaftlichen Standpunkt des Verfassers gewinnen zu können, wengleich das Werk selbst und die darin zugrunde gelegten Prinzipien auf eine fortschrittliche Haltung schließen lassen. Vielleicht liegt in der kommentarlosen Wiedergabe des Zahlenmaterials und der anderen Daten einer der Gründe, daß der "Bratring" auch heute noch für den Wirtschaftshistoriker, Geographen, Genealogen und Heimatforscher von seinem außerordentlichen Wert nichts eingebüßt hat. Natürlich entsprechen viele der Statistiken und technologischen Daten nicht unseren Erkenntniswünschen, weil die Gesichtspunkte, unter denen sie angelegt wurden, zum Teil ganz andere waren, als sie heute den Historiker interessieren. So wird der Forscher auf größere Schwierigkeiten stoßen, wenn er etwa genaue Zahlen über den Anteil der freien Lohnarbeiter aus den angegebenen Zahlen der "Fabricanten" oder über den Anteil der verschiedenen Bevölkerungsschichten und Berufe bei Heiraten, Geburten, Krankheiten und Todesfällen ermitteln will. In solchen Fällen erweist es sich als sehr vorteilhaft, auf wichtige Reise- und Ortsbeschreibungen, wie etwa die Darstellungen von Büsching oder Nicolai<sup>6</sup>, zurückzugreifen. Sie enthalten eine Menge exakter Angaben, die anderswo kaum aufzufinden sind. Dessen ungeachtet besitzen aber die Angaben bei Bratring doch eine große Aussagekraft. Sie machen zumindest Entwicklungstendenzen in den verschiedensten Bereichen deutlich. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die marxistische Geschichtswissenschaft in den ersten Jahren nach 1945 den "Bratring" wie auch andere wichtige statistisch-topographische Handbücher<sup>7</sup> nur unzureichend oder gar nicht ausgewertet hat, sonst wäre die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung im ausgehenden Feudalismus in Brandenburg-Preußen, insbesondere die Entwicklung der Produktivkräfte, wohl etwas differenzierter ausgefallen.

Die Neuauflage der wohl schon zu seiner Zeit vergriffenen statistisch-topographischen Beschreibung Bratrings ist zu begrüßen, wobei sich die Zusammenfassung der drei Bände in einen Band als eine glückliche Lösung erweist. Betrachtet der Wirtschaftshistoriker den gewichtigen Inhalt des "Bratring" anlässlich seiner Wiederauflage erneut, so wird er zweifellos immer wieder verschiedene "Entdeckungen" machen. Zum Beispiel wird er feststellen, daß bei weitem noch nicht alle Angaben aufgearbeitet und erschlossen worden sind. Nehmen wir nur einmal die Einlieger, die man im weitesten Sinne als freie Lohnarbeiter in der feudalen Landwirtschaft bezeichnen kann. Ihre entsprechende und differenzierte Zusammenfas-

6 Büsching, Anton Friedrich, Vollständige Topographie der Mark Brandenburg, Berlin 1775; derselbe, Beschreibung seiner Reise von Berlin über Potsdam nach Re Kahn unweit Brandenburg, Berlin 1775; derselbe, Beschreibung seiner Reise von Berlin nach Kyritz in der Prignitz, Leipzig 1780; Nicolai, Christoph Friedrich, Beschreibung der Kgl. Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindl. Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegenden, 3 Bde, 3. Aufl. Berlin 1786.

7 Vgl. z. B. für Preußen Brüggemann, Ludewig Wilhelm, Ausführliche Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes des Königlich Preußischen Herzogthums Vor- und Hinterpommern, 2 Bde, Stettin 1784; Heineccius, Johann Ludwig v., Ausführliche topographische Beschreibung des Herzogthums Magdeburg und der Grafschaft Mansfeld, Berlin 1785; Oesfeld, Karl Ludwig v., Topographische Beschreibung des Herzogthums Magdeburg und der Grafschaft Mansfeld Magdeburgischer Hoheit, Berlin 1780; Weddingen, Peter Florens, Historisch-geographisch-statistische Beschreibung der Grafschaft Ravensberg in Westphalen, 2 Bde, Leipzig 1790; Zimmermann, Friedrich Albert, Über den Wohlstand Schlesiens, Breslau 1799; derselbe, Beiträge zur Beschreibung von Schlesien, Bd. 1 - 12, Brieg 1784 - 1795; außerhalb Preußens vgl. z. B. Fischer, Johann Bernhard, Statistische und topographische Beschreibung des Burggrafenthums Nürnberg, Ansbach 1790; Widder, Johann Goswin, Versuch einer vollständigen Geographisch-Historischen Beschreibung der Kurfürstlichen Pfalz am Rheine, 4 Bde, Mannheim/Leipzig 1786 - 1788; Canzler, Jean George, Tableau historique pour servir à la connaissance

sung in den Ritterguts- und Domänenbereichen würde uns sicherlich wichtige Aufschlüsse über die Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Lohnarbeit in den beiden Güterbereichen vermitteln. Auch eine Bearbeitung der im Anhang abgedruckten Pränumerationsliste zum "Bratring" - was auch für andere ökonomische Bücher eine reizvolle Aufgabe wäre - würde uns darüber belehren, welche Bevölkerungsschichten und -gruppen bereits ein größeres Interesse an statistischer und ökonomischer Literatur hegten. Ganz gewiß würde uns auch in den anderen Bereichen eine systematische Bearbeitung der statistischen Angaben unter den verschiedensten Aspekten nützliche Erkenntnisse über die sozialökonomischen Erscheinungen jener Zeit liefern.

Über das Leben Bratrings war bisher kaum etwas bekannt. In mühevoller Kleinarbeit hat Heinrich viele Bausteine zusammengetragen und zu einem Ganzen zusammengefügt, aus dem man doch ziemlich deutlich Lebensweg und Werk des Verfassers der vorliegenden Topographie ablesen kann. Es ist ein vielseitig interessierter Mann, den uns Heinrich in der biographischen Einleitung skizziert. Als "Geheimer expedierender Sekretär" im preußischen Generaldirektorium, wissenschaftlicher Bibliothekar an der Preußischen Akademie der Wissenschaften und als Bücher-Auktions-Kommissar beim Berliner Hausvogteigericht verdiente sich Bratring seinen Unterhalt, auf historisch-statistischem und landeskundlichem Gebiet war er wissenschaftlich tätig. Er zeigte aber auch beachtliche literarische Interessen. So sammelte er unter anderem fast alle deutschen Gedichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die literarisch-wissenschaftliche Produktion war recht umfangreich, wie die verdienstvolle Zusammenstellung all seiner Schriften ausweist. Von den veröffentlichten Schriften dürften die "Industrie-Adresskalender", wie Heinrich mit Recht hervorhebt, für die sozial- und wirtschaftshistorische Forschung recht ergiebig sein. Aus dem kurzen biographischen Abriss wird aber auch, was Heinrich kaum ausspricht, deutlich, mit welcher großen materiellen Widrigkeiten begabte Wissenschaftler im preußischen Staate zu kämpfen hatten. Die Preußische Akademie der Wissenschaften, mit der die wissenschaftsfördernde Rolle des preußischen Staates und seiner Regenten so oft begründet wurde, obwohl sie ihr Ansehen mehr den wissenschaftsbegeisterten und sehr häufig auch den uneigennütigen Gelehrten zu verdanken hatte, speiste Bratring mit einem jährlichen Gehalt von nur 100 Talern ab. Es war ein unvorstellbar niedriges Gehalt.<sup>8</sup>

Dank gebührt den Herausgebern für die dem "Bratring" vorangestellte Bibliographie mit rund 1500 Titeln, für deren Bearbeitung Heinrich verantwortlich zeichnet. Sie enthält so ziemlich alle wichtigen Arbeiten zur Geschichte Brandenburgs und bildet für den Historiker ein äußerst wichtiges Arbeitsmittel. Bei der Gliederung folgen die Herausgeber der Bratringschen Topographie - ein Verfahren, das wohl kaum den Beifall der wissenschaftlichen Bibliographen, aber auch nicht der Historiker finden dürfte. Nicht unerwähnt soll schließlich die beigegebene Übersichtskarte, die alle Ortschaften und Kreise verzeichnet, bleiben. Ihre gute kartographische Gestaltung ermöglicht dem Historiker bei seinen Forschungen eine rasche Orientierung. Verdienen Herausgeber und Verlag alle Anerkennung für die gediegene Neuausgabe, so doch nicht der Preis des Buches. Der Preis des "Bratring" ist für den Historiker und Landeskundler als privaten Käufer wohl kaum erschwinglich, obgleich das Werk als ein unentbehrliches Handbuch in die Bibliothek eines jeden Historikers, der sich mit der Geschichte Brandenburgs beschäftigt, gehört.

des affaires politiques et économiques de l'électorat de Saxe et des provinces incorporées ou réunies, Dresden/Leipzig 1786.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Abel, Wilhelm, Die Lage in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, Stuttgart 1964, S. 247 ff. = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6.

Wenn Bankiers Memoiren schreiben, so ist das nichts Ungewöhnliches. Weit seltener ist es jedoch, daß sich ein Bankier der historischen Wissenschaft zuwendet. Und diesem Interesse Paul Wallichs, des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, zeitweiligen Direktors der Berliner Handelsgesellschaft und späteren Mitinhabers des Frankfurter Bankhauses J. Dreyfus & Co., verdanken wir eine recht interessante und anregende Arbeit über die "Berliner Großkaufleute und Kapitalisten". Die Anregung zu diesem Werk empfing wohl Wallich, der mit einer Beachtung findenden Untersuchung über die Konzentration im deutschen Bankwesen promoviert hatte<sup>9</sup>, bereits während seines Studiums, als er unter anderen Gustav Schmoller, Adolph Wagner und Lujo Brentano gehört hatte. Die Arbeit selbst erschien in den Jahren 1934 bis 1939; die beiden letzten Bände wurden nur in sehr geringer Auflage "als Handschrift gedruckt".<sup>10</sup> Den größten Teil des gedruckten Bestandes dieser äußerst geringen Auflage haben zudem die braunen Kulturschänder auch noch vernichtet. In gewisser Weise kann daher die Neuauflage als Erstausgabe angesehen werden. Wallich, jüdischer Herkunft und daher offensichtlich unerträglichen faschistischen Repressalien ausgesetzt, ging noch vor Erscheinen des dritten Bandes in den Freitod. Die Finanzierung des Werkes hatte er jedoch in seinem Testament noch sichergestellt.

Das Material, welches in den drei Bänden zunächst von Wallich allein, später zusammen mit Hugo Rachel, dem bedeutenden bürgerlichen Sachverständigen für preußische Wirtschaftsgeschichte<sup>11</sup>, und Johannes Papritz<sup>12</sup> aus der einschlägigen Literatur, vor allem aber aus den zuständigen Archiven zusammengetragen wurde, ist von außerordentlicher Reichhaltigkeit. Die marxistische Forschung hat von dieser mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis bearbeiteten "Materialquelle" reichlich profitiert. Denken wir nur an die wichtigen Arbeiten über die Entwicklung der Manufakturen und des Kapitalismus in Brandenburg-Preußen von Hoffmann, Kesselbauer, Krüger und Vogler.<sup>13</sup> Aber nicht nur auf dem Gebiete des Großhandels, des Bank- und Darlehensgeschäftes und der Manufakturentwicklung vom 15. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts findet der Wirtschaftshistoriker eine Fülle von Angaben, auch der Genealo-

9 Wallich, Paul, Die Konzentration im deutschen Bankwesen, Stuttgart/Berlin 1905 = Münchener volkswirtschaftliche Studien, Stück 74.

10 Die Auflage von Bd. 2 betrug 100 Stück (Rachel, Hugo/Wallich, Paul, a. a. O., S. 579).

11 Vgl. Rachel, Hugo, Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens 1713 - 1740, Berlin 1922, 1740 - 1786, Berlin 1928 = Acta Borussica. Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, hg. v. der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Teil II; Die einzelnen Gebiete der Verwaltung, (d) Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, Bd. 2 u. 3; derselbe, Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, Berlin 1931 = Berlinische Bücher, Bd. 3.

12 Die Mitarbeit von Papritz beschränkte sich nur auf den ersten Band.

13 Vgl. Hoffmann, Hildegard, Die gewerbliche Produktion Preußens im Jahre 1769 auf Grund des statistischen Taschenbuches des Dodo Heinrich Frhr. von Knyphausen "Listen derer in sämtlichen königlichen Provinzen befindlichen Fabriken und Manufakturen ... pro anno 1769", wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1957 (im Druck); Kesselbauer, Günther, Die preußische Bourgeoisie in Handel und Gewerbe und ihre Bestrebungen zur Durchsetzung der neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse (1789 - 1806), wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1958; Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958 = Schriftenreihe des Instituts für allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 3; Vogler, Günter, Zur Geschichte der Weber und Spinner von Nowawes 1751 - 1785, Potsdam 1965 = Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 7.

ge, Stadthistoriker und selbst der Agrarhistoriker kann großen Nutzen aus diesem Werk ziehen.

Doch so reichhaltig das Werk an Material ist, so sauber und kenntnisreich das Werk aus den Quellen erarbeitet wurde, eine Wirtschaftsgeschichte ist es eigentlich nicht. Es ist mehr biographisch angelegt, es ist Familiengeschichte, noch besser gesagt: Es sind Lebensbilder vergessener oder bekannter Familien oder einzelner Unternehmer und Kapitalisten, wie etwa Joachim Grieben, die Weiler, Johann Andreas Kraut, Splitgerber und Daum, die Ephraim, Itzig und Isaac, die Gebrüder Schickler und Benecke, Christian Rother und David Hansemann. Die Lebensbilder und übrigen Darstellungen sind fast durchweg beschreibend, und die Verfasser enthalten sich, wie in der Einführung von Henry C. Wallich ganz richtig gesehen wird, jeder Wertung und theoretischen Verallgemeinerung.<sup>14</sup> Es fehlen die wirtschaftshistorischen Zusammenhänge und Entwicklungslinien. Bereits Berthold Schulze hat in seiner Besprechung bei Erscheinen des ersten Bandes darauf aufmerksam gemacht, "daß eine stärkere und stetige Inbeziehungsetzung" der "brandenburgischen Verhältnisse zu den Zuständen im ganzen deutschen Reiche, ja in ganz Europa in dem halben Jahrhundert vor dem 30jährigen Krieg notwendig gewesen wäre", um die Ursachen des Verfalls vieler Berliner und märkischer Handelshäuser und des Kreditgeschäfts in jener Zeit aufzudecken.<sup>15</sup> Die von Schulze kritisierte Methode, die Kreditgeschäfte und den Handel in den einzelnen Lebensbildern isoliert zu betrachten, wird auch in den anderen beiden Bänden angewandt. Doch im zweiten Band haben sich Rachel und Wallich irgendwie veranlaßt gefühlt, auf wenigen Seiten ein "Gesamtbild" über die Berliner Kaufleute im 18. Jahrhundert zu geben.<sup>16</sup> Man kann jedes Detail, das in diesem "Gesamtbild" angeführt wird, fast in jeder Hinsicht akzeptieren, weil die sachliche Richtigkeit unbestritten ist, aber die Gesamtheit dieser Details gibt noch keine wirtschaftshistorische Einschätzung ab. Die Verfasser haben es vermieden, auf solche grundsätzlichen Fragen, wie die herrschenden Produktionsverhältnisse, die zweite Leibeigenschaft und die von den preußischen Königen praktizierte Wirtschaftspolitik, einzugehen. Dadurch sind sie auch nicht in der Lage, die einzelnen Unternehmer beispielsweise nach ihren sozialökonomischen Verhaltensweisen und in ihrer Stellung gegenüber der Wirtschaftspolitik des preußischen Staates zu gruppieren. Wenn Rachel und Wallich treffend bemerken, daß verschiedene Unternehmer, wie zum Beispiel Splitgerber und Daum, Schütze oder Gotzkowsky, ihren Erfolg unter dem Schutz feudaler Privilegien und Monopole und durch die Anpassungsfähigkeit an die herrschende Wirtschaftspolitik errangen, so geht ihnen aber doch die wichtige Erkenntnis ab, daß diese zwar zahlenmäßig nicht große, aber wegen ihrer ökonomischen Stärke und ihrer Verbindung zum feudalen Staat politisch wirksame Unternehmergruppe an einer Änderung der feudalen Produktionsverhältnisse kaum interessiert war. Sie verhinderte in einigen Zweigen der Wirtschaft sogar das Aufkommen kapitalistischer Elemente und war daher auch nicht befähigt, eine entscheidende Rolle im antifeudalen Kampf zu spielen. Das letztere wiederum wird bei vielen progressiven kapitalistischen Unternehmern, zu denen wir die von den Verfassern erwähnten Hotho und Welper, Gebr. Hesse, Wegely, Sieburg, Michelet, Baudoin, Lange und andere rechnen können, die einen beharrlichen Kampf gegen die reaktionären und überlebten feudalen Produktionsverhältnisse führten, nur ungenügend oder überhaupt nicht sichtbar gemacht. Es ist eben die alte Schwäche der bürgerlichen Forschung auch in ihren besten Erscheinungen, daß das klassenmäßige Verhalten und die Ausbeuterfunktion der Unternehmer außerhalb jeder Untersuchung bleibt.

14 Rachel, Hugo/Papritz, Johannes/Wallich, Paul, a. a. O., Bd. 1, S. XXX f.

15 Vgl. Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Bd. 47, Berlin 1935, S. 430.

16 Rachel, Hugo/Wallich, Paul, a. a. O., Bd. 2, S. 515 - 520.

Gewertet wird von Rachel und Wallich vor allem die unternehmerische Leistung. Daher kommen sie logischerweise auch zu der Feststellung, daß ein Unternehmen schnell zugrunde ging, "wenn der Begründer nicht einen ebenso unternehmenden und tüchtigen Fortsetzer fand".<sup>17</sup> Diese Feststellung ist zwar richtig, aber sie ist zu absolut. Die Lebensfähigkeit einer Manufaktur oder eines Bankhauses kann man nicht ausschließlich von der Person des Eigentümers abhängig machen. Letztlich war die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend. Manche Manufaktur in Brandenburg-Preußen ist eingegangen, weil auf Grund bestimmter Umstände die Nachfrage nach den von ihr produzierten Waren, wie es zum Beispiel bei den Wollzeugen der Fall war, nachließ, so daß auch der befähigteste und tüchtigste Unternehmer nicht in der Lage war, den Untergang aufzuhalten.

Verschiedene charakteristische Unternehmergestalten hätten in der Untersuchung größere Aufmerksamkeit verdient. Paul Benedikt Wolff zum Beispiel wird nur mit wenigen Zeilen abgetan, obgleich er ein waschechter Kapitalist war und unter seiner Leitung das Berliner Lagerhaus, die führende Tuchmanufaktur in Preußen, einen großen Aufschwung nahm, während sich die Lage der von ihm ausgebeuteten Arbeiter rapide verschlechterte. Wolff war auch ein fortschrittlicher Landwirt. Die von ihm auf seinen Gütern Frankenfelde, Haselberg, Rädikow und Bließdorf eingeführte Koppelwirtschaft fand große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Ihre Verteidigung in einer entsprechenden Schrift<sup>18</sup> gab Anlaß zu heftigen Kontroversen mit dem Staatsminister von Hertzberg und sorgte für "Schlagzeilen" in der zeitgenössischen Publizistik.<sup>19</sup> Auch im dritten Band sind die Ausführungen über die "privaten Kapitalisten" nach 1806 recht kurz gehalten. Bei Christian Rother, dem Chef der "Königlich Preussischen Seehandlung", werden nur die von ihm wahrgenommenen Aufgaben des Bankgeschäftes behandelt, obgleich er auch für die Unterstützung der Binnenschiffsreederei, des Seehandels und gewerblicher Unternehmen verantwortlich war. Auf die politische Wirksamkeit David Hansemanns gehen die Verfasser überhaupt nicht ein.

Erhält der Wirtschaftshistoriker auch auf viele Fragen, die ihn heute bewegen, keine Antwort, so ist das in den drei Bänden aufbereitete reiche Quellenmaterial eindrucksvoll genug, als daß er es vermissen möchte. Als Handbuch der Berliner und preussischen Wirtschaftsgeschichte ist daher die von Schultze, Henry C. Wallich und Heinrich besorgte Neuauflage sehr zu begrüßen. Ein sorgfältiges Register und die ergänzte und bis zum Erscheinen der Neuauflage fortgesetzte Bibliographie erhöhen noch ihren Wert.

Im Rahmen der von Günther Franz herausgegebenen, auf fünf Bände berechneten Deutschen Agrargeschichte sind nunmehr die beiden Darstellungen von Abel und Lütge schon in zweiter und überarbeiteter Auflage erschienen, während der erste und vierte Band noch nicht einmal in erster Auflage greifbar sind. Letztere Tatsache verweist wohl recht eindeutig darauf, daß die Deutsche Agrargeschichte weniger eine Gemeinschaftsarbeit der bekanntesten Agrarhistoriker der Bundesrepublik ist, sondern daß der Titel vielmehr nur eine verbindende Klammer für die einzelnen Bände abgibt, deren Gemeinsamkeiten lediglich in den behandelten wesensverwandten Stoffgebieten liegen. Und heute kann man wohl auf Grund der internationalen Kritik und der allgemeinen historischen Forschung der letzten Jahre mit ziemlicher Berechtigung, auch wenn Franz' Geschichte des Bauernstandes und Jankuhns Vor- und Frühgeschichte der Landwirtschaft noch ausstehen, feststellen, daß die Deutsche

17 Ebenda, S. 515.

18 Wolff, (Paul Benedikt) v., Praktische Bemerkungen über die Anwendbarkeit der Koppelwirtschaft in den Preussischen Staaten, Berlin 1793.

19 Vgl. Kleist, Franz v., Vermischte Schriften, Berlin 1797, S. 43; Lange, J. F., Bemerkungen über die sogenannte Koppel- und Dreifelderwirtschaft in Vergleichung mit der Wirtschaft des Camillo Tarello, Berlin 1794.

Agrargeschichte nur in ihren Einzelbänden Bedeutung hat und wirkt und nicht als Gesamtwerk. Die Ursachen, auf die die marxistische Kritik ausführlich hingewiesen hat<sup>20</sup>, sind in der Konzeption der Deutschen Agrargeschichte, in der Arbeitsteilung der einzelnen Agrarhistoriker, in der ungewöhnlichen Aufgliederung der Feudalzeit und in der uneinheitlichen Gliederung der feudalen und kapitalistischen Epoche zu suchen. Dadurch wurde kein geschlossener Überblick über die deutsche Agrargeschichte erreicht, wie auch die notwendige Behandlung allgemein-theoretischer Probleme der deutschen Agrargeschichte unbewältigt blieb.

Die Kritik der Agrar- und Wirtschaftshistoriker der DDR hat die Werke von Abel und Lütge positiv bewertet. Zweifellos sind die beiden Bücher jedes für sich genommen gegenwärtig die besten Zusammenfassungen über die Geschichte der feudalen Landwirtschaft<sup>21</sup> und der Agrarverfassungen; sie sind Standardwerke der bürgerlichen agrarhistorischen Forschung. Allerdings ist man geneigt, wenn man beide Bücher vergleicht, Abels Darstellung das Attribut "beste Zusammenfassung" viel mehr zuzugestehen als der von Lütge. Abels Geschichte, die erfreulicherweise mit dem überholten Bild einer jahrhundertelangen Stagnation der Produktivkräfte in der feudalen Landwirtschaft bricht, basiert einfach auf einem besseren wirtschaftshistorischen Fundament. Die ausführliche und faktenreich belegte Darstellung der Entwicklung der Produktivkräfte, Preise, Löhne, Erträge, Bodennutzungen, Bevölkerungsentwicklung und anderer Faktoren, die den Fortschritt der Produktivkräfte und Produktion bedingten, die Beherrschung und Anwendung historisch-statistischer Methoden überzeugt weit mehr als Lütges Geschichte der verfassungsrechtlichen Institutionen. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß die Periodisierung in Abels Werk allzusehr auf die Geschichte der Bevölkerungsbewegung, die zudem nur als biologischer Faktor verstanden wird, zugeschnitten ist, wie auch die feudale Entwicklung fast ausschließlich mit den Kategorien der kapitalistischen Landwirtschaft beurteilt wird.<sup>22</sup> Nicht zuletzt sind auch die sozialökonomischen Verhältnisse, wie die Eigentumsverhältnisse, die sozialen Auseinandersetzungen und Bauernbewegungen völlig ungenügend sichtbar gemacht und in die Gesamtentwicklung eingebettet worden. Die unglückliche Aufteilung der Deutschen Agrargeschichte, die zu der weitgehenden Ausklammerung sozialökonomischer Probleme in Abels Darstellung führte, hatte ihn wohl deshalb auch veranlaßt, eine zusätzliche Schrift zu veröffentlichen, in der sozusagen seine Gesamtkonzeption von der Agrargeschichte entwickelt und dabei nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein sozialgeschichtlicher und verfassungsrechtlicher, also ein etwas mehr auf das Ganze gerichteter "Überblick und eine Zusammenschau" geboten wurde.<sup>23</sup>

Das Problematische in Lütges Darstellung der Agrarverfassung hat Lösche in seiner Besprechung eingehender begründet.<sup>24</sup> Indem Lütge die wirtschaftlichen Komponenten weitgehend außer Betracht ließ, beschränkte er die Agrarverfassungsentwicklung auf eine allzu starke Geschichte der Institutionen und beraubte sich dadurch wesentlicher Erkenntnismög-

20 Vgl. die Rezensionen von Berthold, Rudolf, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 2, S. 243 ff.; Sojta, Jan, in: ebenda, S. 261 ff.; Lösche, Dietrich, in: ebenda 1967, T. 1, S. 381 ff.; Laube, Adolf, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8/1963, S. 1570 ff.; Engel, Evamaria, in: ebenda, 8/1964, S. 1459 ff.; Heitz, Gerhard, in: Deutsche Literaturzeitung, 6/1964, Sp. 529 ff.; Jacobeit, Wolfgang, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd. 10, 1964, S. 411 ff.

21 Vgl. Berthold, Rudolf, Fortschritt und fortschrittstragende Kräfte in der spätfudalen Landwirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 1, S. 408.

22 Vgl. Heitz, Gerhard, a. a. O., Sp. 531.

23 Abel, Wilhelm, Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1962, S. 5 = Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, H. 37.

24 Vgl. Lösche, Dietrich, a. a. O., S. 383.



lichkeiten. Denn die Ausprägung verfassungsrechtlicher Verhältnisse ist doch in starkem Maße von ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren abhängig und letztlich nur über und durch diese zu erklären. Aber Lütge begibt sich dieser Möglichkeiten und sucht die Triebkräfte der unterschiedlichsten Verfassungsentwicklungen vor allem in den Überbauerscheinungen, in den Rechtsformen, in den Landesherrn, in der Agrarpolitik und nicht in den Produktivkräften, Produktionsverhältnissen, in den gesellschaftlichen Grundwidersprüchen und Klassenkämpfen. Man betrachte beispielsweise seine Untersuchung der verschiedenen Grundherrschaftstypen. Die Untersuchungskriterien, die Lütge benutzt, sind die Rechtsformen, und da es deren durchaus recht viele gibt, so läßt sich auch glaubhaft nachweisen, daß es auch recht unterschiedlich ausgeprägte Grundherrschaftstypen und mannigfaltige regionale Besonderheiten gab. Doch wenn wir die wirklich entscheidenden Kriterien, nämlich die Eigentums- und Besitzverhältnisse, die Renten und ihre Formen der Realisierung des Grundeigentums, ansetzen, so kommen wir zu der Feststellung, daß all die unterschiedlichen Grundherrschaftstypen ziemlich starke ökonomische Gemeinsamkeiten aufweisen, in den wesentlichen Grundfragen sogar übereinstimmen. Die Überbetonung der Rechtsformen bedeutet letzten Endes nichts anderes, als die allgemeinen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wie Heitz hervorhob, zu bestreiten.<sup>25</sup> Und in nicht seltenen Fällen zeigt sich bei der Behandlung der Grundherrschaften auch eine Tendenz der Verharmlosung, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Bedrückung und Ausbeutung der Bauern nur oberflächlich beschrieben wird. Bei aller Würdigung der Verdienste des Verfassers um die systematische Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse muß man schließlich doch zu der Auffassung gelangen, daß die Grundhaltung des Buches konservativ ist, eine Auffassung, die auch westdeutsche Wirtschaftshistoriker und Schüler Lütges teilen.<sup>26</sup>

Die Zweitaufgabe der beiden Bücher, die nur wenige Zeit nach der Erstauflage (1962) erscheint und davon zeugt, daß ein echter Bedarf nach guten agrarhistorischen Zusammenfassungen vorhanden ist, brachte in den Grundauffassungen beider Autoren, in der Periodisierung, Gliederung und im Aufbau keinen erkennbaren Wandel. Nach wie vor bleiben also die grundsätzlichen Einwände seitens der marxistischen Kritik bestehen. Die Erweiterungen und Überarbeitungen beziehen sich hauptsächlich auf die Berücksichtigung neuerer Literatur, Beseitigung stilistischer Unebenheiten, Aufnahme von Skizzen und Fakten, um einzelne Vorgänge und Entwicklungen beweiskräftiger zu veranschaulichen. Lütge hat in diesem Band, dessen Neuauflage zugleich als Abschluß seines Lebenswerkes betrachtet werden kann, erfreulicherweise auch der Entwicklung in Österreich und in der Schweiz größere Aufmerksamkeit geschenkt. Abel teilte vor allem weitere Tatsachen über die Entwicklung der Produktivkräfte im 18. Jahrhundert mit, wie er auch Verallgemeinerungen aus Einzelbeispielen auf ein vertretbares Maß reduziert hat. Beide Verfasser haben auch neuere Erkenntnisse und Fakten der marxistischen Forschung in der DDR berücksichtigt, wenngleich Lütge in wesentlichen Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung ablehnend gegenübersteht. Nicht unerwähnt sollen schließlich die Neuaufnahmen im Tafelteil, der ausgezeichnete und seltene Darstellungen bringt, bleiben, die in nützlicher und wirkungsvoller Weise die Beschreibungen ergänzen.

Durch die Überarbeitung und Erweiterungen haben zweifellos die beiden Bücher gewonnen. Doch die Neuauflage gibt auch Anlaß zu der Überlegung, ob es nicht für die marxistische Forschung an der Zeit wäre, eine umfassende Ausarbeitung der deutschen Agrargeschichte in Angriff zu nehmen.

25 Vgl. Heitz, Gerhard, Varianten des preußischen Weges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 103.

26 Vgl. den Nachruf auf Lütge von Zorn, Wolfgang, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 55, H. 3, 1969, S. 429; siehe auch ebenda, Bd. 54, H. 4, 1967, S. 537.

# Bibliographie

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik

(4. Fortsetzung)<sup>+</sup>

von Renate Günther

Der vorliegende Teil der Bibliographie enthält die 1968 in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen selbständigen Schriften zur Betriebsgeschichte sowie aus dem vorangehenden Zeitraum nachträglich bekanntgewordene Darstellungen, die in den bisher erschienenen Teilen nicht verzeichnet sind.

Auch dieser Teil stützt sich im wesentlichen auf die Angaben aus der "Deutschen Nationalbibliographie", enthält aber auch einige betriebshistorische Darstellungen, die dort nicht aufgeführt, aber in Bibliotheken vorhanden sind. Diese Tatsache sowie die Unvollständigkeit der Bibliographie ergeben sich daraus, daß leider immer noch nicht alle Schriften von den Betrieben angezeigt werden.

Die Gliederung entspricht der 3. Fortsetzung. Der erste Teil - Zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung - enthält diesmal im wesentlichen Quellennachweise, der zweite Teil - Einzeldarstellungen - umfaßt, wie der vorangehende, Arbeiten, die die Geschichte einzelner Betriebe in Gesamtdarstellungen, aber auch solche, die einzelne Zeitabschnitte oder bestimmte Problemkreise behandeln, einschließlich Dissertationen.

Die Bibliographie wird jährlich fortgesetzt. Dabei verändert sich ihr Inhalt ab 5. Fortsetzung insofern, als kleine agitatorische Schriften und Werbeschriften, die nur wenig über die Geschichte der Betriebe aussagen, nicht mehr erfaßt werden. Die im Aufbau befindliche Agrarbetriebsgeschichtsschreibung wird wahrscheinlich schon in den nächsten Jahren mit Arbeiten an die Öffentlichkeit treten, die den Verzicht auf die Aufnahme von zu Agitationszwecken herausgegebenen Broschüren für ihren Bereich mehr als nur kompensieren.

<sup>+</sup> Die vorangegangenen Teile siehe in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 1, S. 353 - 363 (zusammengest. v. Hans Radandt); 1961, T. 1, S. 363 - 371 (zusammengest. v. Hans Radandt); 1963, T. 3, S. 298 - 306 (zusammengest. v. Horst Handke); 1968, T. 4, S. 403 - 423 (zusammengest. v. Renate Günther). Die ersten drei Teile sind zusammengefaßt in der Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte [zusammengest. v. Horst Handke], Hrsg.: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte. - (Berlin) 1964. 45 S., die außerdem auch einige Arbeiten enthält, die in den drei im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienenen Teilen nicht aufgeführt sind. Dabei handelt es sich um Schriften zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung, vor allem aber um solche, die größere wirtschaftliche Einheiten - VVB bzw. ganze Industriezweige - umfassen.

Die Titel sind alphabetisch nach Betrieben geordnet. Für Betriebe, die seit dem Erscheinen der entsprechenden Titel ihre Bezeichnung geändert haben, erfolgen - soweit möglich - Verweisungen.

Einige Arbeiten, die sich ausschließlich mit der kapitalistischen Vergangenheit eines Betriebes beschäftigen, wurden unter der Firma des kapitalistischen Betriebes aufgeführt, wobei unter der Bezeichnung des heutigen VEB auf diese Schriften verwiesen wird.

Die bibliographischen Angaben folgen dem Titelblatt, dort, wo lediglich ein Umschlagtitel vorhanden ist, dem Umschlagblatt. Alle nicht auf dem Titelblatt befindlichen, aber in der Publikation selbst zu ermittelnden Angaben wurden der Einfachheit halber durchweg in runde Klammern gesetzt. Eckige Klammern stehen nur zur Erläuterung von Abkürzungen durch den Autor, bei der Erscheinungsweise und bei Vornamen, die im Original abgekürzt sind. Die in der Bibliographie nicht erläuterten Abkürzungen, wie VEB, LPG, Abt. usw., sind allgemein bekannt. Ein Abkürzungsverzeichnis erübrigt sich daher.

Der vorliegende Teil der Bibliographie enthält die 1965 in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen selbständigen Schriften zur Betriebsgeschichte sowie aus dem entsprechenden Zeitraum veröffentlichte herausgegebene Darstellungen, die in dem hierher gehörenden Teil nicht verzeichnet sind.

Auch dieser Teil stützt sich im wesentlichen auf die Angaben aus der "Deutschen Nationalbibliographie", enthält aber auch einige betriebshistorische Darstellungen, die dort nicht aufgeführt sind in Bibliotheken vorhanden sind. Diese Tatsachen sowie die Unvollständigkeit der Bibliographie ergeben sich daraus, daß leider immer noch nicht alle Schriften aus dem Betrieb angezählt werden.

Die Gliederung entspricht der 1. Fortsetzung. Der erste Teil - Der Betrieb des Betriebes - enthält die Geschichtsschreibung - enthält diesmal im wesentlichen Quellenangaben, der zweite Teil - Einzelarbeiten - enthält, wie der vorangehende, Arbeiten, die die Geschichte einzelner Betriebe in Gesamtdarstellungen, aber auch solche, die einzelne Betriebsbereiche bestimmter Problematiken behandeln, einschließlich Dissertationen.

Die Bibliographie wird jährlich fortgesetzt. Dabei veränderte sich ihr Inhalt ab 2. Fortsetzung laufend, als in diese systematische Schriften und Wortverzeichnisse, die nur wenig über die Geschichte der Betriebe angehen, nicht mehr einbezogen wurden. Im im Anfang der 60er Jahre der Agrarhistorischen Abteilung wird wahrscheinlich schon in den nächsten Jahren mit Arbeiten an die Öffentlichkeit treten, die den Verzicht auf die Aufnahme von Agrarhistorischen herausgegebenen Schriften für ihren Bereich mehr als nur kompensieren.

Die vorangehenden Teile sind in Jahrbuch für Wirtschaftsgeographie 1960, T. 1, S. 205 - 208 (zusammengest. v. Hans Rahand); 1961, T. 1, S. 265 - 271 (zusammengest. v. Hans Rahand); 1962, T. 2, S. 226 - 230 (zusammengest. v. Hans Rahand); 1963, T. 4, S. 402 - 423 (zusammengest. v. Hans Rahand). Die ersten drei Teile sind zusammengestellt in der Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte [zusammengest. v. Hans Rahand], Hg. v. Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Arbeitsstelle Wirtschaftsgeographie. - Berlin, 1964. 45 S., die außerdem auch einige Arbeiten enthält, die in dem drei im Jahrbuch für Wirtschaftsgeographie erschienenen Teilen nicht aufgeführt sind. Dabei handelt es sich um Schriften zur Betriebsgeschichte, vor allem aber um solche, die größere wirtschaftliche Zusammenhänge - umfassen.

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie. Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. (Hrsg.: Betriebsarchive VEB Filmfabrik Wolfen, VEB Farbenfabrik Wolfen und VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld. Bearbeitet von den Betriebsarchivaren Willi Zimmermann, Walter Hauck [u. a.], Zusammenstellung und Überarbeitung: Rudolf Schröder.) - Leipzig 1968. 137 S. [als Ms. gedr.] 8<sup>0</sup>

Quellen und Dokumente aus dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1919 - 1923 am Beispiel des Bitterfelder Industriegebietes vor allem der Filmfabrik Wolfen. Bearbeitet von Alfred Neumann und Willi Zimmermann. - Wolfen 1968. 55 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, H. 17. [Umschlagt.:] Die revolutionäre Nachkriegskrise 1919 - 1923.

Spezialinventar einiger Betriebsarchive im Bezirk Leipzig zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Hrsg.: Staatsarchiv Leipzig.) - (Leipzig) 1968. VIII, 58 S. [als Ms. gedr.] 8<sup>0</sup> = Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. T. 2. Koordiniert und überarbeitet von [Karl] Höhnel.

## Einzeldarstellungen

ADN [Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst], Berlin

20 [Zwanzig] Jahre A[llgemeiner] D[eutscher] N[achrichtendienst]. 1946 - 1966. (Red.: Alfred Kubiziel und Günther Gustav Sell.) Hrsg.: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst. - Berlin (1966). 47 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

Akademie-Verlag GmbH, Berlin

Akademie-Verlag GmbH, Berlin, 1946 - 1956. (Jubiläumsschrift.) - (Berlin 1957) 154 S. gr. 8<sup>0</sup>

VEB Apparate- und Maschinenfabrik Teterow

Erfahrungen des VEB-Apparate- und Maschinenfabrik Teterow bei der Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips durch Anwendung des Haushaltsbuches und der Kostenwertmarken. Hrsg.: SED Bezirksleitung Neubrandenburg, Büro für Industrie und Bauwesen. - (Neustrelitz 1964.) 48 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> [Umschlagt.:] Erfahrungen aus der Parteiarbeit der Grundorganisationen unseres Bezirkes

VEB Automobilwerk Eisenach

Der Kampf um die Macht 1918 - 1923. Revolution und revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland. Bewegungen und Kämpfe in Eisenach. Fahrzeugarbeiter an der Spitze. Die "Aktiengesell-

schaft Fahrzeugfabrik Eisenach" weiterhin eine gesicherte Profitquelle. Hrsg.: Paul Högler. 48 gez. S. mit Abb. 4<sup>0</sup> = Der Motor. Organ der Parteileitung der SED des VEB Automobilwerk Eisenach. 19. Jg. 1968. Sonderausgabe.

LPG "Avant-Garde", LPG "Einigkeit", LPG "Neue Saat", LPG "Tierzucht", Zschocken

In Zschocken hat der Hahn gekräht. Hrsg.: SED Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Abt. Landwirtschaft. - (Karl-Marx-Stadt 1961) 30 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

LPG Balow, Kreis Ludwigslust

Frei ward der Bauer auf eigenem Feld. Hrsg.: Agitationskommission beim Bezirksausschuß Schwerin der Nationalen Front. - (Schwerin 1960.) 20 S. mit Abb. quer-8<sup>0</sup>

LPG Bandelow, Kreis Strasburg

Die gute neue Zeit. Gedanken des Genossenschaftsbauern Joachim Matzdorf aus Bandelow, Kreis Strasburg, aufgeschrieben von Arnolf Kriener. Hrsg.: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. - (Berlin 1963.) 32 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

VEB Barkas-Werke, Karl-Marx-Stadt

(Fuchs, Günther): VEB Barkas-Werke. (1927 - 1967) - Karl-Marx-Stadt 1967. 39 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

VEB Bergbau- und Hüttenkombinat "Albert Funk", Freiberg

Siehe Sachsenerz AG

VEB Berliner Glühlampenwerk

Sind wir eine Starbrigade? (Im Auftrag des Bezirksvorstandes Berlin des FDGB erarbeitet von einem Autorenkollektiv: Liesel Pfau u.a. Hrsg.: Berliner Glühlampenwerk.) - (Berlin 1963.) 19 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, Berlin-Niederschöneweide

Siehe VEB Vereinigte NE-Metall-Halbzeugwerke, Hettstedt

Berliner Wasserwerke

Siehe VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin

Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft (Brabag), Berlin

Valentin, Günter: Die Gründung der Braunkohle-Benzin AG (Brabag) und die Förderung ihrer Entwicklung - staatsmonopolistische Maßnahmen der Deutschen Finanzoligarchie zur Vorbereitung und Durchführung des zweiten

Weltkrieges. - Wirtschaftswiss. Diss. Halle  
1963. 293 S. mit Anl. [Ms. vervielf.] 4<sup>0</sup>

#### VEB Braunkohlenwerk Großkayna

Wir bauen den Sozialismus. Zur Geschichte des Braunkohlenwerkes Groß-Kayna 1945 - 1964. Hrg.: Betriebsparteiorganisation der SED des Braunkohlenwerkes "Erich Weinert", Deuben, Kreis Hohemölsen. - O. O. 1966. 48 S.

#### VEB Breitkopf & Härtel, Musikverlag, Leipzig

Pasticcio auf das 250[zweihundertfünfzig]jäh-  
rige Bestehen des Verlages Breitkopf & Här-  
tel. Beiträge zur Geschichte des Hauses. -  
(Leipzig 1968.) 186 S. mit Abb., mehr. Taf. 8<sup>0</sup>

#### LPG Brunn

Siehe VEG Staven ...

#### Buchdruckerei Paul Wittnebert, Erfurt, Inh. Friedrich Janzen

Siehe Wittnebert, Paul, Buchdruckerei,  
Erfurt, Inh. Friedrich Janzen

#### LPG Burgchemnitz

Siehe LPG "Roter Stern" ...

#### VEB Carl Zeiss Jena

Esche, Paul Gerhard/Fiedler, Horst: Freund-  
schaft, die Leben heißt. Hrg.: Bezirkslei-  
tung der SED Gera und Industriekreisleitung  
des VEB Carl Zeiss Jena. - Jena 1968. 48 S.  
mit Abb. 8<sup>0</sup>

(Schrade, Hugo): Ernst Abbé. Gedenkrede zur  
Feier des 125. Geburtstages am 23. 1. 1965.  
(Festansprache.) - (Jena) 1965. 8 Bl. 8<sup>0</sup>

#### VEB Chemiefaserwerk Schwarzar "Wilhelm Pieck", Rudolstadt-Schwarzar

Keil, Karl-Heinz: Zur Entwicklung der sozia-  
listischen Masseninitiative im VEB Thüring-  
isches Kunstfaserwerk "Wilhelm Pieck", Schwa-  
rza in den Jahren 1951 - 1953. - Phil. Diss.  
Jena 1966. 240, XL gez. Bl. [Ms.] 4<sup>0</sup>

#### VEB Chemiekombinat Buna

Nebel, Horst: Erfahrungen der Hauptabteilung  
AZ des VEB Chemiekombinat Buna bei der Ent-  
wicklung des geistig-kulturellen Lebens. -  
Halle (1968). 12 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

Siehe auch VEB Chemische Werke Buna

#### VEB Chemiewerk "Albert Zimmermann", Lauta, Kreis Hoyerswerda

1918 - 68. 50 [Fünfzig] Jahre Aluminium aus  
Lauta. 50 Jahre Kampf der Arbeiterklasse ge-  
gen Faschismus und Krieg, für Frieden, Demo-  
kratie und Sozialismus. (Red.: Jürgen Singer)  
Hrg.: VEB Chemiewerk "Albert Zimmermann". -  
Lauta (1968). 47 S. mit Abb., 2 Bl. Abb. 4<sup>0</sup>

#### VEB Chemische Werke Buna

Nebel, Horst: Ökonomische Labors. Schrittmä-  
cher - Weltstand - Kosten. Erfahrungen aus  
dem VEB Chemische Werke Buna. Hrg.: FDGB, Halle,  
Abt. Arbeit und Löhne; Abt. Kultur, Bildung  
und Sport. - Halle (1968). 15 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

Siehe auch VEB Chemiekombinat Buna

#### Chemisches Werk Dr. Klopfer GmbH., Dresden

Fünfundzwanzig Jahre Chemisches Werk Dr. Klop-  
fer GmbH., Dresden. 1924 - 1949. Geschichtli-  
ches aus der Vergangenheit und der Entwick-  
lung eines chemischen Werkes. - (Dresden  
1949.) 25 S. mit Abb. 4<sup>0</sup>

#### VEG Christinenfeld, Kreis Grevesmühlen

Otto, Wilhelm: Die Entwicklung eines land-  
wirtschaftlichen Großbetriebes im Klützer  
Winkel. Unter besonderer Berücksichtigung des  
Zeitabschnittes von 1934/35 bis 1955. - Land-  
wirtschaftliche Diss. Rostock 1957. IV, 148, 2  
gez. Bl., zahlr. Taf.; Anh. [Ms.] 4<sup>0</sup>

#### Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Cottbus

Einiges Fakten- und Zahlenmaterial unserer  
Bilanz zum VII. Parteitag. Hrg.: Polit-Ab-  
teilung der Reichsbahndirektion Cottbus, Ar-  
beitsgruppe Agitation/Propaganda. - Cottbus  
1967. 25 S. 8<sup>0</sup>

#### Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Halle (Saale)

20 [Zwanzig] Jahre danach. Hrg.: Polit. Abt.  
der Reichsbahndirektion Halle (Saale). -  
(Halle) 1965. 64 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

#### Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Magdeburg

7. Parteitag der S[ozialistischen]E[inheits]-  
partei D[Deutschlands]. Bilanz. Ausblick.  
(Verantwortlicher Red.: Joachim Ganskow.  
Hrg.: Reichsbahndirektion Magdeburg, Polit.  
Abt., Arbeitsgruppe Agitation/Propaganda.) -  
(Magdeburg 1967.) 24 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> [Ent-  
wicklung des Eisenbahntransportwesens im  
Rbd-Bezirk Magdeburg]

#### Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Schwerin

Augustin, Klaus/Steinmann, Hans/Schulz, Eck-  
hard: Der Wiederaufbau der Strecke Rostock-  
Schwaan durch die Jugend im Jahre 1948.  
Hrg.: Reichsbahndirektion Schwerin, Polit-  
abt. - Schwerin 1968. 11 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>  
[Umschlagt.] 20 Jahre Bahnbau der Jugend  
Rostock-Schwaan

#### LPG "Dobratals", Dobia, Kreis Zeulenroda

Wir stellen uns vor. Hrg.: Ortsausschuß der  
Nationalen Front und Betriebsparteiorganisa-  
tion der LPG Dobia.-Dobia 1963. 15 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

#### VEB Drehmaschinenwerk Leipzig

Das Werk in deiner Mitte. Hrg.: VEB Dreh-  
maschinenwerk Leipzig. - (Leipzig 1967.)  
24 Bl. mit Abb. 4<sup>0</sup>

VEB Druckmaschinenwerk Planeta, Radebeul

Planeta heute. 70 Jahre schufen die Druckmaschine unserer Zeit. (Hrsg.: VEB Druckmaschinenwerk Planeta.) - (Radebeul 1967.) 6 Bl. mit Abb. 21 x 23,5 cm

Dux Elektrotechnische Fabrik Koggelmann & Co. KG

Der Weg der F[irma] Dux zur staatlichen Beteiligung. (Hrsg.: Nationale Front des demokratischen Deutschland; Industrie- und Handelskammer des Bezirks Leipzig. Fotos: Joh. Hänel.) - (Leipzig 1960.) 20 S. 8°

VEG Edlau

Siehe Volksgut Edlau bei Könnern, Kreis Bernburg

VEB Eilenburger Celluloid-Werk

80 [Achtzig] Jahre VEB Eilenburger Celluloid-Werk. 80 Jahre Fortschritt in der Chemie. - Eilenburg (1967). 63 S. mit Abb. 4° [Um-schlagt.] 1887 - 1967.

LPG "Einheit", Ahrens Dorf

Sommer, Josef/Zimmermann, Horst: Organisation der genossenschaftlichen Arbeit in der LPG Typ I. LPG "Einheit" Ahrens Dorf beispielgebend. Hrsg.: Landwirtschaftsausstellung der DDR (Ständiges Neuererzentrum), Träger des Ordens "Banner der Arbeit". - Leipzig-Markkleeberg 1961. 32 S. 8°

LPG "Einheit", Lehndorf, Kreis Kamenz

Bischek, Horst/Horn, Krimhild/Anders, Horst: Wenn alle an einem Strang ziehen. Hrsg.: Zentralkomitee der SED, Abt. Agitation und Abt. Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der DDR. - (Berlin 1962.) 47 S. mit Abb. 8°

LPG "Einheit", Neu Bernitt, Kreis Bützow

Schiller, G./Friedrich, J.: Die Leitung und Organisation der Produktion in der LPG Typ I "Einheit" in Neu Bernitt, Kreis Bützow. Hrsg.: Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft. - (Berlin 1962.) 39 S. mit Abb. 8°

LPG "Einheit", Taupadel-Bornshain

Taupadel, Kreis Schmölln. Unser sozialistisches Dorf. Hrsg.: SED Kreisleitung und Rat des Kreises Schmölln in Zusammenarbeit mit der Abteilung L[andwirtschaft,] Erfassung und F[orstwirtschaft] des Rates des Bezirkes Leipzig. - (Leipzig 1962.) 46 S. mit Abb. 8°

LPG "Einigkeit", Zschocken

Siehe LPG "Avant-Garde", Zschocken

VEB Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt

10 [Zehn] Jahre DDR. Die "Roten Hochöfner" von Stalinstadt. - (Berlin 1959.) 14 S. mit Abb. 8°

VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld

Siehe Abschnitt "Zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung": Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie.

VEB Elektrogerätewerk Gornsdorf

Siehe Strumpfwirkerei C. A. Uhlmann und VEB Elektrogerätewerk Gornsdorf

VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk Dresden Niedersedlitz

Schöttl, Elli: Die Bedeutung der Arbeitsfreude in der materiellen Produktion beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Eine soziologische Untersuchung im VEB Sachsenwerk, Dresden-Niedersedlitz, Standardmotorenfabrik, Abt. Druckgießerei. - Ingenieurök. Diss. T. U. Dresden 1967. 163 gez. Bl., Anh. [Ms. vervielf.] 4°

VEB Energieversorgung Halle

1868 - 1968. 100 [Hundert] Jahre Gasversorgung der Stadt Sangerhausen. (Verantwortlicher Red.: Paul Strecker. Hrsg.: VEB Energieversorgung Halle/Saale.) - (Halle 1968.) 24 S. mit Abb. 4° = Wissenschaftlich-technisches Forum des VEB Energieversorgung Halle. 5. Jg. 1968, Nr. 1. Sondernr.

VEB Energieversorgung Neubrandenburg. Gaswerk Neubrandenburg

Krüger, Ulrich/Gabriel, Rudolf: Das Gaswerk Neubrandenburg des VEB Energieversorgung Neubrandenburg. Zum 100jährigen Bestehen des Neubrandenburger Gaswerkes am 1. Oktober 1967. - Neubrandenburg 1967. 46 S. mit Abb. 4°

Krüger, Ulrich: Geschichte des Pionierlagers "Klim Woroschilow". (Festschrift für das Pionierlager "Klim Woroschilow" im Kreis Templin, Bezirk Neubrandenburg.) - Neubrandenburg 1968. 107 S. mit Abb. 19 x 20 cm [Um-schlagt.:] Sommerlager "Woroschilow".

VEB Energieversorgung Suhl. Netzbetrieb Sonneberg. Gaswerk Hildburghausen

100 [Hundert] Jahre Gaswerk Hildburghausen. Festschrift zur 100. Wiederkehr des Gründungstages am 6. November 1965. Der Sozialismus siegt! Hrsg.: VEB Energieversorgung Suhl, Netzbetrieb Sonneberg. - (Hildburghausen 1965.) 20 S. mit Abb. 4°

LPG "Ernst Thälmann", Dersekow, Kreis Greifswald

Sommerfeld, Ursula: Das Verhältnis von genossenschaftlicher Arbeit und Familienmoral in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. (Dargestellt an Hand soziologischer Untersuchungen in der LPG "Ernst Thälmann" in Dersekow, Kreis Greifswald, und in LPG des Kreises Greifswald.) - Phil. Diss. Greifswald 1967. 269 gez. Bl. mit eingekl. Abb., Anhang [Ms.] 4<sup>o</sup>

Excelsior-Werk Rudolf Kiesewetter, Leipzig

Leitungstätigkeit, sozialistischer Wettbewerb, Mitgliederleben. Erfahrungen der BGL-Arbeit des Betriebes mit staatlicher Beteiligung Excelsior-Werk Rudolf Kiesewetter, Leipzig. Hrsg.: FDGB Berlin. - Berlin 1964. 31 S. 8<sup>o</sup>

Fachbuchverlag, Leipzig

Fünf Jahre Fachbuchverlag, Leipzig, 12. Januar 1954. - (Leipzig 1954.) 130 S. mit Abb. 4<sup>o</sup>

VEB Farbenfabrik Wolfen

Olschewski, Hans/Spurgat, Karl: Einige Probleme der zusammenhängenden Entwicklung des sozialistischen Perspektivbewußtseins und des sozialistischen Berufsethos. Unter Berücksichtigung der jungen Intelligenz der chemischen Industrie. (Dargestellt am Beispiel des VEB Farbenfabrik Wolfen.) - Phil. Diss. Leipzig 1967. V, 413 gez. Bl. [Ms. vervielf.] 4<sup>o</sup>

Siehe auch Abschnitt "Zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung": Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie.

VEB Feinoptisches Werk Görlitz

(Märker, Heinz/Giersch, Werner): Konstruiert, fotografiert. 7 Jahrzehnte Objektivbau, 7 Jahrzehnte für die Fotografie. (1896 - 1966. Festschrift.) - (Görlitz 1966.) 32 Bl. mit Abb. 19 x 21 cm

VEB Filmfabrik Wolfen

Meurer, Heinz: 20 [Zwanzig] Jahre BSG Chemie Wolfen. Ausdruck und Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Kommission Betriebsgeschichte/Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen. - Wolfen 1968. 99 S. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup> = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 18.

Siehe auch Abschnitt "Zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung": Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie; Quellen und Dokumente aus dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen ...

Fischer, Julius, Maschinenfabrik Nordhausen/Harz

(Rödiger, Wolfgang): 125 [Hundertfünfundsanzig] Jahre Julius Fischer. - (Nordhausen 1964.) 16 Bl. mit Abb. 8<sup>o</sup> [Umschlagt.:] 125 Jahre Julius Fischer. Maschinenfabrik Nordhausen/Harz.

LPG "Franz Mehring", Drebkau

Mit Siebenmeilenstiefeln dem Sozialismus entgegen. 10 Jahre DDR - 10 Jahre Erfolge. Hrsg.: Rat des Bezirkes Cottbus, Abt. Land- und Forstwirtschaft, Hauptreferat Agrarpropaganda. - (Cottbus 1959.) 24 S. mit Abb. 8<sup>o</sup> [Umschlagt.:] "Das sind unsere Erfolge", sagt Genossenschaftsbauer Werner Klauke.

VEB Freiburger Bergbau- und Hüttenkombinat "Albert Funk"

Siehe Sachsenerz AG

LPG "Freundschaft" Gelenau

Die Leitung und Organisation der LPG "Freundschaft" in Gelenau, ein Beispiel für den neuen Typ II. Erarbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Erich Neupert und Erhard Beulecke. Hrsg.: Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft. - (Berlin 1962.) 40 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

LPG "Frieden", Bayern, Kreis Herzberg

Winzer, Helmut: Die große Entscheidung der Bauern eines kleinen Dorfes. Geschichte der LPG "Frieden" in Bayern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus. 1. Teil. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Cottbus und der Bezirksparteischule Kalinin. - O. O. 1967. 24 S.

LPG "Frieden", Mechelroda, Kreis Weimar

Sieber, H[ermann]/Winkel, M[arianne]: Wir investieren vorrangig in den Boden. Erfahrungen der LPG "Frieden" Mechelroda, Kreis Weimar, bei der Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und Erzielung hoher und stabiler Hektarerträge. (Hrsg.: Staatliches Komitee für Meliorationen beim Landwirtschaftsrat der DDR.) - (Berlin-Rahnsdorf 1968.) 15 S. 8<sup>o</sup> = Schriftenreihe des Staatlichen Komitees für Meliorationen beim Landwirtschaftsrat der DDR, 1968, 2.

LPG "Friedrich Engels", Schafstädt

Möhring, Gerhard/Schlegel, Hugo: Das Kollektiv der LPG "Friedrich Engels", Schafstädt - Baumeister des Sozialismus. Hrsg.: Landwirtschaftsausstellung der DDR, Abt. Agrarpropaganda. - Leipzig-Markkleeberg 1959. 24 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>



### Gasversorgung Sangerhausen

Siehe VEB Energieversorgung Halle

### Gaswerk Hildburghausen

Siehe VEB Energieversorgung Suhl. Netzbe-  
trieb Sonneberg. Gaswerk Hildburghausen

### Gaswerk Neubrandenburg

Siehe VEB Energieversorgung Neubrandenburg

### LPG "Georgi Dimitroff", Neuholland

Die Erfahrungen der LPG "Georgi Dimitroff",  
Neuholland, bei der Anwendung des neuen öko-  
nomischen Systems in der sozialistischen Be-  
triebswirtschaft. Autorenkollektiv. Unter  
Leitung von Fritz Dorn. - (Markkleeberg  
1967.) 83 S. mit Abb. 80 = Auf der Agra stu-  
diert ... in deinem Betrieb anwenden.

Interview mit Neuholland. (Hrsg.: Agra Mark-  
kleeberg DDR.) - (Markkleeberg 1967.) 6 S.  
mit Abb. 19 x 20 cm

Siehe auch Kooperationsgemeinschaft Neuhol-  
land...

### VEB Geräte- und Regler-Werke Teltow

(Reiche, Dieter): 20 [Zwanzig] Jahre G[erä-  
te- und] R[egler-] W[erke] Teltow. (Eine  
Chronik über den Aufbau des VEB Geräte- und  
Regler-Werke Teltow, zentraler Anlagenbau  
der BMSR-Technik.) 1948 - 1968. - (Teltow  
1968.) 47 Bl. mit 90 Industriefotos. 40

### LPG "Glück auf", Dretzen, Kreis Brandenburg

Dem ersten folgt der zweite Schritt. Hrsg.:  
Bezirksvorstand der VdgB Potsdam. - (Pots-  
dam 1960.) 8 S. mit Abb. 80

### Hallesche Maschinenfabrik Eisengießerei AG

Siehe VEB Maschinenfabrik Halle

### VEG Hohenfichte

(Heinz, Siegfried): Ein Ziel vor den Augen.  
Reportage. Hrsg.: SED Bezirksleitung Karl-  
Marx-Stadt, Abt. Agitation und Propaganda.  
- Karl-Marx-Stadt 1961. 30 S. mit Abb. 80

### VEB Holzindustrie "Walter Griesbach" Güstrow

Sieger im Wettbewerb. VEB Holzindustrie "Wal-  
ter Griesbach" Güstrow. (Hrsg.: Betriebspar-  
teiorganisation des VEB Holzindustrie "Wal-  
ter Griesbach"; Arbeitsgruppe zur Vorberei-  
tung der Volkswahl 1958 beim Kreisausschuß  
der Nationalen Front.) - (Güstrow 1958.)  
24 S. mit Abb. 80

### VEG Hübitz über Lutherstadt Eisleben

Spengler, Artur: Die Technisierung eines so-  
zialistischen Landwirtschaftsbetriebes der  
DDR und deren Auswirkungen auf Arbeitspro-  
duktivität, Nutzeffekt der Gesamtarbeit und  
Rentabilität. (Dargestellt am Beispiel des  
VEG Hübitz, Bezirk Halle/Saale.) [1. 2.] -  
Landwirtschaftliche Diss. Halle-Wittenberg  
1964. 199, XXVII gez. Bl. [Bd. 2: Tabellen].  
[Ms. vervielf.] 40

### VEB Hüttenkombinat Wilhelm Pieck und Berg- baubetriebe Mansfeld

Siehe VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck

### VEB Hydrierwerk Zeitz

Siehe Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft  
(Brabag), Berlin

### Institut für Armaturen, Magdeburg

10 [Zehn] Jahre im Dienste des technischen  
Fortschritts. Hrsg.: Institut für Armaturen.  
- (Magdeburg 1968.) 52 S. mit Abb. 40 =  
Technische Information Armaturen. 1968.  
Sonderh.

### VEB Kalikombinat "Werra", Merkers/Rhön

10 [Zehn] Jahre VEB Kalikombinat "Werra".  
Festschrift. (Hrsg.: Betriebsparteiorgani-  
sation der SED, Betriebsgewerkschaftslei-  
tung und Kombinatleitung.) - (Merkers  
1968.) 64 S. mit Abb. gr. 80

### LPG Kemnitz-Böhlzke, Kreis Pritzwalk

Wir stellen vor: Die Grundorganisation der  
FDJ Kemnitz-Böhlzke - ihr Programm, wie die  
Freunde der LPG helfen, die Produktion zu  
steigern. Hrsg.: Zentralrat der Freien  
Deutschen Jugend, Abt. Landwirtschaft. -  
(Berlin 1965.) 8 S. mit Abb. 80

### Kiesewetter, Rudolf, Excelsior-Werk, Leip- zig

Siehe Excelsior-Werk Rudolf Kiesewetter,  
Leipzig

### LPG Klein Linde, Kreis Perleberg

Bravo! Genossenschaftsbauern aus Klein Lin-  
de. Hrsg.: Gemeinsame Kommission zur Vorbe-  
reitung des 10. Geburtstages. Kreis Perle-  
berg. - Perleberg 1959. 6 Bl. mit Abb. 15 x  
21 cm

### Klopfer GmbH., Dresden

Siehe Chemisches Werk Dr. Klopfer GmbH.,  
Dresden

VEB Kombinat "Otto Grotewohl", Böhlen

Siehe Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft (Brabag), Berlin

VEB Kombinat Schwarze Pumpe

Was wir sind, sind wir durch sie. Hrsg. aus Anlaß des 20jährigen Gründungstages der SED von der Grundorganisation des Bereiches Brikkettfabrik Kombinat Schwarze Pumpe. - O. O. 1966. 28 S.

10 [Zehn] Jahre Aufbau des VEB Kombinat Schwarze Pumpe in Bildern. Hrsg.: Industriekreisvorstand Schwarze Pumpe der Kammer der Technik. - O. O. 1965. [Bildmappe]

10 [Zehn] Jahre VEB Schwarze Pumpe. Hrsg.: Werkleitung des VEB Kombinat Schwarze Pumpe. - O. O. 1965. unpag.

10 [Zehn] Jahre VEB Schwarze Pumpe. Hrsg.: Industriekreisvorstand Schwarze Pumpe der Kammer der Technik. - O. O. 1965. 71 S.

Kooperationsgemeinschaft Berilstedt

Siehe Kooperationsgemeinschaft Neuholland...

Kooperationsgemeinschaft Dahlen

Siehe Kooperationsgemeinschaft Neuholland...

Kooperationsgemeinschaft Neuholland, Kooperationsgemeinschaft Berilstedt, Kooperationsgemeinschaft Dahlen

Erfahrungen über die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen bei der Kooperation in der Pflanzenproduktion. Kooperationsgemeinschaft Neuholland, Kooperationsgemeinschaft Berilstedt, Kooperationsgemeinschaft Dahlen. - Markkleeberg 1968. 32 S. 8° [Umschlagt.:] Für uns, für unsere Republik besser rechnen und wirtschaften.

Kooperationsgemeinschaft Neuholland siehe auch LPG "Georgi Dimitroff", Neuholland

Kooperationsgemeinschaft Staven, Roggenhagen, Rossow, Brunn

Siehe VEG Staven ...

VEB Kraftwerke "Artur Becker", Produktionsbereich Kraftwerk Lauta

50 [Fünfzig] Jahre Kraftwerk Lauta. 1918 - 68. Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens. Erarbeitet von einer Gruppe des Kraftwerkes Lauta. - Trattendorf (1968). 63 S. mit Abb.; 1 Taf. 4°

VEB Landbauprojekt, Potsdam

20 [Zwanzig] Jahre Projektierung. (Festschrift.) Hrsg.: VEB Landbauprojekt. - (Potsdam 1968.) 17 Bl. mit Abb. 4°

VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht"

Durch Kampf zum Sieg. Die revolutionären militärischen Traditionen der Leuna-Arbeiter. Hrsg.: Kreisleitung der SED des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - O. O. 1966. 52 S.

Schwarz, Heinz u. a.: Beiträge zu den Führungsfragen der Partei bei der Erarbeitung und Durchsetzung eines wissenschaftlich begründeten Modells der Leitung des Kombinats bzw. Betriebes. Erfahrungen aus der Arbeit im VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - Halle 1968. 79 S. 8° [Umschlagt.:] Zu Problemen der Führungstätigkeit der Partei in Kombinaten und Betrieben.

Strozyk, Olaf: Gesundheitsschutz - groß geschrieben. Probleme des Gesundheitsschutzes im VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht" und der Einfluß der sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften auf die Senkung des Krankenstandes. - Berlin 1961. 61 S. mit Abb. 8°

VEB Mansfeld Hütten-Kombinat Wilhelm Pieck

Siehe VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck, Lutherstadt Eisleben

VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck

Als er bei uns zu Gast war. Erinnerungen, Erlebnisse, Begegnungen dreier Generationen des VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck mit dem Präsidenten unseres ersten Arbeiter- und Bauernstaates. Hrsg.: Kreisleitung der SED des VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck. - O. O. 1965. 28 S.

Eckstein, Traudel: Die schönsten Kinderkrippen und Tagesstätten unseren Kindern. Hrsg.: Technische Betriebsschule im VEB Mansfeld Hütten-Kombinat Wilhelm Pieck. - O. O. (1957). 26 S. mit Abb. 8° = Wie. Die Broschüren-Reihe des Mansfeldkombinates Wilhelm Pieck, Nr. 14.

Günther, Walter: Der Wohnungsbau im Mansfeld Land. Hrsg.: Technische Betriebsschule im VEB Mansfeld Hütten-Kombinat Wilhelm Pieck. - O. O. (1954). 24 gez. S. 8° = Wie. Die Broschüren-Reihe der Mansfeldkombinate Wilhelm Pieck. Nr. 15.

Heldenhafter Kampf um Kupfer. Hrsg.: Hüttenkombinat Wilhelm Pieck und Bergbaubetriebe Mansfeld. - Mansfeld (1958). 4 Bl. mit Abb. gr. 2°

1958 - 1968. 10. [Zehnter] Jahrestag der Produktionsaufnahme. Hrsg.: Bernard-Koenen-Schacht [des] VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm

Pieck. - Niederröblingen (1968). 42 S. mit Abb. 19,5 x 20,5 cm.

#### VEB Maschinenfabrik Halle

Dalchow, Irmgard: Die Hallesche Maschinenfabrik Eisengießerei AG von ihrer Gründung bis zum Jahre 1918. Betriebsgeschichte des VEB Maschinenfabrik Halle. T. 1. - (Halle 1968.) 96 S. 8<sup>o</sup> = Aus der Geschichte der Halleschen Arbeiterbewegung. H. 7/1968.

Träume, Pläne, Realitäten. (Red.: Ursula Schumann [u. a.]. Hrsg.: SED Stadtleitung, Abt. Agitation/Propaganda.) - (Halle 1967.) 37 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### Maschinenfabrik Julius Fischer, Nordhausen/Harz

Siehe Fischer, Julius, Maschinenfabrik Nordhausen/Harz

#### Maschinen- und Traktoren-Station Balow, Kreis Ludwigslust

Siehe LPG Balow, Kreis Ludwigslust

#### Meinel, Adolf, Zithern- und Gitarrenbau, Saitenspinnerei, Markneukirchen

Meinel. - Adolf Meinel, Zithern- und Gitarrenbau, Saitenspinnerei. - Markneukirchen/Sa. (1957). 32 S. mit Abb. 14,5 x 21 cm

#### Meliorationsgenossenschaft "Oderbruch", Seelow

Himmelreich, E[rnst] [u. a.]: Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Meliorationsgenossenschaft "Oderbruch", Seelow. Hrsg.: Staatliches Komitee für Meliorationen beim Landwirtschaftsrat der DDR. - (Berlin-Rahnsdorf 1967.) 88 S. 8<sup>o</sup> = Schriftenreihe des Staatlichen Komitees für Meliorationen beim Landwirtschaftsrat der DDR. 1967, 1.

#### Merseburger, Carl, Verlag, Leipzig

Merseburger, Carl: Hundert Jahre im Dienste der Musik. Aus der Arbeit des Verlages Carl Merseburger in Leipzig. Ein Bericht der Mitarbeiter und Freunde. - Leipzig 1949. 22 S. 4<sup>o</sup>

#### VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk "Karl Marx", Magdeburg-Buckau

Sprachrohr. 110 [Hundertzehn] Jahre Meßgeräte und Armaturen aus Magdeburg. (Hrsg.: SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk "Karl-Marx". Red.: Hans-Joachim Reinicke.) - (Magdeburg 1960.) 4 Bl. mit Abb. 4<sup>o</sup>

#### VEB Montan, Leipzig

Das sind wir. Die Jugendbrigade der sozialistischen Arbeit "August Bebel" im VEB Montan Leipzig. - (Leipzig 1962.) 9 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### LPG Mühlbeck-Pouch

Siehe LPG "Roter Stern" ...

#### VEB Nähmaschinenteilewerke, Dresden

Festschrift zum 100[hundert]jährigen Bestehen des VEB Nähmaschinenteilewerke Dresden. - (Dresden 1968.) 18 Bl. mit Abb. 21 x 30 cm

#### LPG Nautschütz, Kreis Eisenberg

Wie führt die Parteiorganisation der LPG Typ III in Nautschütz (Kreis Eisenberg) die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern in den Kampf um höchste Produktionsergebnisse? Hrsg.: Büro der Kreisleitung der SED Eisenberg. - O. O. (1962). 15 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### LPG "Neue Saat", Zschocken

Siehe LPG "Avant-Garde", Zschocken

#### LPG "Neues Deutschland", Köchelstorf

Mehr, besser, billiger. Hrsg.: Bezirksleitung der SED Schwerin, Ideologische Abteilung. - (Schwerin 1964.) 16 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### LPG "Nordhusen", Hundisburg

Wallmen, A.: Der Beitrag der LPG "Nordhusen" in Hundisburg zur Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe. Beispiel für viele LPG. Hrsg.: Landwirtschaftsausstellung der DDR, Abt. Agrarpropaganda. - Leipzig-Markkleeberg 1959. 24 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### LPG "Otto Krahmann", Eythra

Pawula, Gisela: Die Notwendigkeit der politisch-ideologischen Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den LPG Typ III für die Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie. (Dargestellt am Beispiel der LPG Typ III "Otto Krahmann" Eythra.) - Phil. Diss. Leipzig 1963. 218 gez. Bl. in getr. Pag. [Ms. vervielf.] 4<sup>o</sup>

#### VEB Papierfabrik Schwedt (Oder)

10 [Zehn] Jahre VEB Papierfabrik Schwedt (Oder). (1958 - 68.) (Hrsg.: VEB Papierfabrik.) - (Schwedt/Oder 1968.) 30 Bl. mit Abb. 19,5 x 20,5 cm

#### VEB Papierverarbeitungsmaschinenwerk Perfecta, Bautzen

70 [Siebzig] Jahre Schneidemaschinen aus Bautzen. - (Bautzen 1967.) 12 Bl. mit Abb.

20 x 28 cm [Ausg. in engl., franz. und span. Sprache.]

#### VEB Patentpapierfabrik Penig

425 [Vierhundertfünfundzwanzig] Jahre Peniger Papiermacher. 1537 bis 1962. (Hrsg.: VEB Patentpapierfabrik Penig. Holzschn.: Prof. Elisabeth Voigt.) - (Penig 1962.) 5 Bl. 21 x 30 cm

#### VEB Pentacon Dresden

(Fiedler, Heinz): Wer bestimmt im Pentacon? - Berlin 1966. 24 Bl. mit Abb. 8<sup>0</sup>

#### LPG Ploda

Siehe LPG "Roter Stern" ...

#### VE Projektierungsbetrieb des Straßenwesens, Außenstelle Erfurt

Der V(olks)e(igene) Projektierungsbetrieb des Straßenwesens, Außenstelle Erfurt, zwischen dem 6. und 7. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (1963 - 1967.) (Red.-Kollegium: Fritz Buchheim [u.a.]) - (Erfurt 1967.) 70 gez. Bl. mit eingekl. Abb. [Ms. vervielf.] 4<sup>0</sup>

#### Reichsbahndirektionsbezirke

Siehe Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion ...

#### LPG Retgendorf, Kreis Schwerin Land

20 [Zwanzig] Jahre demokratische Bodenreform - 20 Jahre Aufstieg zum wohlhabenden Genossenschaftsbauern. Erzählt von dem LPG-Vorsitzenden Karl-Heinz Folgmann, Retgendorf im Kreis Schwerin Land. Hrsg.: Kreis-ausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Schwerin Land. - O. O. 1965. 12 S.

#### LPG Roggenhagen

Siehe VEG Staven ...

#### Rosberg'sche Buchhandlung, Inh. Rolf Arnst, Leipzig

Hundert Jahre Rosberg'sche Buchhandlung und Rosberg'sche Verlagsbuchhandlung in Leipzig. 20. Februar 1854 bis 20. Februar 1954. Aus Anlaß des Jubiläums hrsg. von Johannes Hofmann. - (Leipzig 1954.) 34 S. mit Abb. gr. 8<sup>0</sup>

#### LPG Rossow

Siehe VEG Staven ...

#### VEB Roßweiner Achsen-, Federn- und Schmiedewerke "Hermann Matern"

Klingner, Helmut/Kästner, Werner: Die innerbetriebliche leistungsabhängige Planung und Verwendung des Lohnes im neuen ökonomischen System unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer zweckmäßiger Lohnformen in Schmiedebetrieben. Dargestellt und entwickelt am Beispiel des Produktionsbereiches Schmiede des VEB Roßweiner Achsen-, Federn-, und Schmiedewerke "Hermann Matern", Roßwein. [1. 2.] - Wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1967. 381 gez. Bl.; Anl. [Ms. vervielf.] 4<sup>0</sup>

#### LPG "Roter Stern", Schlaitz, Burgchemnitz, Ploda, Mühlbeck-Pouch.

Die Enkel fochtens besser aus! 15 Jahre demokratische Bodenreform. (Hrsg.: Büro des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.) - (Leipzig 1960.) 31 S. mit Abb. 8<sup>0</sup> [Umschlagt.:] Schlaitzer Chronik 1960. Die Enkel fochtens besser aus!

#### VEG Saatzeit Schwaneberg

Strube, Otto: Die Organisation und Leitung des VEG Saatzeit Schwaneberg. Hrsg.: Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Produktionsleitung, Sektor VEG. - Leipzig-Markkleeberg 1963. 143 S. mit Abb. 8<sup>0</sup>

#### VEG Saatzeit Weimar-Schöndorf

Von der Heide, Gerhard: Schöndorfer Notizen. Aus dem Alltag des Gewerkschaftslebens im VEG Saatzeit Weimar-Schöndorf. - Berlin 1964. 75 S. 8<sup>0</sup>

#### Sachsenerz AG

Ebel, Horst: Der Sachsenerkonzern, Produkt und Bestandteil des deutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus. - Diss. Bergakademie Freiberg 1963. III, 221 gez. Bl. [Ms. vervielf.] 4<sup>0</sup>

#### VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau

(Möller, Kurt): Sozialistische Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung an der Betriebsschule des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau. (Hrsg.: Zentralvorstand der G[esellschaft für] S[port und] T[echnik], Abt. Agitation/Propaganda.) - (Berlin 1968.) 15 S. 8<sup>0</sup>

#### VEB Sachsenwerk, Dresden-Niedersedlitz

Siehe VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk Dresden-Niedersedlitz

#### VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock

(Katzenmaier, Fritz/Stahl, Jochen): Vom ersten eisernen Schraubendampfer Deutschlands zum Container-Schiff. Hrsg.: SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Schiffswerft

"Neptun" Rostock. - Rostock (1968). 66 S.  
mit Abb., mehr. Taf. 20,5 x 30 cm

#### LPG Schlaitz

Siehe LPG "Roter Stern" ...

#### VEB Schreibmaschinenwerk Dresden

Körner, Wolfgang: Die Entwicklung des polit-  
ökonomischen Denkens unseres sozialistischen  
Facharbeiternachwuchses als Aufgabe der ge-  
samten berufstheoretischen Ausbildung. (Pro-  
bleme der Herausbildung einer neuen Qualität  
des ökonomischen Denkens und der Schaffung  
wichtiger Voraussetzung für dessen Verwirk-  
lichung als Prinzip der berufstheoretischen  
Ausbildung, dargestellt am Beispiel des VEB  
Schreibmaschinenwerk Dresden.) [1. 2.] -  
Diss. T. U. Dresden 1967. IV, 307 gez. Bl.,  
mehr. Taf.; III, 134 gez. Bl. [Ms. vervielf.]  
4<sup>o</sup>

#### Schwalbe, Walther, Buchhandlung, Kunsthand- lung, Antiquariat, Dessau

(Tiedt, P. H.): 90 [Neunzig] Jahre - 1870/  
1960 - Walther Schwalbe, Buchhandlung, Kunst-  
handlung, Antiquariat, Dessau. - (Dessau  
1960.) 6 Bl. mit Abb. 15,4 x 23 cm

#### Schwarze Pumpe

Siehe VEB Kombinat Schwarze Pumpe

#### VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz

Wo das Herz der Klasse schlägt. Erfahrungen  
und Lehren aus der erfolgreichen Arbeit ei-  
ner Parteiorganisation. (Hrsg.: SED Bezirks-  
leitung Dresden, Abt. Agitation/Propaganda.)  
- (Dresden 1966.) 32 S. 8<sup>o</sup> [Umschlagt.:]  
Stahl- und Walzwerk Gröditz zum 20. Jahres-  
tag der SED. Für das Q in der Parteiarbeit.

#### VEB Starkstrom-Anlagenbau Cottbus

VEM-Rapport 68. 20 Jahre VEB Starkstrom-An-  
lagenbau Cottbus. (Verantw.: G[otthard]Jühr.)  
- Cottbus (1968). 6 Bl. mit Abb. 2<sup>o</sup>

#### VEG Staven, LPG Brunn, LPG Rossow, LPG Rog- genhagen

Vier unter einem Hut. Probleme, Gedanken,  
Projekte zur Kooperationsgemeinschaft Staven,  
Roggenhagen, Rossow, Brunn. Hrsg.: Bezirks-  
leitung der SED Neubrandenburg, Abt. Agita-  
tion/Propaganda. - (Neubrandenburg 1967.)  
21 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

#### Steinkopff, Th., Verlag, Dresden

Kleine-Natrop, H[ein]z E[gon]: Über Bücher,  
Autoren und medizinische Bibliotheken in  
Dresden. - Dresden 1968, 93 S. mit 20 Abb. 8<sup>o</sup>  
Erw. Nachdruck aus: Kleine-Natrop, H[ein]z  
E[gon]: Das heilkundige Dresden. Überreicht  
als Festschrift zum 60jährigen Bestehen des  
Verlages Th. Steinkopff am 1. 1. 1968.

#### Strumpfwirkerei C. A. Uhlmann und VEB Elek- trogerätewerk Gornsdorf

Thoms, Liselotte: Ein moderner Mensch. (Hrsg.:  
Nationalrat der Nationalen Front des demokrati-  
schen Deutschlands.) - (Berlin 1963.) 10 Bl.  
mit Abb. 15 x 20 cm

#### VEB Synthesewerk Schwarzheide

Siehe Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft  
(Bragag), Berlin

#### VEB Thüringer Spat- und Eisenerzgruben Schmalkalden

Zu Ehren des 20. [zwanzigsten] Jahrestages  
der Befreiung des deutschen Volkes vom Fas-  
chismus. Hrsg.: VEB Thüringer Spat- und  
Eisenerzgruben Schmalkalden. - O. O. 1965.  
22 S.

#### VEB Thüringisches Kunstfaserwerk "Wilhelm Pieck" Schwarza

Siehe VEB Chemiefaserwerk Schwarza "Wilhelm  
Pieck", Rudolstadt-Schwarza

#### LPG "Tierzucht", Zschocken

Siehe LPG "Avant-Garde", Zschocken

#### VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden

Löscher, Walter: Die Herausbildung von Ele-  
menten sozialistischer Produktionsverhält-  
nisse während des Aufbaus und der Festigung  
der antifaschistisch-demokratischen Ordnung  
(1945 - 1949). Untersucht im VEB Transformatoren-  
und Röntgenwerk Dresden. - Diss. T. U.  
Dresden 1966. XIII, 213 gez. Bl. [Ms. ver-  
vielf.] 4<sup>o</sup>

#### Uhlmann, C. A., Strumpfwirkerei

Siehe Strumpfwirkerei C. A. Uhlmann und VEB  
Elektrogerätewerk Gornsdorf

#### VEB Uhrenkombinat Ruhla

Zeiß, Anneliese/Dammköhler, Heinz: Die kom-  
plexe Uhr. Erfahrungen bei der komplexen so-  
zialistischen Rationalisierung im VEB Uhren-  
kombinat Ruhla. - Berlin 1968. 47 S. 8<sup>o</sup>

#### Verband Deutscher Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaften in der Deutschen  
Demokratischen Republik. Fakten und Ziffern  
über ihre Entwicklung in 20 Jahren Arbeiter-  
und-Bauern-Macht. (Hrsg.: Verband Deutscher  
Konsumgenossenschaften, Berlin.) - (Berlin  
1966.) 64 S. mit Abb. 8<sup>o</sup>

VEB Vereinigte NE-Metall-Halbzeugwerke Hettstedt, VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke

Czerny, Horst: In einem Betrieb notiert. - Berlin 1963. 85 S. mit Abb. 14 x 20 cm

Kracheel, Günther: Neuerer auf neuen Wegen. Erfahrungen aus der Arbeit mit den Neuerern im VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke. (Hrsg. im Auftrag des Bundesvorstandes des FDGB. Red. Bearb.: Heinz Braun. Umschlag: Detlef Mann. Fotos: Erich Hold.) - Berlin 1963. 62 S. mit Abb. 8°

Verlag Carl Merseburger, Leipzig

Siehe Merseburger, Carl, Verlag, Leipzig

VE Verlag Volk und Wissen, Berlin

20 [Zwanzig] Jahre Volk und Wissen. 1945 - 1965. Für die Freunde und Mitarbeiter unseres Verlages. Hrsg.: Volkseigener Verlag Volk und Wissen. - (Berlin 1965.) 60 S. mit Abb. 8° [Umschlagt.:] 1945. 1965. Volk und Wissen Verlag Berlin.

Volksgut Edlau bei Könnern, Kreis Bernburg

Sturm, Friedrich: Das Volksgut Edlau bei Könnern (Kreis Bernburg) und seine Vorgesichte. - Dresden o. J. 6 Bl. [Ms. autogr.] 4°

VEB Volkswerft Stralsund

(Dudszus, Alfred u. a.): Unsere Werft. 20 Jahre VEB Volkswerft Stralsund. 1948 - 1968. (Hrsg.: Volkswerft Stralsund.) - (Stralsund 1968.) 16 S. mit Abb. 2°

LPG "Voran", Luckwitz, Kreis Hagenow

Gute genossenschaftliche Arbeit in der LPG Typ I Luckwitz. Hrsg.: Ständiges Neuererzentrum des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft (Landwirtschaftsausstellung). - (Leipzig-Markkleeberg 1962.) 16 S. mit Abb. 8° = Markkleeberger Schriftenreihe. Ökonomik. 4.

LPG "Vorwärts", Dersentin

Vom wachsenden Wohlstand in Dersentin. Hrsg.: Zentrale Wahlkommission beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. - Berlin 1958. 24 S. mit Abb. 8°

VEB Waggonbau Bautzen

Herzenssache. Werk tätige des VEB Waggonbau Bautzen schreiben über ihre Freundschaft zum Land des Roten Oktober und seinen Menschen. Hrsg.: Betriebsgruppe der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft im VEB Waggonbau Bautzen. - O. O. 1967. 28 S.

LPG "Walter Ulbricht", Dahlen, Kreis Oschatz

Viele Gedanken - ein Ziel. Alle arbeiten und leiten mit. Zusammenstellung der Beiträge von Johannes Döhler, die in der "Neuen Deutschen Bauern-Zeitung" im Jahre 1962 unter der Rubrik "Döhler lehrt leiten" veröffentlicht wurden. Hrsg.: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abt. Landwirtschaft. - Berlin 1963. 64 S. mit Abb. 8°

VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Berlin

100 [Hundert] Jahre Berliner Wasserwerke. ([1856 - 1956] Denkschrift.) - Berlin (1956). 132 S. mit Abb. 4°

LPG "Weg zur Freiheit", Dürrenhofe

FDJ-Grundorganisation Dürrenhofe: Wir produzieren mehr, besser und billiger in unserer LPG. Hrsg.: Zentralrat der FDJ, Abt. Landwirtschaft. - (Berlin 1966.) 16 S. 8°

VEB Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow

Wandschneider, Hermann: Betriebsgeschichte des VEB Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow. Erster Teil: Ein Werk im Kreislauf Krise - Krieg. - (Kleinmachnow 1968.) 112 S. mit Faks. 8°

LPG "Wilhelm Pieck", Kauern, Kreis Gera Land

Organisation der Viehwirtschaft und Anwendung des Leistungsprinzips in der LPG "Wilhelm Pieck" in Kauern. Hrsg.: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Zentrale Mitschurin-Kommission. - O. O. (1962). 48 S. mit Abb. 8°

SDAG Wismut

Ecke, Erich/Scholz, Kuno: Der Wettbewerb zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der SDAG Wismut. Hrsg.: Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED. - Berlin 1964. 205 S.

Perspektivischer Kultur- und Bildungsplan der Jugendbrigade Schmidt. Hrsg.: Jugendbergbaubetrieb Königstein der SDAG Wismut. - (Königstein 1968.) 11 S. mit Abb. 8°

Schrittmacher in der Arbeit - Schrittmacher in der Kultur. Kultur- und Bildungspläne der Brigaden Röder und Marhula vom Jugendbergbaukombinat Königstein. Hrsg.: [Industrie-] Gewerkschaft Wismut, Abt. Bildung und Kultur. - (Karl-Marx-Stadt 1967.) 15 S. 8°

Sie hat uns alles gegeben. Erinnerungen und Erlebnisse. Hrsg.: Industriegewerkschaft Wismut. - O. O. 1966. 119 S.

Wittnebert, Paul, Buchdruckerei, Erfurt, Inh. Friedrich Janzen

100 [Hundert] Jahre Handwerksbetrieb im Familienbesitz. (1864 - 1964.) - (Erfurt 1964.)  
2 Bl. 4<sup>o</sup>

VEB Zeiss, Carl, Jena

Siehe VEB Carl Zeiss Jena

VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen

20 [Zwanzig] Jahre VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen. 1948 - 1968. (Red.-Kollektiv: Otto Harnisch [u. a.l.] - (Gräfenhainichen 1968.) 40 S. mit Abb. 4<sup>o</sup> = ZW-Echo. Festschrift.

Zeuke & Wegwerth KG, Berlin

10 [Zehn] Jahre Zeuke-TT-Bahnen. - (Berlin 1968.) 8 Bl. mit Abb. gr. 8<sup>o</sup>

Hagelberg, Gerhard W., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Harstich, Maximil., Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar, Deutsches Zentralarchiv Potsdam.

Jadrussarak, Hans, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Warschau.

Jonas, Wolfgang, Prof. Dr. rer. oec. habil., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Karzynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Kreißig, Heinz, Dr. phil. habil., Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Lübke, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Leiterin für Zoologie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.

Lübel, Wilfried, Dr. phil., stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Abteilung "Kultur" am Volkshaus der Carl-Marx-Universität Leipzig.

Metzschke, Kurt, Wissenschaftlicher Archivar, Deutsches Zentralarchiv Potsdam.

Müller, Hans-Walter, Dr. phil. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Neumann, Gerd, Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Assistent, Berlin  
Wirtschaftsgeschichte der DDR, Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

- Czihak, Hans, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Fichman, F. I., Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut der Völker Asiens der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leningrad.
- Hagelberg, Gerhard B., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar, Staatsarchiv Potsdam
- Jędruszczak, Hanna, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau.
- Jonas, Wolfgang, Prof. Dr. rer. oec. habil., Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kreißig, Heinz, Dr. phil. habil., Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Lötsch, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Lehrstuhl für Soziologie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin.
- Lulei, Wilfried, Dr. phil., Habilitationsaspirant, Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Arbeitsbereich Ost- und Südostasien der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Metschies, Kurt, Wissenschaftlicher Archivar, Deutsches Zentralarchiv Potsdam.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Neumann, Gerd, Diplom-Handelslehrer, Wissenschaftlicher Assistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.



Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Raue, Rudolf, Diplom-Pädagoge, Sektion Marxismus-Leninismus der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Schädel, Manfred, Generaldirektor der VVB Technische Textilien, Karl-Marx-Stadt.

Schröder, Rudolf, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Seidl, Helmut, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Tjul'panov, S. I., Prof. Dr. habil., Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls für Ökonomie des modernen Kapitalismus an der Ökonomischen Fakultät der Staatlichen Universität Leningrad.

Woderich, Rudolf, Dr. phil., Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirkes Neubrandenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Gemeinde und Gemeindeeigentum

E. Ch. Welskopf

Einleitung

S. Sak

Die Gemeinde und Gemeindeeigentum in "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie" von Karl Marx

A. Sakai

Die Polemik in Japan über das Manuskript "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" von Karl Marx

E. M. Štaerman

Die Gemeinde im Römischen Kaiserreich

Bäuerliche Einkommen im 18. Jahrhundert

F.-W. Henning

Die Bestimmungsfaktoren der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert

R. Berthold

Die Lage der Bauern im 18. Jahrhundert und die bäuerlichen Einkommen

H. Harnisch

Bauerneinkommen, feudale Ausbeutung und agrarischer Fortschritt in der Mark Brandenburg gegen Ende des 18. Jahrhunderts

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Gemeinde und Gemeindeeigentum

E. Ch. Welskopf

Einleitung

S. Sak

Die Gemeinde und Gemeindeeigentum in "Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie"  
von Karl Marx

A. Sakai

Die Polemik in Japan über das Manuskript "Formen, die der kapitalistischen Produktion  
vorhergehen" von Karl Marx

E. M. Štaerman

Die Gemeinde im Römischen Kaiserreich

Bäuerliche Einkommen im 18. Jahrhundert

F.-W. Henning

Die Bestimmungsfaktoren der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert

R. Berthold

Die Lage der Bauern im 18. Jahrhundert und die bäuerlichen Einkommen

H. Harnisch

Bauerneinkommen, feudale Ausbeutung und agrarischer Fortschritt in der Mark Branden-  
burg gegen Ende des 18. Jahrhunderts

"Antiteilbeigenschaftliche" Tendenzen und ihre Auswirkungen auf die ökonomische Gesellschaftsformation in Rußland im 17. und 18. Jahrhundert

B. Widera

Zur Rolle der Lohnarbeit in neueren sowjetischen Forschungen über den Frühkapitalismus in Rußland

K. Grau

Einige Bemerkungen zur Genesis des Kapitalismus in Rußland

H. Eichler

Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens. Ihr Anteil an der Vorbereitung des Kapitalismus. Eine Untersuchung für die Zeit vom Ende des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts

E. Mohrmann

Johann Friedrich Benzenberg - ein Sprecher der frühen rheinischen Bourgeoisie

H. Mottek

Zur Frage des sozialen Widerstands gegen die Ausbreitung des technischen Fortschritts

J. Peters

Ostelbische Landarmut - Statistisches über landlose und landarme Agrarproduzenten im Spätfeudalismus (Schwedisch-Pommern und Sachsen)

I. Pietrzak-Pawłowska

Zur Problematik der Forschungen über die Geschichte der Industriebetriebe in Polen

P. Saha

Einige Probleme der kapitalistischen Entwicklung Indiens im 19. Jahrhundert

H. Winzer

Probleme zur agraren Betriebsgeschichte, dargestellt am Übergang von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise in der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus (1952 - 1964)